

Acta Historica

ACADEMIAE SCIENTIARUM HUNGARICAE

REVUE DE L'ACADÉMIE DES SCIENCES DE HONGRIE

ЖУРНАЛ ВЕНГЕРСКОЙ АКАДЕМИИ НАУК

JOURNAL OF THE HUNGARIAN ACADEMY OF SCIENCES

ZLITSCHRIFT DER UNGARISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

Index

ETUDES

O. Paulinyi: Der kleine Mann und die »Handelsherren«

E. Сюр: Роль оппозиционного течения среди францисканцев в формировании идеологии крестьянской войны 1514 года и Реформации в Венгрии

E. Arató: The Slavic Thought: its Varieties with the Slavonic Peoples in the First Half of the 19th Century

K. Szakács: Die Politik der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei (USP) vom Sieg der Gegenrevolution bis zur Stabilisierung des Systems (August 1919, 1925)

Gy. Ránki: A Few Comments on Lenin's Work "Imperialism"

DOCUMENTS

COMPTE RENDU DE LIVRES

CHRONIQUE

BIBLIOGRAPHIE



AKADÉMIAI KIADÓ
BUDAPEST

1976

TOMUS XXII

Nr. 1—2

ACTA HISTORICA

ACADEMIAE SCIENTIARUM HUNGARICAE
REVUE DE L'ACADÉMIE DES SCIENCES DE HONGRIE
ЖУРНАЛ ВЕНГЕРСКОЙ АКАДЕМИИ НАУК
JOURNAL OF THE HUNGARIAN ACADEMY OF SCIENCES
ZEITSCHRIFT DER UNGARISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

ADRESSE DE LA RÉDACTION: 1014 BUDAPEST I, ÜRI U. 51-53

Membres du Comité de la rédaction: ZS. P. PACH (rédacteur en chef), É. H. BALÁZS,
I. DIÓSZEGI, GY. EMBER, T. HAJDÚ, J. JEMNITZ, E. MÁLYUSZ, F. MUCSI (rédacteur), E. NIEDERHAUSER,
E. PAMLÉNYI, J. PERÉNYI, F. PÓLÓSKAI, GY. RÁNKI, GY. TOKODY, A. SIKLÓS, A. URBÁN,
E. S. VINCZE, L. ZSIGMOND

Az Acta Historica, az MTA történettudományi folyóirata francia, orosz, angol és német nyelven közöl értekezéseket a történettudomány köréből.

Az Acta Historica változó terjedelmű füzetekben jelenik meg: négy füzet alkot egy kb. 25–30 íves, évente megjelenő kötetet.

Megrendelhető a belföld számára az „Akadémiai Kiadó”-nál (1363 Budapest Pf. 24. Bankszámla 215-11448), a külföld számára pedig a „Kultúra” Könyv és Hírlap Külkereskedelmi Vállalatnál (1389 Budapest 62, P.O.B. 149. Bankszámla: 218-10990) vagy külföldi képviselőiteinél és bizományosainál.

Les *Acta Historica* paraissent en français, russe, anglais et allemand et publient des travaux du domaine des sciences historiques.

Les *Acta Historica* sont publiés sous forme de fascicules qui forment un volume à 400–500 pages par an.

Le prix de l'abonnement est de \$ 32.00 par volume.

On peut s'abonner à l'Entreprise du commerce extérieur de livres et journaux «Kultúra» (1389 Budapest 62, P.O.B. 149) ou à l'étranger chez tous les représentants ou dépositaires.

Der kleine Mann und die „Handelsherren“*

Der Kampf der Montansiedlung Hodritsch um ihre Lostrennung von der Stadt Schemnitz am Ausgang des 15. Jahrhunderts und der wirtschaftlich-soziale Hintergrund der Bewegung

Von
O. PAULINYI

Die Jahrhundertwende, die Jahre 1488 bis 1502, war die Zeit schwerer Heimsuchungen in der Geschichte von Hodritsch, der damals größten und bedeutendsten Montansiedlung im Weichbilde der königlichen freien Bergstadt Schemnitz. Es bestand aus ungefähr 130 Häusern. Zu den ansässigen Hausinhabern kam noch die zwar stark fluktuierende, aber doch etwa zwei- bis dreifache Anzahl der „inquilini“, die als Gesinde bei den Hausbesitzern Unterkunft fanden. Bis auf einige Handwerker waren es alle Berg- und Hüttenarbeiter oder Lehenhauer (persönlich arbeitende Afterunternehmer) beziehungsweise ihre hinterlassenen Witwen. Sie galten für ihre Person alle als freie Leute. Waren keine grundherrlich gebundene Untertanen, jedoch standen sie ausnahmslos unter der Jurisdiktion des Stadtrates von Schemnitz und wurden von demselben auch zum Tragen der von ihm bemessenen Steuerlast regelmäßig verhalten.

* Als Handelsherren wurden zu Schemnitz jene Großgewerken bezeichnet, die neben ihren Bergwerksanteilen auch Eigentümer von Erzmühlen und von Hütten waren.

** Mit Rücksicht darauf, daß meine Abhandlung deutschsprachig ist, habe ich von den Ortsnamen die deutsche Form beibehalten, soweit diese historisch belegt ist. Die folgende Konkordanz gibt in der alphabetischen Folge der deutschen Namensformen an zweiter Stelle die ungarischen und an dritter Stelle die slowakischen. Die heute geltenden offiziellen Bezeichnungen sind kursiv gedruckt.

Altsohl = Zólyom = *Zvolen*

Dilln = Bélabánya (in den Quellen auch Fejérbánya) = *Banská Belá*

Goldbach = Tópaták = *Banský Studenec*

Gran = *Esztergom* = Ostrihom

Hodritsch = Hodrusbánya = *Hodruša*

Königsberg = Újbánya = *Nová Baňa*

Kremnitz = Körmöcbánya = *Kremnica*

Lewenz = Léva = *Levice*

Libethen = Libetbánya = *L'ubjetová*

Neusohl = Besztercebánya = *Banská Bystrica*

Ofen = Buda (*Budapest*) = Budin

Pukkantz = Bakabánya = *Pukanec*

Sachsenstein = Saskő = *Šašov*

Schemnitz = Selmecbánya = *Banská Štiavnica*

Warmes Bad = Szklenőfürdő = *Sklené Teplice*

Der Benediktiner Konvent von St. Benedikt an der Gran ist den Quellen nach in lateinischer Form als Konvent „de iuxta Gron“ angeführt.

Im Jahre 1488 wurde die Siedlung auf einmal von einer Gärung, ja von einer organisierten aufständischen Bewegung erfaßt. Den Darlegungen des Stadtrates zufolge hätten sich einige verschwörerische Gruppen gebildet, welche es verstanden, auch die Lohnarbeiter der einzelnen Gewerke für die Bewegung zu gewinnen. Die freie Wahl eines eigenen Richters und eigener Geschworenen und damit die Lostrennung von Schemnitz sollte durchgesetzt werden. Doch gelang es der städtischen Obrigkeit, bändigend einzugreifen. Die Beteiligten wurden zusammengerufen. Zwei von ihnen, die dem Rat als die Rädelsführer erschienen, wurden in den Kerker geworfen, die anderen aber unter Mahnung auf ihren pflichtgemäßen Gehorsam zur klaren Erklärung aufgefordert, ob sie den Rat für ihre Obrigkeit anerkennend sich von denen trennen wollten, die bei ihrem rebellischen Vorhaben ausharren. Alle Anwesenden haben darauf, einer nach dem anderen, um Verzeihung gebeten und mit gehobenen Fingern das Gelübde abgelegt, sich in Zukunft nie mehr an einem gegen die Stadt gerichteten Aufstand zu beteiligen. Dies wurde vom Stadtrat als Sühne angenommen und die Ruhe auf diese Weise hergestellt¹.

So hat der Stadtrat die Dinge dargelegt. In Wirklichkeit blieb es aber nicht bloß bei dem Überreden, es wurde auch von der Gewalt ausgiebig Gebrauch gemacht. Durch qualvolle Einkerkung wurden die an der Bewegung Beteiligten gezwungen, sich eidlich zu unterwerfen. So ist es in einer von den Hodritschern vermutlich im Jahre 1495 verfaßten Anklageschrift zu lesen².

Mit Gewalt ist es dem Stadtrat gelungen, die Hodritscher sich fügig zu machen. Es war aber keine richtige Beruhigung. Auch schon deshalb nicht, da sie genug Gründe hatten, sich als benachteiligt, ja wirtschaftlich ausgebeutet zu sehen. Ohne Einsicht in die Geldgebarung der Stadt, waren sie der Meinung, ihre Steuergelder, die dem Aerar zugute kommen sollten, würden von der Stadt für eigene Zwecke verwendet. Täglichen Nährstoff der Unzufriedenheit brachte die Handhabung des Weinschankrechts mit sich. Im allgemeinen als grundherrliche

¹ *Archiv mesta Banská Štiavnica* (Stadtarchiv Schemnitz): Listiny, fasc. 1. (1467—1526), nr. 47. Aufzeichnung des Stadtrates aus dem J. 1492 (Konzept).

² *Urkunden*, I, 492. Unter der Bezeichnung *Urkunden* führe ich die einschlägigen Stücke aus jenem Bestand des Stadtarchivs Schemnitz an, der im Jahre 1918 nach Budapest abgeführt erst Ende der sechziger Jahre der slowakischen Archivverwaltung übergeben wurde. Diese Archivalien waren in vier (I–IV) Serien eingeteilt, jede mit eigener fortlaufender Numerierung der einzelnen Stücke. Die Serie I mit Nummern 6–988 enthielt Urkunden neuer Kuvertierung; Serie II mit Nummern 4–246, solche älterer Kuvertierung; Serie III mit Nummern 1–105 bestand größtenteils aus rechnungsmäßigem Schrifttum; Serie IV mit Nummern 1–4 und I–VII enthielt Dokumente in Buchform. In dieser Aufstellungsordnung wurde der Bestand auch für die Filmsammlung des Ungarischen Staatsarchivs aufgenommen. Diese Mikrofilmaufnahmen sind auf den Rollen 11 195–11 201 zu finden. Die oben angeführte Urkunde ist eine Transskriptionsurkunde König Wladislaus II. vom 7. Juli 1495 unter anderem auch mit dem Transsumpt einer nicht datierten Anklageschrift (Register) der Hodritscher. Der einschlägige Absatz, den ich auf die Aktion vom Jahre 1488 beziehe, lautet: „... dicta privilegia a prefatis Schembniciensibus repetissent, iudicemque et iuratos inter se eligere plebanumque proprium habere voluissent, extunc dicti Schembnicienses ipsos Hodrechenses diris captivitatibus inclusissent cruciassentque et interim ipsos pauperes Hodrechenses ab huiusmodi captivitatibus non emisissent, donec et quousque fide mediante se ipsos subiugos fieri obligassent.“

Gerechsam betrachtet, beanspruchte die Stadt den Weinschank zu Hodritsch ausschließlich für sich. Dazu wurde dort ein städtisches Leithaus aufrechtgehalten. Die Hodritscher haben aber stets sowohl wegen der schlechten Qualität der Weine als auch wegen der Preise sich zu beklagen gehabt. Denn während zu Schemnitz der Wein für 2, ja für 1 Denar zu haben war, verlangte man im Leithaus für die viel schlechteren Weine auch 4 Denare. Die Hodritscher versuchten, durch den direkten Einkauf des Weines zu Schemnitz dieses ausbeutende Monopol der Stadt zu umgehen. Es war ein Schleichhandel, der hauptsächlich von den Frauen und alten Männern getätigt wurde. Die Stadt hat sich das freilich nicht gefallen lassen. Die Ertrappten wurden von den städtischen Dienern auf die roheste Weise behandelt. Selbst schwangere Frauen hat man mit niederträchtigsten Worten gescholten, nicht selten auch geschlagen, die Gefäße zertrümmert, das bei ihnen gefundene Geld beschlagnahmt. So waren sie gezwungen, für teures Geld den schlechten Wein vom Leithaus zu trinken. Die ratsfeindliche Stimmung wurde auch dadurch gestärkt, daß die allgemeine Meinung auch die Teuerung des Fleisches dem Rate angekreidet hat. Der Alltag war für den kleinen Mann voller Schikanen und Verbitterung³.

Die Hodritscher wandten sich zunächst an die oberste Bergbehörde, an den Kammergrafen und den obersten „scansor“ sowie an das Gremium der Bergstädte, um für die Abstellung der geschilderten Ungerechtigkeiten Sorge zu tragen. Sie wurden dabei von den Schemnitzern mit den schändlichsten Worten angefahren, ja, ihnen wurde sogar mit dem Tode gedroht. Auf diesen Auftritt hin haben die Bergstädte (die von diesen entsendeten Vertreter) gemeinsam mit dem Kammergrafen und dem „scansor“ zur Wahrung des Friedens als „vinculum“, als Buße für die Friedensstörung die Todesstrafe und die Einziehung des Vermögens verhängt, ohne Unterschied, ob die Störung durch eine der Parteien mit Wort oder mit Tat erfolgen sollte. Denn, hieß es weiter im Urteilsspruch, es stünde nicht den Städtern zu, sondern allein dem König oder der Königin, eine Stadt der anderen unterzuordnen. Viel Erfolg haben sie damit allerdings nicht gehabt, insbesondere nicht bei den Schemnitzern. Kaum daß sie von Kremnitz heimgekehrt sind, war für sie das erste, daß sie die Hodritscher von ihren Arbeitsplätzen ausgeschlossen haben⁴.

Im Mikrokosmos der Bergmannssiedlung ist die Luft von Tag zu Tag dichter geworden. Es reifte eine mehr oder weniger revolutionäre Situation heran.

Am Fronleichnamstag 1492 – es war der 21. Juni – trat die konspirative Spitze wieder auf die Bühne. Es sollen vier Männer gewesen sein. Sie hätten nach der Prozession das ganze Volk zusammengerufen und aufgefordert, man solle sich der Stadt weiterhin in keiner Weise unterordnen, sondern durch die Erlangung eigener Gerichtsbarkeit und eigener Gerechsamten sich von derselben völlig trennen.

³ Nach der Darstellung der in Notiz 2 angeführten Anklageschrift.

⁴ Diese Behauptung könnte auch als eine Verschleierung jener Darlegung der Schemnitzer gedeutet werden, der zufolge den Aufständischen es im Jahre 1488 gelungen wäre, auch die Arbeiter fast zur Gänze auf ihre Seite zu ziehen.

Selbst auf die Gefahr hin, daß es um ihr Leben gehen könnte. Doch hätten die Führer zugleich auch beruhigend betont, es solle niemand besorgt sein, der mit ihnen in diesem Bund ausharre. Es würde alles leicht vor sich gehen, denn die Herren von Kremnitz, insbesondere Philipp Hueb⁵ und der Kammergraf Peter Scheider, hätten sie von ihrem eifrigen und steten Beistand versichert. Auf diese Weise sollte es den vier Führern gelungen sein, nicht nur diejenigen zu gewinnen, denen vor kurzer Zeit von der Stadt die Genehmigung erteilt war, für sich kleine Schmelzhütten (gazelle) zu errichten. Darüber hinaus, bald mit Aussicht auf Hilfeleistung, bald mit drohendem Zureden, hätten sie es verstanden, auch die Arbeiter, die keine eigenen Häuser besaßen, fast zur Gänze auf ihre Seite zu ziehen. Von je hundert kaum einer, der dem Bunde ferngeblieben wäre. Um den Funken nicht in Flammen auflodern zu lassen, hat der Stadtrat in aller Eile mit strafender Hand durchgegriffen. Die Anführer („conspiratores“) wurden verhaftet und der für ihr Handeln in der Rechtsordnung vorgesehenen Bestrafung zugeführt⁶. Das ist die Darlegung der Ereignisse in einer städtischen Aufzeichnung⁷.

Nach dem mißlungenen Aufstand haben sich die Hodritscher gleich an den König gewendet, sie zu den Privilegien, welche ihre Vorfahren den Schemnitzern zur Aufbewahrung anvertraut hätten, zu verhelfen. Es erging auch das Mandat an die Stadt⁸, die Privilegien, soweit die diesbezügliche Beschwerde stichhaltig sei, sofort auszuführen.

Die Schemnitzer wieder haben zu derselben Zeit den regelmäßigen Rechtsweg angetreten. Bei der Königinwitwe Beatrix, die zu dieser Zeit die Bergstädte des Kremnitzer Kameralbereiches als Heiratsgut innehatte, haben sie die Hodritscher als rebellische Untertanen angeklagt. Sowohl die erste als auch die auf Berufung der Hodritscher von der Königinwitwe eingesetzte zweite Instanz hat die eigenwilligen Versuche der Hodritscher auf die Lostrennung von der Stadt als Verstöße gegen die Treue und Ehrenhaftigkeit gebrandmarkt. Es heißt in der Urteilsbegründung, das Volk von Hodritsch gehöre seit langem her der Stadt Schemnitz an; sie wären ihre Untertanen („subditi“), und als solche dürfen sie nie abtrünnig werden, sondern sind ihr vielmehr zum Gehorsam und Ehrenerweisung verpflichtet⁹.

⁵ Zu dieser Zeit vermutlich der oberste Bergmeister, der „scansor“ zu Kremnitz.

⁶ Man könnte auch auf Todesstrafe denken.

⁷ Siehe die Notiz 1. – Es wird da vom dreimaligen Versuch („iam trinis vicibus replicate infidelitatis“) der Hodritscher gesprochen.

⁸ Vom 10. August 1492 aus Ofen; Transsumpt: *Urkunden I*, 492.

⁹ *Aragoniai Beatrix magyar királyné életére vonatkozó okiratok*. DR. GEREVICH T. és DR. JAKUBOVICH E. közreműködésével közli BERZEVICZY A. (Dokumente betreffend das Leben der ungarischen Königin Beatrix von Aragonien. Unter Mitwirkung von Dr. T. Gerevich und Dr. E. Jakubovich, hrsg. von A. Berzeviczy.) – *Monumenta Hungariae Historica, Diplomataria*, vol. XXXIX. Budapest, 1914, S. 249–251. – In der in Notiz 2 angeführten Anklageschrift wird von den Hodritschern behauptet, die Schemnitzer hätten über ihre Untertänigkeit keine Beweise vorgelegt. Das Urteil ist für sie allein infolge der falschen Aussage des damaligen Kremnitzer Richters Gaspar Steck ungünstig ausgefallen. Dieser hätte der Wahrheit entgegen behauptet, der Kammergraf und der „scansor“ hätten Hodritsch den Schemnitzern zugesprochen.

Mit diesem Urteil haben sich die Hodritscher nicht abgefunden. Gegen dasselbe Protest einlegend, sind bei dem königlichen Gericht diesmal sie als Ankläger gegen die Schemnitzer aufgetreten. Vom königlichen Rat wurde der Prozeß an das Tavernikalgericht überstellt. Die Hodritscher haben aber auch da kein Glück gehabt. Das von der Königin Beatrix bestätigte Urteil wurde nämlich auch da für richtig gefunden, die Hodritscher mit ihrer Anklage abgewiesen und gerichtlich zum ewigen Schweigen verurteilt¹⁰.

Demnach ist eigentlich alles beim alten geblieben. Die geschichtliche Situation wird jedoch für den Historiker durch diese Tavernikalurkunde etwas klarer. Man spricht diesmal nicht nur im allgemeinen von „*rebellibus subditis civitatis Schemniciensis*“. Die Männer, die für ihr Städtchen in die Schranken traten, werden diesmal auch ihren Namen nach bekannt. Johann Puchenpelcz, Georg Wnedel, Gregor Lodel und Wolfgang Fleischhacker („*carnifex*“) – alle Hodruscher Einwohner – waren es, die in ihrem eigenen und im Namen ihrer Genossen („*eorum complicum*“) vor dem königlichen Rat erschienen sind. Der Ausdruck „*eorum complicum*“ läßt im Einklang mit den Schemnitzer Anschuldigungen¹¹ darauf schließen, daß die eigentlichen Träger der Bewegung einzelne Gruppen waren und als die Anführer jene vier Männer anzusehen sind, die zu Ofen als Ankläger auftraten.

Auch der Sachbestand ihrer Bestrebungen wird diesmal deutlicher vorgetragen. Man blieb nicht nur bei dem Anspruch auf die freie Wahl eines eigenen Richters und eigener Geschworenen, in der sie die Realisierung der Selbständigkeit sahen. Diesmal wird klar ausgesprochen, ihr Ort wäre zu Zeiten weiland Königs Ladislaus (= Ladislaus postumus) eine Stadt für sich („*ipsa per se civitas*“) gewesen. Nur haben ihre Vorfahren damals aus Angst vor den Böhmen (= Husiten) ihre Privilegien der Stadt Schemnitz anvertraut. Diese können sie auch seitdem nicht zurückerhalten, nicht einmal auf den diesbezüglichen Befehl des Königs¹².

¹⁰ *Urkunden, II, 38* (original). Transsumpt in der Transskriptionsurkunde des Graner Kapitels von 22. August 1493, zugleich auch mit dem Transsumpt der Transskriptionsurkunde Wladislaus II. vom 13. Dezember 1492, welche den Text des Tavernikalurteiles samt dessen königlicher Bestätigung enthält. – Das Original der letzteren Urkunde: *Urkunden, II, 39*.

¹¹ Siehe Notiz 1.

¹² Noch ausführlicher werden diese Belange in der Anklageschrift vom Jahre 1495 (siehe Notiz 2) dargelegt. Es wird betont, sie werden es beweisen, „*quod dicta civitas Hodrech ante obsidionem Bohemorum tempore Izkre, videlicet monasterii Sancti Benedicti de iuxta Gron, fuit una libera civitas habens iudicem, iuratos et plebanum, uti civitates, videlicet Cremenicia, Novumsolienensis, Pukancz, Mons regis, Diln, Libeta et dicta Schebnicia. Quod sic fuit et est verum notorium ac publica vox et fama. Item quod tempore iam fate obsidionis dicti monasterii atque desolationem (!) pretacte Hodrech predecessores dictorum Hodrecensium ipsorum privilegia sive literalia instrumenta super libertatibus iam fate civitatis Hodrech cum uno calice ac libro missalis (!) sub spe restitutionis manus ad fideles conservationis causa ipsi Schebniciensibus assignarunt. Item quod a iam fata obsidione dicti monasterii prefati Schebnicienses nullo iure ipsis incumbente dictam Hodrech civitatem cum omnibus fructibus ac proventibus et utilitatibus, qui quidem fructus sive proventus ad cameram sive utilitatem regis aut reginalis maiestatis deservire debuissent, quorum valorem nullus hominum existimare potest, illa dicti Schebnicienses sibi ipsis usurparunt receperuntque...*“ Es sind wohl die Steuereinkünfte und die „*Urbura*“ = der Bergzehent gemeint.

Von den Vertretern der Stadt (Stadtrichter Johann Thetelpach, der Geschworene Matthias Königsberger, der Stadtschreiber Balthasar Steckh und die Stadtbürger Johann Hekell und Martin Czygenmelker) wurde dies durchweg in Abrede gestellt. Es wären ihnen keine Privilegien zur Aufbewahrung anvertraut. Die Bewohner der Ortschaft („*possessio*“) besäßen nie eigene Jurisdiktion, sie hätten im Gegenteil seit langem der Stadt angehört, wären ihre Untertanen („*subditi*“) und Werkende sowie Arbeiter der Bergwerke („*cultores el laboratores montanarum et fodinarum*“) gewesen. Bis auf die jetzigen Zerwürfnisse hätten sie der Stadt den Gehorsam auch stets geleistet. Zum Beweis haben sie die Urteilsbestätigung der Königinwitwe vorgelegt.

Die Hodritscher haben darauf Schreiben (vermutlich Atteste über Zeugen aussagen) von den Städten Königsberg und Pukkanz sowie von den Märkten Zernowka (= Žarnovica) und Gelodnok oder Hlynik eingereicht. Von dem Gericht als „*litere missive*“ (= einfache Briefe) bezeichnet, wurden diese Schreiben nicht in Betracht genommen. Sie wären auf kein königliches Mandat erfolgt, und auch die dort angeführten Zeugen hätten unbeeidigt nichts Meritorisches zu sagen gehabt.

Ein klarer Beweis der Parteilichkeit des Tavernicus zugunsten der Schemnitzer ist, daß er dem Prokurator der Hodritscher, einem gebürtigen Deutschen, das Wort entzog, als er, der ungarischen Sprache unkundig, seine Ausführungen lateinisch vortragen wollte. Absolut unbegründetes Vorgehen, da ja die Gerichtsschreiber des Lateins zweifellos kundig gewesen waren¹³.

Erst jetzt, mit diesem verlorenen Prozeß, fing für die Hodritscher der richtige Kreuzweg an. Die Oberhand gewonnen, traten die Herren aus der Stadt mit blutdürstiger Rachsucht und zügelloser Willkür den Hodritschern entgegen. Ihre Vertreter waren noch nicht von Ofen heimgekehrt, als die Schemnitzer mit bewaffneter Hand zu nächtlicher Stunde mit schallendem Geschrei wie Räuber ihre Häuser überfielen. Sie kannten keine Barmherzigkeit. Türen, Truhen, Läden, Schränke, Glasfenster – alles wurde wahllos zertrümmert und zusammengeschlagen. Öfen, über sechzig an der Zahl, samt dem zierlichen Geschirr in Stücke geschlagen. Die Kinder und Frauen, selbst die vor Entbindung stehenden, trotz der winterlichen Kälte – es ist gegen Weihnachten gewesen – hinausgejagt und um alle ihre Habseligkeiten gebracht. Auch das Vieh wurde abgeschlachtet. Viele Bewohner wurden verhaftet und über 17 Wochen im Kerker gehalten; darunter auch Kinder, die man erst auf das Einschreiten der Königin freigelassen hat. Einer der Verhafteten hat infolge der krudelen Behandlung auch sein Leben gelassen¹⁴.

Das tragischste Ende war dem gewählten Hodritscher Richter Johann Puchenpelz beschieden. Durch die Ereignisse vom Dezember gemahnt, hat er sich erst gegen Ende der Fastenzeit zur Heimkehr entschlossen und auch da sicherheitshalber

¹³ Vgl. Notiz 10.

¹⁴ Die in Notiz 2 angeführte Anklageschrift.

auf einige Tage zu Königsberg Aufenthalt genommen. Die Kunde ist freilich rasch nach Schemnitz durchgedrungen. Auf diese Nachricht hin wurden vom Richter und vom Rat (es werden Egidius Muner, Hillibrand, Valentinus Goldschmied, Faulhering und Balthasar Steckh genannt) als Schergen bewaffnet Leonhard, der Schwiegersohn von Muner, Nicolaus, der Schwiegersohn von Faulhering, und ein gewisser Rab mit einigen weiteren Genossen nach Königsberg geschickt, um den im vorgerückten Alter stehenden Richter von Hodritsch von dort abzuholen. Man hat den Königsbergern auf Eid und Ehre versprochen, sie hätten mit dem Alten nichts vor, sie wollten ihn nur der Königin und den Bergstädten übergeben. Als aber der alte Mann von den Königsbergern vor das Stadttor geführt wurde, da war es aus mit Ehrenwort und jedem Versprechen. Man hat ihn gepackt und der Länge nach auf sein Pferd gebunden. Die Hände ausgestreckt um den Hals des Tieres, den Rücken über dem Sattelkopf, was freilich nicht ohne Schädigung des Rückgrates möglich war. Darauf wurde das Pferd durch Wald und Au gejagt, bis sie in der Stadt angekommen waren. Der Gefesselte wurde da zunächst durch die Stadt geführt, während ihn die Begleiter von einer Seite an den Haaren, von der anderen am Bart gezupft haben. Dann hat man ihn an einen gedeckten Tisch gesetzt, die Speisen und Getränke aber immerfort weggezogen, um ihn Durst und Hunger leiden zu lassen. Am nächsten Morgen wurde er ohne jedes Verhör geköpft. Danach haben sie sein Haus in Hodritsch überfallen und dort wie Räuber gehaust. Türen und Schränke wurden zertrümmert, was beweglich war, weggeschleppt, unter anderem auch 300 Gulden und die Hodritscher Papiere. Selbst die Gattin und die Kinder sind nicht verschont geblieben¹⁵.

Schrecken und wütende Verbitterung hat die Hodritscher in ihrer Hilflosigkeit erfaßt. Viele haben bereits nach den Ereignissen vom Dezember 1492 die Flucht ergriffen und in den anderen Bergstädten oder auch in den Wäldern der Umgebung Versteck und Schlupfwinkel gesucht, nicht aber ohne ihrem Groll über die Königin Ausdruck zu geben. Für die Schemnitzer haben sie nur fluchende Beschimpfungen gehabt. Ja, es sind auch Drohungen gehört worden, man würde die Stadt in Brand stecken¹⁶.

Die Königin glaubte zunächst – wohl auf das Zuflüstern der Schemnitzer hin –, die Flüchtlinge verhaften und durch Strafen zur besseren Einsicht zu bringen. Die gemeine Abschachtung von Johann Puchenholz hat aber so eine Entrüstung ausgelöst, daß man es für richtiger fand, in einem neuen Gerichtsverfahren eine Schlichtung der Gegensätze herbeizuführen, bevor die Unruhe auch auf weitere Schichten der Arbeiterschaft übergreifen würde. Die Gerichtsverhandlung wurde von der Königin für den 1. August 1493 angesetzt, und die Bergstädte wurden

¹⁵ A. a. O. – Siehe auch das königliche Investigations- und Vorladungsmandat an den Benediktiner Konvent „de iuxta Gron“ vom 16. August 1496: *Urkunden*, II, 54.

¹⁶ Offenes Mandat an die Bergstädte zugunsten der Schemnitzer vom 15. März 1493 aus Gran: *Urkunden*, II, 41.

aufgefordert, dazu wenigstens einen Geschworenen zu entsenden¹⁷. Die Schemnitzer und Hodritscher hätten vor diesem Gericht mit allen ihren geeigneten Beweisen zu erscheinen, und zwar auch mit den geflüchteten Hodritschern, für die ein eigenes Vorladungsmandat erlassen wurde¹⁸. Um aber die Aufrechterhaltung des Friedens auch bis zu der gerichtlichen Regelung zu sichern, wurde von der Königin als „vinculum“ für den Fall einer Friedensstörung die Buße von 2000 Gulden oder die Todesstrafe festgelegt¹⁹.

Wieder waren es die Schemnitzer, die sich der Friedensstörung nicht enthalten und die schwersten Verstöße sozusagen am laufenden Band begangen haben. Es fing mit der Verhaftung von einem der Hodritscher Bündler, einem gewissen Johann Reichanel, an. Um diesen Mann freizubekommen, haben sich Thomas Pek, dessen Haus übrigens von den Schemnitzern auch in Brand gesteckt worden war, sowie der alte Thomas nach Schemnitz begeben und dort das Mandat der Königin, betreffend die Friedensstörung, vorgewiesen. Als sie darauf den Heimweg angetreten haben, sind ihnen die Schemnitzer bis zum Warmbad nachgegangen, haben sie dort niedergemetzelt und das Mandat der Königin an die Leichen geheftet. Danach haben sie sich noch an manchen Orten damit gebrühet, so werde es auch anderen ergehen, denn sie werden sich um die Befehle der Königin gar nicht kümmern. Sie taten es auch. Einige Tage darauf wurde von ihnen Johann Wurffel, auch einer der Hodritscher Bündler, in seiner auf fremdem Territorium stehenden Erzmühle stückweise zerfleischt und die Leichenteile unter das Mühlrad geworfen.

So lautet die Darlegung der Hodritscher Anklageschrift vom Jahre 1495²⁰. Abschließend als die neuerlichste Greuelthat wird die Tötung von zwei weiteren Hodritschern, gleichfalls im Warmbad verübt, verzeichnet, während ein dritter Verletzungen erlitt, die zu seinem Tod führten. Dies geschah kurz darauf, als das königliche Vorladungsmandat vor das Gericht der *personalis praesentiae* zugestellt wurde.

Wie das von der Königin zur Schlichtung der Zerwürfnisse angeregte Gerichtsverfahren der Bergstädte ausgegangen ist, darüber kann ich zunächst nichts Konkretes sagen. Dasselbe gilt auch für einen zweiten Prozeß, von dem ich vorläufig nur soviel berichten kann, daß die Schemnitzer im Frühjahr 1495 mit königlichem Mandat vor das Gericht der *personalis praesentiae regiae* vorgeladen waren und ihr Erscheinen auch versprochen haben²¹.

¹⁷ *Urkunden*, II, 42 und 43/2 – vom 12. und 13. Juli 1493.

¹⁸ *Urkunden*, II, 43/1 – vom 20. Juli 1493. – An die Flüchtlinge wurde ein eigenes Mandat beigeschlossen. Die Schemnitzer wurden außerdem aufmerksam gemacht, sich an die wörtliche Mitteilung ihres Schreibers, Balthasar Steckh zu halten. Über den Fortgang und Ablauf dieses Prozesses kann ich nichts näheres sagen.

¹⁹ Die in Notiz 2 angeführte Anklageschrift vom Jahre 1495.

²⁰ A. a. O.

²¹ Vorladungsbericht des Benediktiner Konvents von „de iuxta Gron“ vom 17. Mai 1495: *Urkunden*, I, 492 als Transsumpt in der Transskriptionsurkunde Wladislaus II. vom 7. Juli 1495.

Eine neue Prozeßwelle setzte im Jahre 1496 ein, als König Wladislaus II. mit seinem an die vier ordentlichen Richter des Königreiches gerichteten Mandat vom 16. Juni 1496 die Neuaufnahme des von den Hodritschern im Jahre 1492 gegen die Schemnitzer angeregten Prozesses angeordnet hat. Dies hauptsächlich wegen der mehrfachen Verletzung der Prozeßordnung durch das im Herbst 1492 abgehaltene Tavernikalgericht²². Einen Monat darauf erging auch ein Vorladungsmandat an den Benediktiner Konvent „*de iuxta Gron*“²³. Es sollten wegen des an Johann Puchenpelz begangenen Mordes Egidius Muner, Hillebrandt, Valentin Goldschmied, Faulhering, Matthias Her, Geroder, Philipp Klein, Franz Kornell und Balthasar Steckh (Richter und Geschworene von Schemnitz) sowie Leonhard, der Schwiegersohn von Muner, Nikolaus, der Schwiegersohn von Faulhering, ein gewisser Rab und ihre weiteren Komplizen vor das Gericht der *personalis praesentiae regiae* vorgeladen werden. Zur Zeit ist mir auch der Verlauf dieses Prozesses nicht bekannt.

Eines ist sicher: Im nächsten Jahr, 1497, waren die Hodritscher noch dem Schemnitzer Rat unterstellt. Der Beweis dafür ist dem Prozeß zu entnehmen, welchen die Hodritscher als Untertanen der Stadt gegen den Rat angeregt haben. Diesmal ging es nicht um die prinzipielle Frage der Selbständigkeit, der eigenen Jurisdiktion, sondern um das eigenmächtige Vorgehen der Obrigkeit in konkreten Fällen. Der Sachbestand der Anklage war doppelter Natur.

Einerseits ging es darum, die Hodritscher wären von den Städtern mit übermäßig hoher Steuer belegt. In manchen Fällen wäre der Steuersatz mit 8 bis 10 Goldgulden bemessen gewesen, und der gesamte Steuerbetrag hätte auch die 300 überstiegen. Im zweiten Teil der Anklage heißt es wieder, der Richter und der Rat wären gegen Anfang Juni mit anderen Bürgern in Hodritsch bewaffnet erschienen und hätten die Häuser von Thomas Schmitt und Christoph Hohenhang gewalttätig abgetragen²⁴.

Nach einer Vertagung nahm die meritorische Verhandlung am 28. August 1497 ihren Anfang. Vom Prokurator der Hodritscher wurden als Belege die vom Barscher Komitat und dem Benediktiner Konvent „*iuxta Gron*“ erstatteten Berichte über die von ihnen auf königliches Mandat durchgeführte Investigation vorgelegt.

Der Prokurator der Schemnitzer hat bezüglich der Steuereinhebung die Anklage in Abrede gestellt, die Abtragung der Häuser betreffend aber dargelegt, es wäre ein altes Gewohnheitsrecht sowohl zu Schemnitz wie in den anderen Bergstädten der oberen Teile des Landes, daß die Bergleute („*cultores montanarum*“) mit Genehmigung des zuständigen Stadtrates sich Häuser erbauen können. Wenn aber jemand unter einem solchen Hause auf Erz stoßen und den Bergrichter um die Verleihung der Hausstelle für Grubenbau angehen würde, so lassen der Berg-

²² *Urkunden*, II, 62 (Transsumpt vom 16. Juni 1497).

²³ *Urkunden*, II, 54 – einfache Abschrift.

²⁴ Vorladungsmandat vom 19. Juli 1497 an den Benediktiner Konvent „*de iuxta Gron*“: *Urkunden*, II, 71.

meister und der Rat das Haus abtragen und, die Materialien dem Hausinhaber lassend, die Stelle dem Antragsteller (Muthner) für Grubenbau übergeben. Das wäre auch bei den Häusern von Thomas Schmytt und Christoph Hochhang der Fall gewesen; doch waren beide Häuser nur teilweise abgetragen. Die Verleihung des Grundes erfolgte aber an Simon Fayerobenth, Valentin Goltschmytt, Johann Lwcz, Simon Groff, Christoph Zalzer, Bernhard Crempel und Egid Franz.

Abschließend hat der Prokurator der Schemnitzer beantragt, den Sachverhalt der Anklage an Ort und Stelle – zu Hodritsch – in Anwesenheit eines Konventualen und eines „*hominis regii*“ sowie der Parteien offiziell zu untersuchen. Dem Antrag hat auch der Prokurator der Ankläger zugestimmt. Auf Grund der diesbezüglich erlassenen königlichen Mandate hat diese Untersuchung am 6. Oktober 1497 stattgefunden. Auf besonderen Befehl war dabei auch der *causarum regalium director* Benedikt von Borswa anwesend.

Diese Investigation hat für die Hodritscher Ankläger keinen günstigen Erfolg gehabt. Bezüglich der Besteuerung haben selbst die von ihnen gestellten Zeugen entweder negativ ausgesagt, sie wüßten nichts über diese Angelegenheit oder daß sie es von dem oder jenem gehört hätten²⁵.

Über die Hausabtragung sind eigentlich die entsendeten Vertreter der einzelnen Städte zum Wort gelassen worden, als erste die Kremnitzer. Für die Ankläger konnten sie nur soviel sagen, sie sahen es, daß die zwei Häuser zum Teil abgetragen waren. Sie bemerkten aber dazu, daß diesbezüglich jede Stadt ihren eigenen Rechtsbrauch hat. Im großen und ganzen waren die Aussagen der anderen Städte mit jenen der Kremnitzer übereinstimmend. Eines ist aber insbesondere festzuhalten, daß jede von den Städten in ihrer Aussage auch über das Verhältnis zwischen Schemnitz und Hodritsch Stellung nahm. Alle im selben Sinne, nämlich, daß Hodritsch von altersher innerhalb der Gemarkung von Schemnitz lag und sowohl die Siedlung als auch die Einwohner zu der Stadt Schemnitz gehörten.

Das ungünstige Ergebnis könnte es schon allein verständlich machen, wenn wir in Fortsetzung des Prozeßaktes erfahren, daß nach Abschluß der Hodritscher Untersuchung die Ankläger zu der weiteren Verhandlung nicht mehr erschienen und die Angeklagten auf diese Weise freigesprochen worden sind.

Ich bin aber der Meinung, daß da noch ein anderes schwerwiegendes Moment eine Rolle gespielt hat. Anläßlich der Untersuchung zu Hodritsch sind sie nämlich zu der Erkenntnis gelangt, daß sie ihre Massenbasis verloren haben, da die Hodritscher sie im Stich ließen und den von ihnen geführten Kampf nicht mehr mitmachen wollten.

Zu der Untersuchung am 6. Oktober 1497 sind die Ankläger persönlich erschienen. Es waren: Gregorius Lelewel, Christoph Zaworprun, Thomas Faber, Johann Trayber, Martin Strwpek, Gregor Faber, Cristoph Czeller, Stephan Magnus, Michael Polyak, Johann Schaydel, Johann Gwth, Johann Freyderlyk, Johann

²⁵ *Urkunden*, I, 967: Urteilsbrief Wladislaus II. vom 22. August 1498.

Thywthko, Frideric Sutor, Thomas Thywrnes, Valentinus Czygenruk, Nicolaus Phaff, Martin de Nova Civitate, Jacob Hayfresser, Johann Daychmon, Johann Mywnych, Jacob Unger, Benedikt Gyewringer, Mathia Sartor und Melchior. Im ganzen 25 Männer, die als „cives et inhabitatores . . . oppidi Hodrych“ aufgetreten sind. Neben ihnen ist aber auch noch die ganze Bevölkerung aufmarschiert. Der Bericht schätzt an die 1500 Erschienenen, dies ist sicherlich übertrieben. Nun, diese Menge hat nicht für die Ankläger, sondern einhellig gegen sie Stellung genommen. Es wurde die Erklärung abgegeben, die Ankläger hätten ohne ihr Einverständnis gehandelt, sie hätten sich von ihnen nicht einmal eine Vollmacht besorgt, sondern von Anfang an ohne ihr Wissen und ohne ihre Zustimmung gehandelt. Ob es ein spontanes Abrücken der durch den städtischen Terror gebrochenen, der täglichen Verfolgung müde gewordenen Leute oder ein propagandistisch geschickt vorbereiteter Schachzug des Stadtrates war, ist heute schwer zu entscheiden. Sicher ist nur, daß die Ankläger wie verraten und verkauft dastanden und es vorzogen, statt weiterer Beteiligung an der Prozeßverhandlung als Flüchtlinge die Ferne zu suchen.

Infolge des Nichterscheins der Ankläger oder auch nur ihres Prokurators sowie auch auf Grund der von dem Hodritscher Volk abgegebenen Erklärung wurden die Schemnitzer von der Anklage freigesprochen²⁶.

Die Schemnitzer pochten auf den bei dem Landesgericht gewonnenen Prozeß und ließen ihre Gegner noch jahrelang in ihren Fluchtorten darben. Schließlich hat Johann Thurzó als Kammergraf schlichtend eingegriffen und bei den Schemnitzern für die Geflüchteten das Vergeben erwirkt. Die Geflüchteten haben sich damit entschuldigt, daß sie von anderen irreführt worden sind, und das Gelöbniß abgelegt, den Schemnitzern nie etwas nachzutragen, sondern für die erhaltene Vergebung der Stadt „billiche und czimliche er erczaigen wellten“.

Der Akt der gegenseitigen Befriedung fand am 19. Juli 1502 zu Neusohl vor Johann Thurzó als königlichem Kammergrafen von Kremnitz und Gespan im Alten Sol sowie vor den versammelten Edelleuten desselben Stuhles, des Richters und des Rats von Neusohl und des Bergmeisters von Kremnitz, Valentin Palusch, statt. Von Schemnitz sind mit Vollmacht des Stadtrates der Bergmeister Hans Polak, der Geschworene Bürger Melchior Hondel, der Steiger Lannghans und der Stadtschreiber Balthasar Steckh erschienen. Von den Geflüchteten haben sich folgende eingestellt: Endres Prüstl, Thomas Trwnusch, Michl Polak, Augustin Khörner, Steffan Graß, Hanns Fiderling, Jacob Hayfresser, Mertein Stroppko, Benedikt Dwringer, Güthans, Hanns Twttko, Christan Khünigspurger, Melchior Peczeld – im ganzen nur mehr 13 Personen. Der größere Teil der Bündler dürfte zu dieser Zeit seinem einstigen Heimatort beziehungsweise dem Herrschaftsbereich des Schemnitzer Stadtrates endgültig den Rücken gekehrt haben²⁷.

²⁶ A. a. O., und *Urkunden*, II, 81: Urteilsbrief vom 13. August 1498.

²⁷ *Urkunden*, I, 968.

Das war der Verlauf des etwa das Viertel eines Jahrhunderts ausfüllenden Kampfes. Es stellt sich nun aber die Frage, worin bestanden für die Hodritscher die Beweggründe, was war der Anstoß für ihr aufrührerisches Auftreten?

Kurz gesagt, es ging um die freie Nutzbarmachung des Bergschatzes. Mit dem Eingehen des grundherrschaftlichen Eigenbetriebs, der auf der Fronarbeit, manchmal auf Sklavenarbeit aufgebaut war, folgte zunächst die Bergfreierung und dann die Bergfreiheit (da allgemein, dort territorial oder auf einzelne freie Bergstädte begrenzt) als die allgemeine Grundlage der Produktionsverhältnisse der Montanwirtschaft im Mittelalter²⁸. So war es auch im mittelalterlichen Königreich Ungarn. Die Nutzung, die Gewinnung der unterirdischen Bodenschätze war im Prinzip für jeden Bürger oder Einwohner einer königlich freien Bergstadt unter den gewohnheitsrechtlich verankerten, allgemein gültigen Bedingungen zugänglich. Prinzipiell schon. Schürfrecht und Mutung einer entdeckten Erzader oder eines Ganges war jedem zugebilligt. Dagegen waren aber die wichtigsten objektiven Vorbedingungen, um die entdeckten und bergbaulich gewonnenen Erze vollauf für sich nutzbar zu machen, den Profit der Unternehmung zur Gänze in die eigene Tasche zu stecken, nicht für jeden gegeben; diese waren gerade monopolartig nur einer dünnen Schicht, den Ringbürgern, vorbehalten.

Um diese eigentümlichen Produktionsverhältnisse zu verstehen, ist es notwendig, die sozialökonomische Situation der Entstehungsperiode unserer Städte zu vergegenwärtigen²⁹.

Es soll da vorausgeschickt werden, daß in der feudalen Umwelt der Wesensinhalt einer vollauf *freien* (= königlich freien) Stadt in der Ausscheidung einer wirtschaftlich tätigen Gemeinschaft aus jenem grundherrschaftlichen Verbands, welchem sie bis dahin (ursprünglich) zugehört hat, bestand – eng verbunden mit der Konstituierung der eigenen Grundherrlichkeit innerhalb ihrer Gemarkung *zur gesamten Hand* dieses frei gewordenen beziehungsweise für frei erklärten Gemeinwesens. Die sogenannten städtischen Vorrechte, wie sie in den städtischen Gründungsurkunden erscheinen (die eigene Jurisdiktion = die Selbstverwaltung nach dem eigenen Gewohnheitsrecht, die nur durch die Präsentationspflicht eingeschränkte freie Wahl von Richter und Pfarrer), sind im Grund genommen nur die einzelnen Elemente der Grundherrlichkeit. Nicht unbedeutend war dabei das Eigentum an Grund und Boden, wenn auch darauf in den Gründungsurkunden konkret selten Bezug genommen wird; in Wirklichkeit war aber die klassenartige Schichtung der städtischen Bevölkerung in dieser Eigentumsordnung verankert. Das ist das eine, was wir nicht aus dem Auge verlieren dürfen.

²⁸ O. PAULINYI: *Die anfänglichen Formen des Unternehmens im Edelmetallbergbau zur Zeit des Feudalismus* – Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae Vol. XII. Budapest, 1966.

²⁹ Für das Folgende siehe: O. PAULINYI: *Eigentum und Gesellschaft in den niederungarischen Bergstädten. Ein Beitrag zur Problematik der deutschen Kolonisationsstadt in Ungarn* (in „Der Außenhandel Ostmitteleuropas 1450–1650. Die ostmitteleuropäischen Volkswirtschaften in ihren Beziehungen zu Mitteleuropa. Hrsg. von INGOMAR BOG) Köln-Wien, 1971.

Die Stadtwerdung ist an und für sich ein sehr langwieriger Prozeß, von Anfang bis zum endgültigen Abschluß durch die Gestaltung der zweifachen gesellschaftlichen Teilung der Arbeit bestimmt³⁰. Er setzt demnach bei jedem sozialen Gemeinwesen ein, jedoch nicht zu demselben Zeitpunkt, und auch das Tempo ist nicht gleichmäßig. Wenn wir nur das kontinentale Europa (ohne das Mittelmeerraum) in Betracht ziehen, so zeichnet sich in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unter den einzelnen Gebieten ein klarer Trend der Abstufung vom Westen gegen den Osten zu ab³¹.

Die ersten urkundlichen Belege für den Bergbau zu Schemnitz sind uns erst aus dem Jahre 1217 (Einkünfte von Bana) und 1228 (Argenti fodina in der Grenzbeschreibung von „terra Bela“) bekannt³². Es ist aber nicht zu bezweifeln, daß im Rahmen eines königlich-grundherrschaftlichen Betriebes der Bergbau da bereits im 12., ja vielleicht auch schon im 11. Jahrhundert betrieben wurde³³. Wenn auch nur hypothetisch, glaube ich doch annehmen zu können, daß bereits im ersten Viertel des 13. Jahrhunderts oder sogar um die Jahrhundertwende nach Einwanderung von werkenden Bergleuten, das heißt, an der Arbeit persönlich beteiligten Gewerken aus den südlichen Alpenländern eine freie Berggemeinde bestand, der selbstverständlich auch die inzwischen die persönliche Freiheit gleichfalls erlangten einstigen Untertanen des grundherrschaftlichen Betriebes angehörten. Der Schwerpunkt des Bergbaues lag zu dieser Zeit am Glanzenberg. Die slowakische Bezeichnung „Staré mesto“ ließe darauf schließen, daß neben der archäologisch nachgewiesenen königlichen Burg (deutsch die „Alte Burg“ genannt!) auch die Siedlung dieser Berggemeinde dahin zu verlegen wäre.

Die neue Stadt (die nové mesto) ist im Gegensatz zu dem in der Tradition bis auf die heutigen Tage lebendig erhaltenen „Staré mesto“ an der Sohle und an den anschließenden Abhängen des an der südlichen Seite des Glanzenberges in west-östlicher Richtung ablaufenden Tales erbaut worden. Sie ist gerade so wie auch Neusohl und Kremnitz im Zuge der deutschen Ostkolonialisierung entstanden, als die Wellen der letzteren etwa seit dem zweiten Viertel des 13. Jahrhunderts und dann auch noch in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts auf friedlichem Wege, ja vielfach auf die direkte Initiative der Herrscher von Ungarn die Grenzen des Königreiches übertreten haben.

³⁰ K. MARX: *Das Kapital*, I. (Dietz) Berlin 1947, S. 368–370.

³¹ O. PAULINYI: *Nemesfémtermelésünk és országos gazdaságunk általános alakulása a bontakozó és a kifejlett feudalizmus korszakában. 1000–1526. – Gazdag föld – szegény ország* (Unsere Edelmetallerzeugung und die allgemeine Gestaltung unserer Landeswirtschaft im Zeitalter des entstehenden und des entwickelten Feudalismus. 1000–1526. Reicher Boden – Armes Land). – Századok (Jahrhunderte). Budapest, 106, 1973.

³² Codex diplomaticus et epistolaris Slovaciae, tom. 1. Editor R. MARSINA. Bratislavae, 1971. No. 220 und 341. – V. ŠMILAUER: *Vodopis starého Slovenska. – Práce učené společnosti Šafaříkovy v Bratislave*, sv. 9. (Die Gewässerkunde der alten Slowakei – Arbeiten der Geographengesellschaft Šafařík's zu Bratislava, Bd. 9.) Praha – Bratislava, 1932, S. 129–130. – Gy. GYÖRFFY: *Az Árpád-kori Magyarország történeti földrajza*. (Die historische Geographie Ungarns in der Árpáden-Zeit.) Budapest, 1963, S. 433. An den letzteren zwei Stellen geht es um die Lokalisation der „terre Bela“; entgegen jener von Györffy halte ich die von Šmilauer für die richtige.

³³ O. PAULINYI, wie Notiz 28, S. 49–51, und wie Notiz 31, S. 577, Notiz 83.

Diese neue Siedlungsanlage ist als Gründungsstadt anzusehen, diesen Begriff als den Gegensatz zu der Entwicklungsstadt deutend. Während die letztere sich aus einer grundherrlich untertänigen dorfmäßigen Siedlung im Verlaufe eines längeren Prozesses zu dem komplexen Gebilde der mittelalterlichen Stadt entfaltete, so daß in diesem Falle das Moment der Anlegung der Siedlung und jenes der Erhebung zur freien Stadt zeitlich auseinanderfiel, ist für die gegründete Stadt gerade das Gegenteil kennzeichnend. Da erfolgte beides – die Schaffung beziehungsweise die Gewährung der objektiven Bedingungen des städtischen Daseins einerseits und die Anlegung, der physische Aufbau der bereits im vorhinein als Stadt gedachten Siedlung andererseits – auf einmal zu gleicher Zeit.

An der Stadtgründung waren zwei Faktoren ausschlaggebend beteiligt. Einmal der König (der Herrscher) als Stadtherr. Die Stadtprivilegien lassen ihn in den Vordergrund treten. Die objektiven Bedingungen des städtischen Daseins wurden vielfach durch ihn gewährt. Selbst die Initiative dürfte vom Herrscher und seinen Ratgebern ausgegangen sein. Bevölkerungspolitische Erwägungen und die Aussicht auf zunehmende Einkünfte lieferten dafür ausreichende Beweggründe. Zum andern war aber auch die im Gründen begriffene Stadtgemeinde aktiv beteiligt. Ihr oblag alles, was man als Momente des physischen Aufbaues und der verfassungsmäßigen Regelung bezeichnen kann. Nun ist jedoch diese „Gemeinde“ in unserem Fall nicht einem unbestimmten Konglomerat von spontan zusammenlaufenden Leuten gleichzustellen, die den Entschluß faßten, sich in der neuen freien Siedlung niederzulassen, nicht einmal von solchen, die es sich hätten leisten können, ein eigenes Haus aufzubauen. Dem königlichen Stadtherrn stand als „Gründungspartner“ nicht eine solche „Gemeinde“ gegenüber, sondern eine geschlossene, zahlenmäßig beschränkte genossenschaftliche Vereinigung. Eine Verbindung, ein „consortium“ von Unternehmern, die sich ausgesprochen und einzig für die Gründung einer Stadt in erreichem Bergland zusammenfanden. Zu Schemnitz dürften sie 42 (?) gewesen sein, die ersten Besitzer der Hausstellen am Ring, ihren Anführer, den Lokator, mitinbegriffen. Zum Zeitpunkt, als die der Stadt zu gewährenden Freiheiten unter den zwei interessierten Teilen ausgehandelt wurden, als die Stadt eigentlich erst im Begriffe war zu entstehen, trat die „Gemeinde“ greifbar nur in dieser Genossenschaft verkörpert in Erscheinung. Was ist aber verständlicher, als daß sich unter diesen Umständen auch das Unternehmerkonsortium selbst mit der Gemeinde in spe identifizierte: nicht für sie, sondern als solche auftrat. Das Konsortium trug ja alle Lasten, die einerseits mit den Vorverhandlungen, andererseits mit der faktischen Errichtung der Stadt einhergingen. Es war ja auch niemand anderer da, auf den man diese hätte abwälzen können. Dafür beanspruchte sie freilich auch die so erkauften Vorteile für sich. Die Stadtgründung sollte eben ein gewinnbringendes Unternehmen werden. Sie wurde es auch.

Das Vorhaben wurde auf die Weise realisiert, daß die Gründergenossenschaft als die momentane Verkörperung der Stadtgemeinde sowohl das Eigentumsrecht über das ganze vom Herrscher der entstehenden Stadt überlassene Gebiet wie auch

die Nutzung der unterschiedlichen grundherrlichen Gerechtsamen und die Ausübung aller grundherrlichen Rechte zur gesamten Hand für sich behielt.

Wie sich die neugebackenen Grundherren auf den umfangreichen Ländereien ihrer Stadtgemarkung eingerichtet haben, darauf soll hier nicht ausführlicher eingegangen werden. Den Kern dieses monopolistischen Eigentumssystems bildete das Ringeigentum, der Besitz eines Ringhauses. Daran war alles andere gebunden: die Beteiligung an Grund und Boden sowie auch an den unterschiedlichen grundherrlichen Nutzungsrechten. Für die Gestaltung der Produktionsverhältnisse im Montanwesen kam da einerseits dem Nutzungsrechte am Hochwald, andererseits aber noch viel mehr jenem an den Gewässern eine außerordentliche Bedeutung zu. Der Hochwald lieferte das für jeden Grubenbau nötige Holzmaterial. Zugleich ist aber zur damaligen Zeit auch jeder Hüttenbetrieb ohne Nutzungsrecht am Hochwald undenkbar, da damals bei uns der einzige Brennstoff des Hüttenwesens die Holzkohle war. Soweit es um Grubenholz ging, war die Handhabung der ringbürgerlichen Vorrechte etwas lockerer gehalten. Grubenholz, wie überhaupt auch jenes Holz für den Hausbau, wurde auch denen zugeteilt, die keine Ringbürger waren. Um so straffer wurde an dem Wasserrecht als ringbürgerlicher Gerechtsame festgehalten. Einen Mühlschlag für eine Erzmühle oder eine Hüttenstelle konnte ausschließlich nur ein Ringbürger erhalten³⁴.

*

Der Betrag von 300 Goldgulden, welchen die Städter Johann Puchenholz beziehungsweise seiner Witwe – milde gesagt – abgenommen haben, der hohe Steuersatz von 8–10 Gulden, der von den Herren des Rates zu Schemnitz auf manche Hodritscher ausgeworfen wurde, die ziemlich hohe Zahl der etwa 60 Hausbesitzer, die über ihre zertrümmerten zierlichen Heizöfen zu klagen hatten – dies alles in allem ist ein redender Beweis, daß unter dem Bergvolk von Hodritsch sich noch eine stattliche Anzahl von Häuern befand, die nicht in der Menge der Lohnarbeiter untergetaucht sind, welche von den einzelnen kapitalistischen Gewerken für ihre Bergwerksanteile eingestellt waren. Im Gegenteil, sie waren von dem Streben erfüllt, sich an der Gewinnung der edelmetallhaltigen Erze, an der Nutzung des Bergschatzes auf unmittelbare Weise zu beteiligen. Sie taten es auf Grund der auch ihnen zustehenden Bergbaufreiheit als werkende, an der Häuerarbeit persönlich mitwirkende kleine Unternehmer, ähnlich den Meistern des zeitgenössischen Handwerks; nur mit dem Unterschied, daß ihr Unternehmen auf genossenschaftlicher Vereinigung beruhte, so wie es auch die kapitalistische Gewerkschaft war³⁵.

³⁴ Vgl. O. PAULINYI, wie Notiz 29. Da habe ich die außerordentliche Bedeutung der grundherrlichen Nutzung der Gewässer für die monopolartigen Verhältnisse des Hüttenwesens noch nicht erkannt. In der Darstellung ist in der angeführten Abhandlung dieser grundlegende Zusammenhang unberücksichtigt geblieben.

³⁵ Bald waren sie Gewerken von durch sie selbst erschlossenen Bergwerken, bald nur Lehenhäuer, die auf Grund mit Teilhabern von kapitalistischen Gewerkschaften fallweise eingegangenen Vereinbarungen den Abbau von bestimmten Grubenörter in eigener Regie übernahmen. Es könnten aber auch Teilnehmer an sogenannten Gesellenbauen, oder auch nur Weilarbeiter gewesen sein, die mit ihrem Schürfen reichere Erzadern angeschlagen haben.

Die durch diese Einzelheiten angedeuteten Lebensverhältnisse lassen darauf schließen, daß die ersuchenden Bestrebungen dieser kleinen Unternehmer ziemlich ersprießliche Erfolge hatten. Denkt man an ihre erfahrungsmäßig erworbenen Kenntnisse über die geheimnisvolle unterirdische Natur, an ihre vererbte technische Findigkeit, nicht zuletzt auch an die von Generation zu Generation ertragsfähiger gewordene empirische Technologie, so wird man sich leicht vorstellen können, daß diese Erfolge nicht bloß dem Zufall, dem Bergmannsglück zuzuschreiben sind, auch wenn das Unterfangen selbst vielfach fehlgeschlagen war. Freilich hing die Höhe der Erzgewinnung auch vom Zufall ab, von der Erträglichkeit der angeschlagenen Erzader. blieb aber der Erfolg nicht aus, so wird man nicht aus dem Auge lassen können, daß, je ausgiebiger die Gewinnung der Erze war, um so mehr die daran beteiligten kleinen Unternehmer neben der Freude über ihren Erfolg auch von einer bitteren Unzufriedenheit erfaßt wurden. Sie konnten sich nur schwer mit der Tatsache abfinden, daß sie mangels eigener Hütte genötigt waren, ihren Erzteil in rohem Zustand dem Hüttenbesitzer von Ringe, einem der sogenannten Handelsherren, zum Ankauf anzubieten. Denn dem Finder ging dadurch ein nicht unbedeutender Teil des Unternehmergewinnes, des Profits verloren. Jener Teil, der durch die Verhüttung der Erze zu erreichen war. Es kam noch dazu, daß es der Hüttenbesitzer war, der sich bei dem Erzkauf in günstigerer Position befand, da sein Hüttenbetrieb aus den Gruben, an denen er als Gewerke beteiligt war, zur Genüge über Roherz verfügte. Beim Aushandeln der Preise hatte demnach er die Oberhand. Es war auch keine Seltenheit, daß er dabei von dem glücklichen Finder auch noch die Beteiligung an dem ertragsfähigen Bergwerk erpreßt hat³⁶.

*

Wohl war dieses Hüttenmonopol der Ringbürger in der ihnen vorbehaltenen Nutzung der Gewässer rechtlich verankert. Doch wurde es dadurch für den kleinen Mann nicht erträglicher. Dieser sah sich nicht nur benachteiligt, er kam sich gerade als wirtschaftlich ausgebeutet vor. Dies um so mehr, da, um die Möglichkeit der Verhüttung seiner gewonnenen Erze gebracht, die Situation, in der er sich befand, mit dem Prinzip der auch ihm zustehenden Bergbaufreiheit nicht in Einklang zu bringen war. Die Interessen der kapitalistischen Gewerke und jene der kleinen werkenden Unternehmer gingen auseinander. Ihre Gegensätze hatten naturgemäß gesellschaftliche Spannungen zur Folge. Diese gelangten nicht in der Stadt selbst zum Ausbruch, sondern in den äußeren Bergmannssiedlungen, dort, wo gerade die werkenden kleinen Unternehmer, diese Elite der Häuserschaft, die tonangebende Schicht war. Die örtliche Abgesondertheit wies ihnen zugleich auch den Weg, auf welchem sie die Bevormundung durch den Stadtrat abschütteln und die volle wirtschaftliche Bewegungsfreiheit auf die einfachste Art und Weise erringen könnten.

³⁶ Einzelheiten darüber in meiner druckfertigen Monographie: *Termelés és vállalkozás a selmeci bányagazdaságban a 16. század derekán* (= Produktion und Unternehmung in der Montanwirtschaft von Schemnitz Mitte des 16. Jahrhunderts).

Es brachte sie auf den Gedanken der Verselbständigung, der Lostrennung von der Stadt unter gleichzeitiger Konstituierung der eigenen Jurisdiktion.

Die Dillner waren die Schrittmacher. Geschickt ergriffen sie die günstige Gelegenheit, die durch die Machtkämpfe der Oligarchie und durch die Hussitenkriege hervorgerufenen inneren Wirren. Mit der Begründung, ihre althergebrachten königlichen Freiheitsbriefe wären der anlässlich eines feindlichen Überfalles entstandenen Feuersbrunst zum Opfer gefallen, ließen sie sich durch König Ladislaus V. dieselben Gerechtsamen und Vorrechte bestätigen (12. Mai 1453 Wien), welche die Bürger von Kremnitz und der anderen mit Kremnitz verbundenen Städte in bezug auf den Bergbau und auch in anderen Belangen genossen haben³⁷. Die Dillner haben es geschafft. Doch ist ihr Erfolg einzig und allein der Parteilichkeit des Hofes zuzuschreiben, denn der Vortrag der Bittsteller, seine Motivierung, waren zur Gänze nur eine Vorspiegelung von falschen Tatsachen gewesen. Nie war nämlich Dilln vor 1453 den anderen sechs Bergstädten des Kremnitzer Kammerbereiches gleichgestellt. Im Jahre 1352 wird der Ort als eine weilerartige Siedlung, als „terra“ bezeichnet, die, von altersher der Stadt Schemnitz angehörig, in den vergangenen Jahren durch Magister Wezzeus, den Burghauptmann von Sachsenstein, der Stadt gewaltsam entrissen wurde³⁸. König Ludwig I. hat zwar die Rückgabe von Dilln an die Stadt Schemnitz angeordnet³⁹, doch ist dieselbe auch noch in den Jahren 1387–1388 als „possessio Feirbanya (Feirbanya)“ unter den Besitzungen derselben Burg angeführt⁴⁰. Es war kein einfaches Bauerndorf, sondern eine Bergmannssiedlung. Sonst hätte es keinen Sinn gehabt, daß der König anlässlich der Schenkungserneuerung zugunsten der Magister Frank und Simon die im Dorfe zu erschließenden Gold- und Silbergruben für sich behielt⁴¹. Im Jahre 1424, als Sachsenstein wieder königliches Eigentum war, wird der Ort nicht mehr unter den Besitzungen dieser Burg erwähnt, sondern samt Hodrych und Goltpah unter der Bezeichnung „*oppida seu villas*“ nach den im *Barser Komitat gelegenen* (!) Bergstädten Kremnitz, Schemnitz, Königsperg und Pukkanz angeführt⁴².

³⁷ *Urkunden*, I, 960.

³⁸ *Urkunden*, I, 957. Mandat König Ludovicus I. an Ladislaus Zobonya Burghauptmann von Sachsenstein vom 20. April aus Ofen, die durch seinen Vorgänger, Magister Wezzeus der Stadt Schemnitz gewaltsam entrissene „*terras*“ Gerod, Karlyk, Syglusperg, Dilln, Sekkn et Kulpal zurückzustellen.

³⁹ A. a. O.

⁴⁰ E. MÁLYUSZ: *Zsigmondkori oklevéltár* (Urkundenbuch der Regierungszeit von König Sigismund), I. Budapest, 1951, Nr. 272; vgl. auch Nr. 468.

⁴¹ A. a. O.

⁴² G. WENZEL: *Okmányi adatok Borbála és Erzsébet királynék birtokairól* – Magyar Történelmi Tár XII. (Urkundliche Belege über die Besitzungen der Königinnen Barbara und Elisabeth. – Ungarisches Historisches Magazin, XII.) Pest, 1863, S. 274–278; Schenkungsurkunde König Sigismunds vom 22. Mai 1424 beziehungsweise das nach der Statution ausgefertigte Privileg vom 25. Jänner 1425 über die der Königin Barbara tauschweise in den oberen Teilen Ungarns als Heirats- und Witwengut geschenkten Güter. Es gehörten dazu auch die 6 Bergstädte des Kremnitzer Kammerbereiches. Diese werden namentlich angeführt und anschließend auch noch die Ortschaften Feirbanya (= Dilln), Hodrych und Goltpah. Es gibt drei einschlägige Stellen, deren Fassung aber wegen der unterschiedlichen Bezeichnung der letzteren drei Ortschaften als oberflächlich und einander auch widersprechend erscheint. Die drei Varianten sind: 1) Die drei Orte werden von den Bergstädten mit der Bezeichnung „*oppida*

Es ist nicht leicht zu entscheiden, wie man sich aufgrund der angeführten Bezeichnung den öffentlich-rechtlichen Status von Dilln vorstellen kann. „Oppidum“ und „villa“ sind zu dieser Zeit keine identischen Begriffe. Ich bin der Meinung, daß mit der Alternative „oppida seu villas“ bloß der Größenunterschied, das Anwachsen der Bevölkerung und der Siedlungsanlage der einstigen „possessio“ gegenüber angedeutet werden sollte, ohne daß sich an dem öffentlich-rechtlichen Stand der Siedlung etwas geändert hätte. Man darf sich Dilln zu dieser Zeit nicht als einen selbständigen Bergort und schon gar nicht als eine freie Bergstadt vorstellen. Der Ort ist auch nach seinem Aufschwung nur eine innerhalb der Gemarung von Schemnitz gelegene und der Jurisdiktion des Stadtrates unterstellte Bergmannssiedlung geblieben. Auch die kirchlichen Verhältnisse lassen darauf schließen: Die Kirche von Dilln war nur eine Filiale der Schemnitzer Stadtpfarrei. Und zwar nicht nur vor dem Jahre 1453, in welchem der Ort die Gerechtsamen einer königlich freien Bergstadt für sich bestätigen lassen konnte, sondern darüber hinaus bis in die Jahre 1466–1467. Erst da wurde die hiesige Kirche auf das Mandat König Matthias I. hin⁴³ durch den Vikar und bestätigend auch durch den Erzbischof von Gran zur selbständigen Pfarrei erhoben⁴⁴. Bis dahin gehörte dieselbe dem angeführten königlichen Mandat zufolge von altersher als Filialkirche zu der Stadtpfarre von Schemnitz. Solange die Siedlung nur wenige Bewohner zählte, wurde für dieselbe der Gottesdienst und die Verabreichung der Sakramente wöchentlich nur einmal durch einen der Schemnitzer Kaplanen besorgt.

So wie in Hodritsch ging es demnach auch zu Dilln um eine Bewegung, die gleichfalls von arbeitenden Schichten der Montanwirtschaft getragen wurde. Zeitpunkt des Ausbruches und die Art des Vorgehens war hier und dort unterschiedlich, ohne daß man deshalb die Vorgänge in den zwei Orten getrennt betrachten könnte. Es bestand unter ihnen ein enger Zusammenhang, der auch in persönlichen Belangen in Erscheinung trat. Eine der aktivsten Persönlichkeiten hat sowohl an der Bewegung der Dillner wie auch an jener der Hodritscher führenden Anteil gehabt. Es war Johann Puchenpelz (Pochenpelz). Im Jahre 1466 hat er als Bürger und Abgesandter von Dilln das königliche Mandat erwirkt, dem zufolge die Kirche von Dilln zur selbständigen Pfarre erhoben wurde⁴⁵. Im Jahre 1492 begegnen wir ihm bereits in Hodritsch als dem Hauptanführer der dortigen Bewegung. Als gewählter Richter führt er den Rechtsstreit gegen Schemnitz vor dem Taverikalgericht, um im nächsten Jahre der meuchelmörderischen Willkür des Stadtrates zum Opfer zu fallen⁴⁶. Die Anlehnung an Dilln widerspiegelt sich auch in Momenten

seu villas“ unterschieden. 2) Die Namen der drei Orte werden ohne jede unterscheidende Bezeichnung den namentlich angeführten Städten angereiht, so daß die Bezeichnung Stadt auch auf sie zu beziehen wäre. 3) Der unter 2 angegebenen Namensfolge wird die summarische Bezeichnung „... fatarum civitatum ac oppidorum et villarum“ vorangesetzt.

⁴³ *Urkunden*, I, 961. Offenes Mandat König Matthias I. vom 25. März 1466 an den Erzbischof von Gran.

⁴⁴ *Urkunden*, I, 962.

⁴⁵ Wie in Notiz 43.

⁴⁶ Vgl. oben S. 6 und 9.

der Taktik, der Argumentation. Als solche erscheinen mir: die Behauptung, Hodritsch wäre noch zu Zeiten Ladislaus V. eine freie Stadt gewesen; der Hinweis auf die Hussitenkriege (Kriegswirren); die angebliche Existenz von Privilegien, die aber nicht vorweisbar sind, da sie den Schemnitzern zur Aufbewahrung anvertraut wurden⁴⁷.

Alle diese Behauptungen dürften kaum einen wahren Kern der geschichtlichen Wirklichkeit enthalten haben, ohne daß die Hodritscher selbst diesbezüglich auch die leisesten Zweifel gehegt hätten. Es geisterte unter ihnen irgendeine Überlieferung⁴⁸, und sie scheuten weder Mühe noch Opfer, um diese in glaubwürdiger Form zu belegen. Sie kamen sogar mit einem Mann in Verbindung, dem es an Beziehungen nicht fehlte, um den ersehnten urkundlichen Beweisen selbst in der königlichen Kanzlei nachforschen zu lassen. Von diesem Mann hätten sie die Nachricht erhalten: „Lieben frwnth, gehabt euch wohl und seyt fröhlich, wenn ewre sach ist auff das all' pest ausgericht, wenn man yn alten prifen ader registern funden, das pey keyser Sigismundus czeyten dy Hodritsch ein schtath ist gewesen⁴⁹.“

Es ist kaum zu bezweifeln, daß die Mitteilung des Ofner Vertrauensmannes auf die Schenkungsurkunde König Sigismunds vom Jahre 1424, betreffend das Heirats- und Witwengut der Königin Barbara, zu beziehen ist. Wie ich schon bei Dilln bemerkte, ist diese Urkunde mit der nachlässigen und einander widersprechenden Fassung jener Stellen, wo die Bergstädte und Bergmannssiedlungen namentlich angeführt sind, nicht geeignet, um sie auch nur als geschichtlichen Quellenbeleg für den städtischen *status* von Hodritsch in Betracht ziehen zu können⁵⁰. Der Vertrauensmann hat offensichtlich an jene Stelle gedacht, wo der Schreiber Dilln, Hodritsch und Goldbach mit Auslassung der Bezeichnung „oppida et ville“ den sechs Bergstädten unmittelbar angereiht hat. Dies hätte ja auch sehr gut zu den Beteuerungen der Hodritscher Anklageschrift vom Jahre 1495⁵¹ gepaßt. Es ist demnach nicht klar, warum im letzten Prozeß (1497–1498) die Hodritscher diese Urkunde nicht vorgelegt⁵² oder sich auf dieselbe nicht wenigstens berufen haben.

*

⁴⁷ Vgl. oben S. 5 und Notiz 12.

⁴⁸ Auf solcher Überlieferung dürfte die einschlägige Behauptung der undatierten Anklageschrift aus der Zeit vor 7. Juli 1495 beruhen. Vgl. den ersten Satz des in Notiz 12 wörtlich angeführten Teiles dieser Anklageschrift.

⁴⁹ *Urkunden*, I, 884. Valentin Goltsmydt: Geschworener von Schemnitz an den Stadtrichter Seyfryd Pyschen vom 25. August 1497 mit der Weitergabe der wörtlich von Mathias Tengler erhaltenen Information. Seyfryd Pyschen war zu dieser Zeit auch der Unterkammergraf von Schemnitz (A. PÉCH: *Alsómagyarország bányaművelésének története* = Die Geschichte des Bergbaues von Niederrungarn, I. Budapest 1884, S. 80). Matthias Tengler von Lichtenfeld ist im Jahre 1494 als der oberste königliche Steiger (Bergmeister) und zugleich auch als der Unterkammergraf von Kremnitz bekannt (G. WENZEL: *Magyarország bányászatának kritikai története* = Die kritische Geschichte des Bergbaues von Ungarn. Budapest, 1880, S. 363).

⁵⁰ Vgl. Notiz 42.

⁵¹ Vgl. Notiz 48 und 12.

⁵² Siehe oben S. 5–6.

Die Stadterhebung von Dilln durch die königliche Bestätigung der in Wirklichkeit vorher nie genossenen Freiheiten (1453) erfolgte eigentlich auf Kosten von Schemnitz. Aus der Lostrennung ihrer ehemaligen Bergmannssiedlung hatte die Stadt nicht unbedeutende wirtschaftliche Nachteile zu tragen. Ihr Weichbild ist um die Gemarkung der Siedlung Dilln kleiner geworden. Am Dillner Boden gingen die grundherrlichen Nutzungen verloren: das Weinschankrecht, die waldbürgerlichen Vorrechte an der Nutzung des Hochwaldes und, was die Ringbürger vielleicht am schwersten traf, die Nutzung der Gewässer und das damit verbundene Hüttenmonopol. Mit Ausschaltung der Schemnitzer Ringbürger haben sich von nun an auf Dillner Boden die hiesigen Bürger Hütten und Erzmühlen an den ihnen von ihrem Rat zugewiesenen Stellen errichtet. Noch mehr, es tauchten in Dilln auch werkende kleine Unternehmer von Schemnitz als Gesellschafter von Dillner Hüttenbesitzern auf. Ja, es gibt sogar auch Zeichen dafür, daß Schemnitzer kapitalistische Gewerke – keine Ringbürger – in Dilln Hüttenbetrieb aufrecht erhielten⁵³.

Die Schemnitzer haben wohl alle diese für sie erwachsenden Nachteile als naturgemäße Folgen der eigenen Jurisdiktion von Dilln im voraus gesehen. Um so auffallender wirkt es, daß sie gegen die Praktiken der Dillner nichts unternommen haben. Die Zurückhaltung läßt sich durch die schwierige Lage erklären, in der sich Schemnitz Mitte des 15. Jahrhunderts befand. Im Jahre 1442, knapp nach Pfingsten, wurde die Stadt von den Truppen des Erlauer Bischofs Simon Rozgonyi und des Hauptmanns von Lewenz, Ladislaus Cseh (alias Szécsi), gebrandschatzt⁵⁴, ein Jahr später wieder von einem starken Erdbeben heimgesucht, das den Einsturz vieler Steinbauten, Befestigungen und fast aller Gruben verursachte⁵⁵. Der Neuaufbau der Pfarrkirche und der eigenen Wohnstätten sowie die Instandsetzung der Gruben haben alle Kräfte und Mittel der Stadt und ihrer Bewohner in Anspruch genommen. Nicht zu reden davon, daß in den zwei Katastrophenjahren der Stadt auch ihre eigenen Stadtfesten verlorengegangen sind und der Stadtrat alle Hände voll zu tun hatte, um die Bestätigung der städtischen Gerechtsamen und Freiheiten durch königliche Privilegien zu erwirken und für den Alltagsgebrauch ihre glaubwürdigen Transsumpte zu besorgen⁵⁶.

Die Ursachen mögen verschieden gewesen sein, eines steht jedoch fest: Zu einem Rechtsstreit mit Dilln ist es nicht gekommen⁵⁷.

⁵³ Auf Einzelheiten gehe ich in der in Notiz 36 angeführten Monographie ein.

⁵⁴ G. WENZEL wie in Notiz 49, S. 33, Fußnote 2. – Vgl. M. BELIUS: *Notitia Hungariae novae historico-geographica*, pars prima, tomus IV. Viennae 1742, S. 575–577.

⁵⁵ M. BELIUS, wie oben, S. 577.

⁵⁶ G. WENZEL, wie in Notiz 49, S. 37, Fußnote 1.

⁵⁷ Doch daß da nicht alles in Ordnung war, ist nicht in Vergessenheit gegangen. Denn als den Hodritschern gegenüber der Stadtrat bereits die Oberhand gewann, haben es die Schemnitzer nicht unversucht gelassen, an der Rechtslage von Dilln als freier Bergstadt zu rütteln. In seinem zugunsten der Dillner erlassenen offenen Mandat (*Urkunden*, I, 965) erwähnt König Wladislaus II. die „turbatores“ nur im allgemeinen als „regnicole“, doch bei der Sachlage kann man kaum an jemand anderen, als an die Schemnitzer denken.

Den Hodritschern gegenüber waren die Schemnitzer bereits auf der Hut. Rechtzeitig, schon in ihren Anfängen, bemerkten sie die Gärung der sozialen Unzufriedenheit. Sie hatten eine klare Vorstellung von ihren wirtschaftlichen Hintergründen, und sie erfaßten das Kernproblem richtig, welches der Nährboden dieser Gärung in Hodritsch war. Noch bevor es zu dem offenen revoltierenden Ausbruch kam, haben sie aus eigenem Entschluß versucht, die heranwachsende Unzufriedenheit mit Vorbeugungsmaßnahmen „politisch“ abzuleiten. Den erwünschten Erfolg hat man sich in Schemnitz davon versprochen, daß man einigen von den arbeitenden, tätigen Gewerken (kleinen Bergwerksunternehmern) aus den Reihen der Häuer die Errichtung von eigenen kleineren Hütten (Schmelzöfen), der bereits erwähnten „gazelle“ genehmigt hat⁵⁸. Diese Halblösungen reichten aber nicht mehr aus. Der kleine Mann, der arbeitende Gewerke, ging auf das Ganze, und, um die volle wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zu erreichen, griff er zur revoltierenden Gewalt. Doch nicht ihm war der Sieg beschieden. Diesen haben aus dem Kräftemessen die „Handelsherren“ vom Ring beziehungsweise der Stadtrat davongetragen. Für den arbeitend-unternehmenden Gewerken blieb die Nutzung des Bergschatzes auch weiterhin eingeengt. Statt Emporkommen geriet er immer mehr auf die Leite, um in der Masse der Lohnarbeiter unterzutauchen. Im Grunde genommen war es eine allgemeine, geschichtlich bedingte Erscheinung. In Ungarn ist dieser Prozeß, seine Endphase infolge der würgenden Eigentumsverfassung der deutschen Gründungsstädte, welche jede soziale Auflockerung unterband, etwa ein Menschenalter früher eingetreten als anderswo, zum Beispiel in Böhmen, wo die Sonne für den arbeitend-unternehmenden Gewerken erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts unterging⁵⁹.

⁵⁸ Vgl. S. 4.

⁵⁹ Siehe insbesondere: A KŘPELKOVÁ: *Příspěvek k hospodářským a sociálním dejinám kutnohorských havířů na sklonku XV. a v první polovině XVI. století*. – *Středočeský sborník historický* (Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Bergleute von Kuttenberg. – Mittelböhmisches Historisches Jahrbuch), I., Praha 1957. – Vgl. aber dazu auch noch M. JAROŠ: *K otázce námezdní práce v českém hornictví v XVI. století* – *Český Lid*, roč. 41, 1954 (Zur Frage der Lohnarbeit im böhmischen Bergbau des XVI. Jahrhunderts – Tschechisches Volk Jg. 41, 1954) und M. JAROŠ: *K sociálním poměrům horního delnictva v Kutné Hoře v polovině XVI. století* – *Český Lid*, roč. 42, 1955. (Zu den sozialen Verhältnissen der Bergarbeiter von Kuttenberg Mitte des XVI. Jahrhunderts – Tschechisches Volk, Jg. 42, 1955).

РАБОЧИЙ ЧЕЛОВЕК И «ХОЗЯЕВА»

Борьба поселения горнорабочих ходрушбаньи с городом Шельмецбаньей за отделение; экономические и социальные истоки движения

О. ПАУЛИНЫИ

Резюме

В конце XV в. Ходрушбанья являлась самым большим пригородным поселением горнорабочих Шельмецбаньи. Здесь жили наёмные рабочие, работавшие на предпринимателей, владевших шахтами и доменными печами. Однако, руководящий слой здесь составляли или совладельцы предприятий, или самостоятельные мелкие предприниматели, работавшие собственными руками. Это были свободные люди. Как и жители города, они находились под юрисдикцией не землевладельца, а горожан, то есть совета города.

В конце восьмидесятых годов пятнадцатого века заговорщицкие группы, состоявшие, несомненно, из представителей руководящего слоя, возбудили в поселении волнения. Их целью было отделиться от Шельмецбаньи и, избрав собственного судью и присяжных, превратить Ходрушбанью в самостоятельный город. Они пытались сделать это дважды – в 1488 и в 1492 гг., поднимая мятеж и возбуждая массу наёмных рабочих, а в 1492 г. – и тех мелких предпринимателей, которые в это время получили от совета разрешение на строительство мелких домен. В обоих случаях совет подавил мятежи силой, покарвав их участников. Однако, прежнее положение теперь уже не было восстановлено. Жители Ходрушбаньи жаловались королю на то, что они не могут получить обратно переданные их предками совету на хранение грамоты о их привилегиях; совет со своей стороны выдвинул в суде, которому жители Ходрушбаньи были подсудны, обвинение против них в мятеже. Ответчики проиграли этот процесс в трёх судебных инстанциях. Приговоры содержали обвинение в неверности и утверждение о том, что Ходрушбанья является издавна придатком Шельмецбаньи и не может от неё отделиться. Утверждение жителей Ходрушбаньи о том, что их поселение будто бы являлось самостоятельным городом со времени правления короля Ласло Посмертного, не было принято во внимание, и суд казначейства осудил жителей Ходрушбаньи на вечное молчание.

Совет, выигравший процесс, жестоко отомстил жителям Ходрушбаньи. Под рождество, когда её представители ещё не успели возвратиться домой с суда, на Ходрушбанью было совершено вооружённое нападение. Были разбиты окна, двери, шестьдесят печей, а также украшения; налётчики забили скот жителей Ходрушбаньи. Зимней ночью были выгнаны из домов дети, женщины, в том числе и беременные. В течение семнадцати недель многих жителей держали в тюрьме, откуда отпустили лишь детей по жалобе королевы. Ужасный конец ожидал престарелого судью Ходрушбаньи Пухенпельца, который выехал из Буды лишь во время великого поста, направляясь в Уйбанью. Узнав, что он находится в Уйбанье, представители Шельмецбаньи добились его выдачи, дав ложную клятву о том, что лишь предадут судью Ходрушбаньи суду королевы и горных городов. Но получив его, они привязали его к лошади и прогнали через горы и долины до Шельмецбаньи, где мучили его в течение ночи, а к утру, не допросив, обезглавили. Дом его был разграблен, жена и дети избиты, похищены документы и триста форинтов.

Неспособных к каким-либо действиям жителей Ходрушбаньи охватили ужас и отчаяние. Многие уже после декабрьских событий скрылись, а теперь и остальные последовали за ними, проклиная королеву и жителей Шельмецбаньи и грозя из своих обещаний поджечь этот город.

Опасаясь распространения волнений на рабочих, проживающих в других местах, королева ещё в 1493 г. назначила новый суд. «Суд королевского присутствия» в 1496 г. вызвал лиц, расправившихся с Пухенпельцем. Об исходе этих процессов нам ничего неизвестно. Однако, всё это не могло удержать жителей Шельмецбаньи от продолжения расправ: известно пять случаев убийства жителей Ходрушбаньи безо всякого суда.

Жители Ходрушбанья больше не затрагивали вопроса о правовом статусе своего поселения. Но в 1497 г. они обвинили совет в незаконном обложении их тяжёлыми налогами: общая сумма налога составляла 300 форинтов, а на каждую душу приходилось по восемьдесят форинтов налога. Они обвинили совет также в том, что были снесены дома двух жителей Ходрушбанья. Отклоняя последнее обвинение, адвокат совета сослался на то, что горное право позволяет это делать, если под домом будет найдена рудная жила. Впрочем, он предложил произвести расследование на месте. С этим предложением жители Ходрушбанья согласились. Но расследование кончилось для них плохо. Показания, в том числе и показания очевидцев, не подтвердили утверждений истцов (их было двадцать пять человек, которые перечислены поимённо). Конечный результат расследования оказался весьма печальным для жителей Ходрушбанья. Явившиеся на место расследования местные рабочие стали упрекать их в том, что они начали процесс, не будучи на то уполномоченными, и опротестовали ведение следствия. Отказавшись от обвинения, представители Ходрушбанья не явились на дальнейшее слушание дела, приговор по которому признал виновными их. Значительная их часть смогла переселиться. Во всяком случае, по вызову управляющего палатой Яноша Турзо на слушание дела явилось лишь тринадцать человек.

*

Чем было вызвано это движение?

Несомненно, что значительную часть трудящихся-горняков составляли сами занятые в производстве мелкие предприниматели или совладельцы предприятий (Lehenhauer). Об этом свидетельствует то обстоятельство, что в 1488–1492 гг. совет пытался отвлечь их от движения, разрешив постройку мелких домён. О зажиточности этих мелких предпринимателей свидетельствуют такие факты, как разрушение более, чем шестидесяти печей и украшений, забой скота, сумма налога по восемь-десять форинтов с человека и общая сумма арендной платы в триста форинтов, наличие трёхсот форинтов у Пухенпельца.

Главным побудительным мотивом для отделения было освободиться от верховенства горожан, живших на круглой площади (Ringbürger, cives circulares). Жители круглой площади имели привилегию, возникшую в ходе формирования города: они пользовались правами землевладельцев, в частности – правом использования воды. Доменные печи в пределах города могли строить также только жители круглой площади. Жители Ходрушбанья хотели обойти эти привилегии, получив статус города. Благодаря этому для них самих могла бы открыться возможность строить домны, имея которые они могли заниматься выплавкой металла и таким образом пользоваться в полной мере доходом со своих предприятий.

Утверждение о том, что Ходрушбанья когда-то была городом, было неверным. Речь может идти лишь о благом пожелании жителей Ходрушбанья. Один из документов двадцатых годов пятнадцатого века называет это поселение горнорабочих вместе с Белабаньей «местечком». Белабанье же удалось в 1453 г. утвердиться в статусе города. Несомненно, что жители Ходрушбанья этим обосновывали свои претензии. Об этом свидетельствует то обстоятельство, что руководителем движения жителей Ходрушбанья являлся Пухенпельц, который играл в своё время активную роль в получении Белабаньей её привилегии.

После подавления движения Ходрушбанья пришла в сильный упадок. И характерно, что уменьшился именно слой мелких предпринимателей, занятых в производстве. А тот способ, которым расправились с движением, предопределил активное участие Ходрушбанья в восстании 1525–1526 гг.



Роль оппозиционного течения среди францисканцев в формировании идеологии крестьянской войны 1514 года и Реформации в Венгрии

Е. СЮЧ

I

Значение той ветви ордена францисканцев, которая обладала наиболее суровым уставом (обсерванты), в церковной и культурной истории Венгрии позднего средневековья в основном выяснено¹. Ветвь («фамилия») обсервантов («серых монахов») являлась чуть ли не единственным монашеским орденом², который динамично развивался и рос в эпоху всеобщего упадка монашества. Если до середины XV века «викариат Венгрии» (vicaria Hungariae), ставший самостоятельным в 1448 г., обладал примерно лишь двадцатью пятью монастырями, находившимися главным образом в южных областях королевства Венгрии, то уже около 1475 г. десять округов этого викариата, образовавшиеся во второй половине XV в. и охватывавшие всю территорию королевства, имели сорок девять монастырей, а около 1509 г. — семьдесят монастырей, насчитывавших около тысячи пятисот — тысячи семисот

¹ Изложение истории ордена на основе обширного материала источников, но с довольно неопределённых позиций: J. KARÁCSONYI: *Szt. Ferencz rendjének története Magyarországon 1711-ig*, I-II. k. Bp., 1922, 1924 (История ордена св. Франциска в Венгрии до 1711 г., т. 1-2, Будапешт, 1922, 1924, см. в особенности: т. 1, стр. 305-376). См. также: Gy. BALANYI: *A ferences mozgalom begyökerezése magyar földön* (Ertekezések a tört. tud. köréből, 25/10). Bp., 1940 (Укоренение францисканцев на венгерской земле. Будапешт, 1940), а также указанную нами ниже литературу по отдельным проблемам. Новейшая сводная работа: E. MÁLYUSZ: *Egyházi társadalom a középkori Magyarországon*. Bp., 1971, 274. l. sk. (Церковное общество в средневековой Венгрии. Будапешт, 1971, стр. 274 и след.).

² Хотя в принципе и сохранялось единство францисканского ордена (и то лишь благодаря сохранению единственного его главы, именованного «minister generalis») ветвь ордена, которую составляли обсерванты, можно считать фактически самостоятельным орденом после внутренней борьбы, обострившейся в 30-е годы XV в., а в особенности — после издания папой Евгением IV булл 1443 и 1446 гг. За десятилетия до своего полного, оформленного и в правовом отношении отделения (1517) обсерванты очень часто именовали себя: *Ordo Fratrum Minorum de Observantia, Regularis Observantiae*. Ср.: H. HOLZAPFEL: *Handbuch der Geschichte des Franziskanerordens*. Freiburg im Br., 1909, S. 112 ff. Хотя венгерская провинция ордена францисканцев формально являлась лишь «викариатом» (vicaria) провинции, расположенной южнее Альп, сами викарии уже до 1517 г. (как свидетельствуют многие документы, содержащиеся в кодексе, о котором пойдёт речь ниже) обычно именовали себя: «*X Ordinis Fratrum Minorum de Observantia provinciae Hungariae vicarius*».

монахов³. На территорию викариата Венгрии приходилось 34 процента монастырей францисканцев-обсервантов из общего их количества, имевшегося на всём пространстве севернее Альп – от Англии до Чехии и Польши, включая сюда и немецкие земли. В этих монастырях жило чуть ли не тридцать процентов монахов, обитавших на указанной территории⁴. Видимо, это бросающееся в глаза преобладание объясняет не в малой мере бытование внутри самого ордена заблуждения о том, что движение обсервантов возникло ещё в XIV в. в боснийском викариате, куда входила и Венгрия⁵. Движение за реформы внутри ордена францисканцев началось в Италии в 1330–70 гг. Его сторонники провозгласили своей целью возвращение к старому уставу, к принципам «regularis observantia». Успехи этого движения на территориях севернее Альп объяснялись, в общем, тем, что часть церковных и светских властей с радостью приветствовала и оказывала действенную поддержку новому направлению, которое в противоположность традиционалистской ветви ордена пользовалось симпатией народа благодаря практическому исполнению обета бедности, что приводило к выходу из кризиса, переживаемого монашеством. Эффективная деятельность обсервантов в мирской сфере, поддержка ими деятельности проповедников и «спасения» душ верующих – всё это обещало разрешение кризиса религиозности, ставшего всеобщим в позднее средневековье. Так обстояло дело и в Венгрии. Здесь, однако, кроме стимулов, действовавших всюду, были и дополнительные стимулы. Ими являлись наличие многочисленного православного населения – «схизматиков», а также тайных или выступавших открыто ересей (гусизм) и необходимость ведения антитурецкой пропаганды. Всё это вместе взятое объясняет особенное развитие в позднесредневековой Венгрии движения обсервантов, что, как мы видели, можно выразить и в цифрах. Одни только «серые монахи» почти исключительно были пригодны

³ J. KARÁCSONYI. Op. cit., 1. k., 321–331, 347–348, 385. I. Подробная опись 1509 г.: *Annales Minorum seu trium Ordinum a S. Francisco institutorum* auctore L. WADDINGO. (Ed. tertia J. M. Fonseca ab Eborā), t. XV. Quaracchi, 1933, p. 401–404. (Далее: Wadding). – Такое же положение нашло отражение в списке монастырей, сохранившемся в «Формулярии» (листы 232–234), о котором подробнее мы говорим ниже. Здесь географические названия более верны по сравнению с итальянской копией этого списка, изданной Вадинггом, где исковерканы имена («Summa locorum et conventuum LXX»; и в «Формулярии», и в издании Вадингга фигурируют 1700 монахов). Согласно свидетельству современной хроники ордена, точной в своих данных, в 1510 г. во время эпидемии чумы умерло 386 монахов: *Cronica seu Origo fratrum minorum de observantia in provinciis Bozne et Hungariae*. – In: «*Analecta Monumentorum Hungariae*», t. I. Ed. F. TOLDY. S. 1., [1871], 271. – Таким образом, понятно, что опись 1523 г. указывает 1472 монаха в 70 монастырях. – J. KARÁCSONYI. Op. cit., 1. k., 385. I.

⁴ Эти доли я высчитал на основе описи, сохранившейся в «Формулярии», где перед перечнем, озаглавленным «*Familia Hungarica*», указаны обобщённые данные о численности монастырей и монахов в провинциях, расположенных южнее и севернее Альп (f. 232–232v).

для роли бродячих проповедников, произносивших проповеди в доступной для народа форме, для «обращения» в веру и истребления «ложных вероучений», а также для участия в антитурецких походах в качестве военных священников. Поэтому понятно, что проповедовавшие и осуществлявшие принцип «бедности» (*paupertas*) монахи пользовались поддержкой властью имущих; к первому поколению их покровителей относились такие могущественные магнаты и военачальники Венгрии, как Янош Мароти, Пипо Озораи, Миклош Уйлаки и сам Янош Хуньяди. Процветанию обсервантов в позднесредневековую эпоху способствовало то обстоятельство, что руководство орденом перешло, главным образом со времени деятельности Ошвата Лашкаи, который первый раз стал главой ордена, его викарием в Венгрии, в 1497 г., в руки образованных теологов и ораторов, которые также подняли уровень подготовки монахов. В каждой кустодии действовала школа, а в Эстергоме и в Буде учащимся давали более высокое образование, в том числе и теологическое. Здесь до своей смерти (1504) преподавал и Пелбарт Темешвари. Как известно, именно францисканцы-обсерванты сыграли значительную роль в возникновении особого жанра литературы – кодексов на венгерском языке⁶.

Менее известна роль францисканцев-обсервантов в истории крестьянской войны 1514 г. и в возникновении предпосылок Реформации, то есть в событиях и явлениях, свидетельствовавших о социальном и религиозно-культурном кризисе средневекового общества, так что проблематика их уже во многих отношениях связана с сюжетами начала нового времени. Чтобы быть более точными, скажем, что и по известным до настоящего времени немногим разрозненным данным, отрывочным сведениям можно судить об определённом участии обсервантов и в событиях крестьянской войны, и в возникновении предпосылок Реформации. И до сих пор мы знали, что викарий обсервантов Балаж Дежи выступал в роли переводчика буллы папы о крестовом походе при её обнародовании 9 апреля 1514 г., что настоятель монастыря обсервантов в Надьвараде (гвардиан) обнародовал буллу в Трансильвании, сделав это совершенно «незаконно», поскольку провозглашение похода в этой области являлось задачей епископа. Среди решений первого капитула обсервантов викариата Венгрии, состоявшегося в Буде после подавления крестьянской войны (27 мая 1515 г.), фигурирует настоятельное требование, чтобы в будущем «ни один

⁵ Например, в хронике Бернардино д'Аквила («... quidam asserunt, scilicet quod observantia nostrae familiae a vicaria Bosnae sumpsit exordium»). – H. HOLZAPFEL. Op. cit., S. 165.

⁶ J. KARÁCSONYI. Op. cit., 2. k., 590–609. l.; J. HORVÁTH: *A magyar irodalmi műveltség kezdetei* (Истоки венгерской литературы). Вр., 1944, 202–217. l.

монах не мог без разрешения викария ни принимать крест, ни давать его, ни проповедовать крестовый поход... и если кто-либо будет действовать вопреки этому, то он должен быть заключён в тюрьму по решению прелатов» (и далее следует подробное описание того, как следует допрашивать и наказывать монахов-грешников). Всё это, а также те сведения о монахах или даже о «беглых монахах» – начальниках отрядов крестоносцев, которые содержатся в некоторых нарративных источниках (главным образом в сочинениях Таурина, Бартолина и Туберо), позволяет небезосновательно догадываться о том, что францисканцы-обсерванты могли играть определённую роль в организации крестоносного войска и даже позднее – в самой крестьянской войне⁷. Эта догадка стала более основательной после того, как в ходе подготовки сборника документов по истории крестьянской войны были обнаружены полные тексты распоряжений архиепископа Бакоца о прекращении сбора крестоносного войска, а затем – и об окончательной отмене крестового похода (15 и 24 мая 1514 г.). Судя по этим распоряжениям, с одной стороны, проповедниками крестового похода (comissarii) всюду в королевстве, кроме Буды, Пешта и Трансильвании, являлись францисканцы-обсерванты, а с другой стороны, – что некие «отступившие от веры и преданные анафеме» монахи играли выдающуюся роль в антифеодальных выступлениях крестоносцев, которые стали явными уже примерно в середине мая, среди незаконных и «мнимых проповедников крестового похода», выступавших на собраниях (conventicula) бунтовщиков, а также среди главных ораторов⁸. В то же время известно, что по крайней мере в Буде и Пеште именно

⁷ Свидетельство об обнародовании буллы в изданном Я. Ключем источнике – «*De bello cruciferorum...*»: «Történelmi Tárg», UF, 6. k. Bp., 1905, 273. l. – Письмо трансильванского вице-воеводы Миклоша Туроци из г. Девы от 7 июня 1514 г. – «*Székely Oklevéltár*», 5. k., szerk. L. SzÁDECSZKY, Kolozsvár, 1896, 48. l. – «*Leges ecclesiasticae regni Hungariae*». I. Ваттнуány (далее Batthyány), t. 3. Claudipoli, 1827, p. 668. – Несмотря на все это, выдающейся роли францисканцев не заметили ни Я. Карачоныи, ни Ш. Марки (S. Márki: *Dózsa György*. Bp., 1913 – Ш. Марки. Дьердь Дожа). В самое последнее время интуитивно заметил предпосылки постановлений 1515 г. И. Немешкюрты: I. NEMESKÜRTY: *In signo crucis. Ferencsek és világi papok az 1514-es parasztháborúban* (Под знаком креста. Францисканцы и мирские священники в крестьянской войне 1514 г.). – «*Vigilia*», 37. évf. Bp., 1972, 595–599. l.

⁸ Сборник документов, составленный на основе собранных и подготовленных Анталом Фекете Надем материалов Гезой Эрсеги, Дьезе Кенезом и Ласло Шоймоши, в настоящее время готов и ожидает своего издания. Здесь впервые публикуются тексты двух важнейших по своему значению документов – от 15 мая (Kassa v. It. – Архив г. Кашши [Кошице] – Suppl. H. 300) и от 24 мая (Leleszi kápt. orsz. It. – Архив Лелесского капитула – A. a. 1514, 11 и Országos Levéltár, – Государственный Архив Венгрии – DL 82 401). Выражаю благодарность за предоставленную возможность использовать рукопись сборника документов. – На основе указанных выше источников подчеркивает важную роль францисканцев в наборе крестоносного войска Габор Барта, переработавший рукописную монографию Антала Фекете Нада: А. FÉKETE NAGY – G. BARTA: *Parasztháború 1514-ben* (Крестьянская война 1514 года). Bp., 1973, 61. l.

францисканцы получили от архиепископа полномочия на проведение в жизнь распоряжения об окончательном прекращении крестового похода и что масса народа 25 мая выражала свое возмущение также и перед монастырём обсервантов св. Иоанна в Буде⁹. Однако, при наличии всех этих свидетельств общая картина остаётся неполной, а выводы – противоречивыми. Не менее противоречивы выводы и относительно истории Реформации. Достаточно лишь указать на то, что, с одной стороны, такие выдающиеся представители первого поколения сторонников Реформации, выступавшие также в качестве писателей, как Хорват Скарочи, Стараи, Копачи и другие, вышли из рядов францисканцев-обсервантов (о них это известно точно, а относительно других, например, об Озораи можно только догадываться). А с другой стороны, в начальный период распространения реформационных учений именно францисканцы-обсерванты являлись их наиболее воинственными противниками.

Существует ли какая-либо взаимосвязь между этими двумя рядами фактов, которые до сих пор ещё не во всех деталях выяснены точно, а являются большей частью плодом догадок: между той ролью, которую играли францисканские монахи-обсерванты в крестьянской войне (можно догадываться, что частично и их источники именуют «вероотступниками»), и тем, что через два-три десятилетия опять-таки францисканцы-«вероотступники» выступают в качестве первых поборников Реформации? Естественно, что на этот вопрос мы сможем ответить лишь в том случае, если мы будем знать по источникам о роли обсервантов в крестьянской войне и в распространении реформационных учений более подробно, нежели мы знали до сих пор. Тогда, видимо, могут выясниться отдельные моменты общего идеологического фона, которые и будут представлять собой «общий знаменатель», как можно предполагать, этих двух явлений. Значение этого вопроса с точки зрения истории идеологий не подлежит сомнению. До сих пор было известно, что религиозный кризис и поиски выхода из него в эпоху позднего средневековья в Венгрии, кроме явно еретических течений (прежде всего – гусизма), находили выражение, главным образом, в форме созерцательной мистики – «*devotio moderna*». Её питательной средой, по всем признакам, являлся орден павликианцев¹⁰.

⁹ Свидетельство об этом содержится в первой части известной листовки, озаглавленной «*Ain gross wunderzaichen . . .*» и вышедшей несколькими изданиями в июне-июле 1514 г. в Аугсбурге, Нюрнберге и Мюнхене. Здесь содержится текст письма, написанного из Буды 25 мая.

¹⁰ E. MÁLYUSZ: *A pálos rend és a devotio moderna* (Орден св. Павла и *devotio moderna*). – «*Budapesti Szemle*», № 266, 1944, 95–100. l.; idem. *A pálos rend a középkor végén*. – «*Egyháztörténet*». Вр., 1945, 1–53. l. (Орден св. Павла в конце средневековья); idem. *Egyházi társadalom . . .* 264–274. l. T. KARDOS: *A magyarországi humanizmus kora*. (Эпоха гуманизма в Венгрии). Вр., 1955, 347. l. sk.

До сих пор не было известно, выступала ли в качестве значительного течения другая форма мистики – спиритуализм, традиции которого всюду в Европе сохранялись главным образом орденом францисканцев. Между тем, последняя заслуживает внимания как раз потому, что её главным элементом было обращение к социальным критериям, использование масштабов социального измерения. Конечно, в действительности здесь и надо искать следы интересующей нас взаимосвязи. Т. Кардош указал на роль «Комментариев к Апокалипсису» Петра Уливи (Оливи) в генезисе идеологии крестьянской войны. Вместе с тем он также обратил внимание на ту информацию хроники ордена павликианцев, согласно которой один из самых выдающихся сподвижников крестьянского вождя Дожи и руководителей движения, а по некоторым источникам – один из самых значительных идеологов – священник Лёринц – находился в тесной связи с монахом-павликианцем из монастыря в Капольне «вследствие честности последнего» (*propter illius probitatem*), и под этой «честностью», вероятно, подразумеваются общие для них принципы созерцательной мистики¹¹. Представляется, что связь с павликианской мистикой, несомненно, подтверждается тем обстоятельством, что одна из средневековых рукописей «Комментариев» уже в новое время попала из павликианского монастыря в библиотеку Будапештского университета. Кроме того, мы знаем, что положения, высказанные Петром Оливи, были основополагающими идеями спиритуализма францисканцев. Во всяком случае, относительно связи между идеологией крестьянской войны и спиритуализмом мы сможем высказать более обоснованные догадки, если будем знать о личности самого священника Лёринца больше, чем о ней известно сейчас.

Прежде чем перейти к рассмотрению деталей, следует сказать несколько слов об общем характере движения обсервантов. История ордена францисканцев почти с самого начала – это история постоянно возобновлявшихся внутри него расколов, и в результате одного из них появились и сами обсерванты. Объясняется это самой природой того религиозного направления, которое представляли францисканцы. С самого начала движение францисканцев имело целью внутреннее, спиритуалистическое обновление церкви и защиту власти церкви, в основе своей имевшей неспиритуалистический характер. Эти цели трудно было совместить, поскольку орден занял определённое место в «миру» и неизбежно начал отходить от принципов «бедности Христа». Всегда внутри него находились группы, которые распознавали эту

¹¹ Т. KARDOS – «*MTA II. osztály közleményei*», 5. k. Bp., 1954, 167–168. 1.; *idem. A magyarországi...*, 386. 1.

противоречивость целей и, подчёркивая принцип спиритуализма, рано или поздно неизбежно выступали против мирской власти церкви, против самой власти папы. Как только они, усилившись, превращались в целое направление, они приходили к признанию учений, квалифицировавшихся в качестве «ересей», что вызывало выступление инквизиции. Средневековая история ордена знает два таких более или менее значительных течения: движение, сторонники которого сами себя называли спиритуалиями, оно началось около семидесятих годов XIII в. и потерпело крах в 1316–1318 гг. (его идейным источником было учение Джоаккино да Фиоре); движение «братиков» (фратичелли) на рубеже XIV–XV вв., вызвавшее новую вспышку спиритуализма (оно основывалось главным образом на учении Петра Оливи). Движение же обсервантов, возникнув в начале XIV в., в XV в. превратилось в такое своеобразное движение за реформы, которое одновременно вело борьбу и против консервативного конвентулизма, и против радикальных (еретических или мнимо-еретических по своему характеру) течений спиритуализма, находясь при этом на почве идей одной из разновидностей «умеренного спиритуализма». Частично в этом заключался секрет успехов обсервантов, но в этом выражался и неразрешимый дуализм, идеологическая неустойчивость, которая пронизывала всю историю обсервантов, поскольку равновесие в их среде всегда было непостоянным, и они должны были вести постоянную борьбу также и против проявлявшихся в их собственных рядах расхождений, свидетельствовавших об отклонении отдельных их групп в ту или иную сторону¹². Такие своеобразные поиски «идеологического баланса» характерны и для истории венгерских обсервантов со времени появления их первого литературного памятника (кодекса Иокаи) до периода, когда развернулась деятельность Пелбарта Темешвари и Ошвата Лашкаи, о чём пойдёт речь в дальнейшем. Факты, рассматриваемые нами ниже, свидетельствуют о том, что это идеологическое равновесие (судя по некоторым признакам, в более раннее время имелись для этого предпосылки) было в сильной степени нарушено как раз в десятые годы XVI в., что и привело к эволюции части обсервантов, которую они проделали в условиях крестьянской войны 1514 г., и, как можно предполагать, способствовало превращению их представителей в сторонников Реформации.

Источниковедческие основы для ответа на поставленные выше вопросы даёт рукописный кодекс, хранящийся в Государственной

¹² Ср.: H. HOLZAPFEL. *Op. cit.*, S. 41–45, 62–66, 80 ff; M. HEIMBUCHER: *Die Orden und Kongregationen der Katholischen Kirche*, Bd. 1. Paderborn, 1933, 3. Aufl., S. 697–705, 711 ff. Источники о движении фратичелли: L. OLIGER: *Documenta inedita ad historiam Fratitellorum spectantia*. – «Archivum Franciscanum Historicum», t. 3–6, 1908–1913.

Библиотеке имени Сеченьи. Содержащиеся в нём памятники позволяют в значительной степени выяснить взаимозависимость между некоторыми ранее известными, а отчасти – и неизвестными или не привлекавшими внимания исследователей явлениями¹³. Этот кодекс являлся сборником формул, необходимых для внутреннего делопроизводства венгерской провинции обсервантов. Большую их часть свёл воедино нотариус-викарий Балажа Дежи в конvente Буды самое позднее в 1515–17 гг. (а затем его труд дополнили другие). Этот нотариус выбрал образцы документов из архива, хранившегося в ризнице конвента. Благодаря этому были сохранены более или менее полные копии ста восьмидесяти восьми документов и писем – наряду с другими копиями и служебными пометками. Из них девяносто девять – датированы или поддаются датировке, а чуть ли не девяносто их процентов относятся к 1509–1517 гг. – времени викариев Габора Печваради и Балажа Дежи; это наряду с другими обстоятельствами в значительной степени делает вероятным тот факт, что первым составителем формулярия был нотариус этих викариев, личность которого можно, видимо, отождествить с Иштваном Иваничем – автором продолжения хроники ордена (*Cronica seu origo fratrum minorum de observantia in provinciis Bozne et Hungariae*), охватывающего события 1510–1533 гг. Конечно, значительная часть текстов, сохранившихся в кодексе, сама по себе – лишь «сырой материал», поскольку большая часть реалий стёрта ради сохранения лишь формулировок. Большинство текстов фигурируют в рукописи без указания лет и имён. Однако, благодаря изложению этих формул мы неожиданно получили очень ценную, до сих пор неизвестную группу источников, ибо из-за нагромождения формул вдруг появляется книга, содержащая (правда, лишь более или менее полные) современные и верные копии документов. Точнее говоря, это письмовник, книга, содержащая образцы писем, позволяющая увидеть главным образом последствия событий десятых годов XVI в. Некоторые свидетельства текстов я уже использовал в статье об идеологии крестьянской войны¹⁴. Более подробный анализ кодекса я опубликовал в другой работе, где

¹³ OSzK, Cod. lat., 432. Оригинал кодекса названия не имеет. Эмма Бартоник озаглавила его: «*Formularium in usum Ordinis Fratrum Minorum regularis observantiae in Hungaria*» (далее – *Formularium*). Ср.: «*Codices manu scripti Latini. I. Codices Latini Medii Aevi*», Вр., 1940, р. 388–390. На рубеже XVII–XVIII вв. этот кодекс, как свидетельствуют две пометки в нем, был еще собственностью монахов, но вскоре, как можно предполагать, попал в руки частного владельца (его не оказалось в архиве францисканцев в Дьендьеше); местонахождение кодекса до 1934 г., когда библиотека приобрела его у букиниста (OSzK, Növ. Napló, 1934/5), не установлено. Понятно поэтому, что кодекс не был использован ни авторами историй (часть их сохранилась в рукописях) ордена, живших в XVIII в., ни Яношем Карачоньи.

¹⁴ J. Szűcs: *Dózsa parasztháborújának ideológiája*. (Идеология крестьянской войны под предводительством Дожи). – «*Valóság*», 15. évf. Вр., 1972, № 11, 12–39. 1.

постарался ответить на вопросы об обстоятельствах его возникновения, о хронологии составления отдельных его частей, о личностях составителей, а также дал обзор структуры и содержания кодекса. Вместе с тем я предпринял попытку использовать в качестве документов соответствующие свидетельства рукописи в связи с критическим пересмотром по источникам ряда других существенных моментов истории крестьянской войны 1514 г.¹⁵

В данной статье поэтому достаточно кратко изложить результаты и выводы предшествующей работы, наиболее важные с точки зрения тех вопросов, которыми мы сейчас занимаемся.

Что касается организации крестового похода, то кодекс сохранил для нас текст циркуляра, которым по поручению архиепископа Бакоца викарий (Балаж Дежи) призвал все кустодии к обнародованию буллы о крестовом походе и к выполнению задач, связанных с набором крестоносцев. В нашем распоряжении имеется также текст уполномочия отдельных кустодов проповедникам крестового похода¹⁶. По всей вероятности, провинция обсервантов приступила к организации похода на следующий день после назначения Дожи – 25 апреля 1514 г. Результаты этой деятельности сказались очень скоро, примерно через две недели: численность крестоносцев в лагере у Пешта (на Ракошском поле) выросла с нескольких сотен до пятнадцати тысяч человек и резко ускорился приток крестоносцев в другие центры их сбора, кроме Пешта. Однако, в целом результат оказался совершенно не соответствующим целям архиепископа и викария обсервантов. Уже перед 15 мая из дошедших в Эстергом слухов и жалоб Бакоцу стало известно, что в различных областях королевства (*in diversis regni Hungariae partibus*) «мнимые» и враждебно настроенные проповедники крестового похода возбуждают народ (*pseudo, iniqui et falsarii predicatorum*), собирают «собрания», на которых призывают крестьян-крестоносцев не платить денежный ценз землевладельцам, налог – королю, вообще – не исполнять повинности и даже не повиноваться высшей власти (*obedientiam superioribus denegare*), требуют убивать сборщиков налога и управляющих землевладельцев, возбуждают всеобщее восстание (*seditio*). Бакоц узнал также, что уже начались нападения на усадьбы землевладельцев. Частично это подстрекательство исходило от монахов-вероотступников, которые уже были отлучены от церкви (*per apostatas et excommunicato, ab apostatis cuiuscunque religiosi . . .*)¹⁷.

¹⁵ J. Szűcs: *A ferences obszervancia és az 1514. évi parasztháború. Egy kódex tanúsága.* (Францисканцы-обсерванты и крестьянская война 1514 года. Свидетельства одного кодекса). – «Levéltári Közlemények», 43. évf. Bp., 1972, 213–261. l.

¹⁶ Formularium, f. 92–92v, 94, 102–103. Издание текста – J. Szűcs: *A ferences obszervancia . . . , Függelék, №№ 1, 2, 257–258. l.*

¹⁷ Ср. сн. 8.

То описание начала крестьянской войны, которое до сих пор бытует в исторической литературе¹⁸ и является общепризнанным, в действительности является ни чем иным, как плодом искусственных комбинаций утверждений, почерпнутых из позднейшей традиции, искажившей истинный ход событий, без какой-либо её источниковедческой критики. Современные событиям и достоверные источники ничего не знают о том, что Дожа будто бы во главе войска восставших крестоносцев вышел из-под Пешта и в Цегледе якобы «провозгласил» восстание. В действительности Дожа уже за несколько дней до пятнадцатого мая оставил лагерь под Пештом, двинувшись первоначально против турок. В главном крестоносном войске, во главе которого он стоял, постепенно развилось недовольство – не независимо от событий, развёртывавшихся во всём королевстве – уже за Тисой, в районе Бекеша и Дьюлы, в четвёртую неделю мая. И это привело к событиям в долине реки Марош, к решительному повороту (28 мая), когда Дожа действительно провозгласил войну против дворянства¹⁸. К этому времени восстание фактически, как утверждал в своём распоряжении Бакоц, «в различных областях королевства» уже дало свои плоды. Можно даже в общих чертах выделить четыре таких области, являвшихся очагами восстания, где недовольство (в результате тех «собраний», о которых упоминает Бакоц) достигло кульминационного пункта уже перед пятнадцатым мая, самое позднее – примерно к двадцатому мая. Один из этих очагов – территория комитатов Абауй и Земплен, где имелись два центра сосредоточения восставших крестоносцев – Сиксо и Шарошпатак. Другой очаг – это порубежье комитатов Бекеш и Бихар с двумя такого рода полюсами – Дьюлой и Варадом. Третий – район Чанада. И наконец, четвёртый очаг – это южная часть между-речья Дуная и Тисы, территория комитатов Бодрог и Бач¹⁹. Что в этом территориальном разделении бросается в глаза? То, что все центры волнений находятся в районах более или менее значительных монастырей обсервантов. Рядом с Сиксо располагался монастырь в Абауй-санто, на другом полюсе этого очага находился шарошпатакский монастырь. Во втором очаге волнений известны монастыри в Дьюле и в Вараде. В третьем – чанадский монастырь. И наконец, на берегах Дуная находился целый ряд монастырей – от Кёйюда в комитате Бодрог

¹⁸ Уже Г. Барта на основе осмысления свидетельств многих источников и реального подсчета времени, необходимого для преодоления расстояний между этими пунктами, датировал выход Дожи из-под Пешта 9–10 мая и подчеркнул решающее значение битвы у Надьлака и расправы над феодалами после нее (А. ФЕКЕТЕ NAGY – G. BARTA. *Op. cit.*, 70–76, 84–88, 96). Рассмотрение этого вопроса на основе критики источников – J. Szűcs: *A ferences obszervancia...*, 237–241. l., 65–84. jz.

¹⁹ См. подробнее об этом – J. Szűcs: *A ferences obszervancia...*, 242–244. l., 86–96. jz.

до Кабола в окрестностях Печварада. Рассматриваемый нами кодекс сохранил распоряжение викария Балажа Дежи о назначении чрезвычайного уполномоченного, согласно которому такой уполномоченный наделялся необычайно широкими прерогативами, включавшими чуть ли не право применения смертной казни, с целью расследования «бесчестящих и порочащих преступлений», для «изгнания всего этого из ордена и справедливого наказания преступников» и даже для «применения к ним самых крайних мер наказания». Можно с уверенностью датировать это распоряжение временем с мая по август 1514 г., то есть временем восстания «вооружённых колами» крестоносцев, временем «дикого неистовства вооружённых колами» (*veruferogum truculenta gabies*). Следует также отметить, что в распоряжении говорится о территории кустодий в Енё и в Патаке²⁰. В состав первой входили монастыри, находившиеся в Дьюле, Вараде и Чанаде, в состав второй – монастыри в Санто и в Патаке. Известно также письмо о назначении расследования нарушений монашеской дисциплины в рамках продолжавшегося после пятнадцатого августа визитационного разбирательства дел. Оно имеет в виду как раз уйлакскую кустодию²¹. А в неё входили упомянутые выше монастыри на побережье Дуная. Таким образом, документы кодекса говорят точно о тех районах (в них, естественно, они выступают в качестве территориальных единиц викарии францисканцев-обсервантов), где, по свидетельствам других источников, крестьянская война началась уже примерно в середине мая выступлениями местных крестоносцев. Это бросающееся в глаза совпадение не может быть случайным.

Конечно, действия главы францисканцев-обсервантов в Венгрии зависели непосредственно от тех поворотов в политике по отношению к крестовому походу, которые совершали светские и церковные власти. Если около 25 апреля архиепископ возложил на викария обсервантов задачу организации крестоносного войска, то через месяц, 24 мая ему же он поручил распустить восставших крестоносцев. Балаж Дежи направил в конвент Буды чрезвычайного уполномоченного для усмирения волнений²². В нашем кодексе сохранилась копия недатированной записи (датировать её определённо нельзя, но возможно, что она составлена уже после собрания, состоявшегося пятнадцатого августа, о котором пойдёт речь ниже), в которой определяется, что следует арестовывать и заключать в тюрьмы всех членов ордена-вероотступ-

²⁰ Formularium, f. 14v–16v. J. Szűcs: *A ferences obszervancia...*, 246. l., 104. jz; 259. l., № 4.

²¹ Formularium, f. 67v–68v.

²² Formularium, f. 111v. Издание текста – J. Szűcs: *A ferences obszervancia...*, 258–259. l., № 3.

ников (*apostatam nostre religionis*), что после расследования следует докладывать викарию, какого характера было вероотступничество, «чтобы не позволительно было ему повсюду распространяться и творить одно зло за другим»²³. Все эти данные органично дополняют свидетельства о роли «вероотступников» – проповедников крестового похода, которые содержатся в майских распоряжениях Бакоца. Один из современников-авторов воспоминаний о событиях 1514 г. также подчёркивает роль деятельности монахов, для которых «религия (здесь в смысле «монашество, монашеский устав» – Авт.) была ненавистна и отвратительна»²⁴.

Термином «вероотступник» в его узком смысле обозначали «бродячего» монаха, нарушившего дисциплину ордена, не подчинявшегося начальству, оставившего монастырь²⁵. В широком же смысле слова, как мы увидим далее, этот термин служил в системе понятий, принятой орденом францисканцев, для обозначения элементов, подозреваемых в ереси или даже являющихся еретиками, элементов, самостоятельно мыслящих, воспринявших учения мистиков и спиритуалистов и более или менее открыто порвавших с орденом. Следует обратить внимание на три обобщающих замечания, встречающихся уже у Таурина. Говоря о распространении восстания, этот писатель среди крестьянских предводителей-«капитанов» выделяет «монастырских братьев» (III, 186), затем он называет самыми деятельными «беглых монахов» (III, 190–193). Сочинённую им «речь» Дожи, Таурин предваряет словами о том, что такого рода бунтарские речи Дожа когда-то, в годы своей молодости слышал от «монахов в рясах» (II, 83–87). Конечно, ошибкой было бы на основании этих слов Таурина думать, что Дожа на самом деле произносил приписанную ему «речь». Сама «речь» Дожи – не что иное, как ничего общего с действительностью не имеющая компиляция отрывков из текстов античных авторов и писателей-гуманистов. Но указанные места из «речи» Дожи имеют значение как источники, ибо они являются органичными элементами той пронизывающей весь «эпос» Таурина пропагандистской тенденции изобразить дело так, что не архиепископ Бакоц несет ответственность за случившееся, а значительно больше могут быть виноваты францисканцы-обсерванты («монахи в рясах» – серые монахи), ибо и от них мог научиться Дожа подстрекать народ к бунту²⁶.

²³ *Formularium*, f. 72. Издание текста – J. Szűcs: *A ferences obszervancia...*, 260. l., № 5.

²⁴ «De bello cruciferorum...», p. 273.

²⁵ F. KOLLÁNYI: *Magyar ferencrendiek a XVI. század első felében*. (Венгерские францисканцы в первой половине XVI в.). – «Századok», 32. évf. Bp., 1898, 816. l.

²⁶ Утверждения автора поэмы «*Staugomachia*» относительно хода и взаимосвязей событий большей частью не имеют реальных оснований, по некоторые

И действительно, если обратить внимание на тех известных нам представителей духовенства, которые стояли во главе наиболее значительных отрядов восставших крестоносцев, являясь капитанами, «военачальниками крестоносцев», то окажется, что все они, кроме одного-двух, – монахи. Имя монаха Михая после поражения восставших упоминали в ряду их главных вождей – вместе с именами Дьёрдя и Гергея Дожей, священника Лёринца. Командуя одним из восьми главных отрядов восставших, он вёл борьбу в области Бач, около Байи, а затем – в Сереме. Его казнили в последних числах июля в Буде. Монах Мартон был капитаном на другой важной территории военных действий – около Дебрё. В комитате Унг, в окрестностях местечка Капош также какой-то монах «возбуждал крестьян против дворянства». Относительно начальника войска, действовавшего в комитате Тольна, мы также знаем, что им являлся **бывший** монах (*un capro, stato frate*), то есть монах-«вероотступник»²⁷.

Особого внимания заслуживает личность наиболее выдающегося сподвижника Дожи священника Лёринца, относительно которой в результате искажения событий более поздней традицией и ошибочных идентификаций, принятых в исторической литературе, господствует такая же путаница, какую можно отметить в понимании и других важных моментов крестьянской войны и в изложении историками положений, являющихся плодом литературного вымысла и некритического использования источников. Ошибочно и несостоятельно его отождествление с проповедником крестового похода в комитате Абауй по имени Лёринц Месарош²⁸. Основой всех остальных представлений о нём, которые общеприняты после издания работы Ш. Марки, является изложение событий в труде Миклоша Иштванфи «Венгерская история», написанном в последние годы XVI в. Однако, бросается в глаза, что все черты, которыми Иштванфи характеризует священника Лёринца, совершенно не соответствуют тому, что говорят о нём все остальные источники (в том числе и более ранние нарративные памятники). При более же внимательном рассмотрении утверждений Иштванфи относительно отдельных черт деятельности священника Лёрин-

мотивы, вставки в текст основаны на достоверных свидетельствах. Их следует использовать вне контекста поэмы. Об источниках «речи» Дожи – Z. Császár: *A Stauromachia antik és humanista forrásai* (Античные и гуманистические источники «Стауромахии»). Вр., (1937), 15–17. l. – Реальная оценка сочинения Таурина: S. V. Kovács: *A Dózsa-háború humanista eposza*. (Эпос гуманиста о войне под предводительством Дожи). – «Irodalomtörténeti Közlemények», 53. évf. Вр., 1959, 451–473. l. – J. Szűcs: *Dózsa parasztháborújának ideológiája*, 36–37. l.

²⁷ О подробностях см.: J. Szűcs: *A ferences obszervancia . . .*, 248–249. l., 109–114. jz.

²⁸ На это уже обращено внимание: A. FEKETE NAGY – G. BARTA. Op. cit., 112–113. l.

ца можно точно установить, благодаря каким двусмысленностям и надуманным комбинациям Иштванфи спутал личность священника Лёринца с личностями других священников-капитанов, о роли которых сохранились известия в традиции и в письменных источниках. Тем самым Иштванфи создал путаницу в понимании ключевой роли этого главного деятеля крестьянской войны, и эта путаница даёт знать о себе и сегодня²⁹. В действительности же священник Лёринц вовсе не принимал участия в событиях начала крестьянской войны в лагере под Пештом, не был он и «цегледским священником» (и даже не происходил из Цегледа), а примкнул к главной армии, армии Дожи в районе Бекеша и Дьюлы примерно двадцать четвёртого – двадцать пятого мая, вероятнее всего – во главе отряда из двух тысяч человек, который непосредственно перед этим двадцать второго мая (а может быть, уже пятнадцатого мая) в двух милях от Варада выиграл битву – первую победоносную битву крестьянской войны. Здесь, «между Кёрёшем и Марошем» (как говорится в том месте рассказа Иштванфи, который отразил историческую реальность), то есть между Дьюлой и Надьялаком Лёринц сыграл на стороне Дожи свою революционизирующую роль, которую традиция связывает с его личными качествами. А затем Лёринц вёл борьбу в Бихаре (июнь–июль), пламя которой позже перекинулось в воеводство Трансильванию. Как можно судить по фактам, сохранённым самыми достоверными источниками, священник Лёринц был по происхождению из Варада. Поскольку же большая часть источников называет его просто лишь «священником», а некоторые памятники говорят о нём как о монахе, то существует значительная вероятность того, что он, точно так же, как его задунайский товарищ по судьбе (*un capo, stato frate*), был одним из францисканцев-обсервантов, «отступивших от веры»³⁰. Это подтверждается двумя на первый взгляд незначительными, но в сопоставлении с другими данными весьма характерными деталями. Иштван Секей сохранил определение священника Лёринца как «человека с большим посохом». Во время своих странствий нищенствующие монахи-обсерванты ходили с нищенским посохом (*baculum*). И как раз тот капитул викариата 1515 г., который принял целый ряд карательных мер в связи с крестьянской войной, непосредственно перед распоряжением о запрещении самовольных проповедей крестового похода указывал, чтобы в буду-

²⁹ Подробное рассмотрение этого вопроса с критикой соответствующего места памятника: J. Szűcs: *A ferences obszervancia . . .*, 249–253. l., 115–134. jz.

³⁰ Уже признано, что, по всей вероятности, первоначально священник Лёринц был в Надьяваре монахом-францисканцем: А. ФЕКЕТЕ NAGY – Г. ВАРГА. *Op. cit.*, Свидетельства памятников, где священник Лёринц назван монахом: J. Szűcs: *A ferences obszervancia . . .*, 253. l., 135. jz.

щем посохи «не были столь необычно велики», а если кто-либо изготовит их такими, то получит наказание. Имеющиеся же посохи такого рода должны быть изъяты. Другой момент: когда в Коложваре священника Лёринца обыскали перед казнью, то обнаружили у него евхаристию³¹. Обсерванты – «серые монахи», отправлявшиеся странствовать в качестве проповедников и отправления служб «ad contratas», носили под своими рясами евхаристию. В свете всего этого можно по-новому понять несомненно достоверное известие, попавшее в «Жизнеописания братьев-павликианцев» (*Vitae fratrum Paulinorum*): «визиты» францисканцев-обсервантов в монастырь павликианцев вблизи Капольны могли предшествовать крестьянской войне (они едва ли уместились бы в бурную деятельность священника Лёринца в июне–августе 1514 г.). Таким образом, созерцательный мистицизм, догадка о котором небезосновательно высказана Т. Кардошем, являлся идеологической предпосылкой крестьянской войны³².

Из восьми главных театров военных действий крестьянской войны в трёх (Бихар, Бач и Серем, Хэвеш) монахи были военными руководителями, два монаха возглавляли восставших на второстепенных театрах военных действий. Мы знаем и тех, и других. Безымянными остались остальные монахи, игравшие не столь значительную роль. Но о том, что они существовали, позволяют думать данные о последних действиях крестьянской войны.

Через несколько дней после поражения восставших (15 августа 1514 г.) руководители провинции францисканцев-обсервантов собрались на чрезвычайное собрание. Самый важный и даже, видимо, единственный круг обсуждавшихся вопросов составляли проблемы, связанные со всеобщим обследованием положения провинции. С этой целью собрание назначило в каждую кустодию визитаторов, которые должны были провести обследование «*tam in capitibus, quam in membris*», воздать хвалу достойным её делам, однако, выправить при этом всё, что «отклонилось от добра», в случае мелких нарушений определить самим меру наказания, а более сложные дела вынести на рассмотрение капитула, назначенного на троицын день 1515 г. Так как в упомянутом нами кодексе собраны воедино копии документов, то мы можем в деталях установить правило проведения расследования «грехов»³³. В перечне вопросов, которые необходимо было выяснить, среди прочих фигурируют и такие случаи: «явная, открытая месть, выраженная

³¹ Ваттняны т. 3, р. 668. – Информация Дьердя Сереме о казни священника Лёринца: – *Monumenta Hungariae Historica, Scriptores*, т. 1. Pest, 1857, р. 70.

³² Ср. сн. 11.

³³ *Formularium*, f. 67v–76v, 110–111. Наиболее важные документы: «*Medus visitations*» (f. 73v, 75–76v), «*Informatio de punctis importandis*» (f. 73–73v). Ср.: J. Szűcs: *A ferences obszervancia . . .*, 255–256, 142–147. jz.

символически или действиями», «кощунственная придирчивость», «непочтительность по отношению к начальникам», «нанесение тяжёлых побоев или применение их угрозы». Записи о тяжёлых и сверхобычных грехах каждый визитатор привёз с собой в Буду и представил их 27 мая 1515 г. в капитуле, решения которого, как мы знаем, недвусмысленно говорят о «мнимых» проповедниках крестового похода предшествующего года (они без разрешения викария «принимали, вручали крест или проповедовали» о необходимости крестового похода), а также детально определяют способы допросов и наказаний грешников³⁴. Обвиняемого в течение одного месяца содержали в следственной камере монастырской тюрьмы, а затем он получал чернила и бумагу, чтобы написать свои признания. Если его можно было осудить на основе его собственных признаний, то ему определяли наказание в соответствии с его виной. Если же он не признавался по истечении месяца, то он получал каноническое внушение и его передавали светским властям.

У нас нет данных о том, сколько францисканцев-обсервантов и каким образом были наказаны за их поведение в 1514 г. Однако, рассказывали о том, что один из помощников Дожи – Иштван Балог сумел бежать в район Мункача, а оттуда за Карпаты, где (в Польше?) стал монахом³⁵.

Все эти свидетельства уже сами по себе говорят о глубоком внутреннем расколе в среде францисканцев-обсервантов, позволяя предполагать, что едва ли речь шла о проступках одного-двух монахов, которые из личных побуждений выступили против не только иерархии собственного ордена, но и против самого общественного строя. Судя по всем признакам, речь шла о большем – о восстании целой группы. Заслуживает внимания одна деталь в извещении о созыве капитула 1515 г. Капитул подготавливали необычайно торжественно. Кроме его членов, имевших право голосовать в Буду были отправлены и другие – примерно по двадцать пять монахов от каждой кустодии. Поскольку в результате этого наиболее авторитетные братья удалялись из монастырей на две-три недели, то в адресованном кустодиям распоряжении звучала тревога; нужно было с особым вниманием следить за теми, кто недавно стали монахами, чтобы они не вышли из рамок предписанного им поведения (*ne insolescant*), а также – за недавно посвящёнными в священники, за молодыми клириками и за мирскими братьями, чтобы не вспыхнули в них немедленно «силы безумия»³⁶. Сразу же заметим: здесь выражена тревога за молодых.

³⁴ Вяттнуány, t. 3, p. 668–669. – *Formularium*, f. 50v–51. Издание текста: J. Szűcs: *A ferences obszervancia...*, 260 l., № 6.

³⁵ В сочинении Дьердя Сереми, стр. 70 (см. сн. 31).

³⁶ *Formularium*, f. 79v–80.

Известно ли что-нибудь существенное о предпосылках обрисованных выше явлений, о течениях менее заметных, которые нашли проявление в той роли обсервантов, которую они сыграли в 1514 г.?

2

Весьма двусмысленно упоминание хроники францисканцев о крестьянской войне. Обычными стереотипными выражениями она клеймит Дожу и простонародье, «разбушевавшееся против дворян». Однако при этом она рисует картину взаимного истребления противниками друг друга. Фраза хрониста о том, что «убили не только белых священников, но и многих монахов безжалостным образом, некоторых из них сожгли на огне, других посадили на кол, третьих изуродовали и разрубили на куски», недвусмысленно имеет в виду жертвы мести со стороны дворян³⁷. Двусмысленно обобщающее суждение хрониста о роли обсервантов, так что его лучше привести без перевода: «In tantis discordiarum seditionumque fluctibus etiam patres et fratres nostri versati sunt in maximis animarum curis et tribulationibus.» На чьей стороне «старались» братья? От кого из противников они терпели угрозу мучений? Двусмысленность, видимо, здесь не случайна, а преднамеренна, ибо на возникающие у читателя вопросы нельзя было ответить однозначно. Ведь обсерванты находились и в том, и в другом лагере. И если с момента начала похода, видимо, среди крестоносцев они составляли незначительное меньшинство, то можно думать, что после начала крестьянской войны на стороне восставших остались наиболее отважные из этого меньшинства.

Глубокий внутренний раскол внутри ордена обсервантов не является загадкой истории: это последствие той скрытой напряженности, которая обнаружилась благодаря буре 1514 года. Однако, предпосылки

³⁷ «Multi etiam, nedum presbyteri, sed etiam religiosi, miserabiliter occisi sunt, alii utpote igne combusti et assati, alii palo infixi, alii abtruncati, alii scissi in partes, et principaliter eorum ductor, scilicet Georgius Szekeley dentibus pecuariorum (!) id est hayduknak traditus est lacerandus...» – Cronica seu origo, p. 286. – Описанные здесь способы казни запечатлены также в подробных свидетельствах о публичных казнях в Буде, в последних числах июля, нескольких священников и монахов, в том числе – схваченного в Сереме монаха Михаила. Эти свидетельства оставлены очевидцами: послом Венеции в Буде Антонио Суриано в его донесении от 29 июня («I Diarii di Marino Sanuto», t. 18. Ed. N. Barozzi, G. Верснет, R. Фулин etc. Venezia, 1887, p. 479), Никколо де Зуанне в отчете от 11 августа («Etiam qui in Buda i hanno fatto le più gran becharie dil mondo di costoro; e l'altro eri fezeno squartar un prete vivo, et rostino un frate vivo, da poi l'altro zorno jusixio preti, uno impalo, l'altro su la ruoda, l'altro squarto vivo...» – «I Diarii»... t. 19, p. 17), Львом Зденком в его письме от 21 августа («Archiv Cesky» d. 7. Praha, 1887, S. 76). Об этих казнях говорят также Сереме (см. сн. 31) и безымянный автор сочинения «De bello cruciferorum» из Буды. – Были заживо сожжены священник Варнабаш – в Хайсентлеринце и священник Лёринц – в Коложваре.

её, хотя и были скрыты от взора посторонних, всё-таки существовали в предшествующие годы и десятилетия.

В спиритуализме францисканцев, как известно из данных по общей истории ордена, всегда скрывалась возможность постоянно возобновлявшихся расколов. С точки зрения средневекового мировоззрения открытым представлялся лишь путь в потусторонний мир и именно через те ворота, которые указывала церковь для несовершенных человеческих существ, спотыкающихся в мире теней. Парадоксально, что в этом мировоззрении пробили бреши две далёкие друг от друга и даже враждебные друг другу идеологические тенденции. Гуманизм и ренессанс освобождали природу человека как таковую, внушая в силу этого «натурализма»: то что естественно, именно поэтому и имеет нравственное оправдание. Позднесредневековая мистика в своих теоретических понятиях в противоположность этому исхода из «спиритуализма», из одухотворённости человеческой природы, которая может реализовываться, по её понятиям, уже в этом мире, практически приходила к такому же выводу: все склонности и желания людей (по меньшей мере, «избранных») имеют моральное оправдание. Крайнее выражение аскетической мистики и спиритуализма – монашеская ересь (в частности, движение фратичелли в среде францисканцев) приводило к признанию идей «духа свободы», «свободы души», чтобы использовать этот круг идей при соприкосновении с радикальными устремлениями народа самым решительным образом для освобождения человеческой «природы». В мире представлений каждой секты, склонявшейся к еретичеству, в начале вещей с одной стороны, фигурировал Адам в качестве живого мистического существа. Но он был уже не носителем благодати, а человеком трудившимся, пахавшим землю, словом, – «падшим» Адамом. При этом природа «падшего» человека как таковая являлась в конечном счёте источником всех социальных и религиозных ценностей. Конец же вещей определялся идеями эсхатологической «избранности» таким образом, что центральным положением радикального мистицизма (например, гусизма) являлось положение о том, что бедняки-земледельцы (*benedicti rustici*) олицетворяют собой общность, связывающую первоначальное равенство в природе (символом его являлся Адам) и «тысячелетнее царство» Христа (то есть власть избранных бедняков). Мистику, основанную на позднесредневековом спиритуализме, и радикальные народные движения в идеологическом отношении связывала между собой как бы скрытая система сообщающихся сосудов. Она роднила их с ренессансом, несмотря на все возникавшие при этом несовместимости и даже противоречия, ибо их конечные выводы совпадали. Все они разрушали

одну и ту же структуру общества и в конечном итоге – каждый своими средствами – служили одному и тому же: освобождению человека³⁸.

«Система сообщающихся сосудов» спиритуализма и социального радикализма, конечно, действовала не автоматически. В особенности это относится к ордену францисканцев-обсервантов как к институту, являвшемуся сосредоточением «умеренного спиритуализма». Само движение обсервантов в королевстве Венгрии, как свидетельствует его первый литературный памятник – Кодекс Иокаи, исходило из основ спиритуализма. Однако, его руководители пунктуально следили за тем, чтобы борьба велась одинаково и против конвентуализма, и против «лжеучений»³⁹. Однако, уже в последние десятилетия XV в. умножились признаки того, что сохранить такой «баланс» – дело не простое. Уже с XIII в. в Италии и повсюду начались движения мелких оппозиционных групп. Они почти со сейсмографической точностью отражали начало идеологических расхождений внутри движения францисканцев. Обычно на начальной стадии свидетельства кризиса проявлялись в выступлениях тех, кто считал недостаточной реформу и сопротивлялся иерархии ордена: члены этих групп уходили из монастырей, искали «более совершенные» нормы и обеты в маленьких домах, в убежищах отшельников. Определённые признаки такого рода устремлений проявились в венгерской провинции в шестидесятые годы пятнадцатого века. В 1462 г. викарий обратился с жалобой к архиепископу на членов ордена, удалявшихся без разрешения настоятелей из монастырей, бродивших по всей стране, основывавших небольшие общности, убежища отшельников. Один из таких монастырьков находился в комитате Шомодь около Игала, в лесу. Архиепископ Денеш Сечи приказал отлучить его обитателей от церкви⁴⁰. Имеется свидетельство, датированное десятилетием позже, о том, что оставившие веру (вероотступники) францисканские монахи систематически убегали в Молдавское княжество. Мы знаем, что здесь находилось прибежище гуситов, бежавших сюда в тридцатые годы пятнадцатого века из южных комитатов королевства Венгрии и называвших себя «братьями божественного закона». Их тезисы были записаны в 1461 г.⁴¹ Ошват Лашкаи в своём сочинении «*Quadragesimale*», написанном перед 1497 г., восклик-

³⁸ На эти взаимозависимости указал Э. Иванка в незаслуженно забытом исследовании: E. IVÁNKA: *Renaissance kutatás és teológia* (Изучение Ренессанса и теология). – «*Teologia*», t. 5. 1938, 25–34. l.

³⁹ J. KASTNER: *A Jókai kódex és az obszerváns kódexirodalom*. (Кодекс Иокаи и кодексы, составленные обсервантами) – «*Egyetemes Philologiai Közlöny*», 56. évf. Bp., 1932, 203–211. l.; 57. évf., 1933, 58–66. l.

⁴⁰ J. KARÁCSONYI. Op. cit., 1. k., 343. l.

⁴¹ J. KARÁCSONYI. Op. cit., 1. k., 380. l. – «*Acta Bosnae potissimum ecclesiastica*» («*Monumenta Spectantia Historiam Slavorum Meridionalium*», v. 23). Coll E. Ferendžin. Zagrabiae, 1892, p. 245–248.

чал: «О, сколько в ордене таких, которые повинуются без смирения, а с ропотом, не уповая на бога!» И затем тут же он излагал историю, которая произошла в венгерской ветви францисканского ордена. Когда один настоятель монастыря (гвардиан) призвал одного из братьев к повиновению ордену, тот ответил: «Я, любимый мой отец, принял обет повиновения господу нашему Христу, ради него и ради страны, но, конечно, немногие понимают это . . .» Затем настоятель так начал свой приказ замолчать: «В безумии ты говоришь, всегда ты беспокоишь меня»⁴². Здесь мы видим противопоставление обета Христу и «Христову царству» повиновению ордену, орденской дисциплине: это проливает свет и на суть поведения оппозиции. В том же сочинении далее встречается пример из жизни венгерской провинции францисканцев в связи с библейским текстом: «Ибо тесен путь, который ведёт к жизни, и мало нашедших его» (Матф., 7, 14). «Но многие из тех, кто нашёл его, свернули с него», – продолжает эту мысль Ошват Лашкай, ссылаясь на пример некоего брата Бенедика Чанади, «который шёл узким путём в высокомерий», а потому и свернул с него и отступил от веры. Так же вели себя Андраш Хуньяди и «многи другие»⁴³. В другом образце проповеди Лашкай приводит пример некоего монаха, который не был способен мирно жить в монастырской обочине, но «обдумав то, что написано в «Жизнеописаниях отцов церкви», взял свою бутылку и удалился, чтобы жить одному»⁴⁴.

Всё это – явления разрозненные (от поисков отшельнического аскетизма до открытого вероотступничества, между которыми стоит спиритуалистическая оппозиционность, о которой можно догадываться), но их можно назвать общим именем «поиски путей религиозности конца средневековья и кризис орденской дисциплины». Против вероотступников и «бесчинствующих и применяющих насилие» братьев в особенности принял решение капитул викариата, состоявшийся в 1500 г. в Буде⁴⁵. В увещеваниях (*exhortationes*) викария рубежа XV–XVI вв. постоянно повторяется мотив о предании позору нарушителей внутренней дисциплины, хотя, конечно, в бичующих их пассажах, начинающихся словами: «*Sed heu, proh dolor!*» – содержится много

⁴² «O quot sunt tales in ordine, qui indevotè obediunt, et cum murmure, non intuitu dei!» . . . «Ego, inquit, pater carissime, meam obedientiam vendidi Christo domino pro se et pro regno suo, sed vere pauci hec intelligunt. Sic contigisse fertur in nostra familia Hungariae . . .» Неожиданной концовкой этой истории явилось возвращение в общину монаха, который был оппозиционно настроен и за это приговорен к молчанию. – *Quadragesimale (Biga salutis). Sermo 19 (Hagenau, 1498).*

⁴³ «. . . Sed et qui inveniunt, multi de ea corrunt, sicut bene invenerat frater Benedictus de Chanadino; et quia in arte via superbe incedebat, ideo corrui de ea apostando. Similiter frater Andreas (de) Hwnyad et alii nonnulli.» *Ibidem.*

⁴⁴ *Sermones dominicales, Sermo 85.*

⁴⁵ *Ваттнүány, t. 3, p. 647.*

стереотипных элементов, а также туманных ссылок на «грязь грехов» и «учинение безобразий», а также на «разжигание раздоров», содержание которых неопределённо⁶⁴. «Грехи», судя по тексту этих ссылок, имели различную направленность. Бегство к конвентуалистам, пренебрежение обетом бедности, «небрежение в поддержании достоинства внутри ордена, что вызывает скандал вне него» (1488) – все эти отступления от принципов обсервантов бичевались так же, как и предполагаемые стремления к более суровым взглядам, которые были подобны вышеизложенным, а также – к уклону в мистику. Не следует забывать, что принципу францисканского повиновения всегда угрожала опасность с двух сторон. Однако, один конкретный проступок уже и в этих увещаниях их авторы выделяли. Особенно чётко о нём сказано в циркуляре Эдьеда Цегледи (1505), где викарий с негодованием осуждал «дерзость», выразившись в том, что некоторые монахи «в присутствии мирян издевательски насмеваются над прелатами и другими мужами церкви, а также над их поступками, сея тем самым скандалы, ссоры и ненависть». Причину этих и других нарушений викарий усматривал в том, что многие монахи «плохо оценивают или даже ни во что не ставят» решения капитула викариата⁴⁷.

В жизни венгерской провинции францисканцев после этого в начале десятых годов шестнадцатого века прошло несколько событий, по происхождению независимых друг от друга, но благодаря своему общему воздействию углубивших внутренний кризис. Во время чумы 1510 г. распространились слухи о «чудесных видениях» двух монахов из Славонии «о будущих временах и о делах, относящихся к ним» (*de temporis futuris ac contingentibus in eis*). Контекст известия не оставляет сомнения в том, что речь в нём идёт о распространившихся (*propalabatur*) во всей провинции апокалиптических видениях и пророчествах, которые могли быть наполнены социальным содержанием,

⁴⁶ Например, в увещании Берталана Шароши (о его датировке 1488 годом см. в описании кодекса) пассаж, начинающийся словами: «*Sed hew, proh dolor ! iam plerique ex nobis nihil in suo sanctissimo proposito proficientes . . .*» (*Formularium*, f. 18). Так же неясен другой пассаж, который читается в циркуляре начала шестнадцатого века (Ошвата Лашкаи?): «*Sed est, o patres et fratres . . . quoq me multum monet, quia plures de nobis sibi manna deesse causantur . . .*» etc. «*Sed proh dolor ! patres mei venerandi, multi non intrant terram promissionis*» etc. (*Ibid.*, f. 27–27v). У Эдьеда Цегледи [1505] – пассаж, начинающийся словами: «*Doleo denique . . .*» (*Ibid.*, 30v).

⁴⁷ «*Perhorreo insuper quorundam ex nostris audaciam, qua . . . coram laicis contra ecclesie prelatos ac ceteros viros ecclesiasticos, necnon ipsorum acta suggillando consurgant, nonnisi scandala, iurgia ac odia seminando . . .*» (*Formularium*, f. 31). – В решении общего капитула ордена, состоявшегося в Ферраре (8 июня 1509 г.) имеется такое признание: «*Item predicatorum caveant a detractionibus et oblocutionibus contra prelatos ecclesiasticos et principes seculares, et similiter fratres ceteri, tam publice, quam private.*» Значительная часть принятых здесь постановлений разъясняется следующим образом: «*invalescente plurimorum fratrum in diversis provinciis ambitione insolentia et protervia . . .*» (*Cronica seu origo*, p. 268).

ибо хронист ордена добавил от себя после изложения этих известий: «Бедные братья нашей провинции стали ненавистны многим прелатам»⁴⁸. Затем, во второе викариатство Габора Печваради (1511–1513), неожиданно получили распространение общины самобичевателей (флагеллантов), что, как мы знаем также из хроники ордена, «во многих местах, а главным образом, в Надьбанье вызвало немалые возражения» (здесь горожане и церковники напали на флагеллантов). Из-за этого различного рода обвинения были выдвинуты против монахов-обсервантов, которые были «подвергнуты немалым притеснениям». Эти общины аскетов (*confraternitates seu societates verberatorum seu flagellatorum*), по всем признакам, действовали в качестве своеобразного ответвления собраний братьев-францисканцев третьей степени. Первоначально они находились под надзором обсервантов. Однако, представляется, что мистические аскеты в это время уже ускользнули из-под контроля обсервантов⁴⁹.

Параллельно со всем этим источники позволяют увидеть определённые очертания оппозиционной группировки внутри самого монашества в 1512–1513 гг. В циркуляре упоминавшегося уже Габора Печваради (1512) гневными словами бичуются «волнения мнимых монахов» – молодых людей, недавно получивших посвящение, которые «ногами топчут» орденскую дисциплину, не склонны подчиняться начальству и даже «изо дня в день не стесняются с поднятой головой сопротивляться требованиям устава и приказам, дерзко следуя своим собственным влечениям». Сначала викарий обращается к ним («О вы, упрямые сыны непокорности...!»), неужели они думают, что смогут избежать тяжёлого наказания? И затем ниже, говоря о «скандалах» во всей провинции, он снова возвращается к этому вопросу: «Но о горе! очень многие братья, искалечив свою жизнь, скандально заблуждаются, обрекая себя на тяжкое осуждение; они думают, что такое и даже более низменное может им быть разрешено, что, как это известно, совершается этими преступными братьями. И опасность становится ещё больше, потому что многие, свернув с пути добродетели и совершенства, будучи испорчены примерами самоуверенных учиняющих скандалы братьев, или вообще сбрасывают одеяние нашего святого ордена,

⁴⁸ *Cronica seu origo*, p. 271.

⁴⁹ *Cronica seu origo*, p. 283. Ср.: J. KARÁCSONYI. Op. cit., 1. k., 369. l. – В Архиве Францисканцев имеется копия буллы папы Льва X от 23 мая 1513 г., которой подтверждаются привилегии, данные папой Евгением IV относительно домов третьей степени, а также относительно учреждения такого рода общностей и надзора над ними. 20 июля гвардиан францисканского монастыря в Буде распорядился об изготовлении копии этого подтверждения (Средневековые документы, №№ 95, 96). Невозможно определить, идет ли здесь речь о самозащите викариата обсервантов, или же хронист ошибается, и увеличение численности флагеллантов произошло после лета 1513 г., то есть после издания буллы.

или изо дня в день сходят с пути спасения . . .»⁵⁰ Но горе тому, кто учиняет скандалы! Лучше с жерновом на шее пойти на дно моря, чем быть обречённым на мученья ада за то, что возбуждал в других вечную ненависть. Таких мнимых монахов, которых не останавливает страх перед богом, и они «не стыдятся чернить наш святой орден своим ужасным примером», отец наш, святой Франциск ещё при его жизни осыпал проклятиями для устрашения всех братьев, – заканчивает соответствующий пассаж своего циркуляра викарий. (В действительности, конечно, проклятия, сохранённые традицией, исходили не от самого св. Франциска, а от его преемников, живших столетием позже – в десятые годы четырнадцатого века, когда они разгромили движение спиритуалиев).

В хронике ордена сохранились упоминания об этом движении, хотя при этом хронист выставляет в качестве его главного виновника далматинского монаха Бенедикта Бенковича, которого викарий провинции, расположенной южнее Альп, направил в королевство Венгрию в качестве своего главного уполномоченного. Этот уполномоченный прибыл уже во время, когда викарием был Балаж Дежи. Бенкович пренебрёг советами опытных монахов, он «жил советами неких главных образом молодых |братьев,| приближённых к нему и даже льстиво нещёптывавших ему». По их «подсказке» он хотел вести различные вредные новшества, действовал «весьма горячась и furiose», применял «различные угрозы» и отдавал «таким же образом непочтительные и безумные, вызывавшие немало ссор распоряжения». Благодаря всему этому он вызвал всеобщее замешательство в среде отцов, заслуживших уважение в управлении венгерской провинцией ордена. Хронист, который сам принадлежал к старой генерации управителей провинцией ордена, приводит мало конкретных данных о причинах, вызвавших суровую оценку со стороны этих управителей. Впрочем, это – общая черта и литературы, и документального материала францисканцев. Формула о непрерывной боязни «скандалов», которая очень часто встречается во внутренней документации ордена, всегда покрыта как-то библейским мраком. Редко внутренние ссоры называли точно

⁵⁰ «. . . Sed hew, patres charissimi ! dolenda et lamentanda est quorundam falsorum fratrum rebellio, qui post professionem nem tante virtutis ipsius sanctitatem (= obedientiae) conculcando dignitatemque parvipendendo nedum inferioribus vel equalibus etiam consentire, sed nec suis prelati et superioribus volunt consentire, et quod flebilis est regule, sacre preceptis et mandatis elata fronte dietim non verentur contraire suas pravas affectiones proprie voluntatis temeritate exequendo . . . O inobedientie filii contumaces . . .» etc. Ниже (на полях: «de scandalis»): «Sed pro dolor ! quam multi fratrum vita depravata scandalizati pereunt et dampnantur, putantes sibi ea, vel deteriora ecia licere, que fratres sceleratos vident exercere, et quam amplioris est periculi, multi perfectionis viam agressi et virtutum in stola constituti insolentium fratrum exemplis scandalosis depravati, aut omnino stolam sancte religionis egrediuntur, aut in via salutis in dies retrocendunt» (Formularium, f. 4, 7). – О датировке увещевания см.: J. Szűcs: *A ferences obszervancia . . .*, 229. 1., 34. jz.

их именем, и особенная редкость – это детализация сведений о «грехах» и лжеучениях. О их существовании современникам было известно тоже лишь в общих чертах. Руководители же ордена не хотели становиться их невольными пропагандистами, поэтому нигде они не излагали данные о них подробно. (Именно поэтому понятным становится та преднамеренная туманность выражений и сдержанность, которую можно почувствовать за грозными выражениями только что рассмотренного увещевания Габора Печваради 1512 г., в этом проявлялась боязнь, чтобы точное содержание «заблуждений» не было обнаружено, поскольку настоятели монастырей зачитывали циркуляр перед монастырскими общностями и разъясняли его по-простонародному – *in vulgari*). Хронист-современник оставил лишь одно-два замечания о том, что обвиняемый им уполномоченный вызвал трудности в вопросе о назначении проповедников, что он «собрал вокруг себя неопытных монахов» и по «их внушению и нащёптыванию» обрушился на многих братьев с каноническими осуждениями и с требованиями раскаяться, дал прощение в связи с перемещениями монахов. А затем хронист обрывает это перечисление конкретных действий и говорит: «Он обновил многое другое, что можно было бы долго перечислять». Хронист при этом не уделил внимания решениям общих капитулов, состоявшихся в Мантуе (1504) и в Ферраре (1509)⁵¹.

Однако, утверждения хрониста ложны. Как мы теперь уже точно знаем, этого уполномоченного назначил итальянский викарий 29 мая 1513 г.⁵², следовательно, он прибыл в королевство Венгрию уже после того, как оппозиционное движение (*falsorum fratrum rebellio*)⁵³ вызвало внутри ордена противодействие и дело частично дошло до репрессий со стороны его руководителей. Созванный в Вишеграде 15 мая 1513 г. капитул викариата также рассматривал вопрос об оппозиционном движении и определил строгие наказания для бунтовщиков, для членов ордена, бежавших из монастырей. Среди них нашлись и такие, которых собрание сочло неисправимыми. Решением капитула эти беспокойные элементы были исключены из монастырей⁵⁴. Таким образом,

⁵¹ *Cronica seu origo*, p. 283–284. – Я. Карачоньи (J. KARÁCSONYI. *Op. cit.*, 1. k., 370 l.) только коснулся этого вопроса, кратко сославшись на информацию хрониста (При этом он дал ошибочное написание имени уполномоченного – «Тимофей», хотя Тимофеем из Лукки являлся направивший этого уполномоченного викарий провинции, расположенной южнее Альп).

⁵² Документ о назначении уполномоченного: *Formularium*, f. 48–49.

⁵³ *Formularium*, f. 4; ниже это повторяется: «*vestre rebellionis scelus*» (*Ibid.*, f. 4v).

⁵⁴ О последствиях этого собрания говорится в рукописи монаха Имре Эстергоми, начатой в 1513 г. и хранившейся ранее в дьендьешском архиве (J. KARÁCSONYI. *Op. cit.* 2. k., 579. l.). Этот монах в 1516 г. был кустодом в Абауйсанто. К сожалению, данная рукопись, весьма важная с точки зрения нашей темы, вместе с хроникой ордена или утрачена, или находится в неизвестном нам хранилище: ни в Дьендьеше, ни в Архиве Францисканцев в Будапеште ее нет. Поэтому относительно

по всем признакам, в уполномоченном, прибывшем в королевство Венгрию, нашла себе покровителя уже существовавшая здесь оппозиция. И в этом отношении у нас нет оснований сомневаться в достоверности информации хрониста. Впрочем, Бенкович в мае 1514 г. возвратился в Италию, после того как отцы, снова собравшиеся в Вишеграде 1 мая (когда в полном разгаре была подготовка крестового похода), с возмущением обсудили его действия и перенесенные от него «незаслуженные обиды»⁵⁵. Викарий Дежи послал в Ассиз 3 мая с этого собрания уже не первую жалобу, сделав в ней особый упор на перенесённые от уполномоченного «удары его приговоров, подобные грому и молнии, которые вызвали немалое раздражение отцов»⁵⁶.

Эти внутренние волнения и кризисы, и главным образом волнения мятежных, «заражённых пороками» (*scelerati*) монахов, движение оппозиции, приговоры по делам о нарушении дисциплины, исключения из монастырей в преддверии крестьянской войны заслуживали бы внимания уже сами по себе, если бы были известны как изолированные факты. Однако, они позволяют судить о внутреннем содержании движения: одно из более строгих направлений обсервантов пришло в противоборство с практикой управления орденом, обретая при этом поддержку лично со стороны прибывшего из Италии уполномоченного. Но о внутреннем идеологическом содержании движения можно судить и по некоторым другим, позволяющим многое почувствовать данным. Примерно в это же время был составлен другой циркуляр викария руководителям кустодий, где, в частности, более конкретно, нежели в первом, раскрыты детали одного очень важного явления. «Как помнят отцы: – обращается викарий к кустодам, – в собрании некоторые жаловались на то, что определённые члены ордена проявляют дерзость, стремясь постичь более того, что является правильным, распространяют среди братьев в общности книги, разъясня их содержание, надевают очки, делают заявления о различных вещах, которые им приходят в голову, заблуждаются в делах, не подлежащих их обсуждению, не принимают во внимание того, что написано в книгах,

рассматриваемого нами события мы располагаем только той скудной информацией, которую дает автор, последним использовавший эту рукопись (J. KARÁCSONYI. *Op. cit.*, 1. k., 370. 1.).

⁵⁵ *Cronica seu origo*, p. 284. В жалобе викария от 3 мая (см. следующую сноску): «*Patres reverendi . . . poterunt . . . ex horum patrum ad sacrum capitulum missorum relationibus intelligere, quam indignissimam vexationem istic a v[enerando] patre commissario passi sint . . .*» (*Formularium*, f. 89v).

⁵⁶ Это письмо – из той части документов, которые были написаны на вишеградском собрании 3 мая (*Formularium*, f. 87–91v). Судя по ним, уполномоченный обвинял, между прочим, венгерских обсервантов в желании выделиться из провинции, расположенной южнее Альп; викарий это отрицал: если случайно и сказано было об этом, «*id evenit non nisi ex gestis ipsius patris commissarii, maxime fulminationibus censurarum indiscretis, super quibus non parum commoti fuerunt nedum prelati, sed etiam alii fratres subditi*» (*Formularium*, f. 90–90v).

а это братьев скорее возбуждает к скандалам, нежели к позитивной деятельности, поскольку всё это – не разъяснение священного писания, а главным образом **обман и нарушение спокойствия**». Поэтому викарий запретил кому бы то ни было, будь то настоятель или рядовой член ордена, проявлять такого рода дерзость, и приказал, «как всегда это было в обычаях нашего ордена», разъяснять то, что нуждается в разъяснении, согласно букве того, что написано в книгах (*ad litteram*). Он призвал и молодых братьев принять участие в этом но делать при этом короткие разъяснения, «не прерывая их и не делая длинных заявлений, как обычно делают некоторые, чтобы эти разъяснения не приводили к волнениям и замешательству в душах»⁵⁷.

В нашем распоряжении имеется и другая информация о том, что данная проблема в это время была актуальна. 12 июня 1512 г. итальянский викарий в Неаполе назначил лектором одного итальянского монаха, Марка Брешианского (*Marcus Brixiensis*) для углубления знаний литературы, письменности в королевстве Венгрии (*studia litterarum*)⁵⁸. Хотя лектор был назначен на три года⁵⁹, его отправили обратно в Италию по прошествии менее, чем двух лет – с вишеградского собрания (май 1514 г.), где отцы выразили свой гнев в адрес далматинского уполномоченного. Вместе с ним было отправлено письмо, в котором Балаж Дежи сообщал собравшимся в Ассизе прелатам: «нет у нас

⁵⁷ «Exhortatoria ad custodem»: «... Ceterum, quia ut vestra meminit [paternitas], plures in consistorio plurimum mihi conquesti sunt de quorundam fratrum temeritate, qui plus quam decet sapere saogentes, in communitate coram fratribus exponendo extendunt libros, imponunt sibi occularia, declarant varia queque eis occurrentia, oberrant per devia, nihil curando de his, que in libris sunt scripta etc., de quibus fratres scandalizantur potius, quam edificantur, cum hoc sit nedum scripturarum explanacio, quin potius quedam simulacio et silicii fractio. Quare similiter inhibeo, ne hoc a quocunq[ue] presumatur subdito vel prelato, sed sicut semper consuetum in nostro ordine fuit, ea que exponenda sunt, legantur prius de libris, et sic tandem ad litteram exponantur, Fratres vero iuvenes exponere scripturas in communitate compellatis, obsecro, ut addiscant, exponendo autem, ubi emendandi sunt breviter emendentur, non interrumpendo eorum expositionem, et longam faciendo declarationem, sicut quidam facere asueti sunt quod non perturbationem et confusionem mentis ipsius vergit expositio» (*Formularium*, f. 44v–45). – В тексте нет таких конкретных имен и моментов, с помощью которых можно было бы определить время его составления. Однако содержащееся здесь полное запрещение «нововведений», кем бы они ни вводились» («... nec novitates alique a quocunq[ue] introduci permittantur»). Делает по меньшей мере весьма вероятным предположение о том, что этот текст был составлен в годы деятельности «сторонника нововведений» Бенковича (1513–1514) (*Formularium*, f. 44).

⁵⁸ *Cronica seu origo*, p. 283; q. KARÁCSONYI. Op. cit., 1. k., 369. l. Копия документа (с точной датой его составления) о назначении этого лектора имеется в нашем кодексе под заглавием: «*Obedientia ad studium v[icarii] g[eneralis]*» Из этого документа, кстати, явствует, что до Марка Брешианского в венгерской провинции подвизался в качестве лектора некий «*frater Marcus de Salo[na?]*» (*Formularium*, f. 54v). Следующий документ свидетельствует о назначении прибывшего вместе с Марком его коллеги: «*cum patre, fratre Maccio de t in provinciam Hungarie sub eius disciplina*» (*ibid.*, f. 55). Далее читается его полное имя: «*frater Marcus Brixiensis lector*» (*ibid.*, f. 90v).

⁵⁹ В документе о его назначении: «*ad provincie Hungarie... se transferas... per triennium permansurus*» (*ibid.*, f. 54v).

такой необходимости, чтобы заставляя наших братьев упражняться в изложении доводов и в остроумии (*in subtilibus et argumentationibus*) вместо того, чтобы обучать их священному писанию (*in devotis scripturis*) и более простым знаниям (*in planis scienciis*), а главным образом – тому, что необходимо знать для принятия исповедей (*in casibus conscientie*), в чём мы более испытываем нужду». Для этого на данном же собрании было назначено несколько лекторов, надзор за которыми был поручен викарию; «не хотим, таким образом, чтобы ваши милости посылали к нам отца Марка или другого в качестве лектора; если в будущем появится нужда в этом, мы сами обратимся за лектором»⁶⁰. Следы выдвинутых против лектора Марка обвинений сохранились и в хронике ордена, но, конечно, в обычной для неё туманной форме: он произвёл много «необычных» нововведений, «вследствие чего усилилось давление (*tribulatio*) со стороны наших отцов и братьев»⁶¹.

Едва ли можно сомневаться в том, что все эти явления имели какие-то истоки и в них весьма определённо проявлялась одна и та же тенденция. Конечно, идеология крестьянской войны имела несколько источников, и в ней можно выделить несколько слоёв⁶². Однако, несомненно, что одним из основных преобладающих слоёв являлась мистика хилиастического «избранничества» в её радикальном понимании. Её отпечаток можно увидеть и в самом цегледском «манифесте» Дожи (это – его приказ о присоединении к его войску); здесь центральный мотив – это идея о «достойном хвалы народе крестоносцев» (*benedicta gens cruciferorum*). До сих пор предметом спора являлся вопрос о непосредственном источнике этого мотива. Как мы уже упоминали, Т. Кардош указал наиболее вероятный конкретный письменный источник⁶³. Во всяком случае мистика «Комментариев к Апокалипсису» Петра Оливи непосредственно и даже, можно сказать, самым непосредственным образом соответствует представлению крестоносного крестьянского войска о его собственном призвании. Ведь Петр представлял народ «избранных» (*electi*) в форме «новых воинов Христа», войска, отмеченного «Божьим знамением» (*signo et caractere Dei*) – крестом. Его призвание состоит в победе после многих страданий,

⁶⁰ *Formularium*, f. 90v–91. – В следующем, 1515 г., капитул подробно описал порядок преподавания в школах Эстергома и Буды, где по три лектора преподавали семь свободных искусств (*septes artes*), основы теологии (*sententiae*) и дисциплины, связанные с принятием исповедей (*casus conscientiae*). (Βαττηγάλη, t. 3, p. 669).

⁶¹ *Cronica seu origo*, p. 283.

⁶² См. обоснования этого положения в работах Д. Секея (Gy. Székely. A Dózsa parasztháború ideológiájához. – «Századok», 95. évf. Bp., 1961, 473–504. l.) и Т. Кардоша (см. сн. 11). В последнее время я попытался схематично выделить отдельные периоды, структурные элементы и слои идеологии крестьянской войны: J. Szűcs. Dózsa parasztháborújának ideológiája,...

⁶³ Ср. сн. 11.

терпеливо перенесённых испытаний, в уничтожении «секты Антихриста». С другой стороны общеизвестно, что различные течения спиритуалов среди францисканцев почерпнули основные положения учения Джоаккино да Фиоре (XII в.), этого самого старого общего источника всех монашеских ересей, в первую очередь при посредстве трудов францисканца Петра Иоанна Оливи (12488–1298), которые явились также главным идейным источником движения фратичелли пятнадцатого века. Конечно, нельзя удостовериться на основании свидетельств источников, что именно «Комментарии к Апокалипсису» Петра Оливи имели общее распространение перед 1514 годом. Точно так же и утверждение о посреднической роли павликианцев в их распространении – всего лишь одна из возможных, но не строго доказанных гипотез. Но не в этом суть дела. Важнее всего то, что только что рассмотренные нами явления, если их обобщить, позволяют с большой вероятностью воссоздать основные характерные черты спиритуалистического по своей сущности оппозиционного течения в среде францисканцев-обсервантов королевства Венгрии, в особенности – их молодого поколения (*iuvenes fratres*), в первой половине десятых годов шестнадцатого века. Эти явления говорят об идеологическом аспекте того внутреннего кризиса, который в 1514 г. закономерно охватил не только духовную, но и социальную сферу. Распространение апокалиптических видений в 1510 г., оживление движения флагеллантов, «бунты» 1512–1513 гг. внутри ордена обсервантов, исключение беспокойных элементов из монастырей – все эти явления явно связаны друг с другом. И все они непосредственно связаны с теми «книгами», которые, содержали ли они труды Петра Оливи, или не содержали, несомненно, не тождественны Вульгате. Эти книги были пригодны для мистических разъяснений и «заявлений» (главным образом потому, что участники движения «хотели понимать более того, что является правильным!»), а следовательно – и для «нарушения спокойствия и создания замешательства». Отсюда и проистекали упорные и раздражительные протесты со стороны руководителей ордена против какого-либо идейного влияния высших сфер. Рассмотренные свидетельства выявляют почти весь круг беспокойных, ищущих новых путей людей: «мнимых монахов» циркуляра 1512 г., исключённых из ордена в 1513 г., которые в распоряжениях Бакоца 1514 г. названы «мнимыми проповедниками крестового похода», «вероотступниками и отлучёнными от церкви» и из среды которых несколько позже вышли монахи, ставшие военными предводителями крестоносцев во время крестьянской войны, в частности – и сам священник Лёринц. Они и принесли с собой истолкованную в духе радикального мистицизма идею о том, что осенённые божественной благодатью уже на земле

составляют «общество избранных» (*electorum societas*)⁶⁴. А этот элемент монашеской мистики нуждался всего лишь в одном толчке, чтобы распространить его на «благословенный народ» крестоносцев, на их войско. Логическим следствием того, что архиепископ Бакоц поручил организацию крестоносного войска францисканцам-обсервантам, среда которых в течение ряда лет была отягощена напряжённостями и «скандалами», явилась готовность с самого начала этой «интеллигенции» крестьянской войны к действиям в местах сбора крестоносцев⁶⁵.

Всё это объясняет такой до сих пор являвшийся загадочным факт, как неожиданная быстрота формирования идеологии крестьянской войны 1514 г., имевшей вполне определённый характер, – в течение двух-трёх недель (с середины мая до начала июня)⁶⁶. Этот факт был следствием всего того, о чем мы говорили выше, стараясь понять роль францисканцев-обсервантов в 1514 г. Упомянутый источниками «бунт» (*rebellio*) 1512 г. в идеологическом отношении явился предшественником социального мятежа (*seditio*), о котором первый раз говорится в распоряжении архиепископа от 15 мая 1514 г.

Однако, рассмотренные нами явления дают объяснение не только событиям 1514 г., но и фактам более позднего времени, связанным с этими событиями. Известные нам поимённо и безымянные францисканцы, ставшие военными предводителями восставших крестоносцев, умерли смертью мучеников (капеллан Дьёрдь Сереме говорит о казни Лёринца: «и так он обрёл мученичество» – «*et sic martirium optinuit*»)⁶⁷, группа безымянных «мнимых проповедников крестового похода», конечно, перенесла тюремное заключение, введенное после августа 1514 г. и «кодифицированное» в мае 1515 г. Однако, уже невозможно было подавить само оппозиционное течение. В циркуляре викария Балажа

⁶⁴ Впрочем; эта мысль выражалась уже сторонниками «умеренного спиритуализма» обсервантов. Ее можно уловить даже во вдохновенном циркуляре викария Балажа Дежи 1514 г., озаглавленном «*Alia exhortacio anni 1514*»: «*Sit dominus noster Ihesus, ex hinc benedictus, qui nos dignatus est vocare ad suum servicium. Agnosco siquidem hanc vocationem domini dei esse, quum non ex meritis nostris, sed secundum misericordiam suam de seculi vanitatibus nos eripuit et in electorum societatem produxit . . .*» (*Formularium*, f. 184v). – Конечно, этот циркуляр был составлен до крестового похода – вероятно, в конце зимы или ранней весной.

⁶⁵ «Скандалам» способствовала попытка славонской кустодии отделиться. В нашем кодексе содержится жалоба викария, адресованная ассизским отцам (*Formularium*, f. 91–91v). В тексте этого документа говорится о «кустодии т» (*custodia t*), но в заголовке этого документа читается: «*Ex parte Sla*» и далее следует двойной знак сокращения, что, несомненно, означает «*Slavonie*» поскольку в нашем распоряжении имеется документ папы Льва X от 7 июля 1514 г., выхлопотанный венгерскими представителями. Здесь говорится о «скандальном» стремлении «кустодии королевства Славонии» (*custodia regni Sclavonie*) к отделению и содержится приказ препятствовать этому с применением угрозы отлучения от церкви (Архив Францисканцев; Средневековые документы, № 98).

⁶⁶ J. Szűcs: *Dózsa parasztháborújának ideológiája*, 18. l.

⁶⁷ Сереме (издание и стр. указаны в сн. 31).

Дежи, составленном 6 февраля 1516 г. в Санто, имеется одна весьма заслуживающая внимания деталь. После обычного восклицания «*Sed heu modo!*» следует повторение ставшего с конца XV в. типичным в увещеваниях нагоняя: проповедники не должны хулить перед народом жизнь прелатов и других духовных лиц, соблюдая правильный «баланс» в изложении грехов и достоинств, «говоря о грехах в общих чертах и не детализируя их». А далее излагается указание, никогда ранее не встречавшееся (и вообще, насколько нам известно, здесь оно облечено в форму записи впервые в королевстве Венгрии) о том, что проповедники «не должны никогда говорить в проповедях чего-либо **против богатств святейшего апостолического престола и церкви**»⁶⁸. Не следует забывать о том, что дело происходит за год до выступления Лютера! Небезынтересно, что сразу же после этого запрещения викарий обращается к исповедникам, подчёркивая, что среди них встречаются и такие, «кто легко и без какого-либо поручительства отпускают грехи людям различных сословий и достоинств» и в частности без разбора применяют собственную власть в более сложных случаях, давая отпущение грехов «тем, кого церковь связала цепями отлучения»⁶⁹. Значимость же этому признанию придаёт то обстоятельство, что после разгрома крестьянской войны прошло всего около полутора лет. В следующем по времени циркуляре викария Альберта Дересленьи (вероятно, 1518 г.) вновь фигурируют «молодые», как и в 1512–1513 гг.: кустоды и гвардианы должны проявить особую заботу о новичьях, ибо если её не будет, то после посвящения они «станут непочтительными, бунтующими (*rebelles*) и непокорными, нарушающими приказы, презирующими монашеский устав и спасение души»⁷⁰. Двумя годами позже, в 1520 г. сам глава ордена францисканцев проишёл визитацию в его венгерской провинции и убедился в том, что имеются здесь многие монахи, которые «руководствуясь духом совершеннейшего обсервантизма и суровой жизни, оставляют большие конвенты и обширные дома, полученные от конвентуалистов, и ищут для проживания более скромные и грубые обиталища» и «замышляют некое новое переустройство» (*in novam quandam reformationem con-*

⁶⁸ «... *Eam ob rem volo, nt prelatorum et aliarum ecclesiasticarum personarum coram populo carpatis vitam, quin potius... vos exhortor, ut vicia et virtutes, pena et gloria sit concio vestra, vicia tamen semper in communi, et non particulariter sunt proferenda, nec quitquam contra sedem Apostolicam et ubertatem ecclesiasticam unquam predicetis*» (Архив Францисканцев; Средневековые документы, № 99).

⁶⁹ «... *sicut sunt illi [= confessores], qui facile et sine ulla cautione cuiuscunque eciam suam actoritatem excedentibus irretitos indistincte absolvent, illos quoque, quos ecclesia vinculo excommunicationis ligavit. Sed ve hiscemodi confessoribus prodigis...*» etc. (*Ibidem*).

⁷⁰ *Formularium*, f. 209. – Кроме того; около полутора страниц текста этого циркуляра, помещенного в нашем кодексе, посвящены запрещению возбуждать ненависть к прелатам (лл. 208–208v).

spirabant). Остальные монахи называют таких братьев «строптивными, бунтарями, нарушителями спокойствия и обновителями» (*servicosi, factiosi, perturbatores et novatores*) и выражают озабоченность, как бы орден не раскололся на новые ветви⁷¹.

Как мы знаем, в это десятилетие произошёл раскол уже не ордена, а церкви. С двадцатых–тридцатых годов шестнадцатого века начался постепенный и неудержимый упадок самой провинции францисканцев-обсервантов. В решениях её капитулов всё больше стало говориться о вероотступниках (1531, 1533, 1535) и появились установления относительно «лютеровских заблуждений». Изобличённые в них подвергались месячному тюремному заключению. Если они отвергали это лжеучение, то получали свободу. Если упорствовали, то получали наказание по усмотрению руководителей монастырей или провинции. В 1535 г. некоего священника-вероотступника (*secerdos apostata*) Якоба Тороцкой, не приняли снова в орден, поскольку не было надежды на «его исцеление»⁷². Но теперь уже всё чаще францисканцы-«вероотступники» выступают не безымянно. Все великие представители первого поколения сторонников Реформации тридцатых-сороковых годов шестнадцатого века: Андраш Хорват Скарочи, Михай Стараи, Иштван Копачи, Михай Шиклоши – первоначально были монахами – францисканцами-обсервантами! Вероятно, францисканцем был и Имре Озораи. И может быть, небезынтересно рассмотреть, откуда они пришли в Реформацию, и где развернулась их деятельность позже. Стараи и Копачи (а может быть, и Шиклоши) вышли из францисканского монастыря в Патаке, и, видимо, двое первых являлись последними гвардианами этого монастыря до того, как Переньи передал монастырь протестантам. Иштван Секей был проповедником в Сиксо (комитат Абауй), а затем в окрестностях этого местечка (в Гёнце, Лиске). Хорват Скарочи вышел из монастыря в Вараде, здесь он написал своё первое стихотворение (1544), а затем он проповедал в Талье (комитат Земплен). Деятельность Имре Озораи проходила главным образом в комитате Бекеш. Оттуда же вышел самый великий поэт Реформации, в произведениях которого острее всего звучит критика социального строя – Андраш Хорват Скарочи. Вспомним, что там же ранее, вероятно, был монахом священник Лёринц. Нельзя не обратить внимания на то, что мы перечислили, рассматривая происхождение выдающихся представителей первого поколения сторонников Реформации, те местности, где в середине мая

⁷¹ WADDING, t. 16, p. 121.

⁷² «Egyháztörténelmi emlékek a magyarországi hitújítás korából». Szerk V. BUNYITAY, R. RAPAICS, J. KARÁCSONYI, 2 k. Bp., 1904, 469, 474, 482, 508. I. См. также: F. KOLLÁNYI. Op. cit., 928–929. I.

1514 г. началась крестьянская война. Существовала ли; а если существовала, то в чём она заключалась, взаимозависимость между «бунтами» молодого поколения францисканцев (*iuvenes fratres*) десятых годов шестнадцатого века и первым поколением великих сторонников венгерской Реформации? Ответ на этот вопрос должны дать будущие исследования.

Возникает также вопрос о том, представляли ли исключительно «запрещённую» литературу монашеского мистицизма те книги, о которых говорится в рассмотренном нами циркуляре викария и из которых оппозиция десятых годов шестнадцатого века черпала свои доводы. В настоящий момент мы не можем из-за отсутствия источниковедческой базы сказать что-либо новое относительно данной проблемы. Не являлись ли ими имевшие широкое хождение «легальные» книги, переосмысление положений которых могло привести к использованию социальных масштабов? Ведь в конечном счёте важнее всего то, что – как мы видели – «дерзость» (другими словами, делавшийся всё более открытым на закате средневековья склад ума) проявлялась в том, что некоторые стали понимать тексты не буквально (*ad litteram*), а подходили к ним с претензией на «*expositio*» и со смелой решимостью на «*declaratio*».

Исследователям известно, что собрания образцов проповедей двух выдающихся францисканских ученых рубежа XV–XVI вв. Пельбарта Темешвари и Ошвата Лашкаи – эти весьма «легальные» книги, точнее – справочники – были пронизаны элементами социальной критики⁷³. Однако, до сих пор исследователи ограничивались лишь общими обзорами, связанными с какой-либо темой. При этом или выделялись наиболее впечатляющие места, или подчеркивалась ограниченность положений францисканцев, но не был поставлен вопрос о том, не скрыты ли за отдельными разрозненными размышлениями и актуальными, «бичующими» выпадами элементы некоей системы, какой-то теоретический остов, которые, может быть, являются специфическими особенностями образа мыслей францисканцев-обсервантов этого времени, в котором, возможно, и проявляется тот характерный, склонный к колебаниям дуализм в изложении социальных проблем, который мы уже могли наблюдать в более широком проявлении – во всём движении обсервантов. Другими словами, не было ли имманентно присуще мировоззрению францисканцев особое тяготение, которое могло перерасти в идео-

⁷³ R. HORVÁTH: *Laskai Ozsvát*. (Ошват Лашкаи Вр., 1932, 57–70. I. – L. PÁSZTOR: *Temesvári Pelbárt és Laskai Ozsvát az egyházi és világi pályáról*. – «Regnum», Вр. 1937, 141–154. I. (О церковной и светской деятельности Пелбарта Темешвари и Ошвата Лашкаи). – Работы, вышедшие позднее, почти исключительно основаны на опубликованном здесь материале.

логию крестьянской войны 1514 г. лишь в результате одного толчка, при определенном его изложении (*expositio*). Ибо мы знаем на основании свидетельств источников, что такое предрасположение, «дерзость» и «беспокойство» скрывались в недрах ордена.

Конечно, рассмотрение данного аспекта мировоззрения францисканцев в рамках данной статьи требует определенного ограничения. Когда далее мы для ответа на поставленный нами вопрос подвергаем рассмотрению систему идей только Ошвата Лашкаи, то мы делаем это не только по «техническим» причинам, но и в силу того, что Лашкаи был более чувствителен к социальным вопросам, в то время как Темешвари был, несомненно более глубоко мыслящим теологом. Три тома своих трудов (под общим названием «*Viga salutis*») Ошват Лашкаи (1440–50?–1511) написал в годы и даже, вероятно, в десятилетия, предшествовавшие 1497 году. Четвертый том его трудов – «*Gemma fidei*» – появился в 1507 г.⁷⁴ Известны лишь два обстоятельства возникновения его сочинений. Одно из них: бросается в глаза, что, если его ранние сочинения, можно сказать, местами переполнены социальными проблемами, – особенно это относится к сочинению «*Sermones de sanctis*», – то в позднейшем труде «*Gemma fidei*» нет и следов этих проблем. В течение некоторого времени (1497–99, 1499–1501, третий раз в 1507–09 г.г.) Лашкаи являлся главой провинции ордена, её викарием. По меньшей мере весьма вероятно взаимосвязь этих двух фактов. Перед 1497 г. он был гвардианом, находясь, как мы знали до сих пор, во главе эстергомского (1495, 1496) и пештского (1497) монастырей. Благодаря нашему кодексу мы смогли узнать о его жизни и ранее этих дат: в 1493 г. он являлся гвардианом монастыря в Саларде (кустодия в Енё)⁷⁵. Таким образом, его ранние сочинения с характерной для них социальной наполненностью возникли на основе жизненных переживаний в области Бихар, удаленной от центра провинции.

⁷⁴ Средний том (*Sermones de sanctis*) вышел уже в 1497 г. в Хагенау (севернее Страсбурга), первые известные нам издания двух других томов, озаглавленных соответственно «*Sermones dominicales*» (здесь помещен и пролог ко всему циклу) и «*Quadragesimale*», датированы только 1498 годом. До 1516 г. эти тома выдержали четыре-шесть изданий. См. более подробно об этом: К. ТИМАР: *Laskai Ozsvát és a bibliográfia*. (Ошват Лашкаи и библиография его трудов). – «Magyar Könyvszemle», 18. évf. Bp., 1910, 122–153. I. Я использовал экземпляры Библиотеки им. Сеченьи следующих годов издания: *Serm. dom.* – 1498, *Serm. sanct.* – 1497, *Quadr.* – 1501.

⁷⁵ «*Obediencia ad capitulum provinciale per visitatorem concessa pro discreto*»: «*Frater Osualdus de Lasko eiusdem ordinis professor, indignus guardianus loci de Zalard, necnon visitator c[ustodie]*» приказывает гвардиану конвента в Буде явиться в качестве избранного большинством представителя (*discretus*) «*ex speciali reverendi partis nostri vicarii, fratris videlicet Stephani de Soproncza commissione... ad capitulum vicariale in conventu nostro de Wylak XXXI die may celebrandam debeam deputare (Formularium, f. 60v–61)*». – Капитул викариата в Уйлаке, вторично избравший Иштвана Шопронца викарием, состоялся 26 мая (на троицу) 1493 г. – *Cronica seu origo*, p. 251 – Наиболее подробная биография Ошвата Лашкаи: R. HORVÁTH. *Op. cit.*, 7–23. I.

Ошват Лашкаи не был сторонником спиритуалистического мистицизма. Он не имел беспокойных, «дерзких» мыслей. В конечном счёте, это – не сторонник «бунта». Как мы уже имели возможность видеть, он осуждал заблуждавшихся членов ордена. Конечно, основы его понятий об обществе определялись верой в гармонию божественного по происхождению Мира: всё пронизано божественным провидением (*providentia*), бог непосредственно или с помощью каких-то средств заботится о том, чтобы «ничто не оставалось неупорядоченным» (*nihil inordinatum reliquatur*). При желании можно было бы выбрать из его проповедей пассажи, призывающие бедняков терпеливо и смиренно воспринимать существующий строй (*ordo*): «истинное смирение» – это терпеливое перенесение несправедливости (*iniuria*)⁷⁶; «о, бедные, не вините бога в том, что он не разделил между всеми поровну блага мира!» Бедность – это, собственно говоря, дар (*donum*), ибо в силу многих причин она имеет большую ценность, нежели богатство, хотя, несомненно, это – «печальный дар» (*triste donum*)⁷⁷; один из случаев непокорности подданных – это «волнение, достойное порицания» (*vituperabilis turbatio*)⁷⁸ и так далее. В мировоззрении Лашкаи обращает на себя внимание также концепция «органичности» общества («члены» подчинены «голове» как в теле человека)⁷⁹. Сюда же относится его «функционализм» (каждое сословие занимает место, предопределённое свыше, в божьем Мире)⁸⁰. Слугу к господину и господина к слуге привязывает взаимная верность (*fidelitas*)⁸¹. Однако, если рассмотреть хотя бы только те проповеди, откуда взяты приведённые выше высказывания, в контексте всего строя мыслей Лашкаи, то сразу же бросится в глаза одна интересная особенность. Следует заметить, что и Лашкаи постоянно применяет тот элемент стиля проповедей францисканцев, о котором уже говорилось выше: часто его проповедь прерывается отступлениями, нарушающим ее обычный строй, выходящими за рамки разделенной на пункты, оперирующей общими понятиями аргументации. Такие отступления следуют большей частью после восклицаний: *sed (heu) modo, sed hodie, modo vero, nunc*. В таких пассажах выражены, как правило, эмоции, намерения морализировать и бичевать, желание высказаться. Вот, например, как окрашивает первую из упомянутых нами проповедей, призывающую к терпению, такого рода отступление, начинающееся словами «*sed modo*»: здесь,

⁷⁶ *Serm. dom.*, p. 85.

⁷⁷ *Serm. dom.*, p. 97.

⁷⁸ *Serm. sanct.*, p. 41

⁷⁹ *Serm. sanct.*, p. 41, 50.

⁸⁰ *Serm. sanct.*, p. 112.

⁸¹ *Serm. sanct.*, p. 79.

говоря о «сегодняшнем» состоянии, о положении деревень и местечек, автор делает выпад против самоуправства, произвола помещичьих управляющих: Это зверская власть!»⁸² А там, где он разъясняет справедливость неравного разделения мирских благ, он немедленно делает отступление, в котором выражает свои эмоции в адрес тех, кто не по праву владеет сокровищами и имениями: *Sed heu, moderni divites...* Далее следует целый небольшого объема трактат: в чем причина того, что у богатых родится меньше детей, нежели у бедняков. Это – божественное установление и именно «бедняков ради». «Сыновья богатых продолжают придерживаться обычаев их родителей в угнетении бедняков, взыскивая с них денежные повинности и терзая их работами... ибо волк родит волка, дети – не лучше их отцов». Так что «грабители плодят грабителей». А так как бог не может быть покровителем зла, являясь его разрушителем, то именно поэтому он не даёт «беспощадным богатым» возможности рожать детей⁸³. Или возьмем тему «функционализма». Ее изложение заостряется автором утверждением о том, что порядок (*ordo*) в действительности не нашёл осуществления: о, сколько еще есть таких, которые не трудятся, как крестьяне, не проповедуют, как священники, не сражаются, как воины и даже живут не как люди, «не придерживаясь никакого порядка», а значит потом будут страдать в потустороннем мире вместе с демонами⁸⁴. Видимо, характернее всего проповедь семьдесят девятая сочинения «*Sermones de sanctis*». Центральной темой является «верность» (*fidelitas*), а основная мысль заключается в том, в различных, как бы мы сейчас сказали, «социальных соотношениях» (автор рассматривает четыре их типа), должны существовать взаимная верность и справедливость, чтобы их (социальных соотношений) элементы были бы взаимно связаны друг с другом. Верность привязывает слугу к господину, но она же привязывает и господина к слуге. Но бросается в глаза, что если о первой связи автор говорит сухо и бесцветно, можно сказать, подоктринерски, всего-навсего в двух столбцах, то второй связи он посвящает четыре столбца, делая пространное отступление, которое, как обычно, начинается словами «*sed modo*» (*Contra hoc faciunt quidam domini... O quot sunt modo tales...*). И здесь, как мы сейчас увидим, содержится принципиальное изложение концепции о первоначальном равенстве людей. Это в то же время – одно из наиболее подробных изложений указанной концепции.

⁸² «O deus meus, quot sunt modo tales ! Nam una villa vel opido est officialis et estimat, quod super omnes, quos superare posset, habeat potestatem. Bestalis potestas est hec !» (*Serm. dom.*, p. 85).

⁸³ *Serm. dom.*, p. 97 (во второй части проповеди).

⁸⁴ *Serm. sanct.*, p. 112. Это место выделяет Л. Пастор: L. Pásztor. *Op. cit.*, 148. I.

Конечно, всё это пока что – лишь примеры. Но нашей целью является не нанизывание примеров, а поиск основных элементов мировоззрения: каковы основные источники этого своеобразного изложения концепции о первоначальном равенстве, противоречивость которого сразу же бросается в глаза? Для ответа на этот вопрос мы должны, образно говоря, копнуть поглубже и выяснить, как Ошват Лашкай решает вопросы генезиса «общества» и «власти».

Начиная с ранних произведений патристики положение о не первоначальном равенстве людей, о ликвидации равенства из-за грехопадения являлось общим местом христианской философии. Здесь заслуживает внимания не сам этот взгляд, а его позитивное изложение. У Лашкай мы встречаем три рода доказательств этого положения. Центральной темой одной из его проповедей является сущность дворянства (*nobilitas*). Существуют три рода дворянства: временное – *temporalis* («но этот род земного дворянства у бога имеет малую цену»), природное – *naturalis* («в котором все мы равны») и моральное – *moralis* (его источником является высокая неравственность). «Бог создал не двух Адамов, одного – из земли, другого – из золота, а только одного: из земли» – так у автора выражено значение символа Адама. Что касается земного дворянства, то приговор ему произнёс уже св. Григорий (сама проповедь посвящена ему), однако, Лашкай добавляет в качестве разъяснения: «Это приговор тем, кто считает крестьян своим имуществом, приравнивая их к скоту»⁸⁵. Второй способ доказательства указанного взгляда приводится при рассмотрении темы о взаимно обязательной верности (*fidelitas*), о которой мы уже упоминали. Здесь мы читаем: «Объяснение того, что господа и слуги равны, трояко», а именно: по происхождению – *ratione principii* («так как у нас – один и тот же предок. При сотворении мира бог не хотел создавать три рода людей, одних – из золота, других – из серебра, но лишь один род – из земли, чтобы один из родов людей не встал над другим и не стал бы презирать другого»), второе объяснение – *ex parte medii* (так как все мы смертны) и, наконец, третье – *ex parte finis* (ибо все мы станем прахом)⁸⁶. Третий способ доказательства мысли о происхождении неравенства более или менее одинаково выглядит в двух проповедях (*Sermones de sanctis*, 50, 61). Он взаимосвязан с предыдущими, но содержит аргументы, заслуживающие наибольшего внимания. «Природа создала всех людей равными (равными по их положению)» (*natura omnes homines equales fecit; Sermo 61: equalis conditionis*). Это – наше природное состояние (*naturalis conditio nostra*). Здесь снова повторяется

⁸⁵ *Serm. sanct.*, p. 32 (*prima et secunda argumetatio*).

⁸⁶ *Serm. sanct.*, p. 79 (*tertium argumentum*).

мотив Адама с той разницей, что Адама не тройкого рода – из золота, серебра и грязи создала природа (в проповеди 61, в проповеди 50 – бог). Природа же «не поставила одного человека над другим, но из-за злоупотребления разумом (*per abusum rationis*) произошло грехопадение, в результате которого человек превратился в почти неразумное животное». «Ничто не превосходит в зверстве человека, который наделен разумом (*ratio*), но не живет им; пока же люди живут разумом, их состояние одинаково». Затем снова следует обращение к «Моралиям» св. Григория: «Человек не наделен превосходством, чтобы господствовать над людьми, но чтобы господствовать над животными на земле, над рыбами в море и над птицами в небе; когда мы не грешим, то мы равны»⁸⁷.

Таким образом, у Лашкаи фигурируют наряду с доводом о равенстве людей по происхождению, символом которого является Адам, два других аргумента: природа (*natura*) и разум (*ratio*). Первоначальное природное состояние (*naturalis conditio*) получает подтверждение в «естественном праве». Далее, темой одной из проповедей является закон (*lex*). Существуют пять видов закона. Самым высшим в их иерархии является божественный закон (*lex eterna sive divinalis*), однако, сразу же за ним следует естественный закон (*lex naturalis*), «который происходит непосредственно из закона божественного» и является, собственно говоря, не чем иным, как естественным пониманием добра и зла (*lumen naturalis cognitionis boni et mali*). Но далее автор говорит: «Этот естественный закон таким образом происходит из божественного, что ни один папа, ни один князь не могут приостановить его действия, поскольку этот закон действителен всегда». У естественного закона имеется три качества. Это прежде всего – всеобщность (*communis*): «он общий для всех, как для богатых, так и для бедных, для великих и для малых»; во-вторых, это – его неизменность (*immutabilis*): «от него ничего нельзя отнять и он всегда один и тот же»; и, наконец, он не отторжим из человеческого сердца (*a corde est indelebilis*). Это так, ибо там он живет; виды законов записанных (*lex scripta sive humanalis*) это – только следствия указанных выше законов. И заключительный аккорд: древний закон (Ветхий завет) был дан на каменных скрижалях, закон человеческий написан на пергамене, а закон естественный – в сердце (*lex naturalis in corde*), хотя в сердце помещается два вида «закона»: полученный при рождении от природы

⁸⁷ Такой же вывод (с небольшими расхождениями): *Serm. sanct.*, p. 61 (*ambitionis periculositas*), p. 50 (*De sancto Ladislao*). – Подобного рода вывод фигурирует уже у Пелбарта Темешвари: (*Pomerium*, p. 52). – Об этом вопросе уже упомянуто Эммой Бартоник: E. BARTONIK: *A királyi hatalom eredetéről*. – «Századok», 70. évf. Bp., 1936, 486–487, 491–492. (О происхождении королевской власти).

(connaturaliter) и новый закон (lex nova) – Новый завет, полученный благодаря благодати⁸⁸.

Эти рассуждения не содержат революционной новизны, а их основные элементы и даже цитируемые Ошватом Лашкай «места из источников» очень стары. Основами, на которые чаще всего ссылается Лашкай, кроме книги Бытия и нескольких библейских мест (главным образом, евангелия от Матфея); являются отцы церкви, св. Августин, Златоуст, Кассиодор, но в основном это сочинения св. Григория (до 504–604 гг.) «Моралии», аллегорические комментарии к книге Иова, иногда – его же «Гомилии». Словом – это августинская традиция, а кроме нее – Александр Галенский (до 1170–1245 гг.), «Сумма» основателя францисканских школ, а также св. Фома Аквинский. Но мы не ищем философских новшеств в мировоззрении Ошвата Лашкай, которое было, в общем эклектическим. Суть дела не в этом, а в том, что этот круг идей нашел отражение в собрании образцов проповедей, которые автор рекомендует произносить **перед народом** («... predicetis pauperibus atque idiotis rusticis»: Serm. dom., Prologus), и именно в таком «позитивном» чётком изложении, подобного которому мы не встречаем ни в более ранних, ни в современных Ошвату Лашкай источниках королевства Венгрии (и у Пелбарта Темешвари тоже). По какого рода другим каналам могла бы дойти до народа аргументация положениями «естественного права»? А о том, что эта аргументация имела влияние, по меньшей мере – в самом ордене, существует прямое свидетельство. Составитель нашего кодекса поместил в конце его среди заметок различного содержания небольшой куций трактат о различных понятиях закона (lex): «закон» в узком смысле этого слова означает записанный или изданный закон, но в «широком смысле» закон – это прежде всего «закон природы» (lex nature)⁸⁹.

Однако, рассмотрим далее сочинения Ошвата Лашкай, ибо тезис о первоначальном – «естественном» – равенстве является лишь первым звеном в цепи его идей – звеном, с которым связан вопрос: а откуда же взялись неравенство и светская власть? Ответ, конечно, традиционен: как рабство (servitus), так и господство (dominium, dominatio mundialis) – последствия грехопадения (pro peccato est introducta)⁹⁰. Но какова **цель**, так сказать, «функция», власти? Следует знать – разъясняет Лашкай, – что господство (dominium) предназначено для

⁸⁸ Serm. sanct., p. 96.

⁸⁹ «Lex stricta accepta sumitur tam pro lege scripta vel data, sed large accipiendo sumitur pro lege nature, scripture vel gratie. Lex nature est, qua quisque iubetur alteri facere, quod vlt sibi fieri, et alteri prohibetur inferre, quod nolit sibi fieri. Lex scripture est, quam dominus dedit Moyse in desertis per tabulam... Lex gratie est ewangelium Christi, que est omnis legis perfectio» (Formularium, f. 235v).

⁹⁰ Serm. sanct., p. 79.

⁹¹ Serm. sanct., p. 79.

трех целей. В первую очередь, это – «защита подданных» (*ad suppleendum vel defendendum subditus*). Вторая его цель заключается в том, чтобы «улучшать дурные нравы и побуждать людей к достойным поступкам». Эти разновидности власти не существовали до грехопадения. И наконец, третья цель – руководить людьми в их деятельности. Эта цель существовала всегда, поскольку всегда один человек в интеллектуальности и мудрости превосходит другого. Пожалуй, не стоит обращать внимания на нелогичность последнего пункта, – существо дела состоит в признании, которое делает сам Лашкай в его проповеди: разновидностью власти являются управление и служба (*officium*). Исходя из этого, в нескольких проповедях Лашкай развивает его теорию власти, в сущности в духе августинского мировоззрения. Особенно подробно он делает это в третьей проповеди, посвященной св. Ласло Венгерскому. При этом он различает правителя, ниспосланного богом (*princeps a deo constitutus*) и других представителей светской власти, о которых пойдёт речь ниже. Но первый доказывает свою сущность тем, что источник его власти – бог наделил его определенными добродетелями, которые и позволяют князю исполнять его службу (*officium*) в отношении его подданных. Эти добродетели, которыми князь отличается от других, – благочестие (*in benigna pietate*), мудрость (*in pridentie fidelitate*) и справедливость (*in iustitie equitate*). Не стоит дальше излагать эту идею, которая как «функциональная» теория власти очень стара (её разработка относится к эпохе Каролингов)⁹³. Собственно говоря, в конце XV в. она была уже «неактуальна», поскольку политическая теория радикально пересматривалась с XII–XIII вв. Но, как мы уже отметили, мы ищем у Ошвата Лашкай не актуальных или оригинальных мыслей и даже с точки зрения изучения нашей темы важна как раз старомодность его воззрений, ибо логическим следствием ее является переход к следующему, третьему звену цепи его мыслей. Центральный его пункт – это возможность судить о «функционировании» власти на основе моральных критериев, в зависимости от проявления властью определённых добродетелей.

Однако, что же произойдёт, если она будет «функционировать» не на основе этих критериев. При ответе на этот вопрос у автора проявляются две тенденции. С одной стороны, господство (*dominium*) осуществляется лишь среди смертных и после страшного суда всякое превосходство, верховенство (*dominatio*) исчезнет⁹⁴. Эта тенденция как

⁹² *Serm. sanct.*, p. 50

⁹³ G. B. LADNER: *Aspects of Mediaeval Thought on Church and State*. – «Review of Politics», v. 9, 1947, p. 405–410.

⁹⁴ «O iusti non damnandi cupiditate imperant, sed officio consulendi, unde dominatio mundialis solum durat inter homines mortales, et post iudicium cessat prelatio». (*Serm. sanct.*, p. 79).

бы переносит разрешение всех вопросов в потусторонний мир, и с социальной точки зрения она интересна постольку, поскольку она имеет отношение к эсхатологическому образу мышления (на этом мы остановимся ниже). Гораздо большего внимания заслуживает вторая тенденция, которая ищет решения в этом мире. Из трех видов власти лишь один имеет божественное происхождение; два же других возникли вследствие тщеславия (*per ambitionem*) и узурпации (*per usurpationem*). Оба они плохи, но самым плохим и даже невыносимым из них является третий вид власти, возникший в результате «захвата», «узурпации». Тот же, кто пользуется такого рода властью, «тот – вор и разбойник, непрерывно совершающий грехи . . . подданные не обязаны повиноваться такому господину и платить ему налог!»⁹⁵ Заметим здесь между прочим, что превосходство, верховенство (*dominatio*) в системе понятий Ошвата Лашкаи не является «публично-правовым» термином, имеющим смысл, близкий к значению «власть (коронованного) государя». «Господство, власть» – это светское превосходство (*praelatio*) всякого рода, так что, в частности, постоянно фигурирующий у Лашкаи термин «князья» (*principes*) вовсе не означает только «государей», но является синонимом понятий, означающих тех, кто обладает светской властью, – магнатов, господ (*magnates, domini*) и т. д. (Небезынтересно отметить, что в языке деятелей Реформации XVI в. термин «князья» имел всеобщий, широкий смысл, означая всякую светскую власть в частности и даже в первую очередь – крупных землевладельцев.) Таким образом, Лашкаи приходит к оправданию **сопротивления** – в данном случае ставя его в зависимость от характера власти. Но он оправдывает его и действиями власти. Если власть, верховенство совершает «несправедливость» и таким образом наносит обиды подданным, то «каждый подданный может защищать себя от собственного его верховенства»⁹⁶. Наконец, он оправдывает сопротивление и с моральной стороны: пока человек живёт добродетельно (*virtuose*), ни одна власть не может наносить ему ущерба по справедливости (*iuste*), и закон не может беспокоить его, так как «закон (*lex*) дан для того, чтобы обуздывать злодеяния плохих людей»⁹⁷. (Конечно, здесь речь идёт о записанном законе – *lex scripta vel data*.)

Однако, положение об оправданности сопротивления выступает в проповедях Лашкаи не только в форме некоего доктринерского те-

⁹⁵ «... quia talis est fur et latro et continue est in peccato . . . nec tali domino subditi tenentur obedire et solvere tributum». (*Serm. sanct.*, p. 50).

⁹⁶ «Et etiam adversus suum superiorem posset quis se defendere, dummodo superior iniuriose vult ipsum ledere» (*Serm. sanct.*, p. 49).

⁹⁷ «Unde quando tu virtuose vivis, nullus prelatus posset tibi iuste nocere, neque lex in aliquo molestare, quia lex malis hominibus est data, qua eorum malicia compescatur» (*Serm. sanct.*, p. 61).

зиса, но здесь речь заходит и об осуществлении сопротивления. «Можно ли мстить за перенесенные несправедливости?» – без обиняков спрашивает Лашкай. И тут же призывает на помощь сочинение Райнерия «Сумма», где говорится о необходимости различать обиды. Если несправедливость направлена непосредственно против бога, то следует за нее отомстить. Однако, бывают такие несправедливости, которые касаются личности человека. Если, например, месть вызывается только ненавистью, то ее следует отвергнуть. Однако, «хорошо и правильно мстить за несправедливость ради исправления какого-либо зла, сохранения мира в общине, или сохранения справедливости!» Можно ли далее изгонять, устранять, несправедливость? В определенных случаях – да, ведь и в каноническом праве (*secundum iura*) есть принцип устранения насилия силой: *Vim vi repellere*. Но можно и в случае справедливой самозащиты, если, например, «кого-либо принуждают несправедливо к выполнению определенной работы»⁹⁸. Но и гнев может быть справедливым! Ибо гнев может быть трех родов, и очень часто он греховен (*culpabilis*), однако, иногда он бывает простителен (*excusabilis*), иногда же – прямо достоин похвалы (*laudabilis*). Таков, например, гнев, проистекающий от религиозного рвения (*ira per zelum*), «когда он вызван нанесением ущерба божественному делу, или оскорблением, нанесенным богу. В основе этих рассуждений – «Гомилии» св. Григория, на которые автор и ссылается. Лашкай даже идет дальше, ссылаясь при этом на св. Фому Аквинского: «вообще неспособность воспламеняться гневом достойна порицания», в частности – «ради отомщения» (*ratione vindicte*). Хотя гнев – это не что иное, как жажда мести», но ведь есть и справедливая месть! «Если кто-либо не разгневался, несмотря на то, что была к тому причина, и вследствие этого не отомстил за то, что следовало отомстить, то это достойно порицания»⁹⁹.

Рассуждения Лашкай имеют несколько связанных между собой фраз (равенство людей от природы; различие между справедливой властью и ее «узурпацией»; справедливость сопротивления и даже мести), но не имеют вывода, в частности – применительно к земной

⁹⁸ «Prima: utrum de iniuriis illatis liceat alicui se vindicare? Ad quam respondit Raynerius in «Summa», tit. «De iniuria», 102., quod est distinguendum, quia iniuria aut est divina, aut est nostra, aut est contra bonum commune, aut est in deum relata. Primo dico, quod si iniuria est directe contra deum, tunc est vindicanda». «Secundo, iniuriam vindicare est bonum et meritum propter alicuius mali emendationem, aut pacem communitatis, aut iusticie conservacionem, aut divinum honorem...» (*Serm. dom.*, p. 117).

⁹⁹ «Ira laudabilis»: «Ira per zelum, que contigit ratione offensionis divine. Similiter potest quis irasci laudabiliter de aliena offensa, que sit contra deum...» Ссылка на св. Григория: «Alia est ira, quam impatientia excitat, alia quam zelus format; illa ex vitio, hec ex virtute generatur». Затем – ссылка на св. Фому Аквинского: «... quod omnino non irasci est vituperabile... Qui enim non irascitur, in quibus debet irasci, sequitur, quod non vindicet ea, que debet vindicare, quod est vituperabile» (*Serm. dom.*, p. 85).

жизни. Здесь есть необходимый для этого вывода элемент: «закон природы» (*lex naturalis*), который живет в «сердце человека», давая ему способность судить о добре и зле. Так мы можем возвратиться снова к «Адаму», к «естественному состоянию» (*naturalis conditio*), к равенству людей. Но Лашкаи далек от намерения сформулировать вывод из своих рассуждений. И даже все то, что мы здесь схематично изложили, сам он излагает хотя и на теоретическом уровне, но не связывая взаимно отдельные элементы. Эти элементы у него разбросаны по разным местам, в другом контексте, причём очень часто можно уловить его намерение – «уравновесив» их, сохранить Мировой порядок (*ordo*). В установлении взаимозависимости этих элементов состоял механизм складывания идеологии крестьянской войны. Это относится ко всем крестьянским войнам. Можно упомянуть единственный, но весьма характерный пример: общеизвестно, что взрыв крестьянской войны был идеологически подготовлен и «узаконен» ссылкой на то, что «неверное дворянство» (*infideles nobiles*) восстало против «похода священной общности» (*expeditio sancte congregationis*). Так говорилось в приказе Дожи о сборе войска. Что это, как не гнев, возникший вследствие религиозного рвения (*ira per zelum*), который узаконивает месть? Выше мы «сделали выдержки» из трех «книг», выбрав логически согласующиеся между собой рассуждения; эти «книги» (*libri*) имелись в монастырях, и, как мы знаем, в начале десятых годов шестнадцатого века существовало стремление производить из них «выдержки» (*expositio*).

Все очерченное нами выше – это только (если это – «только») теоретический остов. В образцах проповедей Ошвата Лашкаи на этом остове покоятся ссылки на конкретные положения вещей, на социальные противоречия, излагаются тяжелые обвинения, приговоры, иногда – бичевания, заканчивающиеся пророчествами. Как уже было подчеркнуто предшествующими исследователями, особенно важно, что такого рода пассажи наиболее часто встречаются в проповедях, посвященных венгерским «святым», главным образом, – Ласло Святому и частично – Иштвану Святому. Здесь можно встретить больше всего перечислений грехов «сегодняшних» князей и магнатов (*principes et magnates*), содержащихся в отступлениях, которые начинаются словами «*modo vero*». Эти перечисления столь конкретны, что в них речь идет почти обо всех явлениях девяностых годов пятнадцатого века, которые свидетельствовали об общем ухудшении положения крестьянства к 1514 году, – от ограничения свободного перехода и права составления завещания до увеличения тяжести налогового обложения и барщины, а также – принуждения покупать вино и пиво у землевладельцев. Люди, говорил в отступлениях после обычного «*modo vero*», пропо-

ведник, стали столь порочными, что не могут уже разумно управлять частями (глазами, языком, ушами и т. д.) одного и того же тела (как мы сейчас сказали бы, расстроился «социальный» организм), «они хотят господствовать над другими и благодаря этому становятся слугами дьявола» (*servi efficiuntur demonorum*)¹⁰⁰. Но сегодня, продолжал автор проповедей, знатные больше заботятся о своих псах, чем о людях и «мучают собственных подданных различными работами и несправедливыми поборами (*iniustis exactionibus*), угнетают их», «изводят своих крепостных крестьян необычными налогами и требованиями» (*inordinata dica et angaria*)¹⁰¹. В проповедях повторяется мотив «угнетения бедных», «их дела», «их правды» (*oppressio, causa, veritas pauperum*)¹⁰².

Много раз приводятся слова св. Августина: «Когда исчезает справедливость, то разве что-нибудь остается от царств, кроме разбоя» (*Remota iustitia, quid sunt regna, nisi latrocinia?*)¹⁰³. «Горе тому государству, где насилие – справедливость, а воля – приговор . . . Горе тому князю, который угнетает своих подданных несправедливыми налогами . . . О Венгрия, о Венгрия, ушла от тебя вместе со святыми королями справедливость . . .!» (*O Hungaria, o Hungaria, recessit a te cum sanctis regibus iustitia . . .!*). Лашкаи постоянно обращается за помощью к бичующим пассажирам пророков Исекииля, Исаяи и Михея (главными образом – последнего), когда не может убедить слушателей своими собственными словами, ибо «. . . угнетенные бедняки взывают к Господу, моля о мести, и их мольба доходит до ушей Господа, который устами пророка Михея сказал: Слушайте, князя Иакова и вожди родины Израиля, не ваше ли дело знать приговор . . .!» и т. д.¹⁰⁴.

Но, конечно все это имело целью пробудить совесть господствующего класса, главным образом – магнатов, вызвать их моральное пробуждение¹⁰⁵. Интересно проследить за обращениями Ошвата Лашкаи. Там, где речь идет об угнетении народа, он обращается к господам: О вы, господа правители . . .! (*O vos domini principes . . .!*); О магнаты и мудрецы . . .! (*O igitur magnates et sapientes . . .!*); О старый король

¹⁰⁰ *Serm. sanct.*, p. 50. – Больше всего элементов социально-теоретической и конкретной критики содержат три проповеди о Ласло Святом (*Serm. sanct.*, p. 48, 49, 50). См. также две проповеди об Иштване Святом (*ibid.*, p. 76, 77). Об их содержании, более обширные цитаты из них: R. Horváth. *Op. cit.*, 36–38, 57–59. I. – J. Szűcs: *Nép és nemzet a középkor végén*. (Народ и нация в конце средних веков). – «Valóság», 15. évf. Bp., 1972, № 6, p. 21–22.

¹⁰¹ *Serm. sanct.*, p. 77; *Serm. dom.*, p. 123.

¹⁰² *Serm. sanct.*, p. 48, 50; *Serm. dom.*, p. 123.

¹⁰³ *Serm. sanct.*, p. 50, 77.

¹⁰⁴ R. Horváth. *Op. cit.*, 57–61. I.; L. Pásztor. *Op. cit.*, 148, 152–153. I.

¹⁰⁵ *Gy. Székely*. *Op. cit.* 477. I.; J. Szűcs. *Nép és nemzet . . .*, 22. I.

Ласло Святой, образец совершенства для магнатов! (*perfectionis norma magnatorum*). К беднякам Лашкаи обращается тогда (O vos pauperes . . . !), когда он призывает их к терпению и покорности¹⁰⁶. Естественно, в этом выражаются те поиски «баланса», те героическо-иллюзорные попытки восстановить «нарушенный порядок», которые характерны для идеологической позиции Ошвата Лашкаи в целом. Это, однако, мало что меняло в весомости его слов. И в частности, в его мировоззрении угнетение бедняков (*opressio pauperum*) оставалось грехом и даже одним из самых тяжких «грехов», которыми пронизано общество. И именно поэтому большую часть бичующих отступлений в проповедях Лашкаи вызвали факты социального угнетения.

Чувство «нарушенного порядка» приводило Ошвата Лашкаи к эсхатологическому и апокалиптическому образу мышления. Конечно, не к мистическому радикализму или к спиритуалистическим комментариям в его духе, каковыми являлись комментарии Петра Оливи. Объяснения Апокалипсиса, данные Ошватом Лашкаи (проповедь 123 сочинения «*Sermones dominicales*») имеют ту же структуру, какую мы обнаруживаем в его уже рассмотренном изложении социальных проблем. О приближении конца света свидетельствуют различные «знамения», главным образом три основных знамения (*signa principalia*), из которых самым важным является среднее «знамение» – **всеобщее** господство, наплыв зла (*iniquitatis inundatio*). Перечисленные автором двенадцать явлений, которые «непосредственно предшествуют приходу Антихриста», собственно говоря не что иное, как почти «типичные» перечень грехов ясах слоев и групп общества (от стариков и молодых до супругов, от князей до бедняков, от церковников до мерян). **Все** «общество» созрело для прихода Антихриста, во всех его элементах и связывающих его узах оно пришло в упадок! Здесь также можно заметить, что отступления, напинающиеся словами «*sed modo*», всегда появляются в том случае, когда проблема ближе всего автору. Тогда же подробно перечисляются и «грехи». Такими проблемами являются: несправедливости «князей» («но сегодня уже исполнились слова Михея . . .»), злоупотребления прелатов и прегрешения монахов. Третье «знамение» (*signum prenosticum*), которое предшествует приходу Антихриста, – это движение существ (*creaturarum commotio*), которое состоит в том, что все **взаимно** (*in vicem*) нападают друг на друга, происходят всеобщие «отделение и раскол». И поэтому скоро придет Антихрист, который сначала тремя способами привлечет к себе людей: лукавыми уговорами, мнимыми чудесами и дарами. Первыми своими

¹⁰⁶ *Serm. dom.*, p. 97; *Serm. sanct.*, p. 48, 49, 50. – У Пелбарта Темешвари: «hoc predicamus non, ut nobiles vires confundamus, sed ut ad virtutes moneamus» (L. PÁSZTOR. Op. cit., 153. 1.).

сторонниками, конечно, он сделает властителей (*magnates et potentes*), а затем постепенно – и остальных. В конце концов останутся лишь «добрые»; чтобы их сокрушить, он использует четвертый способ: «он придумает многообразные виды пыток» и будет истязать их различными урудиями пыток. Но это «великое давление» (*tribulatio magna*) не будет длиться долго; здесь менее интересны комбинации мыслей, согласно которым власть Антихриста продлится затем три с половиной года, – гораздо более интересно утверждение, что время это сократится «благодаря избранным» (*propter electos*). И тогда появится знамение Христа – крест, Христос, окруженный ангелами, сойдет с небес, «соберет избранных» и наступит царство Христово¹⁰⁷. Это видение – далеко от мистических и еретических интерпретаций, суть которых заключается в том, что «избранные» – бедняки, живущие на земле, и после «давлений» они в этом мире создадут царство Христово. Однако у Лашкаи имеются отдельные элементы этих интерпретаций (объединение Антихриста и богатых, приближение конца света, сокращение мучений благодаря избранным и т. д.), и так как и в других местах не раз встречается мысль об избранности бедняков («Господь наш Иисус избрал малых и темных, неимущих, людей незнатных – «*homines ignobiles*» и слабых, чтобы объять верой весь мир»)¹⁰⁸, то этот «умеренный» хилязм нельзя исключать в принципе из совокупности истоков будущей крестьянской войны. Конечно, приведенные выше рассуждения Лашкаи относятся к сферам потустороннего мира: характерно, что самый главный элемент будущей символики крестьянской войны – крест (*signum Christi*) фигурирует в проповеди, посвященной страшному суду, в качестве «знамения победы» (*tanquam vexillum*), за которым следуют избранные. У Лашкаи выдвижение избранных – это их восхождение на Небо, где и происходит их восхваление; именно там встречает их Христос словами евангелиста (Матф., 25, 34): «Придите, восхваленные отца моего (*benedicti partis mei*) владейте царством, которое уготовано для вас с сотворения мира»¹⁰⁹. В 1514 г. где-то между Дьюлой и Надьяком Амбруш и священник Лёринц будут благословлять войско носителей «знамения Христа – крестоносцев» (*cruciferi*), «избранных» бедняков¹¹⁰, а Дожа от имени «благословенного народа» (*benedicta gens*) будет призывать в войско деревни и местечки.

Сказанное говорит само за себя и даже не требует многих комментариев. В системе социальной идеологии Ошвата Лашкаи прослеживается та же дуалистическая структура, что и в идеологии

¹⁰⁷ *Serm. dom.*, p. 123, 124.

¹⁰⁸ *Serm. dom.*, p. 2; *Serm. sanct.*, p. 41.

¹⁰⁹ *Serm. dom.*, p. 2; *Serm. sanct.*, p. 85; *Gemma*, p. 17.

¹¹⁰ Сереме (см. сн. 31).

всех францисканцев-обсервантов. Ведь доказывать правомерность в конечном счете существующего порядка (*ordo*), а с другой стороны обличать непосредственную и конкретную несправедливость значило выполнять трудно согласуемые друг с другом задачи. Прямо призывать к терпению и возмущать было вещами, трудно совместимыми друг с другом. С одной стороны, исходя из идеи о человеческом равенстве, доходить до утверждения о справедливости мести по отношению «узурпированной власти» в этом мире, а с другой стороны, перенести эту проблему в потусторонний мир – эти стремления так же было трудно уравновесить. Эти противоречия, кроме «эклектизма» идеологии Ошвата Лашкаи, были свойственны самой природе движения францисканцев-обсервантов. В определенном смысле они отразились в жизненном пути Ошвата Лашкаи, если наше предположение о том, что после того, как он оставил поле деятельности своих молодых лет и стал главой ордена, он утратил интерес к социальным проблемам, чтобы после 1499 г. заниматься составлением правил ордена, теологией, написать биографию Капистрана¹¹¹ и к тому времени, когда он начал составлять свой труд «*Gemma fidei*», быть готовым «с ужасающей озабоченностью» (*horrida anxietas*) из-за распространения «лжеучений (*errores*), бороться против «неверности, раскола и ереси» (*infidelitas, scisma et heresis*). Однако, его более ранние сочинения издавали несколько раз (1499, 1502, 1506 гг. и др. годы), а ко времени его смерти (1511) в монастырях уже происходило брожение умов молодого, склонного к «ошибочному» изложению текстов и книг (*expositio*) поколения о бунте (*rebellio*), которого говорят рассмотренные выше свидетельства. Если мы рассмотрим все эти явления в их взаимосвязи, то, как нам думается, обнаружим гораздо больше непосредственных связей между идеологическим материалом конца пятнадцатого века и идеологией крестьянской войны 1514 г., чем их было известно исследователям до сих пор. И даже если мы проследили бы судьбу рассмотренных нами идей дальше, то мы нашли бы в самых острых с точки зрения социальной критики стихах хотя бы Андраша Хорвата Скарочи («О князе», «О скупости») поразительные параллели в мыслях, структуре и даже в употреблении понятий с тем, что мы видели в сочинениях францисканца Лашкаи. Известно при этом, что Хорват Скарочи – это бывший францисканец, ставший сторонником Реформации. Однако, такого рода сопоставление может явиться задачей отдельной работы.

Всякое частное исследование неизбежно как бы вырезает из целого исторической действительности лишь один кусок. Конечно, из

¹¹¹ K. TIMÁR. Op. cit.; R. HORVÁTH. Op. cit., 43–49. l.

¹¹² *Gemma fidei*, Prol.

нашего изложения не следует, будто из очерченного здесь в общих чертах оппозиционного движения францисканцев-обсервантов «можно вывести» или идеологию крестьянской войны 1514 г., или Реформацию. (Вопрос о том, насколько мы можем считаться с совокупностью рассмотренных в данной статье идей, как с одним из источников и составных частей идеологии крестьянской войны 1514 г., мы подробно и на основании документов рассмотрим в особой работе.) Кроме того, в данной статье мы не могли обойтись без некоторых гипотез в качестве связующих элементов. Например, относительно такого важного по своему значению обстоятельства, как спиритуалистический характер рассмотренного нами оппозиционного движения, мы пока что можем судить в первую очередь на основе логических умозаключений, поскольку относительно этого у нас имеется всего лишь несколько неясных свидетельств. Автор данной статьи ставил своей целью – следуя свидетельствам источников, проложить тропинку в чаще идей позднего средневековья, притом – в наименее изученном пункте. Уже сейчас ясно, что тропинка эта разветвляется, приводя, с одной стороны, к крестьянской войне, и к Реформации – с другой. Расширить или выровнять эту тропинку – задача будущих исследований.

Un courant d'opposition franciscain à l'arrière-plan de la guerre des paysans de Hongrie et de la Réformation

J. SZÜCS

Résumé

Le rôle de la branche des observantins dans la guerre des paysans de 1514 en Hongrie est devenu connu même en ses détails récemment. (Voir: Étude de l'auteur: Les observantins franciscains et la guerre des paysans de 1514. Témoignage d'un codex. *Levéltári Közlemények*, 43/1972, 213–263. p. avec un résumé en russe et en français). Dans cette étude l'auteur analyse l'aspect d'histoire des idées du problème, il examine quelles sont les conditions idéologiques du fait que justement les apostats des observantins franciscains devenaient les idéologues les plus importants de la guerre des paysans. Le problème dépasse cependant les événements de l'année 1514. Le fait que les prédicateurs éminents des années 1530–1540 étaient surtout des apostats franciscains – était l'un des caractéristiques spécifiques de la Réformation de Hongrie. Bien que ce caractère ait été connu jusque là, il n'était pas encore analysé concernant ses détails d'histoire des idées. Les racines remontent au tournant des XV–XVI^e siècles, quand des phénomènes continus signalent la formation des groupements ascétiques et spirituels dans le cadre des observantins. Les phénomènes isolés se développaient en un mouvement d'opposition ouverte. L'auteur reconstruit le développement de ce mouvement à la base des fragments sauvegardés dans un codex jusqu'à présent inconnu (Bibliothèque Nationale Széchényi, Cod. Lat. 432). Les débuts de ce mouvement ont pour résultat – à la veille de la guerre des paysans. au chapitre des Ordres de 1513 – qu'on avait exclu de l'Ordre les «éléments soupçonnés d'hérésie». D'après les circulaires contemporains des chefs de police, la rébellion scandaleuse des confrères contaminés du péché menaçait de dissolution l'esprit de l'Ordre,

«les moines s'efforçaient audacieusement de comprendre plus qu'il était convenable», au lieu d'interpréter de mot à mot l'écriture Sainte, ils faisaient des déclarations hardies et ce fait menait au dérangement de l'âme des confrères. L'une des sources spirituelles du mouvement était probablement le commentaire de Petrus Olovi sur le livre de l'Apocalypse. Le courant d'opposition de caractère spirituel a pris une dimension sociale en 1514. Le mouvement ne pouvait être étouffé ni par l'oppression nobiliaire ni par les mesures disciplinaires et répulsives prises en 1515 par les provinces. Après avoir lancé des circulaires condamnant les prédications contre la chaire de saint Pierre, la richesse de l'Eglise ainsi que l'absolution arbitraire des excommuniés, (1517) le *generalis* de l'Ordre lui-même a dévoilé (1520) le fait qu'un groupe des moines nommés «entêtés, émeutiers, réformateurs» par la direction de l'Ordre avait conspiré pour créer une sorte de «nouvelle Réformation». «Les jeunes émeutiers» des années 1510-1520 se présentent au cours des décades suivantes comme des personnalités proéminentes de la Réformation de Hongrie.

La seconde partie de l'étude – tout en analysant le système spirituel d'Osvát Laskai, théologien proéminent de l'Ordre des Franciscains au début du XVI^e siècle – démontre, dans quelle mesure le radicalisme social pénétrait même le courant «légal» de l'esprit franciscain.

The Slavic Thought: its Varieties with the Slavonic Peoples in the First Half of the 19th Century

By
E. ARATÓ

The idea of Slavic mutuality comes from the natural realization of the fact that the Slavic peoples are in close relationship. This kinship is so evident that it was realized by the Slavs in the earliest phase of their history. Beside the medieval Slav chroniclers and the first scholars of Slavic grammar, several charters or diplomas speak about the early awareness of this Slavic affinity. It emerged not only sporadically, but we can find it regularly from the Middle Ages onwards. As a consequence, the idea of Slavic kinship and affinity became a generally known fact among the majority of the Slavic peoples by the mid-eighteenth century. It became so wide-spread just at the time when the idea of Slavic solidarity got such a prominent role in the national revival movements of the Slavic peoples – all but the Russians were after all oppressed nations – that the apostles of Slavic solidarity could rely on existing views, and, what is more, sentiments in the formation of their system of ideas.

The foundations of the Slavic ideology were laid by the rapidly developing Slavonic studies at the end of the 18th century. This definitely national branch of science was necessarily connected to the linguistic and cultural efforts of the day, and the scholars dealing with Slavonic studies were prominent figures also in the various national revival movements. The most excellent were the Czech, Slovak, and Slovene slavists, and it was not by chance that the Slavic world of ideas played such a great role in the movement of these nations. They were the most in need of the support of the other Slavic peoples, as the Slovaks and the Slovenes had not privileges to rely on, and the Czechs had got into such a hard situation after the defeat on the White Mountain that they could not recover by the beginning of the national movement. Their aim was also to counterbalance the strong economic and political influence of the Germans living in Czech territories. But these three movements were at the same time the only ones to provide a wide social basis for an enterprise like this. Besides this, none of these movements had tasks like the Croats, Serbs, Poles, and the Ukrainians, whose aim was the unification of their national territories belonging to different empires or lands. For them this was the most important thing to do and not the creation of a wider Slavic unity, while the

Czechs, Slovenes and Slovaks, who lived all in one country or at least in one empire, thought differently. They did not give up the idea of an inner national integration either, but they could better coordinate it with the idea of Slavic solidarity than those peoples, which were first of all absorbed in creating their own national integration.

The basic concept of the idea of Slavic affinity was that of a unified Slavic language, borrowed from Slavic studies. According to this opinion, the Slavic language has many dialects, which are in fact the languages of the various Slavic peoples. The famous Slavists distinguished several dialects (i.e. languages) within this unified Slavic language. F. Pelcl, professor of Czech language and literature at the University of Prague, spoke of five main dialects (Russian, Polish, Serbian, Croatian, and Czech), while J. Dobrovský, the most outstanding scholar of Slavic linguistics of his age, spoke only of four (Czech, Polish, Russian, and Illyrian). The view of Dobrovský was shared by many, with the Protestant Slovak J. Kollár among them. The small number of dialects implies that the scholars maintained that there were several bigger integrated Slavic units within the whole of the Slavic peoples.

The concept of a unified Slavic language implied also that the Slavic peoples – or as they were called by the contemporaries: tribes – were parts of a homogeneous nation. This idea is more obvious when we consider that in those days the language and the nation was thought to be identical. This is how the Catholic Slav A. Bernolák understood the Slavic thought. He was the first to distinguish the Slovaks from the Slavs in general, and created the modern Slovak national consciousness by this. He declared that not only the Czechs, Russians, Poles, and Illyrians are equal parts of the unified Slavic nation, but also the Pannonian Slavs, or the Slavs in Hungary, i.e. the Slovaks. Accordingly, the Slovak is one of the dialects of the unified Slavic language. Thus the large Slavic nation consists of independent parts possessing equal rights, the main characteristic feature of which is a separate language, or, as it was then called, dialect. The outstanding Slovene linguist, B. Kopitar, who was librarian of the Vienna Court Library, wrote a short but comprehensive survey of the literary language of various Slavic peoples in the early 19th century in his work of 1810, entitled “The patriotic dreams of a Slav”. He wrote in it about the textbooks of grammar, the dictionaries, and the history of the Church-Slavonic language. He divided the Slavs into six, three-three main branches: the first three of these were the Russians, the Slavo-Serbs (Catholics and Orthodoxes, i.e. Croats and Serbs), and the Slovenes; to the second group belong the Poles, the Czechoslovaks, and the Sorbs of Lausitz.

This division corresponds to the cultural Austro-Slav concept of Kopitar, and to the idea that the birthplace of the Church-Slavonic language was Pannonia. He, too, was interested in the problem of a unified Slavic language, and his opinion was that the dialect used by Cyrill in the 9th century developed into the direction of a common Slavic literary language, just as it happened in the case of the Isle

de France in the French, the Florence dialect in Italy, and the Upper-Saxon in Germany. He considered the creation of a uniform Slavic grammar most important as the basis for the formation of the uniform standard language of literature.

In connection with these projects, the compilation of a comparative dictionary of the Slavic languages was also mentioned. Finally, Kopitar demanded the setting up of a Slavic chair at the University of Vienna, and a central Slavic Academy in Vienna. The reasons for his project, being very much Austro-Slav in nature, he claimed to be that the activity of scholars working independent of one another, and in many cases even in a very different spirit, has to be co-ordinated; and the best place for this is Vienna, because here one can find all Slavic dialects.

J. Jungmann, who belonged to the second generation of the Czech cultural and linguistical movement, elaborated this thought by adding that if the Slavic languages are dialects of one and the same language, and these peoples are tribes of one and the same nation, it is possible to create a uniform Slavic literary language, which would then be accepted by all Slavic nations, similarly to the case of the Germans. Soon after this statement Jungmann hurriedly refused to stand for political Pan-Slavism, referring to the disunity of the Germans. This was, he said, forged by the enemies of the Slavs. In his opinion the creation of a unified standard Slavic language of literature is possible without any political consequences, and the Slavs can go on living in different empires, namely Russia, Austria, the Ottoman Empire, or Prussia, just as the Germans live in different political units, and still have a common German literary standard.

This German analogy is undoubtedly justified, the difference between the German dialects was similar to that between the Slavonic languages. History, however, did not accept the analogy: the unity of the Germans was eventually brought about, but that of the Slavs was not, at least in this sense. The reason for this is that the Germans lived on neighbouring territories, and on a higher economic and social level, which was much more favourable for integration than the circumstances of the Slavs. Another important difference was that the Slavs, unlike the Germans, developed separate types of historical consciousness beside their strong feeling of affinity. This was generally in harmony with the idea of relationship. This is well illustrated by the fact that many of the leaders of the Slav national revival movements, while accepting the idea of a uniform Slavonic language and nation, fought for their own literary standards, which meant, at the same time, the establishment of their national independence. The Slovaks are the most typical example in this respect, whose national consciousness derived from the idea of Slavic affinity, i.e. the national consciousness of the Slovaks was Slavic consciousness in the beginning. When this separate national ideology was formed, the leaders of the Slovak national revival remained apostles of the Slavic thought and could very well reconcile the two, namely the Slovak and the Slavic thought.

The concepts of P. J. Šafárik, the best Slavist of the second generation, reflect this process of desintegration as compared with Pelcl, Dobrovský, and Kollár. He,

too, accepted the concept of the unified Slavic nation or language, established the relationship between the Slavic dialects, described their characteristics, and pointed out their place in the framework of the uniform Slavic language. He distinguished nine Slav tribes (i.e. nations), and, accordingly, nine dialects: Russian, Serb, Bulgarian, Croat, Slovene, Czech, Slovak, Polish, and Sorb from the Balkans, i.e. Macedonian. This shows that Šafárik was more realistic in summing up the real situation of the Slavs, and recognized the independence of those Slavic dialects, tribes, or, we can safely say, nations under formation, which had not yet had a separate standard literary language of their own, but were definitely developing towards it.

L. Štur, the creator of the Slovak literary language and the most effective framer of the Slovak national consciousness, went naturally further than this, and distinguished eleven Slavic tribes (nations): the Russian, Ukrainian, Bulgarian, Serb, Croat, Slovene, Polish, Czech, Sorb from Upper Lausitz, Sorb from Lower Lausitz, and the Slovak.

The second Catholic generation after Bernolák, with M. Hamuljak, a Slovak official of the Council of the Governor General in Hungary at its head, accepted the well-known idea of the Slav nation (language) with eight tribes (dialects), including the Slovak. While accepting the existence of independent Slav nations, this Slovak group in Pest-Buda outlined a new, specific form of the Slavic thought. Their Pest-Buda Slavic Society pursued comparative Slavic studies, inspired by the idea of the Slavic unity. J. Herkel, for example, compiled an all-Slavic grammar, with the unrealistic thought of promoting the cause of the uniform Slav literary language by this. In his grammar he summed up the rules of the non-existing unified Slavic language, which were to be accepted by all Slavic peoples. Herkel conceived the Slavic language as one thing, and sought its roots not in one language, but in all Slavic languages. His attempt was sharply criticized by Šafárik, Jungmann and several other contemporaries. Another important member of the society was J. Koiš, by whom we have manuscripts of three dictionaries, with an all-Slav – German – Latin dictionary in five volumes, and a German – Latin – all-Slav one in ten volumes among them. The latter remained unfinished.

These efforts at creating a uniform Slavic language were the results of the consistent, and purely theoretical considerations in connection with the well-known considerations of the Slavic nation or tribe, as well as with those of the language or dialect. It was Hamuljak who tried to solve the indisputable conflict of independence and integration by suggesting that the common Slavic language should be used by the men of letters, while the people should be educated in the tribal dialect best understandable for them, i.e. their own language.

The starting point for the Russian Slavists was also the idea of the uniform Slavic language. M. T. Kačenovski, professor of the Moscow university, spoke of more dialects than Šafárik did. In his views the Slavic tribes speak all these dialects, the ancestor of which was the one uniform Slavic language, to which the

Slavic dialects stand closer than they do to one another. In the process of recreating the unified Slavic language, the language of the Russian Church is to play an important role, sounds the conservative view of Kačenovski.

At this point the opinion of A. S. Šiškov, vice-admiral, president of the Russian Academy of Sciences, is closely related to that of Kačenovski. His dilettantism distinguished him basically from the well-known scholars of his age. According to him the Slavic language is the oldest one, and the Russian of the Church is the ancestor or mother language of all the other Slavic dialects. With his insistence on the Slavic language of the Church, Šiškov hindered the creation of a modern bourgeois standard. It is easy to realize that these conservative Russian views greatly differed from those of Kopitar, who, in accordance with his idea of Austro-Slavism, regarded Austrian (Hungarian) Pannonia as the birthplace of the language, and not Russia with its central ecclesiastical language. These differences reflect the opposition of Pan-Slavism and Austro-Slavism in a cultural or scientific field.

Here we have to mention also that Serbs (J. Rajić, D. Obradović) and Ukrainians living in Hungarian territory (A. Kocak) regarded their own variety of the ecclesiastical Slavic language, slightly different from the Russian one, as the parent language of the Slavic.

So we can see that beside the basic unity within Slavic studies there existed noticeable differences in opinion, indicating that the Slav thought differed to a smaller or greater extent in the various national revival movements. The allies did not always collaborate in harmony, and there were even sharp disagreements.

The idea of literary reciprocity popularizing above all the linguistic and cultural relationship between the Slavic peoples was drawn up by the leaders of the Czech and Slovak revival movements, as it best expressed their claims. This concept of the Slavic thought, having great influence among the Slavonic nations, was formulated by the Slovak Kollár, and, naturally, political considerations were not alien to it either. In his work "Slávy dcera" he put the idea of Slavic solidarity into a poetic form. With this highly effective work of his, Kollár gave strong impetus to the development of the Slav reciprocity, and also became a leader in putting this programme into practice. Before Kollár the idea of Slavic solidarity had often emerged, but did not show a coherent, consciously shaped form. The idea of Slavic reciprocity, that meant the realization of the interdependence of the Slavic peoples, the deepening of their cultural and linguistic links, and finally their common fight against national oppression, got a definite impulse with Kollár's activity. The "Slávy dcera" contained more than sixhundred sonnets, and its first edition appeared in Pest 1824. In the prologue Kollár remembered the perdition of the Slav peoples in Germany with deep sorrow: they had become victims of national oppression. Through the destruction of the Germanized Slavs, Kollár protested against all kinds of force, against the oppression of the nations is general, but especially against that of the Slavs. At the same time his sympathy for the fate

of the other Slav peoples aroused the feeling that solidarity, or reciprocity is necessary. This is the underlying idea of the work. Kollár filled the Slav intelligentsia preparing to fight against national oppression, with enthusiasm also by drawing in his work pictures of faith in the future of the Slavs. The "Slávy dcera" spoke with hatred of the enemies and oppressors of the Slavs, the representatives of the German and the Hungarian nations. This repulsion had its roots in a negative feature of nationalism that, exaggerating the role of the otherwise important and progressive national self-consciousness, transformed it into hatred towards other nations.

Unlike in the "Slávy dcera", Kollár, in another work of his appearing in 1836, gave a scientifically established practical programme of Slavic reciprocity. He, too, started from the well-known thesis that the Slavic tribes combine into a unified nation, and their dialects into a uniform Slavic language, and that the Slavic peoples strive to re-establish this original unity. This is served by the cultural reciprocity of the Slavs, which does not mean that the Slavic tribes – four tribes or nations according to Kollár – should give up their independence. This shows that Kollár did not find the creation of the uniform Slavic literary language important. He demanded instead an intensive relationship, collaboration, and the continuous and systematic observation of one another's culture, which would necessarily imply a fruitful interaction of these cultures.

Among his concrete suggestions we can find one like the foundation of bookshops in various Slavonic towns, and the establishment of closer connections between the writers of the Slavic tribes (nations). Also the university chairs of the Slavic dialects (languages) have to be set up. Textbooks should speak of the leaders of the Slav linguistic and cultural movements, and show them as examples to the youth. Kollár thought also the publication of a Slav literary journal necessary, to regularly introduce the achievements of Slavic literature to the readers.

Kollár regarded the compilation of comparative linguistic works very important, such as grammars and vocabularies, to make the learning of the Slavic languages easier. And other two suggestions: the words of foreign origin should be driven out and new native words introduced instead, which would point towards a language equally understandable for all Slavs; and a unified Slavic orthography should be introduced, the realization of which was in fact started mainly by the Croats.

The reciprocity programme of Kollár was thus not political, but cultural, mainly literary in nature. If we compare his "Slávy dcera" with his work on Slavic reciprocity appearing more than a decade later, we can notice that the latter is much more characterized by loyalty to the Austrian Empire than his earlier work written in his younger age. In his latter study Kollár put it clearly that Slav reciprocity does not mean the political unification of all Slavic tribes (nations), or demagogical enterprises against the "governments and decrees of the countries, which would result nothing but disturbance and misfortune". This is something

different than what we can read of an obscure Slav country in the "Slávy dcera". Kollár understood literary reciprocity differently, and defended himself against the charges of Pan-Slavism. "Literary reciprocity is possible also in those places where a nation belongs to different crowns, where a nation lives in several countries, kingdoms, principalities, empires, or republics, dispersed. Reciprocity can be realized even in those cases when there are several religions, churches, or faiths, where people use different letters to write, and where there are different customs. For secular powers, landlord reciprocity does not represent any danger, as it leaves problems like those of the borders untouched, is not dependent on what kind of ruler the people have, is not concerned with any political circumstances, but is satisfied with the present situation, subjects itself to all kinds of rule and all rules of social life. It does not interfere with the legal systems of other countries, in one word, it lives in peace with all rulers and in friendship with all neighbours."

Kollár's Slav nation is the most powerful one and occupies the largest territory of all nations of Europe. The Slavic language is spoken in fifteen countries, he says.

Kollár's idea of reciprocity was the most welcome among the Slovenes, who were oppressed to the same degree as the Slovaks. This was quite natural, as Kopitar, the great figure of the Slovene movement, had created his concept of cultural Austro-Slavism – closely related to the idea of Slav reciprocity – already before Kollár. The idea of Slav cultural reciprocity was very popular also among the Croats, as it had many similar features with Illyrianism, the Croat national ideology wanting to create a narrower South-Slav integration.

There was no journal or newspaper which contributed so much to the introduction of the cultural and social life of the Slav peoples than did the Croat *Danica Ilirska*. One can hardly find an issue of this paper which would not bring news about the life of the Slavs in Hungary or outside. It mostly dealt with the Slovak linguistic and cultural movement, the movement of the nation that had had no press until 1845, and was the most inflicted by Magyarization. The *Danica* either took its news from Czech newspapers or magazines, or got information directly from the Slovaks by means of letters. It regularly reported on the activity in the centre of the Slovak movement, Bratislava, on the current literary works and journals of the Slovaks, on the Slovak literary society in Pest, on the steps taken towards the setting up of the Slavic chair at the Pest university, on Slovak theatrical art, scientific achievements, etc.

The Croatian press devoted significant space to the introduction of the Serb movement, the Serb literature, theatrical art, and the activity of the *Matica srpska*. Also the Polish, Czech, and Russian cultural achievements were regularly discussed. To mention only the most important subjects: they brought articles by A. Mickiewicz, A. S. Puškin, on topics like the contemporary Russian literature, etc. Slavic folk-poetry was also touched, the Croat press introduced for example Sorb and Bielorrussian folk-songs. The *Danica* regularly acquainted its readers with

the various Slav, mainly Czech, Polish and Sorb literary and scientific journals, and took over articles, studies from them.

Slav reciprocity was, however, not only represented by these reports on cultural life, but there were several articles on Slav reciprocity itself, on problems equally interesting for all Slavs, which were important factors in arousing and deepening Slavic consciousness. The following poems, reflecting this Slavic reciprocity, celebrate the solidarity of the Slovak and the Croat peoples:

“The prayer of the Tatra
With an ardent heavenly admiration
looks the Tatra down on Illyria’s land;
shedding tears of joy,
he looks at the ancient Adriatic.

This is the way how her Illyrian brother
looks at his sister, the faithful Slava.
What is the strength of this heroic nation?
It is the enthusiasm of the Slav spirit.

Tears are flowing along the Tatra,
the hearts are invoking God:
“Oh, God, give the luck of a hero
to brave Illyria!”

The sympathy and love of the Slovak brothers inspired the Croats, and their answer goes as follows:

“The answer of Illyra to Tatra’s prayer
My dear Tatra, my beloved Tatra,
You are the inmost part of my soul,
May you be blessed,
May you grow ever and ever.

Your face is gleaming as you are looking at me
and the brave army of my children.
You crush whoever would attack
Slava, our mother.

Oh, you, sister, become strong,
as one should on the road of the Slavs.
May dark clouds never
cast shadow on your path.

If one day I rise,
who can stop me then?
New times are coming,
and the Slav becomes a Slav again.

The world shall see anew:
those who stand for truth
– were they cursed by Hell –
will get their reward.”

This example also shows clearly, how great a significance the idea of Slavic reciprocity had and how great enthusiasm the success of the elder sister aroused in the younger brother, strengthening her movement, self-confidence, and faith in her own power by this anxious, loving attention.

The idea of Slavic reciprocity was effective also on Polish territory, and among the Polish emigrants after 1831, but it was the most operative in Galicia, which belonged at that time to Austria. And it was not by chance that the unofficial Pan-Slav movement in Russia, with the Slavophil Moscow university professor M. P. Pogodin at its head, was so enthusiastic about it.

We have to distinguish here the idea of Slavic reciprocity and the other form of the Slavic thought: Pan-Slavism. This latter concept covers the idea of Slav integration political in nature, developing under the auspices of Tsarist Russia. It is true that the interest in and love towards Russia, her people and culture was also characteristic of the idea of Slavic reciprocity. The Slav intelligentsia of Austria and Hungary was always deeply impressed by meeting a representative of the Russian people. The fact that the Russian army marched across Austria and Hungary during the Napoleonic wars passing through territories populated by Slavs, stimulated thoughts mainly among the intelligentsia of these oppressed Slav peoples of not being alone, of belonging to the huge family of Slavic peoples, a tribe of which – namely the Russian – supports their cause. Kollár and his followers proudly sang in their poems about the Russian people, living in a territory, which ranges from St. Petersburg to the Great Wall of China. They celebrated A. V. Suvorov, the great commander, M. V. Lomonosov, V. A. Žukovski, Puškin, and others. At the same time the ardour towards the progressive Russian culture made the idea of Slavic reciprocity positive in character.

This positive sympathy towards the Russian people, and the progressive Russian culture is hardly separable from the illusion entertained by the advocates of Slavic reciprocity, especially by the oppressed Slavs in the Ottoman Empire in connection with Tsarist Russia. It is no wonder that these Slavic peoples expected so much of the Russian empire, as it was not only the only independent Slav state, but also a Great Power with an ever growing influence in foreign policy especially after the Napoleonic wars. Tsarist Russia took the lion's share in defeating

Napoleon, and this greatly enhanced her reputation. The successful wars with the Turks in the first few decades of the 19th century also worked to the same effect.

Consequently, it is partly due to this that the Slavic peoples of the Austrian and Turkish empires, mainly their intelligentsia idealized Tsarist Russia. They saw only what was favourable for the Slav movements, and had a fictitious, idealistic picture of Tsarist Russia for quite a long time. They did not take the despotic inner structure of the empire into account, nor did they notice the consequence of it: the oppression of the non-Russian peoples, including other Slavs. But even if the Slavs of Austria and Turkey deserve just criticism for their naive belief, and their illusions can be condemned for not distinguishing between the Russian people and the despotic oppressors, we have to admit that to form a clear picture of the situation was not at all easy. The aim of the foreign policy of the Tsarist empire was to crush Turkey, which in turn oppressed the Slavs, therefore this foreign policy was objectively positive in spite of its subjective intentions or expansionist aims, mainly from the point of view of the Slavs on the Balkans, oppressed just by the Turks. The fact that the Tsarist Empire really helped the Balkan Slavs strengthened further the illusions towards the Tsarist Russia among the Austrian Slav intelligentsia.

We cannot, however, leave out of consideration that the Austrian (Hungarian) Slav national movements were definitely loyal to the Austrian Empire, did not want to be separated from it and belong to a Slav empire under the Tsar, as was designed by the Pan-Slavist ideas. We have to add here that the Tsars themselves did not think of bringing into existence such a Slav state under their rule, which would take over territories from the allied Austria and Prussia.

We know only of one case during the reign of Alexander I, when the Tsar wanted to turn the Slav inhabitants against Austria in the Napoleonic wars, as France forced Austria over to her side by the series of victories, and Austria, though unwillingly entered into a contract with Napoleon. This contract was necessarily directed against Russia. Learning this, Alexander I ordered his officers in the territories populated by South-Slavs to win the Slavic nations to the cause of the fight against the French and the Austrians. He ordered them to promise the Slavs independence, to recommend their leaders for decoration, and to hold them the prospects of financial support. That these were only strategic motions and were not dictated by the awareness of Slav solidarity is shown also by the wish to use the dissatisfied Hungarians for this purpose, too, namely Alexander I ordered his officers to win also the Hungarians. Meanwhile in his decrees he openly expressed his hostile views in connection with the Austrians and the French. It is also noteworthy that the Tsar wanted to win only those Slavic peoples which lived under French and Turkish rule.

Apart from this exceptional case, the legitimate ruler, the Tsar, did not only refrain from supporting the Slavs in Austria and Prussia in the first half of the 19th century because he was bound by contracts to the German Empires (Prussia

and Austria), but also because the Slav movements were developing into a more and more democratic way, and the despotic Russian ruler did not need democratic allies. The differences in opinion in connection with the Eastern Question were not yet so sharp as to cause breach in the relationship of the two powers, their relationship with each other and Prussia was characterized by the collaboration of the Holy Alliance. This alliance was based on secret contracts. Its basis was the Holy Alliance itself, that was organized on a new basis in 1833, though the differences in the Eastern Question between Russia and Austria were not at all settled. Then the so called Münchengrätz Agreement of these two countries was concluded, which was directed against the Polish liberation movement. This was followed by the Berlin Convention, which was the alliance of three countries, Russia, Austria, and Prussia, for mutual aid. This mutual aid was to be given not only in the case of an attack from outside, but also in the case of an attack of "inner" enemies. It was in accordance with these agreements that the Tsarist army intervened and helped Austria in crushing the Hungarian war of independence in 1849.

Pan-Slavism was thus far from being a realistic idea in the first half of the 19th century, the Tsars – mainly Nicholas I – did not want to risk the Austrian and the Prussian alliance for uncertain dreams. On the other hand we can view this question from the point of view of the well-known feature of Slavic reciprocity, which accounts for the fact that the Kollárian idea was most welcome among the Austrian Slavs: the zealous backers of Slavic reciprocity did not want to crush or dissolve the Austrian Empire. This loyalty was in accordance with the policy of the Croats and also with the aims of the Slovene national movement. This aspect of Slavic reciprocity was latter, in the forties, transformed into a political form: the Austro-Slavism, which was originally formulated within the Czech national ideology wanting to transform Austria into a Slav federation.

The idea of Austro-Slavism emerged already in the works of Dobrovský, who explained at a meeting of the Czech Scientific Society in 1791, which was attended by Emperor Leopold II himself that Austria was a country with Slav majority, in the history of which the loyalty of the Slavs had always played a great role. Two thirds of the Austrian army consisted of sons of Slavic peoples, the great Czech scholar said, and Austria had often been defended by the Slavs in the course of history.

J. Malý, a Czech liberal politician, stated in 1845 that the German minority of Austria could decide contrary to the needs or wishes of the Slav majority: "Austria must show inclination to the Slav tendencies, and she does so if she does not want to endanger own her existence." The Czechs, he continued, had got to their present high cultural standard under Austrian rule. Austria, though cautiously, progressed rather steadily, "and it is just the Czechs who can entertain the most beautiful hopes regarding their future. Glory to Austria for this for ever!"

F. Palacký, Czech historian, and the leader of the Liberals, formulated the characteristics of the Austro-Slav concept as opposed to the illusions of the Slavs towards Tsarist Russia and the German efforts at unification. He wrote in 1848: "Several peoples live in the south-eastern part of Europe, along the Russian borders, which are very different from one another – Slavs, Roumanians, Magyars, and Germans, to say nothing of the Greeks, Turks, or Skipetars –, none of which is strong enough by itself to oppose its too powerful neighbour successfully in the future. They are able to do this only in close connection with one another . . . In fact, if the Austrian Empire had not existed for long, we should do our best to support its establishment on behalf of Europe, and what is more, of all mankind."

Let us now examine what other forms the idea of Slavic solidarity was expressed in with the various Slav peoples.

In Tsarist Russia the above discussed illusion of the Slav peoples was utilized by the followers of Pan-Slavism to found a Slav state under the Tsar. Such Pan-Slavists were V. Karazin, V. B. Bronewski, M. P. Pogodin, and the Slavophiles, above all A. S. Homjakov. This Pan-Slav idea could, however, not influence significant strata, as it has just been shown. The revolutionary idea of Slav solidarity was also raised in Russia: an Ukrainian Decembrist society, the Society of the United Slavs (1823), and later the also Ukrainian Cyril and Metod Brotherhood with its plebeian group (1847) aimed at creating the revolutionary federation of the Slav peoples, the federation of free Slav republics. Similarly to the Pan-Slav concept of a Slav state under the despotic Tsarist Russia, the realization of this democratic and revolutionary Slav confederation also had insuperable obstacles ahead, and the project of a Slav republic remained the cherished idea of the best Ukrainian patriots.

Among the Poles we can meet quite a lot of varieties of the Slavic thought. Up to the Polish revolt of 1830–31 the Russophile Pan-Slav trend was strong in the Polish kingdom belonging to Russia. This trend wanted to re-establish Polish unity in the framework and with the help of Tsarist Russia. The basis for this Russophile trend was the constitution of Alexander I given to the Polish Kingdom in 1815, in which he granted its territorial autonomy.

An outstanding figure of the Polish enlightenment, S. Staszic elaborated this Russophile idea in the most characteristic way in the late 1810s. His thoughts influenced also the Polish Pan-Slavism of the thirties and forties. According to his opinion the Slavs constitute the youngest nation of Europe, but the Slav tribes have not yet succeeded in uniting. Integration is hindered by the centuries old fight between the two greatest states, the Russian and the Polish. Eventually it was the Poles who raised the idea of unification, and this will be – in Staszic' view – the standard for all the other Slavic tribes. The bitter experience of the first fifteen years of the 19th century taught the Poles the lesson that the unification of Poland with Russia could bring a final solution also for the Polish nation, and a new area for the whole of Europe. Staszic regarded Russia as the only power

able to create the Slav Russia would fulfil her most important mission, and ensure peace and happiness for the world. Russia is capable to fulfil this role because all Slavic tribes love her, and because the Slavs are united by the common language, the feeling of relatedness, and partly also by religion.

Situation changed and these Pan-Slav ideas were pushed to the background after the uprising of 1830–31, when Nicholas I withdrew the Polish constitution. The Russophile trend had smaller influence in those years, but did not cease to exist in the Polish Kingdom. According to this view Tsarist despotism is necessary, and is the strongest basis of order in declining Europe. The “old Polish nation” can evade destruction only if it integrates into “the healthy Russian nation”. It is this healthy root that the Slav tribes descend from, which are “ill” and endanger the root itself. The solution is unification – similarly to the Ukrainians – with the young and strong Russian people, with Tsarist Russia. These thoughts were necessarily connected with the idealization of the Eastern Church. The Slavdom originally formed an organic unit all following the teaching of Eastern Christianity. Later, however, disruption came, some tribes departed from the orthodox eastern Slavs. This process involved grave consequences on them, the uniform, harmonic development of the Slavs ceased to exist. According to this standard the Czech and Polish cultures are incompatible with their belonging to the Slavdom. The western Slavs, in the course of their continuous fight for their mere existence could not resist the foreign influence, and unlike the Russian culture, they lost their national characteristics. The eastern Slavs were, at the same time, exposed to the “ideal influence” of the Byzantine Empire before its collapse, and this did not exert a harmful effect on their national traits. (See the opinions of H. Rzesuski, M. Grabowski and W. A. Maciejowski.)

It is very characteristic that the Russophile idea became popular also in Prussia, owing to the Germanization of the Slavs, and in Austria as well, in both countries mainly after the uprising of Galicia in 1846. It is obvious that the greater influence of this Russophile idea was due to the Prussian and Austrian oppression (see T. Dziaynski or A. Wielopolski). It is, however, less understandable why the Pan-Slav ideas appeared also among the Polish emigrants (see W. Jablonowski and A. Gurowski). This was, however, not characteristic, with them the Slav thought served the re-establishment of Polish independence. Even if there were differences between the conservative and the democratic wing of the emigrants in the most important questions, they were one in that the Slav peoples have to be grouped around Poland in the fight against Tsarist Russia. The conservatives (A. Czartoryski and J. Woronic) wanted a monarchy, a Slav alliance with Poland as a centre, directed against Austria, Prussia, and the Tsarist Russia, while the democrats (the papers *Naród Polski*, *Polak*, and *Sawianin*) wanted a similar, but democratic Slav federation.

The Polish democrats, at the same time, stood on the platform of a Polish-Russian revolutionary co-operation, as they had done during the uprising. This

programme differed diametrically from the Polish Russophile-Pan-Slav ideas, and was similar to the earlier democratic Slav thought in Russia. The Polish National Committee (Komitet Narodowy Polski) stressed already when in emigration, in 1832 the necessity of the common fight of Russians and Poles against the despotic rule of the Tsar. "Russian brothers, we are calling you to this fight – their manifesto reads –, we oppressed Slavs struggling under tyranny, for whose oppression the German emperors combined their strength with your tyrant. A Slav is ready to give the hand of a friend to the other Slav. The great idea, which emerged first on the banks of the Newa, the idea of a federation of the Slav nations (an illusion to the programme of the Decembrists – Author) can be realized only by a common revival of the Slavs. Away with the foreign yoke, away with despotism."

The manifesto of the Polish Democratic Society (Towarzystwo Demokratyczne Polskie) of 1836 regarded the propaganda of democratic ideas among the Slavs a very important task: "Only a democratic and independent Poland is able to perform her great mission and tear the alliance of absolutism to pieces, annihilate its harmful effect on Western civilization, spread the idea of democracy among the Slavs, who are at present only means of subjugation, bind them into one with this thought, and begin – by her merits and the strength and cleanness of her spirit – the general liberation of the European peoples." The calling of Poland as the defender of Western civilization follows naturally from the fact that the Polish Russophile and Pan-Slav ideas were based on official Narodnik and the Slavophile ideas, namely that Russia develops according to rules different from the ones regulating the development of the Western European peoples; unlike the corrupted West, the Russian people has specific and excellent characteristics, and the same applies to the other Slav peoples. As an argument with this, the manifesto of the democratic Polish emigrants proclaimed Poland's mission to defend the Western world from Tsarist despotism, and combined this task with the revolutionary alliance of the Slav peoples, including the Russians.

The attitude of the great Polish poet, the democrat A. Mickiewicz was similar to this one. He sharply denounced the idea of Slav cultural reciprocity attacking it mainly because of its loyalty towards the Austrian Empire. As professor of the Slavic chair at the Collège de France in emigration, he regarded the typical scientific works of the linguistic and cultural movement as "dead" and "speculative" grammar, and contrasted them with life and the truth of the people. In his lectures he condemned the Slavic reciprocity idea of Kollár, and expounded his own idea of Slavdom instead, the basis of which was a ruthless fight against the absolutism of Tsarist Russia. Mickiewicz was not willing to enter into any kind of relationship or agreement with the empire of the Tsar, not even into cultural reciprocity. He disapproved of all illusions in connection with it, and considered its crushing an unavoidable task. He, too, represented the view that Poland and Tsarist Russia "are on the two extreme poles of civilization", with Poland as the vehicle of the Western culture and Russia as the one of the Mongolian. These revolutionary

ideas of Mickiewicz had great effect on the Polish emigrants, though their one-sidedness and extreme wording was obvious. The linguistic cultural movement had its positive significance in spite of the inherent loyalty, and Russia – with all the despotism of the Tsar – can not be considered to be the bearer of Mongolian culture. These polarized thoughts originated at the same time from the logic of the sharp revolutionary struggle.

Who should not leave it unmentioned that Mickiewicz drew a sharp line between Tsarism and the Russian people, whose fate was similar to that of the Polish people owing to the despotic rule. Mickiewicz was earlier in close connection with the Decembrists, and wrote the following lines to them:

“To you I send the songs of freedom,
where land and hearts suffer under oppression:
up in the north, where everything is covered
with snow and ice,
that they may sing of Spring like the cranes.”

The Polish democratic trend of Slav affinity influenced some Slavic peoples of Austria, Hungary and the Turkish Empire, mainly the liberal and radical trends of these movements. During the thirties and the forties, beginning with the sympathy towards the Polish uprising of 1830–31, the Slovaks, the Czechs, Croats, and the Serbs strongly sympathized with the Poles, which meant the idea of democratic Slav affinity, the antipathy towards the three Great feudal and absolutistic Powers dividing Poland. The sympathy towards the Polish unification movement can thus be considered to be of democratic orientation from the beginning, and greatly differed from the Kollárian concept of Slav reciprocity.

When examining the various forms of the Slav thought, we should deal also with the Serbs. With them, mainly with those living in the Turkish Empire, the Slav thought was subordinated to the cause of liberation from under the Turkish rule, and the realization of Serb unity. The Serbs in Turkey relied more and more on Tsarist Russia beside Austria, and wanted to regain their freedom with the help of this Slav state. The political and military steps in building out this relationship in practice were based on the awareness of the kindship of the Russians and the Serbs, the Slavic thought. An integral part of this Slav thought was, however, the affinity in religion, the common Pravoslav faith. Even if in those days religion, as an organic part of the feudal order, lost much of its attraction and role, motives of this kind also played a role in spreading the various forms of the Slav thought. Just as common faith made the acceptance of the Slav thought easier among the Pravoslav Serbs and Bulgarians and helped the realization of an alliance with Russia, differences in religion among the non-Pravoslav Slavs hindered the spread of a Russophile trend of political character.

The fact that the loyalty to Austria haunted more than once among the Serbs during the first uprising in spite of their common faith and common Slavic origin

shows that the Slav thought served with the Serbs – similarly to the Russians and unlike the Slovaks – mainly political and military aims.

The first Russian–Serb treaty was concluded in 1807, at the time of the first Russian–Turkish war of the century and the first Serb uprising. The Serbs placed themselves under the protectorate of the Tsar with this, and asked him to ensure a constitution “in accordance with the customs of the nation”. It is worth mentioning that under customs they meant mainly that the constitution should not recognize the larger estates. This democratic demand, accepted by the despotic Russia, was in harmony with the democratic structure of the Serbian society, where there were only Turkish landlords owing to the specific Turkish system, and if the Tsar wanted to rely on the Serbs against the Turks – which was his basic interest – he had to face reality: there were no Serb landlords, with whom he would have liked to enter into an alliance much better.

The victories of the Russian army along the lower reaches of the Danube enhanced the moral power of the Serbs, and the unification of the Russian and Serbian armies also resulted in great victories in 1807. We cannot undertake to enlarge on these campaigns, the relationship and collaboration of the Russian troops and the Serb insurgents. It is sufficient to mention that the main force of the Turkish army defeated the Serbs at Čegar near Niš in 1809. Meanwhile the Russians launched an attack, and the Turks thus had no time to make use of their victory, as they had to send the majority of their troops to fight against the Russians. Thus the first half of the 1810's brought Russian–Serbian victory, and they freed Serbia from the Turks again.

Co-operation was, however, not always so straight-forward during the Russian–Turkish war. Namely, Russia subordinated the support of the Serb uprising to her own political and strategic interests, thus the Russian and Serb interests differed, though they were basically the same. The differences were enhanced by the fact that the Tsar made K. K. Rodofinikin, a Greek diplomat in Russian employment, his representative in Serbia, and he established relations also with the Greek Church dignitaries hated by the Serbs. It follows from this that the Serb insurgents turned to Austria for help more than once, and even the idea of turning to Napoleon emerged, when Tsarist Russia concluded an armistice agreement with the Sultan in 1807 in consequence of the peace of Tilsit, and thus the support of the Serb uprising was pushed to the background.

After these vacillations, however, the Russian orientation prevailed, which can not be considered a mere chance, because the Serbs realized that they could get the greatest help from Russia, as it was this power which waged the most wars against the Ottoman Empire holding the Serbs in captivity.

Outer circumstances, however, took an unfavourable turn from the point of view of the Serbian uprising. The relations between Russia and France became increasingly tense. Consequently Russia hurried to finish the war with the Turks, because she had to count on an attack from Napoleon. Thus the Peace of Bucu-

reşti was concluded in 1812. This peace treaty contained certain concessions for the Serbs, but they were far from being satisfactory for them. Later, in the given circumstances in foreign politics, during the campaign of Napoleon in Russia, when the Russian troops withdrew from the lower reaches of the Danube, the Turks did not only ignore the verdicts of the Bucureşti peace treaty, but also gradually occupied the territories of the rebels crushing their courageous defence, and finished the first noteworthy armed opposition of the Serbs by this by the autumn of 1813. After these events the Serb emigrants in the empire of the Tsar and in Bessarabia, and the contending Serb leaders, Karadjordje and Miloš Obrenović, turned definitely towards Russia, and both wanted to ensure Russian aid for themselves.

Owing to Turkish atrocities after the defeat, there were only isolated armed actions, and after the successful battle of the second uprising in 1815 the Serbs sent delegates to Konstantinople to conclude an agreement with the Porte. At the same time Russia, too, intervened in behalf of the rebels. As the Turks were afraid of another war with the Russians, the negotiations were successful: the Belgrade *pasalik*, i.e. the district of Belgrade got a limited home rule, and the leader of the revolt, Miloš Obrenović, was recognized as main-kenéz, i.e. a high-ranking official. The Serbs considered this autonomy only a starting point, and the widening of this self-government or independence depended no more on armed uprising but on various negotiations, the situations in foreign relations, i.e. on the changes in the Russo-Turkish relationship in the twenties.

The Serbs of Hungary, who were in close connection with their brethren over the Sava, also hesitated in their choice between Austria and Russia. This is very well illustrated by two, totally different concepts. One of them, the Serb idea of unity, which was based on Russian help, was worked out by Dj. Stratimirovič, the Patriarch of Karlóca in June, 1804, and was forwarded to Saintpeterburg by Samborski, confessor of Palatine Joseph' wife, Grand Duchess Pavlovna Alexandra, a member of the Romanov family. The Serb Patriarch emphasized not only the strength of the Pravoslav faith in combining Russians and Serbs, but also the affinity in language and nation. The other memorandum was drafted and sent to Emperor Franz by a Serb nobleman living in Hungary, S. Tököly. In it Tököly raised the problem of the Serb national unity, the importance of founding a Serb state, and he suggested to do all these just under the auspices of Austria.

The Slav thought was expressed in quite different ways in Bulgaria, the most oppressed, and consequently weak Slav national movement. The Bulgarians accepted a form of Slav thought similar to the one cherished by the Serbs. The difference was that their Russian orientation was unbroken until the liberation from the Turkish rule, as it was due to the Russian arms. It did not cease even when they saw that Russians subordinated the support of their national liberation movement to her own political and military arms.

Consequently, the Slav thought and the trust in Russia as its element was also with the Bulgarians rather a practice than a range of ideas. Pajsij Hilendarski, the father of the Bulgarian revival, wrote in his famous historical work as early as the mid-eighteenth century that the original home of the Slavs had been in "the northern country", i.e. Russia, and the Bulgarians can expect the greatest help from their northern brothers, the Russians.

One of the leading personalities of the Bulgarian cultural and political movement, Sofronij Vračanski, sent a memorandum to the Russian Ministry of Foreign Affairs during the Russian–Turkish war of 1806–1812, in which he offered the help of the Bulgarian people in the war against the Turks, and asked "with devotion" that the Bulgarians be allowed to become subjects of the Russian empire. He established also that Bulgaria can be liberated exclusively by the Russians. From that time the Bulgarians in accordance with their power sided with the Russians, more and more in the fight against the Turkish troops.

To sum up, the Slavic thought – except for its Russian form – invariably came from the weakness of these peoples, but took different forms according to the aims and state of the particular national or liberation movements. These varieties of the Slav idea varied in each case according to the necessities of the individual national movement. Thus we have a very colourful picture, which suggests in itself that the joining of all Slavic forces had not got much reality ahead. We can often notice totally opposing projects of creating this Slav integration. The cultural type of Slavic reciprocity, for example, the so-called Austro-Slavism, basically differed from Pan-Slavism or the Russophile tendencies, with all its illusions towards Tsarist Russia. The Russian and Polish forms of democratic Slav solidarity represented another orientation, and were different even from one another, if not in the main issues. The Poland-oriented anti-German and anti-Russian conservative idea of Slavic collaboration was again another trend, while among the Slavs in Austria and Hungary the totally different concepts of Austro-Slavism, Russophilism and sympathy towards the Poles could peacefully coexist.

Besides these divergent trends there aroused sometimes serious disagreements among the Slavic nations. This happened, for example, in 1830–31 among the Russians and the Poles, and in the forties among the Czechs and the Slovaks, when the independent Slovak literary language was on the make. In the relationship of the Croats and the Serbs there were no conflicts yet, but signs of disagreement could be observed. These were reflected by the fact that the Pravoslav Serbs did not join the Illyrian national movement under Catholic Croat leadership wanting to integrate all southern Slav peoples. They imagined unity to be created under their own leadership.

In spite of all these, almost all forms of the Slav thought strengthened the belief of the Slavs in their own power, promoting by this the national development of the Slavic nations in spite of its two-sided inherent contradictions.

Transl. by J. Zinner

SOURCES AND BIBLIOGRAPHY

There is a great number of works on Slavic affinity, but there is not one, which would deal with the comparative ideological aspect of the events. We tried to apply this principle, as we think there is no need to give a customary scientific reference. The comparative method makes several – hitherto unnoticed – problems clearer, and the date, the facts are generally known and can be found in earlier syntheses or in the works of the day, which are given by us below.

1. *Synthetical works on Slav reciprocity, solidarity in connection with several or all Slavic peoples*

See above all the *great Slav bourgeois scholars*: I. V. JAGIĆ: *Istorija slavjanskoj filologii*. (History of the Slav philology.) Sanktpeterburg 1910.; M. PRELOG: *Slavenska renesansa 1780–1848*. (The Slavic revival 1780–1848.) Zagreb 1924.; M. WEINGART: *Slovanská vzájemnost. Úvahy o jejích základech a osudech*. (Slav reciprocity. Thoughts on it basis and history.) Bratislava 1926.; J. BIDLO: *Dějiny Slovanstva*. (A history of the Slavdom.) Praha 1927.; *Slovanská vzájemnost 1836–1936. Sborník prací k 100. výročí vydání rozpravy Jana Kollára o slovanské vzájemnosti*. (Slavic reciprocity. Papers in honour of the 100th anniversary of the publishing of Jan Kollár's work on Slavic reciprocity.) Ed. by J. HORÁK. This collection of essays contains several comprehensive writings on the subject. See further the more recent *Marxist works: Slavjanskoe vozroždenie. Sborník statej i materialov*. (Slavic revival. A collection of essays and documents.) Moscow 1966.; *Slavjanskije literaturnye svjazi*. (Slav literary connections.) Ed. M. P. ALEKSEEV. Leningrad 1968.; F. WOLLMANN: *Slovanství v jazykově literárním obrození u Slovanů*. (Slavdom in the Slav literary and linguistic revival.) Brno 1958.; Same: *Slavismy a antislavismy za jara národů*. (Slavism and anti-Slavism during the Springtime of the Nations.) Praha 1968.; J. ŠÍDAK: *Austroslavizam i slavenski kongres u Pragu 1848*. (Austro-Slavism and the Slav Congress in Prague in 1848.) in: *Historijski pregled 1960/3–4*, pp. 204–218.; V. ZAČEK: *K dějinám austro-slavismu rakouských Slovanů*. (Contribution to the history of the Austro-Slavism among the Slavs in Austria.) in: *Slovanské historické studie*. Prague 1968, pp. 129–177.

We can find ample material on the subject also in the publications of the *latest two congresses of Slavonic studies*: VI. *Mezinárodní sjezd Slavistů v Praze 1968. Resumé přednášek, příspěvků a sdělení*. (6th International Congress of Slavonic Studies in Prague, 1968. Summaries of the lectures and contributions.) Praha 1968.; VII. *Miedzynarodowy Kongres Slawistów Warszawa, 21–27 VIII. 1973. Streszczenia referatów i komunikatów*. (7th International Congress of Slavonic studies in Warszawa, 21–27, 8. 1973. Summaries of the lectures and contributions.) The full texts of the lectures have been published, too, in the volumes edited by the individual national committees.

I, myself, have also dealt with the subject in several works, where I also gave a detailed picture of the literature on the above discussed problems: *A nemzetiségi kérdés története Magyarországon 1790–1848*. (A history of the nationality in Hungary 1790–1848. Vols 1–2.) Budapest 1960.; *Kelet-Európa története a 19. század első felében*. (The history of Eastern Europe in the first half of the 19th century.) Budapest 1971.; *A magyarországi szlávok és az oroszok kapcsolatához a reformkorban. Tanulmányok a magyar–orosz irodalmi kapcsolatok köréből*. (Contribution to the relationship of the Slavs and Russians in Hungary in the Reform Era. Studies on the Hungarian and Russian literary relations.) Budapest 1961, vol. 1, pp. 245–294.; *Die slowakische Schriftsprache und die slawischen Völker in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts* (in: *Studia slavica* 1968, pp. 3–44.; Plan eines slawischen vergleichenden Wörterbuches); *Die Zusammenarbeit der Russischen Akademie der Wissenschaften und slawischer Gelehrten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*. *Studia slavica* 1971, pp. 249–280.

The work of K. RÁTZ under the title *A pánszlávizmus története* (The history of Pan-Slavism) Budapest 1941, is characterized by Hungarian nationalism, but the bulk of his material is taken from detailed Slav works, which makes it serviceable. The large synthesis of A. FISCHEL shows German bourgeois one-sidedness: *Der Panславismus bis zum Weltkrieg. Ein geschichtlicher Überblick*. (Stuttgart–Berlin 1919)

See further some *western bourgeois works*, which show recent interest in the subject: H. KOHN: *Panslavism, its History and Ideology*. University of Notre Dame Press 1963.; P. F. SUGAR – I. J. LEDERER: *Nationalism in Eastern Europe*. 2. ed. University of Washington Press 1971.; M. B. PETROVICH: *The Emergence of Russian Panslavism 1856–1870*. New York 1956.

2. *The Slav thought with the Czechs and the Slovaks*

Here we have some *bibliographies, source publications, syntheses, and collections of papers*: *Československé práce o jazyce, dějinách a kultuře slovanských národů od r. 1760*.

Biograficko-bibliografický slovník. (Works of Czechoslovakian scholars on the language, history and culture of the Slav nations from 1760.) A dictionary of biography and bibliography.) Ed. M. KUDĚLKA – Z. ŠIMEČEK. Praha 1972.; Slavica na Universitě J. E. Purkyně v Brně. (Slavica at the J. E. Purkyně University in Brno.) Brno 1973.; E. ARÁTÓ: *Von der Arbeit des "Instituts für Geschichte der sozialistischen Länder Europas" der Slowakischen Akademie der Wissenschaften.* In: *Studia slavica* 1970. pp. 538–567.; *Pisma k Vjačeslavu Ganke iz slavjanskijh zemelj.* (Letters to Vjačeslav Hanka from the Slav countries. (Ed. V. A. FRANCEV. Varšava 1905.; *Materiály z konferencie o myšlienke slovanskej vzájomnosti a jej ulohy v narodno oslobodzovacom boji našich národov* 1959. (Materials of the Conference on the idea of the Slav reciprocity and its role in the national liberation movements of our nations 1959.) in: *Historický časopis* 1960/2–3.; *Slovensko-slovanské literárne vzťahy.* (Literary links of the Slovaks and the Slavs.) Bratislava 1966. *Slovanství v národním životě Čechů a Slovaku.* (Slavism in the national life of the Czechs and the Slovaks.) Praha 1968. Remarkable material to the subject can be found in the periodicals *Slovanské historické studie* appearing in Prague from 1955, *Slovanské štúdie* in Bratislava from 1957, and in the popular journal appearing for decades in Prague, *Slovanský přehled.*

For the bilateral relations see: A. MRÁZ: *Z ruskej literatúry a jej ohlasov u Slovákov.* (From Russian literature and the echo it created among the Slovaks.) Bratislava 1955.; J. STANISLAV: *Očerki po istorii češskago vrozroždenija. Russko-češskija učenyja svjazi konca XVIII i pervoj poloviny XIX st.* (Sketches of the history of the Czech renaissance. Russian–Czech relations in science at the end of the 18th and in the first half of the 19th centuries. Varšava 1902.; J. JIRÁSAK: *Rusko a my. Dejiny vstahů československo-ruských od nejstarších dob do roku 1914.* (Russia and we. The history of the Czechoslovakian–Russian relations from the earliest times to 1914.) Praha – Brno 1946. Tol. 1.; *Príspevky k dějinám česko-ruských kulturních styků.* (Aspects of the history of the Czech–Russian cultural relations.) Praha 1965.; *Dějiny česko-ruských vztahů 1770–1917.* (The history of the Czech–Russian relations, 1770–1917.) Praha 1967.; *Sto padesát let česko-ukrajinských literárních styků 1814–1964. Vědecko-bibliografický sborník.* (One hundred and fifty years of Czech–Ukrainian literary connections, 1814–1964. A scientific bibliographical collection. Praha 1968.; O. BERKOPEC: *Česká a slovenská literatura, divadlo, jazykozpyt a národopis v Jugoslavii. Bibliografie od r. 1800 do 1935.* (Czech and Slovak literature, theatrical art, linguistics, and ethnography in Yugoslavia. A bibliography of the years 1800–1935.) Praha 1940.; *Dopisy československých spisovatelů Stanku Vrazovi a Ljudevitu Gajovi.* (Letters of Czechoslovakian writers to Stanko Vraz and Ljudevit Gaj.) Ed. by K. PAUL. Praha 1923.; F. WOLLMANN: *Ilyrism a Čechoslováci.* (Illyrism and the Czechoslovaks.) Československo Jihoslovanská Revue. 5. Nos 6–7. pp. 125–157.; Z. KLÁTIK: *Štúrovcí a juhoslovania. Príspevok d dejinám slovensko-juhoslovanských literárnych vzťahov.* (Štúr and his followers and the Southern Slavs. Contribution to the history of the Slovak and Southern Slav literary connections.) Bratislava 1965. *Literárne vzťahy Slovákov a južných Slovanov.* (Literary relations of the Slovaks and the Southern Slavs.) Materials of the Conference between 30 October and 1 November 1966.) Bratislava 1968.; *Československo a Juhoalávia. Z dejín československo-juhoslovanských vzťahov.* (Czechoslovakia and Yugoslavia. From the history of the Czechoslovak–Yugoslavian relations.) Bratislava 1968. *Česi a Jihoslovania v minulosti. Od nejstarších dob do roku 1918.* (The Czechs and Yugoslavians in the past. From the most ancient times till 1918.) Ed. by V. ZÁČEK. Praha 1975.; *Studia Balkanica Bohemoslovaca.*

Príspevky prednesené na 1. celostátním balkanistickém sympoziu v Brně 11–12. prosince 1969. (Materials presented at the State Symposium of Balkan Studies in Brno, 11–12 December 1969.) Brno 1970.; J. KRYSŤÁNEK: *Z dějin polsko-českých literárních vztahů.* (From the history of the Polish–Czech relations in the field of literature.) Brno 1966.; V. ŽÁČEK: *Z revolučních a politických polsko-slovenských styků v době předmarcověj.* (From the revolutionary and political relations between the Poles and Czechs during the Vormärz.) Bratislava 1966.; Z. URBAN: *Z dějin česko-bulharských kulturních styků.* (From the history of the Czech–Bulgarian cultural relations.) Praha 1957.

Here I enumerate the works of the persons mentioned in the paper and those written on them: F. M. PELCL: *Nová kronika česká.* (New Czech chronicle.) Vol. 1, 1791.; Same: *Paměti.* (Memoirs.) Praha 1956.; J. DOBROVSKÝ: *Institutiones linguae slavicae dialecti veteris. 1822.; Dějiny české řeči e literary.* (A history of the Czech language and literature.) Ed. by B. JEDLIČKA. Praha 1951.; Same: *Rossica. Spisy a projevy.* (Rossica. Writings and speeches.) Ed. by K. HORÁLEK and M. HEŘMAN. Praha 1953.; *Korrespondence Josefa Dobrovského. 2. Vzájemné dopisy Josefa Dobrovského a Jiřího Samuele Bandtkeho z let 1810–1826.* (The correspondence of Jozef Dobrovsky. Vol. 2. The correspondence of Jozef Dobrovsky and Jiří Samuel Bandtke from the years 1810–1826.) Ed. by V. A. FRANCEV. Praha 1906.; J. HORÁK –

M. MURKO – M. WEINGART: *Josep Dobrovský 1753–1829*. (A collection of essays.) Praha 1929.; *Josep Dobrovský (1753–1953). Sborník studií k dvoustému výročí narození*. (Josep Dobrovský 1753–1953. A collection of essays on the occasion of the two hundredth anniversary of his birth.) (Praha 1953.; *Grammatické dielo A. Bernoláka*. (A. Bernolák's work in the field of grammar.) Bratislava 1964. K. HABOVŠTIAKOVÁ: *Bernolákovo jazykovedné dielo*. (Bernolák's work in linguistics.) Bratislava 1968.; V. ZELENÝ: *Zivot Jos. Jungmanna*. (The life of J. Jungmann.) Praha 1874.; A. S. MYL'NIKOV: *Josep Jungman i jevo vremja*. (Josep Jungmann and his age.) Moscow 1973.; J. V. ORMIS: *Bibliografía Jána Kollára*. (A bibliography of Ján Kollár.) Bratislava 1954.; *Slávy dcera ve třech zpěvích od Jána Kollára*. (The Daughter of Slavia by Jan Kollár in three cantos.) 2. ed. Buda 1824; JÁN KOLLÁR: *O literárnej vzájomnosti*. (On literary reciprocity.) Bratislava 1954.; P. J. ŠAFÁRIK: *Slovanský národopis*. (The ethnography of the Slavs.) Praha 1955.; P. J. ŠAFÁRIK: *Litteraria. Studie a dokumenty*. (Litteraria. Studies and documents.) Bratislava 1961.; *Korrespondence Pavla Josefa Šafaříka. Vzájemné dopisy P. J. Šafaříka s ruskými ucenci (1825–1861)*. (The correspondence of Pavel Josef Šafařík. His correspondence with Russian scholars from the years 1825–1861.) Vols 1–2, ed. by V. A. FRANCEV. Praha 1927.; K. PAUL: *Pavel Josef Šafařík, život i díko*. (Pavel Josef Šafařík. His life and activity.) Praha 1961.; *Odkaz P. J. Šafaříka*. (What P. J. Šafařík has left to us.) Bratislava 1963.; A. S. MYL'NIKOV: *Pavel Šafařík vydajuščisja učenyj – slavist*. (Pavel Šafařík, the outstanding Slavist scholar.) Moscow–Leningrad 1963.; J. NOVOTNY: *Pavel Josef Šafařík*. Praha 1971.; K. JIRÁČEK: *P. J. Šafařík mezi Jihoslavy*. (P. J. Šafařík among the Southern Slavs.) Osvěta 1895.; F. PALACKÝ: *Dějiny národu českého v Čechách a v Morávě*. (A history of the Czech nation in Bohemia and Moravia.) Praha 1907.; *Korrespondence Pavla Josefa Šafaříka s Františkem Palackým*. (The correspondence of Pavel Josef Šafařík and František Palacký.) Ed. by V. BECHNYŇOVÁ – Z. HAUPTOVÁ. Praha 1961.; M. JETMAROVÁ: *František Palacký*. (Praha 1960.; J. V. ORMIS: *Bibliografía Ludovíta Štúra*. (A bibliography of Ludovít Štúr.) Bratislava 1958. LUDOVIT ŠTÚR: *Dielo v piatich zväzkoch*. (His works in five volumes.) Vol. 1. Politické state a prejavy. (Political articles and speeches.) Ed. by J. AMBRUŠ – J. V. ORMIS. Bratislava 1954. Vol. 2. *Slovania, bratia*. (Slavs, brothers!) Ed. by J. AMBRUŠ. Bratislava 1956. Vol. 3. *Slovanská ľudová slovesnosť*. (Slav folk-lore.) Ed. by J. AMBRUŠ. Bratislava 1955. Vol. 4. *Básne*. (Poems.) Ed. by J. AMBRUŠ. Bratislava 1954. Vol. 5. *Slovenčina naša*. (Our Slovak language.) Ed. by J. AMBRUŠ. Bratislava 1957.; *Ludovít Štúr. Život i dielo 1815–1856. Sborník materiálov z konferencie Historického ústavu Slovenskej akadémie vied*. (Ludovít Štúr. His life and activity 1815–1856. A collection of the material of the conference at the Historical Institute of the Slovak Academy of Sciences.) Bratislava 1956.; *Ludovít Štúr und die slawische Wechelseitigkeit. Gesamte Referate und die integrale Diskussion der wissenschaftlichen Tagung in Smolenice, 27.–29. Juni 1966*. Ed. by L. HOLOTIK. Bratislava 1969. J. HERKEL: *Elementis universalis lingue slavicae e vivis dialectis eruta et sanis logicae principiis suffulta*. Buda 1826. A. MATOVČIK: *Martin Hamuljak (1789–1859). Život, dielo, osobnosť*. (His life, work, and personality.) Bratislava 1971.

3. The Slovans and the Slav reciprocity problem

Barth. *Kopitars kleinere Schriften. Sprachwissenschaftlichen, geschichtlichen, ethnografischen und rechtshistorischen Inhalts*. Ed. by F. MIKLOSICH. Wien 1857.; *Jerneja Kopitarja spisov II. del. Srednja doba. Doba sodelovanja v "Jahrbücher der Literatur" 1818–1834*. (The works of Jernej Kopitar. Vol. 2. His middle period, his work at the Jahrbücher der Literatur 1818–1834.) Ljubljana 1944–1945. Vols 1–2.; *Briefwechsel zwischen Dobrowsky und Kopitar (1808–1828). Istočniki dlja istorii slavjanskoj filologii*. (Sources of the history of Slav philology.) Ed. by V. JAGIĆ. Vol. 1. Sanktpeterburg – Berlin 1885.; *Novyja pisma Dobrovskago, Kopitara i drugih jugozapadnih slavjan*. (New letters of Dobrovský, Kopitar and other Southern Slavs.) Istočniki . . . Vol. 2. Sanktpeterburg 1897.; K. PAUL: *Pavel Josef Šafařík a Bartolomej Kopitar. Literárně historický příspěvek k charakteristice obou učenců*. (Pavel Josef Šafařík and Bartolomej Kopitar. A contribution of literary history to the characters of the two scholars.) Praha 1938.; F. GESTRIN – V. MELIK: *Slovenska zgodovina. Od konca osemnajstega stoletja do 1918*. (A history of the Slovans from the end of the 18th century up to 1918.) Ljubljana 1966. E. ZWITTER – J. ŠIDAK – V. BOGDANOV: *Les problèmes nationaux dans la monarchie des Habsbourg*. Beograd 1960. Apart from the Slovans, the Croats and the Serbs are naturally also mentioned. F. ZWITTER: *Narodnost in politika pri Slovencev*. (Nationality and politics with the Slovenes.) *Zgodovinski časopis* 1947. pp. 31–69.

4. Slav affinity with the Croats

See the already mentioned works on the Slovakian language, for further information see: F. ŠIŠIĆ: *Pregled povijesti hrvatskoga naroda*. (A survey of the history of the Croat people.) Ed. by J. ŠIDAK. Zagreb 1962.; V. ŽÁČEK – V. STARČEVIĆ: *Dejiny Jugoslavije*. (A history

of Yugoslavia.) Praha 1970.; A. BARAC: *Hrvatska književnost od Preporoda do stvaranja Jugoslavije*. Knjiga 1. *Književnost ilirizma*. (The Croat literature from the revival to the formation of Yugoslavia. Vol. 1. revival to the formation of Yugoslavia. Vol. 1. The literature of Illyrism.) Zagreb 1954.

See further the studies by J. ŠIDAK: *Južnoslovenska ideja u ilirskom pokretu*. (The Southern Slav idea in the Illyrian movement.) *Jugoslavenski istorijski časopis* 1963/3. pp. 31–42.; *Prilog razvoju jugoslavenske ideje do g. 1914*. (Contribution to the development of the Southern Slav idea up to 1914.) *Naše teme* 1965/8–9. pp. 1290–1217. *O uredniku i značenju ilirskog "Branislava"*. (On the editor and significance of the Illyrian "Branislav".) *Historijski zbornik* 1961. pp. 75–87.; *Još jednom i ilirskom "Branislavu"*. (Once more on the Illyrian "Branislav".) *Historijski zbornik* 1964. pp. 385–392.

See also the following source publications: V. NOVAK: *Antologija jugoslavenske misli i narodnog jedinstva, 1390–1930*. (Anthology of the Yugoslav idea and national unity, 1390–1930.) Beograd 1930.; S. JEŽIĆ: *Ilirska antologija. Književni dokumenti hrvatskog preporoda*. (Illyrian anthology. The literary documents of the Croat revival.) Zagreb: 1934.; I. SLAMNIG: *Antologija hrvatske poezije od najstarijih zapisa do kraja XIX stoljeća*. (Anthology of Croatian poetry from the earliest lines to the end of the 19th century.) Zagreb 1960.; B. ŠULEK: *Izabrani članci*. (Selected articles.) Ed. by R. MAIXNER – I. ESIH. Zagreb 1952.

On the Croatian newspapers or magazines and the Slavs see: *Napredak slavjanske narodnosti u Ugarskoj. Dopis iz Ugarske*. (The progress of the Slav nationality in Hungary. A letter from Hungary.) *Danica ilirska* 1840 15–16. For the Slovak cultural, linguistic, scholarly and scientific life see the following issues of this weekly: 1840: 20, 21, 23, 26, 35, 38, 43, 46, 49.; 1841: 21, 24, 33. *Ilirske narodne novine* 1841: 12, 17, etc. On the Serbs see: *Danica ilirska* 1840: 40, 1841: 10, 11., 1842: 3, 6, 16, 35., 1843: 42., 1844: 13, 19, 43., 1845: 3, etc. On the Poles see: *Danica hrvatska slavonska i dalmatinska* 1843: 36, 42. On Mickiewicz see the same weekly: 1843: 46–47., 1844: 24–28., 1845: 18, etc. On the Czechs see: *Danica ilirska* 1840: 6–7, 12, 18., 1841: 7, 16, 25., 1842: 15, 30., 1843: 35., 1844: 27, 28., 1845: 2–6, 22, 42. etc. On the Russians see: 1840: 13, 14., 1841: 36., 1842: 24., 1843: 37., 1845: 36. (Translated from Pushkin), etc.

For the Slav thought see also: *Zasluge Slavjanah za civilizaciju evropejsku*. (The merits of the Slavs in the formation of European civilization.) *Danica ilirska* 1840: 49–52., I. ČAPLOVIĆ: *Šta su naučili Slavjani od Magjara, šta li Magjari od Slavjanah*. (What have the Slavs learned from the Magyars and what the Magyars from the Slavs?) *Danica ilirska* 1841: 44–45., I. KUKULJEVIĆ: *Slavjanska domovina*. (The Fatherland of the Slavs.) *Danica ilirska* 1841: 46., *Negdašnje razprostranjenje Slavjanah u sadašnjem austrijskom carstvu*. (The onetime territories of the Slavs within the boundaries of the present-day Austrian Empire.) *Danica ilirska* 1843: 43.

See also: S. ANTOLJEK: *Prekosavska Hrvatska i pitanje njene reinkorporacije (1813–1822)*. (Croatia over the Sava and the problem of its reannexation, 1813–1822.) *Starine* 1955. pp. 91–150., J. HORVAT: *Ljudevit Gaj*. Beograd 1960.

5. Among the Russians and the Ukrainians

See above all the comprehensive works, sources and the works or studies on the Slav thought: *Istorija SSSR*. (A history of the Soviet Union.) Vol. 1. *S drevnejših vremen do 1861 g.* (From the earliest times to 1861.) Moscow 1964.; *Istorija SSSR*. Ser. 1. Vols 1–6: vol. 4. Moscow 1967., *Vnešnja politika Rossii XIX načala XX veka. Dokumenty Rossijskogo ministertva inostranny del Ser. 1. 1801–1815 gg. Tom. 6. 1811–1812*. (Foreign policy of Russia in the nineteenth and early twentieth centuries. Documents of the Ministry of Foreign Affairs of Russia. Ser. 1. 1801–1815. Vol. 6. 1811–1812.) Moscow 1962., *Zapiski, Mnenija i perepiska Admirala A. C. Šiškova*. (Notes. Views and letters of Admiral A. C. Šiškov.) Berlin 1870., N. POPOV: *Pisma k M. P. Pogodinu iz slavjanskih zemelj (1835–1861)*. (Letters to M. P. Pogodin from the Slav countries, 1835–1861.) Moscow 1879., N. P. BARUKOV: *Žiznj i trudy M. P. Pogodina*. (Life and works of M. P. Pogodin.) Sanktpeterburg. The volumes of this huge work appeared in the nineties of the last century and at the beginning of the twentieth., M. I. SUCHOMLYNOV: *Isztorija Rossijskoj Akademii*. (The history of the Russian Academy.) Vol. 1. Sanktpeterburg 1885.; A. A. KOČUBINSKIJ: *Načalinye gody russkago slavjanovedenija*. (The early years of Russian Slavic studies.) Odessa 1887–1888., V. S. POKROVSKIJ: *Istorija ruskoj političeskoj mysli*. (The history of the Russian political thought.) Moscow 1954., M. V. NEČKINA: *Dviženje dekabristov*. (The Decembrist movement.) Vols 1–2. Moscow 1955., A. JANOV: *Zagadka slavjanofiljskoj kritiki*. (The riddle of Slavophile criticism.) *Voprosy literatury* 1969/5. pp. 91–117., S. POKROWSKI: *Mnimaja zagadka*. (An imaginary secret.) pp. 117–128., B. JEGOROV: *Problema, kotoruju neobhodimo resitj*. (A problem that has to be solved.) *Ibid.* pp. 128–135., D. DEMENTJEV: "Koncepcija", "konstrukcija" i "modelj". ("Concept", "structure"

and "model".) Ibid. 1969/7, pp. 116–129., A. IVANOV: *Otricateľnoje dostoinstvo*. (A negative merit.) Ibid. pp. 129–138.; I. FRIZMAN: *Za naučnuju obektivnost*. (For scientific objectivity.) Ibid. 138–152., E. MAJMIN: *Nužny konkretnye issledovanija*. (Concrete research is needed.) Ibid. 1969/10, pp. 103–113., V. KOŽINOV: *O glavnom v nasledii slavjanofilov*. (The main subject in the legacy of the Slavophiles.) Ibid. pp. 113–131. V. KULEŠOV: *Slavjanofilstvo, kak ono jest ...* (Slavophilism as it is ...) Ibid. pp. 131–144., S. DMITRIEV: *Podhod dolžen bytj konkretno-istoričeskij*. (The approach must be concrete and historical.) Ibid. 1969/12, pp. 73–84.; A. JANOV: *Otvet opponentam*. (Answer to the opponents.) Ibid. pp. 85–101.; S. MASINSKIJ: *Slavjanofilstvo i ego istolkovatelj*. (*Nekotorye itogi diskussii*.) (Slavophilism and its interpreters. Some results of the debate.) Ibid. pp. 102–140. Rich sources of Slav affinity and the multilateral and bilateral relations are: *Doklady i soobščeniya Instituta slavjanovedeniya*, *Kratkie soobščeniya Instituta slavjanovedeniya*, *Slavjanskij archiv*, *Slavjanskoe istočnikovedenie*, *Učonye zapiski Instituta slavjanovedeniya*. See also E. NIEDERHAUSER – L. SARGINA: *Az orosz kul'túra a XIX. században*. (Russian cultural life in the 19th century.) Budapest 1970.

For the bilateral relations see: V. A. FRANCEV: *Rusové v Čechách za válek napoleonských*. (Russians in Bohemia during the Napoleonic wars.) Praha 1898. Same: *Russkie v Čehii 1813–1823*. (The Russians in Bohemia, 1813–1823.) Praha 1913.; Same: *Ruská vojska v Čechách*. (Russian troops in Bohemia.) Praha 1935., Same: *A. S. Puškin v českoj literature*. (A. S. Puškin in the Bohemian literature.) Sanktpeterburg 1898.; Same: *Puškin i polskoe vosstanie 1830–31*. (Puškin and the Polish uprising 1830–31.) Praha 1929. (Offprint from Puškinskij sbornik); *Obščestvenno-političeskije i kulturnye svjazi narodov SSSR i Jugoslavii*. (Social, political and cultural relations between the Soviet and the Yugoslav nations.) A collection of essays, ed. by S. A. NYIKITYIN – L. B. VALEV. Moscow 1957.

From the Ukrainian literature see: *Istorija Ukrainskoj SSR*. (A history of the Ukrainian Soviet Socialist Republic.) Ed. by: V. A. DJADIČENKO – A. K. KASIMENKO – F. E. LOJS – F. P. ŠEVČENKO – F. A. JASTREBOV. Kiev 1956.; *Istorija Ukrainskoj SSR*. Vol. 1. Ed. by N. N. LESČENKO – F. E. LOSJ – E. I. STEČUK. Kiev 1969.; *Izbrannye obščestvenno-političeskije i filozofskie proizvedeniya ukrajskikh revoljucionnyh demokratov XIX veka*. (Selected socio-political and philosophical works of the nineteenth-century Ukrainian revolutionary democrats.) Ed. by M. T. NOVČUK – D. F. OSTRJANIN. Moscow 1955.; P. A. ZAJONČOVSKIJ: *Kirillo-Metodievskoe obščestvo, 1846–1847*. (The Cyrill-Method Society, 1846–1847.) Moscow 1959.

See further the following *bourgeois summaries* or syntheses on the subject, which can be used only with appropriate criticism. D. DOROŠENKO: *Naris istorii Ukraini*. (A sketch of Ukrainian history.) Warszawa 1933; 1933. J. MACUREK: *Dějiny východních Slovanů*. (A history of the Eastern Slavs.) Vol. 2. Prague 1947.; B. KRUPNYCKYJ: *Geschichte der Ukraine von den Anfängen bis zum Jahre 1917*. Wiesbaden 1963.

On the Ukrainians in Hungary and their relations with Russia see: *Materialy po istorii vozroždenija Karpatskoj Rusi*. (Materials from the history of the revival of the Carpathian Ukraine.) Vol. 1. *Snošenije Karpatskoj Rusi s Rossiej v 1-oj polovine XIX-ago vėka*. (The relations of the Carpathian Ukraine with Russia in the first half of the 19th century.) Ed. by N. S. SVĚNCICKIJ. Ljvov 1905.; *Materialy po istorii vozroždenija Karpatskoj Rusi*. Vol. 2. *Karpatorusskoe slavjanofilstvo. Ugrorusskoe dviženie perioda vozroždenija*. (Slavophilism in the Carpathian Ukraine. The Russian movement in Hungary in the period of the revival.) Ed. by N. S. SVĚNCICKIJ. Ljvov 1909.; J. BAČA: *Literaturnij ruh na Zakrpati seređini XIX stolittja*. (Literary movement in the Carpathian Ukraine in the mid-nineteenth century.) Prešov 1961.; I. G. KOŁOMIEC: *Socialno-ekonomičeskije otnošenija i obščestvennoe dviženie v Zakarpatje vo vtoroj polovine XIX stoletija*. (Socio-economic conditions and social movement in the Carpathian Ukraine in the second half of the 19th century.) Vol. 2. Tomsk 1962. The author covers not only the economic and social conditions but also the national movement of the first half of the 19th century. L'. HARAKSIM: *K socialným a kul'turným dejinám Ukrajin-cov na Slovensku do roku 1867*. (Contribution to the social and cultural history of the Ukrainians in Slovakia to the year 1867.) Bratislava 1961.; J. PERÉNYI: *A ruszinok történetének vázlatá 1800–1918*. (An outline of the history of the Ruthenians 1800–1918.) A thesis for the candidate of sciences degree, manuscript. Budapest, with no indication of the year of defence. To be found in the Department of Manuscripts of the Hungarian Academy of Sciences.; T. BAJCURA: *Jurij Ivanovič Venelin*. Bratislava 1968.; O. DUHNOVIČ: *Works of –*, vol. 1. Prešov 1968, vol. 2. Prešov 1967.; *Oleksandr Duhnovič, Zbirnik materialiv naukoj konferencii, prisvjačenoj 100 riččju z dnja smerti, 1865–1965*. (Collection of the materials of the scientific conference dedicated to the 100th anniversary of Oleksandr Duhnovič's death.) Prešov 1965.; E. M. KOSAČEVSKAJA: *Mihail Andrejevič Balugjanskij i peterburskij universitet pervoj četverti XIX veka*. (Balugjanskij and the University of Peterbourg in the first quarter of the 19th century.) Leningrad 1971.; L. TARDY: *Balugyánszky Mihály*. Budapest 1954.

6. For Polish literature see

the comprehensive works, bibliographies and sources: Historia Polski. (A history of Poland.) Vol. 2. 1764–1864. Part 3. 1831–1864. Ed. by S. KIENIEWICZ – W. KULA. Warszawa 1959.; S. KIENIEWICZ: *Historia Polski 1795–1918.* Warszawa 1968.; E. KOŁODZIEJCZYK: *Bibliografia sowianoznawstwa polskiego.* (Bibliography of Polish Slavistics.) Kraków 1911.; V. A. FRANCEV: *Poljskoe slavianovėdėnie konca XVIII i pervoj četverti XIX st.* (Polish Slavistics at the end of the 18th and in the first quarter of the 19th centuries.) Praha 1906.; Z. KLARNE-RÓWNA: *Sowianofilstwo w literaturze polskiej lat 1800–1848.* (Slavophilism in the Polish literature of 1800–1848.) Warszawa 1926.; V. ŽALČEK: *Čechové a poláci roku 1848. Studie k novodobým politickým stykům česko-polským.* (Czechs and Poles in 1848. Papers on modern Czech–Polish relations.) Praha 1947. Vol. 1.; S. BOROWSKI: *Maciejowskiana. Materiały do biografii Wacława Aleksandra Maciejowskiego.* (Maciejowski's biography.) Wrocław 1959.; V. A. FRANCEV: *Iz perepiski V. A. Maceevskogo s russkimi učenymi.* (From the correspondence of W. A. Maciejowski with Russian scholars.) Moscow 1901.; Same: *K biografii V. A. Maceevskogo* (Contribution to the biography of W. A. Maciejowski.) Warszawa 1909.; JULIUSZ BAR-DACH: *Wacław Aleksander Maciejowski i jego współczesni.* (Wacław Aleksander Maciejowski and his contemporaries.) Wrocław – Warszawa – Kraków – Gdansk 1971.; *Korespondencja Plakow z Janem Ewangelista Purkyni.* (The correspondence of some Poles with Jan Evangelista Purkyně.) Ed. by J. W. OPATRNY. Wrocław 1969.; V. A. FRANCEV: *Poljskij slavianofil Roman Zmorskij 1822–1867. K istorii polskago slavianovėdėnija.* (The Polish Slavophile Roman Zmorskij 1822–1867. To the history of Polish Slavistics.) Praha 1919.; *Michał Grabowskiego listy literackie.* (Literary letters of Michał Grabowski.) Ed. by A. BAR. Kraków 1934.; V. A. FRANCEV: *Adam hr. Gurowski w Polsce w latach 1841–1844.* (Count Adam Gurowski in Poland in 1841–1844.) Praha 1937.; M. HANDELSMAN: *Adam Czartoriski.* Vols 1–2. Warszawa 1948–49.; W. LUKASZEWICZ – W. LEWANDOWSKI: *Postępowa publicystyka emigracyjna 1831–1846. Wybór źródeł.* (Progressive journalism in emigration. Selected sources.) Wrocław – Warszawa – Kraków 1961.; *Listy emigracyjne Joachima Lelewela.* (Joachim Lelewel's letters from emigration.) Ed. by H. WIECKOWSKA. Vols 1–2. 1836–1841. vol. 3. 1842–1848. Kraków 1948–1949–1952.; J. LELEWEL: *Wybór pism historycznych.* (Selected historical letters.) Selected by H. WIECKOWSKA. Wrocław 1950.; A. MICKIEWICZ: *Literatura słowiańska.* (Slavonic literature.) Course 1–4. *Dzieła.* (His works.) National ed. vols 8–11. Warszawa 1951–52.; H. BATOWSKI: *Mickiewicz jako badacz słowiańszczyzny.* (Mickiewicz as researcher of Slavdom.) Wrocław 1956.; J. MAGNUSZEWSKI: *Mickiewicz wśród Słowaków.* (Mickiewicz among the Slavs.) Wrocław 1956.

And finally the sources for *bilateral relations*: M. TOPOROWSKI: *O nieznanym tłumaczu Puszkina.* (On an unknown translator of Pushkin.) Wrocław 1949.; Same: *Puszkina w Polsce. Zarys bibliograficzno-literacki.* (Puškin in Poland. A bibliographical and literary sketch.) Kraków 1950.; M. SZYKOWSKI: *Polská účast v českém národním obrození.* (The share of the Poles in the Czech national revival.) Praha 1931.; T. LEH – SPLAWINSKI – K. PIWARSKI – Z. WOJCIECHOWSKI: *Polska Czechy. Dziesięć wieków sąsiedztwa.* (Poland, Bohemia. Ten centuries of neighbourhood.) Katowice – Wrocław 1947.; J. CHLEBOWCZYK: *Główne problemy i etapy stosunków polsko-czeskich na Śląsku Cieszyńskim w XIX i na początku XX wieku do 1914.* (Cieszyn Silesia and the Main problems of the Polish–Czech relations of the territory and their stages in the 19th century and in the early twentieth up to 1914.) Katowice 1961.

7. For Serbian literature see:

Comprehensive monographs, sources, studies: I. BOŽIĆ – S. ČIRKOVIĆ – M. EKMEČIĆ – V. DEDIJER: *Istorija Jugoslavije.* (A history of Yugoslavia.) 2. ed. Beograd 1973.; J. SKERLIĆ: *Srpska književnost u XVIII veku.* (Serbian literature in the 18th century.) New corr. ed. Beograd 1923.; Same: *Istorija nove srpske književnosti.* (History of the new Serbian literature.) Beograd 1953.; M. POPOVIĆ: *Istorija srpske književnosti. Romantizam.* (History of Serbian literature. Romanticism.) Beograd vol. 1. 1968, vols 2–3. 1972.; M. PAVLOVIĆ: *Antologija srpskog pesništva.* (Serbian lyrics. An anthology.) Beograd 1964.; *Vukov zbornik.* (Vuk Studies.) Ed. by V. NOVAK. Beograd 1966.; *O Vuku Karadžiću. Studije i eseji.* (Vuk Karadžić. Studies and essays.) Beograd (1968.); D. DJORDJEVIĆ: *Revolutions nationales des peuples balkaniques 1804–1914.* Beograd 1965.; S. NOVAKOVIĆ: *Vaskrs države srpske. Političko-istoriska studija o prvom srpskom ustanku 1804–1813.* (The formation of the Serbian state. A politico-historical study on the first Serbian uprising.) Beograd 1954.; R. GUZINA: *Kneževina i postanak srpske buržoaske države.* (Principality and the formation of the Serbian bourgeois national state.) Beograd 1955.; M. DJORDJEVIĆ: *Politička istorija Srbije XIX i XX veka.* vol. 1. 1804–1813. Beograd 1956.; B. KÁLLAY: *A szerbek története 1780–1815.* (A history of the Serbs 1780–1815.) Budapest 1877.; Same: *A szerb felkelés története 1807–1810.* (History of the Serbian uprising.) On the basis of Kállay's manuscripts ed. by L. THALLÓCZY. Vols 1–2. Budapest 1909.; V.

KRESTIĆ – N. PETROVIĆ: *Protokol kneza Miloša Obrenovića 1824–1825*. (Protocols of Prince Miloš Obrenović, 1824–1825.) Beograd 1973.; V. STOJANČEVIĆ: *Knez Miloš i Istočna Srbija 1833–1838*. (Prince Miloš and Eastern Serbia, 1833–1838.) Beograd 1957.; V. J. VUČKOVIĆ: *Srpska kriza u Istočnom pitanju 1842–1843*. (The Serbian crisis in the Eastern question 1842–1843.) Beograd 1957.

On the *bilateral relations* see: V. STOJANČEVIĆ: *Četiri pisma knezu Milošu iz 1837 i 1838 iz Bugarske*. (Four letters to Prince Miloš from Bulgaria from the years 1837–1838.); Južno-slovenski filolog 1958. pp. 275–282. Same: *Politički pogled kneza Miloša na problem oslobođenja Balkanskih naroda*. (View of Prince Miloš on the liberation of the Balkan peoples.) Zbornik za društvene nauke 1965. pp. 94–98.

8. From the Bulgarians see:

Sources, monographs: Documents and materials on the history of the Bulgarian people. Ed. by M. VOYNOV – L. PANAYOTOV. Sofia 1969.; *Istorija na Bǎlgarija*. (A history of Bulgaria.) Ed. by D. KOSSEV – D. DIMITROV – ŽAK NATAN – H. HRISTOV – D. ANGELOV. Vol. 1. Sofia 1954.; D. KOSSEV – H. CHRISTOV – D. ANGELOV: *Bulgarische Geschichte*. Sofia 1963.; ŽAK NATAN: *Bǎlgarskoto vǎzraždane*. (Bulgarian renaissance.) 4. ed. Sofia 1949.; *Istorija Bolgarii*. (A history of Bulgaria.) Ed. by P. N. TRETJAKOV – S. A. NYIKITYIN – L. B. VALEV. Vol. 1. Moscow 1954.; K. J. JIRECEK: *A bolgárok története*. (A history of the Bulgarian people.) Nagybecskerek 1889.; F. HYBL: *Dějiny národa bulharského*. (A history of the Bulgarian nation.) Vols 1–2. Praha 1930.; E. NIEDERHAUSER: *Bulgária története*. (A history of Bulgaria.) Budapest 1959.

On *bilateral relations* see: *Iz istorii rusko-bolgarskih odnosnij*. (From the history of the Russian–Bulgarian relations.) A collection of studies ed. by L. B. VALEV – V. N. KONDRATJEVA – S. A. NYIKITYIN. Moscow 1958.; V. FRANCEV: *Bolgarsko-češškija literaturnija svjazi v polovinu XIX stoletija*. (Bulgarian–Czech literary relations in the mid-nineteenth century.) Sofia 1928.; *Čehoslovakia i Bǎlgarija prez vekovete*. (Czechoslovakia and Bulgaria through centuries.) A collection of studies. Sofia 1963.; *Iz vzaimo otnošenijata Balkanskite narodi*. (On the mutual relations of the Balkan peoples.) A collection of studies ed. by N. TODOROV – I. KONEV – S. VELIKOV. Sofia 1966.; Dj. IGNJATOVIĆ: *Neofit Hilendarski i Srbija*. (Neofit Hilendarski and Serbia.) Godišnjak Balkanološkog instituta. Balcanica 1973. pp. 239–264.

Quotations in the order of occurrence:

From the reciprocity programme of KOLLÁR: *O literarnej vzájomnosti*. pp. 111–112. Poetry glorifying the merging of the Slovak and Croat national movements. B. NOSÁK: *Molitva Tatrie*. (The prayer of the Tatra.) Danica ilirska 1840. nr. 21.; ŠIMAGOVIĆ: *Odziv Ilirije na molbu Tatrie*. (The answer of Illyria to Tatra's prayer. On J. MALÝ's as well as Austro-Slav conception, stated in 1845, see. *Výbor drobných spisu Jakuba Malého*. (Selection from the shorter works of Jakub Malý.) Vol. 1. Praha 1872. pp. 12–13, 16–17. F. PALACKÝ's well-known lines: *Psaní do Frankfurtu z 11. dubna 1848. Radhost, sbírka spisů drobných*. (Letters to Frankfurt on 11 April 1848. Radhost, shorter writings.) Vol. 3. Praha 1873. pp. 10–17. This and the previous quotation can be found in the volume: *Naše národní minulost v dokumentech. Part 2*. Praha 1962. pp. 285–286 and 355–360. In Hungarian you can read them in *Kelet-Európa 1789–1900*. (Eastern Europe 1789–1900.) Ed. by E. NIEDERHAUSER. pp. 105, 189–190. The Manifesto of the Polish National Committee to the Russians from 1832. *Odezva do Rosjan. Postępowa publicystyka emigracyjna 1831–1846. Wybór źródeł* (Appeal to the Russian people.), pp. 55. The Manifesto of the Polish Democratic Society from 1836. *Manifest Towarzystwa Demokratycznego Polskiego*. (Manifesto of the Polish Democratic Society.) Ibid. p. 445. Mickiewicz's quoted verse: *Do przyjacił Moskali*. (To the Moscowites.) In: *Adam Mickiewicz Dzieła*. Warszawa 1949. Vol. 3. pp. 305–306.

Различные формы национальной идеологии у отдельных славянских народов в первой половине XIX века

Э. АРАТО

Резюме

Основы славянской идеологии заложила славистика, которая начала быстро развиваться в конце XVIII века. Она закономерно связала те отрасли науки, которые имели явно выраженный национальный характер, со стремлениями развивать языки и культуру. Учёные-слависты являлись вместе с тем и видными деятелями движения за национальное возрождение отдельных славянских народов. Самые выдающиеся слависты того времени были чехами, словаками, словенцами, а в национальных движениях этих народов славянская идеология не случайно занимала видное место. Они более всего нуждались в поддержке славянских народов: у словаков и у словенцев не было привилегий, на которые они могли бы опираться, чехи же после поражения у Белой Горы попали в такое тяжёлое положение, из которого они не смогли выйти и ко времени начала национального движения. Само собой разумеется, что чехи хотели благодаря объединению славян добиться перевеса сил над немцами, жившими в чешских землях, которые преобладали над чехами в экономическом и политическом отношении. В то же время движения этих трёх народов обладали таким социальным базисом, который был необходим для развития национальных устремлений. Кроме того, ни перед одним из этих трёх движений не стояло таких задач, которые стояли перед хорватами, сербами или поляками, — задач объединения различных территорий, на которых они проживали.

Истоком славянской идеологии всегда, кроме русской разновидности панславизма, была слабость положения того или иного народа, но формы этой идеологии зависели у каждого народа от состояния национального движения, степени освободительной борьбы и задач, стоявших перед ним. Разновидности славянской идеологии всегда служили потребностям национального движения того или иного славянского народа. Поэтому для них и характерна та пестрота, которую не может не заметить исследователь, изучающий идеологию ряда славянских народов. И эта пестрота сама по себе позволяет предполагать, что для создания политического объединения славян существовало немного реальных возможностей, поскольку интересы различных движений были далеки от совпадения. Часто возникали планы, прямо противоположные идее славянского единства. Так, идея славянской культурной взаимности и её политический вариант — австрославизм коренным образом отличались от панславизма, или руссофильства, хотя представители идеи славянской взаимности и питали определённые иллюзии относительно царской России. Различные ориентации представляли собой российский и польский варианты идеи демократического объединения славян, которые хотя и не в существенных чертах, но всё-таки различались между собой. От них отличалась консервативная идея создания славянской федерации с центром в Польше — идея, имевшая также антигерманскую и антироссийскую направленность. В то же время среди славян Австрии и Венгрии уживались друг с другом полонофильство, австрославизм и руссофильство, коренным образом отличавшиеся друг от друга.

Die Politik der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei (USP) vom Sieg der Gegenrevolution bis zur Stabilisierung des Systems (August 1919-1925)

Die Neugestaltung der USP und ihre Politik: ihr Platz
im gegenrevolutionären System

Von
K. SZAKÁCS

Nach dem Sturz der Räterepublik ist die organisatorisch einheitliche, aus politisch-ideologischer Sicht jedoch sehr wesentliche Gegensätze in sich bergende Partei der Arbeiterklasse in ihre Bestandteile zerfallen. Nachdem die Gegenrevolution die Oberhand gewonnen hatte, haben sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse grundlegend geändert; die Arbeiterklasse ist von einem Tag auf den anderen aus einer herrschenden, an der Spitze der Nation stehenden Klasse zu einer aus dem Ganzen der Gesellschaft ausgestoßenen, verfolgten Klasse geworden, und sie mußte alle Schläge der Gegenrevolution ertragen. Das Erringen der Macht durch die Gegenrevolution hat die ungarländische Arbeiterbewegung ihrer linksstehenden und revolutionären Führer beraubt. Zur Zeit des weißen Terrors wurden mehr als 5000 Menschen ermordet, 70 000 in Kerker oder Internierungslager gesteckt. Etwa hunderttausend Kommunisten, Sozialisten und fortschrittlich gesinnte Menschen waren gezwungen, zu emigrieren¹. Obzwar in dem mit der Entente im Juli abgeschlossenen Übereinkommen die legale Tätigkeit der Arbeiterorganisationen vorausgesetzt war², geriet das Leben der Organisationen nach dem Übernehmen des weißen Terrors überall ins Stocken. Ende August hat die Regierung im Einvernehmen mit den Militärbehörden der rumänischen Besatzungsmacht in der Hauptstadt die Tätigkeit der Fachorganisationen mit der Bedingung gestattet, daß sie sich politisch nicht betätigen dürfen. Im September setzte jedoch ein neuer Angriff auf die Gewerkschaften ein; die Lokalitäten der Gewerkschaften, die

¹ *A magyarországi munkásmozgalom* (= Die ungarländische Arbeiterbewegung). Budapest, Kossuth-Verlag. 1957-1958. S. 10.

² Papers Relating to the Foreign Relations of the United States. The Paris Peace Conference. 1919. Washington, U.S. Government Printing Office. XII. Bd. S. 442-454. Mitgeteilt in B. KIRSCHNER: *A szakszervezeti kormány hat napja* (= Die sechs Tage der Gewerkschaftsregierung). Budapest, Kossuth-Verlag. 1968.

Arbeiterheime wurden besetzt, das ganze bewegliche Vermögen einzelner Fachorganisationen wurde beschlagnahmt und von gegenrevolutionären Organisationen in Besitz genommen. Der schrankenlose Terror der Kommandos war mit den Bluttaten der offiziellen Regierungsorgane gepaart. Aufgrund des am 19. August verkündeten Schnellverfahrens konnte gegen jeden Funktionär der Räterepublik, gegen jedes Mitglied ihrer bewaffneten Macht, ja gegen jeden, der sie unterstützte, vorgegangen werden³. Zu den Verfolgungen kamen noch die schreckliche Not, die fortschreitende Inflation, die große Arbeitslosigkeit.

An die Spitze der sich neu organisierenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gelangten unter den neuen Umständen jene rechtsstehenden Führer, die gegen die Räterepublik eingestellt waren und auch in der Niederschlagung derselben eine Rolle gespielt hatten: Ernő Garami, Gyula Peidl, Károly Peyer, Manó Buchinger, István Farkas, János Vanczák, Ferenc Miakits, Samu Jászai, Sándor Csizmadia. Diese Zusammenstellung der Parteiführung ließ schon ahnen, daß die neue Parteileitung mit jener radikal-progressiven Politik brechen werde, die in den beiden Revolutionen der Sozialdemokratischen Partei eine sehr wesentliche Rolle gesichert hatte. Die Neugestaltung der Partei nahm aus den Gewerkschaften ihren Ausgang. Die sich neugestaltende Sozialdemokratische Partei mußte die Frage beantworten, wie sich die Parteileitung den Platz der Partei und der Arbeiterklasse im gegenrevolutionären System vorstellt, welche politische Richtlinie sie befolgen will: Kampf gegen das System oder die Suche nach einem Weg der Versöhnung. Die die Neugestaltung der USP aussprechende Konferenz ist am 24. August 1919⁴ zusammengetreten. Die neugestaltete USP war bestrebt, mit Beibehaltung des Parteiprogramms des Jahres 1903 die unveränderte Weiterführung der Politik vor 1918 zum Ausdruck zu bringen, doch die ganze Arbeit der Konferenz und der gebrauchte politische Ton zeigten schon, daß dieses Bestreben der Partei nur eine prinzipielle Deklaration ist, denn die neugestaltete Sozialdemokratische Partei hat den Umständen vor dem Oktober 1918 gegenüber einen kräftigen Ruck nach rechts getan. In dieser Veränderung hat die innere Lage der sozialdemokratischen Bewegung eine Rolle gespielt: Die sozialdemokratische Linke und das Zentrum, die zur Zeit der beiden Revolutionen eine hervorragende Rolle übernommen hatten, sind aus der heimischen Bewegung ausgeschieden, ihre Besten sind Kommunisten geworden, andere Gruppen waren gezwungen, zu emigrieren. Die Führung hat in der Heimat jene „zweite Garnitur“ in ihre Hände genommen, deren ideelle Un-

³ Verordnung der Regierung Friedrich über das standrechtliche Gerichtsverfahren gegen „Organe, Funktionäre und Beauftragte“ und die „Mitglieder der bewaffneten Macht“ der Räteregierung (19. August 1919). Mitgeteilt in: *Iratok az ellenforradalom történetéhez. Az ellenforradalom hatalomra jutása és rémuralma Magyarországon. 1919–1921* (= Schriften zur Geschichte der Gegenrevolution. Der Machtantritt und die Schreckensherrschaft der Gegenrevolution in Ungarn. 1919–1921). Red. D. Nemes. Budapest. 1953. S. 167–168.

⁴ Párttörténeti Intézet Archivuma (Archiv des Instituts für Parteigeschichte, im weiteren PIA). Nr. 658. 1/1. 1919/24. Protokoll der außerordentlichen Parteiversammlung der USP.

sicherheit mit ihrer politisch-prinzipiellen Unfolgerichtigkeit im Einklang war, deren Neigung zu Kompromissen durch die infolge des Terrors entstandene Angst gesteigert wurde, weshalb sie Aufgabe und Platz der Bewegung *nicht im Kampf gegen die Gegenrevolution, sondern im Übereinkommen und in der Aussöhnung mit dem System suchte*. Dieser Annäherung diente jene politische Linie der Konferenz, mit der sie sich von den Kommunisten scharf abgrenzte und damit durchblicken ließ, daß Antikommunismus und Antirevolutionismus in der offiziellen Politik der Sozialdemokratischen Partei eine bestimmende Rolle einnehmen werden; dem „Sündenfall“ von 1919 werden keine weiteren Sünden folgen. Dementsprechend haben sich die Teilnehmer der Konferenz scharf von der Räterepublik abgegrenzt und verlangt, daß jene, die an der Ausrufung der Räterepublik und an ihrer Tätigkeit beteiligt waren, exemplarisch bestraft werden. Die Gegenrevolution hat jedoch zu dieser Zeit noch keinen Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gemacht. Die sozialdemokratische Bewegung war zwar legal geblieben, doch waren Gebiet und Möglichkeiten ihrer Tätigkeit auf ein Minimum zusammengeschrumpft, und der rechtsextreme Flügel der Gegenrevolution hatte große Anstrengungen gemacht, um die sozialdemokratische Arbeiterbewegung als außerhalb des Gesetzes stehend erklären zu lassen und zu vernichten. Die offiziellen Regierungskreise und die verschiedenen rechtsstehenden gesellschaftlichen Organisationen unterstützten einhellig – um die sozialdemokratische Arbeiterbewegung auszumerzen – die vorübergehend allmählich erstarkenden christlich-sozialen Gewerkschaften, um mit ihrer Hilfe die sozialistische Arbeiterbewegung zu brechen und die Arbeiterschaft in das Lager der Gegenrevolution zu überführen⁵. Alle diese Umstände zwangen die Sozialdemokratische Partei, gegen die Übergriffe der Gegenrevolution, ihren Terror und ihre politisch-taktischen Vorstellungen zur Verteidigung der sozialistischen Arbeiterbewegung und der sozialistischen Gewerkschaften das Wort zu erheben. In diesem Bestreben wurde die Partei durch die Illusion bestärkt, die Entente werde die gegenrevolutionären Kräfte zwingen, sich der Arbeiterbewegung gegenüber loyal zu verhalten, ja – um die internationale öffentliche Meinung zu beruhigen und eine neuere Revolution zu verhindern – werde die Entente in einer erzwungenen demokratischen Entwirrung eine entscheidende Rolle übernehmen. Die Konferenz hat bezüglich der unmittelbaren politischen Aufgaben der Partei keinen Beschluß gefaßt, doch mit ihre Stellungnahme, in der erklärt wurde, die Interessen des Landes müßten jenen der Partei vorangestellt werden, wurde sowohl den eventuellen Plänen der Entente wie den politischen Vorstellungen der ungarischen herrschenden Klassen Tür und Tor geöffnet. Dementsprechend ließ sich auch die USP in der am 23. November

⁵ J. GERGELY: *Adalékok a magyarországi keresztényszocialista szakszervezetek történetéhez 1919 aug. – 1921 dec.* (= Beiträge zur Geschichte der ungarländischen christlich-sozialen Gewerkschaften August 1919 – Dezember 1921). *Párttörténeti Közlemények* (= Parteigeschichtliche Mitteilungen). Jg. 1971. Nr. 3.

gebildeten „Konzentrationsregierung“⁶ vertreten, obzwar sie den gegenrevolutionären Charakter der Regierung klar sah. Mit ihrer Abgrenzung von der Räterepublik und von den radikaleren Methoden und Ideen der klassischen sozialistischen Arbeiterbewegung ist ihr jedoch nicht gelungen, das Vertrauen der gegenrevolutionären Politiker zu gewinnen. Ihre Absicht einer Zusammenarbeit wurde dadurch unmöglich gemacht, daß Ende 1919 im Lager der Gegenrevolution – bei stiller Assistenz der Entente – jene politischen Kräfte immer mehr in den Vordergrund gerieten, die die Politik der herrschenden Klassen durch totalen Ausschluß der Arbeiterklasse, sogar mit gegen die Arbeiterschaft geführten Terroraktionen, zu verwirklichen wünschten.

In den Kreisen der führenden politischen Gruppen der Gegenrevolution herrschten bezüglich der Beurteilung der Arbeiterbewegung voneinander wesentlich abweichende Auffassungen, die mit den formellen und inhaltlichen Fragen des Ausbaus und der Festigung des politischen Systems in Zusammenhang standen. Die nationale Armee, die Leute der Detachements, sogar Horthy selbst und seine Umgebung behandelten zusammen mit den Kommunisten auch die Sozialdemokraten als Hauptschuldige der Revolution, weshalb sie die Liquidierung der Bewegung anstrebten und dabei auch vor Pogromen nicht zurückschreckten. Die an der Regierung Friedrich teilnehmenden extrem rechts stehenden Politiker waren gegen die ohne rechtliche Formalitäten vorgenommenen Massenmorde, doch billigten auch sie die institutionelle Unterdrückung der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und ihren vollständigen Ausschluß aus dem politischen Leben. Die die gemäßigtere Richtung der Gegenrevolution repräsentierenden, sich um Bethlen und Teleki und ihre Großgrundbesitzer- und Großkapitalistengruppe scharenden Politiker waren mit der institutionellen Unterdrückung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ebenfalls einverstanden, zeigten sich jedoch im Interesse der Konsolidierung geneigt, die rechtsstehende Sozialdemokratie vorübergehend zu benutzen. Die in der Armee und in den führenden politischen Parteien der Gegenrevolution vorwärtsstrebende extreme Rechte machte es bereits Ende 1919 offenbar, daß infolge der Restauration ein solches politisches System zustande kommen wird, das selbst die liberale Führung der Epoche des Dualismus und die relative Bewegungsfreiheit der Arbeiterbewegung nicht dulden wird.

In dieser Lage bestand die wichtigste Aufgabe der Führung der USP darin, die neue Lage analysierend die politische Richtlinie der Partei auszu-

⁶ An der Spitze der neuen Regierung, deren Ministerpräsident Károly Huszár geworden ist, stand die unter der Führung von István Friedrich stehende Partei der Christlichen Nationalen Vereinigung, die die Partei des Großkapitals und des Großgrundbesitzes war. Portefeuilles haben übernommen: Christliche Landarbeiterpartei – die das Agrarkapital vertrat –, die Partei der Unabhängigen kleinen Landwirte und Ackerleute, die die politische Organisation der bodenbesitzenden Bauernschaft war, die Landesnationalpartei, „die liberale Mittelpartei“ der liberalen mittleren Bourgeoisie, die Nationale Demokratische Bürgerpartei, ebenfalls eine Organisation der mittleren Bourgeoisie, und die Ungarländische Sozialdemokratische Partei.

gestalten: Platz und Rolle der Partei im gegenrevolutionären System zu klären, besonders das, wie sich die Partei der sich immer mehr festigenden Gegenrevolution gegenüber verhalten solle. Sie mußte in Betracht nehmen, daß sich infolge der Niederlage ein Teil der Arbeiterklasse desorganisiert hat und die Niederlage sich auf einige Schichten demoralisierend ausgewirkt hat. Die kritische Lage der Arbeiterschaft wurde durch den infolge der Niederlage und die Propaganda der gegenrevolutionären Kräfte entstandenen ideellen Wirrwarr, die chauvinistische, nationalistische Propaganda, die antisemitische Welle verschärft, die das politische Klarsehen der Arbeiterbewegung störten und auch in der Arbeiterbewegung zu einem Ruck nach rechts geführt haben.

Es stand diesen negativen Faktoren gegenüber, daß trotz des schrankenlosen Terrors und der Verfolgung, der nationalistischen Schlagworte und der christlich-sozialen Agitation die Hauptmassen der Arbeiterklasse den Ideen des Sozialismus treu geblieben sind. In den sozialdemokratischen Gewerkschaften waren trotz der Verfolgung und der Suspendierung der Organisationen Ende 1919 215 000 Werktätige vereinigt. Dieser Mitgliedsstand entsprach der Zahl der organisierten Arbeiter im Jahre 1917⁷; dies bewies, daß die riesige Mehrheit der gewerblichen Arbeiterschaft trotz der Verfolgungen, des Terrors und aller hemmenden Umstände der sozialistischen Arbeiterbewegung treu geblieben ist.

Das organisierte Proletariat führte erbitterte Rückzugsgefechte, von denen der Bergarbeiterstreik Ende 1919 hervorrang; im Laufe desselben wurden in Tatabánya 7 Bergarbeiter getötet. Am 22. Februar 1920 ist das Begräbnis der beiden ermordeten Mitarbeiter des Blattes *Népszava*, Béla Somogyi und Béla Bacsó, zu einer mächtigen politischen Massendemonstration der organisierten Arbeiterschaft gegen das gegenrevolutionäre System, für die legale Tätigkeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei und die Freilassung der politischen Häftlinge geworden. Die Demonstration brachte zum Ausdruck, daß es dem gegenrevolutionären Terror nicht gelungen ist, die Arbeiterbewegung einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen, und daß die sozialistische Arbeiterschaft dem Plan der Gegenrevolution entgegenstehe, die ganze Arbeiterklasse außer Gesetz zu stellen und aus dem politischen öffentlichen Leben auszuschließen, die inneren gesellschaftlich-politischen Fragen mit Außerachtlassung des Willens, der Forderungen der Arbeiterklasse zu regeln. Am Begräbnis beteiligten sich mehr als hunderttausend Arbeiter. Die Kraft der Arbeiterklasse und der USP wurden durch ihre internationalen Verbindungen gestärkt, auf Wirkung der nach Krieg einsetzenden revolutionären Welle erstarkte die demokratische öffentliche Meinung, die das gegenrevolutionäre System verurteilte und brandmarkte, eine Manifestation dieser Stellungnahme war der am 11. Juni 1921 verkündete internationale Boykott seitens der Transportarbeiter.

⁷ A. FEHÉR: *A Magyarországi Szociáldemokrata Párt és az ellenforradalmi rendszer. 1919 augusztus – 1921* (= Die Ungarländische Sozialdemokratische Partei und das gegenrevolutionäre System. August 1919–1921). Budapest, Akademie Verlag. 1969. S. 26.

Als unmittelbare Aufgabe stand vor der USP, die die Arbeiterklasse und ihre Organisationen treffenden schweren Schläge ohne prinzipielle politische Zugeständnisse abzuwehren, die Organisationsrahmen zu verteidigen, die Organisationen der Arbeiterklasse zu reorganisieren, das Wesen des gegenrevolutionären Systems klar aufzuzeigen, im Kampf gegen dasselbe die Kampfmittel maximal auszunutzen, die Arbeiterschaft im marxistischen Geist zu erziehen; dabei mußte sie auch die die Bewegung vorübergehend gefährdenden noch schwereren Schläge auf sich nehmen. Es gab auch eine andere Alternative, die jedoch auf den Charakter der Bewegung einen Schatten geworfen hätte: das Prinzip der Loyalität verkündend, die Partei für das gegenrevolutionäre System annehmbar zu gestalten, den Weg serienweiser Rückzüge, prinzipiell-politischer Zugeständnisse zu beschreiten und so die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zum Ausdruck bringend bestrebt zu sein, die gegen die Arbeiterklasse geführten Schläge zu mäßigen. Innerhalb der Parteileitung gab es bezüglich der Beurteilung der Lage und in der Frage der zu befolgenden Politik und Taktik wesentliche Gegensätze. Die Gruppe um Garami drang auf Erneuerung der zur Zeit des Dualismus befolgten Taktik: durch Ausbau der politischen Opposition von Bürgern und Arbeitern, notfalls durch Schaffung eines konservativ-liberalen-demokratischen politischen Blocks die gegenrevolutionären Kräfte zurückzudrängen, eine Liberalisierung des Systems, eine Entwicklung Ungarns in bürgerlich-demokratischer Richtung zu erreichen. Sie hofften, hierzu auch die Unterstützung durch die Entente zu erreichen. Die Schwächen und Widersprüchlichkeit der Vorstellungen Garamis waren in der Überschätzung der demokratischen Mission der Entente und in der Außerachtlassung der gegen die Arbeiterschaft gerichteten Wendung der bürgerlich-kleinbürgerlichen Schichten verborgen. Der Auffassung der Garami-Gruppe trat bereits in der Parteiversammlung vom August unter Führung von Sándor Csizmadia jene rechtsextreme Richtung gegenüber, die einer bedingungslosen Zusammenarbeit mit dem System zuneigte. Die Taktik der Garami-Gruppe wurde auch von der Gruppe Vanczák-Miákits nicht gebilligt, die anstelle der Organisation einer oppositionellen Koalition eine politische Zusammenarbeit mit den christlich-nationalen Parteien anstrebte⁸. Das Wesen der Taktik der letzterwähnten Gruppe bestand darin, im Interesse der Verhinderung des Terrors möge die USP mit den Parteien des Christlichen Blocks zusammenarbeiten, durch eine Reihe von Zugeständnissen den herrschenden Klassen die Vorbehalte und das Mißtrauen zu nehmen. Die Drohungen Horthys und seiner Gefolgschaft, die Ermordung Béla Somogyis und Béla Bacsós, der beiden Redakteure des Blattes *Népszava*, dann der auffällige Sieg der extrem rechts stehenden Elemente der Armee gelegentlich der Wahl des Reichsverwesers haben die Garami-Gruppe und ihre politische Konzeption immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Zu ihrem Sturz hat auch der Umstand beigetragen, daß die mit einer „demokratischen

⁸ Uj Barázda vom 20. und 30. Oktober 1919. Siehe: *Dokumentumok a magyar forradalmi munkásmozgalom történetéhez 1919–1929* (= Dokumente zur Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung 1919–1929). Budapest, Kossuth-Verlag, 1964. S. 57–58.

Intervention“ zusammenhängenden Vorstellungen Garamis auch von der II. Internationalen nicht unterstützt wurden. Die von dem Terror erschrockenen Gruppen der Parteileitung und der Mitgliedschaft waren bestrebt, die Politik der Partei den gegebenen Umständen anzupassen, und in der USP erstarkten jene Gruppen, die eine Politik des Ausgleichs und der Zusammenarbeit mit dem System befürworteten. Dies brachte Vanczák in seinem anlässlich der Wahl Horthys zum Reichsverweser in der *Népszava* erschienenen Treuebekenntnis zum Ausdruck, als er die schwierige Hand der Arbeiterschaft Horthy zur Aussöhnung darbot, seiner Weisheit überlassend, „über Wert oder Wertlosigkeit dieser Hand zu entscheiden“. Für dieses Anerbieten erbat er von Horthy, daß der bisherigen Praxis gegenüber „die Richtung der Aussöhnung“ zur Geltung komme; die „wirklichen Schuldigen“ mögen bestraft werden, „wer aber schuldlos ist, den möge niemand in seinem Leben, seiner körperlichen Unversehrtheit oder in seiner bürgerlichen Freiheit Schaden zufügen“⁹.

Zu gleicher Zeit kam nicht nur in der Mitgliedschaft, sondern auch in der Parteileitung die Auffassung zur Geltung, daß die Bewegungsfreiheit der Arbeiterbewegung, freiere Organisationsmöglichkeiten, das Minimum der bürgerlichen Freiheitsrechte nicht durch Unterhandlungen und prinzipienlose Anerbietungen, sondern durch politischen Kampf, durch offene Enthüllung und Verurteilung der Gegenrevolution erreicht werden können. Die die verschiedenen Standpunkte vertretenden Gruppen waren sich in einer Frage einig: Sie wollten die Isolierung der Arbeiterbewegung, ihren Ausschluß aus dem politischen Leben einstellen.

Im Frühjahr 1920 erstarkten parallel zur Zunahme des Terrors (auch Manó Buchinger und Károly Peyer, Mitglieder der Parteileitung, waren gezwungen, zu emigrieren) jene Stimmen, die im Zeichen „der Realpolitik“ als Hauptaufgabe die sukzessive Anpassung der sozialdemokratischen Politik an die Entwicklung der Dinge betonten und zur Erleichterung des Fortbestandes der Partei dem Parteiausschuß eine Modifizierung der Taktik empfahlen. Demzufolge sollte die Partei in ihrer Propaganda einstweilen jene Punkte des Programms von 1903 beiseite lassen, die sich auf den sozialistischen Staat beziehen, ja sogar auch den Anspruch, die bürgerliche Demokratie im Wege von Reformen zu verwirklichen. Statt dessen sollte die hauptsächliche Zielsetzung der Partei in der Verteidigung der Legalität der Bewegung, in der Verwirklichung des Minimums der bürgerlichen Freiheitsrechte und der brennendsten sozialen Forderungen bestehen, die Partei müsse ihre, vor den Wahlen von 1920 angenommene Politik der Passivität aufgeben¹⁰, sie

⁹ *Népszava* vom 3. März 1920.

¹⁰ Die Wahlagitation der Sozialdemokratischen Partei wurde praktisch unmöglich gemacht; ihre Flugblätter wurden beschlagnahmt, ihre Aktivisten aus den Wahlkreisen ausgewiesen. Ein Teil der an den Wahlversammlungen teilnehmenden Personen wurde verhaftet. Die Führer des Christlichen Blocks haben die Sozialdemokratische Partei scharf angegriffen; das gegenrevolutionäre System hat darauf hingearbeitet, daß die USP kein Mandat erlange; die Parteileitung hat daher beschlossen, die Wahlen vom 25. Januar zu boykottieren. Hierin führte sie auch die Hoffnung, daß die Ententemächte intervenieren werden, was aber nicht erfolgte, und die USP hat sich bis 1922 in die Passivität zurückgezogen.

müsse ihr Einverständnis mit den hauptsächlich politischen Zielsetzungen der Gegenrevolution zum Ausdruck bringen, ihren Antikommunismus und ihr Bestreben, den Klassenkampf auszuschalten, stärker als bisher betonen und der gegenrevolutionären Propaganda gegenüber beweisen, daß die Partei nicht unpatriotisch und nicht religionsfeindlich ist. Statt Orientierung auf die bürgerlichen Parteien müsse der Weg der Entwirrung mit den Vertretern der gemäßigten gegenrevolutionären politischen Richtungen gesucht werden. Diesen politisch-taktischen Antrag der Parteileitung hat sich der Parteausschuß am 6. März 1920 zu eigen gemacht. Das Wesen dieser Abänderung der Parteitaktik erklärte die Parteipropaganda so, daß, während „die Partei früher das Hauptgewicht auf die Hervorhebung des prinzipiellen Standpunktes gelegt hatte“ und „von dem Bestreben auf Erreichung praktischer Erfolge absah“¹¹, sie jetzt die Reihenfolge abändern will. Die Erhebung der praktischen Politik zur hauptsächlich taktischen Richtlinie hat den Weg jener Politik freigelegt, die im Kampf gegen das gegenrevolutionäre System die durch das System gebotenen Möglichkeiten befolgte und bestrebt war, durch Anwendung der Taktik ständigen Rückzugs das bestehende System zu besserer Einsicht und zu Zugeständnissen zu bringen.

Die führenden Parteien der Gegenrevolution haben die taktischen Veränderungen mit großer Beruhigung konstatiert, und am 6. März erschien Miákits und am 8. März Vanczák beim Reichsverweser in Audienz, wo sie als Gegenleistung für die Verbesserung des Unterhalts und der politischen Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft außenpolitische Unterstützung und innere Zusammenarbeit anboten¹². Zur Sicherung der Bedingungen des Übereinkommens mit dem System hat die Leitung der USP also ihrerseits die entsprechenden Schritte getan: Der Beginn der Verhandlungen zwischen der Regierung und der USP hing nur mehr von der ersteren ab. Das Übereinkommen mit der USP ist aber im Frühjahr 1920 infolge der Gegensätze zwischen den führenden politischen Gruppen des gegenrevolutionären Systems und ihrer Machtkämpfe gescheitert. Die Verhandlungen der Regierungskreise mit den Sozialdemokraten haben den Widerstand der rechts-extremen Kräfte ausgelöst; im Sommer 1920 waren die inneren Verhältnisse des gegenrevolutionären Systems zur Regelung des Verhältnisses zur USP und der Arbeiterschaft noch nicht reif. Ende 1920, Anfang 1921 zeigte sich jedoch seitens der verschiedenen politischen Richtungen immer mehr der Wunsch nach politischer Konsolidierung, die unumgänglich auch die Regelung des Verhältnisses zur Arbeiterklasse einschloß. Dieses Bestreben stand in engster Verbindung mit der im Herbst 1920 entstandenen innenpolitischen Lage, in der Regierungspartei waren nämlich Krisenzeichen sichtbar. Zu gleicher Zeit verstärkten sich die Organisation und die Unzufriedenheit der extremen Rechten als Reaktion auf die Maßnahmen, die die Terroraktionen und die Gewalttätigkeiten zügeln sollten; die Pogromritter

¹¹ Vas- és Fémmunkások Lapja (= Blatt der Eisen- und Metallarbeiter) vom 26. März 1920.

¹² A. FEHÉR: op. cit. S. 125–127.

störten die Regierung beim Ausbau ihrer westeuropäischen wirtschaftlichen und politischen Verbindungen. Im Rahmen der Losung, den inneren Frieden wiederherzustellen, befand sich auch die Arbeiterfrage; die am Anfang des Jahres 1921 stattgefundenen Streikkämpfe hatten die Aufmerksamkeit wieder auf dieselbe gelenkt. Auch in Regierungskreisen verbreitete sich immer mehr der Wunsch, die Lage der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften zu regeln: Im Mai 1921 begannen die Besprechungen, doch stellte sich bald heraus, daß der neue Ministerpräsident, Bethlen, nicht über die Vorstellungen der Regierung Teleki hinausgehen wolle, und so zerschlugen sich die Verhandlungen. Die Lage der Regierung ist jedoch im Herbst 1921 ziemlich kompliziert geworden; die Komplikationen in der Frage der Staatszugehörigkeit Westungarns, die beiden Königsputsche, haben nicht nur ihre außenpolitischen Schwierigkeiten erhöht, durch die Putsche sind auch die Spaltung und die Widersprüche innerhalb der regierenden Klassen sichtbar geworden. Erschwert wurde die Lage der Regierung durch die finanziellen Schwierigkeiten des Staates, die sich steigernde Inflation, die vorübergehend verstärkten Kämpfe der Arbeiterschaft und die Streikbewegungen sowie das Bestreben der hinter dem Ministerpräsidenten Bethlen stehenden Gruppe, die politische Konsolidierung herbeizuführen. Diese Gruppe erkannte, daß die seitens der extremen Rechten gedachte Variante der Konsolidierung – die offene faschistische Diktatur – auch aus außenpolitischem Gesichtspunkt auf Schwierigkeiten stößt; international wendet die Bourgeoisie zur Beschwichtigung der Massenbewegungen der Arbeiter die Taktik demokratischer und pazifistischer Politik an, und in zahlreichen Ländern wurde die Sozialdemokratie auch in die Lenkung des Staates einbezogen. Es sei daher unmöglich, in Ungarn die Arbeiterbewegung außerhalb des Gesetzes zu stellen; die Staatsmacht müsse – auch aus außenpolitischen Gründen – ihr Verhältnis zur USP regeln. Bei einer derartigen Gestaltung der europäischen Politik, wo die ungarische herrschende Klasse zur wirtschaftlichen Konsolidierung auf westliche Anleihe hoffte, war das Bestreben der ungarischen herrschenden Klassen, in der Innenpolitik nicht auf Steigerung der Diktatur, sondern lieber auf Einengung derselben in gesetzliche Formen und Rahmen Richtung zu nehmen; es war eine Notwendigkeit, ihr Verhältnis zur seit August 1919 unter Strafe stehenden, aus der nationalen Gemeinschaft ausgestoßenen Arbeiterklasse und zu ihrer politischen Vertretung, der USP, zu regeln. Die Abschaffung der Außergesetzlichkeit der Arbeiterklasse, die Regelung des Verhältnisses zwischen Staatsmacht und Arbeiterschaft ist auch schon deshalb unvermeidbar geworden, weil die Taktik des ersten Zeitabschnitts der Gegenrevolution, mit den christlichsozialen Gewerkschaften die sozialistische Arbeiterbewegung zu ersetzen und sie überflüssig zu machen, gescheitert war. Die im Jahre 1920 aus verschiedenen Gründen auf hunderttausend Mitglieder angewachsene christlichsoziale Gewerkschaftsbewegung ist bis 1921 sichtlich zerfallen und auf ihr Vorkriegsniveau zurückgefallen. Nach kurzem und künstlichem Aufblühen in der ungarischen Arbeiterbewegung ist die christlichsoziale Bewegung auf ihren Platz zurückgefallen, sie ist abermals eine periphere

Bewegung geworden, mit kaum zehntausend Mitgliedern. Mit dieser politischen Richtung konnte im Namen der ungarischen Arbeiterklasse keine Politik gemacht werden. Ihr gegenüber stand die unwiderlegbare Tatsache, daß die USP trotz Verfolgung, physischem und moralischem Terror, ihren Charakter als Massenpartei bewahrt hat, daß mit dem Bestand und der Tätigkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung gerechnet werden mußte.

Die Annäherung wurde durch den Umstand erleichtert, daß auch die Führer der USP die Regelung des Verhältnisses zwischen Staatsmacht und Arbeiterbewegung wünschten. Da der in der Führung die Oberhand gewonnene rechte Flügel durch die Verfolgungen der ersten beiden Jahre sehr eingeschüchtert war, stellte sich bald heraus, daß seine Wünsche und Forderungen sehr maßvoll sind, daß er in den Zugeständnissen die Intentionen der Regierung weitgehend respektieren werde, besonders, wenn auch die Regierung durch einige „Zugeständnisse“, die Bethlen bei seiner Antrittsrede noch abgelehnt hatte, ihren Willen zum Ausgleich bekundet. Hierauf konnte aus der Rede gefolgert werden, die der inzwischen aus der Emigration zurückgekehrte Károly Peyer (dessen Heimkehr auch Graf Bethlen guthieß) am 10. Juli 1921 in Tatabánya gehalten hatte. Peyer erinnerte die Regierung erneut daran, daß die Partei die Arbeit des Regimes zwei Jahre hindurch nicht störte. Ihre Bereitschaft, sich anzupassen, hat für die Bewegung jedoch keinerlei Zugeständnisse erbracht. Er beruhigte die Regierung aufs neue, sie habe von der USP nichts zu befürchten, denn für die Arbeiterschaft war der Bolschewismus, von dem die USP durch unüberbrückbaren Gegensatz getrennt ist, eine gute Schule, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß sie auf der Basis der II. Internationale steht¹³. Die Rede verriet nicht nur die Absicht zur Befriedung, sie war auch ein offenes neuerliches Anerbieten: Die Regierung wurde gebeten, auf die Vergangenheit den Schleier der Vergessenheit zu breiten, die Arbeiterklasse anzuerkennen, statt der Politik der Rache die Verzeihung anzuwenden, in welchem Falle die Arbeiterklasse ihre friedlichen Bestrebungen, ihren Wunsch nach einem Ausgleich auch durch Taten zum Ausdruck bringen werde. Die Rede bildete den Anfang der die Anerkennung der Partei betreibenden, den Ausgleich suchenden und mit allen Mitteln fördernden Politik der Parteileitung.

Nach dem zweiten Königsputsch tat auch Bethlen einen Schritt vorwärts: Seine Erklärung, die Regierung werde in der Zukunft eine Politik „der sozialen Befriedung“ betreiben, „sie wolle auf die Vergangenheit den Schleier des Vergessens breiten und sei bestrebt, sämtliche Kräfte der Nation ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit zu vereinigen . . .“¹⁴, ließ bereits den Wunsch nach einer herannahenden „Regelung“ ahnen. Die Regelung der Arbeiterfrage hat nunmehr auch der Regierungschef für unaufschiebbar und unumgänglich gehalten. Er hat

¹³ Ebd. S. 180–181.

¹⁴ Országos Levéltár (= Ungarisches Nationalarchiv, im weiteren: OL). Kozma-Schriften. Datensammlung 1920–22.

von der Abschaffung der Verbindung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei abgesehen, hat jedoch die Forderung aufrechterhalten, die Partei möge sich auf nationale Grundlage stellen und ihre internationalen Verbindungen abbrechen. Das passive Verhalten der USP zur Zeit des zweiten Königsputsches, dann ihre Politik, die Regierung bei den Ödenburger Volksabstimmung zu unterstützen¹⁵, haben den Weg zur Annäherung geebnet. Bethlen hingegen wurde durch die taktische Absicht gedrängt, die Einheit des Bundes der Bürger und Arbeiter – dem auch die USP beigetreten war – dadurch zu spalten, daß er mit der die stärkste Basis des Bundes bildenden USP zu einem Übereinkommen gelangt. Zur Zeit der auf den zweiten Königsputsch¹⁶ folgenden innerpolitischen Unruhe bestand für Bethlen nicht nur die Notwendigkeit, die Einheit der Regierungspartei zustande zu bringen, sondern auch die einzige, sehr starke, organisierte Massenkraft repräsentierende Opposition des Systems, die Arbeiterklasse, zu entwaffnen. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und der USP haben am 8. Dezember begonnen und wurden am 21. Dezember mit einem schriftlichen Übereinkommen beendet, das unter dem Namen Bethlen-Peyer-Pakt in die Geschichte eingegangen ist. Das Übereinkommen zwischen Regierung und USP war ein politischer Kompromiß; infolge der objektiven Kräfteverhältnisse waren die Positionen der Regierungsmacht wesentlich besser als die der Arbeiterklasse. In diesem Kompromiß hat die Parteileitung nicht nur deshalb verhältnismäßig größere Zugeständnisse gemacht: Die eingeschüchterte Schicht der Führung der USP und der Gewerkschaften hat – die der Bewegung drohenden Gefahren überschätzend – im Interesse der Legalität einen zu hohen Preis bezahlt. Sie hat außer acht gelassen, daß das System in den Jahren 1919–1921 sich nicht getraute, die Tätigkeit der USP zu verbieten und nach 1921 erstens aus außenpolitischen, zweitens aus innenpolitischen Gründen die Partei nicht mehr verbieten könne. Die gesetzliche Regelung der Lage der Arbeiterklasse und der USP war eine Notwendigkeit, die Außergesetzlichkeit mußte liquidiert werden; demgegenüber hat aber die sich zum Prinzip eines Kompromisses um jeden Preis bekennende Parteileitung einen übermäßig hohen Preis bezahlt, denn sie hat außer acht gelassen, daß auch die herrschenden Kreise die Regelung sehr benötigten.

Die Regierung hat der sozialdemokratischen Bewegung gegenüber sehr harte Bedingungen gestellt. Bethlen hat zwar seine vorhergegangene Forderung aufgegeben, die Partei solle sich auf nationale Grundlage stellen, ihre internationalen Verbindungen einstellen, verlangte jedoch die Verkündung dessen, daß sie sich mit „den universalen Interessen des Landes und der Nation“ identifiziere, sich

¹⁵ In der Frage der Staatszugehörigkeit von Sopron (Ödenburg) und seiner unmittelbaren Umgebung gelang es der ungarischen Regierung, die Abhaltung einer Volksabstimmung zu erkämpfen. Als deren Ergebnis sind Sopron und seine Umgebung ungarisches Hoheitsgebiet geblieben.

¹⁶ König Karl IV. unternahm 1921 zwei erfolglose Versuche, heimzukehren und den Thron zu besteigen. Am 23. Oktober 1921 hat der bewaffnete Putschversuch des Exkönigs nach zweitägigem bewaffnetem Konflikt ein klägliches Ende gefunden.

politischer Streiks enthalte, mit dem liberalen Block und der Emigration breche und der republikanischen Propaganda entsage; die USP mußte es auf sich nehmen, in außenpolitischen Fragen die Regierung zu unterstützen, ihre internationalen Verbindungen zu benutzen, die über das System verbreiteten Nachrichten zu widerlegen, „zugunsten Ungarns eine aktive Propaganda zu entfalten“, in diesen Fragen mit dem Außenministerium zusammenzuwirken, „die Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Gesellschaft im Blatt Népszava loyal zum Ausdruck zu bringen“, „geneigt zu sein, auf wirtschaftlichem Gebiet mit den bürgerlichen Klassen zu kooperieren“, auf die Organisation der Post-, Eisenbahn- und öffentlichen Bediensteten zu verzichten und ihre Agitation im Kreise der Landarbeiter auf ein Minimum zu reduzieren¹⁷. In den politischen Auswirkungen war die letzte Bedingung die schwerste, bedeutete dies doch die Negierung des Arbeiter-Bauern-Bündnisses. Außer diesem war jene Gedankenreihe des Pakts – mit Hinsicht auf die politischen Folgen – die schwerste, die die Rolle einer loyalen Opposition annähernde Aufgaben auf sich nahm, wodurch das politische und ideelle Antlitz der Partei für lange Zeit begrenzt, zahlreiche Elemente des sozialistischen Erbes und der revolutionären Tradition verleugnet und die Grundlagen zu einer gemäßigten reformistischen Arbeiterpartei gelegt wurden. Der in der Parteileitung über die Mehrheit verfügende und den Ausgleich um jeden Preis wünschende Flügel Peyer-Miákits-Vanczák hat die Verhandlungsbereitschaft der Regierung auch trotz der sehr schweren Bedingungen angenommen. Eingewirkt hat auf sie auch die in der Politik und in der politischen Tätigkeit der westeuropäischen – vor allem der deutschen – sozialdemokratischen Parteien eingetretene Änderung. Die deutsche Partei hat 1921 mit Annahme des Görlitzer Programms das Erfurter Programm des Jahres 1891 außer Kraft gesetzt. In diesem Programm trachtete sie auch theoretisch ihre bisherige gemäßigte Praxis zu rechtfertigen und in der politischen Tätigkeit der Partei die praktische Politik in den Vordergrund stellend, gesucht, wie unter den gegebenen Umständen die Partei in das politische Leben des Landes eingeschaltet werden kann: Diese Praxis und dieses Beispiel hat auch auf die Führung der USP eingewirkt.

Die Regierung Bethlen hat mit Hilfe des Paktums erreicht, daß die Konsolidierung des gegenrevolutionären Systems durch die unregelmäßige Lage der sozialistischen Partei nicht gestört wurde, und hat sich für die Verwirklichung ihrer eigenen Vorstellungen – so auf außenpolitischem wie auch auf innenpolitischem Gebiete – eine günstige Lage geschaffen. Bethlen erkannte, daß sich die USP, noch mehr ihrer Führung gegenüber 1918 bedeutend geändert habe, daß sie infolge ideologischer Verunsicherung und ihrer dem Opportunismus zuneigenden Natur ein politischer Partner sein kann. Wegen des Gedankens bzw. der Tatsache des Kom-

¹⁷ Originalprotokoll des Pakts Bethlen-Peyer. Mitgeteilt in L. RÉTI: *A Bethlen-Peyer Paktum. A történettudomány kérdései. 7. sz.* Magyar Történelmi Társulat (= Der Pakt Bethlen-Peyer. Fragen der Geschichtswissenschaft Nr. 7. Ungarische Geschichtswissenschaftliche Gesellschaft). 1951. S. 44–45.

promisses selbst kann die USP und ihre Führung nicht verurteilt werden. Die Regelung der Lage der Arbeiterbewegung, die Liquidierung ihrer „Außergesetzlichkeit“, stand auch im Interesse der USP und der Arbeiterklasse. Es besteht kein Zweifel, daß durch die im Pakt *gegebenen Zugeständnisse die Lage der Arbeiterbewegung zwar verbessert, aber nicht gelöst wurde*, obzwar die Regierung das Prinzip der „Außergesetzlichkeit“ der ganzen Arbeiterklasse durch den Pakt aufgegeben hat¹⁸. Die Parteileitung hat im Laufe der Verhandlungen nur um Brotsamen der bürgerlichen demokratischen Rechte gebeten und die breiteren politischen und wirtschaftlichen Ansprüche der Arbeiterschaft und die Lösung der schweren Gravamina der Partei beiseite gelassen. Die von der Parteileitung dem System gemachten Zugeständnisse und jene, die das Regime der Arbeiterklasse gewährt hatte, standen in keinem Verhältnis zueinander. Die durch den Terror eingeschüchterte Parteileitung hat in ihrem Kampfe gegen das gegenrevolutionäre System die durch das System gebotenen Möglichkeiten in Betracht genommen und trachtete, durch ihren Wunsch zum Übereinkommen das gegenrevolutionäre System zu einer besseren Einsicht zu bringen. Was sie als Gegenleistung erhielt, waren zum Großteil solche Zugeständnisse, die sie – in Anbetracht ihrer zeitlichen Entfernung von den Revolutionen und ihrem Streben nach der Konsolidierung – eher früher als später unumgänglich erhalten sollte, denn die Beendigung der außenpolitischen Isolierung und die Beschaffung des zur Zügelung der Inflation benötigten Geldes erforderten von der Regierung, das Verhältnis zur Arbeiterbewegung je eher zu regeln.

Die Regierung hatte die Regelung der Versammlungsfreiheit versprochen, hat aber die Generalversammlungen der Arbeiterorganisationen und ihre Mitgliederversammlungen an vorherige polizeiliche Erlaubnis und vorherige polizeiliche Genehmigung der Tagesordnung gebunden und zur Kontrolle Polizeiorgane entsandt. Die Parteiorganisationen der Hauptstadt erhielten insofern eine Erleichterung, daß die wöchentlichen Parteitage der Polizei nicht separat gemeldet werden mußten; diese Erleichterung bezog sich aber nicht auf die Parteiorganisationen in der Provinz.

Die Regierung versprach, die in den Statuten niedergelegte Tätigkeit der Organisationen zu sichern, mit der Bedingung, daß „die staatliche Aufsicht und Kontrolle auch weiterhin bestehen“ und die Gewerkschaften „sich mit Politik unter keinen Umständen befassen dürfen“. Jene Bitte der USP, die Internierungen und die Meldepflicht einzustellen, hat die Regierung mit Berufung auf die „durch die Heimkehr der Kriegsgefangenen aus Rußland erhöhte Gefahr der bolschewistischen Agitation“ abgelehnt, hat aber die Freilassung all jener Internierten zugestanden, für die die Leitung der Partei und der Gewerkschaft aufgrund einer eingereichten Liste die Verantwortung übernahm.

¹⁸ *Magyarország története* (= Geschichte Ungarns). Budapest. Verlag Gondolat. II. Bd. 1964. S. 177.

Die Regierung versprach eine Amnestie für jene, die zu weniger als fünf Jahren verurteilt waren, mit Ausnahme jener Verurteilten, „die für die gesetzliche Ordnung des Staates und der Gesellschaft oder für die öffentliche Sicherheit gefährlich sind“. Sie versprach auch den sukzessiven Abbau des beschleunigten Gerichtsverfahrens, die für den Kriegsfall vorgesehenen Ausnahmeverfügungen einer Revision zu unterziehen, die Autonomie der Arbeiterversicherung zu regeln, „insofern die sozialdemokratische Arbeiterschaft das Prinzip des dreifachen Interesses (Arbeiter, Arbeitgeber und Regierung) prinzipiell akzeptiert“. Schließlich stellte sie in Aussicht, den Bergarbeitern die Freizügigkeit zu gewähren und daß sie zur Freigabe der gesperrten Einlagen der Arbeiterschaft Verfügungen treffen werde¹⁹.

Im Zuge der Regelung des Verhältnisses zwischen Staatsmacht und Arbeiterbewegung hat also die USP nur beschränkte Bürgerrechte und Zugeständnisse erhalten, demgegenüber hat der Pakt die Rechtstendenzen in der Partei weiter vertieft. Nach Abschluß des Paktes erweiterte sich zwar die Betätigungsmöglichkeit der Bewegung, der Pakt hat aber der USP die Bewegungsfreiheit nicht zurückgegeben, hat aber auf dem ideellen-politischen Antlitz der Partei bleibende Spuren hinterlassen.

Die Sozialdemokratische Partei im Parlament

Zum erstenmal in der ungarischen Geschichte waren nach den Wahlen von 1922 Abgeordnete der USP ins Parlament gelangt, womit der alte Wunsch und die Sehnsucht der Partei erfüllt wurde; sie ist eine parlamentarische Partei geworden. Der Einzug der Abgeordneten der Partei ins Parlament erfolgte jedoch nicht auf solche Weise und Form, wie es sich die Führer der Partei bisher vorgestellt hatten, nicht aufgrund des allgemeinen und geheimen, sondern eines ungeratenen Wahlrechts, nicht im Rahmen eines bürgerlich-demokratischen Systems, sondern auf dem politischen Boden des gegenrevolutionären Systems. Die Sozialdemokratische Partei ist in einem solchen politischen System eine parlamentarische Partei geworden, das gerade auf Verneinung des Parlamentarismus aufgebaut war und statt des Inhalts des Parlamentarismus nur seine Formen anzuwenden bereit war. Die neue Lage hat vom Gesichtspunkt der Partei und der Arbeiterbewegung einen eigenartigen Widerspruch ausgedrückt: Durch den Aufstieg und die Konsolidierung der Gegenrevolution ist die Arbeiterbewegung dem politischen System des Dualismus gegenüber im ungarischen politischen öffentlichen Leben zurückgedrängt worden, zu gleicher Zeit hat sich ihre Lage im neuen Spektrum des politischen Lebens verändert: Durch die Wirkung der beiden Revolutionen und die internationalen Kräfteverhältnisse nach 1919 ist sie aus einer weitest linksstehenden und stärksten

¹⁹ Siehe: Originalprotokoll des Paktes Bethlen-Peyer. S. 45–49.

legalen oppositionellen Partei als kümmerlicher Beweis der „Modernisierung“ des alten Systems eine parlamentarische Partei geworden. Dieser Umstand hat die neue Rolle der Partei von vornherein widerspruchsvoll gestaltet, hat doch die Leitung der Partei dem Parlament und der Tätigkeit innerhalb des Parlaments vom Gesichtspunkt des politischen Kampfes sehr große Bedeutung beigemessen. Dieses Parlament war aber zur Erfüllung dieser Rolle und zur Realisierung der alten Erwartungen ungeeignet, denn „Verfassungsmäßigkeit“ und „Parlamentarismus“ waren nicht Sicherung der Rechte des Volkes, sondern Feigenblatt des ungarischen gegenrevolutionären Systems. Die Bewertung der neuen Lage und der dieser entsprechenden Bewertung des Parlaments hat die Parteileitung nicht vorgenommen, hat nicht die entsprechenden politischen und taktischen Konsequenzen gezogen, daß das politische System eine gegenrevolutionäre Diktatur ist, dementsprechend sein Parlament ein Scheinparlament und so seiner Natur gemäß zu ernststen Konzessionen nicht geneigt ist, die Partei daher in ihrer parlamentarischen Tätigkeit und in ihrem ganzen politischen Verhalten dementsprechend vorgehen muß, das System nicht liberalisiert werden kann, ihm keine wesentlichen Zugeständnisse abgetrotzt werden können und die Partei sich statt dessen auf dessen Sturz vorbereiten müsse.

Der Einzug der Vertreter der USP ins Parlament veranschaulichte die veränderte Politik und Taktik der ungarischen herrschenden Klassen. Nach der Niederschlagung der Räterepublik ist die Arbeiterklasse nicht nur aus der Macht verdrängt worden, sondern auch aus dem Vorraum der politischen Bühne. Trotzdem ist sie als faktische, noch mehr als potentielle Kraft verblieben. Dies war nicht nur den Ereignissen des Jahres 1919, sondern der neuen Weltlage, dem Vorstoß der demokratischen Kräfte, dem Bestehen der Sowjetunion zu verdanken. Die potentielle Kraft der Arbeiterklasse wurde durch den Schock untermauert, den die Proletarierrevolution des Jahres 1919 in den ungarischen herrschenden Klassen ausgelöst hatte, den sie im Laufe der ganzen Ära nicht überwinden konnte. Das Verhältnis der herrschenden Klassen zur Arbeiterklasse hat den extrem gegenrevolutionären Charakter des Systems im vorhinein bestimmt. In diesem System war die kommunistische Bewegung durchweg ein Zielpunkt der rohesten Gewalt, doch ein sehr beschränkter Platz fiel in diesem auch der Sozialdemokratie zu, mußten doch die gegenrevolutionären und faschistischen Kräfte dauernd befürchten, daß in den sich auf dem gegebenen gesellschaftlichen Boden ergebenden Krisenlagen eine Radikalisierung der Sozialdemokratie unvermeidlich ist. Dieses Angstgefühl ist darum so stark geworden, weil die Revolution des Proletariats nicht von der inneren Gegenrevolution, sondern von den Kräften der äußeren Intervention niedergeschlagen wurde, was ein schreiender Beweis der Schwäche, der Kraftlosigkeit der herrschenden Klassen war.

Mit dem Bestand und der Tätigkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung mußten sie jedoch rechnen. Dies verlangten das außenpolitische Interesse der herrschenden Kreise, der rasche Sturz und eklatante Mißerfolg der christlichsozialen

Arbeiterbewegung und die Zähigkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung; wenn auch organisatorisch geschwächt, ideell auch stark polarisiert und zur Passivität verdammt, ist die große Masse der organisierten Arbeiterschaft trotz der Verfolgungen durch den weißen Terror in ihren Grundlagen unberührt erhalten geblieben. Und dieser Masse verliehen eine über ihre Anzahl hinausgehende potentielle Kraft die Traditionen, das Bewußtsein der gemeinsamen Kräfte, die internationale Arbeitersolidarität und die gegebene internationale Lage. Die sich auf die organisierte Arbeiterschaft stützende Sozialdemokratische Partei hat trotz der Verfolgungen ihren Charakter als Massenpartei bewahrt; im Jahre 1921 haben die dem Gewerkschaftsrat zugehörigen 39 Fachorganisationen 152 441 Mitglieder in ihren Reihen vereinigt.

Der Einzug der USP ins Parlament kann von dem Bethlen-Peyer-Pakt nicht abgeschieden werden. Obzwar im Pakt faktisch keine Rede von der Frage der parlamentarischen Vertretung ist, besteht unzweifelhaft ein Zusammenhang zwischen dem Übereinkommen und dem Einzug der Sozialdemokratischen Partei ins Parlament. Das Problem des Parlamentarismus hat die USP vor ein ernstes Dilemma gestellt: Verstärken vielleicht nicht die Aufgabe der Passivität, die Teilnahme an den Wahlen, ihre ganze parlamentarische Rolle – auf Kosten der sich so ergebenden Möglichkeiten des politischen Kampfes – vor dem Ausland den Anschein, daß die innere Einrichtung des Landes eine demokratische sei, wäre es deshalb nicht richtiger, in der Passivität zu verbleiben? Dieser berechtigten Besorgnis standen zugleich vom Gesichtspunkt der Bewegung zweifellos zahlreiche Vorteile gegenüber, nämlich daß die Teilnahme an den Wahlen ins Parlament der agitatorischen Tätigkeit bedeutende Möglichkeiten sichert, Gelegenheit zu politischen Gesprächen mit Hunderttausenden bietet, einzelne Wahlkämpfe zu einer Heerschau werden können, die die Massen der Arbeiterklasse in Bewegung setzt, politisch aktiviert und erzieht und im Parlament die Partei eine Rednertribüne zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse erhält.

In der Frage der Teilnahme an den Wahlen hat der Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei am 21. März 1922 einen Beschluß gefaßt. Vor dem etwa 150köpfigen, die hauptstädtischen und sämtliche Provinzorganisationen vertretenden Parteiausschuß hat Parteisekretär István Farkas den Antrag der Parteileitung vorgetragen. Sich auf die Prinzipien und die Praxis der II. Internationale berufend, hat Farkas für die Teilnahme damit argumentiert, daß der Kampf im Parlament ein immer unentbehrlicheres Mittel der Arbeiterbewegung ist, denn der „aktive Terraingewinn“ kommt durch die parlamentarische Vertretung zur Geltung. Überdies ist das Parlament eine Tribüne und wichtige Stelle der Kritik des kapitalistischen Systems, Werkzeug der Vertretung der Forderungen der Arbeiterwohlfahrt und der sozialen Belange. Bezüglich der zu erwartenden Kritik der Beschränkungen des Wahlrechts verwies er darauf, daß auch die ausländischen sozialdemokratischen Parteien sich in die Wahlen selbst dann eingelassen haben, wenn die Wahlrechtsgesetze der Arbeiterschaft nur knauserig Rechte gegeben haben.

In der Rede von Farkas vermischten sich – vom Gesichtspunkt der Arbeiterbewegung – stichhaltige und anfechtbare Elemente. Zweifellos ist auch das Parlament ein wichtiges Kampfgebiet, ein Werkzeug, auf das bei der Verteidigung der Interessen der Arbeiterschaft nicht verzichtet werden darf. Die These aber, daß die aktive Expansion durch die parlamentarische Vertretung zur Geltung komme, barg schon die Überschätzung der Rolle des parlamentarischen Kampfes in sich und bildete die ideelle Grundlage jener späteren Praxis, daß die Parteileitung die parlamentarische Tätigkeit vor die Massenbewegung setzte. Zu gleicher Zeit wurde bereits hier jener unrichtige Grundsatz der Politik und der Taktik der Partei formuliert, der zugleich auch die Verneinung der Revolution in sich barg: „Diese Macht muß auf parlamentarischem Wege gestürzt werden²⁰.“ Diese Parole zeigte nicht nur, daß die Führung der USP den realen Wert des parlamentarischen Kampfes nicht sieht und auch nicht in Betracht zieht, daß sie ihre Tätigkeit nicht in einem bürgerlich-demokratischen, sondern in einem gegenrevolutionären Parlament ausüben wird, sie zeigte aber auch, daß die Partei sich revolutionärer Methoden enthalten wird und dem Pakt gemäß „der Regierung gegenüber als deren Opposition mit anständigen Waffen kämpft . . .“²¹ Insofern ist also in der Bewertung des Wahlrechts und des Parlaments durch die USP der Lage vor 1918 gegenüber keine grundlegende Veränderung eingetreten, hingegen hat sie zur Kenntnis genommen, daß die Wahlrechtsgesetze der Arbeiterschaft das Recht nur karg geben, und, obzwar sie die Forderung des allgemeinen, geheimen Wahlrechts grundsätzlich aufrechterhielt, erklärte sie, daß sie im Interesse desselben in Anbetracht des zu erwartenden Terrors keine Massenbewegung einsetzen wird.

Der Wahlauf Ruf der Partei²² hat die Forderungen der Partei formuliert und ebenso die Richtung der Arbeit in der Zukunft dargelegt. Die demokratischen und sozialpolitischen Forderungen allgemeinen Charakters – das allgemeine Wahlrecht, die demokratischen Freiheitsrechte, die Abschaffung des Magnatenhauses, die Legalisierung des Streikrechts der Arbeiterschaft, der achtstündige Arbeitstag, die Mäßigung der Steuerlasten – wurden fast Wort für Wort aus dem Minimalteil des Programms von 1903 übernommen. Diesen wurden dann die aus der gegebenen Lage unmittelbar fließenden Forderungen angeschlossen: Widerrufung der Ausnahme Gesetze, Abschaffung der Internierungen, Kampf gegen die Teuerung usw. Das Programm unterschied sich – obzwar es ungemein wichtige zeitweilige Forderungen stellte – im ganzen kaum von einem schärfer formulierten bürgerlichen Programm. Die Gruppe der ersten Forderungen wurde zum Maximal-, die zweite Gruppe zum Minimalprogramm der Partei; diese bildeten lange Zeit hindurch den Inhalt der parlamentarischen Forderungen der Partei.

²⁰ *Szociáldemokraták a parlamentben. A szociáldemokrata párt választási küzdelmeinek dokumentumai* (= Sozialdemokraten im Parlament. Dokumente der Wahlkämpfe der Sozialdemokratischen Partei). Red. Á. Szakasits. Budapest. 1922. S. 14.

²¹ Siehe: Originalprotokoll des Pakts Bethlen-Peyer. S. 50.

²² Siehe: *Szociáldemokraták a parlamentben*. S. 15.

Die Wahlen von 1922 gingen in einer Atmosphäre von Drohungen, Terror, Korruption und Schwindel vor sich, große Mengen von Arbeitern und armen Bauern waren von der Wahl ausgeschlossen²³. Die Möglichkeiten und die Bewegungsfreiheit der USP waren im Wahlkampf sehr beschränkt, trotzdem erzielte sie einen Erfolg, von dem selbst die herrschenden Klassen überrascht waren. In den Wahlkreisen der Hauptstadt Budapest und ihrer Umgebung erhielt sie 45% der Stimmen, im Landesdurchschnitt 15,3%. Mehr als 290 000 Wähler stimmten für die USP, so daß sie 25 Mandate – 10,2% aller Mandate – erwarb. Besonders auffallend war, daß in den Provinzwahlkreisen mit offener Stimmabgabe 105 000 Wähler für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmten²⁴ und damit ihre Sympathie für die sozialistische Idee und ihre Gegnerschaft zum gegenrevolutionären System bekundeten.

Das Wahlergebnis brachte also vom Gesichtspunkt der Arbeiterbewegung einen riesigen Erfolg, hat doch die Arbeiterklasse in der seit dem Sturz der Räterepublik herrschenden gegenrevolutionären Atmosphäre trotz Verfolgungen und hemmungslosen Terrors ihre Treue zur sozialistischen Arbeiterbewegung und ihren Protest gegen das gegenrevolutionäre System zum Ausdruck gebracht. Die Wahlen haben auch gezeigt, daß keinerlei Formation des gegenrevolutionären Systems tief in die Reihen der Arbeiterklasse eindringen konnte. Die christlichsozialen Listen erhielten in Budapest etwa 10 000 Stimmen.

Die Wahlerfolge der USP zeigten, daß die Arbeiterschaft die größere Bewegungsfreiheit besser ausnutzte, als dem System wünschenswert war. Deshalb hat die Regierung in der zweiten Hälfte des Jahres der Parteibewegung bereits Hindernisse in den Weg gelegt. Den protestierenden Interpellationen hat die Regierung keinerlei Beachtung geschenkt. Der Platz also, den die USP im Parlament der Einheitspartei einnahm, war größer als der, mit dem die Regierung Bethlen gerechnet hatte. Es dauerte nicht lange, und die herrschenden Kreise haben diese Position stark geschwächt; bei den Wahlen von 1926 wurde die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten auf 14 herabgedrückt.

Mit der Präsenz im Parlament gingen in der Führung und in der Politik der USP sehr bedeutende Veränderungen vor sich. Mit der Konstituierung der Par-

²³ Das verschärfte Wahlrechtsgesetz von 1922 hat den Vermögens- und Intelligenzensus neuerlich eingeführt. Wahlrecht besaß jeder, der sein 24. Lebensjahr vollendet hat, seit 10 Jahren ungarischer Staatsbürger ist, seit 2 Jahren in derselben Gemeinde wohnt oder dort eine Wohnung hat und 6 Klassen der Volksschule absolviert hat. Frauen besaßen das Wahlrecht ab ihrem 30. Lebensjahr. Mit Ausnahme von Budapest und den 11 königlichen Freistädten wurde das offene Wahlsystem aus der Zeit vor 1918 wieder hergestellt. Die Wahlkandidatur wurde von den bisherigen Gepflogenheiten abweichend an schwere Bedingungen geknüpft: der Kandidat mußte in Wahlkreisen mit zehntausend oder weniger Wählern den schriftlichen Vorschlag von 10% der Wähler vorweisen, in größeren Wahlkreisen von wenigstens tausend Wählern. Diese Verfügung hat Mißbräuchen schrankenlose Möglichkeiten gesichert.

²⁴ D. NEMES: *A fasiszta rendszér kiépítése és a népnymor Magyarországon. 1921–1924. Iratok az ellenforradalom történetéhez* (= Der Ausbau des faschistischen Systems und das Volkselend in Ungarn 1921–1924. Schriften zur Geschichte der Gegenrevolution). II. Band. Budapest. 1956. S. 76.

lamentsfraktion gelangte eine neue, ungemein wichtige Rolle spielende Führerschaft unter die Faktoren, die die politische Tätigkeit der Partei bestimmten. Die Tätigkeit der neuen Körperschaft wurde durch ein separates Organisationsstatut geregelt, an der Spitze der Fraktion stand die Verwaltungskommission; jede Rede im Parlament, jedes Interview, jede Erklärung konnte erst nach erfolgter Besprechung mit der Verwaltungskommission bzw. nach Genehmigung durch dieselbe erfolgen. Das Organisationsstatut der Partei hat zwar die Fraktion den führenden Organen der Partei unterstellt, diese Unterstellung kam aber in der Praxis fast überhaupt nicht oder nur in geringem Maße zur Geltung²⁵. Einen der wichtigsten Punkte der Tagesordnung der jährlich zusammentretenden Landesparteiversammlung bildete die Beratung über den Bericht der Abgeordnetengruppe; und eben in diesen Debatten erklang stets wiederkehrend die Kritik, die Fraktion verletze die Parteidemokratie, mache sich von dem Parteiausschuß und der Parteiversammlung unabhängig, hole sich vor entscheidenden Entschlüssen nicht die Meinung des Parteiausschusses ein, zu einer Zeit, in der sich der Schwerpunkt des politischen Lebens und der Tätigkeit der Partei auf das Parlament verschoben hat.

Die Parlamentsfraktion hat ihre Tätigkeit sozusagen ohne Kontrolle ausgeübt, so daß der die Fraktion lenkende Verwaltungsausschuß, den das Organisationsstatut der Fraktion von vornherein mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet hatte, einen stets zunehmenden Einfluß erlangte. Und so wurde der Verwaltungsausschuß der Parlamentsfraktion zum wichtigsten, fast die ganze Politik der Partei bestimmenden Lenkungsorgan derselben. Es war daher nicht gleichgültig, aus welchen Personen der Verwaltungsausschuß bestand. Bis 1926 haben István Farkas, Gyula Peidl, Károly Peyer, Sándor Propper und János Vanczák diese Schlüsselposition besetzt. Mit Ausnahme Peidls waren diese auch Mitglieder der Landesparteileitung; ihr Vordringen an die Spitze bedeutete, daß die „zweite Garnitur“ der Zeit vor der Räterepublik an Terrain gewann, und, was die Personen anbelangt, die liberalste Gruppe an die Spitze der Parteiführung gelangte²⁶.

Durch die Erwerbung der Vertretung im Parlament ist in den Mittelpunkt des Interesses und der Politik der Partei die parlamentarische Tätigkeit gerückt; die Tätigkeit der Partei auf anderen Gebieten, in vielen Fällen auch die Kampfmittel, wurden dem Politisieren und Manövrieren innerhalb des Parlaments untergeordnet. Eben deshalb wurde der sorgfältig vorbereiteten Deklaration der Par-

²⁵ L. SERFÖZÖ: *A Magyarországi Szociáldemokrata Párt a parlamentben* (= Die Ungarländische Sozialdemokratische Partei im Parlament). Budapest, Akademie-Verlag. 1967. S. 74–75.

²⁶ Sowohl dieser Umstand als auch die Parteilinie der Parlamentsfraktion haben gemeinsam mit den über den vor der Mitgliedschaft der Partei verschwiegenen Pakt herrausickernden Nachrichten innerhalb der Partei die Quelle scharfer Konflikte gebildet, die Zahl der Oppositionellen erhöht und die immer schärfere Tonart der Opposition motiviert. Die linksstehende Opposition innerhalb der Sozialdemokratischen Partei – mit deren Tätigkeit und Bewertung wir uns im Rahmen dieser Studie nicht befassen – ist nach 1922 so stark geworden, daß es nach 1925 zum Bruch kam.

lamentsfraktion²⁷, die dieselbe in der Sitzung vom 20. Juni unterbreitet hat, großes Interesse entgegengebracht, denn sie zeigte nicht nur die Richtung der Parlamentsarbeit der Partei, sondern auch die ihrer allgemeinen politischen Tätigkeit an. Die Deklaration war, wie im allgemeinen die politische Richtlinie der Partei, sehr widerspruchsvoll, richtige und unrichtige Ansichten waren in ihr vermischt. Die Erklärung konstatierte mit Freude, daß die Vertretung der Arbeiterschaft Ungarns in der gesetzgebenden Körperschaft der ungarischen Nation „als gleichrangige Partei der übrigen Gesellschaftsklassen“ erscheint. Der Gleichrangigkeit wurde aber sofort entgegengesetzt, daß sie für ein aufgrund des allgemeinen, geheimen Wahlrechts zusammentretendes Parlament eintrat: Da die derzeitige Nationalversammlung nicht unter solchen Bedingungen zusammengetreten war, wurde ihre Rechtmäßigkeit bezweifelt. Trotzdem verschloß sie sich nicht der Kenntnisnahme solcher Regierungsmaßnahmen, die geeignet sind, im Lande die Rechtssicherheit, die Ordnung, den Frieden und den Gang des wirtschaftlichen Lebens zu sichern „und die Vorbedingungen der Wohlfahrt zu schaffen“. Im Interesse dieses zählte die Erklärung die im Laufe der Wahlen vorgebrachten Forderungen – die minimalen Programmpunkte – auf, um die die Partei mit Mitteln und Methoden kämpfen wird, die mit dem Parlamentarismus vereinbar sind²⁸. Auch die roten Nelken im Knopfloch der Abgeordneten deuteten an, daß die sozialistische Partei ihre prinzipielle Stellungnahme vorbringe, daß also auch vom sozialistischen Ziel gesprochen werden müsse. Gyula Peidl, der die Deklaration eingebracht hatte, erklärte im Zusammenhang mit den sozialistischen Zielsetzungen, jedes Mitglied der Partei wisse darüber Bescheid, „daß das Programm in seiner Gänze nicht von heute auf morgen, nicht mit Gewalt, mit Überholung der entwickelteren und fortgeschritteneren westlichen Staaten verwirklicht werden kann . . .“ Eben deshalb hat es die Partei als ihre nächste Aufgabe betrachtet, daß das Land sich den fortgeschritteneren westlichen Staaten anpasse, anschmiege. Die Parteileitung hat also den Sozialismus als Endziel hinausgeschoben, in die unabsehbare Zukunft, auf die Zeit nach der in den entwickelteren kapitalistischen Staaten eintretenden sozialistischen Umgestaltung, wobei sie eindeutig ihre friedlichen Absichten zum Ausdruck brachte: Im Interesse des sozialistischen Endzieles werde sie keine Gewalt anwenden.

Dies wollten sie auch damit bekräftigen, daß sie sich von der Räterepublik scharf abgrenzten, diese verleugneten und verleumdeten, sie ein geschichtliches Unglück nannten und erklärten, daß ihr die Vorbedingungen vollständig fehlten, weshalb sie ein Abenteuer war, das sich selbst so vollkommen tötete, daß ihr Wiederaufleben nach menschlichem Ermessen unmöglich ist und die Kommunisten mit dem Zustandebringen der Diktatur des Proletariats der Arbeiterklasse gegenüber eine nie mehr gutzumachende Sünde begangen haben.

²⁷ *Az 1922. június 16-ára hirdetett Nemzetgyűlés naplója* (= Tagebuch der für den 16. Juni 1922 einberufenen Nationalversammlung). I. Bd. Budapest. 1922. S. 92–102.

²⁸ Ebd.

Die Deklaration hat aber nicht einmal das konstruktive Programm der bürgerlichen Demokratie auf sich genommen. Die Parteileitung hat sich aber auch vom ungarischen Oktober²⁹ abgegrenzt, und bis Ende 1923 hat sie auch das Erbe des Oktobers nicht zu ihrer eigenen Sache gemacht. Statt der ideellen Übernahme des Ganzen und der Aufgaben des demokratischen Erbes hat sie sich nur deren elementare Teile zu eigen gemacht und um diese durch die Liberalisierung des Systems gekämpft, deren Maximum in der Forderung zum Ausdruck kam, das Land möge sich den fortgeschritteneren westlichen Staaten anpassen.

Aus dem Ton der Deklaration erklang die auf Zusammenarbeit und Befriedung gerichtete Absicht der Parteileitung, die Stimme der loyalen Opposition; jener Opposition, die im Falle der Erfüllung gewisser Bedingungen – in erster Linie der Liquidierung der ins Auge fallenden Reste der offenen Gegenrevolution –, in Erwartung einer demokratischen Entwicklung, einer Liberalisierung des Systems bereit ist, einen soliden Ton anzuschlagen, sich friedlich zu verhalten, im Notfall auch zusammenzuarbeiten. Diese Politik war dadurch gekennzeichnet, daß sie in Worten manchmal sehr radikal, in ihren Taten aber sehr behutsam war, in ihren Ausdrücken und ihrem Tun ungeduldig schien, in ihrer Tätigkeit dagegen zu Kompromissen neigte und bestrebt war, sich als kämpferischer Gegner zu zeigen, um ihre ideelle Unsicherheit und die Mutlosigkeit ihrer Taten zu vertuschen. All dies zeigte auch, daß der legale Flügel der ungarischen Arbeiterbewegung seinen Vorkriegsdynamismus verloren hatte und aus einer aufsteigenden dynamischen Bewegung immer mehr eine zurückgedrängte Bewegung geworden war. Darin haben zweifellos die veränderte politische Herrschaftsform, der stärker als die Diskriminierungspolitik der Vorkriegszeit zur Geltung kommende gegenrevolutionäre Terror und die Vexationen durch die Behörden, die Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse und das veränderte politische Antlitz der Partei eine große Rolle gespielt: der Reformismus der die Politik der Partei bestimmenden Führungsschicht, ihre viel opportunistischere Praxis als die vor 1918. Obzwar nun die ungarische Arbeiterklasse nach 1922 ein neues Terrain für den politischen Kampf gewonnen hatte, konnte sie diesen Kampfboden und dieses Kampfmittel nicht entsprechend ausnutzen und verzinsen.

Der Einzug der USP ins Parlament war in der Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung zweifellos ein ungemein bedeutendes Ereignis und bestimmte und begrenzte auch die Bündnispolitik der USP. Die Bündnispolitik der Partei wurde der parlamentarischen Tätigkeit und der Taktik innerhalb des Parlaments untergeordnet. Im Besitz der Vertretung im Parlament sah sich die Partei zwei Anforderungen gegenübergestellt: dem steigenden Anspruch, Stimmen zu erwerben, und der Klärung des Verhältnisses zur Opposition innerhalb des Parlaments. Bereits der anlässlich der Wahlen von 1922 herausgegebene Wahlaufdruck, in welchem

²⁹ Von der am 31. Oktober 1918 siegreichen und als Ergebnis dieses Sieges zustandekommenen bürgerlich demokratischen Republik.

die Partei prinzipiell für die Bodenreform Stellung nahm, zeigte die Veränderung in der Bündnispolitik der USP. Die Forderung der Bodenreform brachte politisch auch zum Ausdruck, daß die USP neben dem bisherigen ausschließlichen Verbündeten, dem Agrarproletariat, nunmehr auch die arbeitende Bauernschaft als ihren Verbündeten betrachtet. Die Realisierung des Bündnisses mit der arbeitenden Bauernschaft in der Praxis war durch die im Pakt Bethlen–Peyer übernommene Verpflichtung betroffen und eingeengt, da die Partei durch Übernahme der im Pakt enthaltenen Verpflichtung das politische Bestreben des gegenrevolutionären Systems, die Arbeiterklasse und das Bauerntum einander gegenüberzustellen, zur Kenntnis genommen hatte. Die Führung der USP war sich dessen bewußt, daß es nicht angezeigt sei, die seitens der herrschenden Klasse gezogene Demarkationslinie durch Agitation und Organisationsarbeit unter der Bauernschaft zu übertreten. Hätten in den Monaten nach Abschluß des Paktes noch Illusionen bestanden, so wurden diese in der Rede Bethlens am 12. Januar 1925 eindeutig zerstreut³⁰, in der dieser der USP zur Kenntnis brachte, daß er es für einen der wesentlichsten Punkte des Paktes halte, die dörfliche Bevölkerung Ungarns vor den Aufwiegelungen durch die Sozialdemokraten zu bewahren. Es ist vor allem dem seitens der herrschenden Klasse ausgeübten Druck und der Einhaltung der im Pakt übernommenen Verpflichtung zuzuschreiben, daß die USP über keine konkrete und ausgearbeitete agrarpolitische Forderung verfügte, mit der sie den Kampf um Gewinnung der arbeitenden Bauernschaft mit Aussicht auf Erfolg hätte aufnehmen können. Trotzdem war die Lage so, daß die unteren und mittleren Schichten der Kleinbauernschaft in ihrer Erbitterung über den Handschlag Bethlen–Nagyatádi bei den Wahlen von 1922³¹ der USP Interesse entgegenbrachten und die USP in diesen Kreisen mit einer entschiedenen politischen Stellungnahme bedeutende Erfolge erzielen könnte. Jedoch trachtete in der ersten Hälfte des Jahrzehnts die Parteileitung danach, das Bündnis nicht in dieser Richtung zu erweitern, unter Befolgung der Vorschriften des Paktes hielt sie für ihre Hauptaufgabe nicht die Gewinnung der arbeitenden Bauernschaft, sondern die mit den liberalen Oppositionsparteien zustande zu bringende Zusammenarbeit. Neben der Paktumpolitik hat hierin auch der Umstand eine Rolle gespielt, daß neben der prinzipiellen Bejahung der Bodenreform bei einzelnen Mitgliedern der Parteileitung noch jene Auffassung aus der Vorkriegszeit nachwirkte, die unter Bejahung des Bündnisses mit der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft den Gedanken und die Praxis des

³⁰ Pesti Napló vom 13. Januar 1925. Ministerpräsident Bethlen in der Einheitspartei.

³¹ István Nagyatádi Szabó war der Führer der über eine bedeutende Vertretung im Parlament verfügenden Partei der Kleinlandwirte, Ackersleute und Bürger. Die Partei hatte in der ersten Nationalversammlung 91 Parlamentsabgeordnete. Mit im Februar 1922 stattgefundenen „Handschlag“ Bethlen–Nagyatádi hat die Kleinlandwirtpartei ihre Selbständigkeit aufgegeben, und es wurde die Einheitspartei (Christliche Kleinlandwirte-, Ackersleute- und Bürgerpartei) unter Führung des Ministerpräsidenten Bethlen geschaffen. Das Zustandebringen der einheitlichen Regierungspartei, die Liquidierung der selbständigen politischen Organisation der Ackersleuteschaft bildeten einen organischen Teil der politischen Konsolidierung des gegenrevolutionären Systems.

Bündnisses mit den bodenbesitzenden Kleinbauern abgewiesen hatte. Die Übertreibung der parlamentarischen Tätigkeit hat die Partei unvermeidlich zu einer eingeschränkten Interpretation der Bündnispolitik, zur Suche nach Verbündeten innerhalb des Parlaments geführt. Auch die sozialdemokratische Emigration zwang die heimische Führung in diese Richtung. Ein Übereinkommen mit den Liberalen urgierten seitens der USP in erster Linie Garami und seine Anhänger aus Wien, die die bürgerliche Opposition überschätzten und im wesentlichen die 1918 aufgegebenen Politik: Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Opposition für ein bürgerliches Ungarn, fortsetzen wollten.

Die Zusammenfassung der oppositionellen Kräfte – wenn auch bloß im Rahmen einer Wahlaktion – war unter den gegenrevolutionären Verhältnissen ein richtiges Bestreben. Die USP mußte als parlamentarische Partei auch im Parlament jene Kräfte suchen und mit ihnen gelegentlich gemeinsam vorgehen, die gegen das gegenrevolutionäre System in irgendeiner Form opponierten. Die Rolle der bürgerlichen oppositionellen Parteien, die Bedeutung eines Zusammengehens mit ihnen, hat aber die Gruppe um Garami stark übertrieben. Ihr hauptsächlichster Irrtum bestand darin, daß sie nicht in Betracht zog, daß sich das politische Antlitz dieser Parteien und Gruppen nach 1919 bedeutend veränderte, also die 1918er Taktik ihnen gegenüber nicht mehr restlos angewendet werden kann. Die bürgerlichen demokratischen Kräfte waren nach 1919 in die Defensive gedrängt, ihre gesellschaftliche Basis war zusammengeschrumpft, ihr ideelles Antlitz ist noch heterogener und unsicherer geworden. Auf dem politischen Antlitz ihrer Mehrheit haben sich die Züge des konservativen Liberalismus verstärkt; dabei haben sie sich auf der Linie des Antikommunismus und des nationalen Revisionismus auch dem gegenrevolutionären System genähert. Ihren relativen Demokratismus konnte nur eine solche Führung einer Arbeiterpartei für wirkliche demokratische Bestrebungen halten, die auch selbst an ihren ursprünglichen Vorstellungen Abstriche gemacht und sich kraftvoll nach rechts verschoben hat. Eine Zusammenarbeit mit ihnen hätte zu gleicher Zeit – da sie auch eine Verletzung eines Punktes des Pakts bedeutete – der Beginn dessen sein können, daß sich die USP dem bei Unterschreibung des Pakts gemachten politischen Fehler entgegenstelle. In Wirklichkeit war aber die Folge, daß man zwischen zwei Verbindlichkeiten lavieren mußte, was die selbständige Tätigkeit der Partei in den Hintergrund drängte und eine berechtigte Quelle der Herausgestaltung und des Erstarkens der Opposition innerhalb der Partei wurde.

Ein Teil der heimischen Parteileitung sympathisierte nicht mit dem Gedanken der Schaffung eines oppositionellen Parteibündnisses; man wollte dieses nicht forcieren, weil man befürchtete, die Schaffung derselben würde einen kraftvolleren Angriff der Reaktion provozieren³². Diese Gruppe hat auch die restlose Einhaltung der bezüglichen Punkte des Pakts und die unrühmliche Rolle der loyalen Oppo-

³² L. SERFÖZÖ: op. cit. S. 118–119.

sition bereitwillig auf sich genommen. Der Sieg der Gruppe um Garami und das Zustandekommen des Oppositionellen Parteibündnisses von 1922³³ wurde durch die drohende Gefahr einer verstärkten Aktivität der extremen Rechten zustande gebracht; ihr Ziel war, die Regierung auf den Weg der Verfassungsmäßigkeit zu bringen, das System zu liberalisieren. Die Opposition wollte Bethlen bewegen, mit der extremen Rechten zu brechen, besser mit der bürgerlichen Opposition zusammenzuarbeiten, seine früheren Versprechungen einzulösen, die Konsolidierung zu sichern.

Die USP hat ebenso damals, wie im Falle des 1924 gebildeten Demokratischen Blocks, sich nur angeschlossen, nicht aber die Opposition zusammengefaßt; in der Führung war sie in Minderheit, in der Ausarbeitung der Deklaration hat sie keinerlei Rolle gespielt, sie hat sich dieselbe nur zu eigen gemacht. „Man kann mit uns über die Führung reden“³⁴, erklärte Gyula Peidl, und die USP hat bei den Budapester Gemeinderatswahlen von 1925 eingewilligt, daß die errungenen Mandate im Gemeinderat im Verhältnis von 60 : 40 zugunsten der bürgerlichen Mitglieder des Blocks aufgeteilt werden, obwohl die sozialdemokratischen Stimmen jene der liberalen Opposition weit übertroffen haben.

Obzwar die Führung der USP mit Vorliebe betonte, die Zusammenarbeit sei für sie keine prinzipielle, sondern nur eine Frage der Taktik, war diese Bündnispolitik doch im Einklang mit ihrer allgemeinen Richtungslinie: Um der Liberalisierung und Demokratisierung des Systems willen hat sie mit der liberalen Opposition ein Bündnis geschlossen, obzwar sie zum Sturz des Systems mit der Bauernschaft hätte zusammenarbeiten müssen. Die Schaffung und Stärkung eines Arbeiter-Bauern-Bündnisses hätte die herrschende Klasse als Kriegserklärung, eine Zusammenarbeit mit den Liberalen nur als Warnung betrachtet.

Dies wurde von der innerparteilichen Opposition erkannt, und deshalb wurde ausgesprochen oder unausgesprochen diese Bündnispolitik angegriffen. Die Parteileitung geriet also infolge der angewandten Bündnispolitik zwischen zwei Feuer. Die Schärfe der Kritik der innerparteilichen Opposition wurde nicht nur durch die Erfolglosigkeit des Bündnisses begründet, sondern auch durch deren Art und Ziel. Die Opposition hat der Parteileitung mit Recht vorgeworfen, daß sie im Zuge der mit der liberalen Opposition zustande gebrachten politischen Zusammenarbeit auf die selbständigen politischen Aktionen der Arbeiterschaft verzichtet habe, sich nicht der Kampfweise der selbständigen Proletarierpolitik bediene und die Kraft der Arbeiterklasse auf die Rolle einer taktischen Stütze der liberalen Klein- und Mittelbourgeoisie beschränkt habe, daß durch die Zusammenarbeit die Arbeiterklasse ins Schlepptau der liberalen Politik geraten ist. Die Parteileitung

³³ Das oppositionelle Parteibündnis bildeten folgende Parteien: Ungarländische Sozialdemokratische Partei, Nationaldemokratische Partei, Unabhängige 48er Partei und Unabhängige Kleinlandwirte-, Bauern- und Bürgerpartei. Das liberale Parteibündnis zählte bei seiner Konstituierung im Herbst 1922 47 Abgeordnete.

³⁴ *Tagebuch der für den 16. Juni 1922 einberufenen Nationalversammlung.* XXVI. Bd. S. 199.

schließe vom Gesichtspunkt der Arbeiterklasse unvorteilhafte Abmachungen und unterordne die Interessen der Arbeiterklasse dem unsicheren Manövrieren der liberalen Opposition, übergebe ihr die Führung und liefere nur die Massen. Die Unzufriedenheit trat besonders kräftig nach den Wahlen in den Budapester Gemeinderat von 1925 an die Oberfläche. Die Parteiopposition urgierte statt des Bündnisses mit den liberalen Parteien die Stärkung des Bündnisses mit den arbeitenden Bauern, die Steigerung der Arbeit unter den Werkträgern des Dorfes und eine klassenkämpferische Politik. Sie verwarfen zwar nicht den Gedanken einer zu schaffenden Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Opposition, wünschten aber nur mit dem demokratischen Flügel zusammenzugehen, den Anspruch auf die führende Rolle der Arbeiterklasse beibehaltend. Die Unfruchtbarkeit des parlamentarischen Kampfes machte es vielen Sozialdemokraten offensichtlich, daß die Massenaktionen der Arbeiterschaft weder mit Reden im Parlament noch mit Vereinbarungen mit den Liberalen ersetzt werden können. Die Unzufriedenheit mit der Politik der Führer der USP nahm zu, die Parteileitung wurde scharf angegriffen, weil sie auch die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft nicht genügend unterstützte. Infolge der Sanierungskrise stieg 1924 die Arbeitslosigkeit – die Zahl der Arbeitslosen erreichte die Zahl von jährlich 120 000 –, die Kapitalisten benutzten das Ansteigen des Arbeitsangebotes zur Herabdrückung der Stabilisationslöhne. Im Jahre 1924 fanden noch bedeutende Lohnkämpfe in der Eisen-, in der Textil-, in der Montanindustrie und auch in anderen Fächern statt. Die inneren Widersprüche und Konflikte der sozialdemokratischen Bewegung sind – in erster Linie in Folge der Politik der Führung – permanent geworden und haben sich gesteigert.

Die USP und die sozialdemokratische Emigration

Zu Beginn der zwanziger Jahre spielten in der Gestaltung und Formierung der sozialdemokratischen Politik neben den heimischen Führern auch die sozialdemokratischen Emigranten eine bedeutende Rolle. Nicht nur, weil diese Politiker sehr angesehene Führer der frühen ungarischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gewesen waren; trotz ihres Aufenthaltes im Ausland war ihr politischer Einfluß in der Heimat auch weiterhin bedeutend, und sie hatten in der heimischen Bewegung eine bedeutende Anzahl von Anhängern. Ihre Ansicht über die beiden Revolutionen und die Gegenrevolution beeinflusste als auch unmittelbar den Inhalt der politischen Linie der USP und die Richtung ihrer Tätigkeit in der Praxis. Ihre Stellungnahme konnte die heimische Führung ohne politische Konflikte nicht außer acht lassen.

Ein Teil der Führer der Sozialdemokratischen Partei vor dem 21. März 1919 ist, nachdem die Gegenrevolution ans Ruder gelangt war, in die Emigration gegangen. Ein Großteil der in Wien versammelten sozialdemokratischen Emigra-

tion bestand aus jenen Politikern, sozialdemokratischen Funktionären, Arbeitern, die zur Zeit der bürgerlich-demokratischen Revolution und der Räterepublik wichtigere Posten innehatten und deshalb gezwungen waren, vor dem weißen Terror zu fliehen. Später haben sich der sozialdemokratischen Emigration auch solche Leute angeschlossen, die sich während der Proletarierdiktatur beiseite gehalten hatten und nur wegen ihrer Teilnahme an der bürgerlich-demokratischen Revolution und weil sie sich zu bürgerlich-demokratischen Ansichten bekannten, in Ungarn verfolgt wurden. Eventuell sind sie zufolge ihrer späteren Tätigkeit im Ausland zu unerwünschten, auch behördlich verfolgten Personen in Ungarn geworden. Den Unterschieden gemäß war die sozialdemokratische Emigration nicht einheitlich, sie zerfiel in verschiedene Gruppen. Die gemäßigeren haben Erno Garami als ihren Führer anerkannt, diese Gruppe bildete den am weitesten rechts stehenden Flügel der sozialdemokratischen Emigration. Manó Buchinger, Jakab Weltner, Mór Erdélyi, Mihály Révész, Bernát Kondor bildeten den führenden Kern der Gruppe. Sie waren Anhänger der II. Internationale – in vielen Fällen hatten sie die ungarische Partei bei der II. Internationale vertreten –, doch standen sie auch mit der bürgerlichen Emigration, mit dem sich Mihály Károlyi entgegenstellenden Márton Lovászy und Oszkár Jászi in enger Verbindung. Ihre Blätter: *Jövő* (Zukunft) und *Bécsi Magyar Ujság* (Wiener Ungarisches Tagblatt) – deren Erscheinen Lajos Hatvany finanziell unterstützte – waren in den Augen des gegenrevolutionären Systems ein rotes Tuch, und sie sind wegen ihrer in diesen Blättern erschienenen Artikel in Ungarn verfolgte Leute geworden³⁵.

Die Ansichten der Gruppe um Garami bezüglich der Bewertung der beiden Revolutionen haben sich in ihren Grundzügen mit der Auffassung der heimischen Führung gedeckt; von der heimischen Führung haben sie vor allem taktische Meinungsverschiedenheiten getrennt. Laut Garami fehlten die wirtschaftlichen und kulturellen Vorbedingungen des kommunistischen Systems, weshalb die Proklamierung der Proletarierdiktatur ein Abenteuer war, das von vornherein zum Sturz verurteilt war. In Ungarn waren die Verhältnisse nur für eine bürgerliche Umgestaltung reif, die Rolle der Arbeiterschaft in der Revolution konnte nur die sein, sich als Verbündeter zur Bourgeoisie zu schlagen und sich mit jener Rolle zu begnügen, die der Arbeiterklasse in einer bürgerlichen Demokratie zukommt. Dieser Auffassung gemäß müsse sich nach dem Aufstieg der Gegenrevolution die ihre Reihen ordnende Arbeiterklasse zur Vorbereitung dieser Politik rüsten³⁶. Diese Gruppe hat die heimische Führung deshalb kritisiert, weil sie sich nicht nach ihren Ratschlägen gerichtet hat und nach dem Sturz der Proletarierdiktatur nicht mit der liberalen Bourgeoisie, sondern mit Horthy und Bethlen, die mit extremem Terror regierten, sich verständigt hat. Garami und seine Anhänger haben das System einmütig als gegenrevolutionäres System betrachtet, mit dem

³⁵ A. SIKLÓS: *Az 1918–1919. évi magyarországi forradalmak* (= Die Revolutionen in Ungarn in den Jahren 1918–1919). Budapest, Tankönyvkiadó (Schulbücherverlag). 1964.

³⁶ E. GARAMI: *Forrongó Magyarország* (= Unruhiges Ungarn). Wien. 1922.

man sich nicht abfinden kann, denn es ergibt sich aus seinem Wesen, daß es zu keinerlei ernstem Zugeständnis geneigt ist³⁷. Eben deshalb haben sie die Pakt-politik verurteilt und sich dem Regime Horthys wegen dessen Brutalität entgegen-gestellt. Garami und seine Anhänger haben sich der Auffassung der heimischen Führung gegenüber, die nach Liberalisierung des Systems strebte und sich auf Politisieren unter den gegebenen politischen Rahmen einstellen wollte, für die Taktik und politische Strategie aus der Zeit vor 1919 entschieden; für ein Bündnis mit der bürgerlichen Opposition, statt Liberalisierung des Systems das Bündnis von Oppositionsparteien, denn nur dieses könne mit Erfolg um die Demokratisie-rung des Landes kämpfen. Deshalb forderten sie mit unermüdlicher Leidenschaft von der heimischen Führung die Schaffung des oppositionellen Blocks. Die An-sichten der Gruppe Garamis unterschieden sich insofern von den Ansichten der-heimischen Führer, daß sie die bürgerlich-demokratischen Vorstellungen, das Bündnis mit der ententophilen Bourgeoisie konsequenter vertraten als Peyer, Miákits oder Vanczák, die diese Linie unter dem Vorwand der Realpolitik bekämpften. Die ideologische Grundlage der heimischen Führung Garami und seinen Anhängern gegenüber in der Verteidigung der heimischen Politik war, daß in Ungarn im Jahre 1918 nicht nur die sozialistische Umgestaltung, sondern auch die bürgerliche Revolution, die Herrschaft des Bürgertums und des Bauerntums, verfrüht waren und auch gegenwärtig noch sind. Das Zustandebringen des Par- teienbündnisses hielten sie – wie erwähnt – auch aus taktischem Gesichtspunkt nicht für richtig, da sie befürchteten, daß dieses einen kräftigeren Angriff der Reaktion – vor allem des rechtsextremen Flügels –, eine gesteigerte Verfolgung der Partei provozieren würde.

Da die Gruppe um Garami über weitverzweigte internationale Verbindungen und auch in der heimischen Bewegung über starken Einfluß verfügte, war die heimische Führung in zahlreichen Fällen gezwungen, ihrem Druck nachzugeben. Das wiederholt ins Leben gerufene Parteienbündnis richtete sich letzten Endes nicht gegen das System, sondern war nur bestrebt, „das Regime auf den Weg der demokratischen Politik zu führen“³⁸, das gegenrevolutionäre Regime zu liberalisieren, seine schreienden Widersprüche zu stützen, Bethlen von der extremen Rechten zu trennen und zu überreden, seine eigenen früheren Versprechungen einzulösen, die Konsolidierung zu verwirklichen.

Die Gruppe Garamis forderte von der Parlamentsfraktion entschiedenere Stellungnahme und erwartete, daß sie ihren in der Nationalversammlung geführten Kampf auch mit Bewegungen außerhalb des Parlaments verbinde. Die ständige Kritik Garamis und seiner Anhänger hat – obzwar von rechts ausgehend – mei- stens richtig auf die Fehler der heimischen Führung hingewiesen, dies in den

³⁷ *Adalékok Garami Ernő második emigrációjának történetéhez* (= Beiträge zur Ge- schichte der zweiten Emigration Ernő Garamis). (Mitgeteilt von János Kende.) Denkschrift Ernő Garamis an die Leitung der USP vom Januar 1931. *Párttörténeti Közlemények*, Jg. 1967. Nr. 2.

³⁸ *Népszava* vom 14. Oktober 1922.

Spiegel des Kampfes gegen das gegenrevolutionäre System um die bürgerliche Demokratie stellend. Dies traf die heimischen Führer sehr empfindlich und führte zwischen ihnen und Garami und seinen Anhängern zu stets stärkerer Eifersucht, zu einem zur Prestigefrage entartendem Gegensatz. Diese Gegensätze bestanden bis zum Tod Garamis. Garami wurde noch separat vorgeworfen, er und seine Anhänger hätten einen politischen Fehler begangen, als sie emigrierten, im wesentlichen hätten sie die Partei im Stich gelassen, und nun bezeichnen sie aus einer sicheren Umgebung die Parteileitung als Verräter, ihre Politik als opportunistisch, womit sie deren Arbeit erschweren. Garami und seine Anhänger hingegen warfen zugleich der Parteileitung vor, sie kämpfe nicht mit nötiger Aktivität und Entschlossenheit, um die Heimkehr der Emigranten zu ermöglichen³⁹.

Der linke Flügel der sozialdemokratischen Emigration vertrat den österreichischen und deutschen Unabhängigen gegenüber ähnliche politische Ansichten, ideell gehörte er zur 2^{1/2}-Internationale, hatte aktiv am Zustandekommen derselben mitgewirkt. Unter dem Titel *Világosság* (= Licht) gab er ein Wochenblatt heraus, weshalb er *Világosság*-Gruppe genannt wurde. Der Führer dieser Gruppe war Zsigmond Kunfi, von dem es hieß, er sei nur deshalb nicht österreichischer Minister geworden, weil er die ungarische Staatsbürgerschaft nicht verlieren wollte. Er hat auch unmittelbar an der Arbeit der österreichischen sozialdemokratischen Partei teilgenommen und war Redakteur der Arbeiter-Zeitung. Zoltán Rónai, Vilmos Böhm, Sándor Garbai waren die führenden Persönlichkeiten dieser Gruppe, jene zentristischen Sozialdemokraten, die zur Zeit der Räterepublik führende Rollen übernommen hatten, später aber sich derselben entgegengestellt und sie verleugnet haben. Die jüngeren sozialdemokratischen Emigranten folgten hauptsächlich ihnen.

Die *Világosság*-Gruppe hat zum Unterschied von Garami und seinen Anhängern die Räterepublik nicht verleugnet, sondern bekannt, daß ihr Zustandekommen unvermeidlich gewesen sei, und den Grund ihres Sturzes nicht mit den begangenen Fehlern, sondern mit der Intervention erklärt. Zugleich hat auch sie betont, daß für die Proletarierrevolution die objektiven Vorbedingungen fehlten, das ungarische Proletariat war zur Führung nicht stark genug, die Revolution ist darum vorzeitig gekommen. Das Eintreten für die Diktatur des Proletariats trennte die *Világosság*-Gruppe von der Rechten, ihre Ansichten über den Mangel an wirtschaftlichen und kulturellen Vorbedingungen haben zu gleicher Zeit den Weg zur Annäherung an den rechten Flügel der Emigration und die heimische Führung geebnet⁴⁰.

In den Fragen der zu befolgenden Politik und Taktik wichen sie jedoch sehr wesentlich voneinander ab. Die *Világosság*-Gruppe hat die heimische Parteileitung besonders wegen ihres Eintritts ins Kabinett Huszár⁴¹, der Aussöhnung mit Horthy und wegen des Pakts kritisiert. Ihre Kritik war viel schärfer und eindeutiger als jene der Gruppe um Garami. Als Kunfi Vanczák wegen seines schmählichen

³⁹ Siehe: L. SERFÖZŐ: op. cit.

⁴⁰ Siehe: A. SIKLÓS: op. cit. S. 129–132.

Artikels gelegentlich der Wahl Horthys zum Reichsverweser in der Arbeiter-Zeitung angegriffen hat⁴², haben sich Garami, Buchinger und Peidl in einer Erklärung vom Artikel Kunfis distanziert und denselben für unangebracht und schädlich erklärt. Die zentristische Gruppe hat die heimische Führung – vor der Öffentlichkeit – sehr scharf und systematisch kritisiert. Die Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen und der heimischen Führung waren teils allgemeinen Charakters und haben sich auf das Ganze der Parteipolitik und Taktik bezogen, teils beschränkten sie sich auf abweichende Interpretierung der in einzelnen Fragen befolgten Taktik. Im Mittelpunkt der Kritik der Világosság-Gruppe standen in erster Linie der Pakt und der Einzug ins Parlament sowie die Tätigkeit der Parlamentsfraktion. Sie haben diese beiden Sachen sozusagen als identisch betrachtet, doch haben sie in Unkenntnis des Texts des Pakts gemeint, der eigentliche Gegenstand des Übereinkommens sei die Teilnahme an den Wahlen gewesen. Ihrem Ermessen nach war es ein taktischer Fehler, die Aktivität auf sich zu nehmen, weil hierzu die verfassungsmäßigen Bedingungen nicht gegeben waren, und wenn die Partei an den Wahlen nicht teilgenommen hätte, hätte sich die Regierung nicht dauernd halten können. Durch die Teilnahme an den Wahlen habe sie die Regierung Bethlen gestärkt, der Austritt aus der Passivität sei verfrüht gewesen, die Bedingungen für den im Parlament zu führenden Kampf seien noch nicht gegeben gewesen. Auf das Gegenargument der heimischen Führung, durch Übernahme der Aktivität sei die Partei ein politischer Faktor geworden, antworteten sie, die Arbeiterbewegung sei bereits zu einer Zeit ein politischer Faktor gewesen, als sie noch über keine parlamentarische Vertretung verfügte, die Gegenwart im Parlament habe die Kraft und die Rolle der Arbeiterbewegung nicht erhöht. Die Schwäche ihrer Stellungnahme bestand darin, daß sie die Kritik des Paktes mit der Teilnahme an den Wahlen, der Verneinung der Notwendigkeit derselben und den kraftvolleren Kampf gegen das System mit dem Abweisen des Kampfes im Parlament in Verbindung brachten. Die Mitglieder der Gruppe bekannten sich zur Idee der demokratischen Republik, kritisierten das ungarländische gegenrevolutionäre System scharf, entlarvten mit ihrer publizistischen Tätigkeit vor der internationalen Öffentlichkeit die Greuelthaten des weißen Terrors. Aus dieser ihrer Ansicht floß ihre Taktik und ihre Kritik an der Führung der USP. Ihrer Ansicht nach werde die Lebensdauer des Systems dadurch verlängert, daß die USP durch ihre Vertretung im Parlament das System sowohl vor der heimischen als auch der internationalen öffentlichen Meinung salonfähig mache⁴³.

Der zentristische Flügel hat die heimische Führung auch deshalb kritisiert, weil sie die Demokratisierung des Systems von den außenpolitischen Konstellationen erwartete, statt zum Sturz desselben eine Massenbewegung und einen Massen-

⁴¹ In der unter Assistenz der Ententemission zustande gekommenen „Konzentrations“-regierung (Ministerpräsident Károly Huszár) stellte die USP einen Minister und einen Staatssekretär.

⁴² Arbeiter Zeitung vom 10. März 1920.

⁴³ Protokoll der XXI. Landesparteiversammlung der USP. Budapest. 1923.

kampf anzuregen. Ihre Meinung war, das System könne nicht demokratisiert werden, man müsse es stürzen. Darum kritisierten sie so heftig einzelne taktische Schritte der Führung der USP, so z. B. bei der Vorbereitung zur Erlangung einer Auslandsanleihe, weil dies zur Konservierung der bestehenden Zustände diene. Bezüglich der Sanierung waren sie der Ansicht, statt der Auslandsanleihe müßte hierzu vor allem die Steuerreform benutzt werden.

Die Mitglieder der Világosság-Gruppe verstärkten vom Anfang des Jahres 1922 an ihre Verbindungen zu den Mitgliedern der heimischen sozialdemokratischen Bewegung. Ihr Ziel war, durch Stärkung der oppositionellen Bewegung die rechtsgerichteten Führer aus den führenden Positionen zu verdrängen. Sie kritisierten die heimische Führung auch deshalb, weil sie um die Ermöglichung der Heimkehr der Emigranten nur einen Scheinkampf führe. In Wirklichkeit hat ein Großteil der heimischen Führung im Interesse der Heimkehr der Garami-Gruppe zeitweise Aktionen unternommen, von der Világosság-Gruppe hat sie sich jedoch eindeutig abgegrenzt. Obzwar sie von den Kommunisten ihre zentristische politische Linie, die abweichende Interpretierung der Notwendigkeit der Räterepublik und der Diktatur des Proletariats, getrennt hat, hat sich doch von Zeit zu Zeit eine gewisse Zusammenarbeit zwischen der Világosság-Gruppe und der Kommunistischen Partei Ungars herausgebildet. Im Kampf gegen die heimische rechtsstehende Führung der USP waren sie bereit, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten, doch ihre Furcht, daß die oppositionelle Bewegung ein Vordringen der Kommunisten zur Folge haben werde, hatte in der Zusammenarbeit stets eine bremsende Wirkung.

Mitte der zwanziger Jahre ist die Wiener sozialdemokratische Emigration zerfallen. Die Zeitschrift *Jövő* hat bereits im Frühjahr 1923 ihr Erscheinen eingestellt, einige Monate später auch das Blatt *Bécsi Magyar Ujság*. Ein Großteil ihrer Mitarbeiter ist heimgekehrt. Im Jahre 1924 folgten ihnen auch Jakab Weltner und Bernát Kondor. Garami hat seinen Sitz für einige Zeit nach Paris verlegt, kam aber im Herbst 1929 zusammen mit Buchinger nach Ungarn, nachdem ihnen die heimische Parteiführung eine Amnestie erwirkt hatte. Die Világosság-Gruppe ist Ende 1927 in zwei Fraktionen zerfallen, unter der Führung Garbais wurde unter dem Namen *Előre* (= Vorwärts) ein neuer Verein geschaffen. Die beiden Gruppen haben nach der Trennung geraume Zeit gegeneinander anzügliche Kämpfe geführt. Ende 1929 beging Kunfi, der der Reibereien in der Emigration müde geworden ist und seinen inneren Halt verloren hatte, Selbstmord. Mit dem Ende der Emigration hat sich der Schwerpunkt der Tätigkeit der USP nunmehr total auf Ungarn verlegt, die äußere Basis und die Kraftquelle der inneren Opposition der USP bestanden nicht mehr; nach 1924 ist hingegen die heimische oppositionelle Bewegung, die dann 1925 nach Annahme der Führung durch die Kommunisten eine neue marxistische klassenkämpferische Partei, die Ungarländische Sozialistische Arbeiterpartei, geschaffen hatte, immer stärker geworden.

Übers. von K. Niederhauser

**Политика социал-демократической партии Венгрии
в период от победы контрреволюции до стабилизации
контрреволюционного режима (август 1919 г. – 1925 г.)**

К. САКАЧ

Резюме

В статье рассматривается история рабочего движения в Венгрии (в первую очередь – деятельность социал-демократической партии) в период, начавшийся падением Советской Республики Венгрии и завершившийся экономической и политической стабилизацией контрреволюционного режима в 1925 году. Автор исследует прежде всего вопрос о том, как трансформировалось положение социалистического движения в новом спектре политической жизни, в политической системе контрреволюции, и как реагировала социал-демократическая партия на новую ситуацию, каким образом формировалась её политическая линия. Исследуемый период делится на три этапа, каждый из которых имеет особые характерные черты. Первый этап – это время белого террора (август 1919 г. – 1921 г.) когда среди руководителей контрреволюции имелись существенные расхождения в оценке рабочего движения, а наиболее реакционное крыло контрреволюции прилагало все усилия, чтобы поставить вне закона социал-демократическое рабочее движение и, уничтожив его, заменить его христианско-социалистическими рабочими организациями. Автор подробно проследил, как реагировала социал-демократическая партия на эти стремления, какую политику проводила реорганизованная социал-демократическая партия для устранения этой опасности: какие точки зрения и направления по вопросу о политике и тактике партии сформировались в её рядах. Второй этап – это время политической стабилизации контрреволюционного режима, которой в 1921 году всё настоятельней требовали и политическая ситуация в Европе, и внутривнутриполитическое положение. На этом этапе стало необходимым урегулирование отношений между государственной властью и рабочим движением. Такое урегулирование было осуществлено заключением пакта между правительством и социал-демократической партией Венгрии (Пакт Бетлена-Пейера). Автор подробно рассматривает это соглашение, обосновывая его оценку. Он проследил, какое влияние оказал этот пакт на партию и какие противоречия внутри партии проявились в результате его заключения.

В результате соглашения, заключённого между правительством и социал-демократической партией, представители партии – впервые в венгерской истории попали в парламент. В связи с участием в парламенте в руководстве и в политике социал-демократической партии произошли весьма значительные изменения, которые автор исследует и анализирует в третьей части статьи. Он рассматривает не только парламентскую деятельность социал-демократов, но подвергает исследованию отношения между партией и парламентской оппозицией, принципы сотрудничества между ними, изменения и противоречия в политике партии по отношению к союзникам, а также – конфликты внутри социал-демократического движения.

В заключительной части статьи автор рассматривает политические взгляды различных направлений социал-демократической эмиграции, выясняя их мнения относительно политики и тактики работавшего в Венгрии социал-демократического руководства.

A Few Comments on Lenin's Work "Imperialism"*

By
GY. RÁNKI

Several attitudes are imaginable to theoretical concepts of history, which are, of course, subject to the practical social test of history. The reverence due to great creators of revolutionary theory – particularly to one who subjected the theory himself to the test of practice and became the most history-forming man of the 20th century – may be interpreted in a manner stiffening it completely into a historical statue and while emphasizing the genius which inspired the theory we pass by without a word about elements which indicate the need of changing the theory. However, I feel that the practice which appraises the theory in the light of new phenomena, pointing out its old limits, stands nearer to the correct interpretation of both the theory and reverence. Naturally, it is far from my mind to take sides now in the widely ramifying debate on how far the theory of imperialism has remained valid and in what respects it has been overpassed by time. My comments are confined to the significance of the work in economic history and a few methodological lessons to be learned from it.

In 1916 when at the request of the Parvus Press of St. Petersburg Lenin consented to write a summary not exceeding five sheets of the questions raised by imperialism there was already extensive literature on the question. During the six months in which he studied pertinent literature on the subject in libraries of Bern and Zurich he made notes from 148 books and 232 studies, on the evidence of *Füzetek az imperializmusról* (Booklets on Imperialism). These works were of varying scientific value. To begin with, there was Hobson's book on imperialism which, in Lenin's view, "gave a very good and detailed account of the fundamental economic and political characteristics of imperialism"; it had been known for several years, among participants of labour movements in the first place. Hilferding's works Lenin, notwithstanding certain critical remarks, estimated "as an exceedingly valuable theoretical analysis of the latest stage in the development of capitalism". It was only a few years before that Lenin had written a preface to Bucharin's work, *World Economy and Imperialism*, which, to quote Lenin

* The paper was given on a session celebrating the hundredth anniversary of birth of Lenin.

again, “dealt with the basic facts of world economy which were related to imperialism as a whole, as a definite stage of development in very highly advanced capitalism”.

In his preface to the German and French editions Lenin defined the principal task of his book in 1920 “to show, with reference to the comprehensive data of undisputed bourgeois statistics and to admissions of bourgeois scientists all over the world, the general picture of capitalist world economy – as regarded its international correlations – in the early years of the 20th century, on the eve of the first imperialist world war”.

Even if the unassuming attitude characteristic of Lenin is left outside consideration two aspects have to be accentuated in connection with this statement. First, Lenin, who wrote the book to popularize the subject, by no means regarded his work as final or as an analysis of the new problems of the age as profound and firmly grounded as the Capital of Marx, but much rather as a presentation of new phenomena in the theoretical light of marxism, containing an outline of the basic principles of the mechanism of imperialism, but also an actual economic description. In this sense – and this is the second aspect I would wish to emphasize – Lenin himself declared that an account of a certain stage of development in world economy may also be said to offer the description of a stage from the viewpoint of economic history.

If the work is treated as one on economic history – not an arbitrary point of departure, as has been shown – let me go into two points, briefly reported.

1. How did Lenin lay the foundations of his theoretical inferences; how did he develop further, it could also be put as how did he turn unfolding reformist or not consistently marxist analysis into revolutionary marxist analysis.

2. How did he use contemporary literature; what did the adaptation of the results of bourgeois scholarship mean.

In dealing with item 1 the use and criticism of the books of Hobson and Hilferding, Kautsky's studies came into consideration. “Füzetek az imperializmus-ról” (Booklets on Imperialism) which have impressed me as highly revealing on the method applied by Lenin in research, give an illustrative account of how he worked up the material he had studied, how he stressed the most important economic and historical factors and came through their analysis to new theoretical conclusions. Lenin actually wrote four pages of notes in connection with Hilferding's book, and over thirty pages in connection with Hobson's work, with the help of Krupskaya who was much better in English language. One can hardly suppose the proportions to have been accidental; it is much more likely that Lenin ascribed greater significance to Hobson's book and held it to be more important in laying down the theory of imperialism, particularly from the viewpoint of proletarian revolution and political conclusions. There can be no doubt, it was Hobson's book, published in 1902, which re-introduced the word “imperialism” in modern economic literature and pointed out its new meanings in relation to the

principal steps of economic development. True, at the Fifth Congress of the 2nd International held in 1900 it was stated clearly that the development of capitalism necessarily led to colonial expansion, and the aim of colonial policy was to increase the profit of capitalists. Hobson was no marxist, yet in his work which appeared in 1902 he explained very clearly and in powerful, convincing language the relationship between modern imperialism and the economic and social problems of Great Britain. Theoretically he based his arguments on the hypothesis of underconsumption put forward by Sismondi and encountered also in Luxemburg's writings.

"Industrial overproduction and surplus capital for which no satisfactory investment is found compel Great Britain, Germany, Holland and France to place an increasing part of their economic resources beyond their present political borders and to promote the policy of political expansion in order to acquire new areas."

Thus Hobson traced imperialism to the economic interests of capital and regarded it also as the social trouble of the country which imported capital.

Hobson seeks the essential force backing the executors of British colonial expansion, researchers, missionaries, politicians and chauvinistic patriotic groups, and discloses important economic interests.

Politicians, soldiers, merchants, the patriotic feelings of philanthropists are manipulated by business . . . "enthusiasm for expansion springs from this source and although it seems strong and original, it is blind and irregular: only financial interest has the power to concentrate and to calculate soberly in a degree required to set imperialism in motion. An ambitious statesman, a soldier, an over-zealous missionary, a pushing businessman may propose or initiate steps serving imperialist expansion; they may help to convince patriotic public opinion of the indispensable necessity of further pressing forward, but the final decision comes from financial power."

Hobson's theory of imperialism contained another important statement, notably that colonization was associated in some form with the exploitation of the native population.

No doubt, these ideas in their incoherent form, sometimes failing to throw light on fundamental correlations, had an effect on Lenin. Nevertheless, Lenin's conception of imperialism differed radically from that of Hobson. Not only because Hobson wanted to play the part of the doctor who prescribes to the patient the remedy which brings recovery, while Lenin played the part of the revolutionary who not only predicts disaster but also hurries on its materialization. However, there is also more to it. Hobson wanted to heal or eliminate the disease of imperialism by the reform of underconsumption. Lenin, on the other hand, recognized that imperialism was a uniform and unavoidable stage of the growth of capitalism. When the three principal statements of Hobson are compared with the arguments of Lenin, it first becomes clear that Lenin discovered elsewhere the inner economic

reasons which compel capitalist countries to embrace imperialism. This follows partly from the fact that, relying on the economic theory of Marx, he did not adopt the theory of underconsumption. Moreover, this is far from having been the most important point. It was rather that Lenin saw a close relationship between the new phenomena of economy after the turn of the century, above all Hilferding's researches, and the problems of imperialism. Hobson assumed financial interest behind imperialism in a milieu of free trade; Lenin, on the other hand, laid it down that imperialism was equivalent to monopole capitalism; that its economic essence was formed by cartels, trusts and the rule of finance-capital; that imperialism was less dynamic than the earlier stage of capitalism, endeavouring to exploit intensively a protected market and preferring to use surplus capital abroad rather than at home. Furthermore, to draw maximal profit from foreign investments political control was also necessary in the areas where capital was to be exported. The latter, again, led to competition of major powers and distribution or redistribution of the world.

Lenin's modification of the other two articles of Hobson's theory of imperialism is also significant though not so basic as in the case of the first article. The economic motivation of imperialism, the rule of banks and trusts over the government were fully accepted by Lenin although in a few passages the wording can not be regarded as his most characteristic approach to the problem, because, we think, that owing to the fight against Kautsky's concept – which severs imperialist policy from its economic basis – this influence is sometimes made too direct and represented in a simplified form. As for the exploitation of colonies in Hobson, Lenin did not disagree but went much further by presenting semi-colonial financial and other forms of dependence in the system of imperialism, on which Hobson is silent.

Concerning Hilferding Lenin explicitly declares that in addition to the theoretical error on the issue of money the author omits to take notice of the division of the territory of the world of the correlations between finance-capital and parasitism, between imperialism and opportunism.

Still I think we can overpass the statements which came directly from Lenin. Actually he went far beyond Hilferding in stressing the imperialist character of capital export, while a more forcible elaboration of the relationship between finance-capital and monopolies can also be found in Lenin's work. Lenin criticised Hilferding's definition of finance-capital because the large concentration of production and of capital was not mentioned in it.

Nevertheless, if any work is to be given prominence of the ample literature of the period on imperialism those of Hobson and Hilferding were the most helpful to Lenin. Hilferding's work is an analysis of high standard by one of the best marxist economists of the age. It is not the task of the present contribution to list the new categories he introduced in marxist economic science; nor can it be doubted that Hilferding was aware of the correlations between finance-capital

and colonial policy; what is more he also went into the changed character of colonial policies. Lenin also regarded as fundamental Hilferding's comments on internal political issues of the age and continuation of the class struggle, since finance-capital demands control and not freedom. The turn of monopoly-capitalism from democracy to reaction exposed its basic relationship to the age of imperialism. Finally, it should be kept in mind that contrary to numerous petty bourgeois critics of imperialism – even to Kautsky – Hilferding pointed out that the proletariat's task was not to pit the obsolete policy of free trade against advanced capitalist policy; the proletariat's answer to the economic policy of finance-capital, to imperialism, could only be socialism, and not free trade. The aim of proletarian policy can not be to restore the by now reactionary ideal of free trade, but only to abolish completely competition by overcoming capitalism.

The ideas of the five well known elements of Lenin's criterium of imperialism, notably "1) the concentration of production and capital at a level so high as to create monopolies playing a decisive part in economic life; 2) the fusion of banks with industrial capital and the development of a financial oligarchy based on financial capital; 3) contrary to the export of merchandise capital export assumes particular importance; 4) the establishment of international monopolist-capitalist alliances which distribute the world among themselves; an 5) the territorial division of the earth among the great capitalist powers has been accomplished" are to be found partly in Hilferding, partly in Hobson. The essence of the first two parts of the definition is to be found in Hilferding's work. When making notes from the latter Lenin summed up his opinion as follows:

"The three most important elements

The development and growth of big capital up to a certain degree;
The role of banks (concentration and socialization);
Monopoly capital (competition is replaced by monopoly)."

Problems concerning capital export and division of the world as new, characteristic traits of imperialism receive a more thorough grounding in Hobson's work. However, although both works strongly contributed to formulâting the theory of imperialism, neither in itself was capable of exposing all the principal economic elements of the period or of defining the place of imperialism in history. Only Lenin's work was able to do this, adapting Hobson's petty bourgeois, reformist observations, to place them in the marxist system, and correcting several theoretical mistakes of Hilferding. It was Lenin's work to connect not infrequently basic observations in a uniform system, declaring that in itself neither work could grasp and understand imperialism as a whole.

This connection appears in his first notes.

"On the whole finance-capital, monopolies, banks, oligarchies, bribes are not accidental excesses of capitalism but its inevitable continuation and products . . . Not only colonies, but also a) capital export, b) monopolies, c) financial network

of connections and dependence, d) the omnipotence of banks, e) concessions and bribes.”

Of course, Lenin's work is superior to that of Hobson or Hilferding not only because he was able to establish the theory of imperialism as a unity; the creative marxist was not only a theoretician but also an active revolutionary. Once Axelrod said about him “There is no other man who is engrossed only in the revolution during all the twenty-four hours of the day, who has no other thought than the idea of the revolution, who even dreams only of the revolution when he is asleep” – and he drew the theoretical consequences of the development of imperialism. Lenin's definition of imperialism is outspokenly economic, and he sharply opposed every view which saw only a certain policy in imperialism (Kautsky). He demonstrated the correlations of politics and the economy and showed that imperialist policy sprang from monopoly-capitalism as an objective economic soil, and was connected with it by inseparable ties.

Lenin's concept of imperialism grasps the dialectic unity of economy and politics: in this conception imperialism is aggressive policy (military, political, economic expansion striving to acquire colonies); it is not only a new stage of development from which there is no turning back only going on, but the grave internal contradictions of capitalism, pushed to extremes, have revolutionary consequences. This is how the theory of imperialism is connected with the notion of a proletarian revolution, and this is how the period of imperialism becomes also the period of anti-imperialism.

As mentioned in the introduction, while preparing his work Lenin read nearly 150 books and made notes from over 200 studies. The latter included writings by a fair number of marxist authors – but the great majority of the works studied had been written by bourgeois economist, historians, and politicians. From the viewpoint of marxist history – writing it seems at all events instructive to follow how Lenin used, analyzed, sifted, and criticized these works. Opportunities to do so are offered not only by Lenin's *Imperialism* in which there are numerous quotations from the works of bourgeois authors, but also by approximately 800 pages of *Füzetek az imperializmusról* which virtually show Lenin's work in statu nascendi and, moreover, illustrate still more clearly the circumstances under which the book was produced, Lenin's methods and the manner in which he used bourgeois economics and economic history.

It is unnecessary to draw attention to Lenin's gift for acute theoretical discrimination, the protection of the theoretical purity of marxism, and his penetrating critical spirit which made him a severe judge. Whether it was in assessment of the message conveyed by the whole work of certain bourgeois authors or in disclosing the slightest theoretical impartiality of certain marxist writers Lenin did not shrink from making the most biting remarks (originally the Booklets were not meant for publication). At the same time he took note of true, telling statements referring to details, of important observations, the tiniest details

of novel characterizations; making use of the descriptions and statistics published by bourgeois writers he presented a new marxist picture. What Lenin took over from bourgeois works was not confined to statements referring to details or plain facts. Long explanations are quoted; some are marked with the well known NB sign to remember their applicability in some other context; then again he chooses from others abstract disquisitions on imperialism which go far beyond the narrow material of facts.

Lieffner's work is appreciated only for the useful survey it gives of the material. His book "Die deutsche Kreditbank" was the source of Saint Simon's concept which gave the idea put forward at the end of Imperialism.

These examples could be continued with Lenin's remarks on A. Lansburgh's article "Die Ausschaltung Londons als Clearinghaus der Welt" reading... "a first-rate article which explains the reasons of the power of Great Britain"; in connection with another article it is emphasized that it reveals the essence of the fight for oil monopolies of Germany.

From Th. Vogelstein's "Die finanzielle Organisation der kapitalistischen Industrie", on the other hand, he borrowed explanations of historical principles concerning the history of cartels which divide the development of monopolies in three stages and may be still regarded as one of the most important criteria of historical periodicity in the development of capitalism.

Lenin thought it necessary to dwell on G. Hildebrand's "Die Erschütterung der Industriegherrschaft und des Industriesozialismus", in order to illustrate the opportunist tendencies inherent in social democracy.

But even such a basic declaration of Lenin as the place of imperialism in history relies also in certain fragmentary parts of the idea on the statement of an author now forgotten, Paul Louis, who in his "Essai sur l'imperialisme" said... "imperialism, the last trump of the capitalist world, in the eyes of the latter the last refuge before the inevitable, fatal approach of ruin and spontaneous collapse, is also an excellent, unique hotbed of revolution".

The dogmatic concept of marxism, of the fifties was prone to adopt the attitude that, owing to its apologetic conception, bourgeois social science has lost the ability to produce essential works or recognize significant correlations. This nihilist and unscientific attitude implied an entirely one-sided conception of the confrontation between marxist social science and bourgeois social science; only the adoption of certain data was thought possible, otherwise every new statement was rejected. This attitude had little in common with Lenin's scientific method. Lenin was critical of bourgeois science but did not refuse it off hand. He looked in the works of bourgeois authors not only for facts, but devoted much attention to their theoretical conclusions, searched for what was new in their ideas, which of their basic statements could be utilized in building up the picture of imperialism; which elements could be adapted and integrated in the picture of imperialism.

When we read Lenin's brief notes on the works he had looked through it becomes clear how different his attitude was to bourgeois works. He does not stint sarcastic, sometimes disparaging remarks when it is a poor, truly apologetic work. Although data were extremely important, he endeavoured to find in every work generalizations and statements of theoretical aspects in the first place and he was disappointed when the work he was reading did not contain any. The disappointed remark "theoretically nil" is to be read at the end of several works.

Lenin was a scholar and a revolutionary and in this sense an active, creative brain; he was not lost in turbid waters of desires and dreams, he did not try to produce something new from nothing or simply from old concepts. He wanted to build on reality and use all elements of reality. To learn to know reality he needed everything that science could offer anywhere, on whatever side; moreover, as a revolutionary he was aware of the necessity to rely in bringing about a new balance of forces existing and acting in reality on the support of a definite power which was progressive and capable of changing the framework and possibilities present in reality, because he himself stood on the soil of reality.

Thus Lenin, starting from basic marxist theories, practically studied society through the results of bourgeois science of which he also made use in developing marxist ideas. When writing his work on imperialism he naturally used the writings of Marx and Engels as well. Among his notes remarks of Engels and Marx are found on the English working classes, Engels' articles on the problems of disarmament, his comments concerning the possibilities of national self-determination, etc., but the development and application of marxist theory was not confined to the study of marxism.

The significance of Lenin's work and its place in history are summed up perhaps the most aptly by a quotation from György Lukács who wrote "Lenin's superiority lay above all in his ability – and this is unique in dealing with theory – to connect the economic theory of imperialism concretely and wholly with all important political problems of the age and he could apply in this new stage the essence of economy as a living guide to concrete action".

Transl. by F. Horner

DOCUMENTS

Three documents concerning Great Britain's policy in East-Central Europe in the period after the Munich Agreement

A great deal of work has recently been done by historians on the diplomatic history of the 1930's, mainly because new archival materials had been made available by a degree from 1967. Also the memoranda concerning British political and economic views discussed by the British Cabinet became an open secret from January 1, 1966. Among the documents of foreign affairs in the London Public Record Office there are to be found several, hitherto unpublished, secret documents that give an account of Britain's interests in South-Eastern European economic life, and of intentions to expand economic influence in the region in the decisive months after the Munich Agreement preceding the outbreak of World War II.

We selected three of these documents to be introduced here. They do not only give a detailed analysis of the theoretical and practical problems of economic "intrusion", but also reflect the political atmosphere of the day in Britain, i.e. the not quite unambiguous interpretations of the post-Munich idea of "we have saved the peace".

Let us only have a look at a sentence from the first memorandum written by Foreign Minister Halifax: "It may be considered that the four-Power Munich Agreement of the 29th September and the two-Power declaration signed at Munich on the 30th September should be the starting point of a new phase in Anglo-German relations and this phase should, if possible, be characterized by increased trust and confidence on both sides." At the same time he warns that "frankness pays between actual or prospective friends".

The documents are again interesting because they reflect the British political and economic considerations letting an insight into the whole mechanism of British foreign and economic policy. From this point of view the second document deserves special attention as it is a report by the excellent economic expert, Sir Frederick Leith-Ross. The Cabinet Committee on Foreign Policy, which set up a committee "to explore the possibilities of promoting our political influence in South-Eastern Europe by economic measures with reference to export credit schemes" by its decrees from June 1 and 16, was in session five times and discussed several projects from that time to late October, 1938. The present document is

actually a summary of these projects signed by Leith-Ross in the name of the Committee¹. It is specially worth while reading his clear-sighted final sentences: "Unless we can import considerably more from these countries, there appears to be no way in which we can secure larger payments in respects of our financial claims from them, maintain any substantial volume of British trade with them, or keep up our influence in that part of Europe so far as this depends on commercial as opposed to military and political factors. If His Majesty's Government are not prepared to contemplate any such steps, it would appear futile to pursue any large scale plans for the extension of trade or credits to these countries. A certain volume of trade with the United Kingdom will no doubt be maintained, but we must expect it to diminish if Germany succeeds in establishing herself more and more strongly in these countries."

In our opinion, the new knowledge we can get from these secret documents as regards the many-sided considerations, the efforts to obtain concessions and their success contributes significantly to a better understanding of the months preceeding World War II.

É. H. HARASZTI

¹ Leith-Ross, Sir Frederick. b. 1887. Asquith's Private Secretary 1911–13. Chief Economic Adviser, HMG, 1932–46. Chief British Financial Expert. Hague Conferences, 1929, 1930. Chairman of the International Committee on Inter-Governmental Debts, 1931. Led British Delegation at World Economic Conference 1933. War Debts Mission to Washington 1933. Negotiated Financial Agreements with Germany, October 1934. Chairman of the Economic Committee of the League 1936–37. Director-General, Ministry of Economic Warfare, 1939–42. UNRRA 1944–46. Governor of the Bank of Egypt 1946–51.

1.
**MEMORANDUM BY LORD HALIFAX,
SECRETARY OF STATE FOR FOREIGN AFFAIRS,
IN WHICH HE EXAMINES THE POLITICAL IMPLICATIONS
OF THE SITUATION AFTER THE ANSCHLUSS
AND THE CZECHOSLOVAKIAN CRISIS, AND MAKES SUGGESTIONS
AS TO THE BRITISH ECONOMIC POLICY CONCERNING
SOUTH-EASTERN EUROPE. NOVEMBER 10, 1938**

Cabinet
Central and South-Eastern Europe

Some Political Implications of the "Anschluss" and the Recent Incorporation by Germany of the Sudeten Districts of Czechoslovakia, with Particular Reference to the Interim Report of the Inter-Departmental Committee on Economic Assistance to Central and South-Eastern Europe, and to the General Requirements of our Foreign Policy.

Memorandum by the Secretary of State for Foreign Affairs
Part I – The Problem

General Considerations

1. THIS paper has been prepared as an accompaniment to the Interim Report of the Inter-Departmental Committee on Economic Assistance for Central and South-Eastern Europe, of which a copy is annexed. It sets out to examine the implications, in the political sphere, of the *Anschluss* and the results of the recent Czechoslovak crisis, and to suggest what action we can now take which, while contributing materially towards the promotion of our political influence in South-Eastern Europe¹ by economic measures, will at the same time be in consonance with the main lines of our foreign policy and in particular of our policy towards Germany.

2. A paper prepared for the Cabinet last May (C.P. 127 (38)), recommending the setting up of the Inter-Departmental Committee, of which the Interim Report is attached, summarised the more important results of German domination in Central and South-Eastern Europe. At that time the *Anschluss* alone had taken place. Since then large districts in Czechoslovakia containing a considerable and varied range of industries have been incorporated in the Reich, so that the results foreshadowed in the Cabinet paper are even more likely to-day than they were in May last. The probable results were then described as follows:—

¹ The countries considered in this paper are Bulgaria, Greece, Hungary, Roumania and Yugoslavia, *i.e.*, the same as those considered in the Interim Report. Czechoslovakia has been excluded.

3. A considerable increase of German cultural influence; a strengthening of Germany's potential reservoir of raw materials, particularly food-stuffs, minerals and oils; an extension of markets for her manufactured goods; the domination by Germany of the communications system in Central and South-Eastern Europe, including, particularly, the Danube, when through traffic from Hamburg to the Black Sea has been made possible by the completion of the Rhine–Main–Danube Canal; and, finally, a general accretion of strength and prestige and the virtual certainty that in the event of war some, if not all, of these countries would directly or indirectly come to Germany's assistance. The memorandum went on to point out that, given the geographical position of Greater Germany and the economic framework of Central Europe, some of these results were, in any case, inevitable; a proportion of them could not be prevented whatever action His Majesty's Government and the French Government might be prepared to take, short of war. It might have been added that not only were some of these results inevitable but that they were also natural, and, economically at least, might be of benefit to the countries concerned.

4. Germany has now 80 million inhabitants, and it is natural that she should increase her trade. Central and South-Eastern Europe clearly provides the most convenient direction, mainly for geographical reasons; but there are other considerations as well. History shows that for many years the general and cultural backgrounds to the aspirations of most of these backward countries have been either Germanic or Slav. The Latin culture, fashionable in some higher social and intellectual circles, has been a rather artificial veneer, whether acquired in Paris or in Rome. Trade between industrial Germany and predominantly agricultural Central and South-Eastern Europe is complementary and therefore mutually beneficial. Moreover, the economic task of modern Germany in relation to the Danubian countries was pointed out by the economist List nearly a hundred years ago. Up to this point all are probably agreed. Where opinions differ is as to the point where the line should be drawn, *i.e.*, the degree to which these countries can afford to grant Germany an economic monopoly, and thus the degree to which German influence, economic and political, should be allowed to predominate.

5. In the Cabinet memorandum quoted above it was stated that: "It has always been the traditional policy of His Majesty's Government to prevent one Power attaining a predominant position on the Continent. It is true that conditions change and that England no longer stands in exactly the same relationship to Europe as she did either in the 18th or 19th centuries. Nevertheless, it will no doubt be generally conceded that it remains very much to her interest – indeed, it will be argued in some quarters that it is vital to her interests – that Germany should not attain a virtual hegemony in Europe. It is, perhaps, all the more important to avoid this since it seems not impossible that the Western Powers will eventually be ready to concede to Germany in one form or another some colonial territory. In other words, we may look forward to a time when Germany

will once again be a colonial Power, in which case her predominance in Europe would be even more dangerous to us than if she were still to be deprived of any colonial territory." The view was therefore reached that an effort on the part of His Majesty's Government to counteract Germany's advance seemed highly desirable, if, indeed, it was not considered vital to our interest. At the same time the memorandum went on to point out our object "is not and should not have the appearance of being designed to create an anti-German *bloc*. Such a *bloc* could in reality only be organised if this country, and perhaps France, were ready to grant military guarantees, which clearly they are not. Our object should rather be to endeavour to ensure that this area of Europe shall look specifically for leadership to this country and generally towards the Western Powers rather than feel obliged, in default of any other *point d'appui*, to allow itself to be exploited by Berlin." It may be argued that recent events in Central Europe have rendered this object Utopian; that owing to Germany's latest success we can no longer hope that the areas in question "shall look specifically for leadership to this country." But whatever view is taken, there will, no doubt, be general agreement that these countries should be actively encouraged to realise that a possible *point d'appui* other than Berlin does exist, and that British interest in them, both political or economic, will be maintained and developed. Such an object is a moderate and reasonable one, but the counterpart, which should be clearly recognised, is that we must be ready, notwithstanding our efforts to safeguard this object, to permit Germany to obtain all she materially requires in these areas – indeed, we cannot very well prevent her from doing so.

6. It may be pertinent very briefly to recall here the arguments in support of this general view:—

Is it in fact possible for us to stop Germany from realising the greater part of her ambitions in this area? What means do we dispose of to do so? They may be divided into two classes:—

(a) Power politics, *i.e.*, alliances, military conventions, close understandings, &c., &c., which necessarily involve, and are often based upon, large scale armaments credits and agreements. This is a possible policy but it almost certainly leads directly to war, will be unpopular in this country and is uncertain in its operation. For in point of fact what countries can we be certain of attaching to ourselves by such methods? We have great hopes of Turkey, and Greece is now our main objective (though whether or not we achieve our object of securing Greece on our side must mainly depend on whether we adopt the measures suggested later in this memorandum). We could not be certain of Roumania, still less of Bulgaria; Hungary is becoming less and less of a free agent, and unless we are sure of Italy, we have no hope of making certain of Yugoslavia; but for reasons which are given later in this paper it would be unwise to place undue reliance on Italy. The conclusion must be that of all these countries Turkey alone

justifies any real expectations; but that we may hope to add Greece if certain measures are adopted.

(b) By the use of our exceptional financial and economic power and of our consuming capacity. We can, if we are prepared to use methods which hitherto have been regarded as unorthodox (*cf.* the recommendations of the Interim Report), strengthen our political influence in at least some of these countries by the judicious encouragement of trade, industry and capital investment.

7. Of these two methods it will no doubt be generally agreed that we must choose the second. There are, however, great difficulties in the way of the exercise of our powers under (b) and these difficulties are cogently set out in the Interim Report; attention need, therefore, only be drawn here to one aspect of the need to increase imports from these countries, *viz.* that any action that is possible in this sphere must be of such a character as not to jeopardise the goodwill of the Dominions, which is essential to the continued existence in its present form of the Empire.

8. These considerations suggest strongly that we are not in a position to prevent Germany realising the greater part of her ambitions and that it would, therefore, be folly to enter into an unequal race. If, however, we pursue a limited objective there seems no reason why, within those limits, we should not succeed.

Non-encirclement of Germany

9. It will have been noted that in the quotation given above from the Cabinet paper of last May it was stated that our object "is not, and should not have the appearance of being, designed to create an anti-German *bloc*" and it is this qualification or rider to our political objective which has perhaps assumed the greatest importance as a result of the events of the last few weeks. It is pertinent to recall that in a conversation with Herr Hitler on the 30th September the Prime Minister raised the question of the relations between Germany and South-Eastern Europe. Mr. Chamberlain said that he had read expressions of German opinion indicating a suspicion that England desired not a military but an economic encirclement of Germany. This was a suspicion which, the Prime Minister went on, if entertained, was without foundation. He did, however, desire to see an improvement in international trade. The events of the 29th September would certainly have eased the political tension but something more positive was required in the economic sphere, and he would particularly have liked to see a relaxation of the restrictions on international trade which now existed. Had the Führer, Mr. Chamberlain asked, any suggestions to make on this subject? Herr Hitler replied that in South-Eastern Europe German relations were economic but that there were no political ties. He went on to say that economic relations were quite natural because Germany was a great producer of industrial articles and a large consumer of raw materials and foodstuffs. The Balkan States were the other way round; they produced primary products and consumed industrial articles.

10. This conversation is recalled in order to show that we have informed Herr Hitler very recently that we have no intention of encircling Germany economically, and to show too that Herr Hitler regards his relations with the countries in question as of an economic character. It is, however, worth remarking that he spoke of present relations and not of future aims and intentions.

11. If, therefore, we continue to consider the principle enunciated last May as valid, it seems clear that any measures we may have in mind to promote the economic welfare of these countries must be examined in the light of two conditions: first, whether they are likely to influence the country in question in the direction of looking for leadership to this country and the West rather than to Germany; and, secondly, whether they are likely to be considered by Germany as constituting part of, or contributing towards, a policy of encirclement, either economic or military.

Alternative Policy

12. There is, however, another point of view and this paper would not be complete unless mention had been made of it. Until the recent incorporation by Germany of the Sudeten districts, Czechoslovakia was a barrier both politically and economically to German progress in the Danuba area. That barrier has now collapsed and it is held in many quarters that the way is now open to a development which should be economically advantageous for the world at large, although it is admitted that the political implications may be alarming. Those who hold this view suggest that the development of Central and South-Eastern Europe, mainly by German enterprise and organisation, should not be discouraged, since it is intrinsically desirable that these backward regions should attain a higher standard of living and one more nearly approximating to that obtaining in Western Europe. This task, in their view, is overdue and Germany is undoubtedly the one Power which is in a position to undertake it successfully. Far-reaching developments in these countries, they argue, will not only be of advantage to the countries themselves but also to the world outside, which will eventually share in the increased prosperity thus engendered. From this it would follow that an alternative to the methods suggested in the Interim Report would be for this country to assist Germany in developing the countries of South-Eastern Europe, by financial support if required and especially in the form of providing raw materials on credit. Nor is there anything revolutionary in this conception of Central European trade. The economic alliance between Germany and the Austro-Hungarian Empire (*i.e.*, Austria, Czechoslovakia, Hungary and large parts of Yugoslavia and Roumania) was as close as the political alliance; and short-term money regularly supplied by London played an important part in this trade.

13. Other things being equal, a renewal of this system might, indeed, be the best way to promote British economic influence, and, to some extent, British export trade both with Germany herself and also with the South-Eastern European

countries who, as their standard of living improved, would require more goods both German and British. Such a policy would not imply the withdrawal of Great Britain from these markets, though it would probably result in a proportional increase of exports from Germany much greater than from the United Kingdom; nor would it imply the abandonment of those proposals put forward in the Interim Report which have a genuine economic foundation (such as the improvement of our trade with Greece by increased purchases of tobacco); but it would mean the abandonment of a policy that might be interpreted as being deliberately obstructive to Germany, *e.g.*, a policy of granting credits on a frankly non-commercial basis or of direct Government purchases of which the result would be a diversion of trade from Germany to this country.

14. These arguments, which have much to recommend them from the point of view of common-sense economics, depend largely for their validity on the assumption that, in fact, the economic domination of these countries by Germany will not only increase their prosperity and raise their standard of living, but will also make Germany herself more prosperous and thus, in the long run, be to our advantage and the advantage of world trade generally. For if Germany becomes more prosperous she should become a better customer of the United Kingdom. These arguments, however, assume that the trade between Germany and the South-Eastern European countries will be of an orthodox, liberal or free trade character, based on the free exchange of goods and payment by free exchange. But this has not been the case in the past and is unlikely to be the case in the future, unless, as is just possible, there is a fundamental change in Germany's economic and financial policy. It seems, at present, far more likely that any economic dominance that Germany may attain in these countries will result in their economic vassalage to Germany and to German economic doctrine, and that German foreign exchange restrictions and autarchic aims will become factors conditioning and moulding the economic life of each of them. This, in fact, seems certain so long as Germany refuses to envisage the depreciation of the mark and to relax her exchange controls, and so long as she insists that these countries shall receive payment for their exports in German goods, wanted or unwanted. Moreover, the short-term credits by London to Germany, both before and since the war, have been frozen and have proved a source of great embarrassment and, indeed, of danger to the international credit of London. We could not afford to lock up further resources in Germany, so long as she maintains a system of exchange control; nor to advance funds to the Danubian countries so long as their trade with Germany only produces blocked marks. While, therefore, Germany, for one reason or another, is unwilling to lift her exchange controls, the arguments in favour of permitting her a free hand in these countries would seem largely to fall to the ground. It appears, indeed, as though no real progress could be made in economic conditions in Europe until exchange control is relaxed (a truth which has often been put forward in the past), and that meanwhile any increase in the

economic predominance exercised by Germany in the countries in question will not redound in any way to the benefit of world trade in general or of British trade in particular.

15. This does not mean, however, that there may not be some possibilities of co-operation between German and British endeavours in these areas.

General Political and Strategic Considerations

Special Position of Greece

16. It will be useful to turn now to the general political and strategic considerations involved (so far as I am competent to discuss these latter aspects of the problem). Greece, as is pointed out in paragraph 13 of the Interim Report, occupies a special position since she is not only a South-Eastern European Power, but also – and she is unique in this respect among the group of countries under examination – a Mediterranean Power*. Greece must therefore be considered from the point of view of our general policy in the Mediterranean and the Near East. In 1936 the Chiefs of Staff were not disposed to consider a close understanding with Greece a necessity for purely strategic reasons, and the new position which has arisen as a result of the *Anschluss* and the absorption by Germany of the Sudeten districts has not yet been submitted to them. If it were, no doubt the Chiefs of Staff would wish to have before them, in order to examine this question with profit, the probable state of our relations with both Italy and Germany. It is, however, only too probable that the German attitude towards His Majesty's Government will, partly at least, depend on the policy we now adopt in Central and South-Eastern Europe, of which Greece forms a part; while the policy we adopt towards Greece may well influence not only the attitude of other countries in South-Eastern Europe towards us, but also, and this is more important, the attitude of Turkey (to whom Greece is allied), and the views of Egypt and of the Eastern Mediterranean basin generally. If we permit Greece to pass into the German orbit, the political effect in those regions may be disastrous, while the strategic effects can scarcely be negligible. Meanwhile, as pointed out in the Interim Report, we are in a better position to defend Greece than we are the other countries under consideration. In these circumstances it might be in the nature of putting the cart before the horse to submit this question in its present embryonic stage to the Chiefs of Staff; or, to put it in another way, it may well be that strategic considerations in themselves should not be the sole criterion of our attitude towards Greece.

* Yugoslavia is an Adriatic, not a Mediterranean Power.

Effect on Italy of Economic Domination by Germany

17. Leaving Greece, therefore, on one side, we are faced with the remaining countries, namely, Hungary, Roumania, Yugoslavia and Bulgaria. A Germany which has swallowed these four countries economically, and which therefore dominates them politically, is bound, as we have seen, to obtain a great accretion of strength and power. What will be the effect of these developments upon Italy? We hope that by bringing the Anglo-Italian Agreement² in force we may be able to restore that element of sincere friendliness to Anglo-Italian relations which characterised them in the pre-sanctions period. We may well succeed up to a point, but there is a fundamental difference between the position to-day and that obtaining in 1935. In the interval we have permitted the Rome-Berlin axis to be forged against us, and Germany has, as a result of the *Anschluss*, a common frontier with Italy on the Brenner. Italy has therefore to choose between her hopes and her fears of Germany.

Italian Hopes

18. Hitherto the axis has functioned very greatly to the benefit of Germany. Nor can it be said up to the present to have worked to the detriment of Italy. It seems probable that the Italians will assess the value of that axis in terms of the benefits it may be expected to confer on them, and they will, of course, assess the Anglo-Italian Agreement from the same angle. When, however, His Majesty's Government have recognised the Italian Empire in Abyssinia, and have settled their frontier questions in Africa to the mutual satisfaction of both countries, what can the British Empire offer to Italy comparable to the promises which the Germans may make to them? While a friendly Britain can offer Italy security of communication with her overseas possessions and freedom to develop her existing resources without threat of interference, the Germans may well hold out prospects of an Italian Empire in North Africa and territory stretching continuously from the Mediterranean to the Indian Ocean. They can, however, only do so at the expense either of a trial of strength with the British Empire or as the result of such a decline of British power and prestige as would produce such a development without a struggle – an unlikely contingency. In short, Italy's hopes of Germany are based on aggrandisement at the risk of a conflict with the British Empire; she can only look to us for a security in which to develop what she has already acquired. Moreover, we must remember that those in power in Italy in the next ten to fifteen years will not be statesmen distinguished by judgment and a sense of balance, but will probably be either Signor Mussolini himself (whose

² The Anglo-Italian agreements concluded on April 18, 1938 regulated all the problems concerning the interests of the two countries in the Mediterranean, on the Red Sea, the Aden Bay, Libya, Eastern Africa and the Near East. The agreements can be divided into two main groups: those regulating certain individual problems and those of good-neighbourliness. The agreements came into force on 16 November, 1938.

judgment is not what it was), or young Fascists who have been taught to believe in an early revival of the ancient Roman Empire. The possibility that the coming generation in Italy will therefore choose the path of risk and adventure cannot be lightly dismissed. The accretion of strength to Germany, which will result from the virtual absorption (except territorially) of these five countries, will be marked, and may well reinforce the Italians in their view that they will be right to choose Berlin rather than London. Germany can also exert great economic influence on Italy, especially in virtue of her future control of the Danube and as a result of the pressure she can bring to bear on Trieste; in this respect the Italian position does not differ very greatly from that of the Danubian countries themselves. She, too, now is within the German orbit.

Italian Fears

19. So soon as the Anglo-Italian Agreement is in force Italian fears of this country should be largely discounted. On the other hand, Italy will continue to be frightened of Germany and for the following reasons:— The common frontier on the Brenner places the Italian industrial regions in Lombardy at the mercy of German air attack, and enables Germany to dominate the South Tyrol (a German minority) and to threaten Trieste. It is true that Herr Hitler has recently affirmed that this frontier is sacred, but suspicions are bound to breed in the minds of the Italian people, who in any case, and especially in the north, dislike the German connexion. There is the further threat to Italian influence in South-Eastern Europe represented by Germany's advance in those regions. In the recent past Italy was attempting to extend that influence through the medium of the Rome Protocols (signed by Italy, Austria and Hungary).

20. These purely political factors will no doubt outweigh all other considerations in the shaping of Italian policy; but so far as economic and financial considerations come into the account, they operate in favour of a *rapprochement* between Italy and the Western Powers. Italy is a far poorer country than Germany and since the acquisition of her empire the Italian Government have undoubtedly had constant preoccupation as to their financial position. The drain on their foreign exchange resources constituted by the demands for the conquest and development of Ethiopia has necessitated a rationing of imports of the most rigid character, but even so they have not yet succeeded in balancing their payments on international account. If they could obtain development capital for their new empire it would ease the internal situation, but such capital can be looked for only from the Western Powers. At present, however, there is little prospect that any of the Western Powers would be prepared to invest capital in the Italian empire and there is not, therefore, such a definite prospect of assistance on this head as would counter-balance other considerations.

21. It may be that Italian fears of Germany will outweigh Italian hopes from the same quarter, and, if so, this will perhaps be mainly due to the Duce's

inability to drive his people, against their wishes and better judgment, beyond a certain point. But it will scarcely assist the Italians to make their choice on the basis of fear rather than hopes if Germany is permitted to dominate South-Eastern Europe. In such circumstances Italy might well feel that she must look for compensation elsewhere and that in the meanwhile the Western Powers were disinterested themselves in Europe. That Italy herself is not anxious for German dominance in South-Eastern Europe appears to be shown by her recent policy in regard to the eastern districts of Czechoslovakia, where she seems to have been working for a common Polish-Hungarian frontier as a barrier, possibly against Bolshevik influence, but more probably against further German penetration.

Reports of Italo-German Agreement over South-Eastern Europe

22. It must be added that rumours have recently reached us, at present unconfirmed, to the effect that the Italian and German Governments have together reached agreement as to their future spheres of economic influence in South-Eastern Europe. It is suggested that under this arrangement Hungary, Bulgaria and Turkey are assigned to Germany, while Yugoslavia, Greece and Roumania are to come within the Italian orbit. Other accounts transpose the comparative positions of Hungary and Yugoslavia, the other two countries in each case remaining the same. There is nothing inherently improbable in these reports, though on balance it seems unlikely that Germany would, in present circumstances, be prepared to concede quite to much so Italy. If she does so it might perhaps be regarded as an indication that her eyes are, in reality, fixed steadily on the Ukraine. In the absence of confirmation of these reports it is difficult to take them into serious account in reaching conclusions as to the attitude His Majesty's Government should themselves adopt. If they were true, however, it would suggest that the Rome-Berlin axis is functioning even more to the mutual satisfaction of the two partners than we had supposed. The results, however, of Italian economic penetration in three of these countries supported as it would be by Germany (always assuming that the Germans held to their part of the bargain) would possibly be less detrimental to British interests than would German domination in all six of them. It seems unlikely that Italy would, in fact, be in a position to take a very large proportion of the exports of these countries (except possibly timber and minerals from Yugoslavia, meat from Yugoslavia and Hungary, and oil from Roumania) since she is herself an agricultural producer on a large scale, and since as an import market she is of secondary importance. Nevertheless it seems certain that if such an arrangement has been reached between Italy and Germany, and if Italy was unable to make full use of the opportunities afforded her, Germany would not stand idly by and see those missed opportunities exploited by third parties, but would herself make use of them. In practice the arrangement would perhaps work out more on the lines of an unwritten agreement between Italy and Germany to divide the three countries allotted to Italy between

themselves; and in any case, it should probably be regarded as an indication on general lines rather than as hard and fast agreement to limit and abide by strictly defined spheres of influence.

Summary of Arguments

23. The results of the arguments so far developed may be resumed as follows:—

(1) While on general grounds an effort to counteract German dominance in these regions is desirable, lest Germany become paramount in Europe, such dominance, however, is a natural tendency, and any effort to prevent it is probably futile.

(2) But an effort to modify its effects, especially in certain countries, may be practicable and advantageous.

(3) Such an effort should not constitute, and should not have the appearance of constituting, an anti-German *bloc*.

(4) It should be based on commercial rather than political methods (which in effect mean power politics).

(5) The alternative policy of assisting Germany to develop these regions is not feasible, at any rate so long as the present German economic and financial system is maintained.

(6) Greece is a special case and demands special and urgent treatment.

(7) The general political situation, and in particular the equivocal position of Italy, reinforces the view that if we can do anything to promote our influence in these countries, we should not hesitate to do it.

There remains to be considered the practical application of these principles in the light of the Committee's Report:—

Part II – Recommendations

General

24. In any review of the problem it should be remembered that German influence is more strongly marked in some countries than in others, and that while certain measures would be sufficient to stem the tide in country A, they would be of no use in country B. On the other hand, it may be necessary to contemplate measures in certain circumstances simply on account of the delaying action they may be expected to have. Again, as regards a possible charge by Germany of attempted encirclement measures which might be considered as part and parcel of such a policy in one country would not necessarily be considered in this light in another. This, again, depends on the conditions existing in each particular country.

General Recommendations

25. Paragraphs 30 to 38 of the Interim Report contain suggestions in regard to our future commercial policy in South-Eastern Europe. The comparative advantages and disadvantages of the courses suggested under (a), (b), (c) and (d) appear to be a matter primarily for economic experts, but it is quite clear, and paragraph 4 of the Committee's Report emphasises the point, that "the real solution is to be found in an increase of normal trade". Such an increase, however, naturally involves a modification of tariffs, quotas and preferences where these either obstruct or restrict United Kingdom imports from these countries. Any proposals designed to modify these restrictions are bound to meet with very considerable difficulties, and if this policy proves impracticable we should, in my opinion, consider whether we could not encourage private business interests to set up the necessary organisation to foster trade with South-Eastern Europe on the same lines as Germany, *i.e.*, by purchasing their products at high prices and by selling to them in return United Kingdom goods at equally high prices (see paragraph 34 of Interim Report). I realise that to do so will probably involve His Majesty's Government in the necessity of guaranteeing the interests concerned against financial loss, or at least of sharing part of the risk by putting up some postponed capital, but it is clear that whatever proposals we adopt are bound to involve substantial expenditure.

26. With regard to paragraph 38 of the Report, I am strongly in favour of modifying or expanding the existing machinery of the Export Guarantees Act to permit of minor credits being granted in respect of munitions of war, or at least of amending the existing definition of munitions of war in order to give this term a narrower interpretation. A decision on this question, which is, I understand, already under active examination by the Departments concerned, should, in my opinion, be expedited.

27. At the same time I would wish to draw attention to the analogous but separate question of providing credits for material other than munitions of war on other than a commercial basis with political objects in view (*cf.* paragraphs 36 and 37 of the Interim Report). To be in a position to grant credits of this kind would be of great advantage to His Majesty's Government in pursuance of the policy in South-Eastern Europe suggested in this paper.

28. In these circumstances I would suggest that serious and early consideration should be given to the setting up of an organisation parallel to but distinct from the Export Credits Guarantee Department, whose duty it would be to consider, grant and administer credits to foreign countries covering both munitions of war and ordinary civilian requirements on other than a commercial basis with political objects in mind. I am not suggesting that we should at once proceed to give credits to these countries with the sole purpose of opposing German progress; but I consider that it is essential to have such powers in case of need. If such an organisation were set up it would clearly be desirable that the grant of

such non-commercial credits should go hand in hand with an attempt to obtain better treatment for existing debts to the United Kingdom owing by the countries in question.

29. I am also in favour of the course suggested in paragraph 35 of the Report, namely, that we should persuade the principal companies concerned in this country to buy more oil, wheat and especially tobacco from these countries.

30. My general recommendations can therefore be summarised as follows:—

(a) that an attempt be made to increase our normal trade with these countries by modifying such tariffs, quotas and preferences as restrict United Kingdom imports from these countries. Should this prove impracticable I recommend that private business interests be encouraged, with the assistance of His Majesty's Government, to set up an organisation to foster trade with South-Eastern Europe on the same lines as Germany, and that instructions to this end be given at once to the Departments concerned, namely, the Treasury and Board of Trade,

(b) that a decision should be expedited on the question of modifying or expanding the existing machinery of the Export Guarantees Act, and early consideration given at the same time to the setting up of an organisation separate from but parallel to the E.C.G.D. dealing with credits on a non-commercial basis with political objects in view,

(c) that the principal companies concerned in this country should be persuaded to increase their purchases of such commodities as oil, wheat and tobacco from the areas in question.

The Question of informing the German and French Governments of our Intentions in South-Eastern Europe

31. It may be considered that the four-Power Munich Agreement of the 29th September and the two-Power declaration signed at Munich on the 30th September should be the starting point of a new phase in Anglo-German relations and that this phase should, if possible, be characterised by increased trust and confidence on both sides. There is much to be said for this view since our object admittedly is to get on friendly terms with the Germans, and, in general, frankness pays between actual or prospective friends. The Germans are, however, by nature and as a result of recent experience suspicious, and it may be very difficult to dispel their mistrust. Nevertheless it is for consideration whether we should not take an opportunity of raising this subject, on the basis that the improvement of the economic situation in these countries is of common interest both to Germany and to ourselves and that we should be glad to discuss with them whether it is possible for us to collaborate in this field. It would be natural to discuss the question of trade in South-Eastern Europe in connexion with any wider discussions we may have with the German Government on the subject of general economic appeasement in Europe.

32. It is unlikely, however, that such discussions will materialise in the immediate future. Meanwhile, the urgency of economic action on our part remains. If such action provokes expressions of German resentment, there would, in my opinion, be every reason for explaining to them our policy and the motives which underlie it. It would not be necessary to do so in great detail, but the outline of our proposals in each country might be explained to them orally and confidentially. We might stress, firstly, that our main objects are (*a*) to maintain and develop our trade in those areas, and (*b*) to assist the natural desire of the countries in question to obtain free exchange wherewith to maintain their own domestic industries; and secondly that it is no part of our policy to attempt an economic encirclement of Germany. Such a notification might be appropriately referred back to the Prime Minister's conversation of the 30th September with Herr Hitler (see paragraph 9 above). In return we might demand from the Germans an equal frankness and ask that they should inform us of any large-scale economic operations they have in mind to undertake in the countries in question. While this request might not meet with any marked response, it might in any case be useful to make it and might be based on our general interest in the revival of world trade and the raising of the standard of living in these countries.

33. Meanwhile, I would recommend that in any case we should inform the French Government confidentially of our general policy in South-Eastern Europe and give them an outline of the action we are taking, or proposing to take, in each particular country.

I pass now to detailed recommendations in regard to each of the countries concerned.

Greece

34. Greece has an extensive seaboard on the Mediterranean, and the freedom of that sea is as essential to her as it is to Italy or ourselves. Moreover, we and France are the only Powers who can prevent the domination of the Mediterranean by Italy, the country of whom Greece is perhaps most suspicious; although Germany runs a strong second. In these circumstances it is not surprising that Greece should look to us for assistance and should express her anxiety to shape her policy in consonance with our own.

35. Our own position as a Mediterranean Power makes it essential that we should not refuse this assistance, and we have to consider whether our object will best be achieved by either (*a*) economic help, (*b*) intermediate, or politico-economic, measures, or (*c*) political measures. The choice is wider in the case of Greece than in that of other countries, since our need to render assistance to Greece is greater and more urgent, and we should be prepared, therefore, to envisage measures in this case which we might not in others; moreover, the Greeks have themselves suggested measures under all these heads. The Greek Prime Minister has, for instance, recently and officially offered His Majesty's Govern-

ment a full-blown alliance³. As pointed out in paragraphs 13 to 17 of the Interim Report, the key to the problem seems undoubtedly to be found in the purchase of Greek tobacco, and this fact has recently been recognised in conversation by General Metaxas himself. It is also to be preferred on the grounds of a possible accusation of encirclement by Germany, since clearly any political measure such as an alliance, or a guarantee of Greece's maritime frontiers against unprovoked aggression or a consultative pact would be objectionable from the German and, it must be added, from the Italian point of view. Nor, I assume, would His Majesty's Government be anxious to increase their political commitments if they could achieve their object by different and less drastic means.

36. Nevertheless, the purchase of additional quantities of tobacco would not alone be sufficient. The £500,000 worth suggested in the Interim Report would, however, be sufficient if combined with other measures. The other measures I would recommend would be:-

(i) Such action as is possible to meet the Greek request for big guns and fortifications for coastal defence purposes, anti-aircraft guns and equipment for their air force.

(ii) The grant to Greece of such financial assistance for development purposes as may be possible on the lines suggested in paragraph 37 of the Committee's report. To this end I would recommend that the E.C.G.D. should be authorised to start negotiations with the Greek Government on the understanding that sanction will, in any case, be forthcoming for a modest credit, even if it is on a somewhat speculative basis.

37. From such preliminary and unofficial enquiries as have been made it seems doubtful to what extent we shall be able in the near future, owing to the requirements of our own programme and those of the Dominions and of our allies (Iraq, Egypt and Portugal), to meet the Greek demands under (i). If, however, we do not do so it seems certain that the Germans will, since the Germans, with their enormous military equipment, have at all times a large surplus of almost up-to-date arms, which they are willing to part with on terms very favourable to the purchasers. We have no similar surpluses; it is, however, most desirable that we should make a real effort. We could, it seems, do something towards meeting the Greek wishes (a) by way of the provision of technical assistance (air advisers and further naval advisers in Greece, and the training of Greek naval and air officers in this country), but the bulk of the cost must probably be borne by His Majesty's Government; and (b) by the supply of temporary and stopgap material for coastal defence purposes, &c. (e.g., second-hand and cast-off guns of our own), but this material would have to be provided with the least possible delay and as a

³ Such an alliance would *inter alia* require His Majesty's Government to guarantee Greece's present frontiers. So long as Bulgaria's demands for an access to the Ægean remain unsatisfied and any doubts subsist as to Italy's peaceful intentions, this would be a most dangerous commitment.

free gift or for a nominal sum. Later, more permanent material for coastal defence, together with anti-aircraft guns and air force equipment, should be made available, but would have to be supplied on long-term credit. It is realised, and the prospect must be squarely faced, that the provision of this latter will involve special legislation unless the machinery of the Exports Guarantee Act is amended to permit of credits being granted in respect of munitions of war.

38. Finally, I must add that the purchase of Greek tobacco is of such paramount importance that if we fail to reach our objective in this direction, the subsidiary recommendations as they stand would not suffice. At the same time, I would emphasise that unless we are prepared to take some measures to meet Greek demands for assistance in the sphere of her defensive armaments, in addition to increased purchases of Greek tobacco, we shall almost certainly be met with further demands of a political nature from that country. Of the three mentioned in paragraph 35 above, a consultative pact which would include among its signatories Greece, Turkey, France, and, if possible, Italy, would be the least objectionable, but it would be far preferable, for reasons which lie outside the scope of this paper, that even this measure should not be contemplated unless absolutely necessary. Meanwhile, His Majesty's Government have in view a possible invitation to the King of Greece to pay a State visit to this country next autumn, and though this may be expected, on general grounds, to have a useful effect, it might prove a disappointment if it is not preceded or accompanied by definite arrangements for economic assistance to Greece.

39. To resume, therefore, it is recommended that:—

(a) The Prime Minister should be authorised, on behalf of the Cabinet, to bring pressure to bear on the tobacco interests in this country in order to induce them to take at least £500,000 worth of Greek tobacco annually⁴.

(b) We should do our best to meet Greek requests for assistance to improve her defensive armaments. Such assistance should include material – which will have to be provided in the first instance as a gift or for a nominal sum, and, later, on long credit terms. To this end the Service and Supply Departments should promptly examine what can be done and submit a report within six weeks.

(c) We should grant to Greece such financial assistance for development purposes as may be possible on the lines suggested in paragraph 37 of the Committee's Report, and the authorisation referred to in paragraph 36 (ii) above should be given to the Export Credits Guarantee Department.

I must warn my colleagues that if success should not attend our efforts under (a), the problem will have to be reconsidered and it may well be necessary for His Majesty's Government to seek a fresh solution, outside the economic sphere, which will almost inevitably involve new commitments of a political character.

⁴ My own efforts, and those of Sir F. Leith-Ross, in this direction have not so far been successful.

Roumania

40. If Roumania, partly as the result of her reliance on the support – moral and otherwise – of this country, were to have serious difficulties with Germany, and if, in these circumstances, she were to appeal to this country for assistance, our ability to bring military pressure to bear would depend entirely on our relations with Turkey, since it would not be possible to pass a fleet through the Straits if this latter Power were hostile: and apart from naval action in the Black Sea we are virtually powerless to afford military assistance to Roumania. This fact alone should perhaps make us chary of attempting too much in this country. Paragraphs 18 and 22 of the Interim Report give the background to the Roumanian problem as it presents itself to us to-day. The only observation which need be added to that appreciation is that the *Anschluss* and the recent incorporation of the Sudeten districts have in general induced in Roumania a fear of Germany far stronger than a desire to draw closer to her. It should also be remembered that Roumania possesses a German minority of 700,000 and a Hungarian minority of 1,500,000 persons.

41. In these circumstances, and bearing in mind paragraph 22 of the Interim Report, the following measures are recommended in Roumania:–

(a) The regular purchase of certain minimum quantities of oil and wheat (if necessary for resale) by the big British combines; for this purpose the various Departments concerned, *viz.*, the Treasury, Board of Trade, Food (Defence Plans) Department and Petroleum Department, should be instructed to concert together in order to take the necessary action.

(b) Assistance to Roumania in the construction of a naval base on the Black Sea.

42. As regards (a), it is difficult to say how far the Germans are likely to object to purchase of wheat and oil, but our purchases are never likely to be on such a scale as to inconvenience in any way the German Government, and this question must perhaps be considered in relation to the bigger question of whether or not we shall be wise to inform the German Government of our intentions in general in regard to South-Eastern Europe. This point is dealt with earlier in this paper.

43. As regards (b), it is probably true to say that if we do not help Roumania to construct this base the Germans will. In these circumstances there are arguments both for and against this proposal. As against it, it may be urged that it would be objectionable to the Germans, and further, that there is no reason why His Majesty's Government should construct a base which in the case of war will almost inevitably fall into German hands. Moreover, special legislation would probably be necessary to enable us to give financial assistance for this purpose since, at present, there seems no basis for a commercial credit. (If, however, the recommendation contained in paragraph 28 above were adopted, no special legislation in respect of this base would be required.) It may equally be argued

that expense incurred under this head is of a character which might not commend itself to public opinion in this country. On the other hand there seems no reason why we should deny ourselves such credit and influence as we may be able to obtain by constructing this base. Further, whatever assistance we or the French may render her, the Germans probably regard Roumania as to all intents and purposes militarily at their mercy, and for this reason it is always possible that they might not in fact raise objections to our proposal. The cost of the base would be considerable, perhaps in the neighbourhood of £10 million and of this sum perhaps £2 or £3 million would represent additional employment in this country.

44. In regard to this proposal I would on the whole recommend that no decision be taken until the opportunity afforded by King Carol's visit enables us to estimate more clearly the value which the Roumanian Government attach to it. I would add, however, that from our own point of view it may well prove easier to provide assistance to Roumania in the form of a naval base than in the form of the purchase of regular quantities of Roumanian oil and wheat.

Yugoslavia

45. The present policy of the Yugoslav Government is to be friends with everyone; she has a common frontier with both Italy and Germany and for this reason is unwilling, above all other countries in the Balkans, to take risks. Circumstances are likely to force Yugoslavia into a close understanding with Italy to resist German aggression and this process has already begun. In the meantime the need for His Majesty's Government to bestow economic favours is perhaps less pressing in Yugoslavia than it is in other parts of South-Eastern Europe; nor have we received recently any urgent invitation to do so from the Yugoslav Government itself.

46. On the other hand, His Majesty's Minister in Belgrade in his latest despatch dealing with the German menace sums up his views as follows: "I can only suggest that we continue to do everything possible to make Yugoslavia feel that we take a friendly interest in her future; that we make a show of consulting her on every suitable occasion in the hope that she will reciprocate our confidence; that on the principle that every little helps we strain every nerve to assist materially to the limit of our powers." As, however, it is not easy to increase our imports from Yugoslavia and as the position at present is hardly favourable to the granting of credits (see paragraph 23 of the Interim Report), it looks as though we would have to trust mainly to other than commercial methods to attain our object in this country, *e.g.*, by showing a friendly interest in her future and by consulting her as often as possible.

47. In these circumstances I recommend that, although we should do our best to maintain and develop our imports from Yugoslavia, no special and immediate measures need to be taken in respect of that country. We should, however, bear in mind the possibility of granting credits later, particularly with reference to

the development of Yugoslavia's mineral resources with the aid of British capital (see paragraph 23 of the Interim Report).

Bulgaria

48. Our ability to help Bulgaria militarily is limited in exactly the same way as it is in the case of Roumania, *viz.*, it depends entirely on the goodwill of Turkey; and the same considerations therefore apply as are set out in the opening sentence of the section headed "Roumania".

49. Further, it is clear that no assistance whatever should be given to Bulgaria until some help has already been afforded to Greece, for we have learned from the Greek Government that to do so might further endanger our position in the latter country, and that position is, as has already been pointed out, the one to which we must attach by far the greatest importance.

50. Meanwhile, our latest information from the Bulgarian Minister is to the effect that the Germans have granted Bulgaria credit terms of such a character (a period of twelve years is spoken of) that they can hardly refuse them; if these reports are true – and we have no reason to doubt them – the present efforts of the Export Credits Guarantee Department are likely to be vain (see paragraph 24 of the Interim Report). Our chance, if, indeed, it ever existed – the German credit being secured on very large import of goods from Bulgaria (mainly tobacco), whereas any similar credit which we might grant would have no corresponding security – has probably already been lost. Nevertheless, I recommend, subject to the proviso that no assistance is given to Bulgaria until some help has been afforded to Greece, that (*a*) we neglect no opportunity that may still offer of granting credits to Bulgaria, and (*b*) that in the meanwhile we do our best to develop and increase our trade with Bulgaria along lines which have already been submitted to the Department concerned.

Hungary

51. After Czechoslovakia, Hungary is the country in Central and South-Eastern Europe most subject at the moment to German pressure; nor should it be forgotten that she possesses a German minority of over half a million. The degree to which Hungary is and will be politically and economically dependent on Germany is the subject of much speculation. Few people in Hungary would welcome the prospect of being ruled from Berlin, and the Hungarian industries, which are quite considerable, are dependent on raw materials which cannot be obtained in Germany and for which foreign non-German trade (*i.e.*, free "Devisen") is essential. It is fairly certain that the present Government and any moderate Government that succeeded them would wish to pursue an independent policy suited to Hungarian and not purely to German interests. If the present Government were overthrown by the Hungarian Nazi Party, clearly Hungarian policy would become largely if not entirely subservient to German dictation. In the absence of such a

change of Government, and we should do what we can to prevent such a change, it is probable that Hungary will continue to enjoy a limited measure of freedom in her foreign policy, subject to the reserve that it would scarcely be open to her to follow any course likely to arouse serious opposition in Germany, unless assured of the effective backing of Italy.

52. There are experienced and qualified observers who hold that any economic concession by United Kingdom to Hungary (*e.g.*, reduction of duty on turkeys) would have an effect out of all proportion to its cash value; and that it would stimulate Hungary's will to independence, by showing that it is not ignored by His Majesty's Government.

53. In these circumstances I recommend that His Majesty's Government should do their best, short of extraordinary measures requiring special legislation, to meet the wishes of the Hungarian Government to maintain and improve their trade with this country (*cf.* paragraph 25 of the Interim Report). In particular, I recommend that the decision regarding the duty on turkeys be reconsidered.

Conclusion

54. It will scarcely be necessary to summarize again the conclusions reached in the course of this paper, since paragraph 23 resumes in skeleton the arguments of Part I, and Part II itself contains a summary of the general recommendations (paragraph 30) and of the particular recommendations where necessary, *viz.*, those in the case of Greece (paragraph 39). I would, therefore, only add that, in my own opinion, it may well be essential to our ultimate security to promote our political influence by economic measures in South-Eastern Europe to-day; or perhaps it would be fairer to say that to permit our political influence in these countries now to go by the board may well have, in the long run, a most serious effect upon that security. That is why I am so anxious that we should do what we can now to promote that influence, particularly and above all in Greece.

H.

November 10, 1938.

Secret. C.P. 257 (38)

R 9045. G.

Copy No. 63.

F.O. 371/22345. Public Record Office.

2.
**REPORT OF F. W. LEITH-ROSS,
CHIEF ECONOMIC ADVISER OF THE GOVERNMENT
OF THE WAYS OF BRITISH ECONOMIC EXPANSION IN
SOUTH-EASTERN EUROPE. OCTOBER 26, 1938**

Interim report of the Inter-Departmental Committee
on Central and South-Eastern Europe

1. THE Committee, which was set up in accordance with decisions of the Cabinet Committee on Foreign Policy of the 1st and 16th June to explore the possibilities of promoting our political influence in South-Eastern Europe by economic measures with reference to export credit schemes, has held five meetings and has examined a number of proposals. It may be useful to submit herewith a summary report of the situation.

General Situation

2. The object of the committee was not in any way to attempt the economic encirclement of Germany. Indeed, any such effort would have been foredoomed to failure as Germany had established a predominant position in all the markets of South-Eastern Europe even before the *Anschluss*. The trade of Greater Germany, including Austria, represented last year not less than 33 per cent of the total trade of this group of countries¹. The German Government are now making strenuous efforts to intensify their trade expansion in this area, and in any case the absorption of the Sudeten region may be expected to increase Germany's share of these markets.

3. The expansion of German trade has been due to the fact that Germany offers a market for most of the staple products (food-stuffs and raw materials) of the countries of South-Eastern Europe, and she is prepared to buy very large quantities at prices higher than world prices. She can afford to do this as, generally speaking, she pays through her clearings in blocked marks which can only be used for the purchase of certain German exports, mainly fully manufactured goods. Germany has also given very substantial credits for the purchase of German manufactures to several of these countries. These credits are repayable over a long period (up to ten or twelve years) out of their future exports to Germany and Germany thus gets an option on their future production. A number of such credits have been arranged in the past, and only recently a new credit of £12 mil-

¹ Bulgaria, Greece, Hungary, Roumania, Yugoslavia. In view of recent developments Czechoslovakia has been excluded from consideration in this Report.

lion was agreed in principle with Turkey, while a credit of £35 million is said to be under discussion with Roumania.

4. The large purchases by Germany were at first attractive to these countries because of the higher prices offered and because they provided an outlet for their surplus production. But it is noticeable that the deeper the German economic penetration has been carried the more reluctant these countries are to encourage it, and in the past year or so most of them have been seeking to limit their exports to Germany and to find alternative outlets. The reason for this is partly economic and partly political. On the one hand, the German clearing provides them in the main with German manufactures and gives them little or no free foreign exchange wherewith to meet their foreign debts or to buy the raw materials which they need for their domestic industries. On the other hand, these countries all fear that the economic strangle-hold which Germany has established means eventually also a political control. For these reasons practically all the countries of South-Eastern Europe are most anxious to develop their export trade to the United Kingdom and several of them have appealed for credits which would facilitate increased purchases from the United Kingdom.

5. In fact, the United Kingdom market is so essential to these countries, as a means of securing free exchange that, despite all difficulties, most of them have succeeded in expanding their exports to the United Kingdom very considerably during the past three years as compared with the pre-crisis years 1927–29; and (with the exception of Greece) they have all now a favourable balance of trade with the United Kingdom. But when allowance is made for cost of freights, payments of debts and other invisibles and a certain amount of re-export trade, their present favourable balance is not sufficient for their requirements.

6. A further development of trade would also be in our interests. We have in the past invested in these countries a sum estimated at £100 million, the service of which is at present being only partially paid. In the years 1927–29, United Kingdom exports to these countries averaged over £10 million a year and there is still a large demand for British goods there, but in recent years the value of our exports has fallen to little more than £6 million a year, and, even so, in several countries there has been an accumulation of unpaid trade debts. We have sought to collect our claims by clearings or payments agreements, but no substantial improvement in the position can be looked for unless we can take more imports from the countries.

7. *A fortiori*, such an increase in our imports from them is an essential condition of any expansion of normal export credits to these countries. Under the principles on which the Export Credits Guarantee Department work, the department can only grant credits on a commercial basis, *i.e.*, before arranging a credit it has to be satisfied that adequate security for its repayment is available. This security can only be found ultimately by increasing the exports of the countries concerned – and, broadly speaking, if new credits on any considerable scale are

to be considered, by increasing their exports to the United Kingdom. For, while exports to other free exchange markets might in some cases be acceptable as security, it is clearly difficult for us to count with certainty on exports to markets other than our own.

8. But there are great difficulties in any further expansion of the exports from these countries to the United Kingdom. Most of them are agricultural countries and our quotas and sanitary regulations prevent them increasing their trade in such commodities as bacon, pork and chilled meat. Our Ottawa commitments² subject their wheat to a duty of 2s. a quarter, which makes it difficult for them to compete with the Dominion wheat, which enjoys free entry here; while the preference granted to Empire tobacco handicaps the staple export of Greece and Bulgaria. Moreover, the heavy buying by Germany has forced internal prices in most of these countries above the world level, and makes it difficult for them to sell in the United Kingdom market without special subsidies.

9. In fact most of the countries concerned are so anxious to keep up their trade with free-exchange markets they encourage their exports to these markets by some form of direct or indirect subsidies in order to bridge the gap in price-levels. It is only by this means that the present volume of trade has been attained. There are, however, limits to the extent to which the Governments can afford to subsidise their exports.

10. If we are to retain our position in the countries in question, some special means must be devised of overcoming these difficulties and increasing our imports from them. In this respect the promotion of individual transactions, though they may have a psychological value, will be only of temporary effect. What is really needed is a permanent increase in the regular flow of trade.

Consideration of Individual Countries

11. The considerations set out above apply generally, but the problem of finding a remedy is more urgent and important in some cases than in others. Certain countries are already so largely within the German orbit, economically or politically, as to discount the results of any effort to increase our trade with them. In others, which are less exposed to German penetration, or which we might be able to protect in time of war, we might hope, while not excluding Germany from a large share of the market, to retain a considerable degree of economic and political influence. The committee is advised that, from the political point of view,

² Ottawa Imperial Conference met at Ottawa from 21 July to 20 August. 1932. No food taxes on the one side, preferences for British industry only in the sense of increasing Dominions tariffs against foreigners on the other – these two firmly barred the way against Empire Free Trade . . . The agreements made it more difficult for Great Britain to strike tariff bargains with foreign countries . . . Ottawa was merely a symbolic gesture towards the idea of a closed empire: a repudiation of Free Trade principles in theory, though not in practice.“ See A. J. P. TAYLOR: *English History, 1914–1945*. 1970. 414–415 pp.

the most urgent need is to provide some form of economic assistance for Greece. In fact, it is urged that Greece is in a category apart, since she alone of the countries with which the committee is concerned, is primarily a Mediterranean country. For this reason it is pointed out that we cannot afford to disinterest ourselves in her policy, whatever may be the fate of the other countries of South-Eastern Europe. Moreover, we can make use of her co-operation in war and afford her a degree of support which would be impossible in the case of the other countries concerned. Our traditional friendship with Greece gives us a basis upon which to work, but she is already showing signs of jealousy at the credits we have given to Turkey, and would strongly resent an appearance of preference for any other of her neighbours. For these reasons, if any question of priority arises the claims of Roumania, Yugoslavia and Bulgaria should, it is felt, rank after those of Greece. Hungary is, for other reasons, also a special case. On the one hand, she has shown as much anxiety as any to maintain and increase her trade with us. Proximity adds to her fear of Germany, and she appears to be doing all she can to maintain some freedom of manœuvre in difficult circumstances. She is asking very little from us in the way of assistance, and it seems, therefore, worth while to do what we can to help her. On the other hand, it must be recognised that we could do nothing effective to help Hungary against a determined attack by Germany on her independence, and it would be unwise, therefore, to make any disproportionate efforts on her behalf which might precipitate counter-measures by Germany.

12. The following is a summary of the proposals which have been considered for assisting individual countries.

Greece

13. While, as stated above, it is most urgent to find some means of giving Greece economic assistance, Greece is particularly difficult to deal with. The Greek Government want credits from the United Kingdom for the purchase (a) of big guns and fortifications for coast defence, (b) of anti-aircraft guns, and (c) of equipment for their air force. But – apart from the fact that the Export Credits Guarantee Department are debarred by statute from guaranteeing credits for war material, and that we have little or no capacity for the export of such material in present conditions – there is no commercial basis for any large-scale credit to Greece at present. The visible balance of trade of Greece with this country is normally adverse, *i.e.*, she already imports more from us than she exports to us, and accordingly she has no surplus sterling proceeds of exports which could afford the basis of a new credit. It is true that she is in general a country which relies on invisible items, such as shipping and emigrants' remittances, to balance her payments account. At present, however, she is in default on her existing debts and there is a long-standing and still unsettled dispute between the Greek Government and the Council of Foreign Bondholders on the subject.

14. The position could only be substantially altered if some additional export from Greece to the United Kingdom could be provided for. Unfortunately, apart from currants, of which we already purchase 80 per cent of our total requirements from Greece, Greece has few exports which are of any interest to us. The export which the Greek Government particularly desire to encourage is that of tobacco. The Greek tobacco is of high quality and commands a good market, particularly in Germany and in the United States, but out of a total export of tobacco from Greece of about £8 million last year, the exports to the United Kingdom amounted to £47,000 only, representing about one-fifth of 1 per cent of our imports of foreign tobacco. The tobacco concerns in this country have accustomed the British public to smoking the Virginian leaf and they maintain that it would be against their financial interest to encourage the consumption of Greek tobacco. They are not at all likely to purchase any substantial quantity for sale as such unless either the Greek Government or the British Government are prepared to make good any loss incurred in marketing it. The only possibility of arranging purchases on the scale required (*e.g.*, £500,000 per annum) would seem to depend on inducing all the tobacco companies to blend a small percentage of oriental tobacco in their Virginian brands. The tobacco companies would not favour such a proposal, as it would necessitate altering their trade descriptions, *e.g.*, from "Pure Virginian" to "Virginian blend", and the Imperial Tobacco Company, which attaches particular importance to its Virginian cigarette trade, would not be disposed to agree to such a proposal except under compulsion. At any rate, it would be necessary for His Majesty's Government to exercise very strong pressure on them before there is any likelihood of their accepting the proposal. In considering any intervention of this kind, account would have to be taken of the interests of the Empire tobacco growers and also of the fact that the United States, whose requests for concessions to American tobacco have been refused in the recent trade negotiations, would look with suspicion on any efforts to stimulate consumption of other tobaccos.

15. As subsidiary points, it may be mentioned:—

(a) That the British-American Tobacco Company, which purchases about £140,000 worth of Greek tobacco for its American business, has arranged to ship this tobacco to England instead of to Antwerp for storage, despite the fact that this diversion will involve it in additional cost of some thousands of pounds.

(b) That certain metal interests are exploring the possibilities of developing the export to the United Kingdom of Greek minerals; but this will, at best, take a considerable time to arrange and is not likely to be of more than subsidiary importance.

16. It is, of course, open to the Export Credits Guarantee Department to give a credit without specific security if they and the Treasury are satisfied of the honesty and solvency of the country concerned; but up to the present it has not been possible for the Department to regard Greece, by commercial standards, as

credit-worthy for any large sum. If, therefore, it is considered politically desirable to give her a substantial credit, the only means would be by securing parliamentary authority for a guaranteed loan, the service of which would be undertaken as a direct obligation by the Greek Government. But this proposal has been turned down by the Treasury. The grounds for this decision were: (a) That, unless we can import more Greek goods, there is no prospect that the service of a loan can be met and a further default would give rise to political friction as well as loss to the taxpayer; (b) that a guaranteed loan, involving legislation, would certainly be regarded in Germany and Italy as inspired by anti-axis motives.

17. We have been receiving from the Greek Government repeated appeals – recently renewed in more insistent terms – for assistance and co-operation both in the political and in the economic field. There is no doubt that, if our response even as regards the economic field is going to be negative or non-committal, the Greek Government will draw the conclusion that we are not willing to help them to persevere in their pro-British policy. The more one studies the problem, the more clear it becomes that the natural and most effective solution is the purchase of Greek tobacco by this country. By doing so we should give Greece the free currency which she requires to pay her debts, an alternative market to that of Germany for at least some of her produce, and, lastly, a basis on which she could obtain commercial credits in this country and thus increase the volume of British exports.

Roumania

18. The present Roumanian Government is strongly Anglophil, and is desperately anxious to interest the United Kingdom in the development of their country. They have submitted a long list of capital goods which are required and which would be ordered from this country if credits were available. But at present Roumania is in difficulties with her existing debts (paying her creditors from year to year a percentage of their claims which the creditors' representatives regard as inadequate), and on the trade side there is a substantial arrear of trade debts to be met in the clearing.

19. On the other hand, Roumania exports a number of commodities which have a world market, and the whole situation would be altered if we could take a larger proportion of these exports, and particularly of wheat and oil.

20. As regards wheat, the Roumanian Government have been anxious to sell a substantial part of their exportable surplus on the British market and, as it has not been possible so far to do this through normal trade channels, they have pressed for a purchase by His Majesty's Government. In response to their urgent requests, a decision has recently been taken to purchase 200,000 tons of Roumanian wheat to replace part of the stocks acquired for the Essential Commodities Reserve what these are due to be turned over. The Roumanian Government have, however, indicated that the amount in question falls far short of their hopes, and

that they will still be left with a large surplus which, failing other arrangements, they will have to dispose of to Germany. As in the case of tobacco in Greece, the question of wheat is of crucial significance in the eyes of the Roumanian Government. Important as it may be, however, to help them out of their present difficulties in this respect, it should be borne in mind that a Government purchase of wheat, if it is not repeated, will provide only a temporary stimulus to Anglo-Roumanian trade.

21. As regards oil, British companies operating in Roumania are responsible for some 40 per cent of the total oil production, but the exports to the United Kingdom have been declining, particularly in the past year. A number of reasons may be given for this decline, not the least being the reduced Roumanian production and the Roumanian policy in regard both to the Mining Law and to exports. Moreover, the large companies which control the distribution of oil in this country have their own sources of supply in other parts of the world, and there are a number of considerations which affect the marketing of oil in any particular country. It appears that for commercial reasons, the imports of Roumanian oil are not likely to be increased unless His Majesty's Government can induce the larger oil companies to purchase certain quantities from Roumania at world prices. There could be no question of any Government purchases of Roumanian oil as the Government supplies have to be drawn from sources which are less vulnerable, in time of emergency, than the Mediterranean; and from this point of view, there may be objection to increasing even the commercial supplies which we take from Roumania. If this is not regarded as a decisive consideration, the possibility of inducing the oil companies to increase the quantities of their commercial purchases from Roumania deserves to be further explored.

22. The Roumanian Government is also anxious to interest British capital in the exploitation of mines and industries in Roumania as well as in the construction of a naval base, but the treatment to which existing foreign investments in Roumania have been subjected is not such as to encourage any fresh investments or the extension of large-scale credits by the Export Credits Guarantee Department.

Yugoslavia

23. Certain conversations took place last year with Yugoslavia which appeared to suggest that some credit on a commercial basis could have been arranged with Yugoslavia, but the Yugoslav Government have taken no steps to pursue their negotiations. In the summer of this year, preliminary investigations showed that the prospects for a credit agreement on the lines of the recent agreement with Turkey were not encouraging and the question was not raised with the Yugoslav authorities. This possibility will, nevertheless, be borne in mind, particularly with reference to the development of Yugoslavia's mineral resources with the aid of British capital. In general, however, the German position seems

likely to be strengthened as the result of Dr. Funk's recent visit to Belgrade, and for the present the chances of materially increasing our share in the trade of Yugoslavia are slender.

Bulgaria

24. The Bulgarian Government is anxious to obtain credits in this country for the supply of ships, railway material and war material. Discussions are in progress on this subject with the Bulgarian Minister in London, and the Export Credits Guarantee Department is hopeful that a satisfactory basis may be found for a commercial credit, if British export prices are not too high. If, however, this is confined to non-military material, it appears unlikely to exceed some £500,000, which is all that the Bulgarian Government seem inclined at present to devote to purchases in the United Kingdom for other than military purposes. The further £1,500,000 which they would like to spend on armaments cannot be covered by the Department under their present statute. Considerations which must be borne in mind are (1) that, under an arrangement which was reluctantly accepted by her creditors and comes to an end in November, Bulgaria is paying only a fraction of the full service of her foreign loans, and that the bondholders would object to any credits being given to her pending a more satisfactory settlement of their claims; (2) that rumours of a loan to Bulgaria have already elicited expressions of concern from the Greek Government, who would resent the grant of such assistance to her before they themselves have been served.

Hungary

25. Although economically Hungary is, no doubt, largely in the German orbit, the Hungarian Government is most anxious to maintain and, indeed, to improve its trade with this country, with a view to strengthening its foreign exchange position. Various Hungarian representatives visited London last July, and submitted certain suggestions which would facilitate an increase of their exports to the United Kingdom. Most of these suggestions were clearly impracticable, and the least objectionable appeared to be some reduction in the duty on turkeys (which would also help Yugoslavia). The present duty of 3d. a lb. represents about 35 per cent of the c.i.f. value, and there is some doubt whether the Hungarian turkey is really competitive with the home product. But the Ministry of Agriculture oppose any reduction of the present duty, and I.D.A.C. have recently reviewed the position and have advised against any concession.

Conclusion

26. The committee will continue to explore the possibilities, but the facts set out above show that the chief requirement of the South-Eastern European countries is to find additional possibilities of export to the United Kingdom market.

27. Their present difficulties in this respect are partly due to their own financial and monetary policies, which, in conjunction with heavy German buying, have allowed their internal prices to rise unduly. The countries concerned could improve their export prospects if they could bring the prices of their products into closer adjustment with world prices. This would probably involve a larger measure of depreciation of their exchange than is at present allowed. Some tentative steps in this direction have been taken (*e.g.*, by allowing special premia on exports to free-currency countries or by allowing part of the proceeds of exports to be sold on the free market), but any alteration of the exchange rate raises internal problems of great complexity, and His Majesty's Government could not urge a general policy of exchange depreciation on these countries without incurring a considerable and dangerous responsibility.

28. While, therefore, we can urge these countries to bring about a re-adjustment of their exchanges and price levels, the measure in which this can be done must be decided by their Governments. So long as we maintain a free currency, they will undoubtedly be anxious to maintain their position in the United Kingdom market, and from the psychological point of view the best answer we can give to the German propaganda is to allow them free use of the proceeds of their exports to the United Kingdom. In the interests of our commercial and financial creditors, we have had in certain cases to arrange clearings; but the less rigid these are the more goodwill we are likely to retain. A great deal more is, however, required if we are to increase or even to maintain our trade with these countries in the face of the pressure to which they are being subjected by Germany.

29. Germany controls her export and import trade rigidly, and it is the German Government which decides from what sources her imports are to be derived. This is an essential factor in her success in obtaining so predominant a position in the trade of these countries. In the United Kingdom traders are free to buy in the best and cheapest market, and there is no machinery by which the Government can control the source of imports. Thus, as soon as Germany forces up the price of the goods which the countries concerned have to export, this fact alone makes it difficult for these countries to sell their goods in the United Kingdom unless they are prepared to grant some sort of export subsidy. But, in addition, we have since 1932 adopted a system of agricultural protection and Empire preference, which necessarily handicaps imports from the agricultural countries of South-Eastern Europe.

30. During the past three years our imports from the countries in question have averaged about £11½ million per annum, or a little over 1 per cent of our total imports. An increase in our imports from 1 per cent to 2 per cent of our total imports would be a very substantial help to these countries and would materially assist to maintain our influence there; but it is difficult to see how this can be done unless His Majesty's Government are prepared to consider some radical modification of our existing commercial policy. The following suggestions have been put forward:—

31. (a) If it were possible to modify our duties and our quota restrictions on agricultural produce where they restrict imports from these countries, we would certainly succeed in taking more of their goods. But we could only do so at the cost of diminishing the protection of our home market and reducing our Ottawa preferences, and it seems impracticable to contemplate any action in this sense merely to help the agricultural countries of South-Eastern Europe. The only possibility is that some modification of our protective system and of Empire preferences may be arranged in the course of bilateral negotiations, *e.g.*, if the United States Trade Agreement goes through, the abrogation of the duty on foreign wheat would tend to help the Roumanian and Bulgarian exporters.

32. (b) An obvious and direct way of holding our own in the face of Germany's policy in these countries could be found if His Majesty's Government were to take further powers to purchase commodities, whether for storage or for resale. It could be pointed out in justification of such an exceptional measure that under the existing system of exchange controls it is impossible for us to increase our exports to these countries, or even, in some cases, to get paid for what we do export and for what we have lent in the past, unless we can increase our purchases of their goods; and that accordingly it is desirable that a Government agency should have power to purchase commodities for resale, even, if necessary, at some loss. If we could succeed in buying when prices are low (and our help is most needed) and reselling when prices are higher, we might be able to limit the financial loss to moderate dimensions. If the purchase were arranged through the normal trade channels we might be able to avoid some of the criticisms on the part of traders which this form of State trading would most certainly involve.

33. But the objections to Government trading are widespread and deeply felt, and measures of this kind would be criticised as a radical departure from the existing economic system of the country. Moreover, if we possessed powers of this nature we should be exposed to demands from various countries to purchase everything which they have to sell and cannot otherwise dispose of, and there would be constant complaints from countries from whom we were not prepared to make Government purchases.

34. An alternative method of arriving at the same result, without arousing the political criticisms that would be directed against State purchasing, would be to encourage private business interests to set up the necessary organisation to handle trade with South-Eastern Europe on the same lines as Germany, *i.e.*, by purchasing their products at high prices and by selling to them, in return, United Kingdom goods at equally high prices. This system has been practised with success by some Central European firms (*e.g.*, Skoda) in the past and individual transactions have been carried out by British traders to liquidate their frozen claims. But it is improbable that private capital would be inclined to take the risk of initiating such trade on a large scale without some direct Government backing. This difficulty

of meeting financial losses would arise in regard to any attempt to create a private organisation to handle commodity trade in these countries.

35. (c) If neither of these solutions can be adopted, it would be of considerable value if we could persuade our great combines to buy more oil and wheat and especially tobacco from these countries. These great organisations have a very powerful position in the national economy, and it is not unreasonable that they should be asked to take account of national interests. On the other hand, they have to consider their business interests and in so far as the Government policy might involve them in a trading loss they may well suggest that this loss should be made good by the Government. It would be difficult, however, to obtain the necessary parliamentary authority to pay compensation, and it may be hoped that, if the Government pressed the proposal upon them as being of vital national importance, they might be induced to accept it without claiming compensation.

36. (d) There remains the suggestion that, as in the case of the armaments credit to Turkey, His Majesty's Government should be prepared to grant credits on a frankly non-commercial basis and take the risk (political and financial) of subsequent default. But there are obvious disadvantages in granting credits which are not, in fact, likely to be repaid; while if an attempt is made to obtain some special security it is probable that the position of existing creditors, whether commercial or financial, will be seriously worsened, and we should only be paying Peter by robbing Paul. Moreover, such guaranteed loans do not effect any permanent change in the position, and even if they may be regarded as producing political gratitude when the credits are first made, they cannot be expected to have such lasting effect as a permanent arrangement for increasing our purchases from the countries concerned.

37. Short, however, of granting loans on a purely political basis, there is a possibility that the Export Credits Guarantee Department might be able to guarantee certain credits to some of these countries by taking a greater risk than they have hitherto considered sound. An argument in favour of somewhat speculative credits of this kind (apart from the political advantages they may produce) is that, in the present conditions in South-Eastern Europe, when ordinary market loans are impracticable, and when the organisation of trade is largely in Government hands, it may be necessary to assure the countries concerned of a British Government credit in order to get them to apply themselves to working out the detailed marketing schemes which might make the operation solvent.

38. It has been pointed out in connexion with the question of credits that at present the Export Credits Guarantee Department has no power to give guarantees in respect of munitions of war, so that special legislation is, in any case, required before the Government can guarantee credits for the purchase of war material. If the Export Credits Guarantee Department Statute were to be amended so as permit such credits, some of the requirements of the South-Eastern European countries in this respect might be met without *ad hoc* legislation being necessary in each case.

Summary

39. To sum up, the four main possibilities that might be considered are:—

(a) Modifications of tariffs, quotas and preferences where they restrict United Kingdom imports from these countries.

(b) Direct purchases either by the Government or by some organisation with Government backing.

(c) Increased purchases by the great trade interests of such commodities as wheat, oil, and particularly tobacco.

(d) The grant of credits either on a frankly non-commercial or on a somewhat speculative basis.

40. Each of these suggestions presents great and obvious difficulties if any large-scale measures are contemplated. As between them, (b) direct Government purchases, and (d) non-commercial credits, are, at the best, only temporary palliatives; the real solution is to be found in an increase of normal trade. We desire to emphasise that, if it is the object of His Majesty's Government to secure this, a decision of policy is required, instructing the responsible departments (1) to modify existing restrictions which adversely affect imports from these countries, so far as we have power to do so, and (2) in so far as it may still be necessary, to press large British undertakings to avail themselves of such imports. Action under the second head seems necessary to deal with Greek tobacco and Roumanian oil; while action under the first head would enable us to make some concessions which would be helpful to the trade of all these countries, and, if it went far enough, would provide them with free exchange for their armament credits (which, from the point of view of normal trade, are less important); while the indication of a greater willingness to take imports would have a general diffused effect in all these countries which nothing else can produce.

41. Unless we can import considerably more from these countries, there appears to be no way in which we can secure larger payments in respect of our financial claims from them, maintain any substantial volume of British trade with them, or keep up our influence in that part of Europe so far as this depends on commercial as opposed to military and political factors. If His Majesty's Government are not prepared to contemplate any such steps, it would appear futile to pursue any large-scale plans for the extension of trade or credits to these countries. A certain volume of trade with the United Kingdom will no doubt be maintained, but we must expect it to diminish if Germany succeeds in establishing herself more and more strongly in these countries.

Signed on behalf of the Committee:

F. W. LEITH-ROSS

October 26, 1938.

Secret, Copy No. 9.

F.O. 371/22345. PRO.

3.
**MEMORANDUM OF F. W. LEITH-ROSS
ON THE VARIETIES OF ECONOMIC RELATIONSHIP
WITH THE DANUBIAN COUNTRIES AND THEIR POSSIBLE CONSEQUENCES.
NOVEMBER 15, 1938**

The Report of the Inter-Departmental Committee, which is annexed to the Foreign Office memorandum, was an attempt to summarise briefly the difficulties which affect our economic and financial relations with the countries of South-Eastern Europe. The conclusion of that Committee was that, if we wanted to maintain our position in these countries, the Government should consider:—

(a) Modifications of tariffs, quotas and preferences where they restrict United Kingdom imports from these countries.

(b) Direct purchases either by the Government or by some organisation with Government backing.

(c) Increased purchases by the great trade interests of such commodities as wheat, oil, and particularly tobacco.

(d) The grant of credits either on a frankly non-commercial or on a somewhat speculative basis.

The object of the first three of these proposals is to provide increased sterling resources for the countries concerned which would afford a basis for the grant of ordinary commercial credits to them. The real strength of Germany's position in these countries is due to the fact that she is prepared to buy their produce even at high prices while we are only inclined to buy at very low prices, if at all. The high level of prices ruling in these countries, as measured by the nominal rates of exchange, makes trading with free markets more difficult; thus the defective currency policy of the countries concerned plays into the hands of Germany. We must either take more of their produce or supply them with credits of a non-commercial character.

The Foreign Secretary has now circulated a long memorandum in which he endorses, and in some cases expands, the suggestions of the Inter-Departmental Committee.

In paragraph 30 the Foreign Secretary recommends (a) that we should increase our normal trade with these countries by modifying tariffs, etc., and if this should prove impracticable, that a special organisation should be created with the assistance of H. M. Government to foster trade with South-Eastern Europe. I feel no great confidence in this second alternative. After the war we set up a special organisation called the British Trade Corporation for precisely this object; but it came to nothing. It is true that this corporation had nothing but a spiritual backing from the Government, but I do not imagine that the House would readily agree to provide any corporation with adequate funds to carry on trade if the conditions for successful trading are not present.

(b) That the existing machinery of the Export Credits Department should be modified so as to enable it to give credits for munitions, and that a parallel organisation should be set up to give credits on a non-commercial basis. I think there is a good deal to be said for both these recommendations, and I refer to the second one below.

(c) That the principal companies concerned should be persuaded to increase their purchases of oil, wheat and tobacco from the Danubian countries.

The Foreign Secretary places particular stress on the need for helping Greece. The possibility of this turns on whether the tobacco companies can be induced to buy Greek tobacco. I have discussed it at length with them and the line they take is that the British market would not take any substantial quantity of Greek tobacco sold as such, and that any admixture of Greek tobacco in their Virginian brands would ruin their business and they would not agree to this except under compulsion. It is often said that an admixture of 3 per cent (which is all that is required) would not be noticeable, but the tobacco companies presumably know their business and it will not be easy to induce them to do what is wanted – particularly as we do not want to offend either the Empire tobacco growers or the Americans by taking special and overt measures to encourage the consumption of Greek tobacco. But without some arrangement on tobacco there seems to be no basis for any commercial credit to Greece and the only way that we could help them would then be by means of a purely non-commercial loan.

Next in importance comes Roumania, where the Foreign Secretary recommends the regular purchase of certain minimum quantities of oil and wheat, and the grant of a loan to assist in the construction of a naval base in the Black Sea. The first of these recommendations seems to me, from the purely economic point of view, must desirable. The Government recently bought 200,000 tons of Roumanian wheat and the transaction was, in my opinion, most satisfactory. We get a supply of wheat at a very low price from Roumania and the counter-value goes to meet British financial or trading claims which otherwise could not be collected. Incidentally, the Treasury also gets £100,000 in duty, or an equivalent profit if the wheat is only received after the duty has been abrogated. If our trading interests would make a few deals of this kind for wheat and maize, and the oil companies took an equivalent amount of oil, the position of our trade with Roumania would be secured. The proposal for a loan for the naval base is a very different proposition and could only be regarded as a non-commercial credit.

Our commitments to the Empire make it difficult to do very much for the agrarian production of the Balkan countries, but the amounts involved are so small in relation to our total purchases that I should have thought that we could explain to the Dominions that some encouragement of purchases in these countries is justifiable as a measure of political reinsurance of the Empire as a whole. We have not the same control of our trading combines as the Germans have, but there is no reason to think that these companies would not accede to requests from the

Government if they were pressed strongly enough; but they would undoubtedly raise considerable objection, and it can only be done if the Government feel that some action to maintain our interests in the Danubian area is a matter of real national interest.

If nothing can be done to increase our imports from these countries, then the only alternative is to grant credits without the strict commercial security which the Export Credits Department has rightly ruled to be necessary for their purpose. I feel myself that there is a good deal to be said for the grant of such credits on the general obligation of the Governments concerned. They could be granted either for supporting their currencies and helping them to adopt a more reasonable currency policy (subject to the necessary guarantees that such a policy would be carried through properly), or for the purpose of general economic reconstruction. The stoppage of foreign lending has undoubtedly affected the position of these countries very adversely and made it difficult for them, in their economic condition, to repay former loans. We might well find that although the risk was great, the losses incurred by such a policy carried on over a long period were not so heavy. But at the moment, with our adverse balance of payments, there are obvious difficulties in launching out into a general policy of credits which might well involve large sums.

The whole question to my mind is whether we can confidently look forward to a general appeasement in Europe. If the present waves of international fear and suspicion are going to subside in favour of a period of peace, the more prudent course would appear to be to give such little sops as we can to help these countries to keep afloat until the sky clears; but if we have to look forward to new emergencies and fresh international crises, when we shall want friends, then I think the Government must consider whether there is not a greater risk in refusing financial assistance to these countries than in granting it. We have undoubtedly a fund of goodwill in these countries, based largely on the feeling that we are the financial centre of the world, and we can consolidate this goodwill if we are ready to use our financial resources to help them. The mechanisation of our armaments should not make us forget the part in our national strategy which has been played and can still be played by the Cavalry of St. George.

(Sgd.) F. W. LEITH-ROSS

15. 11. 38

F.O. 371/22345. PRO.



Georges Duby — Robert Mandrou: A francia civilizáció ezer éve

(Histoire de la civilisation française)

Budapest, 1975, Gondolat Kiadó, 574 p.

Dans leur livre de presque 600 pages, Georges Duby et Robert Mandrou dégagent devant nous l'histoire d'un millénaire de la civilisation française, en interprétant la notion de civilisation dans son sens le plus large possible. Le livre est publié par les éditions Gondolat, sous la direction et avec la préface d'Éva H. Balázs, dans la traduction intelligente et nuancée de Péter Ádám et de Pál Pataki. C'est une histoire socio-économico-politico-idéelle-culturelle, sans être une histoire économique, une histoire sociale, une histoire . . .

En ce qui concerne son genre, il est plus aisé de définir ce qu'il n'est pas que de dire ce qu'il est. Ce n'est pas un résumé de recherches de base, bien que les recherches faites par les deux auteurs pendant des décennies y soient intégrées. Ce n'est pas une synthèse, bien que dans le cadre des possibilités qu'offrent le plan et les dimensions donnés, ils procèdent à la synthèse sans pouvoir prétendre, dans ces cadres, à la totalité. Son caractère, son style, sa construction ne le classent pas parmi les cours ou manuels d'histoire. Cependant, on ne peut pas le considérer comme une série d'essais, la suite rigoureuse dans la construction en faisant une unité indivisible.

Il est visible que les deux professeurs français n'ont pas adressé leur livre spécialement à quelque groupe déterminé de lecteurs, ni à des enseignants, ni à des étudiants, ni aux chercheurs, ni « à l'homme de la rue ». On ne va guère « étudier » ce livre (qui, d'ailleurs, manque d'appareil de documentation), et il serait vain de l'apprendre aux fins d'un examen (les données ne sont sous aucun aspect systématiquement ordonnées). En somme, on lit ce livre, et si l'on possède quelques connaissances minimales de la civilisation française et si l'on s'intéresse quelque peu à ce thème, on n'aura guère envie de l'abandonner avant de l'avoir fini.

Sur ces pages, le compte-rendu devrait en tout premier lieu porter un jugement sur les qualités scientifiques de l'œuvre, il me semble pourtant plus important de parler encore de son genre, car c'est là qu'avant tout nous voyons la différence d'avec les critères habituellement admis dans l'historiographie. Ce qui précède fait déjà apparaître qu'il s'agit ici d'un genre neuf, insolite, d'une nouvelle voie parmi les formes traditionnelles de l'exposé scientifique et de la vulgarisation. Il faut y ajouter quelque chose qui renforce encore les larges possibilités de transmettre des connaissances, notamment le style tout spécial grâce auquel ce livre communique moins des données documentées nouvelles qu'il ne fait vivre l'histoire. Il apprend à, et permet de voir. Il ne décrit pas mais fait voir la vie en France du X^e au XX^e siècle.

D'où vient ce caractère visuel? Il vient précisément de ce que la civilisation est considérée comme une totalité, c'est-à-dire de la conception historique pour laquelle la vie humaine constitue une unité. Plusieurs autres caractéristiques s'ensuivent. Tout d'abord, et nous revenons à la visualité, l'histoire prend vie sur ces pages. Le paysan n'y apparaît pas seulement en tant qu'unité économique et sujet d'exploitation (il y est présent sous cet aspect aussi),

mais comme individu vivant, et son village comme communauté vivante. Du dehors et du dedans nous voyons sa cabane, sa vie, ses coutumes et habitudes, sa table et son lit, nous pouvons revivre sa religion, ses croyances, ses peurs et ses colères. De la même façon nous voyons le château du seigneur terrien. Et encore de la même façon le chevalier, le marchand, l'artisan. Sans illustrations même (et c'est regrettable que ce soit sans illustrations) nous voyons s'élever les cathédrales, et nous entendons presque la musique de l'époque.

Selon la conception de nos auteurs, un moment donné dans la civilisation d'une nation constitue donc une unité indissoluble comprenant tout, de l'économie jusqu'à la musique. Cette conception aide leur imagination à ne pas fournir des abstractions, mais à faire revivre la société, mais ayant toujours soin que le tableau tracé ne s'écarte point de la réalité du passé.

Voir tout dans son unité, cela se rapporte à l'ensemble et non pas aux détails. A l'intérieur de cette unité on voit se tracer les pôles sociaux, les « civilisations » au sein de « la » civilisation. Les deux auteurs font sentir, et combien c'est vivant, les tensions, les écarts, les conflits, mais d'une manière qui fait ressortir la société indissoluble, son évolution synchrone.

L'exposé des importants événements dans la France du XVIII^e siècle offre un bon exemple de cette conception. Mandrou proteste expressément contre l'idée de concevoir la Révolution française comme résultant de l'influence d'un facteur aussi important qu'il soit. Parmi de tels facteurs il mentionne l'affluence de l'or brésilien et d'autre part la franc-maçonnerie dont l'influence, indiscutablement très grande, a tenté d'aucuns à traiter la révolution comme résultant d'un complot franc-maçon. De sa part, il estime que toute la société française était mise en branle. Il part de l'évolution de la campagne, de la mutation dans les aspects de l'agriculture, de l'implantation des cultures fourragères et de l'effet que cela avait exercé, tout en disant que pour le moment la science ne connaît pas toutes les causes de l'essor. En tout cas l'animation générale s'accompagne de la diminution de la mortalité, de l'accroissement de la natalité, et de l'augmentation de la quantité de produits agricoles à vendre. Une réponse y vient de l'épanouissement des villes, de l'artisanat, du commerce. Il consacre un chapitre spécial à la construction de routes, de voies d'eau, de canaux, et indique que ces constructions ont fait plus que n'importe quel décret pour former la langue et la conscience nationales des Français. A cet essor succède la crise de 1775, et les hauts et les bas du mouvement socio-économique servent de base à la problématique politique de l'époque, ainsi qu'aux réponses fournies par les idées philosophiques. Tout se met donc en mouvement, du paysan jusqu'au roi, dans toutes les sphères intellectuelles, de la religion jusqu'à la théorie de l'Etat, s'inscrivent des points d'interrogation et d'exclamation.

Il découle de tout ce qui précède que dans cette œuvre l'histoire cesse d'être morcelée selon les grandes lignes de l'histoire des événements et la description des épisodes, ici, fondamentalement tout est réuni dans un ensemble. Dans le courant des tendances historiques à longue échéance peuvent être situées, outre la politique, les choses individuelles aussi, que ce soit un événement, une personnalité, une œuvre, voire même une anecdote.

La vision dialectique reste présente dans l'élaboration du processus historique. Cette œuvre ne nous présente pas des tableaux stationnaires, plutôt un film qui tourne sans cesse jusqu'à la fin, jusqu'à la présentation de la France moderne, industrialisée. Comme nous l'avons déjà vu dans l'exemple de la Révolution française, dans ce processus d'évolution, de transmutation, il n'y a pas de *deus ex machina*, de coups de foudre dans un ciel serein, cette histoire a son cours organique suivant ses propres lois (ce qui ne veut pas dire que les auteurs ignorent les influences venues de l'extérieur). Quand les tensions éclatent en conflits, nous voyons clairement que cela devait arriver ainsi, quand, dans la sphère spirituelle, s'accomplit un grand bond, nous comprenons que depuis longtemps il avait été préparé. De plus, notre vingtième siècle, comme Mandrou l'écrit « ce merveilleux XX^e siècle » se prépare depuis le X^e.

D'un autre côté, il devient patent que les tensions et les contradictions ne peuvent souvent pas se résoudre sans conflits et sans violence. Le nouvelle valeur, la fleur ne peut pas surgir autrement du germe. Cette nécessité-là, la nécessité de la révolution s'exprime, évidemment, elle aussi, dans la description du XVIII^e siècle. Tout y est réuni, économie, société, esprit public, tout est préparé au bond, à l'émergence de la nouvelle qualité. Cependant, les énergies de tension n'ont pas libre cours, elles doivent faire éclater, rompre les barrages.

La révolution, elle non plus, n'est pas une chose donnée une fois pour toutes, c'est un événement qui se déroule. La législation révolutionnaire n'existe pas en soi, elle est fonction des mouvements qui se font dans les faubourgs parisiens et de la révolution qui se déroule dans les campagnes, elle se fait aussi pour réagir aux agissements de la réaction royale et monarchiste. C'est l'effet impérieux des événements qui transforme les Jacobins en ce qu'ils représenteront en 1793—94.

Dans sa préface Éva Balázs note que certaines affirmations dans le livre provoquent la critique. Nous irions encore plus loin pour dire que plusieurs parties poussent à la discussion. A propos de bien des passages nous voudrions poser des questions aux auteurs pour leur demander encore d'autres preuves et démonstrations. Parfois, dans ces cas il s'agit de déficiences effectives dans l'exposé, d'autres fois par contre c'est que si ces deux historiens ont moins de sens pour une documentation méticuleuse, à laquelle nous sommes habitués, ils ont d'autant plus d'idées. Ces idées et trouvailles surgissent en abondance, presque à chaque page, à propos de presque tous les thèmes, sans pour autant, du moins dans certains cas, être plus amplement développées ou démontrées.

Nous ne citerons que quelques exemples pour illustrer ce fait. En passant, dans une demi-phrase, Duby fait la distinction entre la xénophobie connue dans le féodalisme et le sentiment national. C'est une idée qui, sans doute, mérite d'être attentivement examinée, mais Duby en laisse le soin à d'autres. Mandrou note que l'unique révolution paysanne que connaisse l'histoire universelle s'est déroulée dans le cadre de la Révolution française, mais sans ajouter au moins un commentaire à cette remarque. Certains processus sociaux ont dans le livre moins de place qu'ils ne méritent, ou ne sont presque pas traités. Nous en citons par exemple la mobilité et les transmutations au sein de telle ou telle classe et couche sociales. Le lecteur est particulièrement peu informé sur les divisions internes de l'ancienne noblesse, ensuite sur son absorption par la société bourgeoise, ainsi que sur les origines de la nouvelle grande classe, la classe ouvrière. Il s'ensuit que l'on ne voit pas assez clairement comment et dans quelle mesure se manifeste la mobilité de la société française, et quelles directions elle prend aux différentes époques. Dans certaines questions, dont l'évolution agraire, les traits spécifiquement français ressortent avec clarté (surtout dans leur confrontation avec la voie anglaise), mais on ne peut pas dire la même chose sur l'ensemble de l'évolution capitaliste. Mandrou donne, pour les débuts, quelques suggestions en soulignant que le bourgeois enrichi veut avant tout posséder de la terre et il en achète, c'est-à-dire qu'au lieu de l'entreprise capitaliste il choisit la rente foncière qui paraît offrir la plus grande sécurité. Dans la suite cependant, cette particularité française s'efface et nous avons fort peu d'informations sur les nouvelles voies (d'ailleurs souvent douteuses quant au succès) que choisit le capitaliste français, poussé par son besoin maximal de sécurité. Il nous semble pourtant que cette question est étroitement liée à la pensée et à la manière de voir des Français aux XIX—XX^e siècles.

Nous répétons que tout cela n'est pas seulement un défaut du livre mais, dans la plupart des cas, une de ses qualités aussi. A force de provoquer des objections, des discussions, la lecture intéressante devient une jouissance intellectuelle.

M. Ormos

Willibald Gutsche: Aufstieg und Fall eines kaiserlichen Reichskanzlers

Theobald von Bethmann-Hollweg.

1856—1921. Ein politisches Lebensbild.

Akademie-Verlag. Berlin 1973. 267 S.

Theobald Theodor Friedrich Alfred von Bethmann-Hollweg repräsentierte in Wirklichkeit keine einzige Gesellschaftsklasse. Er ist auf einem preußischen Rittergut geboren, dessen Geschichte ins 14. Jahrhundert zurückgreift und nach seinem Gehaben und Auftreten in der Offiziersuniform konnte ihn der Leser der einstigen Illustrierten für einen typischen Junker halten – trotzdem war er es nicht. Nicht nur deshalb, weil er in einem viel reicheren und die Agrarinteressen bereits in seiner Bewirtschaftung überschreitenden Milieu das Licht der Welt erblickte, sondern auch deshalb, weil seine Familie hier östlich der Elbe als Zugereiste galt. Die Großeltern Hollweg lebten noch im Rheinland und nachdem sie mit dem Besitzer des Frankfurter Bethmann-Bankhauses in verwandtschaftliche Beziehungen traten, erwarben sie unter einem Doppelnamen den Adelstitel. Den konstitutionell-monarchistischen Geist der Großbürger des Rheinlandes hat der Großvater – ein aktiv politisierender Professor –, den preußisch-patriarchalischen Despotismus – den er auch auf die Familie erstreckte – hingegen sein Vater verkörpert. Theobald von Bethmann-Hollweg hat als Kind sowohl das mit der Familie Freundschaft haltende preußische Herrscherhaus wie durch seine aus Frankreich stammende Großmutter das Pariser Großstadtleben kennengelernt. Das Vermögen, die Familienbeziehungen, die sorgfältige Erziehung und nicht zuletzt die geistige Begabung haben dem einzigen in Deutschland aufwachsenden Sohn eine große Zukunft versprochen.

In dem Lebensbild zeigt W. Gutsche die ständig steil aufsteigende Karriere des Reichskanzlers ohne Umwege, Stockungen und irrende innere Schwankungen und unter Einhaltung der strengen Chronologie die Umgebung und die innere Welt seines Helden. In den ersten Kapiteln stellt er den Rechtsstudien betreibenden und die untersten Stationen der Beamtenlaufbahn einnehmenden Jüngling vor. Gutsche dokumentiert an einem reichen Material, wie weit er als Grundlage seiner Weltanschauung die offizielle nationalistische Ideologie und als Grundlage seiner Politik die halbverfassungsmäßigen deutschen Reichsverhältnisse annahm. Gegenüber den Idealen des Zeitalters hegte Bethmann-Hollweg zwar eine gewisse Skepsis, doch diese Skepsis, die sich nur im engen Freundeskreise offenbarte, erwies sich nicht als produktiv; als Ergänzung seines Charakterbildes könnten wir sagen, daß der Kanzler *denkfaul* war und dies konnte auch der Grund dafür sein, daß, obzwar er gegenüber den verfassungsmäßigen Verhältnissen eine gewisse Skepsis zur Schau trug und auch vernünftige Reformvorschläge hatte, er zu einem wirklich umfassenden, bis zum Kern der Probleme vordringenden Programm noch nicht einmal auf die Stufe der Formulierung gelangt ist. Gleichzeitig hat ihn gerade diese Eigenschaft, gepaart mit seiner unbestrittenen politischen Geschicklichkeit und Aktivität, befähigt, lange Jahre hindurch der Repräsentant der Politik des Deutschen Reiches zu sein. Im Endergebnis, obgleich auf einem viel höheren Niveau als die Politiker der österreichisch-ungarischen Monarchie, hat auch er die Politik des „Fortwurstelns“ betrieben.

Konnte und wollte er überhaupt einen anderen Kurs einschlagen? Auf diese interessante Doppelfrage sucht W. Gutsche in den weiteren Kapiteln eine Antwort. Bethmann-Hollweg hat in seiner Politik die Interessen der herrschenden Klassen, der liberalen Bourgeoisie und der sich mit ihr immer mehr verflechtenden kapitalistischen Junker-Großgrundbesitzer vertreten – mit Erfolg, wenn diese Interessen in Übereinstimmung gebracht werden konnten und erfolglos, wenn neue Interessengegensätze auftraten. In seiner Politik kämpfte er nicht für

Prinzipien, für keinen Augenblick tauchte bei ihm der Gedanke auf abzudanken, auch damals nicht, als der Weltkrieg ohne seinen Willen ausbrach. Doch die herrschenden Klassen bewegten sich nur in einem ungemein engen Spielraum und daran konnten Absichten und Talente nur wenig ändern. Dabei war der *taktische* Spielraum des Kanzlers innerhalb der herrschenden Kreise – und dies zeigt die Biographie schon weniger auf, außerordentlich begrenzt. Der Reichskanzler schwebte in seiner Innen- und Außenpolitik wie Mohammeds Sarg zwischen Reichstag und Kaiser. Leider blieb die wichtige Frage unbeantwortet, wie das Verhältnis zwischen Kaiser und Reichskanzler war. Wer von ihnen fällt die sachlichen Entscheidungen und wo sind sie entstanden? Welche Meinung hatten sie voneinander? Wir lernen weder die unmittelbaren Mitarbeiter des Kanzlers noch die Minister kennen, und so steht seine Person unmittelbar den Gesellschaftsklassen gegenüber, es fehlen die vermittelnden Kettenglieder.

Die Tätigkeit des Reichskanzlers konzentriert der Verfasser sehr richtig auf die Hauptfragen: in der Innenpolitik die „Herausforderung“ der demokratischen Entwicklung und der Arbeiterbewegung, in der Außenpolitik seine Einstellung zur Möglichkeit eines Krieges und zum Weltkrieg. „In der Innenpolitik suchte der Reichskanzler ‚einen dritten Weg zwischen Demokratie und Byzantinismus‘.“ Er erkannte klar, daß wenn der Wille der Massen in der Tätigkeit des Staates überhaupt nicht zur Geltung kommt, werden die außerhalb der politischen Sphäre zum Ausbruch kommenden Volksbewegungen zur Anarchie führen. Vor allem wollte er durch die Reform des preußischen Wahlrechts einen handgreiflichen Kompromiß bieten, doch in sein Programm nahm er auch den entscheidenden Punkt zur Verwirklichung dieser Politik auf. „Ich kenne keine größere Aufgabe der gegenwärtigen Zeit, als die Arbeiterbewegung unserer Tage einzuordnen in die gesellschaftliche Ordnung“ (S. 61). Er wollte also die oppositionelle Sozialdemokratische Partei nicht als Gegner der Gesellschaftsordnung, sondern sie aus verständlichen Gründen als eine abweichende politische Interessen vertretende Partei, im Endergebnis als *politischen Partner* in Evidenz halten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß er durch diesen Schritt das Lager der Opportunisten in der Arbeiterbewegung stärkte; trotzdem müssen wir betonen, daß es sich hier um einen außerordentlich komplizierten Prozeß handelte, bei dem Bethmann-Hollwegs Annäherungsversuch nur ein einziges Moment war. Auf keinen Fall können wir jedoch mit der Behauptung des Verfassers einverstanden sein, daß „die von Bethmann-Hollweg betriebene Politik für die Arbeiterklasse viel gefährlicher war als die Methode der offenen Unterdrückung“. Wir würden eher sagen, daß der Annäherungsversuch des Reichskanzlers schon deshalb nicht konsequent sein konnte, weil sich die Macht noch immer viel stärker dünkte, um solche „Kompromisse“ zu machen. So wurde der Kanzler mit seinem Programm in den herrschenden Kreisen isoliert und sogar zur Anwendung der „traditionellen“ Unterdrückungsmethoden gezwungen.

Von nicht weniger Widersprüchen war die außenpolitische Aktivität des Reichskanzlers gekennzeichnet. Es steht außer jedem Zweifel: *er wollte keinen Krieg*. Trotzdem fügte er sich in mit Kriegsrisiko verbundene außenpolitische Entscheidungen und unter gewissen Bedingungen hielt er einen europäischen Krieg für das Deutsche Reich für vorteilhaft und er dankte auch beim Ausbruch des Weltkrieges nicht ab. Den Widerspruch aufzulösen, ist jedoch nicht schwer, denn für keinen Politiker ist der Frieden ein absoluter Wert. Zweifellos, „daß der Krieg als letztes Mittel der Politik im außenpolitischen Kalkül Bethmann-Hollwegs einen festen Platz einnahm“ (S. 76). Deshalb darf er ebensowenig zur Verantwortung gezogen werden wie dafür, daß durch die politische Situation die Möglichkeit des Krieges sogar mehrmals in unmittelbare Nähe rückte. Verantwortlich jedoch war er für diese verhängnisvolle Politik, die den Frieden aufrechterhalten, doch die außenpolitischen Ziele nicht mäßigen wollte. Bethmann-Hollweg führte das Deutsche Reich auf dem immer enger werdenden Weg zwischen den mit friedlichen Mitteln *unerreichbaren* Zielen und der Aufrechterhaltung des Friedens, der schließlich in den Weltkrieg mündete. Diese Politik des „äußersten Risikos“ wird in einer ausführlichen differenzierten Analyse aufgezeigt. Diese Kapitel sind die besten

Teile des Buches. Bei der Darstellung der Weltkriegsjahre hat der Verfasser endgültig seine Bewertung begründet: Bethmann-Hollweg „in seinen politischen Träumen der Wirklichkeit näher als in seinem politischen Handeln, zu konservativ, um unter liberaler Flagge, zu liberal, um unter konservativer Fahne mit letztem Einsatz kämpfen zu können, beschritt er den steinig und erfolglos Pfad politischer Halbheiten, die er – begünstigt durch die fort-dauernden innenpolitischen Machtkämpfe zwischen Monopolbourgeoisie und Junkertum – als überparteilich ausgeben konnte“ (S. 217).

Trotz Aufzeigung der politischen und biographischen Momente vermissen wir den ideologischen Hintergrund, der Bethmann-Hollwegs Tätigkeit subjektiv in seinen Grundlagen bestimmte. *Woran glaubte er eigentlich?* Hat ihn ein ebensolches Missionsbewußtsein erfüllt wie seinen ungarischen Kollegen, Graf István Tisza? Verblieb er am Ruder des Reiches geleitet von der Treue zum Kaiser? Meinte er, die Interessen des Reiches zu verwirklichen? Hat seine Skepsis nicht eine irrationale Richtung der Jahrhundertwende motiviert?

Der Untertitel des Buches verspricht zwar nur ein „politisches Lebensbild“, doch wir haben das Gefühl, daß unter seinen politischen Motiven auch ideologische Momente mit der gleichen Berechtigung hätten Raum erhalten können wie die gesellschaftspolitischen Momente. Das ist jedoch eher ein allgemeines Genreproblem, denn dieser Einwand kann bei der Mehrheit der Lebensläufe mit Recht erhoben werden.

Das Buch von W. Gutsche zeigt in seiner Widersprüchlichkeit den politischen Lebensweg Bethmann-Hollwegs. Seine interessante Biographie mit ihrer differenzierten Geschichtsauffassung wird bedeutend zur Bereicherung des historischen Bewußtseins eines breiten Leserkreises, zur Ausmerzung einer schematischen, nur in Schwarz-Weiß denkenden Geschichtsbetrachtung beitragen.

A. Gergely

Pier Paolo Poggio: Marx, Engels e la rivoluzione russa

(Маркс, Энгельс и русская революция)

Genova, 1947, Centro Ligure di storia sociale, 151 p.

(Quaderni di Movimento operaio e socialista, 1. Iuglio 1974)

Автор излагает и больше, и меньше того, что обещано заглавием книги. Больше потому, что он рассматривает в первую очередь мнение Маркса об особенностях развития России, давая при этом обзор всей истории России и используя главным образом незавершенную работу Маркса о тайной дипломатии восемнадцатого века. Кроме того, автор показывает некоторые сходные черты и многочисленные отличия исторического развития России и Соединенных Штатов Америки в девятнадцатом веке, приводя положения классиков марксизма. В обширной главе книги говорится о понимании Марксом проблем докапиталистических формаций.

И в то же время автор дает читателю меньше того, что обещает название книги, так как всем движениям шестидесятых годов девятнадцатого века он посвящает только короткую главу, где наибольшее внимание уделено положению о том, что Маркс видел в дворянском либеральном движении, связанном с подготовкой освобождения крестьян, моменты сходства с ситуацией во Франции

перед 1789 г. А о движении народников и о «хождении в народ» автор говорит довольно мало. Во всех главах точно цитируются и в общем правильно интерпретируются высказывания классиков марксизма. Очевидные языковые трудности явились причиной того, что во вводных главах, посвященных истории России в целом, автор не использовал советскую литературу по основным ее проблемам. Исключение составляют материалы дискуссии относительно периодизации истории России, изданные в немецком переводе. Конечно, это лишило автора возможности сопоставить положения Маркса с достижениями новейших исследований и с теми поправками и уточнениями, которые внесены благодаря этим достижениям в положения Маркса. Правда, если судить по названию книги, автор и не ставил заранее перед собой такой задачи. Но несколько странно, что, говоря об отсталости городского развития России, автор ссылается на известную работу Освальда Шпенглера («Untergang des Abendlandes»), хотя в распоряжении автора могли бы быть более свежие и лучшие в профессиональном отношении работы западных авторов.

Представляется, что характер и значение книги определяются последними двумя главами. В седьмой главе автор обобщает взгляды Энгельса относительно русской общины: община – это архаический остаток прошлого, капиталистическое развитие России должно перешагнуть через нее. Но в восьмой главе автор анализирует соответствующие взгляды Маркса и, хотя он и ссылается несколько раз на известный ответ Маркса на письмо Веры Засулич, в котором Маркс довольно условно рассматривает общину в качестве возможной основы социализма в России, он однозначно трактует другие высказывания Маркса, говоря о том, будто Маркс считал весьма возможным развитие социализма на основе общины, будто он рассматривал в сущности в качестве единственного важного условия для этого лишь уничтожение изолированности общин друг от друга. Таким образом, согласно трактовке Поджо, Маркс представлял себе общину как жизнеспособное образование.

Беда не в том, что Поджо выдумывает противоречия между взглядами Маркса и Энгельса. Ошибка автора рецензируемой книги состоит в том, что он, излагая сначала негативную оценку общины, данную Энгельсом, а затем в основе своей позитивные взгляды Маркса, не подчеркивает того обстоятельства, что взгляды Маркса были сформулированы большей частью в пятидесятые и шестидесятые годы таким образом, как их излагает автор, а Энгельс высказал свою оценку позднее. При этом автор не отрицает данного факта, поскольку, как мы уже сказали выше, он точно цитирует классиков марксизма: но он и не подчеркивает его. А ведь ясно, что перспективы развития общины в момент, когда капитализм только начинал развиваться в России выглядели иначе, нежели в восьмидесятые и девяностые годы, когда капиталистическое развитие значительно продвинулось вперед. Но пренебрежение этим существенным обстоятельством привело автора вне зависимости от его желания к искажению общей картины. Несмотря на всю формальную точность в изложении взглядов Маркса и Энгельса, в конечном счете предложенные автором книги трактовки этих взглядов неверны, поскольку они не учитывают исторических условий, в которых эти взгляды были сформулированы. Жаль, что автор книги, хорошо аргументированной во многих других отношениях, при решении одного из самых важных вопросов пошел по ложному пути.

Э. Нидерхаузер

José Garcia: Spanyolország a XX. században(L'Espagne au XX^e siècle)

Budapest, 1973, Kossuth Kiadó, 430 p.

Dans une revue historique il n'est guère nécessaire de noter que c'est la première œuvre de synthèse parue en langue hongroise sur l'histoire de l'Espagne au XX^e siècle. Ajoutons tout de suite que c'est le premier ouvrage de qualité, bien réussi. Il me semble également superflu d'entrer ici dans les détails de certaines particularités du système socio-économique espagnol, notamment du grand poids que représentent la production et la population agraires, de la survivance tenace de certains traits féodaux, de la répartition des propriétés terriennes, de l'immense poids de l'Eglise, de l'analphabétisme, du rôle extrêmement grand qui incombe à la caste militaire et qui ne cesse d'augmenter au cours du siècle, et des problèmes des nationalités. Tous ces phénomènes étaient si marquants que dès le début du siècle, et c'est encore un lieu commun, des publicistes et historiens hongrois ont attiré l'attention à de nombreuses ressemblances entre l'Espagne et la Monarchie, ressemblances qui se maintenaient jusqu'aux années 1920—1930, de sorte que de nouveaux parallélismes s'offraient entre la dictature militaire de Primo de Rivera et la dictature contre-révolutionnaire de Horthy. D'autres analogies découlaient de cette situation de base. Le système d'élection, hérité du XIX^e siècle, avait de grandes ressemblances avec les élections en Hongrie qui se déroulaient sous le contrôle des instances départementales, et ce n'est pas un hasard qu'après 1918, dans la situation changée, la réaction conservatrice se présentait dans les deux pays avec de nouveaux partis, des partis chrétiens, à côté desquels les partis fascistes n'avaient qu'une importance marginale et, dans les années 1920—1930, n'ont pas encore acquis une influence décisive sur les masses. On pourrait continuer les parallélismes non seulement en énumérant les analogies structurelles et en choisissant les exemples ailleurs aussi que dans la sphère de la droite. En effet, il y a une analogie frappante dans le fait qu'à l'instar de notre « seconde génération réformatrice », en Espagne aussi se manifesta la « génération de 1898 », et que l'intelligentsia exerçait sur les événements politiques en Espagne une influence étonnante variable mais souvent dépassant son poids numérique. En Espagne aussi, le mouvement ouvrier socialiste se renforça après les premiers pas faits en 1890, au début de notre siècle. Une différence dans l'évolution espagnole était la tendance anarchiste, anarcho-syndicaliste, bien influente, qui s'était formée dès le XIX^e siècle et qui a joué un rôle important aussi dans l'Espagne du XX^e siècle. L'autre différence dans l'évolution est que la fermentation révolutionnaire avait bien commencé pendant la première guerre mondiale, mais après la guerre, les années lourdes de crise ont poussé le pendule politique non pas à gauche, mais à droite, et le parti socialiste n'a pas pris les leviers de commande en 1918—1919.

Ces grands contextes et ces processus principaux sont tracés par Garcia accompagnés d'une riche documentation. Nous voudrions mettre en relief ici quelques parties, quelques détails où, dans cette grande synthèse, Garcia offre d'excellentes miniatures. Il convient de se référer au début du livre où il met bien en lumière l'ensemble de la tendance anarcho-syndicaliste, sa division interne (entre la tendance politique, théorique et la tendance terroriste), et fait bien ressortir son influence sur les masses (20—21). Il est tout aussi mémorable et intéressant de voir la manière dont il passe en revue les hommes politiques républicains et bourgeois-libéraux, de Canovas par Zorilla jusqu'à Pi y Margall et Castelar, en traçant leur profil individuel et en les confrontant (14—17). C'est ce qu'il fait en fin de compte avec le socialiste Iglesias qu'il situe sur le plan international, en le confrontant à Bebel et à Guesde (18—19). Cependant, il ne se contente pas de tracer des portraits bien personnels des chefs de la gauche, il procède de la même façon à propos du plus grand et plus influent des

politiciens conservateurs du début du siècle, de Maura. Il souligne que celui-ci voulait réaliser des réformes d'en haut pour prévenir la révolution tant redoutée.

Dans cette synthèse, et malgré les cadres imposés par la concision, Garcia fait très bien ressortir une autre contradiction, source de tensions. Dans les œuvres de synthèse sur l'histoire espagnole on trouve des références bien motivées sur l'influence et le rôle exceptionnellement grands du clergé. Non content de l'indiquer, Garcia montre aussi la résistance traditionnelle que cela avait provoquée, la pénétration et la force des tendances idéelles anticléricales qui étaient étayées aussi bien par la bourgeoisie libérale, les partis républicains que par les mouvements socialiste et anarchiste. Cet anticléricisme s'est dans la suite manifesté dans des mouvements de masse d'une force élémentaire, comme par exemple pendant la « semaine tragique » de 1909 quand, au cours de l'insurrection, les foules, d'une composition incertaine, incendièrent des églises et des monastères.

La formation du bloc républicain était également un problème complexe qui s'était plusieurs fois posé au cours de l'histoire moderne de l'Espagne. L'union ne pouvait se réaliser que par l'alliance des partis républicains bourgeois et des socialistes, ensuite des anarcho-syndicalistes qui ne cessaient de se renforcer. (Il va sans dire que cette union pouvait revêtir des formes diverses, allant d'une collaboration tacite et occasionnelle jusqu'à une alliance plus étroite.) La constitution du bloc se heurtait à des obstacles variés, la question se posant dès le début comme l'union des forces de deux classes. La bourgeoisie libérale avait des réserves en face du mouvement ouvrier organisé, et de même, dans le camp anarchiste on a longtemps, et le plus catégoriquement, refusé toute collaboration, comme l'a fait, à la fin du siècle dernier, le parti socialiste dirigé par Iglesias. L'évolution politique suivante astreignit simplement les partenaires en puissance, et Garcia trace bien ce processus, à surmonter leurs réserves et à faire de temps à autre un pas, ou un demi-pas, vers le rapprochement. Ainsi par exemple, après la « semaine tragique » de 1909, les conquêtes de la droite conservatrice et sa terreur ont amené les socialistes et les républicains à se rapprocher. Pendant la première guerre mondiale, vers 1917, cette alliance est devenue plus stable et s'est transformée en un vrai bloc républicain (sans pour autant avoir liquidé toutes les traces des désaccords intérieurs). Ces traditions et ces lignes de force permirent, dans les années vingt, la formation en face de la dictature militaire de Primo de Rivera d'un nouveau front républicain, et en 1931 l'instauration de la II^e République, suivie d'une nouvelle rechute vers la droite, de la période réactionnaire « des deux années noires », et enfin, contre la nouvelle vague de terreur droite contre les ouvriers, en février 1936, la constitution du Front Populaire, fort déjà d'armes idéelles modernes, qui remporta une victoire d'importance vitale non seulement du point de vue de l'Espagne, mais de toute l'Europe.

Une des grandes qualités de l'ouvrage de Garcia est d'offrir une synthèse admirable et d'éviter le grand danger qui menace les travaux de ce genre, à savoir la simplification. En ce qui concerne par exemple l'Eglise, il ne s'est pas contenté de décrire le rôle important joué par le clergé dans le camp des forces conservatrices ou dans les victoires des forces contre-révolutionnaires, il fait aussi bien sentir la différenciation qui se déroule au sein de l'Eglise et décrit dans la suite comment l'Eglise se tourne, du moins partiellement, contre la dictature de Franco dont elle avait été un des piliers. De même, il met en lumière les sept ans de la dictature militaire de Primo de Rivera avec toutes ses contradictions, toute sa complexité et son dynamisme. Nous voyons bien que la droite n'a pas d'unité, on voit se dessiner les traits fascistes qui inquiètent les monarchistes traditionalistes et les grands propriétaires terriens, de nouvelles couleurs apparaissent dans les villes, au front des capitalistes et des ouvriers, mais on apprend aussi que la gauche n'avait pas d'appréciation homogène concernant la dictature. La réalité historique est donc reconstruite avec authenticité, montrant pourquoi Primo de Rivera était au début plus populaire pour les différentes forces en présence et comment la base de la dictature s'est réduite dans la suite.

Il convient toutefois de noter que Garcia éclaire bien les contradictions des premières vingt années du XX^e siècle, qu'il est un guide sûr dans l'histoire, déjà souvent analysée donc offrant un terrain plus ferme, des sept années de dictature et de la République de 1931—1936, mais consacre moins de place à la période historique de 1936—1939 qui pose bien plus de questions et de problèmes insuffisamment élucidés. C'est regrettable, ne fût-ce qu'à cause du grand intérêt que l'on porte dans le monde entier, et c'est bien compréhensible, à ces années. Cette période est, certes, traitée dans un grand nombre d'ouvrages, mais ici, l'analyse historique nous semble souvent insuffisante, la description des événements militaires relègue à l'arrière-plan d'autres aspects, et parfois disparaît aussi la grande qualité d'historien de Garcia, notamment qu'il ne présente pas les personnages seulement du dehors, mais les fait parler aussi.

Dans les deux chapitres suivants, plus importants, Garcia traite deux périodes. La première est celle de la contre-révolution victorieuse, la première période, allant de 1939 à 1945, de la dictature de Franco. Là aussi, Garcia se garde des simplifications, le lecteur voit bien que cette dictature s'appuya dès ses débuts sur la conciliation de différentes forces politiques et sur des manipulations visant à les utiliser les unes contre les autres. Comme pour le règne de Primo de Rivera, pour la dictature de Franco aussi Garcia attire l'attention sur les signes des changements. Il dégage bien, comment, à la première étape de la guerre, Franco s'appuyait encore un certain temps surtout (mais pas exclusivement) sur Hitler et les puissances fascistes, comment dans la suite les monarchistes pro-anglais prirent le dessus sur les fascistes en vue. Il va sans dire qu'après 1945 une nouvelle époque commença. Dans cette longue période qui dure déjà trente ans, Garcia distingue deux étapes, celle de la survivance et de la transformation intérieure, commencée en 1945 en allant en gros jusqu'en 1953, et la seconde que, malgré les réformes intérieures et l'apparition de nouveaux éléments, caractérise au fond la crise du régime. Garcia élucide concrètement les symptômes (aussi bien sociaux que politiques) de cette crise. L'historiographe était sans doute courageux, il a suivi jusqu'à nos jours l'histoire « du siècle ».

L'édition de Moscou a paru en 1967, il a décrit et analysé les événements jusqu'en 1965, c'est-à-dire jusqu'à la remise effective de son manuscrit. Les huit ans écoulés jusqu'à la publication de la traduction hongroise ont apporté de nouveaux changements. Les tendances décrites par Garcia continuent, certes, à agir, mais ces huit ans constituent une période qui, précisément dans le cas de l'Espagne, n'est point négligeable. En cas d'une nouvelle édition, l'auteur pourrait de toute façon enrichir son ouvrage. D'autant plus que les publications nombreuses (mémoires, publications de sources et analyses) offrent la possibilité à l'auteur de compléter sous plusieurs aspects les chapitres qui sont un peu plus ternes (1936—1939), mais aussi les trente ans qui suivent. Comme nous avons affaire à une synthèse historique exceptionnellement réussie, l'éditeur pourrait peut-être réfléchir à une nouvelle édition de ce genre. Il nous semble en outre que le lecteur ne pourrait que saluer l'inclusion d'un tableau chronologique et d'un index bibliographique, qui faciliteraient son orientation.

J. Jemnitz

I. M. Majszkij: Egy szovjet diplomata visszaemlékezései

(Воспоминания советского дипломата)

Budapest, 1975, Gondolat – Kossuth Kiadó. 654 p.

Воспоминания дипломатов всегда могут рассчитывать на успех. У ученых – в силу того, что в этих воспоминаниях всегда содержатся свидетельства, с помощью которых можно проверить другие данные, а сами авторы воспоминаний, желают они того или нет, дают верные сведения и о себе. Широкою же читатель-

скую аудиторию они привлекают тем, что они как бы приоткрывают ту завесу таинственности, которой окружена и в наши дни дипломатия, а люди, как известно, любят проникать в тайны и рассеивать таинственность.

Все это относится и к книге Майского. Она изобилует свидетельствами, благодаря которым можно проверить достоверность других источников и расширить представления о фактах истории. Таковы воспоминания автора о полученных им в свое время инструкциях, содержание которых нельзя было определить на основании других источников. Таковы описания встреч автора с историческими деятелями – начиная с описания знакомства с Черчиллем, в котором автор воспроизводит слова последнего, сказанные при этом, и кончая описанием встречи с Гарри Гопкинсом во время его приготовлений к поездке в Москву (или; если угодно: когда он был неподготовлен к этой поездке). В настоящее время воспоминания Майского – один из важнейших источников для изучения этих событий.

В то же время книга дает представление о самом дипломате, написавшем ее. Низкого роста, слегка облысевший добродушного вида советский дипломат не только прекрасно знал английский язык, был хорошо знаком с английской культурой, но и любил английскую культуру и прежде всего – английский народ. Но кажется, без этого невозможно было бы достойно представлять его родину – Советский Союз. Ее он ставил превыше всего. Ради ее интересов он использовал весь свой ум, а если было надо, то и хитрость. Ради нее он, если нужно было, цеплялся за дипломатические обычаи или смело их нарушал. Гордясь Родиной, он в то же время проявлял терпение и склонность к компромиссам, но если было нужно, он был чувствителен к обидам или непреклонным.

Он и сам видел, что дипломат не может черное сделать белым, не может коренным образом изменить ситуацию. Однако, он понимал, что от личности дипломата зависит, как использовать то или иное обстоятельство, если оно благоприятно, и ограничить действие неблагоприятного фактора. Этот вопрос он рассматривает в связи с описанием разрыва дипломатических отношений с Англией в 1927 г., высказывая при этом предположение, что разрыв удалось бы предотвратить, если бы советским представителем был бы такой умный, уравновешенный, высокоавторитетный, весьма уважаемый англичанами дипломат, каким являлся Красин. Но Красин к этому времени умер.

Представляется, что эту характеристику можно отнести и к личности Майского. С 1932 г. изменилась объективная ситуация в Европе и в связи с этим неизбежно должна была измениться позиция Англии. Однако, несомненно, что при этом на поведение английских политических деятелей, проявивших склонность к сближению с Советским Союзом, повлияло то обстоятельство, что во главе советского представительства стоял такой дипломат, как Майский, имевший к тому времени уже ранг чрезвычайного и полномочного посла.

К сказанному добавим, имея в виду, как и раньше, воспоминания Майского, что две его черты в чрезвычайной степени способствовали выполнению им его задач. Одна из них – это гибкость; это принцип, согласно которому в дипломати ничто не невозможно, пока невозможность не стала явной. Конечно, мало хорошего можно было ожидать от Черчилля, готового съесть большевиков, однако, Майский решил сблизиться с ним. И время подтвердило правильность этого шага: оказалось весьма полезным, что ко времени вступления в правительство консервативного политического деятеля советский посол давно уже был с ним знаком. Майский поддерживал связь и с послом фашистской Италии Гранди и, как вспоминает советский дипломат, одно время он получал от Гранди чрезвы-

чайно полезные сведения. Развитие событий в более позднее время, когда Италия привязала себя к нацистской империи, сделала невозможной эту связь.

Другой чертой Майского, благодаря которой его деятельность дипломата была успешной, являлось развитое психологическое чутье. О нем свидетельствуют нарисованные им портреты английских политических деятелей того времени, дипломатов, аккредитованных в Лондоне, и других исторических лиц. Майский не ограничивается исследованием образа мышления, мировоззрения своих партнеров: он всегда изучал психологию личностей в целом и на этой основе давал оценку людям. Как советский человек он прекрасно видел разделительную линию между интересами британского империализма и интересами английского народа, однако, как советский дипломат он прежде всего ставил вопрос о том, хорошо или плохо защищает его партнер в данный момент интересы британской политики вообще. При этом он был твердо убежден в том, что хорошо представлять их может только тот, кто выбрал путь разумного сосуществования и сотрудничества с Советским Союзом, кто всю свою энергию отдает ради осуществления этого принципа. Майский хотел убедить всех в правильности этого пути. Сделать это в конечном итоге оказалось не так легко в отношении лейбористских политических деятелей, как это можно было бы предполагать, и не столь трудно в отношении значительной части консерваторов – вопреки имевшимся опасениям (относительно либералов и главным образом – относительно Ллойд Джорджа такой проблемы не стояло, поскольку они не входили в правительство. А пока они входили в правительство – здесь мы имеем в виду период интервенции – отношения с ним были далеко не столь простыми, как впоследствии старались изображать либерали).

Таким образом, книга Майского содержит в себе все те элементы, которые обычно имеются в воспоминаниях дипломатов. Однако, кроме них в книге есть и то, чего нет и не может быть в сочинениях подобного рода. Это сверхобычное – не от личности Майского и не от обычных сдвигов в его карьере дипломата. И даже не от таких чрезвычайных сдвигов, как начало второй мировой войны. Это сверхобычное заключается в том, что Майский являлся представителем Советского Союза и вдобавок принадлежал к первому поколению советских дипломатов. Поэтому он смог отразить в книге нечто совершенно индивидуальное, единственное, неповторимое.

Прежде всего, он принес в дипломатию бодрость, оптимизм и свежую энергию своего поколения и революции. По его книге можно судить о том, что это было характерно не только для него лично, но и для всей атмосферы русской колонии в Лондоне. Верно также и то, что оптимизм этот не был безмятежным. Успехи сопровождались неудачами, и не раз веру в будущее пытался задушить страх. Какой окажется судьба планов антисоветского крестового похода Запада? – Имелись доказательства того, что эти планы невозможно осуществить, однако, напряженность была огромной: как пишет Майский, «капиталистическое окружение начиналось у порога дома». Затем – боязнь совместного нападения агрессивных сил Запада и Дальнего Востока – Германии и Японии. Потом – опасение, что после поражения Франции Англия выйдет из борьбы и заключит мир с немцами. Существовала тысяча доводов в пользу того, что Великобритания не сможет этого сделать, но разве в свое время не было тысячи подобных аргументов в пользу того, что Франция сможет долго сопротивляться? Обо всех этих опасениях можно прочесть на страницах книги Майского, но здесь же в противовес им фигурируют неистощимый оптимизм и готовность бороться до конца.

Другая, более важная по сравнению с первой особенность книги состоит в том, что в ней нашли прекрасное пластическое отражение изменения международного положения Советского Союза.

Воспоминания начинаются описанием событий 1925 г., когда Майский впервые выехал в Лондон в составе дипломатической миссии (ранее он жил там в качестве эмигранта) как руководитель отдела печати советского полпредства. Сотрудники полпредства жили в ужасных квартирных условиях; атмосфера, в которой они работали, была враждебной. Руководитель полпредства очень редко мог бывать в Форин Оффисе, а представители последнего преднамеренно не появлялись на приемах в советском полпредстве. Не могло быть и речи о назначении посла и даже о замене того или иного сотрудника, ибо можно было опасаться, что кандидат не получит необходимой визы. Поскольку советское полпредство посещалось исключительно профсоюзными лидерами, лейбористскими политическими деятелями и несколькими представителями левой интеллигенции, то сами англичане называли полпредство посольством «при оппозиции Его Величеству». Атмосфера была столь неблагоприятной, что сам Макдональд, являвшийся инициатором дипломатического признания Советского Союза, не осмелился ни разу появиться в полпредстве. Некоторая надежда на улучшение обстановки появилась в связи с прибытием в Лондон тяжело больного Красина. Однако, до его кончины оставалось совсем немного времени, и он смог сделать лишь первые шаги. Об изолированности советского полпредства лучше всего свидетельствовал тот факт, что единственным знаком внимания Форин Оффиса в течение длительного времени была визитная карточка с выражением соболезнования по поводу смерти Красина, оставленная одним из представителей этого ведомства.

Затем ситуация еще более осложнилась и дело дошло до разрыва отношений. Началась истерия, которая показала, насколько значительная часть английской крупной буржуазии страшится намалеванного главным образом ей самой большевистского черта. Всему этому способствовали и ее имперские воззрения, а также, как полагает Майский, с одной стороны, отсутствие выдающегося советского дипломата, а с другой стороны, то обстоятельство, что советские государственные органы пытались найти компромисс, а отдельные руководители Коминтерна стремились к противоположному. В конце концов провокации правых реакционеров достигли кульминационного пункта в нападении на советскую внешнеторговую организацию – «Аркос»; однако, благодаря этому реакционеры потерпели моральное поражение, поскольку британский министр внутренних дел не смог предъявить компрометирующих документов, о которых реакционеры заранее разрезвонили. Несмотря на это, 26 мая 1927 г. парламент проголосовал слова, подсказанные здравым смыслом: «Разрыв дипломатических отношений с за разрыв дипломатических отношений. Однако одновременно прозвучали и одной из самых великих в мире держав – это не такой подвиг, в честь которого нам нужно подбрасывать вверх шапки...» – сказал Ллойд Джордж на другой день, выступая на демонстрации.

Подбрасывание вверх шапок, действительно, продолжалось недолго. В 1929 г. «красные» возвратились в Лондон, и с этого времени на здании посольства (теперь уже посольства) без перерывов развевался советский флаг.

Теперь уже путь был более прямым. И мы являемся свидетелями цепи исторических мгновений. Все то, что происходит теперь как обычное явление в карьере любого советского дипломата, тогда происходило впервые в истории. Впервые советский дипломат прошел по красному ковру Букингэмского дворца,

впервые ему подал руку монарх, возглавлявший одну из великих держав мира, а королева впервые приняла супругу советского посла.

Советскому дипломату в то время нужно было ко всему быть готовым! К мертвой тишине при его появлении, к недоброжелательным замечаниям, а один раз – даже ко взрыву гнева, нарушившему все каноны дипломатии. Однако, на этом этапе мы становимся свидетелями одного явного изменения к лучшему. Советский Союз существовал уже не один год. И дело не только во времени: уже выполнялся первый пятилетний план, и в Европе все более склонялись к мысли, что этот план будет выполнен. Поэтому изолированность советского дипломата все более уменьшалась, все меньше обид он терпел. Уже не было особой милостью, если его принимали в министерстве иностранных дел. Правда, у министра Симона Майский встречал мало понимания, но здесь на его стороне был Иден, который ездил в Москву. Правда, затем главной заботой Чемберлена было умиротворение Гитлера, и вследствие этого не могли быть успешными англо-франко-советские переговоры 1939 г., но все более усиливалось влияние Черчиля, который был противником политики уступок, а после начала войны стал апостолом сопротивления.

Мы видим, что в 1940 г. и в особенности в 1941 г. настроения двадцатых годов остались в далеком прошлом. В отношениях с английскими господствующими классами и с правительством далеко не все шло гладко, но они уже понимали, очень хорошо понимали, что боеспособность, стойкость Красной Армии стали главной надеждой британской империи.

В эти бурные годы, при описании которых Майский дает наиболее четко высокую оценку английскому народу, о котором он пишет, что «его нельзя победить», в эти годы советскому послу пришлось энергично бороться за то, чтобы его родина получала от Англии необходимую и возможную помощь. Но при всех имевшихся в то время спорах и трениях стороны не забывали, что они – союзники в борьбе не на жизнь, а на смерть. Борьба шла прежде всего за открытие второго фронта; Черчилль постоянно говорил, что он признает справедливость советских просьб об этом, но Англия пока неспособна их выполнить. Поскольку Майский ранней осенью 1943 г. покинул Лондон ввиду перехода на новую работу, он не увидел здесь результатов своей постоянной борьбы. Однако, он пережил здесь гордость за свою родину после победы под Сталинградом. Майский дождался до того момента, когда его, столь холодно принятого когда-то в столице Великобритании (если вообще можно говорить в этом случае о «приеме»), проводили «королевскими» подарками (это были фотографии королевской четы с ее дедикациями), а Иден устроил в его честь торжественный ужин.

Едва ли какой-либо другой дипломат пережил такой подъем его карьеры; в его описании просматривается подъем значения и роли в международных отношениях его страны. И это придает особое значение воспоминаниям Майского.

М. Ормош

Jacques Duclos: Harcaim, emlékeim. 1910—1945.

(Mes luttes, mes souvenirs. 1910—1945.)

Budapest, 1974, Gondolat, 699 p.

La version hongroise de l'autobiographie en plusieurs volumes du chef communiste français parut peu de temps avant que son auteur devait pour toujours cesser de travailler, ne pouvant ainsi fournir des informations à des questions qui se posent. Quelque volumineuse que soit cette œuvre, le lecteur d'une revue historique, s'il s'intéresse à ce thème, y trouve bien des problèmes à débattre, et attendrait certainement des réponses à bien des questions auxquelles pourrait répondre Jacques Duclos qui, pendant près d'un demi-siècle voyait de tout près comment naissaient les décisions ayant eu une influence déterminante sur l'évolution du mouvement ouvrier français, voire international, et qui lui-même avait pris part à prendre ces décisions. Il n'est guère nécessaire ici de faire connaître Jacques Duclos, aussi me limiterai-je à faire quelques remarques à propos de ses mémoires.

Je me permets de dire quelques mots sur le genre même des mémoires. Il est bien connu que c'est un des genres les plus délicats, étant infiniment subjectif mais dont le prix vient de l'objectivité qu'il peut garder, et des analyses objectives que l'auteur éclairait par ses vues subjectives. Il convient de noter que dans les années 1920 les chefs du mouvement ouvrier international ont publié plusieurs autobiographies, mais dans la suite ces mémoires devinrent plus rares. Certes, en ce qui concerne le mouvement communiste en France, une exception est constituée par l'autobiographie de M. Thorez, parue à une époque où les mémoires se faisaient déjà plus rares. Cette série est complétée par le livre de Jacques Duclos. Nous savons que Duclos était en même temps le chef et le chroniqueur du parti communiste français et l'historiographe de tout le mouvement ouvrier français. Ce double caractère marque ses mémoires aussi où, tout en gardant un ton personnel, il puise largement dans les documents historiques, trace la chronologie des grands événements historiques, les apprécie, tout en ajoutant toujours ses remarques personnelles et tout en parlant des événements les plus importants en première du singulier.

En faisant la caractéristique générale des mémoires de Duclos, il faut souligner encore une chose. C'est un ouvrage plein de passion et franchement polémique dont chaque ligne est empreinte par sa préoccupation pour le destin du mouvement ouvrier, par la recherche de l'avancement du socialisme. Cela ne l'empêche pas de donner de ses compagnons d'armes, et même de ses alliés à qui il s'est trouvé éventuellement opposé, une image qui, au-delà de fournir une « contribution » aux chercheurs d'histoire, leur offre jusqu'à une certaine mesure un nouvel angle pour regarder les événements, les protagonistes et l'atmosphère de l'époque. Il suffira de me référer aux quelques pages où Duclos évoque ses souvenirs sur Caballero. Il est bien connu que Caballero avait joué dans le mouvement ouvrier espagnol des années 1920—1930 un rôle contradictoire qui pose bien des problèmes, et que Duclos était de ceux qui devaient le mieux le connaître. C'est précisément cela qui est remarquable lorsqu'on voit le ton chaleureux dont il parle de lui tout en se référant aux débats portant sur des principes, et tout en faisant des allusions à la période où, par suite des discussions et des désaccords, leur chemin prirent différentes directions, et ce sans jamais mettre en question l'« honnêteté » de Caballero dans le mouvement ouvrier. Ce n'est qu'un exemple. Dans un travail de si grande envergure il n'était guère possible de procéder avec le même soin dans tous les cas et à propos de tous les protagonistes importants, mais l'effort de se tenir à cette méthode n'en est pas moins frappant.

On remarquera encore un trait caractéristique des mémoires. C'est que Duclos, qui de jeune ouvrier devint socialiste ensuite communiste et qui comme autodidacte devint un chef

d'une formation si large que dans la vie intellectuelle-politique française il pouvait être, à l'échelon le plus élevé, non seulement un partenaire de débats, mais un orateur dont le brillant et la riche culture étaient généralement reconnus et à qui nous devons des écrits aussi, que ce Duclos, d'une façon fort compréhensible s'intègre dans les traditions françaises et consacre une très grande attention aux problèmes des intellectuels. Dans ce livre aussi, il parle avec grand respect d'Anatole France, de Lefebvre, de Vaillant-Couturier, de Politzer et de Langevin, évoque les discussions autour de Balzac et de Rodin, les combats idéels autour de l'histoire de la Révolution Française et de l'héritage de la Commune de Paris, il consacre un bref chapitre à des événements comme la fondation du musée du mouvement ouvrier français, c'est à dire à des questions qui attestent que dans la vie de Duclos le passé est entièrement intégré au présent, et que les questions culturelles s'insèrent organiquement dans le mouvement ouvrier.

Les pages les plus passionnantes du livre se rattachent aux événements liés au Front Populaire français et, partiellement, à celui d'Espagne. Pour les deux, il fournit beaucoup de nouvelles contributions à l'ensemble de ces événements, et en outre il rend bien l'atmosphère et les problèmes de ces journées, avec quelques touches trace bien le portrait des politiciens en vue (souvent dans toute leur complexité contradictoire comme dans le cas, déjà mentionné de Caballero, ou dans celui de Léon Blum), il parle des relations entre les deux Internationales, de la désagrégation du Front Populaire français et des jours sombres de la période munichoise.

Dans une revue historique il n'est guère nécessaire d'évoquer les limites des mémoires en général. On reconnaît aux auteurs le « plein droit » de se souvenir de certains événements, de certaines personnes et d'en oublier d'autres. Il va sans dire que ces inégalités peuvent, dans une certaine mesure, être provoquées aussi par les limites imposées par le volume, mais il ne s'agit toujours pas que de cela. Il est bien visible que Duclos ne voulait pas profiter de ces possibilités, qu'il affronte nombreuses « questions délicates » en y donnant des réponses combatives appelées à prouver la vérité qui est du côté du Parti Communiste français. Ces chapitres pourtant, à l'opposé des autres, ne rapportent souvent que des faits, indiquent la position principielle de Duclos, sans donner des réponses fouillées, détaillées de point de vue humain, comme nous en trouvons ailleurs. En ce qui concerne par exemple l'Espagne, on n'y trouve presque rien sur les difficultés internes réelles du Front Populaire, et la période 1937—1939 n'est touchée qu'en passant. L'analyse des prises de position du Komintern en 1939 n'est pas non plus aussi poussée que chez Togliatti, la combativité des souvenirs vise, comme toujours, le régime français, sans analyser ce qui se passe à cette époque à gauche, encore que, pour l'époque munichoise, il trace des socialistes un tableau plus complexe, plus nuancé, en partie se basant sur ses souvenirs personnels. Il met de la sourdine pour traiter les débats autour de la position de Marty en 1944, sans même mentionner son nom, s'étendant surtout à l'exposé et à la critique de cette prise de position (notamment, à l'aspiration de réaliser la révolution socialiste). Il est fort intéressant, et fort utile, au moment de la popularité internationale des mémoires de de Gaulle, de lire les lignes critiques si riches en suggestions où il démontre les inconséquences, de de Gaulle, des gaullistes ou de Malraux, souvent en confrontant leurs déclarations datant de différentes époques et qui se contredisent.

Duclos n'a pas eu la prétention d'offrir avec ses mémoires une histoire du mouvement ouvrier français ou l'histoire du Parti Communiste. Pourtant, il a fait plus que de les compléter, il a donné un livre sans la connaissance duquel aucun chercheur ne pourra désormais travailler dans aucun de ces thèmes.

J. J.

Excerpta Historica Nordica.

Vol. VIII. 1970—1972

Chief-Editor Lorenz Rerup. Copenhagen 1975, Gyldendal, 258 p.

Historians of small peoples who write their works in tongues understood by few are compelled to make their results accessible in world languages too. Hungarian historians being well aware of this fact welcome warmly the activity of Scandinavian historians who have undertaken to publish summaries of varying length and the selected bibliography of historical works which have appeared; Volume VIII has been issued lately.

The Danish material of the volume has been compiled by the Chief-Editor, Lorenz Rerup, the Finnish material by Susanne Lindgrén, the Norwegian by Adler Holmboe, the Swedish by Marie-Louise Bachman. Except for the Finnish part, every report is headed by a summary which provides information concerning source publications, and current or other bibliography. This is followed by data of books and journals in chronological order of the themes treated and in the great majority of cases by the summary, mostly in English, sometimes in German, in a few cases of Swedish works in French. Regrettably there are in every part a fair number of works which do not appear to be less important than the rest, judged by their titles and volume, yet their summaries are absent. This may be the expression of some sort of appraisal from which the texts of the summaries in general refrain, confining themselves strictly to dealing with the subject matter.

The summaries actually furnish good information, perhaps the Norwegian material would seem to be edited the most carefully, because, in addition to summing up results, a brief reference is made to the role played by the theme discussed in earlier history-writing.

The layman has no means of assessing the profoundness of selection or viewpoints in general; hence it is not clear how far certain parts represent the history-writing of the country in question. Indeed, the total volume of the products of Danish history writing is so much bulkier that it is given approximately 80 pages, whereas the space allowed to Norwegian history-writing is not more than 30 pages. Perhaps this ratio is in fact realistic.

The choice of themes is rather varied with every country, but Danish history-writing is found to be strongly attracted by economic history, mainly agrarian history; this is quite apparent also with the Finns, while with the Norwegians and Swedes greater stress appears to be laid on political history, with the former particularly on World War I, with the latter on wider perspectives of the realm, simultaneously with keen interest for social history in connection with emigration.

Obviously, summaries can not be expected to present besides results also indications concerning source material and comments on the methods of working up the material. However, in the case of a few works on economic and social history this would nevertheless be desirable, even at the cost of abbreviating descriptions of the content, as done in a few Swedish summaries.

Summaries are meant for foreigners, therefore it is right to offer explanations to those who are not versed in specific terms of Scandinavian history, so as to make them understandable. There is only one remark to be made: the peace of 1721 which ended the North War would have been referred to by the Finns more aptly by the generally known term of the Peace of Nystad instead of the Peace of Uusi Kaupunki.

Works dealing not with national history occur only in Danish and Norwegian material though rarely. This may also be the true account of the existing situation or it may be only a principle followed in selection; anyway, it would have been better to let the reader know. On the whole the volume is extremely useful; its number in the series (8) is reassuring, for it suggests that Scandinavian historians intend to continue this work.

E. Niederhauser

Gyula László: Vértesszőlőstől Pusztaszerig

(From Vértesszőlős to Pusztaszer.)

Budapest 1974, Gondolat Kiadó, 275 pp.

This popular book on the history of the Carpathian Basin from the primitive age to the 10th century is an interesting work of individual tone.

For several years Gyula László has been explaining his view that the great majority of Magyars settled down in the Carpathian Basin about 670, the rest around 894 (204–207). Thus he conceives of the immigration of the Magyars as having taken place in two waves, separated by a long interval of time. As a proof of this hypothesis attention is drawn to records of the appearance of White Ugrians in the Russian Ancient Chronicle. The record is assumed to refer to the 670s and to the arrival of the White Ugrians in the Carpathian Basin. The record in question came into the text of the Russian Ancient Chronicle from the Byzantine chronicle of Georgios Hamartolos. The appearance of the White Ugrians is mentioned in connection with the Byzantine-Persian wars of the 620s. Unfortunately the source is silent on the place where the White Ugrians appeared and their further fate remained obscure. For Hungarian history the name of the people, Ugrian, Onogur, is of basic importance. Their incidence in sources involves ambivalence, because they do not indicate Magyars in every instance. For the people's names Ugrian, Onogur to stand for Magyars has preconditions which call for elucidation themselves. Since the source in question does not decide whether or not the name White Ugrian implies Magyars, the reader is left in the dark on the problem of ambivalence. The people's name Onogur has another aspect which requires popular explanation. This name evokes confused ideals and ideas. Popularization is not the way to attempt clarification of the meaning of the name Onogur. Therefore criticism of the notions which mask the ambivalence of this name of a people demands a place in popularization, in order to promote perspicacity.

Determination of the ethnic group of the bearers of archeological civilizations raises grave methodological problems of archeology and primitive history. In the knowledge of criteria characteristic of an ancient civilization archeology justifiably supposes that the people of the civilization in question was held together not only by common features of civilization, but presumably also by language and other features. However, there is no proof of a common language, the name of the people's community can not be identified by archeological criteria. Serious, unsolved methodological problems prevent the establishment of a connection between the bearers of archeological civilizations with the remote forefathers of living peoples. At the same time the concept of the ethnocultural unit, the "nameless people" is indispensable in studying the ancient history of a certain geographical region.

When we speak of ancient history or the name of any archeological civilization is preceded by the attribute Magyar, a scientific definition is made which entails responsibility. In this case science undertakes to clear the remote antecedents of our people. To trace the ancient historical antecedents of a people living now is exceedingly problematic, therefore "national" ancient history is the source of all sorts of irrationalisms and new myths. "National" on two counts: ethnic antecedents are searched for in the fading past of ancient history, the opinions formed on the subject are systematized and, nolens volens, they become part of national consciousness. Unintentionally created irrational views are hard to avoid because ancient history breaks boldly into the unknown domains of the origin of peoples and paleoethnography. There are reliable data which inform us that the Magyar people of primitive history differed from the Magyar people of later ages. The fact that the Hungarian people (as well as every other people) is a historical category is waiting for elucidation, not to the

expert but to the wider public. Adequate explanation in itself does not ward off the development of erroneous concepts, but it serves as support to those seeking knowledge.

Those who deny that change of certain burial rites and elements of civilization about 670 are unmistakable evidence of change of population in the Carpathian Basin are held by Gyula László to be of the retiring type of scholars, unacquainted with historical reality (194). It must be reckoned with that earlier ethnographic conditions were altered by the effect of some immigrants. This important detail requires intensive investigation, but to assume that the supposed immigrants were identical with the Magyars bearing the name of Onogur is evasion of the open methodological and theoretical problems outlined above. There is a lack of criteria permitting generalization to decide when it is that changes of archeological civilizations are connected with the appearance of new ethnic groups.

The author disapproves of the Hungarian historians who claim that Late Avars were assimilated by the Slavs (215). The fact is that after the campaign of Charlemagne the Avars complained of oppression by the Slavs. From this, of course, it does not follow that the Avars were Slavonized. The historians and linguists who studied the subject have come to various, sometimes hasty, conclusions, but no dogma has been laid down. It deserves cursory mention that Slavonization of the Avars has been weighed not only by Hungarian and by directly interested Slovak historians. The justification of these considerations might nevertheless have been rejected. However, the comments of the American Imre Boba on the Onogurs do not deserve much notice.

The assertion that in the 3rd and 2nd millenium B.C. there was no major demographic activity in the Volga-Chama region inhabited by Finno-Ugrians is highly important. The arguments are obscure from which the author concludes that the Magyar people and language came into existence approximately about 2000 B.C. upon the final separation of Neolithic civilizations in the Volga-Chama area.

The results of research pursued for several decades have revealed that from the beginning of the 3rd millenium B.C. consecutive waves of immigrants from the south reached the Volga-Chama region. In the most out-of-sight corners the 2nd millennium B.C. was not the Neolithic Period, but the Copper-Neolithic, then Copper Age when not only excellent bronze craftsmanship developed, but the first proofs of *iron* production have been discovered in the Volga-Chama region and West Ural area. These are open and problematic questions of the correlations between archeological civilizations and ethnic groups. However, available findings do not provide insight into the essential relations of paleoethnographic processes connected with these questions.

Within certain archeological eras the number of civilizations surpasses the number of those known from sources and that of surviving Finno-Ugrian peoples. Regarding the primitive history of interior regions of the European Continent it is a unique and enviable scientific result that in the loosely limited sense of the term we can speak of *Finno-Ugrian archeological civilization and archeology* from the Neolithic Age. Closer ethnic determinations are available from a period elucidated by written sources (from the turn of the 9th century). At all events, scientifically necessary arbitrary endeavours have to be complied with which strive to connect more circumscribed ethnographic concepts within the Finno-Ugrian ethnic group (Ugrian, Permian, Volga-Finnish) to archeological civilizations which preceded the 9th and 10th centuries. In this case attention is to be drawn to the exceedingly problematic nature of every detail of the experiment, not only in case of popularizing intent, but also in strictly expert work.

In Gyula László's view the Magyar people can not be understood without Eurasia, nor can the latter be understood without the Magyars. The Magyars are not kindred either to this or that people, but are connected with all by the memories of a common Eurasian past, the first chapter of which began in prehistoric times.

In fact, the background of primitive Hungarian history is broad, and to shed light on this background is indeed much more important than localization of the dwelling place of the ancient people from which the Magyars are descended. Moreover, there is slight probability that the Magyar people should have stood in the centre of Eurasian history. No one can deny the manifold mixtures which came about during the ethnogenetic process, but it is contrary to scientific findings made available so far to pursue the "shoreless" experiment trying to present Magyars as the relatives of all Eurasian peoples. Is not this relationship too extensive and is it not risky to trace its origin back to prehistoric man?

Only a few questions have been mentioned. No objection has been raised to any on the plea that it has no place in science or in popularization. It would furthermore certainly be worth-while to study very thoroughly the ethnographic changes connected with the cultural conditions altered about 670 in the Carpathian Basin. Although the notion is improbable, the assumed ethnographic change should also be analyzed to find out whether or not it was connected with the appearance of other than ancient Magyar groups.

In popularizing works ideals have to be cherished and this is impossible without idealization. Emphasis is laid on the theoretical co-ordinates of idealization.

Exception is taken to the methodological and theoretical appraisal of the problems dealt with in the book.

In primitive history marxist historical concepts play a quite peculiar role. Classical marxist explanations of ancient history are respected in bourgeois scientific circles. That is, the appreciation of marxist theory in ancient history does not even imply the acceptance of historical materialism. Regrettably the author has omitted to analyze with adequate depth the results of the theory and their relations to ancient history. So, finally, history was broken up into episodes in his book.

A. Bartha

Jenő Szűcs: Nemzet és történelem (Tanulmányok)

[Nation und Geschichte. (Studien)]

Budapest, 1974, Gondolat Kiadó, 670 S.

Der moderne Begriff Nation mit den Kriterien, die wir heute als ihre natürlichen Merkmale verstehen – vor allem Dazugehörigkeit des Individuums zu einer gewissen Nation, nationaler Charakter des Staates, Anspruch auf aktive politische Loyalität, die das Individuum an den Staat bindet – ist erst um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts in Europa entstanden. Der im Strom dieser mächtigen gesellschaftlich-intellektuellen Umgestaltung entstandene Nationalismus jedoch hat auch die Prinzipien des neuen Nationenbegriffs ungeschichtlich historisiert, um damit sein geschichtlich-rechtliches Fundament zu schaffen. Das heißt, die Umgestaltung blieb nicht bei den auf die Umformung der Gegenwart gerichteten vielseitigen Bestrebungen stehen, sondern versuchte, auch rückwirkend aus der Geschichte die ideologischen Kriterien der früheren Jahrhunderte zu eliminieren – vor allem die christliche Teleologie –, um an ihre Stelle das ebenfalls teleologisch dargelegte, als seit immer bestehend verstandene nationale Prinzip zu setzen. Da jedoch in den europäischen Sprachen im Mittelalter der Begriff „Nation“ einen anderen Inhalt mit derselben sprachlichen Form bestimmte (deutsch: Nation; italienisch: nazione; tschechisch, russisch: narod; ungarisch: nemzet usw.), mit der auch der neue Begriff ausgedrückt wurde, waren auch die semantischen Rahmen der Historisierung des Nationenbegriffs – d. h. der geschichtlichen Aneignung – gegeben.

Infolge all dessen ist die Hauptaufgabe der weltweiten Geschichtsforschungen über die „Nation“ aus dem ungeschichtlichen – aktuell gezielten politischen – rückprojizierten Nationenbegriff das zu erschließen, was man in einer jeweiligen Epoche unter diesem Begriff verstand, d. h. die destruierte Zeitordnung der Prozesse wiederherzustellen. Mit der Absicht der Konfrontation des neuen und alten Nationenbegriffs sind auch die in den letzten zehn Jahren geschriebenen Studien von Jenő Szűcs entstanden, die im vorliegenden Band zusammengefaßt sind. Die zu verschiedenen Anlässen und für verschiedene Ansprüche verfaßten Studien beleuchten mit je anderen – methodologischen, beschreibenden und im guten Sinne „angewandten“ didaktischen – Mitteln die Frage der Geschichtlichkeit der Nation.

Obwohl diese Annäherungsmethoden in den einzelnen Studien nicht scharf voneinander abweichen, ist die Abhandlung *„Nationalität und ‚nationales Selbstbewußtsein‘ im Mittelalter (Standpunkte zur Herausbildung einer einheitlichen Begriffssprache)“* trotzdem als das Fundament der anderen zu betrachten. Ein Hindernis für die Herausbildung einer einheitlichen Begriffssprache war bis heute – und dies bot zugleich die Möglichkeit zur ahistorischen Rückprojizierung –, daß die im 18. Jahrhundert entstandenen, eine ganz neue Qualität darstellenden bürgerlichen Nationen solche sprachlichen Formen zur Selbstqualifizierung benutzten, die bereits seit langem im Mittelalter gebräuchlich waren. Um diesen inhaltlich-begrifflichen Widerspruch auszuschalten, schließt sich auch J. Szűcs der Distinktion der modernen (hauptsächlich amerikanischen und sowjetischen) methodologischen Fachliteratur an, die die hinter der „Nation“ usw. verborgenen mittelalterlichen Integrationsprozesse mit dem Begriff „Nationalität“ („Nationality“, „Narodnosty“) markiert. Nachdem er die Schlußfolgerung zieht, daß wir bei der Beschreibung dieser Prozesse „wohl auf die abgerundeten und abgeschlossenen Formulierungen in einem Satz verzichten müssen“ (S. 202), sieht er dessen Begriffsmodell in den Kontrasten zu dem Modell der modernen Nation als bezeichnend an. So sind die „Nationalität“, die „Gesellschaft“ und die „politische Loyalität“ – diese neuzeitliche Kohäsion ergibt später das Modell der modernen Nationen – an sich allerdings alte historische Gebilde, doch bestand im Mittelalter zwischen ihnen noch kein innerer Zusammenhang. Die „Gesellschaft“ ist entweder breiter („populus Christianus“) oder enger („territorium“, städtische oder ständische „communitas“) als die als ethnische Basis verstandene „Nationalität“ der späteren bürgerlichen Nationenentwicklung, und die in Form der Gruppenemotion auftretende „politische Loyalität“ hat den Menschen des Mittelalters nicht an die letzteren, sondern an die ersten gebunden.

Diese Kontraste darf man jedoch keineswegs starr erläutern. J. Szűcs beweist durch Anführung eines anderen Modells – der als klassisch zu betrachtenden französischen Entwicklung, der „francisation de la France“ –, daß für die europäische Entwicklung – gegenüber den Zivilisationen des Altertums, der hohen asiatischen Kulturen des Mittelalters – gerade der Umstand charakteristisch war, „daß die ‚Nationalität‘ in einem gewissen Sinne – obwohl in Form und Inhalt abweichend von der modernen – mit der ‚Gesellschaft‘ *par excellence* und der Sphäre des ‚Politikums‘ eine Art organische Fusion eingeht und infolgedessen in gewissem Sinne zu einem ‚ideologischen‘ Faktor wird“ (S. 227). Dieser spezifische Zug, der in seinen Formeln der neuzeitlichen Nation vorangeht, die dann diese Modelle vervollkommenet und mit neuem Inhalt erfüllt, ermöglicht – als eine Art Kompromiß – auch die Benutzung des – übrigens in vielen Fällen umgeharen – Begriffs der „Nation“.*

Die Absicht, die Begriffe zu bereinigen, der Protest gegen die Rückprojizierung der Begriffsmerkmale führte J. Szűcs auch bei der Abfassung seiner Studie *„Zur Typologie der ungarischen Geistesgeschichte“*, die von der Historiographie annähernd organisch an die allgemeinere Fragestellung der obigen Abhandlung anknüpft. Durch Analyse der charakte-

* Die Studie ist deutsch in Acta Historica (Nr. 18. 1972. S. 1–38, 245–266) erschienen.

ristischen Darlegungen der herrschenden Richtung der Geistesgeschichte in der Geschichtsschreibung zwischen den zwei Weltkriegen (besonders „*Was ist der Ungar?*“ Red. Gy. Szekff. Budapest 1939) zeigt er, wie die Geistesgeschichte durch unparteiliche Verallgemeinerungen der angeblich zeitlosen konstanten nationalen Wesenszüge zur Verwischung der historischen Prozesse und zur Erstarkung des damals einen dritten Weg einschlagenden antinazifaschistischen Nationalismus beitrug. Der späten Kritik verleiht die Tatsache Aktualität, daß die ungarische marxistische Geschichtswissenschaft – allerdings meist mit einem unbewußten Reflex – selber viel von dieser ungeschichtlichen Annäherung der Geschichtsauffassung bewahrte. Hauptsächlich indem sie – während sie den unterdrückten Klassen der Geschichte gerecht sein wollte – anstelle der „ewigen und übergeschichtlichen Nationalidee“ die Kategorie des ebenfalls als immanent aufgefaßten, den richtigen Weg immer klar sehenden „Volks-patriotismus“ setzte, der bis in die Gegenwart nicht nur die ideologisch-geschichtlichen, sondern im allgemeinen auch die bauerngeschichtlichen Forschungen durch ihr muffiges und starres Schema stark behinderte.

J. Szűcs, der die methodologischen Fragen fast überall historisch analysiert – sein Modell vom mittelalterlichen französischen „Nationalbewußtsein“ z. B. ist auch an sich ein wertvoller Beitrag zur Bereinigung der Frage –, hat zugleich systematisch den Umbau des mittelalterlichen ungarischen geistesgeschichtlichen Systems in Angriff genommen. In seiner Studie „*Die Gentilordnung. Die Frage des barbarischen ethnischen Bewußtseins*“, die eine Skizze zu einer vor dem Erscheinen stehenden Monographie ist, weist er nach, daß das selbstgebildete Bild („politisches Selbstbewußtsein“) von der gesellschaftlichen und politischen Organisation der mit der letzten Welle der barbarischen Völker nach Europa verschlagenen ungarischen Stammesgemeinschaft viel eher mit dem „gentilen“ ethnischen Bewußtsein der „alten“ Barbaren des 5.–6. Jahrhunderts eine Verwandtschaft aufzeigt als mit den Verhältnissen des damaligen Europa. Bei der in den russischen Steppen wandernden Stammesgemeinschaft ist zwischen dem 6. und 9. Jahrhundert „nicht nur das wichtigste Kriterium des sich formierenden Ethnikums, die Sprache, entstanden“, sondern sie verfügte auch über den Glauben der Ursprungsgemeinschaft. Dieses Ursprungsgemeinschaftsbewußtsein widerspiegelt sich auch in dem Ausdruck „*Genus Hungarorum*“ (hier im Sinne der „Verwandtschaftsgruppe der Ungarn“). Basis und Träger dieses Bewußtseins war das als symbolische Blutgemeinschaft desselben Gesetzes aufgefaßte – also nicht ausgesprochen ethnische – Geschlecht, und „das Denken nach der Analogie des Geschlechts bildete in deren Kategorie auch den Begriff weiterer Volksverbundenheit“ (S. 250). Die ungarische Stammesgemeinschaft lebte in dieser spezifischen und begrenzten Rechts- und Kriegsorganisation auch unter der Oberherrschaft des Kasarischen Khanats und bewahrte diese im Laufe ihrer Wanderungen – damit die Integrierung der fremden Gruppenreste erleichternd – bis zu Ende. Um die Jahrtausendwende hat die Umgestaltung der ungarischen Gesellschaft jedoch auch die inneren Zusammenhänge der „Gentil“ betrachtungsweise zersetzt, verschleiert und in ihre Teile zerlegt. Ihre Elemente sind allmählich versunken und lebten nur als ein Teil der Bewußtseinswelt des gemeinen Volkes weiter. Ende des 13. Jahrhunderts sind auch ihre Spuren verschwunden, doch erhielten einzelne umgestaltete, aus ihrer ursprünglichen Funktion verdrängte Überreste in dem mittelalterlichen, sich bildenden ständischen „nationalen“ Bewußtsein Platz.

Die wichtigsten Faktoren, unter deren Druck die „gentile“ Bewußtseinsstruktur zerfiel, hat J. Szűcs in seiner Studie „*Die Ermahnungen des Königs Stephan – der Staat des Königs Stephan*“ analysiert. Die Ermahnungen hat ein unbekannter (aus Nordfrankreich oder Lothringen stammender) Kleriker um das Jahr 1010 zur Belehrung des Thronfolgers, Herzog Imre, zusammengestellt, und damit zugleich das erste literarische Werk in Ungarn und „den letzten Sprößling der politischen Publizistik vom karolingischen Typus und Auffassung in Europa“ (S. 369) verfaßt. Aus dem personenbezogenen und selbstbewußten Ton des „Königsspiegels“ ist ersichtlich, daß diese Schrift unter dem Einfluß und der Kontrolle des Königs Stephan I.

entstand und zugleich ein Beleg, wie der erste ungarische König die Funktion des von ihm gegründeten Staatgebildes innerhalb der großen Gesamtheit – des christlichen Europa – und deren engeren Einheit – der sich in Umgestaltung befindlichen ungarischen Gesellschaft – verstand. Unter der theologischen Hülle verbarg sich eine doppelte Lehre: Durch Übernahme des zeitgenössischen Begriffs des europäischen „Regnum“ (d. h. die mit der königlichen Macht identifizierte Einheit des Orbis Christianus) und „Gens“ (d. h. „novella sancte ecclesie plebs“) – schuf er die Voraussetzungen für die neuartige souveräne politische Tätigkeit. Im „Königsspiegel“ erscheint der König als der souveräne Organisator der ungarischen Kirche und schließt dadurch prinzipiell aus, „daß das ungarische Königstum als weltliche Organisation der Christenheit vom propagierten Reich abhängt“ (S. 374). Die Ermahnungen regeln zugleich das Verhältnis zwischen König und den politisierenden gesellschaftlichen Elementen (damals ausschließlich die hohen Geistlichen und die weltlichen Vornehmen des königlichen Gefolges). Unter Berücksichtigung der Ratschläge der Vornehmen identifiziert er das Wesen des „pium, iustum et pacificum regnum“, was im Keim auch die Elemente des später zu einem System ausgebauten Widerstandsrechtes trägt.

Die Studie „*Gesellschaftstheorie, politische Theorie und Geschichtsbetrachtung in Kézai's Gesta Hungarorum. (Die theoretischen Grundlagen der mittelalterlichen Genesis des Nationalismus)*“ führt den Leser in die Periode der großen Umgestaltungen des europäischen Nationenbegriffs im ausgehenden 13. Jahrhundert ein. Damals – zwischen 1282 und 1285 – schrieb Meister Simon Kéza, der „Fidelis clericus“ des Königs László IV., seine *Gesta Hungarorum*, das erste Produkt des historisierten ungarischen Nationalismus und zugleich jahrhundertlang (19. Jahrhundert) das umfassende bestimmende Fundament der ungarischen adeligen Geschichts- und Selbstbetrachtung. Einerseits, indem er die Hunnen zu Vorfahren der Ungarn erklärte und rückgehend die rechtlichen Grundlagen der Landnahme konstruierte (so wurde die Landnahme die Durchsetzung des uralten Besitzrechtes), andererseits, indem er eine den Ansprüchen des Adels des 13. Jahrhunderts angepaßte geschichtliche Erklärung über die Ursachen der gesellschaftlichen Ungleichheit formulierte.

Der weiteste Rahmen der Geschichtsbetrachtungsweise von Kézai ist die neuaufgefaßte Natio (den lateinischen Terminus *technicus* benutzt Kézai zum erstenmal in der ungarischen Literatur). Kézai leitete diese – entgegen der in den früheren Jahrhunderten einzig herrschenden christlichen Geschichtsauffassung – nicht von der Annahme des Christentums, sondern – die Geschichte der Hunnen und Ungarn verbindend – vom Weltbeginn her. Diese Natio war die Gemeinschaft der von denselben Eltern abstammenden gleichberechtigten freien Kämpfer („*communitas*“), die von gewählten Amtsträgern regiert wurde. Da die neue Ursprungsauffassung im krassen Widerspruch zu den tatsächlichen ungarischen gesellschaftlichen Verhältnissen im ausgehenden 13. Jahrhundert stand, hat Kézai zur Auflösung des Widerspruchs die historische Begründung der gesellschaftlichen Ungleichheit konstruiert. Nach dieser Konstruktion haben einzelne in den hunnischen Vorzeiten den Befehl der *Communitas* zum Kriegsdienst verweigert und mußten dafür laut der „*lex Scythica*“ mit Hinrichtung, „Verstoßung in einen hoffnungslosen Zustand“ und – schließlich, doch nicht zuletzt – mit Sklaverei büßen. Deren Nachfahren wurden – zusammen mit den Kindern der unterjochten Völker – Leibeigene. Nach dieser Gesellschaftstheorie sind also die Rechte und Verdienste der einstigen *Communitas* auf die als deren einzigen rechtlichen Nachkommen betrachtete „*Hunorum nobilitas*“ (d. h. ungarischer Adel) übergegangen, der die gesamte Nation vertritt und sogar mit der Natio identisch ist. Kézai versuchte, auch das Verhältnis zwischen dieser Natio und der königlichen Macht zu regeln; er führte aus, daß die *Communitas* zwar ein für allemal ihre eigene Gemeinschaftsmacht Attila (d. h. seinen „Nachfolgern“, den ungarischen Königen) übertrug, doch ihr Recht auf Gesetzgebung zum Teil – auf kommunaler Ebene – beibehielt. Bei seinen Darlegungen trat er „mindestens im gleichen Maße als Propagandist der königlichen Macht, ein wahrer ‚treuer königlicher Kleriker‘, wie als Ideologe der *Communitas* auf“ (S. 459).

Bei dieser in einen epischen Rahmen gedrängten Analyse der Gesellschafts- und Geschichtsauffassungsweise zeigt J. Szűcs auch die Quellen an, aus denen Kézai die Grundelemente seiner Konzeption zusammensuchte. Er fand das Modell der Theorie der gesellschaftlichen Rechtsungleichheit in Frankreich, wo man um 1280 auf eine ähnliche Weise auch in Paris die Gründe der Unterordnung der in großer Zahl vorhandenen „Scherfen“ erklärte (z. B. Philippe de Beaumanoir). Das Modell der konstruierten „lex Scythica“ ist die dreifache Bestrafung der Gemeinverbrechen im Römischen Recht, das Kézai in Norditalien – hauptsächlich auf der Universität von Padua – kennengelernt hat. Ebenso die Korporationstheorie, aus der er – durch Gleichsetzung der verschiedenen Meinungen der Bologneser Postglossatoren des Römischen Rechts – seine eigene hunnische Communitastheorie erarbeitet hat. Er hatte alle Möglichkeiten dazu, denn wie wir aus der philologisch-geographischen Analyse von J. Szűcs wissen, war er in allen diesen Orten, so daß seine Behauptung durchaus stimmt, er habe sein Werk aus den zerstreuten Quellen „per Italiam, Franciam ac Germaniam“ zusammengestellt. Das heißt natürlich nicht, Kézai habe eine den ungarischen Verhältnissen fremde, das Niveau des ungarischen Adels übersteigende Kompilation verfaßt, denn sein Werk ist mit einem fest umrissenen, aktuell-politischen Ziel – Untermauerung der Machtansprüche des ungarischen Adels – entstanden. Kézai jedoch war nur soweit Ideologe dieser Ansichten, „daß er die in der Sphäre des täglichen Denkens zerstreuten Elemente in Zusammenhang brachte und die Zusammenhänge auf das Niveau der Theorie erhob“ (S. 503).*

Obwohl die Tendenz des ungarischen politischen öffentlichen Denkens bis zum 19. Jahrhundert der in Verbindung mit Kézai Werk charakterisierte „staatsrechtlich“ gefärbte adlige Nationalismus“ (S. 566) war, tauchten im 15. Jahrhundert mehrere Nebentendenzen auf, die mehr oder minder auch die Herausbildung des Inhalts des Nationenbegriffs beeinflussten. Darüber spricht J. Szűcs ausführlicher in seiner Abhandlung „*Volk und Nation im ausgehenden Mittelalter*“. Die Einwurzelung des Humanismus in Ungarn ergab eine doppelte Motivreicherung. Einerseits die selbst- und gesellschaftskritischen Stimmen, andererseits die Forderung nach Bildung und dem humanistischen Tugendideal (die letztere wurde in den 1530er Jahren auch durch die Erkenntnis der Schönheit der Muttersprache erweitert). In der um 1490 – in erster Linie in der Praxis der observanten Franziskaner – ausgeübten christlich gefärbten Gesellschaftskritik erschien eine solche Definition der Nation, die jeden Ungarn einbezog und die – durch den Kampf gegen die Türken bewirkt – auch vom Gedanken des Ausgewähltheits durchdrungen war, gepaart mit der Erweckung des „sozialen Gewissens“ (die Betonung der menschlichen Gleichheit, die Verurteilung der Ausbeutung der Leibeigenen usw.). Infolge all dessen „wird die ganze Formel vom christlichen Standpunkt ‚verschlossener‘ vom gesellschaftlichen Standpunkt ‚offener‘, erlaubt also eine plebejische Definition“ (S. 581). (Diese Nebentendenzen hat in der Mitte des 16. Jahrhunderts die Reformation verstärkt.) Allerdings sind sie nur sehr spärlich zu den Leibeigenen durchgedrungen, deren Bewußtseinswelt damals – und später – das adlige nationale Selbstbewußtsein mit seinen Änderungen absolut fremd war, wie J. Szűcs diesmal mit einer Analyse eines – seitdem zu einem Kinderlied abgesunkenen – aus dem 15. Jahrhundert stammenden Textes auch quellenmäßig beweist. Die Bauernschaft verfügte natürlich über eine Art – aus der konservierenden Kraft der Sprache und Gebräuche genährten – Nationalitätsgruppenbewußtsein und hatte außer über ihren Wohnort auch Kenntnis über ein größeres Gebiet und über das Land, doch emotionell war sie nur an ihre engere Wohnstätte gebunden und verstand immer diese unter dem Begriff „Patria“.

Das irrelevante Verhältnis zwischen Volk und Nation zeigt die Ideologie des großen ungarischen Bauernkrieges von 1514, die die Elemente des Begriffskreises Nation nicht einmal

* Englischer Titel der Studie: „Theoretical elements Master Simon of Kézai's Gesta Hungarorum (1282–1285. A. D.)“. Budapest 1975. Studia Historica 96.

als Phrase benutzte. Die zwei Grundschichten der Ideologie des Bauernkrieges legte J. Szűcs in seiner Studie „*Die Ideologie des Dózsa-Bauernkrieges*“ dar. Der Bauernkrieg entwickelte sich aus dem vom Papst gegen die Türken proklamierten Kreuzzug. So ist es verständlich, daß der „völkische Kreuzzug-Ideenkreis“ die eine Basis der Ideologie des Bauernkrieges war, die vor allem die mit der Bauernschaft sympathisierenden „Apostaten“ des Franziskanerordens propagierten. Diese Ideologie kam durch die Erläuterung und Umformierung der diesen Kreuzzug verkündenden Elemente der päpstlichen Bulle von 1513 zustande, wonach der Kreuzzug ein „heiliges“ Unternehmen und seine Teilnehmer und Förderer Absolution erhalten, während seine Gegner vom Bann belegt werden. Schon einige Wochen nach der Versammlung des Heeres erhielt sie die Legalisierung des bäuerlichen Auftretens gegen die feudalen Lasten (Steuer und Zölle) und wieder einige Wochen später sah das Bauernheer sein Ziel in der Zügelung des „ungläubigen“ Adels, weil er das „heilige Heer“ angriff. Die andere weltliche Schicht der Ideologie enthielt das Programm der Umgestaltung der Gesellschaft. Danach würden ein König und ein Bischof an der Spitze des Landes verbleiben, und die Privilegien des Adels sollten abgeschafft werden. Der Sieg des Aufstands würde allen Leibeigenen die „Szekler Freiheit“ bringen (dies mochte die persönliche Vorstellung György Dózsas, des Führers Szekler Abstammung, gewesen sein), wonach auch die einstigen Adligen nur soviel besitzen würden „wie ein Leibeigener“. Der grundlegende Charakterzug der Ideologie des Bauernkrieges war, daß das soziale Programm trotz seines Radikalismus realistisch bleiben konnte, was natürlich nicht bedeutet, daß es verwirklicht, d. h. real gewesen wäre.*

Schließlich müssen wir die Arbeit von J. Szűcs „*Das Historikum der Nation und der nationale Aspekt der Geschichtsanschauung (Beitrag zu einer Diskussion)*“ besonders hervorheben. Die Diskussion, auf die der Titel verweist, begann Erik Molnár Anfang der 1960er Jahre mit zahlreichen Studien „über die nationale Frage“, „über die patriotisch-nationale Ideologie“, „über die ideologischen Fragen des Feudalismus“. Wie auch der Titel seiner meistdiskutierten Studie anzeigt, war E. Molnárs Ziel, „unsere Geschichtsauffassung von nationalistischen Schlacken zu säubern“, die seiner Ansicht nach vor allem in der voluntaristischen Auffassung der Antihabsburgbewegungen und des Klassenkampfes im 17. Jahrhundert sowie in der Annahme des sog. „Volkspatriotismus“ Ausdruck fanden.**

Das zweihundert Seiten umfassende Essay von J. Szűcs erschien eine geraume Zeit nach dem Abflauen der ersten Welle der Diskussion (1970) und entfachte eine neue um nichts weniger polarisierte Diskussionswelle als die Diskussionen, die um die Artikel von E. Molnár entstanden waren. Und mit Recht. Denn sowohl durch den Umfang der Themenwahl und durch die unüberschaubare Fülle der sich dahinter verbergenden neuen wissenschaftlichen Ergebnisse als auch durch den geduldig beherrschenden Ton im Vergleich zu früheren – zum größten Teil ad hoc – Diskussionsbeiträgen und – durch teilweise weitgehendere Ergebnisse als die von E. Molnár – erhebt er sie auf das Niveau der Initiative von E. Molnár.

In diesem Buch faßt J. Szűcs alle Forschungsergebnisse funktionell zusammen die er in seinen älteren und jüngeren Studien ausführlich ausgearbeitet hat: die historische Definierung der Meinungen über das Historikum der Nation, die Geschichte der Vergangenheit der nationalen Ideologie und des Patriotismus sowie des Entstehens des Nationalismus. Doch bietet es wesentlich mehr als die Teilstudien. Nicht nur deshalb, weil J. Szűcs durch den Charakter der Themenwahl bedingt hier sozusagen als Vorschub die Teilergebnisse der in Vorbereitung befindlichen Monographien „*Nationales Bewußtsein und Patriotismus im Mittelalter*“ und „*Die Türken und die Bauernschaft im Mittelalter. Quellenkritische und geistes-*

* Die Studie erscheint in deutscher Sprache im Sammelband der in Budapest 1972 abgehaltenen Dózsa-Konferenz.

** Das Material der Diskussion erschien in „Diskussion über die Klassenkämpfe in Ungarn und die Unabhängigkeitskriege“. Vor- und Nachwort von P. Zs. Pach. Budapest 1965.

geschichtliche Probleme im Hintergrund des Sieges von Nándorfehérvár“ darlegt und über den gesamten geschichtlichen Entwicklungsprozeß ein zusammenhängendes Bild gibt; und nicht nur deshalb, weil er in dieser Studie weit über die Epoche von 1526 hinausgreift – die er sich als Grenze seiner Forschungen steckte. Vielmehr deshalb, weil J. Szűcs versteht und zum Ausdruck bringt, daß in der Diskussion eigentlich über die Gegenwart und Zukunft die Rede ist und man die ungarische und mittel-osteuropäische historische Denkweise nicht von den aktuellen Fragen abstrahiert beleuchten kann und darf. Eben deshalb ist der Historiker gezwungen, einer ganzen Legion „peinlicher Fragen“ ins Auge zu schauen, die sich aus der geschichtlich-gesellschaftlichen Entwicklung des Gebiets ergaben und die – innerhalb und außerhalb des Landes – die Herausbildung einer einheitlichen „Begriffssprache“ – die Voraussetzung einer aufrichtigen fruchtbaren Diskussion – verhindern. Den falschen Syllogismen ins Auge schauen, den doppelten Wahrheiten, den traditionellen psychischen Störungen des nationalen Selbstgefühls, den eingefleischten Reflexen, mit einem Wort, all dem, was sich „in der Prolongierung der falschen retrospektiven ‚halben nationalen Aspekte‘ der Geschichte und der Historisierung des nationalen Prinzips – dem Modell der Romantik – verbirgt“ und deren „fehlerhaften Kreise hier und dort auch in das Begriffssystem des Marxismus eingreifen“ (S. 56). J. Szűcs bringt natürlich kein allgemeines Rezept zu deren Lösung, kann dies auch nicht tun, denn die Möglichkeit der Lösung ist gerade die im Laufe der verständigen und sinnvollen Diskussionen und Forschungsprozesse entstehende Diagnose, liegt in der Erkenntnis des Ursprungs der „fehlerhaften Kreise“ und dem Willen zu deren Erkenntnis.

Mit der Besprechung der inneren Zusammenhänge der einzelnen Studien konnten wir nur über einen Bruchteil der Ergebnisse von J. Szűcs den Leser informieren. In dem gegebenen Rahmen konnten wir auf eine ganze Reihe neuer Ergebnisse nicht eingehen, so auf die methodologischen Hinweise und auf die tiefsten Schichten der philologischen Analysen bis zu den grundlegenden Fragen je einer Epoche. Unberücksichtigt ist auch das konsequent durchgeführte Verfahren des Autors geblieben, jedes Moment der ungarischen – und darüber hinaus mittel-osteuropäischen – Entwicklung im Zusammenhang mit der westlichen aufzuzeigen und zu vergleichen, wodurch er bedeutend zu der richtigen Bewertung der Ergebnisse und Probleme der mittelalterlichen ungarischen Kultur beiträgt (z. B. in seinem Diskussionsvortrag „*Rittertum, Christentum, Literatur (Über den ersten Band der ungarischen Literatur)*“).

Aus unseren Ausführungen ist gewiß ersichtlich, daß wir die in diesem Sammelband aufgenommenen Arbeiten von J. Szűcs zu den Spitzenleistungen der *ungarischen marxistischen Mittelalterforschung* in den letzten dreißig Jahren zählen. Aufgrund dieser Ergebnisse – die bis dahin eher nur in philologischen Voraussetzungen denn in einem System bestanden – kann die ideologisch-historische Forschung des Mittelalters gleichberechtigt an den weltweiten „Konferenzen am runden Tisch“ über die mittelalterliche Ideengeschichte teilnehmen. Doch ihre Ergebnisse – die die engen Schranken der Ideologieggeschichte durchbrechen – fördern durch ihre eigenen Lehren auch weitaus das richtige Herangehen an viele politische und gesellschaftsgeschichtliche Fragen.

F. Szakály

Gyula Káldy-Nagy: Szulejmán
(Soliman)

Budapest, 1974, Gondolat Kiadó, 219 p., 16 t.

Les experts – y compris les chercheurs hongrois – s'intéressent depuis longtemps à la vie et à l'époque de Soliman II, le plus grand sultan de l'histoire turque. La première partie du XVI^e siècle est l'âge d'or de l'Empire Ottoman, incarné par le sultan Soliman II, « le Grand », « le Superbe ». Durant son long règne, il établissait tant de lois qu'il avait été nommé

par la postérité Soliman le Législateur. Son règne de presque un demi-siècle (du 30 septembre 1520 au 6 septembre 1566) est inséparable des chapitres les plus noirs de l'histoire hongroise, de la perte de Nándorfehérvár (Belgrade) du désastre de Mohács, d'une demi-douzaine de campagnes en Hongrie, de l'occupation du tiers central du pays. Il est compréhensible que les historiens hongrois – dès le milieu du siècle passé – se sont beaucoup occupé des actes, de la vie privée de Soliman II, qu'ils ont traduit les sources narratives traitant les campagnes du sultan, qu'ils ont publié les defters différents, sources de l'appareil administratif – financier, organisé durant son règne. Il n'y a pas une décennie que l'académicien Fekete a publié son livre miniature sur Soliman. La question se pose si l'on pouvait augmenter, développer sur le fond la littérature déjà riche de Soliman. Le livre de Gyula Káldy-Nagy prouve aux lecteurs qu'il est possible, même nécessaire de poursuivre les recherches de l'époque et de la vie de Soliman.

Un des grands défauts des publications, surtout celles de l'Europe occidentale, était le fait qu'elles plongeaient dans le monde des féeries, de l'exotique, analysaient dans le détail les événements de la vie privée de Soliman, ses sentiments éprouvés pour l'odalisque Hurrem, nommée Roxolane par les publications, la période du « sultanat des femmes », la pompe éblouissante de la cour, l'atmosphère mystérieuse, les intrigues du sérail et du harem, la cupidité des pachas, leur soif de domination, les tournures aventureuses des campagnes, les atrocités du sultan Selim, massacrant de sang-froid ses parents et celles de Soliman qui envoyait impitoyablement à la mort son propre fils aîné etc. Gyula Káldy-Nagy ne se laissait pas attirer par les traits orientaux, romantiques et exotiques, il ne s'égarait pas dans le fouillis des apparences pures et simples, qui avaient foisonné en abondance, mais a concentré son attention sur l'essentiel caché derrière celles-ci, sur le monde moins spectaculaire des réalités. Il raconte tout ce que nous devons savoir sur Soliman, sur sa cour même, il précise essentiellement, sur plusieurs rapports le portrait du « législateur », du seigneur et du chef d'armée. Pourtant, son étude ne se concentre pas au caractère, à la vie privée de Soliman, mais il essaie de présenter les rapports économiques, sociaux, politiques, stratégiques, ainsi que la manière de vivre de la population urbaine et rurale de l'Empire Ottoman au XVI^e siècle. Il aperçoit les éléments négatifs de l'âge d'or cachés derrière la façade du sérail du sultan, les signes de la crise permanente se dégageant un peu plus tard, lesquels ont eu pour résultat – dès le début du XVII^e siècle de plus en plus – que l'Empire Ottoman devenait « l'homme malade de l'Europe ». L'Etat ottoman-turc militaire et despotique fut un vaste empire au XVI^e siècle, couvrant des parts considérables de l'Europe, de l'Asie et de l'Afrique de l'Est, conformément à ce fait, l'auteur traite la vie et l'époque de Soliman dans le contexte de l'histoire de ces territoires, surtout dans celui des événements européens les déterminant de plusieurs points de vue. Etant donné que ses lecteurs sont hongrois, il n'oublie pas la Hongrie, qui fut, bien qu'insignifiante quant à son étendue, importante au point de vue stratégique. En général, il ne tient compte, d'autre part, que d'événements restés obscurs jusqu'à présent à cause de manque d'exploitation des sources turques.

L'autre grand défaut de la littérature sur Soliman est que les études se basaient sur le matériel des sources narratives connues depuis longtemps, les auteurs groupaient, variaient et coloraient les communications de ces dernières suivant leur propre gout subjectif et leur conception préalable. Même Lajos Fekete, l'auteur de la meilleure biographie sur Soliman ne pouvait pas se débarrasser entièrement des traits négatifs dus à l'ignorance des sources.

Le livre de Gyula Káldy-Nagy est important au point de vue scientifique justement parce que l'essentiel de ses résultats se base sur le matériel des archives turques, inconnus jusqu'à présent en partie ou dans sa totalité. L'auteur a fait des recherches au cours des années dernières dans les archives d'Istanbul et il se sert abondamment de leurs résultats. Il analysait avant tout le matériel des sources turques des Archives de « Basvekalet » (Présidence du Conseil), de Topkapı Sarayı (Sérail de la Porte des Canons) et les insérait dans son

livre qui offre bien plus qu'une simple biographie. Il puisait de plusieurs sortes de sources: Les lettres de Soliman, des parents du sultan, des chefs, celles des pachas, les tahrir-defter (listes de conscriptions), les djizîé-defters (listes des taxes personnelles), les muhimme-defters (listes « des affaires importantes » du conseil du sultan), les mevadjib-defters (listes de solde), les timar-defters (listes des propriétés de service), les comptes de l'impôt militaire extraordinaire, les conscriptions pour le Trésor en 1526–27, couvrant l'ensemble de l'Empire, les différents rapports, les demandes des plaignants, les journaux de douane, les listes des caravanes, les documents des cadis, les inventaires de la succession, les comptes des grands travaux de construction. Plusieurs sources, comme par exemple les muhimme-defters peu connus offrent des données intéressantes aussi sur la domination turque en Hongrie.

Soliman dirigeait 13 campagnes en personne, ses généraux en second et les commandants de sa flotte faisaient en plus plusieurs campagnes de pillage. Ses campagnes de Méditerranée, d'Afrique, d'Irak, d'Égypte et de la Péninsule Arabe étaient couronnées de succès, il a considérablement élargi les frontières de son Empire. Ses conquêtes contribuaient à ajourner la crise naissante de l'Empire, les symptômes de laquelle se montraient dans innombrables émeutes, dans les luttes des peuples opprimés, dans les séditions des vizirs et des beys, dans le chaos des combats de succession, dans les ébranlements de janissaires, des chiïtes et des membres de la secte bektas, dans la révolte des suhtés (étudiants), dans les soulèvements des paysans en Roumélie et en Anatolie, la révolte des « hommes de journée », dans le mécontentement croissant des petits propriétaires, dans les plaintes des cultivateurs, artisans et commerçants ainsi que dans beaucoup d'autres éléments – déjà à « l'Age d'Or ». Soliman n'était pas capable de régler son compte avec les deux adversaires les plus dangereux de l'Empire, l'empereur de l'Allemagne et le shah de Perse non plus, il n'avait que des succès partiels et temporels. Charles-Quint a perdu son influence sur la Méditerranée et sur l'Afrique, le tiers méridional de la Hongrie a été occupé par le sultan. Pourtant plusieurs de ses plans de domination ont échoué à cause du système hongrois des châteaux-forts aux confins ne s'étant composé point de « bergeries vilaines » et il était contraint de s'arrêter aux murailles de Vienne. N'est-il pas symbolique que Soliman lui-même est mort à l'âge de 72 ans à Szigetvár, en 1566, au cours du siège de ce fort. Il n'était non plus capable de l'emporter sur son adversaire doué, shah Tahmpash — quoi qu'il avait isolé l'Irak de la Perse et il en a organisé un « beglerbeglik » dont la capitale était Bagdad. Même après plusieurs tentatives il ne pouvait pas occuper les territoires centraux de Perse – Iran et Azerbaïdjan. La population des villages était ruinée par les immenses frais des guerres incessantes, elle affluait vers les villes tout en laissant les terres sans labourage. Ceux qui restaient chez eux étaient torturés par les propriétaires-spahis, les cadis et par d'autres fonctionnaires, ils étaient tellement misérables qu'ils finissaient par manger de l'herbe – a-t-on annoncé en 1564 de Tchechme. Les villes se sont trouvées aux prises avec le manque de vivres dû à la destruction des forces de production des paysans. La population des villes était poussée vers les révoltes même à l'âge d'or de l'Empire. La majorité des paysans affluaient à Istanbul où déjà en 1477 16.326 familles ont été enregistrées. Vers le milieu du XVI^e siècle la capitale du sultan a eu déjà 400.000 habitants, elle est devenu un centre non seulement administratif et militaire mais aussi un centre commercial, artisanal et culturel.

Gyula Káldy-Nagy a constaté d'après les sources que « Quoique Soliman eût connu assez bien les devoirs administratifs . . . il n'avait aucune expérience pratique dans le domaine de la stratégie ». Dans ses campagnes de Hongrie – par exemple, celle de l'année 1521, ayant pour résultat la prise de Nándorfehérvár – « il était entré conduit plutôt par la soif de venger le tort qu'on lui avait infligé que par un plan militaire bien construit ». Ses erreurs successives auraient pu devenir fatales pour lui s'il avait eu des adversaires plus vigilants et plus organisés – mais dans les circonstances données tout cela n'a pas tourné à son désavantage.

« Ses campagnes d'Europe et d'Asie prouvent – dans le miroir des sources d'Istanbul – que Soliman n'était pas un chef d'armée de grande envergure mais il aimait de faire ostentation de son pouvoir et il adorait la pompe. » En 1526 ce n'était pas l'occupation de la Hongrie qu'il avait pour but, mais l'humiliation du roi hongrois et l'appui des Français. Ses campagnes en Europe étaient terminées par des résultats insignifiants ou bien par des échecs, « mais il était ingénieux à présenter, devant son peuple, son insuccès comme une victoire sous l'influence trompeuse de laquelle sa grandeur de chef d'armée est couverte même de nos jours d'une lumière éclatante ».

C'étaient des relations de forces internationales qui ont poussé le sultan à occuper la Hongrie en 1541. D'après les journaux de caisse de 1558–1560 de Buda, les territoires conquis ne rapportaient que 6–8 mille aktches (aspres) et le salaire de la garnison permanente mercenaire comptant 10.328 personnes faisait 12 mille aktches. L'immense déficit de 17–18 mille aktches était couvert par l'impôt de l'Égypte riche où le système des spahis de timar n'était pas organisé. Maintenir la base hongroise coûtait 300.000 ors à Soliman, y compris les frais d'entretien et d'équipement, des châteaux devenus nécessaires de temps en temps.

Le padischah Soliman était un homme cultivé, ami des sciences, de la poésie, mais un mauvais chef d'armée. Il a mené « sa treizième campagne en 1566 à Szigetvár avec la même indécision que la première ». Selon l'aperçu de Gyula Káldy-Nagy, contredisant définitivement aux opinions antérieures (et aux opinions turques actuelles aussi): « Au cours des siècles passés il y avait des hommes de talent exceptionnel qui étaient des agés de l'Histoire, Soliman ne leur appartenait pas. Il est devenu un personnage historique célèbre quand-même, non pas pour son talent extraordinaire, plutôt grâce aux circonstances données. A Mohács, il recueillait sans peine les fruits de la victoire juste au moment de la dissolution de l'équilibre des puissances européennes. C'étaient les circonstances, c'est-à-dire l'époque à laquelle il est né qui l'a rendu si grand. »

L. Mészáros

Endre Varga: A királyi Curia 1780—1850
(Die Königliche Kurie zwischen 1780 und 1850)
Budapest, 1974, Akadémiai Kiadó, 274 S.

Das feudale ungarische Rechtswesen war vom Partikularismus gekennzeichnet. Nicht nur die Städte und privilegierten Bezirke machten aufgrund ihrer Vorrechte von ihren Sonderrechten Gebrauch, sondern auch auf den riesigen Latifundien des Großgrundbesitzes können wir kaum von der Gültigkeit der Landesgesetze sprechen. E. Vargas Lebenswerk war darauf gerichtet, in diesem komplizierten System eine Ordnung zu schaffen. Zunächst durch Aufzeigung der Organisation und Funktion des über ein drei Viertel der Landesbevölkerung richtenden Patrimonialgerichts und diesem Buch durch die Abfassung der Geschichte der im Partikularismus einen fixen Punkt bedeutenden königlichen Kurie.

E. Varga behandelt die Geschichte der Kurie in drei Teilen. Im ersten Teil beleuchtet er die Entwicklung und den Platz der Kurie in der zeitgenössischen Gesellschaft, im zweiten Teil die Organisation, die Geschäftsführung, den Wirkungsbereich und die Kompetenz und im dritten Teil das Gerichtsverfahren.

Der erste Teil – der etwa die Hälfte des Buches umfaßt – beinhaltet Ereignisse, die die Kurie in den behandelten Jahrzehnten betrafen. Der Autor ist bestrebt, Lage, Tätigkeit und Rolle der Kurie als einer der bedeutendsten Institutionen des feudalen ungarischen Staates

im Wandel der Zeitläufte kontinuierlich zu zeigen. Eine besondere Aufmerksamkeit widmet er der Rechtsreform Josephs II. und verweist dabei auch auf die schweren inneren Widersprüche des Josephinischen Systems. Seiner Ansicht nach war die Zwiespältigkeit für die Reform charakteristisch: Der bürgerlichen Entwicklung entsprechende Reformen wollte der König durch der bürgerlichen Ideologie fremde Mittel, durch die Diktatur des Herrschers, verwirklichen. Dadurch diente er im wesentlichen der Aufrechterhaltung des feudalen Gesellschaftssystems, was den Übergangskarakter der Reformen bereits von aller Anfang an bestimmte. Die von oben oktroyierten, bürgerlich ausgerichteten Reformen konnten unter den rückständigen wirtschaftlich-gesellschaftlichen ungarischen Verhältnissen keine Wurzeln fassen. Die gewaltsame Umgestaltung des rechtlichen Überbaus – nach Prinzipien, die im Ausland unter entwickelteren Produktionsweisen entstanden sind – konnte in Ungarn nur labile Scheinergebnisse zeitigen. Die gewaltsam betriebene bürgerliche Entwicklung und die drakonischen Methoden des Ausbaus der absoluten Monarchie haben das Nationalgefühl den Fortschritt bezweckenden Reformen entgegengestellt (S. 83/84).

Im organisatorischen Teil — die Kurie als einen Rahmen und eine Einheit betrachtend — zeigt er gesondert zwei bzw. seit Mitte des 19. Jahrhunderts drei Institutionen des Gerichts. Die einem Mitglied der Kurie, der königlichen Tafel, vorgelegten Angelegenheiten wurden in der Regel entschieden. Die aus sieben Personen bestehende Tafel hat die Urteile der königlichen Tafel nur selten geändert. Die königliche Tafel lenkte die Ausbildung der Rechtsanwälte, erließ richterliche Anweisungen und übte eine breite authentische örtliche Tätigkeit aus. Außerdem hat der Vorsitzende, der Personalis, auch eine wichtige Staatsfunktion bekleidet: Er war der Vorsitzende der Unteren Tafel. Diese Aufgabe – besonders im Reformzeitalter – hat außerordentliche Ansprüche an die Personales gestellt. Die aus sieben Personen bestehende Tafel, das höchste Gericht des Landes, war – entgegen der königlichen Tafel – ausgesprochen ein Appellationsforum, eine hochgestellte beratende Korporation, die in den von der königlichen Tafel vorbereiteten Fällen Stellung nahm und die weiteren Aufgaben wieder der königlichen Tafel bzw. dem Personalis überließ.

Das jüngste Mitglied der königlichen Kurie – das Wechselgericht – ebnete den Weg der entstehenden neuen bürgerlichen Rechtsordnung und unterstützte ihre Entwicklung. Nicht das politische Gewicht verlieh der Institution und ihrem Leiter eine Bedeutung, vielmehr erhielten die als gesellschaftliches Bedürfnis entstandene Institution und ihr Leiter Gewicht und Autorität in der Gesellschaft. Die Entfaltung der neuen Produktion und die Entstehung der kapitalistischen Wirtschaftsformen erforderten Rechtsinstitutionen, die die Einhaltung der Handelsverträge und der Kreditinteressen des wachsenden Umsatzes sicherten. Das feudale Privatrecht mit seinen schwerfälligen und langwierigen Verfahren befriedigte diese Ansprüche nicht mehr. Laut dem Gesetz über Wechsel vom Jahre 1840 wurden im Lande sieben Wechselgerichte errichtet, die von hier aus appellierten Fälle kamen vor den Wechselgerichtshof.

Das bürgerliche Gerichtsverfahren wurde in der königlichen Kurie in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, zum größten Teil noch im Laufe der Reformen des Jahres 1724, herausgebildet. Auf seine Entwicklung übte die Rechtsunsicherheit und -anarchie der früheren Jahrhunderte eine starke Wirkung aus. Dies führte im Gerichtsverfahren zur Ausbreitung von starren Formalitäten und zum Entstehen eines komplizierten Formalismus, die zusammen mit den vielartigen Prozeßvertagungen und Rechtsbehelfen zur Hinzuhaltung der Prozeßführung und Verhinderung des Abschlusses eines Falles angewandt werden konnten. Die Schwächung der Gerichtsbarkeit über das unterdrückte Volk lag jedoch nicht im Interesse der herrschenden Klasse: Die feudale Rechtsordnung hat auch im Gerichtsverfahren einen scharfen Unterschied zwischen Adligen und Leibeigenen herausgebildet.

Wie die Organisation der Kurie und die Zusammensetzung des Personals der königlichen Tafel mit mittelalterlichen und patriarchalischen Zügen behaftet waren, so blieb auch ihre ganze Geschäftsführung und amtliche Auffassung weit hinter den anderen zentralen

Behörden zurück. In diesen verlief die Geschäftsführung und Aktienbearbeitung nach einer bereits seit langem ausgearbeiteten Ordnung, als an der Kurie noch immer kein Archiv war und die Akten ohne Registrierung und Numerierung in Prozeßakten der Beamten, den Häusarchiven oder in den Büros der Anwälte der Tafel bzw. bei den Prozeßpartnern zirkulierten.

In Strafsachen nahm die Kurie an solchen Verfahren teil, die von der Kanzlei aus die strafrechtlichen Prinzipien der Aufklärung an die unteren – Komitats-, Stadt- und Patrimonialgerichte – weiterleitete. Die Kurie versuchte, die rückständigen, gnadenlosen Urteile dieser Gerichte zu mildern. Doch auch sie selbst fällte Todesurteile, oft verhängte sie langjährige Zwangsarbeit in Eisen mit Hungertagen; für Nichtadlige Stock und Peitsche. Ihre Urteilsfällung stand im Dienst der Rechtsordnung der privilegierten Klasse.

Der Verfasser zeichnet in seiner Arbeit nicht nur die Geschichte des obersten Gerichts der feudalen Gesellschaft, sondern stellenweise auch die Geschichte der ganzen Gesellschaft auf. Er macht wichtige und grundlegende Feststellungen und stützt sich auf eine sichere Basis, denn wenige Verfasser können von sich sagen, daß das gesamte auf das Thema bezügliche Schriftmaterial in ihrer Hand war (S. 10). Wer E. Varga und seine präzise minutiöse Arbeitsweise kannte, der weiß, daß außer den im Band angeführten Beispielen ihm noch mehrere tausend zu seinen Schlußfolgerungen zur Verfügung standen. Wirklich imponierend ist die Aufzählung der Archivquellen (S. 265), wonach der Verfasser aus sechs Sektionen des Ungarischen Staatsarchivs zweiundsechzig Evidenznummern durchgesehen und benutzt hat. Diese Menge kann nur derjenige bewältigen, der fleißig zwischen diesen Schriftstücken lebt.

Das Werk erschien in der Serie des Ungarischen Staatsarchivs für Ausgaben der Amts- und Bürogeschichte. Es ist überaus erfreulich, daß diese Serie, wenn auch langsam und zögernd, trotzdem vorankommt; in der vorliegenden Ausgabe können wir den vierten Band begrüßen. Das zeigt, daß das Staatsarchiv es auch heute für sein Anliegen hält, die Amts- und Bürogeschichte zu pflegen und Arbeiten aus diesem Themenkreis zu unterstützen. Leider steht das Interesse der Verfasser und Leser damit nicht immer in Übereinstimmung.

Was wir vermissen, bezieht sich nicht nur auf dieses Werk, sondern auf die ganze Serie. Wir müssen wissen, daß die Untersuchung der Organisation der Ämter und Büros nur die eine – statische – Seite ihrer Geschichte ergibt. Die Darstellung der „dynamischen Organisation“ und ihres Funktionierens kann sich nicht in der Gliederung der Verfahrensregeln oder Instruktionen erschöpfen. Viel nützlicher wäre es, in folgende Bände der Serie die wirkliche Funktion der Institutionen – anhand von zahlreichen zur Verfügung stehenden Beispielen – aufzuzeigen.

I. Kállay

Zoltán Sárközi: Az erdélyi szászok 1848/49-ben

(Die siebenbürgischen Sachsen in den Jahren 1848/49)

Budapest, 1974, Akadémiai Kiadó, 99 S., 9 T.

(Értekezések a történeti tudományok köréből. U. S. 74.)

Die siebenbürgischen Sachsen nehmen unter den Nationalitäten des geschichtlichen Ungarn einen besonderen Platz ein. Z. I. Tóth hat aufgrund der Untersuchungen der gesellschaftlichen Struktur der einzelnen nichtungarischen Völker die Sachsen zu den Nationalitäten mit vollständiger gesellschaftlicher Struktur eingereiht, da sie sowohl über unterste ausgebeutete Schichten als auch über das Minimum der feudalen herrschenden Klasse verfügten. Zweifelsohne zeigten die siebenbürgischen Sachsen nach außen ein verhältnismäßig

homogenes Bild, da das „Minimum der feudalen herrschenden Klasse“ kaum einige adlige Grundbesitzer umfaßte, wie auch die die traditionelle Produktionsbasis der feudalen Produktionsverhältnisse bildenden leibeigenen Bauern bedeutungslos war. Die meisten Sachsen waren Bürger und freie Bauern. Diese individuellen Züge ihrer gesellschaftlichen Struktur sicherten ihnen einen besondern Platz im politischen Staatsgefüge Ungarns unter den Habsburgern. Sie besaßen eine bis in das 13. Jahrhundert zurückgreifende durch Privilegien geschützte teilweise territoriale Autonomie und konnten als deutschsprachiges „Bürgertum“ auch als zeitweilige Verbündete des mit dem ungarischen Adel in ständigem Zwist liegenden Wiener Hofes mit bevorzugter Behandlung rechnen.

Die ungarische Geschichtsschreibung erörterte die wirtschaftliche Entwicklung der von den Sachsen bewohnten Gebiete im wesentlichen immer organisch im allgemeinen Entwicklungsrahmen des geschichtlichen Ungarn, doch räumte sie verhältnismäßig wenig Platz der Untersuchung der national-politischen Geschichte und des inneren politischen Lebens der siebenbürgischen Sachsen ein. Von dieser Aufgabe enthob sie die Tatsache, daß die siebenbürgischen sächsischen Wissenschaftler früh die Aufarbeitung des umfangreichen Quellenmaterials und ihrer regionalen Geschichte in Angriff nahmen. Die ungarischen Historiker begannen erst später auf diesem Gebiet selbständig zu forschen.

Der Aufsatz von Z. Sárközi ist Fortsetzung und Abschluß einer jahrzehntelangen Forschungsarbeit, die der Verfasser der Vergangenheit der Sachsen gewidmet hat. Seine vorangegangene Abhandlung „Die siebenbürgischen Sachsen zur Zeit des nationalen Erwachens. 1790–1848“ (Budapest 1963. 148 Seiten. Abhandlungen aus dem Bereich der Geschichtswissenschaften 28), die wir als ersten Band der vorliegenden Arbeit betrachten können, hat bereits die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Verhältnisse skizziert, die die Entwicklung der siebenbürgischen Sachsen im Reformzeitalter bestimmten, jene Hauptzüge, die ihr Nationalbewußtsein charakterisierten. Eine entwickelte Tierhaltung und Weinbau, hohe Ertragsdurchschnitte kennzeichneten die sächsische Landwirtschaft und auch bezüglich des Schulnetzes hatten sie einen außerordentlichen Vorteil vor den anderen siebenbürgischen Nationen. Hochentwickelt war das sächsische Handwerk, doch auch heute ist es eine offene – durch weitere Forschungen zu klärende – Frage, ob im Reformzeitalter ihr Zunftgewerbe im Niedergang war oder noch blühte. Und daß die Klärung dieser Frage nicht von nebensächlicher Bedeutung ist, machen die Schwierigkeiten bei der Analyse und Kenntnisaufnahme der Hoffnungen und Vorstellungen des sächsischen städtischen Bürgertums im Jahre 1848 jedem Forscher offensichtlich.

Das neue Werk von Z. Sárközi untersucht in vier Teilen die Ereignisse des Sachsenlandes in der Periode der Revolution und des Freiheitskampfes 1848/49. In der Einführung beleuchtet er kurz den Widerspruch, den die bürgerliche Haltung des sächsischen Bürgertums im allgemeinen charakterisierte und zum Teil den Schlüssel für die politisch-nationale Stellungnahme der sächsischen Patrizier gibt. Der Verfasser zeigt nämlich, daß dieses Bürgertum gleichzeitig ein bürgerliches und ein „feudales“ Bürgertum war. Sein Interesse war die bedeutende Förderung der bürgerlichen Entwicklung, denn sie begünstigte ihre Handelstätigkeit und frühkapitalistische Warenproduktion, doch ebenso die Aufrechterhaltung der absoluten Macht des Herrschers, denn diese sicherte ihm – wenn auch begrenzt – die Wahrung der feudalen Vorrechte und unterstützte gleichsam mit außerökonomischen Mitteln seine wirtschaftlichen und national-politischen Positionen und minderte fühlbar die Gefahren der Konkurrenz, die sich aus der wirtschaftlichen Erstarkung der Ungarn und vor allem der Rumänen ergaben.

Im Kapitel *Im Strudel der Revolution* legt er die sächsischen Stellungnahmen dar, die die Union zwischen Siebenbürgen und Ungarn betrieben oder mit ihr sympathisierten. Dies war eine Äußerung des optimistischen bürgerlichen Elements, das auf eine „bisher ungeahnte nordamerikanische Weise“ mit einem wirtschaftlichen Aufschwung rechnete (S. 13).

Doch war keine Rede davon, daß die Sachsen (auch diejenigen, die die Union akzeptierten) nicht auf der Aufrechterhaltung gewisser autonomer Rechte bestünden. Der sächsische Standpunkt nahm nach der Proklamierung der österreichischen Aprilverfassung eine scharfe Wendung. Die ungarische Revolution versprach bürgerliche Rechtsgleichheit, doch diese verflocht sich stark mit den Bestrebungen zum Ausbau eines ungarischen nationalen Staates. Die Reichsverfassung hat zwar in Phrasen, aber dennoch für die nationale Gleichberechtigung Stellung genommen. Im Verlauf von einigen Wochen gewann, wenn auch nicht leicht, das Antiunionslager die Oberhand; die sächsischen Patrizier – natürlich auch auf Betreiben des kaiserlichen Generalkommandos in Nagyszeben (heute Sibiu) – meinten, daß der Wiener Hof ebenfalls ein Minimum der bürgerlichen Umgestaltung gewährt hat und für ihre nationale Entwicklung, Aufrechterhaltung und Wahrung ihrer Vorrechte ein Reich mit deutschem Zentrum einen günstigeren Rahmen bot als ein verhältnismäßig selbständiges historisches Ungarn mit ungarischem Nationalcharakter. Der Verfasser erörtert, welche Bedingungen die sächsischen führenden Politiker an die Union stellten und die späteren Schritte zu deren Verhinderung, weiterhin ihre Annäherungspolitik an die in Királyföld (Burzenland) lebenden Rumänen. Zugleich skizziert er auch die Gegensätze zwischen der rumänischen Bauernschaft und den sächsischen Städten, und er unterläßt es nicht, darauf hinzuweisen, daß man die Bauernbewegungen fast in jedem Fall brutal abwürgte.

Im Kapitel *Kritischer Sommer* beleuchtet er die letzten Zusammenstöße zwischen sächsischen Unionisten und Antiunionisten, die Verbindungen zwischen den Sachsen und der Frankfurter deutschen Nationalversammlung, die gegen die Union gerichteten Organisationen sowie die Tätigkeit der Pester (unter Teilnahme von Rumänen und Sachsen) Unionskommission und zeigt, wie sich unter dem Druck der habsburgischen Konterrevolution das Verhältnis zwischen der unduldsamen ungarischen Regierung und der mit den Konzessionen unzufriedenen auflisch eingestellten sächsischen Politiker weiter verschlechterte.

Im Kapitel *Der Angriff der Gegenrevolution und der Gegenangriff der Revolution* beschreibt er die Gründung der sächsischen Nationalgarde, ihre Tätigkeit und die infolge der von der ungarischen Regierung verordneten Rekrutierung sich entfaltenden neuen Gegensätze und skizziert auch die Zusammenarbeit zwischen Sachsen und dem rumänischen Nationalkomitee in Nagyszeben. Der von der ungarischen Regierung abgesetzte siebenbürgische Oberkommandierende hat aus den Vertretern der kaiserlichen Armee, der Sachsen und Rumänen den Landesverteidigungsausschuß gegründet und die Sächsische Universitas hat eine hohe Geldsumme zur Ausrüstung der sächsischen Aufständischen aufgebracht. Nach den ersten, für die Kaiserlichen erfolgreichen Kriegshandlungen versuchte man, eine sächsische Markgrafschaft zu errichten, was jedoch zu einem Zusammenstoß mit den rumänischen Selbstständigkeitsbestrebungen führte. Da die ungarnefeindlichen Bestrebungen sowohl der rumänischen als auch der sächsischen nationalen Bewegung mit den Interessen des Hofes zusammenfielen, vermied Wien durch eine vorsichtige Taktik, eindeutig für die sächsischen oder für die rumänischen territorial-organisatorischen Wünsche Stellung zu nehmen.

Als Ende 1848 die Armee des Generals Bem in Siebenbürgen einmarschierte, haben die sächsischen Führer mit Hilfe des rumänischen Bischofs Şaguna das rumänische Nationalkomitee gezwungen, mit ihnen zusammen die in der Walachei stationierten russischen zaristischen Truppen zu Hilfe zu rufen. Bem eroberte Nagyszeben und rief in seiner Proklamation, eine Amnestie verkündend, die Völker Siebenbürgens zur brüderlichen Zusammenarbeit auf. Kossuth forderte gegen die Sachsen – vor allem wegen der Hereinrufung der fremden Truppen – ein hartes Auftreten und verordnete in den Residenzen den Belagerungszustand. Seiner Meinung nach wäre anstelle einer Amnestie nur „die Erweckung der Hoffnung auf Amnestie zweckentsprechend“ (S. 69). Regierungskommissar László Csányi beschlagnahmte das Vermögen der Sächsischen Universitas, wählte eine neue Beamtenkorperschaft und unter seinem Schutz begann langsam die Neuorganisation der von den Konservativen zerschlagenen

sächsischen Liberalen. Der Verfasser zeigt auch die bis Juni währende Tätigkeit der ungarischen Standgerichte; eingehend analysiert er den Prozeß des namhaften sächsischen Pädagogen Stephan Ludwig Roth, den man in Klausenburg (heute Cluj) wegen Rebellion und Vaterlandsverrat, übrigens nicht völlig frei von persönlicher Befangenheit, zum Tode verurteilte und hinrichtete.

Im Kapitel *Die zaristische Intervention und das Ende* macht der Verfasser den Versuch, eine Namensliste der in der Honvédarmee kämpfenden Sachsen aufzustellen, natürlich in dem Bewußtsein, daß eine solche Liste nur Informationscharakter haben kann. Er skizziert die allmähliche Schrumpfung der sächsischen Privilegien zur Zeit des Neoabsolutismus. Auch die sächsischen Intellektuellen fühlten, daß „sie als Lohn erhalten haben, was die Ungarn als Strafe“. Mit den Worten eines Zeitgenossen: „Sie erhielten nur die harte Militärregierung, einen sie mit den Aufständischen gleichermaßen treffenden Belagerungszustand und eine Vergeltungspolitik, eine drückende Polizeiherrschaft . . . und all dies im Namen der Ordnung, der Wiederherstellung der Ruhe und der Reichseinheit, der man alles opfern müsse, ungeachtet der Verschiedenheit der Rechte, Traditionen und der Bedürfnisse“ (S. 93). Dieses Kapitel zeigt, zwar bei weitem nicht genug prägnant, daß die sächsischen Patrizier („*virii circumspecti et prudenti*“) 1848/49 etwas durch ihr Bündnis mit den Habsburgern schützen wollten, was auf die Dauer nicht zu schützen war. Der Verfasser zitiert eine einstige Nummer des Blattes „*Honvéd*“, das die Lage treffend charakterisierte: „Und was würden denn die Sachsen verlieren? Comes und Universitas und die nationale Kasse. Dies haben sie zwar verloren, als auf ihrem Boden jeder Bürger gleich wurde, und auch Österreich hätte sie nicht lange aufrecht erhalten können.“ 1853 hat die Wiener Regierung und endgültig 1876 das Kabinett Tisza das autonome sächsische Gebiet aufgelöst.

Z. Sárközi hat sich bei der Abfassung seines Buches eine ziemlich schwere Aufgabe gestellt. Das auf die Sachsen bezogene Quellenmaterial – wie sehr oft historische Quellen – ist in einzelnen Beziehungen reich, in anderen sehr dürftig. Durch die Lückenhaftigkeit des Quellenmaterials ist zu erklären, daß der Verfasser meist an der Geschichte von Nagyszeben und Brasso (heute Braşov) die politische Entwicklung der Sachsen in den Jahren 1848/49 aufzeigt und verhältnismäßig wenig über das Leben von Besztercze (heute Bistriţa) und Umgebung sagen kann. Seine Arbeit bereichert jedoch auch so unsere Kenntnisse über die Periode der siebenbürgischen Revolution und leistet einen Beitrag zur differenzierten, der Wirklichkeit angenäherten Bewertung der politischen Stellungnahme des sächsischen Bürgertums.

Seine Schlußfolgerungen formuliert Sárközi mit einer beachtenswerten Maßhaltung. Die Gereiztheit des von Befangenheit gekennzeichneten Quellenmaterials und der Fachliteratur wirkt auf den Verfasser weder in die eine noch in die andere Richtung. Doch auch er ist nicht frei von der Anschauungsweise, die zwischen die Rahmen der historischen Urteilsfällung ein wenig auch der Verfahrensweise der gerichtlichen Urteilsfällung Einlaß gewährt. Ich denke hier daran, daß er als „unverzeihliche Sünde“ betrachtet, was die Zeitgenossen zwar mit Recht als eine solche verurteilten, nämlich die Hereinrufung der zaristischen Truppen, was aber für den Historiker in erster Linie ein historisch zu bewertender, von politischer Zweckmäßigkeit diktiert Schritt war. Weniger geschichtlich klingt die Erklärung der Inschrift „*ad retinendam coronam*“ im Siegel von Nagyszeben (S. 81). Im Privilegienbrief der Sachsen aus dem Jahre 1224 – daraus die lateinischen Worte – wurde festgelegt, daß sie dem Herrscher Treue schulden; der Verfasser wirft ihnen das gleichsam vor, weil sie 1848 das ungarische verfassungsmäßige Königtum angriffen. In diesen Treue-Treulosigkeit-Gedankenkreis gehört ebenfalls die – von der Auffassung des Werkes stark abweichende – Formulierung, daß er Bem einen „übertrieben großzügigen General“ nennt, dem gegenüber „sich die Sachsen undankbar zeigten“ (S. 88).

Ein besonderes Verdienst des Werkes ist, daß es die Beziehungen zwischen den siebenbürgischen Sachsen und Rumänen als den Polen der Revolution und Konterrevolution aufzeigt.

Zusammenfassend können wir sagen, daß das Buch von Z. Sárközi ein neuer nützlicher Beitrag zur Nationalitätengeschichtsforschung ist. Es beleuchtet eine zum größten Teil im Dunkel verbliebene Entwicklungslinie, deren Verständnis vom Standpunkt der Geschichte der ungarischen Revolution und des Freiheitskampfes 1848/49 und vom Standpunkt der Erforschung der weiteren Entwicklung der Nationalitätenfrage in Siebenbürgen unerlässlich ist. Schade, daß der Verfasser seine Forschungsergebnisse nicht in einer umfangreicheren, auf mehr Einzelheiten eingehenden Arbeit veröffentlicht hat.

Z. Szász

Ernő Lőrincz: A munkaviszonyok szabályozása Magyarországon a kapitalizmus kezdetétől az első világháború végéig. 1840—1918.

(Die Regelung der Arbeitsverhältnisse in Ungarn seit Beginn des Kapitalismus bis Ende des ersten Weltkriegs. 1840—1918.)

Budapest, 1974, Akadémiai Kiadó, 255 S.

Die Arbeit füllt eine Lücke in der Literatur aus. Der Verfasser geht zwar nicht auf die Dienstverhältnisse der Wirtschaftsverwalter, öffentlichen und Privatbeamten, ein, sondern befaßt sich „nur“ mit den Arbeitsverhältnissen der Industriearbeiter, kaufmännischen Angestellten, Bergleute und Landarbeiter und Knechte, doch arbeitet er auch so ein ungemein umfangreiches Material des Rechtswesens und zum Teil der Rechtspraxis auf. Es war richtig, daß der Verfasser in seiner Abhandlung die auf die Arbeitsverhältnisse der oben erwähnten Schichten bezüglichen Rechtsregeln nicht berücksichtigt hat, weil einerseits in dem aufgearbeiteten Material die Massen des Proletariats und die Mehrheit der Lohnempfänger berührt werden, zum anderen, weil dadurch die Darlegung der Arbeitsverhältnisse der Wirtschaftsverwalter, öffentlichen und Privatbeamten unüberschaubar geworden wäre.

Auch die im Werk angewandten Bearbeitungsmethoden sind richtig. Nach einem historischen Überblick über die Lohnregelung in Industrie und in Landwirtschaft analysiert der Autor ausführlich entsprechend der heutigen Einteilung des Arbeitsrechts die Grundfragen des Arbeitsverhältnisses. Zwei Umstände machen diese Monographie für die Historiker äußerst nützlich: 1. Überall geht er besonders auf die vom Neoabsolutismus erlassenen Patente ein und untersucht deren Wirkung auf die Rechtsbildung nach 1868. 2. Ausführlich befaßt er sich mit der speziellen Lage Siebenbürgens und mit den Problemen des Weiterbestehens des bürgerlichen österreichischen Gesetzbuches und der zur Zeit des Neoabsolutismus verabschiedeten Patente über Arbeitsfragen in Siebenbürgen. In diesen zwei Fragen schließt diese Arbeit besonders eine Lücke, denn wir finden in den früher erschienenen Büchern keine ähnliche historische Übersicht und ausführliche Aufarbeitung.

Anhand des Werkes kann sich der Leser leicht über die geschichtliche Entwicklung der Arbeitsverhältnisse in Industrie und Landwirtschaft und über alle Einzelfragen der Arbeitsverhältnisse informieren. Besondere Kapitel befassen sich mit Arbeitskontrakten, Arbeits- und Freizeit, Arbeitslohn, Arbeitsschutz, Sozialversicherung, Arbeitsgericht und den Fragen der Streikregelung. In diesen Kapiteln wendet der Verfasser im wesentlichen eine Dreiteilung an. Besondere Unterkapitel behandeln die Rechtsregeln und Rechtspraxis in Industrie, Handel,

Verkehr, Bergbau und Landwirtschaft. In allen Teilen des Werkes erhält der ungemein retrograde Charakter der Arbeitsverhältnisse auf dem Lande einen besonderen Akzent.

Beachtenswert ist das letzte Kapitel, in dem das Arbeitsgericht und das Streikrecht beleuchtet werden. Der Leser erhält nicht nur einen historischen Überblick über die auf den Streik bezüglichen Gesetze (das Strafgesetzbuch mit einbezogen), Verordnungen und die Rechtspraxis, sondern auch eine marxistische Kritik der theoretischen Auffassung der herrschenden Klassen in Verbindung mit dem Streik. Der Verfasser selektiert richtig die Lage der Werktätigen in Industrie und Handel, der Eisenbahner, Bergleute und Landarbeiter.

Von dem komplizierten Fragenkomplex in Verbindung mit dem Streik schätzt der Verfasser vielleicht das „sterile“ Streikrecht der Werktätigen in Industrie und Handel zu negativ ein. Er betont zwar richtig, daß nach 1872 die Gesetzgebung die Koalition zum Streik nur als ungünstig betrachtete, doch sie mit keinen Straffaktionen belegte. Aber er verweist nicht darauf, daß die bürgerliche Gesetzgebung der Epoche nicht weitergehen konnte, denn sie konnte die Straflosigkeit der mit dem Streik verbundenen Gewalttaten nicht anerkennen. Die Bedeutung des „sterilen“ Streikrechts der Werktätigen in Industrie und Handel hebt der Verfasser jedoch an zwei Stellen hervor. Einerseits zeigt er auf, daß, wenn die das „sterile“ Streikrecht untermauernde ideologische Motivierung der herrschenden Klasse richtig war, warum man dann diese nicht auf die Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft und im Bergbau angewandt habe? Andererseits betont er zum Schluß seines Werkes, daß die von der ungarischen Arbeiterschaft erkämpften rechtskräftigen Errungenschaften fester und zahlreicher waren als in den anderen osteuropäischen oder südosteuropäischen Staaten.

Mit dieser Korrektur erhalten die sich mit dem Zeitalter befassenden Historiker und Juristen ein richtiges Bild über die Rechte der Arbeiterschaft in Verbindung mit dem Streik bzw. über die bei Streiks angewandten Maßregeln.

Schließlich verweisen wir darauf, daß sich der Verfasser in Verbindung mit dem Arbeitslohn besonders mit den drückenden Steuern, deren Höhe und auch mit der Methode ihrer Belegung und Eintreibung befaßt. Dieser Teil füllt ebenfalls eine Lücke aus und vermittelt ausführliche Informationen sowie einen geschichtlichen Überblick. Der einzige Irrtum in diesem Teil der Arbeit ist, daß er die Einkommensteuer im 5. Gesetz von 1909 als eine rechtskräftige Regelung darlegt (S. 130), obwohl dieses Gesetz und das darin gesicherte Existenzminimum von 800 Kronen nicht in Kraft getreten ist. Nach dem Sturz der Koalition haben die Regierungen der Arbeitspartei seine Verabschiedung bis zu einer neuen Maßnahme der Gesetzgebung verschoben. Deshalb kann man nicht konkret feststellen, in welchem Maße die Einführung des Existenzminimums von 800 Kronen den Lebensstandard der Arbeiter gehoben hätte, denn die Einführung des Existenzminimums hat nicht einmal die Phase eines Versuchs erreicht.

B. Sarlós

István Lengyel: A breszt-litovszki béketárgyalások

(Мирные переговоры в Брест-Литовске)

Budapest, 1975, Kossuth Kiadó, 312 p.

Рецензируемая книга – это первый труд венгерского автора о переговорах в Брест-Литовске – историческом событии, имевшем большое значение и оказавшем значительное влияние на ход дальнейшей истории, первый труд, автор которого поставил перед собой задачу всестороннего освещения этого события. Важность заключения Брестского мира общеизвестна – не только для хода истории, но и для дальнейшего развития марксистско-ленинской теории, и поэтому

мы не будем подробно останавливаться на этом. Брестский мир сойчас внимательно изучается не только историками-марксистами, но и представителями буржуазной историографии. Отдельные буржуазные авторы придают ему такое же значение, как и Октябрьской революции: если Октябрьская революция привела большевиков к власти, то Брестский мир «оставил их у власти». Марксистская историография при её совершенно другом подходе к раскрытию сущности этих взаимосвязей также придаёт решающее значение Брестскому миру в ряду событий, повлиявших на судьбу революции.

Известно, что по вопросу о Брестском мире среди российских коммунистов имели место самые острые дискуссии. Спор относительно Брестского мира является одной из проблем исследования его истории. Эта проблема ни в коем случае не является единственной проблемой. Однако, в ней мы усматриваем, пожалуй, самую важную причину сравнительно позднего появления марксистских работ, авторы которых ставят перед собой задачу объективного изучения истории Брестского мира. Хотя события, связанные с Брестским миром, довольно быстро подтвердили правильность ленинской тактики, отдельные аспекты первоначального спора относительно Брестского мира сохранялись в партии большевиков, а также в Коминтерне, и после смерти Ленина они обозначались ещё острой. Вследствие всего этого вся проблематика заключения мира в Брест-Литовске лишь в самые последние десятилетия могла стать предметом объективного исторического изучения. Однако, изучение темы, бывшей в течение полувека предметом ожесточённых споров, – дело далеко не простое. Так что лишь в последние годы появились профессиональные труды – в СССР и в ГДР. Новейшие работы буржуазных авторов, вышедшие в Федеративной Республике Германии и Австрии, в преобладающей их части представляют собой не исследования, а изложение документального материала, попытки же исследовать проблему построены на односторонне подобранных источниках и часто не свободны от антисоциалистических тенденций. Работы профессоров Гамбургского университета Фрица Фишера и Иммануэля Гайсса составляют исключение, позволяющее надеяться на изменение положения в будущем. Труды, вышедшие в США, посвящены главным образом проблемам политики президента Вильсона в связи с брестским миром. Европейские же аспекты из-за отсутствия у их авторов источниковедческой базы имеют большей частью теоретический характер.

Предпринятый Иштваном Лендьелем труд, выбор им темы следует одобрить также и потому, что он правильно признал, подобно советским авторам, занимавшимся этой темой в последнее время, что её разработка не только необходима, но и возможна на основе изучения фактически имевших место событий по материалам источников, хотя вокруг них и шли упоминавшиеся выше споры. Правила и подход представителя венгерской исторической науки к раскрытию темы: уделяя значительное внимание дискуссиям внутри партии большевиков, автор сделал центральным пунктом исследования изучение споров трёх держав (Германии, Австро-Венгрии и Советской России) во время мирных переговоров, то есть – борьбы преданных им сил. Венгерский автор с полным основанием при исследовании комплекса вопросов поставил во главу угла изучение отношений Германии и Австро-Венгрии, а также – украинского вопроса.

Следует подчеркнуть, что работа Иштвана Лендьеля впервые в венгерской исторической литературе всесторонне освещает тему. Автор её использовал публикации источников и исследования. Кроме того, он провёл и непосредственное изучение архивных материалов, хотя в некоторых отношениях – и в меньшей степени. Ясно, что в дальнейшем возникнет необходимость в основательном и

подробном изучении венгерских (хранящихся в венских архивах) источников, имеющих отношение к теме работы и ещё ждущих публикации. Книга Иштвана Лендьеля также открывает пути к этому.

Книга состоит из пяти глав. Первая имеет характер введения. В ней обрисовано военное и внутреннее положение стран, противостоявших друг другу на восточном фронте в 1917 г.

Во второй главе автор излагает историю заключения перемирия в Брест-Литовске, делая это с чувством меры, поскольку здесь он останавливается на событиях и вопросах, знание которых необходимо для раскрытия главной темы. Обращает на себя уже в этой главе внимание, что автор (особенно при изложении воззрений большевиков, связанных с вопросами войны и мира) уверенно обращается к сложным вопросам марксистской теории: избегая излишнего нагромождения цитат и умело выбирая лишь самые характерные положения, автор приковывает внимание читателя к этим нелегким для понимания частям своей книги своей самостоятельностью, убедительностью выводов, а также импонирующим стилем изложения. Уже здесь проявляется одно из главных достоинств работы: её автор нигде не отступает от рассмотрения сложных теоретических вопросов или от вопросов, считающихся «щекотливыми» в силу их политического характера, но он и не тонет в них, сохраняя профессиональный характер исследования избранной им темы.

В самой обширной третьей главе автор ведет читателя в самую сердцевину темы. Он рассматривает брестские мирные переговоры с самого их начала до перерыва в них (19 января), означавшего поворотный пункт в развитии событий. Центр тяжести своего исследования автор переносит именно на этот этап, поскольку уже здесь целиком и полностью проявились основные вопросы и главные проблемы заключения мира. Автор изучает особенно подробно тот комплекс вопросов споров этого периода, который может более всего интересовать венгерских историков, так как он хотя и не непосредственно, но всё-таки связан с историей Венгрии. Так, в ходе изложения автор исследует в первую очередь роль Австро-Венгерской монархии, в связи с чем он весьма подробно освещает различие позиций военных и политических кругов Германии, а также политику Монархии, направленную на поддержку последних. Подробно излагается также и украинский вопрос. Благодаря полному учёту советских, немецких и австро-венгерских опубликованных источников и исследований тема получает новаторское освещение.

В этой главе в первую очередь (впрочем, это делалось автором и ранее, проявляется это и в дальнейшем) автор уделяет большое внимание разногласиям среди военных и политических руководителей Германии. Убедительны выводы автора, доказывающие подчинённый и тактический характер этих разногласий, а также его положение о том, что позиция гражданского руководства относительно военных целей Германии на востоке уже не была тождественна старому «либерализму», поскольку она не выходила из рамок задач, характерных для традиционного «пангерманизма».

В четвёртой главе автор рассматривает те споры, которые происходили внутри групп, являвшихся главными партнёрами в переговорах, во время перерыва в переговорах 19 января. Здесь рассматриваются и споры внутри партии большевиков. Как мы уже упоминали, этот комплекс вопросов автор обособленно поставил во главу угла, сделав центром своего внимания всю проблематику заключения Брестского мира. Автор подчеркнул такой свой подход, раскрыв в этой же самой главе, какие разногласия проявились во время перерыва в пере-

говорах внутри германского руководства, а также среди руководителей Австро-Венгерской монархии. Последним автор мог бы уделить больше внимания, конечно, не допустив тем самым преуменьшения важности дискуссии внутри партии большевиков.

Дискуссия в штабе партии большевиков относительно той политики, которую следовало проводить на последующем этапе переговоров в Брест-Литовске, является не только одним из самых важных вопросов во всей проблематике Брестского мира, но и основным фактором, определявшим судьбу социалистической революции. Сознавая важность этой темы, автор с ответственностью и знанием материала исследует данный вопрос, вызвавший позднее много споров. Автор поступает правильно, группируя и оценивая точки зрения на основании тех позиций и действий, которые можно восстановить по материалам источников, а не по взглядам, высказанным в более поздней дискуссии. Такой подход дал автору возможность составить свободное от преувеличений, но весьма критическое представление о концепциях и придерживавшихся их деятелях, которые не понимали ленинскую политику и препятствовали её осуществлению. Получили соответствующую оценку не только сторонники революционной войны, но перед читателем оказалась раскрытой и сущность авантюристической политики Троцкого «ни войны, ни мира», ставившей на карту судьбу революции. При этом автор не применяет к народному комиссару по иностранным делам периода переговоров в Брест-Литовске характеристику врага советской власти, каковым он стал позднее. Иштван Лендьель правильно чувствует (и об этом он говорит уже в предисловии), что он может бороться с живым и в нашу эпоху троцкизмом при рассмотрении данной темы не с помощью какого-то «чертовского мифотворчества», а конкретно-историческим раскрытием авантюризма политики, поставившей под угрозу судьбу революции. Эта прекрасно написанная, волнующая читателя глава книги убедительно показывает величие Ленина – революционера, политика, стоявшего всегда на почве реальных фактов и постоянно обогащавшего теорию, раскрывает его личные качества чужды, проявившиеся в дни острых дискуссий.

В пятой главе автор исследует заключительный этап мирных переговоров. Здесь заканчивается рассмотрение вопросов, связанных с проблемой Украины. В изучаемое в главе время достигли своего кульминационного пункта споры внутри партии большевиков и проявились их конечные результаты.

Безусловно, книгу Иштвана Лендьеля с интересом прочтает широкий круг читателей, занимающихся в той или иной степени вопросами и проблемами истории, но знакомство с ней принесёт пользу и историкам-профессионалам, которых она обогатит пониманием многих ранее неясных взаимосвязей.

Й. Галантай

A Kommunista Internacionálé válogatott dokumentumai

(Selected Documents of the Communist International.)

Selected and edited by R. Csonka, I. Harsányi, G. Székely)

Budapest, 1975, Kossuth Kiadó, 524 p.

It would be practically impossible to count how many times the name of the Communist International was written down in the international bourgeois press of the inter-war period. How many guesses were made concerning its activity, how many comments on its aims and purposes. Of course, not in a well-meaning tone. The Communist International, Comintern for short, was the terrifying spectre of the spirit of communism against which all powers were prepared to form an alliance, not only in Europe but in every part of the capitalist world following World War I.

Was this world party really such a great power? Where lay its actual strength? These questions have been raised not infrequently by those who dealt either with the history of the international communist movement or with problems of certain communist parties.

It took several years until a scientifically well-grounded answer could be given. For a long time the history of the Comintern was taboo to marxist history-writing. Research in this field was warned against by innumerable prohibitory signs. In 1956 a not too bulky volume by W. Foster appeared in Hungary, an abridged edition of the author's more comprehensive work. For a considerable period of time marxist history writing ceded the work of writing the history of the Comintern to bourgeois scholars. The latter treated the subject "boldly", sometimes in an astonishing manner, preferring the assistance of the legacy and memoirs of renegades of workers' movements to that of existing sources. The tone of the greater part of scientific works on the Comintern did not differ much from that of the contemporary bourgeois press.

The welcome change in marxist history writing concerning research into the history of the Communist International ensued only in recent years. After Togliatti's pioneer study and a fair number of volumes containing studies written in the Soviet Union in the past few years, the manual entitled "The History of the Communist International" was produced by the eminent group of international authors active in the Marxism-Leninism Institute of the Central Committee of the Soviet Communist Party with the co-operation of the leaders of the contemporary revolutionary workers' movement; not long after the appearance of the Russian work it was published also in Hungarian (Kossuth, 1971). The latter was followed by the volume entitled "Selected Documents of the Communist International" collected by the research fellows – Rózsa Csonka, Iván Harsányi, Gábor Székely – of the Party History Institute of the Central Committee of the Hungarian Socialist Workers Party and the Political College of the Hungarian Socialist Workers Party. The 54 documents of the selection give an account of the history of the Comintern, from the first congress (March, 1919) to the session declaring its dissolution (May, 1943). The authors made their selection from the material of seven congresses, thirteen plenary meetings and published texts approved by the full session of the collective body, by a congress, plenary or executive committee. Four further documents are manifestos from the early 'forties. The selection has the merit of giving a complete picture of the most important stages in the history of the Comintern. The documents published illustrate what has been asserted by every marxist historian who has dealt with the history of the Communist International, notably that the world organization was in fact a forum of debate and work where certain fractions or representatives of parties expressed their views with full responsibility to the revolutionary workers' movement. Resolutions were formulated after the confrontation of views.

The resolutions passed by the Comintern are published in three major groups of the selected documents; the reader is acquainted with viewpoints formed in three major historical periods differing from one another in many respects. The first major unit is the period of revolutionary upswing following World War I and the year 1917. The first document is the platform of the Communist International which gives an account not only of the situation and tasks of the revolutionary workers' movements in the period in question, but also defines the functions of proletarian dictatorship, after having co-ordinated the instructions of Marx and Lenin. The resolutions passed at the next congress (1920) lay down the tasks of the revolutionary party in articles. The questions arising in the years 1919–20 concerning the interpretation of the concept of the party were decided. "The working classes need the communist party not only until they seize power or while they are fighting for it, but also when power has passed into their hands. The history of the Russian Communist Party, a Party which has been in power for three years in a mighty country, has shown that after the working classes came into power the role of the communist party did not diminish, on the contrary: it increased immeasurably" the document says.

It is common knowledge that even in the revolutionary period following World War I successes and setbacks occurred alternately: from the year 1921 it became always more obvious that the victory of revolution would not spread to the most advanced capitalist countries. As evidenced by the presented documents, the Comintern at once took notice of these changes in the international situation and shaped and refined the tactical line of the period following the year 1921 in agreement with this phenomenon.

As early as the beginning of the 'twenties the international revolutionary movement of workers came up against a new, formerly unknown kind of political reaction, fascism. In the resolution on fascism, passed by the third plenary meeting of the Executive Committee of the Comintern, the wording of the text confirms that in principle the class content and social basis of fascism were appraised correctly, and so were its dangers, threatening not only workers' movements but also the democratic state.

The second major historical period deals with the time which brought a temporary and partial stabilization of capitalism. To the paragraphs on fascism, the party, the tactics of the Comintern a series of new subjects is added on the problems which engaged the attention of the world party in this relatively stable period of capitalism. It was at this time that the Comintern laid down its program though work in this field had been started as far back as 1922. In this program the general and current questions of the communist movement were formulated on the basis of scientific analysis; at the same time certain unrealistic demands indicate a change in working methods and the appearance of subjectivity.

The documents summed up in the third major period which comprise proofs concerning the capitalist economic world crisis, the fight against fascism, and the period of World War II initiate the age with statements of the tenth plenary meeting, most open to censure. At subsequent consecutive full meetings overestimates of the effect of the world crisis, wording suggesting rapid revolutionary developments gave way to endeavours to grasp reality. At the 13th plenary meeting which defined fascism more accurately than had been done ever before, lessons were drawn for the international revolutionary workers' movement after grievous defeats. The mass activities of communist parties were connected with forming a united front with social democratic workers. A suitable political alignment corresponding to the new situation had not yet been evolved, but efforts at preventing the spread of fascism on an international scale are reflected by documents 39–42 in the volume. The resolutions adopted by the 7th congress of the Communist International are perhaps the most widely known. The volume contains the resolutions passed in connection with the reports of not only Dimitrov, but also of Pieck and Togliatti (Ercoli). One can read in them about criticism and self-criticism, about new methods in the fight against fascism, and

desperate efforts to save peace. A few documents in the appendix reveal the true character and tendency of the war.

Selection, involving serious risks in every instance, has been performed by the authors with good success. Their task was not an easy one even if they could rely on the support of such earlier selections as the two collections mentioned in the Editor's introduction, notably "Lenin and the Communist International" published in Moscow in 1970, and "The Communist International in the Light of Documents" which also appeared in Moscow in 1933. A few data will throw light on the difficulties of the task. Very many resolutions were passed by the first five congresses and six plenary sessions, their numbers varying between twenty and forty. From this multitude of resolutions editors doubtlessly selected the most important. Rightly they disregarded e.g. resolutions concerning the internal lives of certain parties. The resolution of the sixth plenary meeting on China is included, and so is the resolution of the seventh plenary meeting on the "Russian" question. Moreover, instructions are to be found concerning the situation and tasks of almost every party. The selected material also demonstrates that the Comintern concerned itself not only with the problems of European parties, but also with the affairs of parties on other Continents.

If the themes of the selected documents of the history of the Communist International were to be summed up, material for three major groups of subjects are found: 1) Theoretical work in the Comintern; 2) development of the world party's political line; 3) the world party and international social democracy. These three groups of themes do not figure in an equal measure with equal weight, editors were not always able to follow consistently the inner dialectics of development in these questions. Nevertheless – and this is the principal merit of the volume – after having read the documents we can answer the question why the world party active in the interwar period was such a significant political factor and where its strength lay.

The significance of the Comintern lay in supporting the development of young communist parties. It was able to generalize for the revolutionary movement of workers the experiences of certain parties, it provided moral and pecuniary backing to those who were fighting under adverse conditions. Its merits were greater than its mistakes, although, as shown by the documents, its analysis of the situation did not stand the test of time in every instance. Not infrequently the position of certain parties was rendered more difficult by erroneous conclusions and resolutions of obligatory validity. Yet in its totality it was the international organization necessary to the whole revolutionary movement of workers, which showed its force also by overcoming its own mistakes. In the period which witnessed a grave crisis in revolutionary and not only revolutionary movements of workers a way out of the difficulty was found by the expedient of popular front policy. Finally, it argues in favour of the strength and deserts of a body that it liquidated itself of its own free will when it proved true that its historical mission had been accomplished.

Thus the editors did good work. The introduction to the documents gives the keynote to the evaluation of the documents and the whole activity of the Comintern.

Á. Szabó

Diskussion mit der bürgerlichen Geschichtswissenschaft Bemerkungen zum Buch von L. Elekes*

„Das 20. Jahrhundert ist das Jahrhundert der Physik, ist es aber auch das Jahrhundert der Geschichte?“ diese Frage stellte schon vor Jahrzehnten H. Heimpel, der bekannte westdeutsche konservative Geschichtsprofessor, auf einer Historikerkonferenz. Die Antwort – die bereits traditionellen Argumente der deutschen Geschichtsschreibung über die Notwendigkeit der Geschichte und der Geschichtlichkeit wiederholend und erneuernd – war resigniert optimistisch und sprach davon, wie sich unsere von den Traditionen immer mehr entfernende Epoche noch „das große Zeitalter der Geschichtswissenschaft“ sein könnte.

Schon die Aufwerfung der Frage zeigt die viele bürgerliche Wissenschaftler beherrschende Angst: bewirkt der Vorstoß der Naturwissenschaften unter den Wissenschaften und die drastische Durchsetzung des Übergewichts der technisch-naturwissenschaftlichen Kenntnisse im Unterricht nicht auch eine Verarmung des Allgemein Denkens der Gesellschaft, einen „Bewußtseinsverlust“ der menschlichen Existenz? Die Nachkriegskonjunktur in der westlichen Welt, die von der „Konsumgesellschaft“ geschaffenen Normen der Lebensauffassung stellten die materiell-technische Reproduktion des plötzlich hochgeschnehten Lebensstandards in den Mittelpunkt. Dies lenkte bereits die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Denker auf den Raumverlust, der auf Kosten der Humaniora, vor allem der Geschichtswissenschaft, erfolgte. „Mit jedem Pferd verschwindet ein Moment, das unsere Epoche noch mit der Zeit Karls des Großen verband“, lesen wir ebenfalls bei Heimpel. Es scheint, daß die technischen Dumpingwaren, die Technisierung der unmittelbaren Umwelt des Menschen die öffentliche Aufmerksamkeit immer mehr auf den *Unterschied* der Gegenwart und der Vergangenheit als auf die ständige Verknüpfung der Gegenwart und der Vergangenheit lenken. Die westlichen Wissenschaftler waren gezwungen, diese Erscheinung zu beachten, da sie ihre Wirkung auch in der Wissenschaftspolitik immer stärker zu spüren bekamen: Dieser Vorteil, den bereits um die Jahrhundertwende auf dem Gebiet der „wissenschaftlichen Investitionen“ die Naturwissenschaften genossen, wuchs zu einem mächtigen Übergewicht an. Die Ansichten über die Überlegenheit der Naturwissenschaften (Exaktheit, Gemeinnutzen usw.) gegenüber den Gesellschaftswissenschaften – vor allem über die bis dahin „führende“ Gesellschafts- und Geschichtswissenschaft – schienen bereits zu einem Dogma zu erstarren.

Der Fragenkreis geriet in den Mittelpunkt der Diskussionen der bürgerlichen Wissenschaftler. Eine fast unüberschaubar scheinende historisch-philosophische Literatur befaßt sich mit der künftigen Rolle der Geschichtswissenschaften unter den Disziplinen, und eine ganz Bibliothek von kulturpolitischen und philosophischen Schriften behandelt das Gewicht der Geschichtlichkeit in der Denkweise des modernen Menschen.

Die Gesellschaftswissenschaftler der sozialistischen Länder schalteten sich in den sechziger Jahren in die Diskussion ein. Einerseits infolge des gesunden Prozesses, der nach dem XX. Parteitag der KPdSU im ideologischen Bereich der sozialistischen Länder einsetzte und als dessen Ergebnis die Abstempelung der bürgerlichen Ansichten als „Bourgeoisideologie“ deren konkrete Kritik ablöste. Andererseits hat die technisch-wirtschaftliche Bewährungsprobe der sozialistischen Länder bei der Wiedergutmachung der vom Krieg verursachten Schäden und der danach einsetzende Aufschwung die Vertreter der marxistischen Gesellschaftswissenschaften gezwungen, den ideologischen Folgen der Entwicklung Rechnung zu tragen (dies übernahm vor allem die sowjetische Literatur in den Arbeiten von I. S. Kon, B. F. Porschew, A. I. Danilow, P. N. Hmylew, L. M. Drobischewa u.a.). Zu dieser literarischen Produktion

* *Lajos Elekes: A történelem felfogása korunk polgári tudományában* (Die Auffassung der Geschichte in der bürgerlichen Wissenschaft unseres Zeitalters), Budapest, 1975, Kossuth Kiadó, 341 S.

kann das unlängst erschienene Buch von L. Elekes „*Die Auffassung der Geschichte in der bürgerlichen Wissenschaft unseres Zeitalters*“ eingereicht werden, das einen ersten Überblick und eine marxistische Kritik der Ansichten in der westlichen nichtmarxistischen Literatur über Geschichte, Geschichtlichkeit und den Platz der Geschichtswissenschaften gibt.

In den Wissenschaften der heutigen bürgerlichen Gesellschaft „wird die Geschichte im allgemeinen . . . sowohl als Kenntnismaterial als auch als Anschauungsweise in den Hintergrund gedrängt“. – Das ist der Ausgangspunkt bei L. Elekes. Er deckt die wissenschaftsgeschichtlichen Fäden auf, die die Abwendung von der Geschichte vorbereiteten und weist auf jene Umstände hin, die in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft den Pessimismus hinsichtlich der Geschichtlichkeit und der Geschichte auslösen. Er gibt einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der Elemente der geschichtlichen Denkweise in den wissenschaftlichen Ansichten des Frühkapitalismus (in ungemein frappanten Formulierungen beweist er, wie die naturwissenschaftlichen und die humanen Elemente im Weltbild des Menschen der Epoche aufeinander aufgebaut sind). Unter Benutzung der neuesten imponierend umfangreichen einheimischen und internationalen historiographischen Literatur behandelt er die Standpunkte über die Geschichte und die Geschichtlichkeit in den einzelnen geschichtsphilosophischen Strömungen. Wir verzichten auf die Darlegung des großen wissenschaftshistorischen Materials des Buches, denn unserer Ansicht nach ist das Hauptverdienst des Verfassers nicht so sehr die Zusammenfassung, vielmehr die konsequente Beweisführung eines gegebenen Standpunktes seiner Zusammenfassung. Im Beweis der Hauptthese, die er an einer Stelle folgendermaßen formuliert: „Ohne uns des Panhistorismus verdächtig zu machen, können wir ruhig betonen: Die Geschichte besitzt – die Kenntnisse, Methoden und Anschauungsweise – solch unzweifelhafte Positiva, die keinerlei andere Wissenschaft, andere Methode oder Anschauungsweise zu ersetzen vermag, und auf die zu verzichten – gerade im Zeichen des Zeitgemäßen, der Definierung der Epoche – ein schweres Vergehen wäre, wenn es überhaupt möglich wäre“ (S. 316).

Denken wir an die weiter oben zitierten Sätze von L. Elekes über die Zurückdrängung der Geschichte in der heutigen bürgerlichen Wissenschaft und öffentlichen Auffassung, dann wird sofort ersichtlich, wo sich L. Elekes in den Dialog zwischen bürgerlichen und marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern einschalten will: entgegen der Geschichtsfeindlichkeit in den bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften (den Kreis der Analyse auch auf die bürgerliche Schul- und Kulturpolitik erweiternd) beweist er eine bekannte – auf die Geschichtlichkeit bezügliche – Wahrheit des Grundsatzes des Marxismus. Das Buch wendet sich stellenweise an die Diskussionspartner mit gleichsam subjektiven Formulierungen und polemisierenden Behauptungen den geschichtsfeindlichen bürgerlichen Ansichten gegenüber, die den auffallend „abweichenden Charakter“ unseres Jahrhunderts von den früheren Epochen betonen und als entscheidendstes Moment dieser Charakteristik den Vorstoß der Wichtigkeit der technisch-naturwissenschaftlichen Kenntnisse sehen und bereit sind, die Geschichte zugunsten dieser Kenntnisse in den „modernen Bildungsstoff“ und die Geschichtlichkeit in der „modernen Weltanschauung“ in den Hintergrund zu drängen. „Welche Kenntnisse können diese Änderung und die auf den ganzen bisherigen Verlauf der menschlichen Entwicklung bezogene Bedeutung besser beleuchten als die Geschichte?“ stellte er den Verfechtern dieser Ansicht die Frage. Die Fragestellung ist polemisierend und enthält die entschiedene Gegenmeinung. Und das ist charakteristisch für das ganze Buch von L. Elekes: eine Streitschrift, die auch dann polemisiert, wenn sie scheinbar nur einfach zusammenfaßt, und die an jedem Punkt der Darlegung die sich hinter den Behauptungen seiner Diskussionspartner, der bürgerlichen Geschichtsschreiber, hinziehende Anschauungselemente erforscht. Und gerade dieser Wesenszug der Arbeit zwingt den Leser zum weiteren Nachdenken in Verbindung mit einer der aktuellsten Fragen der marxistischen Gesellschaftswissenschaften und im allgemeinen mit den Diskussionen mit der heutigen bürgerlichen Geschichtsschreibung.

Die erste allgemeine Bemerkung betrifft jene grundlegende Frage: welchen Bereich soll die marxistische Wissenschaft für den Dialog mit den nichtmarxistischen Konzeptionen wählen? Soll sie jene Punkte suchen, wo hinter den historischen Auffassungen, gesellschafts-politischen-wirtschaftsgeschichtlichen Ereignissen und Prozessen eine Verbindung oder ein Anschluß vorhanden ist, oder soll sie auf die Behauptungen in den Arbeiten der westlichen Autoren in konkreten Fachfragen eingehen? Es versteht sich fast von selbst, daß das „oder“, die Gegenüberstellung der beiden Annäherungsmethoden bzw. ihre Trennung auch theoretisch falsch ist. Beim Überblick über die Diskussionsliteratur der vergangenen Jahrzehnte erhält man trotzdem den Eindruck, daß sich die zwei Standpunkte voneinander unterscheiden: die marxistische Historiographie war bisher bestrebt, die Werke der Diskussionspartner auf der Ebene der Geschichtsphilosophie zu analysieren und ihnen die Grundprinzipien des historischen Materialismus gegenüberstellend das nichtmarxistische Wesen der Konzeption aufzuzeigen. Aus welchen geschichtlichen Quellen schöpft diese Diskussionsmethode? Steht sie im Zusammenhang mit dem vor dem Zustandekommen des sozialistischen Weltsystems begründeten defensiven Standpunkt, der das Gesamtfeuer gegen das Eindringen der bürgerlichen Ideologie richtete und sich nicht auf die konkrete offensive Kritik der Fragen erstrecken konnte? Diese geistesgeschichtliche methodologische Frage der marxistischen Ideologie wirft das Buch von L. Elekes wieder auf. Der Verfasser wählt den bereits „klassischen“ Weg und ist bestrebt, über die Geschichtlichkeit der verschiedenen historischen Schulen im 19. und 20. Jahrhundert und in deren Auffassung über die Geschichte die geschichtsphilosophischen Bindungen aufzuzeigen. Soweit diese Arbeit einen bahnbrechenden „basierenden“ Charakter zu unseren Diskussionen trägt, so sehr drängt und beansprucht sie, daß die kritisierten und angeführten Ansichten der bürgerlichen Historiker jetzt bereits in den *einzelnen* Fragen auch auf fachgeschichtlichem Niveau bewertet werden.

Warum entsteht dieser Wunsch beim Leser (gerade beim Lesen des Buches)? Einerseits deshalb, weil heute – da die Politik der friedlichen Koexistenz ermöglicht, daß wir auf ideologischem Gebiet nicht friedlich miteinander leben und auf verschiedenen Konferenzen und Symposien scharfe wissenschaftliche Diskussionen führen können – die Fragen immer konkret gestellt werden; und daß es nicht genügt, auf diesen Foren zu beweisen, daß unsere Diskussionspartner „keine Marxisten“ sind. Andererseits können nur die konkreten Analysen Licht auf den Unterschied zwischen den Diskussionspartnern werfen bzw. darauf hinweisen, wie die *konkreten fachwissenschaftlichen Behauptungen* mit den nicht *ideologischen* Fragen der Epoche zusammenhängen.

Ideologie und Fachwissenschaft. Das Buch von L. Elekes regt immer wieder zu einer gründlichen Untersuchung der Verflechtung an. Darf man bei der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft bei der bekannten – und wissenschaftsgeschichtlich, doch auch theoretisch überholten – Ansicht stehenbleiben, die einerseits die zahlreichen Monographien, Zeitschriftenartikeln und Quellenausgaben zur Kenntnis nimmt, indem sie erklärt, dies sei eine *nur* auf dem Gebiet der Fachmethodologie aufzuzeigende Entwicklung, andererseits behauptet: die bürgerliche Wissenschaft stagniert bereits seit langem und ist entwicklungsunfähig? Darf man die Fachmethodologie und die theoretischen ideologischen Fragen trennen? Obwohl sich L. Elekes nicht auf konkrete Analysen einläßt und diese im Buch mehrmals lediglich als wünschenswert andeutet, weist er entschieden auf die Untrennbarkeit der Fach- und der ideologischen Fragen hin. Ich glaube, wir können deren theoretische Begründung durch eine für uns äußerst praktische Überlegung ergänzen und untermauern: die marxistische Geschichtswissenschaft kann auch zur Bereinigung ihrer inneren Probleme viel von solchen Studien und Untersuchungen erwarten.

Wir haben das Gefühl, daß L. Elekes in seiner Diskussion mit den bürgerlichen Theorien auch zu den Diskussionen in den marxistischen ungarischen Gesellschaftswissenschaften über das Gewicht der Geschichtlichkeit bzw. der Geschichte in der marxistischen

modernen öffentlichen Denkweise spricht. Beim Lesen des Buches stellt man sich ständig die Frage, ob das, was Elekes mit Recht kritisiert unter dem Etikett der Zurückdrängung der Geschichtlichkeit in der bürgerlichen Wissenschaft bei der Herausbildung der bürgerlichen Kulturideale, ob er nicht auf die oft auch bei uns – auf die erwähnte Weise – sich als „modern“ meldenden kultur-, unterrichts- und wissenschaftspolitischen Meinungen zielt oder richtiger sie „trifft“. Ob all das, was das Buch von L. Elekes im Zusammenhang mit der historischen Fundierung der marxistischen Gesellschaftsauffassung und des Anspruchs des modernen Bildungsstoffs auf Geschichtlichkeit, nicht auch zu Hause zu beherzigen sei?

Daß sich diese Frage beim Lesen des Buches aufdrängt, halten wir für keinen Zufall. Denn hier äußert sich ein an den Diskussionen seines Faches aktiv teilnehmender Historiker, ein über reiche Erfahrungen verfügender und mit der neuen Fragestellung in ständigem Kontakt stehender Professor. Wieder wird hier unter Beweis gestellt, daß über Geschichte, Geschichtswissenschaft und Geschichtlichkeit nur derjenige authentisch zu sprechen vermag, der die Geschichte erforscht, wissenschaftlich tätig ist und die Geschichte „schreibt“.

F. Glatz

CHRONIQUE

Compte rendu de la session scientifique organisée à l'occasion du centième anniversaire de la naissance de Mihály Károlyi

Le 4 mars 1975 l'Académie des Sciences de Hongrie et la Société Hongroise d'Histoire ont consacré une session scientifique au centenaire de la naissance de Mihály Károlyi. La session était présidée par *T. Erdey-Grúz*, président de l'Académie des Sciences de Hongrie, à la présidence prirent place *Gy. Kállai*, président du Front Populaire Patriotique, membre du Comité Central du Parti Hongrois Socialiste Ouvrier, *M. Kornides*, chef de département du CC du PHSO, *B. Köpeczi*, secrétaire général de l'Académie des Sciences de Hongrie, *Gy. Ember*, président de la Société Hongroise d'Histoire, et la *veuve de Mihály Károlyi*.

Le premier orateur de la session était *Gy. Kállai* qui a souligné dans son introduction que « nous avons déjà réparé bien des choses dues aux injustices des temps passés, mais nous n'en avons pas moins le sentiment d'avoir encore de dettes. Ce centenaire nous offre donc une bonne occasion d'attribuer à la vie de Mihály Károlyi toute l'attention et tout l'estime qu'elle mérite ». L'orateur s'est référé aux nouveaux acquis de notre historiographie qui permettent de débarrasser des calomnies la mémoire de Mihály Károlyi, à l'instar d'autres personnalités éminentes de notre histoire, et de lui assurer l'honneur qu'il mérite.

Ce membre d'une des plus riches familles aristocrates de Hongrie s'est énergiquement opposé, dans les années 1910, à *István Tisza*, représentant des intérêts réels et supposés de la classe dominante. De plus en plus conscient des réalités historiques, il se lia toujours davantage à la classe ouvrière, aux forces révolutionnaires, et c'est avec le consentement des plus larges masses du peuple travailleur qu'il fut élu en 1918 d'abord président du conseil des ministres, ensuite président de la République. Lorsqu'il vit qu'il ne pouvait pas avoir raison des attaques concentrées de la réaction intérieure et extérieure, lui-même contribua objectivement à ce que la République des Conseils de Hongrie pût naître. Après la prise du pouvoir par le fascisme de *Horthy*, il se refusa à toute réconciliation, à toute composition. Partageant le destin de ses grands prédécesseurs, il choisit l'exil, plutôt que de entériner aussi peu que ce soit tout ce qui se faisait dans le pays. Dans un écrit retentissant il exigea la réforme agraire, et ayant reconnu, un des premiers en Europe Occidentale, les buts du fascisme italien ensuite de l'allemand, il se mit à lutter dans les rangs des plus éminents penseurs et artistes du monde pour éveiller la conscience des peuples. Il vit clairement le rôle que l'Union Soviétique jouait dans la lutte contre le fascisme et s'allia aux communistes hongrois en clandestinité.

Pour conclure, *Gy. Kállai*, résuma comme suit l'appréciation de Károlyi: « Nous devrions rendre hommage à Mihály Károlyi même si, vu ses origines, son éducation, sa situation sociale, il n'était arrivé que jusqu'à la révolution démocratique bourgeoise. Cependant, il est allé bien plus loin, et nous sommes en plein droit de dire que malgré certaines positions erronées dans des questions de détail, sa vie entière nous le montre comme combattant fidèle et de grande capacité de la société socialiste. »

I. T. Berend, membre correspondant de l'Académie des Sciences de Hongrie, recteur de l'Université Economique Karl Marx, lut sa conférence sous le titre « Economie et société dans la Hongrie du début du XX^e siècle, et Mihály Károlyi ». Il parla de lui comme de la personnalité la plus marquante de la seconde génération des réformes en Hongrie. La situation historique du début du siècle, dit-il, « montre des parallélismes extrêmement typiques avec la situation historique des années trente-quarante du XIX^e siècle ».

La première génération des réformes, et les larges masses de l'époque ont posé les fondements de l'immense transformation économique et sociale qui s'est déroulée en Hongrie par suite de 1849 et après 1867. Après avoir indiqué les principaux moments de cette transformation, ainsi que les problèmes et les demi-solutions de l'évolution socio-économique, I. T. Berend toucha les facteurs qui, de son avis, avaient conduit Mihály Károlyi à la prise de conscience des grands problèmes sociaux en Hongrie: ses lectures, les expériences acquises dans la vie politique hongroise, son large horizon, ensuite les enseignements de la guerre l'amènèrent dès 1918 à parler de l'impossibilité de maintenir le système capitaliste, et après 1919 à nier totalement le principe de la propriété, c'est-à-dire à aboutir au socialisme. I. T. Berend a évoqué le rôle important qu'avait joué dans les prises de position de Mihály Károlyi son authentique internationalisme qui s'était formé en même temps: « Il parlait du point qui, dans la question nationale, était l'aboutissement de la pensée de Kossuth, à savoir de l'idée de la Confédération Danubienne, son principe directeur était l'internationalisme socialiste et l'unité. »

Pour conclure, le conférencier a repris le parallélisme entre les générations réformistes du second quart du XIX^e siècle et du début du XX^e. Károlyi et Ady, Bartók et Achim, Ervin Szabó et György Lukács ont assumé le même travail historique qu'à peine un siècle avant eux Széchenyi et Kölcsey, Eötvös et Kossuth, Petöfi et Táncsics. Leur vie, leurs prises de position n'ont pas eu le sort tragique d'être dépassées. « Pendant toute sa longue vie, il était impossible de dépasser Mihály Károlyi, lui-même étant capable de se dépasser, de se renouveler, à partir de la reconnaissance des contradictions patentes dans la Hongrie du début du siècle, jusqu'à la reconnaissance et l'acceptation de la Hongrie future, du socialisme » – conclut I. T. Berend.

Le conférencier suivant était T. Hajdu, docteur ès sciences historiques, maître de recherche à l'Institut des Sciences Historiques. Sous le titre « Mihály Károlyi dans la révolution démocratique bourgeoise » il traita au fond l'activité de Károlyi en politique extérieure au temps de « la révolution aux reines-marguerites » (révolution démocratique de 1918). Le conférencier a motivé cette manière d'aborder son thème par l'avis de Károlyi-même selon lequel, dans ces mois merveilleux, mais lourds de problèmes touchant l'existence nationale, sa tâche principale était de créer et de diriger une politique extérieure indépendante.

Le début de 1917 a ouvert devant Károlyi la possibilité de mener une politique extérieure indépendante, disposant des initiatives et visant la conclusion de la paix aussi tôt que possible. Son but optimal était d'amener le roi à rompre l'alliance avec l'Allemagne et à conclure une paix séparée. Tout en voulant éviter à tout prix la révolution en Hongrie, Károlyi salua la révolution de février 1917 en Russie qui, outre l'influence des sociaux-démocrates et d'Oszkár Jászi, contribua largement à ce qu'il découvrit l'importance de la question des nationalités et la nécessité de la résoudre. En 1917 toutefois, il n'engagea pas encore des négociations avec les chefs de file des nationalités, ne pensant pas encore à la possibilité de la désintégration de la Monarchie. Il chercha plutôt des contacts avec les puissances de l'Entente sans que ses tentatives aboutissent à des résultats concrets. L'unique résultat était que l'état-major allemand et ses agents engagèrent une chasse contre Károlyi et ses partisans.

En parlant des journées qui précédèrent la « révolution aux reines-marguerites », Tibor Hajdu souligna la grandeur humaine et le désintéressement de Károlyi qui à ce moment exigea pour ainsi dire « le pouvoir qui ne lui apporta rien de bon, pour sauver ce qu'il est encore possible de sauver au moins au dernier moment ». T. Hajdu estima que, dans les circonstances données, les négociations de Károlyi avec Franchet d'Esperey, menées en novembre 1918 à Belgrade, avaient du succès. On peut estimer comme tel le fait que le maréchal français reconnut le gouvernement révolutionnaire comme partie contractante et que l'accord conclu passa sous silence la question de la Slovaquie.

Fin 1918, début 1919, Károlyi considéra la situation intérieure en fonction de la politique extérieure, remarqua T. Hajdu. Il savait que le souci de l'Entente était de refouler le bolchevisme, aussi voulait-il assurer la sympathie des puissances occidentales en ordonnant l'arrestation, en février 1919, des dirigeants du Parti des Communistes de Hongrie. Károlyi ignorait la situation intérieure du mouvement ouvrier, sous-estimait la force du Parti Communiste, mais sous l'effet des protestations et surtout de la critique de Kunfi, il ordonna de traiter les arrêtés en détenus politiques et d'en mettre une partie en liberté.

Comme dernière question, T. Hajdu traita dans sa conférence le rôle qu'avait joué Károlyi dans l'instauration de la République des Conseils. Sous l'influence du renforcement de l'esprit révolutionnaire dans la classe ouvrière, Károlyi voulait, en mars 1919, former un gouvernement de caractère social-démocrate, tout en gardant sa propre position, mais sous la présidence du centriste Kunfi dont les idées lui étaient proches. C'est un fait qu'en apprenant qu'il ne resterait pas président, que la « République Populaire » était renversée par une vraie révolution prolétarienne, il protesta contre la publication de la déclaration qui parut donc sans son autorisation. Cependant, loin de faire quoi que ce soit pour désavouer la déclaration publiée en son nom, il en publia d'autres, rédigées en effet par lui, où il condamna l'impérialisme de l'Entente et invita tous à soutenir la République des Conseils.

Le conférencier suivant était J. Jemnitz, docteur ès sciences historiques, maître de recherche à l'Institut des Sciences Historiques. Il parla de la période de 1919–1945, passée en émigration par Károlyi. A cette époque, c'est déjà un homme politique parfaitement mûr qui, depuis 1919–1920, ne connut plus de changement dans ses idées, dans sa vision du monde. Les principaux points de son programme sont la liquidation de l'héritage féodal dans la vie économique et politique, indépendance nationale, coexistence pacifique avec les peuples des pays voisins. Ce programme fondamentalement démocratique se complétait peu à peu, après 1919–1920, d'éléments socialistes (nationalisation de certains secteurs fondamentaux de la production, mise en place de l'économie planifiée). C'est toutefois son activité déployée en 1918–1919, ses prises de position contre les conditions féodales et la terreur contre-révolutionnaire, qui ont fait de lui, dès la victoire de la contre-révolution, le chef de toute l'émigration hongroise, ce qui lui assura son unité. J. Jemnitz a souligné que ce n'était pas une tactique de la part de Károlyi d'avoir accepté ce rôle, pour lui c'était tout aussi naturel que pour les groupements les plus divers de l'émigration démocratique hongroise dans les pays occidentaux, pour les communistes, sociaux-démocrates et radicaux-bourgeois. Il pouvait assumer ce rôle de dirigeant, être le centre du ralliement, car il luttait pour la transformation démocratique, mais était toujours attiré par les perspectives socialistes. Ses conceptions de la politique extérieure y étaient pour beaucoup, car l'établissement de relations amicales avec tous les pays voisins, y compris l'Union Soviétique, en faisait partie intégrante. En ce qui concerne les pays occidentaux, Károlyi professait que la Hongrie devait s'appuyer non pas sur l'Allemagne et l'Italie, mais sur la France. Le conférencier s'est brièvement référé à l'activité antifasciste de Károlyi et de sa femme, à leurs voyages en 1933–1934 dans le but de faire triompher la cause du Braunbuch, ensuite il a évoqué les liens d'armes et d'amitié

qui liaient Károlyi aux représentants en vue des progressistes hongrois et internationaux. Parmi ses correspondants on trouve Romain Rolland et Barbusse, les deux Masaryk, Maiski, Th. Dreiser, des intellectuels progressistes, des sociaux-démocrates aussi bien que des communistes.

Après la pause, *F. Pölöskei*, docteur ès sciences historiques, professeur d'université, directeur de chaire, a lu son co-rapport intitulé « Evolution de Mihály Károlyi jusqu'à la révolution démocratique bourgeoise de 1918 ». Il parla avant tout de l'influence que Gyula Justh avait exercée sur Károlyi et du rapport entre les conceptions des deux. Il traça la ligne de démarcation entre Gyula Justh et le Parti d'Indépendance, qui depuis le début du siècle rassemblait les grands propriétaires terriens et a déjà délaissé son libéralisme de 1867, et pour lequel le « national » signifiait sans équivoque le nationalisme. Gyula Justh n'a pas non plus pris conscience des problèmes sociaux et nationaux, fondamentaux, que posait le système dualiste, mais en face du Parti de Travail de Tisza représentait énergiquement le programme original, libéral, du Parti d'Indépendance et, avec quelques-uns de ses camarades, accepta de collaborer avec les radicaux bourgeois et les sociaux-démocrates. Avant 1916-1917 Mihály Károlyi dépassa Gyula Justh et son groupe en élaborant des conceptions bien plus larges que leurs vues rétrogrades, plus proches des conservateurs (nationalisme, refus de remuer la question du système féodal des grandes propriétés terriennes, antimilitarisme ambigu). Il a définitivement rompu avec les conservateurs, avec les partisans de l'orientation allemande, il avait des vues qui ouvraient des perspectives dans la question agraire et dans la question des nationalités.

Le co-rapport suivant était lu par *Mme É. H. Haraszti*, candidate ès sciences historiques, maître de recherche à l'Institut des Sciences Historiques. Elle traita l'activité antifasciste de Mihály Károlyi, plus exactement passa en revue son activité entre 1931-1933, en se servant à cette fin de ses écrits datant de l'époque et de ses mémoires. Dans la première partie de son intervention, elle analysa sa prise de position sur l'Union Soviétique. Invité par le magazine VU, Károlyi se rendit en Union Soviétique en été 1931. Dans son livre *Hit illúziók nélkül* (Foi sans illusions), il résuma ainsi les idées auxquelles les choses vues l'ont conduit : « Je savais, certes, bien qu'ils étaient encore loin d'avoir [réalisé] le paradis que les fidèles enthousiastes croyaient y voir, j'avais confiance que le régime était porteur de possibilités de créer un monde qui sera plus efficace, plus juste et plus heureux que le nôtre . . . La Russie Soviétique n'existe que depuis dix ans . . . Une révolution s'y était passée, pareille à la révolution française de 1789 . . . Aussi, nous autres progressistes européens, devons-nous suivre avec sympathie et compréhension les efforts engagés dans un sixième du monde pour le relèvement et faire tout notre possible afin de créer un climat favorable au développement de la Russie Soviétique . . »

Dans la première moitié de 1932, il passa quelques semaines en Allemagne, de nouveau sur demande du magazine Vu. A cette époque il était préoccupé avant tout des problèmes de l'édification du socialisme, des formes et possibilités de la lutte contre le fascisme. Il considéra le fascisme comme produit du capitalisme des monopoles, en voie de s'épanouir. Il ne cessait de chercher à convaincre, à gagner à ses vues des personnalités de la vie publique française, écrivains, journalistes, et évidemment aussi des émigrés hongrois, mais au-delà des professions de foi antifascistes, il déployait une intense activité. A l'été 1932 par exemple il parcourait le continent et l'Angleterre pour recueillir des signatures, pour gagner des hommes influents à la cause des communistes condamnés à mort, Imre Sallai, Sándor Fürst et Frigyes Karikás, pour sauver leur vie. S'il était impossible de sauver les deux premiers, ce n'était pas de la faute de Károlyi, mais Karikás devait sa vie à lui, et c'est en grande partie à son intervention que l'on doit la libération provisoire de József Madzsar.

Le conférencier suivant était *S. Györffy*, collaborateur du Musée du Mouvement Ouvrier, qui consacra son co-rapport à l'activité déployée par Károlyi après 1945, et, étendant ses examens jusqu'à nos jours, à sa survivance.

Il est entré dans les détails de la période où, de 1946 à 1949, Károlyi était ambassadeur de Hongrie à Paris, et a largement traité ses protestations contre la condamnation antilégale de László Rajk. Il a noté, avec beaucoup d'estime, que Károlyi avait toujours pris ses distances avec ceux qui voulaient se servir de ses critiques contre le culte de Rákosi pour les convertir en armes contre l'Union Soviétique et la démocratie populaire hongroise.

Le dernier conférencier de la session était *Gy. Litván*, chercheur à l'Institut des Sciences Historiques, dont le co-rapport était intitulé la Personnalité de Mihály Károlyi. *Gy. Litván* analysa avant tout non pas les qualités de l'homme privé, mais les traits de caractère qui contribuent à mieux comprendre toute son évolution, et aussi l'influence qu'il avait exercée et son rayonnement.

Il a souligné que l'évolution politique de Károlyi, la transformation radicale de ses vues n'est pas « prodigieuse » parce qu'il était d'origine aristocratique, car avant et après lui déjà d'autres sont arrivés à franchir les limites de leur classe, mais parce que le vrai tournant survint dans l'homme de 40-45 ans, politicien mûr au sommet de sa carrière. Il est difficile de dire où il puisait la force pour rompre, de plus en plus énergiquement, avec sa classe et avec ses intérêts personnels. Ses adversaires l'accusaient de subir plusieurs influences. *Gy. Litván* affirma par contre que si Károlyi était ouvert aux influences c'est dans la mesure où, toute sa vie, il apprenait volontiers et avec avidité, et auprès d'autres aussi, mais sans jamais s'écarter de sa propre voie. Il choisit ses maîtres et ses compagnons d'arme (en 1912-13, au lieu de Gyula Justh, il aurait pu suivre Tisza, en 1917-18 Andrásy et ses compagnons, en 1920 l'anticommuniste Kunfi, en 1930 Jászi qui, lui aussi, mettait en garde contre les communistes, en 1949 il aurait pu croire à Rákosi), mais il se sépara d'eux, les uns après les autres, et ce jamais pour des motifs personnels, toujours pour des raisons politiques s'il estimait qu'ils l'empêchent d'aller plus loin. Certains traits et dispositions découlant de ses origines et de son éducation peuvent expliquer son évolution politique, indiqua *Gy. Litván*. Ce sont « son envergure, son large horizon international, son sentiment d'indépendance que ne limitaient pas les points de vue existentiels, sa fierté de grand-seigneur qui le rendait incapable de marchander, et la conscience toute naturelle de sa responsabilité devant les destins du pays ». Il va sans dire, et l'exemple de bien des aristocrates le prouve, que ces traits auraient pu le conduire à des voies tout à fait différentes, n'était-ce son caractère et son sens moral. Dans les situations critiques il choisit presque toujours, et en connaissance de cause, le chemin plus difficile, ses décisions prises étaient en général contre ses propres intérêts. Les coups et les attaques ne le forcèrent pas à se retirer, il n'en devint au contraire que plus dur, il en puisait des forces pour aller en avant.

Pour conclure, ses qualités intellectuelles et son caractère, pris ensemble, offrent la clé, selon *Gy. Litván*, à la compréhension de l'imposante carrière de Károlyi. « Son honnêteté et sa sensibilité sociale, conjuguées à un sens aigu d'observation ne permirent pas à ce magnat opulent de ne pas découvrir les bases de son existence privilégiée. D'autre part sa logique, le don d'aller jusqu'au bout des nouvelles découvertes intellectuelles, d'en tirer, sans égard à quoi que ce soit, les dernières conséquences, allait de pair avec un caractère et un tempérament qui ignoraient les hésitations et les lenteurs s'il fallait traduire en actes les vérités reconnues. »

Ensuite, *Gy. Litván* résuma les raisons qui expliquent l'influence exercée par Károlyi, le rayonnement incessant de sa personnalité. « Une des raisons en est certainement à chercher dans la sincérité, dans la forte conviction de Károlyi. L'autre raison en est qu'il était un vrai politicien national. Et une troisième, que c'était une personnalité politique romantique,

capable d'enflammer l'imagination, un des derniers de ce genre qui n'abondent pas dans l'histoire hongroise de notre siècle » – dit-il.

Pour conclure, le conférencier résuma comme suit l'explication de la personnalité exceptionnelle de Károlyi: « il était à la fois un politicien réaliste qui tient compte de la situation donnée, et un politicien romantique qui, à travers tout, suit ses idéaux. La réunion des deux fait sa grandeur humaine, le conflit entre les deux est la source de sa tragédie de politicien. Sa carrière aurait pu, peut-être, être plus riche en succès concrets si, une fois, le politicien réaliste, les calculs froids, avaient pris le dessus. Cependant, aujourd'hui, nous rendons hommage à sa mémoire, à sa personnalité, car en fin de compte, il a toujours choisi les grands idéaux, car, sans illusions, il est toujours resté fidèle à sa patrie et à sa foi en l'avenir socialiste de l'humanité. »

T. Erdey-Grúz a exprimé les remerciements pour les conférences et les co-rapports, et ensuite il a clos la session.

L. Pál

**Bibliographie choisie d'ouvrages d'histoire
publiées en Hongrie en 1974**

**Библиография избранных работ по истории,
опубликованных в Венгрии в 1974 г.**

**1. Bibliographies, catalogues, inventaires –
Библиография, каталоги, описи**

Bibliographia archaeologica hungarica. Magyar régészeti irodalom 1973. Összeáll. F. FEJÉR MÁRIA. (Réd. par --, – Венгерская литература по археологии. Сост. --.) АЭ. 1974. Tom. 101. 1. pp. 161–183.

Bibliographia historiae rerum rusticarum internationalis. 1969–1970. Red. PÉTER GUNST. Kiad. a Magyar Mezőgazdasági Múzeum. (Ed. par --, – Интернациональная библиография по истории сельского хозяйства. Литература 1969–1970 гг.) Вр. 1974. 384 p.

Bibliographie choisie d'ouvrages d'histoire publiés en Hongrie en 1971. (Библиография избранных работ по истории, опубликованных в Венгрии в 1971 г.) АН. 1974. Tom. 20. No. 1–2. pp. 273–301.

BORSA IVÁN: *Az Országos Levéltár film-tárának 1973. évi gyarapodása.* (Le versement de la filmothèque des Archives Nationales en 1973. – Поступления в фильмотеку Государственного Архива Венгрии 1973 г.) LSz. 1974. Tom. 21. No. 2–3. pp. 503–522.

BÖHM JAKAB: *Az 1848/49. évi forradalom és szabadságharc iratai a Hadtörténelmi Levéltárban.* (Documents de la révolution et de la guerre d'indépendance de 1848/49 aux Archives de l'Histoire Militaire – Документы революции и освободительной борьбы 1848/49 гг. в Военно-Историческом Архиве) LSz. 1974. Tom. 21. No. 1. pp. 12–23.

Budapest történetének bibliográfiája. 7. köt. Mutatók. Szerk. MENTESNÉ RÓZSA ILONA, FANCSALI PETRONELLA, HOLLÓSI TIBORNÉ. Összeáll. Fővárosi Szabó Ervin Könyvtár, Budapest Gyűjtemény. (Bibliographie de l'histoire de Budapest. 7^e vol. Index. Réd. par --, Publ. par --, – Библиография по истории Будапешта, т. 7 – Указатели. Сост. --, Изд. --.) Вр. 1974. 368 p.

EÖRSI GYULA: *A szociológia helyzete Magyarországon.* Függelék: *Szociológiai témájú*

könyvek és folyóiratcikkék bibliográfiája 1969–1973. (La sociologie en Hongrie. Annexe: Bibliographie des livres et des articles aux sujets sociologiques 1969–1973. – Состояние социологии в Венгрии. Приложение: Библиография книг и журнальных статей по социологии за 1969–1973 гг.) Вр. 1974. Polycop. 129 p.

FENÉRVÁRI KLÁRA – SURJÁN MIKLÓS: *Válogatott irodalomjegyzék felszabadulásunk történetének tanulmányozásához.* (Répertoire choisi de la littérature pour l'étude de l'histoire de la libération de notre pays – Избранная библиография литературы для изучения истории освобождения Венгрии) BarMűv. 1974. No. 2. pp. 114–133.

Historische Enzyklopädie von Budapest. Hrsg. ELISABETH TÓTH-ERSTEIN. (Энциклопедия по истории Будапешта) Вр. 1974. Corvina. 463 p.

Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise. (Guide et bibliographie.) (Институт исторических наук Венгерской Академии Наук [Справочник и библиография.] Вр. 1974. Polycop. 27 p., 2 t. En allemand, en anglais et en russe aussi.

Külföldi folyóiratok hadtörténelmi repertórium 1971. 2. rész. Összeáll. MOLNÁR ÉVA – VINICZAI ISTVÁN – WINDISCH ALADÁRNÉ. (Répertoire d'histoire militaire des revues étrangères 1971. 2^e partie. Réd. par --, – Указатель иностранных журналов по военной истории, 1971, часть 2. Сост. --.) НК. 1974. Tom. 21. No. 2. pp. 382–401.

Külföldi folyóiratok repertórium 1972/1. Répertoire des revues étrangères 1972/1. – Указатель иностранных журналов, 1972/1) Vt. 1974. No. 24. pp. 231–270.

Külföldi magyar nyelvű hírlapok és folyóiratok címgjegyzéke és adattára. 1945–1970. 1. KEMÉNY G. GÁBOR: *Szomszédos szocialista országok.* Kiad. az Országos Széchényi Könyvtár. (Liste et documentation des journaux et revues étrangères parues en langue hongroise 1945–1970. 1. --: Pays socialistes

voisins. Ed. par ---. — Указатель названий и содержания газет и журналов, издаваемых на венгерском языке за рубежом, 1945–1970. 1. ---. Соседние социалистические страны. Изд. ---) Вр. 1974. Polycor. 268 p.

A magyar állami levéltárak fondjegyzékei. 3. köt. *A területi levéltárak fondjegyzékei.* 9. r. *A Bács-Kiskun Megyei Levéltár (volt Kecskeméti Állami Levéltár) fondjainak jegyzéke.* Összeáll. BÁLINTNÉ MIKES KATALIN. Közread. a Magyar Országos Levéltár. (Répertoire des fonds des archives nationales de Hongrie. 3^e vol. Répertoire des fonds des archives territoriales. 9^e partie. Répertoire des fonds des archives du comitat Bács-Kiskun [anciennes Archives Nationales de Kecskeméti]. Réd. par ---. Publ. par ---. — Указатель фондов венгерских государственных архивов, т. 3: Указатель фондов местных архивов, ч. 9: Указатель фондов архива комитата Бач-Кишкун [бывшего Кечкеметского Государственного Архива]. Сост. ---. Изд. ---) Вр. 1974. Polycor. 118 p.

A magyar bibliográfiák bibliográfiája. Bibliographia bibliographiarum Hungaricarum 1969–1970. Fel. szerk. GAJTKÓ ÉVA. Kiad. az Országos Széchényi Könyvtár. (Réd resp. ---. Ed. par ---. — Библиография венгерских библиографий. Отв. ред. ---. Изд. ---) Вр. 1973. 383 p.

Magyar közgazdasági irodalom 1971. 1. Szakbibliográfia. Kiad. a Közgazdasági Egyetem, Központi Könyvtár. Fel. szerk. TÓTH TAMÁS. (Littérature politique-économique hongroise 1971. 1. Bibliographie spéciale. Ed. par ---. Réd. resp. ---. — Венгерская литература по политической экономии, 1971, 1. Специальная библиография. Изд. ---. Отв. ред. ---) Вр. 1973. Polycor. VIII, 774 p.

A magyar munkásmozgalom történetéről szóló cikkek jegyzéke. 1973 július – 1974 július. (Répertoire des articles sur le mouvement ouvrier hongrois. Juillet 1973 – juillet 1974. — Перечень статей по истории венгерского рабочего движения, июль 1973 г. – июль 1974 г.) PtK. 1974. Tom. 20. No. 1. pp. 222–224., No. 2. pp. 206–208., No. 3. pp. 223–225., No. 4. pp. 195–197.

Magyar Országos Levéltár. Csehszlovákiai levéltári anyagról készült mikrofilmek. 1973. január 1. Repertorium. Összeáll. BÁNDI ZSUZSANNA. (Archives Nationales Hongroises. Microfilms prises de matières archivales de la Tchécoslovaquie. Répertoire Réd. par ---. — Государственный Архив Венгрии. Микрофильмы материалов, хранящихся в архивах Чехословакии. 1 января 1973 г. Список. Сост. ---. Вр. 1974. Polycor. XIII, 415 p. (Levéltári leltárak 62.)

A Magyar Országos Levéltár fondjainak és állagainak jegyzéke. 1–2. köt. Bev. EMBER GYÖZD. (Répertoire des fonds et du stock des Archives Nationales Hongroises. Vols 1–2. Intr. ---. — Перечень фондов Государственного Архива Венгрии и их наполнения, т. 1–2. Вст. ст. ---) Вр. 1974 Polycor. XLI, 189, 266 p.

Magyar Országos Levéltár. Magyar Kamarai Levéltár. Repertorium. Összeáll. FÁBIÁNNÉ KISS ERZSÉBET. (Archives Nationales Hongroises. Archives du Fisc Hongrois. Répertoire. Réd. par ---. — Государственный Архив Венгрии. Архив Венгерского Казначейства. Указатель Сост. ---) Вр. 1973. Polycor. Vol. 1. 288 p., vol. 2. pp. 289–655. (Levéltári leltárak 61.)

MARTH, HILDEGARD: *A Goethe-gyűjtémény (K 115 – K 124.)* Collection Goethe – Коллекция Гёте) Вр. 1974. Polycor. 130 p.

MOLNÁR ÉVA – VINICZAI ISTVÁN – WINDISCH ALADÁRNÉ: *Az 1972. évi Magyarországon megjelent hadtörténelmi irodalom bibliográfiája. 1–2.* (Bibliographie de la littérature parue en Hongrie en 1972 sur l'histoire militaire. 1–2. — Библиография военно-исторической литературы, изданной в Венгрии в 1972 г., 1–2) НК. 1974. Tom. 21. No 3. pp. 565–577., No. 4. pp. 746–756.

A Nobel-díjasok kislexikona. Szerk. VÉSZITS FERENCNÉ. (Petite encyclopédie des titulaires du Prix Nobel. Réd. par ---. — Малая энциклопедия «Лауреаты Нобелевской премии». Сост. ---) Вр. 1974, Gondolat. 656 p.

Az Országgyűlési Könyvtár Magyar Tanácsköztársaság különgyűjtéményének gyarapodása. 1959–1974. Összeáll. NAGY KATALIN. (L'accroissement de la collection particulière de la Bibliothèque du Parlement couvrant l'époque de la République Hongroise des Conseils. 1959–1974. Réd. par ---. — Поступления 1959–1974 гг. в коллекцию «Венгерская Советская Республика» Библиотеки Государственного Собрания. Сост. ---) Вр. 1974. Polycor. 72 p.

Répertoire 1958–1973. Acta Historica Academiae Scientiarum Hungariae. (Указатель к журналу — за 1958–1973 гг.) АН 1973. Tom. 19. No. 3–4. pp. 466–481.

2. Recueils d'études – Сборники

Acta Universitatis Debreceniensis de Ludovico Kossuth nominatae. Series historica. 16. 1973. Magyar történeti tanulmányok 6. Szerk. SZENDREY ISTVÁN. (Études historiques hongroises. 6. Réd. par ---. — Научные доклады Дебреценского университета им. Л. Кошута, серия историческая, т. 16:

Статьи по венгерской истории, т. 6. Ред. ---) Debrecen 1973 (1974). 92 p.

Acta Universitatis Debreceniensis de Ludovico Kossuth nominatae. Sectio historica. 19. Egyetemes történeti tanulmányok. 8. Szerk. TOKODY GYULA. (Etudes d'histoire universelle. 8. Réd. par ---. - Научные доклады Дебреценского университета им. Л. Кошута, серия историческая, т. 19: Статьи по всеобщей истории, т. 8. Ред. ---) Debrecen 1974. 84 p.

Acta Universitatis Szegediensis de Attila József nominatae. Sectio scientiae socialismi. Tudományos szocializmus. 13. Szerk. RÁCZ JÁNOS. Kiad. a Szegedi József Attila Tudományegyetem. (Socialisme scientifique. 13. Réd. par ---. Publ. par ---. - Научные доклады Сегедского университета им. Й. Атилы, т. 13: Научный социализм. Ред. ---. Изд. ---) Szeged 1974. 102 p.

AGH ATTILA: *A történelem kérdőjelei. Tanulmányok. (Points d'interrogation de l'histoire. Etudes. - Вопросительные знаки истории. Статьи.)* Вр. 1974, Magvető 468 p. (Elvek és utak)

Az Agrártudományi Egyetem közleményei. 1973. Szerk. MANCZEL JENŐ, SOÓS PÁL. (Bulletin de l'Université des Sciences Agraires. 1973. Réd. par ---. - Сообщения Аграрного университета, 1973. Ред. ---) Вр. 1973, Mezőgazdasági Kiadó. 590 p.

Alba Regia. Annales Musei Stephani Regis. Az István király Múzeum évkönyve. 13. 1972. Szerk. FITZ JENŐ. Kiad. a Fejér Megyei Múzeumi igazgatóság. (Рéd. par ---. Ed. par ---. - Ежегодник Музея короля Иштвана, 13. Ред. ---. Изд. ---) Székesfehérvár 1974. 325 p., 6 t.

Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös nominatae. Sectio historica. Tom. 14. Red. ISTVÁN DIÓSZEGI. (Ежегодник Будапештского университета им. Л. Этвеша, серия историческая, т. 14) Вр. 1973. 364 p.

Arrabona. A Győri Xántus János Múzeum évkönyve. 16. Szerk. DÁVID LAJOS. (Annuaire du Musée János Xántus de Győr. 16. Réd. par ---. - Ежегодник музея им. Я. Ксантуса в г. Дьёре) Győr 1974. 384 p.

Baranyai helytörténetírás. A Baranya Megyei Levéltár évkönyve. 1972. Szerk. SZITA LÁSZLÓ. (Historiographie locale de Baranya. Annuaire des Archives du Comitat Baranya. 1972. Réd. par ---. - Краеведческая историография комитата Баранья. Ежегодник Архива комитата Баранья, 1972. Ред. ---) Pécs 1973. 483 p., 1 carte.

Budapest régiségei. A Budapesti Történeti Múzeum évkönyve. 23. Szerk. TÁRJÁNYI SÁNDOR. Közrem. LÓCZI ERZSÉBET, WELLNER ISTVÁN. (Antiquités de Budapest. Annuaire du Musée Historique de Budapest. Réd. par ---

Avec la collab. de ---. - Древности Будапешта. Ежегодник Будапештского Исторического Музея, 23. Ред. ---. При участии ---) Вр. 1974, Közgazdasági és Jogi Kiadó. 287 p.

Comenius and Hungary. Essays. Ed. ÉVA FÖLDES, ISTVÁN MÉSZÁROS. (Ян Амос Коменский и Венгрия. Очерки. Ред. ---) Вр. 1973, Akadémiai Kiadó. 175 p., 30 t.

A Debreceni Déri Múzeum évkönyve. Annales Musei Debreceniensis de Friderico Déri nominati. 1972. Szerk. DANKÓ IMRE. Közrem. MÓDY GYÖRGY, UJVÁRI ZOLTÁN. (Рéd. par ---. Avec la collab. de ---. - Ежегодник Дебреценского музея им. Дери, 1972. Ред. --- При участии ---) Debrecen 1974. 663 p., 1 t., 4 cartes

Az egrí Ho Si Minh Tanárképző Főiskola tudományos közleményei. Acta Academiae Paedagogicae Agriensis. Tom. 11-12. Szerk. KÖVES JÓZSEF. (Рéd. par ---. - Научные сообщения Эгерского Педагогического Института им. Хо Ши Мина, т. 11-12. Ред. ---) Eger 1973-1974. 474, 582 p.

Az Egrí Múzeum évkönyve. Annales Musei Agriensis. 11-12. (1973-1974.) Szerk. BAKÓ FERENC. Közrem. KOROMPAI JÁNOS. (Рéd. par ---. Avec la collab. de ---. - Ежегодник Эгерского Музея, 11-12. Ред. ---. При участии ---) Eger 1974. 430 p., 9 t., 1 carte.

Fejér megyei történeti évkönyv. Tanulmányok és források Fejér megye történetéhez. A Fejér Megyei Levéltár évkönyve. 7. Szerk. FARKAS GÁBOR. Közrem. MAKKAJ JÁNOS. (Annuaire historique du comitat Fejér. Etudes et sources de l'histoire du comitat Fejér. Annuaire des Archives du Comitat Fejér. 7. Réd. par ---. Avec la collab. de ---. - Ежегодник по истории комитата Фейер. Статьи и источники по истории комитата Фейер. Ежегодник Архива комитата Фейер, 7. Ред. ---. При участии ---) Székesfehérvár 1973. 353 p., 1 t.

Folia archaeologica. A Magyar Nemzeti Múzeum évkönyve. 25. Szerk. SÁRDY JUDIT. (Annuaire du Musée National de Hongrie. 25. Réd. par ---. - Ежегодник Венгерского Национального Музея, 25. Ред. ---) Вр. 1974. 262 p., 1 t.

Folia historica. A Magyar Nemzeti Múzeum évkönyve. 2. Szerk. biz. BÁNKUTI IMRE, RÓZSA GYÖRGY stb. (Annuaire du Musée National de Hongrie. 2. Comité de réd. ---. - Ежегодник Венгерского Национального Музея, 2. Редколлегия ---) Вр. 1973. 350 p., 16 tir.

Forradalomban, háborúban. Életrajzgyűjtemény. Szerk. HETÉS TIVOR. (Dans la révolution, dans la guerre. Biographies. Réd. par ---. - В революции, в войне. Биографии. Ред. ---) Вр. 1974, Kossuth Kiadó - Zrinyi Kiadó. 274 p.

A Herman Ottó Múzeum évkönyve. Annales Musei Miskolciensis de Otto Herman nominati, 12. 1973. Szerk. SZABADFALVI JÓZSEF. Közrem. BOBÓ SÁNDOR. (Réd. par --. Avec la collab. de --. - Ежегодник Мишкольцского музея им. О. Хермана, 12. Ред. --. При участии --.) Miskolc 1973. 607 p.

A Janus Pannonius Múzeum évkönyve. Annales Musei de Jano Pannonio nominati. 14-15. (1969-1970.) Szerk. MÁNDOKI LÁSZLÓ. (Réd. par --. - Ежегодник Музея им. Януса Паннония, 14-15. Ред. --.) Pécs 1974. 376 p., 24 t., 6 cartes

Jogtörténeti tanulmányok. 3. Szerk. CSIZMADIA ANDOR. (Etudes d'histoire de droit. 3. Réd. par --. - Статьи по истории права, 3. Ред. --.) Bp. 1974, Közgazdasági és Jogi Kiadó. 289 p.

KULCSÁR KÁLMÁN: *Társadalom, politika, jog.* (Société, politique, droit - Общество, политика, право) Bp. 1974, Gondolat. 365 p.

A Magyar Mezőgazdasági Múzeum közleményei. 1971-1972. Szerk. WELLMANNYI IMRE. (Bulletin du Musée Hongrois d'Agriculture. 1971-1972. Réd. par --. - Сообщения Венгерского Сельскохозяйственного Музея, 1971-1972. Ред. --.) Bp. 1973. 501 p., 3 cartes

A magyar és román történettudomány negyedszázados fejlődése. Magyar-Román Történeztudományi Bizottság. Ülés Budapest 1971. július 1-5. Előadások. Szerk. CSATÁRI DÁNIEL. (Développement de la science historique hongroise et roumaine au cours d'un quart de siècle. Commission Mixte d'Historiens Hongrois et Roumains. Séance à Budapest, 1-5 juillet 1971. Conférences. Réd. par --. - Развитие венгерской и румынской исторической науки за четверть века. Венгеро-румынская смешанная комиссия историков. Заседание в Будапеште 1-5 июля 1971 г. Доклады. Ред. --.) Bp., 1974, Akadémiai Kiadó. 108 p.

MÓD ALADÁR: *Nemzet és szocialista nemzet. Tanulmányok.* (Nation et nation socialiste. Etudes - Нация и социалистическая нация. Статьи.) Bp., 1974, Magvető. 366 p. (Elvek és utak)

A Móra Ferenc Múzeum évkönyve. 1971/2.; 1972/73/1. Szerk. TROGMAYER OTTÓ. (Annuaire de Musée Ferenc Móra. 1971/2.; 1972/73/1. Réd. par --. - Ежегодник Музея им. Ф. Мора, 1971/2., 1972/73/1. Ред. --.) Szeged 1974. 212 p., 6 t., 2 cartes.; 327 p., 2 t., 2 cartes.

Az Országos Széchényi Könyvtár évkönyve. 1970-1971. Felelős szerk. NÉMETH MÁRIA. (Annuaire de la Bibliothèque Nationale Széchényi. 1970-1971. Réd. resp. --. - Ежегодник Государственной Библиотеки им. Сеченьи, 1970-1971. Отв. ред. --.) Bp., 1973. 443 p.

Pécsi Egyetemi Könyvtár. Jubileumi évkönyv. 1774-1974. Szerk. FÉNYES MIKLÓS. (Bibliothèque de l'Université de Pécs. Annuaire jubilaire. 1774-1974. Réd. par --. - Библиотека Печского Университета. Юбилейный Ежегодник, 1774-1974. Ред. --.) Pécs 1974. 218 p.

SZÜCS JENŐ: *Nemzet és történelem. Tanulmányok.* (Nation et histoire. Etudes - Нация и история, Статьи.) Bp. 1974, Gondolat. 669 p.

Tanulmányok Budapest múltjából. A Budapesti Történeti Múzeum várostörténeti évkönyve. 20. Nemzetközi Várostartörténeti Konferencia. Budapest, 1973. október 24-26. Rend. a Magyar Tudományos Akadémia, Várostartörténeti Albizottság; Magyar Történelmi Társulat stb. *Előadások, hozzászólások, viták.* (Etudes de l'histoire de Budapest. Annuaire d'histoire urbaine du Musée Historique de Budapest. 20. Conférence Internationale d'Histoire Urbaine. Budapest, les 24-26 octobre 1973. Org. par --. Conférences, interventions, discussions. - Статьи по истории Будапешта. Ежегодник городской истории Будапештского Городского Музея. 20. Международная конференция по истории городов. Будапешт. 24-26 октября 1973 г. Организована --. Доклады, выступления, дискуссии.) Bp. 1974, Statisztikai Kiadó. Polycop. 255 p.

Tanulmányok és források Hajdú-Bihar megye munkásmozgalmának történetéhez. 4. Szerk. FARKAS DEZSŐ. Kiad. a MSZMP Hajdú-Bihar Megyei Bizottság. (Etudes et sources concernant l'histoire du mouvement ouvrier du comitat Hajdú-Bihar. 4. Réd. par --. Ed. par --. - Статьи и источники по истории рабочего движения в комитате Хайду-Бихар, 4. Ред. --. Изд. --.) Debrecen 1974. 203 p.

Tanulmányok a marxizmus-leninizmus témaköréből. 4. Szerk. GRANDPIERRE LAJOS. Kiad. a MSZMP Hajdú-Bihar Megyei Bizottság. (Etudes du sujet du marxisme-léninisme. 4. Réd. par --. Ed. par --. - Статьи по вопросам марксизма-ленинизма, 4. Ред. --. Изд. --.) Debrecen 1974, Hajdú-Biharmegyei Lapkiadó. 241 p.

Tanuságtévkök. 1. 1868-1905. Visszaemlékezések a magyarországi munkásmozgalom történetéből. Vál. és szerk. PETRÁK KATALIN. Életrajzok és jegyz. ÁCS IRÉN, NAGY ÉTA stb. Bev. S. VINCZE EDIT. Kiad. az MSZMP, Párttörténeti Intézet. (Témoins. 1. 1868-1905. Souvenirs de l'histoire du mouvement ouvrier hongrois. Choix et réd. par --. Biographies et annot. par --. Ed. par --. - Свидетели, 1. 1868-1905. Воспоминания о рабочем движении в Венгрии. Сост. и ред. --. Биографии и прим. --. Изд. --.) Bp. 1974, Kossuth Kiadó. 326 p., 8 t.

archiv. (Будапешт. История столицы. Ред. --. Изд. --.) Вр. 1974, Corvina. 176 p.

CASTELLAN, GEORGES: *Lélektan és történelem.* (Psychologie et histoire – Психология и история.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 1–2. pp. 211–220.

CSATÁRI DÁNIEL: *A [kelet-európai nemzetiségi kérdés történetének hazai kutatásáról.* (De la recherche en Hongrie relative à l'histoire des nationalités est-européennes – Об исследовании в Венгрии истории национального вопроса в Восточной Европе.) PtK. 1974. Tom. 20. No. 2. pp. 144–155.

DILTNEY, WILHELM: *A történelmi világ felépítése a szellemtudományokban. Tanulmányok.* Vál., ford., bev. tanulmány és jegyz. ERDÉLYI ÁGNES. (L'édification du monde historique dans les sciences morales. Etudes. Choix, trad., intr. et annot. par --. – Построение мира истории в гуманитарных науках. Статьи. Сост., пер., вст. ст., прим. --.) Вр. 1974, Gondolat. 634 p.

ENGELS, FRIEDRICH: *Magyarország. (Ungarn) 1848–1849.* Sajtó alá rend. a marxizmus-leninizmus klasszikusainak szerkesztésége. (Mis sous presse par --. – Венгрия. 1848–1849. Подг. к печ. --.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 165 p., 5 cm.

ERDEI FERENC: *Emberül élni. Egy életút mérföldkövei. Válogatás.* Vál. és összekötő szövegek: BEREND T. IVÁN, SZUNAY MIKLÓS. Bev. BEREND T. IVÁN. Életrajz: ERDEI SÁNDOR. (Vivre en homme. Milliaires du chemin d'une vie. Choix et textes d'explication par --. Intr. par --. Biographie par --. – Жить как следует. Вехи одного жизненного пути. Избранное. Сост., объяснит. текст --. Вст. ст. --. Биогр. --.) Вр. 1974, Gondolat. 670 p.

ERÉNYI TIBOR: *Kúnfi Zsigmond.* (Zsigmond Kúnfi – Жигмонд Кунфи.) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 289 p., 1 t., Életek és korok.

ERÉNYI TIBOR: *A munkásmozgalom-történetírás helyzete és feladatai.* (Situation et tâches de l'historiographie du mouvement ouvrier – Состояние и задачи историографии рабочего движения.) PtK. 1974. Tom. 20. No. 2. pp. 129–143.

GLATZ FERENC: *Szaktudományos kérdésseltevések és történeti-politikai koncepció. A fiatal Szezkfü Gyula bécsi éveinek történetéből.* (Manières de poser des questions dans le domaine des spécialités et conception historico-politique. De l'histoire des années viennoises du jeune Gyula Szezkfü – Вопросы профессионализма и историко-политическая концепция. Из истории пребывания молодого Дьюлы Секфю в Вене.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 3. pp. 396–420.

GYIMESI SÁNDOR: *Wandlungen des Bestands und der Funktionen der Städte in der*

Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus in West- und Ostmitteleuropa. (Изменение положения и роли городов в период перехода от феодализма к капитализму в Западной Европе и в восточной части Центральной Европы.) АН. 1974. Tom. 20. No. 3–4. pp. 303–336.

HALÁSZ ZOLTÁN: *Kurze Geschichte Ungarns.* Übers. GUNDOLF KÖSTER. Bearb. KATHRIN SITZLER. (Краткая история Венгрии. Перев. --. Перераб. --.) Вр. 1974, Corvina. 301 p., 16 t.

HANÁK PÉTER: *A kultúrtörténeti szintézis problémái.* (Problèmes de la synthèse de l'histoire culturelle – Проблемы общающего труда по истории культуры.) TSz. 1974. Tom. 7. No. 3. pp. 447–453.

HANÁK PÉTER: *Polgárosodás és asszimiláció Magyarországon a XIX. században.* (Evolution bourgeoise et assimilation en Hongrie au XIX^e siècle – Развитие капитализма и ассимиляция в Венгрии XIX века.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 4. pp. 513–536.

Hazafiság és internacionalizmus. A szocialista hazafiság és a magyar szabadságharcos hagyományok. Vitauülés Vácrátóton. 1973. szeptember 26. Összeáll. STIER MIKLÓS. (Patriotisme et internationalisme. Patriotisme socialiste et traditions des guerres d'indépendance hongroises. Séance de discussion à Vácrátót. 26 septembre 1973. Réd. par --. – Патриотизм и интернационализм. Социалистический патриотизм и традиции освободительной борьбы Венгрии. Дискуссия в Вапратоте. 26 сентября 1973 г. Сост. --.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 1. pp. 220–261.

HEGYI KLÁRA: *Historique de la naissance d'une légende. La question des colonies hongroises en Provence (XVI^e siècle).* (История возникновения одной легенды. Вопрос о венгерских колониях в Провансе [XVI в.]) АН. 1974 Tom. 20. No. 1–2. pp. 183–189.

Histoire de la Hongrie des origines à nos jours. Publ.: ERVIN PAMLÉNYI. Trad.: LÁSZLÓ RÖDÖR. Collab.: IMRE KELEMEN. Préf.: GEORGES CASTELLAN. Ed.: Commission Nationale Hongroise pour l'UNESCO; Institut d'histoire de l'Académie des Sciences de Hongrie. (История Венгрии с древнейших времён до наших дней. Перев. --. ст. --. Предислов. --. Изд. --.) Вр. – Roanne 1974, Corvina – Horváth. 757 p., 24 t., 2 cartes

A History of Hungary. Ed. ERVIN PAMLÉNYI. Text by MAKKAI LÁSZLÓ, BARTA ISTVÁN, HANÁK PÉTER, NAGY ZSUZSA, BEREND T. IVÁN, RÁNKI GYÖRGY, LACKÓ MIKLÓS. Transl.: LÁSZLÓ BOROS, ISTVÁN FARKAS etc. Compil. History Institute of the Hungarian Academy

of Sciences. (История Венгрии. Изд. --. Авт. --.) Вр. 1973, Corvina. 676 p., 24 t., 3 cartes

KIRÁLY ISTVÁN: *Hazafiság és forradalmiság. Cikkék, tanulmányok.* (Patriotisme et esprit révolutionnaire. Articles, études. -- Патриотизм и революционность. Статьи, исследования.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 375 p.

KOSÁRY DOMOKOS: *A művelődéstörténet helye a történelmi szintézisben.* (La place de l'histoire de civilisation dans la synthèse historique -- Место истории культуры в обобщающем труде по истории.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 3. pp. 436-446.

KÖRPECZI BÉLA: *Hazafiság -- történettudomány -- történelemtanítás.* Hozzászólás: CSATÁRI DÁNIEL stb. (Patriotisme, science historique, enseignement de l'histoire. Interventions --. -- Патриотизм -- историческая наука -- преподавание истории. Прения --.) SzHIK pp. 191-248.

KÖVES RÓZSA -- ERÉNYI TIBOR: *Kunfi Zsigmond életútja. + Kunfi Zsigmond: Szemelvények -- műveiből.* (La carrière de --. + Choix des œuvres de --. -- Жизненный путь Жигмонда Кунфи. Его избранные произведения.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 387 p.

Legyőzhetetlen erő. *A magyar kommunista mozgalom szervezeti fejlődésének 50 éve.* Szerk. ERÉNYI TIBOR, RÁKOSI SÁNDOR. Kiad. a MSZMP Párttörténeti Intézet. 2. kiad. (Force invincible. 50 ans du développement de l'organisation du mouvement communiste hongrois. Réd. par --. Ed. par --. 2^e éd. -- Непобедимая сила. Пятьдесят лет развития организации венгерского коммунистического движения. Изд. --. Изд. второе --.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 294 p.

LENIN, VLADYIMIR ILJICS: *Magyarországról. Válogatott írásk. 3. kiad.* Sajtó alá rend. a marxizmus-leninizmus klasszikusainak szerkesztősége (De la Hongrie. Œuvres choisis. 3^e éd. Mis sous presse par --. -- О Венгрии. Избранные произведения. Изд. 3. Подг. к печ. --.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 195 p.

A magyar forradalmi munkásmozgalom története. Kiad. a MSZMP, Párttörténeti Intézet. Szerk. biz. vez. NEMES DEZSŐ. 1-3. köt. (L'histoire du mouvement ouvrier révolutionnaire hongrois. Ed. par --. Chef. du comité de réd. --. Vols 1-3. -- История венгерского революционного рабочего движения, т. 1-3. Изд. --. Председ. ред.-коллегии --.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 680 p., 28 t.

MAKKAJ LÁSZLÓ: *Művelődéstörténet mint értékrendszerek története.* (Histoire de civilisation comme histoire des systèmes de valeurs -- История культуры как история систем ценностей.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 3. pp. 429-436.

MARX, KARL -- ENGELS, FRIEDRICH: *Marx és Engels Magyarországról. Cikkék, levelek, szemelvények.* Összeáll. REMSEI FLÓRA. Szerk. KÁLMÁN ENDRE, LISSAUER ZOLTÁN. (Marx et Engels de la Hongrie. Articles, lettres, morceaux choisis. Compr. --. Réd. par --. -- Маркс и Энгельс о Венгрии. Статьи, письма, отрывки из соч. Сост. --. Ред. --.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 315 p.

MÉREI GYULA: *Struktúratörténetkutatás. Kiütkeresés az NSzK polgári történettudományának válságából.* Akadémiai székfoglaló. (Recherches d'histoire de structure. Recherche d'une issue de la crise de la science historique bourgeoise de la RFA. Discours d'entrée à l'Académie. -- Структурное исследование истории. Поиски выхода из кризиса буржуазной исторической науки ФРГ. Речь при вступлении в Академию.) MTAFT. 1974. Tom. 23. No. 1. pp. 131-144.

MÉREI GYULA: *Struktúratörténet-kutatás az NSzK polgári történetírásában.* (Recherches d'histoire de structure dans l'historiographie bourgeoise de la RFA -- Структурное исследование истории в буржуазной историографии ФРГ.) PtK. 1974. Tom. 20. No. 3. pp. 88-117.

NAGY ZSUZSA, L.: *Politikai erők, politikai harcok Budapesten a századfordulótól a második világháború végéig.* Hozzászólás: ERÉNYI TIBOR stb. (Forces politiques, luttes politiques à Budapest depuis le tournant du siècle jusqu'à la fin de la seconde guerre mondiale. Interventions --. -- Политические силы, политическая борьба в Будапеште с рубежа XIX-XX вв. до конца второй мировой войны. Прения: --.) TanVr. 20. pp. 69-106.

NEMES DEZSŐ: *A faszizmus kérdéséhez.* (Sur la question du fascisme -- К вопросу о фашизме.) PtK. 1974. Tom. 20. No. 4. pp. 3-64.

NEMES DEZSŐ: *A magyar munkásmozgalom történetéhez. Tények, viták, tanulságok. 1. köt.* (Sur l'histoire du mouvement ouvrier hongrois. Faits, débats, enseignements. Tom. 1. -- К истории венгерского рабочего движения. Факты, дискуссии, уроки., т. 1.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 596 p.

NIEDERHAUSER EMIL: *A nemzeti megújulási mozgalmak Kelet-Európában. Az összehasonlító történetírás módszertanához.* (Mouvements de renouveau national dans l'Europe Orientale. Contribution à la méthodologie de l'historiographie -- Движения национального возрождения в Восточной Европе. К вопросу о методологии историографии и сравнительно-исторического изучения.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 1-2. pp. 245-256.

RACH ZSIGMOND PÁL: *A magyar történettudomány 25 éve.* (25 ans de la science historique hongroise -- 25 лет венгерской исторической науки.) MRTT. pp. 17-35.

PACH ZSIGMOND PÁL: *Szocialista nemzeti tudat – proletár nemzetköziség.* (Conscience socialiste nationale – internationalisme prolétarien – Социалистическое национальное сознание – пролетарский интернационализм.) TÁSZ. 1974. Tom. 29. No. 12. pp. 52–60.

PAMLÉNYI ERVIN: *A historiográfia tárgyáról és módszeréről.* (Sur les sujets et la méthode de l'historiographie – О предмете и методике историографии.) TÁSZ. 1974. Tom. 17. No. 4. pp. 552–557.

PÁRDUZ MICHÁLY: *Ergebnisse der Urgeschichtsforschung in Ungarn 1953–1968.* (Достижения в изучении древней истории в Венгрии, 1953–1968 гг.) ААГ. 1974. Tom. 26. No. 1–2 pp. 205–227.

PINTÉR ISTVÁN: *Adalékok a magyar ellenállási mozgalom historiográfiájához.* (Contributions à l'historiographie de la Résistance hongroise – Данные к историографии венгерского движения Сопротивления.) TÁSZ. 1973. Tom. 16. No. 3–4. pp. 330–338.

A rádió és a történelem. Vitavez. HANÁK PÉTER. (La radio et l'histoire. Prés. à la discussion – Радио и история. Дискуссия под председ. –) OTVGY. 1973. pp. 73–90.

RÁNKI GYÖRGY: *Budapest szerepe az ország gazdasági fejlődésében.* Hozzájárulás: KUBINYI ANDRÁS stb. (Le rôle de Budapest dans le développement économique du pays. Interventions – Роль Будапешта в экономическом развитии страны. Прения: –) TanBp. 20. pp. 45–68.

RUZSÁS LAJOS: *Dunántúli mezővárosfejlődés a kései feudalizmus korában.* (Développement des bourgades en Transdanubie à l'époque de la basse féodalité – Развитие местечек Задунавья в эпоху позднего феодализма.) Somogyműv. 5. pp. 49–60.

RUZSÁS LAJOS: *Gazdaság és társadalom a pannon térség kisvárosaiban a XVI–XIX. században.* (Economie et société dans les petites villes de la région pannonne aux XVIe–XIXe siècles. – Хозяйство и общество в малых городах паннонского региона в XVI–XIX вв.) PT. XVI–XIX. pp. 9–34.

A sajtó és a történelem. Vitavez. PAMLÉNYI ERVIN. (La presse et l'histoire. Président à la discussion – Печать и история. Дискуссия под председ. –) OTVGY. 1973. pp. 91–112.

STIER MIKLÓS: *Legújabbkori helytörténetírásunk elvi-módszertani kérdéseire.* (Aux problèmes de principe et de méthodologie de notre historiographie régionale des temps récents – К вопросу о принципах и методологии венгерского краеведения в новейшее время.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 4. pp. 941–954.

STRASSENREITER ERZSÉBET – SIPOS PÉTER: *Rajk László.* (László Rajk – Ласло Райк.)

Bp. 1974, Akadémiai Kiadó. 195 p., 1 t. (Életek és korok)

SZABÓ ÁGNES: *Landler Jenő.* (Jenő Landler – Енő Ландлер.) Bp. 1974, Akadémiai Kiadó. 263 p., 1 t. (Életek és korok)

SZENTPÉTERY IMRE: *Oklevéltani naptár.* Bp. 1912, Magyar Tudományos Akadémia. Hasonmás kiadás. (Calendrier de la diplomatique. Bp. 1912, Académie des Sciences de Hongrie. Éd. fac-similé – Календарь грамот (дипломов). – Факсимильное изд.) Bp. 1974, Akadémiai Kiadó 135 p.

TÁNCSCS MIHÁLY: *A magyarországi munkásmozgalom.* – *Válogatott írásai és dokumentumok.* Bev. és összeáll. H. KONUT MÁRIA. (Mihály Táncsics et le mouvement ouvrier hongrois. Écrits choisis et documents de –. Intr. et réd. par –. – Михайл Танчич и рабочее движение в Венгрии. Избр. соч. и документы. Вст. ст. и сост. –.) Bp. 1974, Táncsics Kiadó. 347 p. – 7 cm.

A televízió, a dokumentumfilm és a történelem. Vitavez. MAKKAI LÁSZLÓ. (La télévision, le film documentaire et l'histoire. Président à la discussion – Телевидение, документальное кино и история. Дискуссия под председ. –) OTVGY. 1973. pp. 39–59.

Történelmi olvasókönyv. 3. Forrásszemelvények az egyetemes történelem (1640–1849) és Magyarország története (1526–1849) tanításához. Összeáll., jegyz. és bev. UNGER MÁTYÁS. 3. kiad. (Chrestomatie d'histoire. 3. Choix de sources pour l'enseignement de l'histoire universelle [1640–1849] et de l'histoire de Hongrie [1526–1849]. Réd., annot et intr. par –. 3e éd. – Хрестоматия по истории, 3. Отрывки из источников для изучения всеобщей истории [1640–1849] и истории Венгрии [1526–1849]. Сост., прим., вст. ст. –. Изд. 3.) Bp. 1974. Tankönyvkiadó. 443 p., 8 t.

Történelmi olvasókönyv. 4/2. Forrásszemelvények az egyetemes és a magyar történelem tanításához. (1914–1962.) Összeáll., bev. és jegyz. ALMÁSI JÁNOS. 2. kiad. (Chrestomatie d'histoire. 4/2. Choix de sources pour l'enseignement de l'histoire universelle et hongroise [1914–1962]. Réd., intr. et annot. par –. 2e éd. – Хрестоматия по истории. 4/2. Отрывки из источников для изучения всеобщей и венгерской истории [1914–1962]. Сост., вст., ст., примеч. –. Изд. 2.) Bp. 1974, Tankönyvkiadó. 318 p.

VARGA ENDRE: *Magyarország bányabíró-sági szervezete. 1686–1854.* (L'organisation des tribunaux des mines de la Hongrie. 1686–1854. – Организация суда для горных городов в Венгрии, 1686–1854.) Jogtört. Tan. 3. pp. 213–236.

VÁRKONYI ÁGNES, R.: *Szeremlei Sámuel és a mezővárosok történetének historiográfiája.* (Sámuel Szeremlei et l'historiographie

des bourgades – Шамуэль Серемлеи и историография истории местечек.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 4. pp. 915–930.

VÁRKONYI ÁGNES, R.: *Történelmi népieség és kuruc hagyomány*. (Populisme historique et tradition des Kouroutz – Народничество в истории и традиция куруцев.) Kortárs 1974. Tom. 18. No. 10. pp. 1654–1667.

VASS HENRIK: *Munkásmozgalom és tudatformálás*. (Mouvement ouvrier et formation de conscience – Рабочее движение и формирование сознания.) Ptk. 1974. No. 1. pp. 807–835.

VEKERDI LÁSZLÓ: *A természettudomány a Tudós Társaság terveiben*. (Les sciences exactes dans les projets de la Société Savante – Естественные науки в проекте Общества Учёных.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 4. pp. 807–835.

VÖRÖS ANTAL: *Táncsics Mihály életpályája*. (La carrière de Mihály Táncsics – Жизненный путь Михая Танчича.) Történelem. 13. 1974. pp. 5–22.

VÖRÖS KÁROLY: *A művelődés és a kulturális élet alakulása Budapesten. 1873–1945*. Hozzászólás: VITÁNYI ISTVÁN sfb. (Développement de la civilisation et de la vie culturelle à Budapest. 1873–1945. Interventions par —. — Формирование цивилизации и культурной жизни в Будапеште, 1873–1945. Прения: —.) Tan Bp. 20 pp. 107–118.

4. Histoire de Hongrie jusqu'à la conquête arpadienne. Histoire ancienne du peuple hongrois. Histoire de Hongrie jusqu'en 1526 – История территории Венгрии до обретения родины венграми. Древнейшая история венгерского народа. История королевства Венгрии до 1526 г.

BAKAY KORNÉL: *Az avarkor időrendjéről. Újabb avar temetők a Balaton környékén*. (La chronologie de l'époque des Avars. Nouvelles cimetières avars à l'entour du Balaton – О периодизации аварской эпохи. Недавно найденные аварские могильники в окрестностях Балатона.) SomMK. 1. pp. 5–86.

BOLLA ILONA: *A közszabadság a XI–XII. században. A liber és libertas fogalom az Árpád-korban. 1–2*. (La liberté publique aux XI–XII^e siècles. La notion de «liber» et «libertas» à l'époque des rois Arpadiens – Свободные общинники в XI–XII вв. Понятия «свободный» и «свобода» в эпоху Арпадов, 1–2.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 1–2. pp. 1–29.; 1974. Tom. 17. No. 1–2. pp. 1–23.

BÓNA ISTVÁN: *A középkor hajnala. A gepidák és a longobárdok a Kárpát-medencé-*

ben. (L'aurore du Moyen-Age. Les Gepides et les Lombards dans le bassin des Carpathes – Заря средневековья. Гепиды и лонгобарды в бассейне Карпат.) Bp. 1974, Corvina. 404 p., 24 t.

BÓNIS GYÖRGY: *Decretalis Intellecto. III. Honorius a koronajavak elidegeníthetetlenségéről*. (Honorius III sur l'inaliénabilité des biens de la Couronne – Папа Гонорий III о неотчуждаемости имений короны.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 1–2. pp. 24–31.

BOROSY ANDRÁS: *XI–XII. századi harcosseregünk néhány kérdéséről*. (Sur quelques questions de la classe guerrière hongroise des XI–XII^e siècles – О некоторых вопросах положения слоя воинов в Венгрии XI–XII вв.) НК. 1974. Tom. 21. No. 1. pp. 3–27.

DIENES ISTVÁN: *A honfoglaló magyarok. 2. kiad.* (Les Hongrois au temps de la conquête arpadienne. 2^e éd. – Венгры эпохи обретения родины, изд. 2.) Bp. 1974, Corvina. 85 p., 24 t.

ELEKES LAJOS: *Mátyás király külpolitikája és Itália*. Akadémiai székfoglaló. (La politique étrangère du roi Matthias et l'Italie. Discours d'entrée à l'Académie – Внешняя политика короля Матяша и Италия. Речь при вступлении в Академию.) MTAFT. 1974. Tom. 23. No. 1. pp. 115–130.

FITZ JENŐ: *Adatok Pannónia pénzforgalmának alakulásához Vespasianus trónralépéséig*. (Données sur la circulation monétaire de la Pannonie jusqu'au commencement du règne de Vespasien – Данные о денежном обращении в Паннонии до начала правления Веспасиана.) НК. 1973–1974. Tom. 73–75. pp. 15–25.

FODOR ISTVÁN: *Einige kulturgeschichtliche Beziehungen der ungarischen Urgeschichte*. (Некоторые культурно-исторические аспекты древнейшей истории венгров.) AnnSzeg. 1971/72. pp. 157–182.

FÜGEDI ERIK: *Uram, Királyom... A XV. századi Magyarország hatalmasai*. (Mon Seigneur, mon roi... Les puissants de la Hongrie au XV^e siècle – Мой господин; мой король... Властители в Венгрии пятнадцатого века.) Bp. 1974, Gondolat. 253 p., 32 t.

GERICS JÓZSEF: *Textbezüge zwischen den ungarischen Chroniken und der Sankt-Ladislau-Legende*. (Соотношения между текстами венгерских хроник и легенды о Ласло Святом.) АН. 1973. Tom. 19. No. 3–4. pp. 273–304.

HORVÁTH JÁNOS: *Anonymus et le Manuscrit de Kassa*. (Венгерский Аноним и рукопись из города Кашша [Кошице].) ALitt. 1974. Tom. 16. No. 3–4. pp. 192–230.

HORVÁTH JÁNOS: *A Gellért-legendák keletkezése és kora*. (L'origine et l'âge des légendes de St. Gérard – Обстоятельства и время

возникновения легенд о св. Геллерте.) MSH. pp. 147-166.

KALICZ NÁNDOR: *Agyag istenek. A neolitikum és a rézkor emlékei Magyarországon.* (Dieux d'argile. Traces de l'âge néolithique et de l'âge de cuivre en Hongrie - Глиняные боги. Памятники неолита и медного века в Венгрии.) Вр. 1974, Corvina. 78 p., 24 t.

KARDOS TIBOR: *Janus Pannonius et le Moyen Age.* (Ян Панноний и средние века.) AUSBphilmod. 4. pp. 101-127.

KARSAI GÉZA: *Ki volt Anonymus? Az Anonymus-gesta kézírata, szövegkritikája, tartalmi és nyelvi problémái, különös tekintettel a palimpszeszt-szövegek fototechnikai kérdéseire.* (Qui était l'Anonyme? Manuscrit, critique de texte, problèmes du contenu et de langue des Gestes d'Anonyme, par rapport spécial aux questions phototechniques des textes palimpsestes - Кем был Аноним? Рукопись сочинения Анонима, критика его текста, проблемы его содержания и языка, главным образом в связи с вопросами фототехнического исследования текстов палимпсестов.) MSH. 1. pp. 39-60.

KIRÁLY PÉTER: *A magyarok említése a Konstantin-legendában. 1-2.* (La mention des Hongrois dans la légende de Constantin. 1-2. - Упоминание о венграх в житии Константина. 1-2.) MNy. 1974. Tom. 70. No. 1. pp. 1-10.; No. 2. pp. 157-172.

KIRÁLY PÉTER: *A magyarok említése a Metód-legendában.* (La mention des Hongrois dans la légende de Méthode - Упоминание о венграх в житии Мефодия.) MNy. 1974. Tom. 70. No. 3. pp. 269-284.; No. 4. pp. 406-430.

KLANICZAY TIBOR: *Megoldott és megoldatlan kérdések az első magyar egyetem körül.* (Questions résolues et non-résolues au sujet de la première université hongroise - Решенные и нерешенные вопросы относительно первого венгерского университета.) ITK. 1974. Tom. 78. No. 2. pp. 161-178.

KLANICZAY TIBOR: *A reneszánsz korszakolása és értelmezése.* (Division de la Renaissance en périodes et son interprétation - Периодизация эпохи Ренессанса и его трактовка.) IT. 1974. No. 2. pp. 265-282.

KRISTÓ GYULA: *Legitimitás és idoneitás. Adalékok Árpád-kori eszmetörténetünkhöz.* (Légitimité et aptitude [idoneitas]. Supplément à notre histoire d'idées de l'époque aradienne - Легитимизм и пригодность. Данные по истории идеологии в Венгрии эпохи Арпадов.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 3. pp. 585-621.

LÁSZLÓ GYULA: *The Art of the Migration Period.* Transl. BARNÁ BALOGH. Publ. with the assistance of the UNESCO. (Искусство

эпохи переселения народов. Перев. --.) Вр. 1974, Corvina. 159 p., 78 t.

LÁSZLÓ GYULA: *Steppenvölker und Germanen. Kunst der Völkerwanderungszeit.* Übertr. HERIBERT VON THIERRY. 2. Aufl. (Народы степей и германцы. Искусство эпохи переселения народов. Перев. --. 2^o изд.) Вр. - Herrsching/Ammersee - Berlin 1974, Corvina - Pawlak - Henschelverlag Kunst und Gesellschaft. 152, (18) p., 80 t.

LÁSZLÓ GYULA: *Vértesszőlőstől Puszta-szerig. Élet a Kárpát-medencében a magyar államalapításig.* (De Vértesszőlős à Puszta-szerig. Vie dans le bassin des Carpathes jusqu'à la fondation de l'Etat hongrois - От Вертешсёллеша до Пустасера. Жизнь в бассейне Карпат до основания венгерского государства.) Вр. 1974, Gondolat. 276 p., 4 t.

Magyar Anjou Legendárium. Hasonmás kiadás. Bev. tanulmányt írta, a legendaszövegeket összeáll. és sajtó alá rend. LEVÁRDY FERENC. Képszekr. SZÁNTÓ TIBOR. (Légendaire Hongrois des Anjous. Edition facsimilé. Étude préliminaire, textes des légendes réd. et mis sous presse par --. Illustr. réd. par --. - Венгерский Легендарий эпохи Анжу. Факсимильное изд. Вст. ст., сост. и подг. к печ. --. Подг. илл. --.) Вр. 1973. М. Helikon - Európa. 338 p.

MAKKAJ LÁSZLÓ: *Östliches Erbe und westliche Leihe in der ungarischen Landwirtschaft der frühfeudalen Zeit. 10-13. Jahrhundert.* (Восточное наследство и западное влияние в венгерском сельском хозяйстве эпохи раннего феодализма, 10-13 вв.) AtSz. 1974. Tom. 16. Suppl. pp. 1-53.

MÁLYUSZ ELEMÉR: *A Képes Krónika kiadásai.* (Les éditions de la Chronique Illuminée - Издания Иллюстрированной Хроники.) MSH. 1. pp. 167-186.

MÓCSY ANDRÁS: *Pannónia a korai császárság idején.* (La Pannonie à l'époque du Haut-Empire - Паннония в эпоху ранней империи.) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 202 p., 1 carte

MÓCSY ANDRÁS: *Pannónia a késői császárságban.* (La Pannonie à l'époque du Bas-Empire - Паннония в эпоху поздней империи.) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 211 p.

GALEOTTO MARZIO: *Jellemvonások Mátyás király életéből.* (De egregio sapienter et iocose dictis et factis Matthiae regis). Ford. BARNÁ F. NÁNDOR. (Traits caractéristiques de la vie du roi Matthias. Trad. par --. - Характерные черты жизни короля Матьяша. Пер. --.) Вр. 1974, Vol. 1. 163 p., 4 t. Vol. 2. 176 p., 3. t., - 5 cm.

NEMESKÜRTY ISTVÁN: *Krónika Dózsa György tettségéről. Híradás a Mohács előtti időkről.* 2. kiad. (Chronique des faits de György Dózsa. Message des temps d'avant le désastre de Mohács - Хроника о деяниях

Дьердя Дожи. Известия об эпохе до битвы при Мохаче, изд. 2.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 222 p.

RACH ZSIGMOND PÁL: *A középkori Levante-kereskedelem és Magyarország.* (Le commerce du Levant au Moyen Age et la Hongrie. – Левантийская торговля в средние века и Венгрия.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 4. pp. 476–482.

SZÉKELY GYÖRGY: *A robotgazdaságra való átmenet Közép-Kelet-Európában és az 1514-es esztendő.* Akadémiai székfoglaló. (Transition à l'économie de corvée dans l'Europe Centro-orientale et l'an 1514. Discours d'entrée à l'Académie – Переход к барщинному хозяйству в восточной части Центральной Европы и крестьянская война 1514 года.) MTAFT. 1974. Tom. 23. No. 1. pp. 85–100.

SZÜCS JENŐ: *Ferences ellenzéki áramlat a magyar parasztháború és reformáció hátterében.* (Courant d'opposition franciscain dans l'arrière plan de la guerre paysanne et de la réformation hongroises – Роль оппозиционного течения среди францисканцев в формировании идеологии крестьянской войны 1514 года и Реформации в Венгрии.) ITK. 1974. Tom. 78. No. 4. pp. 409–435.

SZÜCS JENŐ: *A ferences obszervancia és az 1514. évi parasztháború. Egy kódex tanúsága.* (L'observance franciscaine et la guerre paysanne de 1514. Le témoignage d'un manuscrit – Францисканцы-обсерванты и крестьянская война 1514 года в Венгрии. Свидетельство одного кодекса.) LK. 1972. Tom. 42. No. 2. pp. 213–264

SZÜCS JENŐ: *Teoretikus elemek Kézai Gesta Hungarorumában (1282–85). Adalék az eszmei struktúrák európai szinkronjának kialakulásához.* (Éléments théorétiques dans la Gesta Hungarorum de Kézai [1282–85]. Données sur le développement de la «synchronisation européenne» des structures d'idées – Теоретические элементы в «Деяниях венгров» Шимона Кезаи [1282–85]. Данные к истории формирования «европейской синхронности» в идеологии этого времени.) Valóság 1974. Tom. 17. No. 8. pp. 1–24.

TEKE ZSUZSA: *Velence adriai gazdaságpolitikája és a Frangepánok a XV. században.* (La politique économique de Venise et les Frangepans au XV^e siècle – Экономическая политика Венеции на адриатическом побережье и Франгепаны в XV в.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 1–2. pp. 160–169.

VÁCZY PÉTER: *Anonymus és kora.* (Anonyme et son époque – Аноним и его эпоха.) MSH. 1. pp. 13–38.

Történelmi olvasókönyv. 2. Forrásszemelvények az egyetemes történelem (476–1640) és Magyarország története (1526-ig) tanításá-

hoz. Összeáll. és jegyz. GUNST PÉTER, EPERJESSY GÉZA. Bev. és szerk. МАККАИ ЛÁSZLÓ. 4. kiad. (Chrestomatie historique. 2. Choix de sources pour l'enseignement de l'histoire universelle [476–1640] et de l'histoire de Hongrie [jusqu'à 1526]. Choix et annot. par --. Intr. et réd. par --. 4^e éd. – Хрестоматия по истории, 2. Отрывки из источников для изучения всеобщей истории [476–1640] и истории Венгрии [до 1526 г.]. Сост., прим. --. Вст. ст. и ред. --. Изд. 4.) Вр. 1974, Tankönyvkiadó. 355 p., 8 t.

VÁCZY PÉTER: *A frank háború és az avar nép.* (La guerre franque et les Avars – Франкская война и аварский народ.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 5–6. pp. 1041–1061.

5. Histoire de Hongrie 1527–1790 – История Венгрии в 1527–1790 гг.

ARATÓ ENDRE: *A magyarországi nemzeti ségek ideológiájának előzményei a XVIII. században.* Akadémiai székfoglaló. (Antécédents de l'idéologie bourgeoise-nationale des nationalités de la Hongrie au XVIII^e siècle. Discours d'entrée à l'Académie – Предпосылки формирования идеологии невенгерских национальностей в Венгрии XVIII в. Речь при вступлении в Академию.) MTAFT. 1974. Tom. 23. No. 1. pp. 49–66.

BARTA JÁNOS: *Das Bauernideal des aufgeklärten Absolutismus in Osteuropa.* (Крестьянский идеал эпохи просвещенного абсолютизма в Восточной Европе.) AUDhist. 1978. pp. 15–84.

BENCZÉDI LÁSZLÓ: *A Wesselényi-féle rendi szervezkedés kibontakozása.* (L'épanouissement de la conjuration des Ordres organisée par Wesselényi – Складывание сословной организации в заговоре Вешсленьи.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 4. pp. 596–630.

BENDA KÁLMÁN: *Abszolutizmus és rendi ellenállás az osztrák Habsburgok országában a XVI. században.* (Absolutisme et opposition des Ordres aux pays des Habsbourg autrichiens au XVI^e siècle – Абсолютизм и оппозиция сословий в странах, находившихся под властью Габсбургов в XVI в.) Valóság 1974. Tom. 17. No. 12. pp. 1–10.

CSANAK DÓRA, F.: *Le rôle de József Teleki dans une controverse scientifique française au XVIII^e siècle.* (Роль Йозефа Телеки в одном научном споре во Франции XVIII в.) ALitt. 1974. Tom. 16. No. 3–4. pp. 243–266.

CSANAK DÓRA, F.: *Teleki József szerepe egy XVIII. századi francia tudományos vitában.* (Le rôle de József Teleki dans une controverse scientifique française au XVIII^e siècle – Роль Йозефа Телеки в одном

научном споре во Франции XVIII в.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 2. pp. 405–422.

ENDREI WALTER: *Az angol karasia Magyarországon.* (Carisée anglaise en Hongrie – Вид английского сукна в Венгрии.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 4. pp. 785–806.

FENÉR GÉZA, IFJ.: *Az 1543. évi hadjárat XVI. századi török forrása: Matrakcsi Nászuhr krónikája.* (Une source turque au XVI^e siècle de la campagne de 1543: la chronique de Matraktchi Nassoukh – Турецкий источник XVI века о походе 1543 г. – хроника Матракчи Насуха.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 1–2. pp. 148–150.

FÖLDES ÉVA: *Comenius' connections with the anti-feudal movements.* (Связи Яна Амоса Коменского с антифеодальными движениями.) ComH. pp. 51–68.

HOPP LAJOS: *«Misia vagy Bolgárország» régi magyar krónikásai.* (Anciens chroniqueurs hongrois de «Misia ou Bulgarie» – Старые венгерские хронисты «Мизии или Болгарии».) FK. 1974. Tom. 20. No. 1–2. pp. 38–66.

KÁLDY-NAGY GYULA: *Szulejmán* (Soliman Сулейман.) Bp. 1974, Gondolat. 218 p., 8 t.

KÁLLAY ISTVÁN: *Reform der Städteverwaltung in den österreichischen Erbländern und in Ungarn zur Zeit Maria Teresias.* (Реформа городского управления в наследственных австрийских владениях и в Венгрии в правление Марии Терезии.) AH. 1974. Tom. 20. No. 1–2. pp. 1–21.

KATHONA GÉZA: *Fejezetek a török hódoltsági reformáció történetéből.* (Chapitres de l'histoire de la réformation sous l'asservissement turc – Главы по истории Реформации в областях, подчинённых туркам.) Bp. 1974, Akadémiai Kiadó. 250 p.

KOROKNAI ÁKOS: *Gazdasági és társadalmi viszonyok a dunai és a tiszai határörvidéken a XVIII. század elején.* (Conditions économiques et sociales aux confins militaires du Danube et de la Tisza au début du XVIII^e siècle – Экономические и социальные отношения в начале XVIII в. в пограничных областях на Дунае и Тисе.) Bp. 1974, Akadémiai Kiadó. 216 p., 1 t. (Ertekezések a történeti tudományok köréből. U.S. 73.)

KÖPECZI BÉLA: *A Thököly-felkelés külpolitikája.* (La politique étrangère du soulèvement de Thököly – Внешняя политика князя Тёкёли.) Valóság, 1974. Tom. 17. No. 7. pp. 40–49.

A Magyar Országgyűlési Emlékek sorozat 1607–1790 közti részének szerkesztési és forrásközlési szabályzata. (Statut de rédaction et de publication de sources de la partie 1607–1790 de la série «Monuments Diéaux de Hongrie». – Правила составления и публикации серии «Памятники Венгер-

ских Государственных Собраний 1607–1790 гг.».) Száz. 1974. Tom. 108. No. 2. pp. 436–475.

MAKKAI LÁSZLÓ: *A Habsburgok és a magyar rendiség a Bocskai-felkelés előestéjén.* (Les Habsbourg et la société des ordres hongrois à la veille du soulèvement de Bocskai – Габсбурги и венгерские сословия перед началом освободительного движения под руководством Бочкаи.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 1–2. pp. 155–188.

MAKKAI LÁSZLÓ: *Bocskai és európai kortársai.* (Bocskai et ses contemporains européens – Бочкаи и его европейские современники.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 4. pp. 483–494.

NEMESKÜRTY ISTVÁN: *Elfelejtett évtized. 1542–1552: tíz esztendő magyar krónikája.* (Dix ans oubliés. 1542–1552: la chronique hongroise d'une décennie – Забытое десятилетие. Венгерская хроника десяти лет – 1542–1552 гг.) Bp. 1974, Magvető. 271 p.

PARÁDI NÁNDOR: *Tata várabrázolásása Matrakcsi Nászuhr krónikájában.* (La représentation du château-fort de Tata dans la chronique de Matraktchi Nassoukh – Изображение крепости Тата в хронике Матракчи Насуха.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 1–2. pp. 141–147.

Pest-budai hivatali utasítások a XVIII. században. Szerk. BÓNIS GYÖRGY. (Ordres d'office de Pest-Buda au XVIII^e siècle. Réd. par —. – Официальные инструкции из Пешты–Буды. Сост. —.) Bp. 1974, 178 p. (Budapest Főváros Levéltára forráskiadványai 6.)

SASHEGYI OSZKÁR: *A helytartótanács bekapcsolódása a cenzúráügyek intézésébe. 1726–1730.* (L'intervention du Conseil de Palatinat dans les affaires de la censure. 1726–1730. – Приобщение наместнического совета к исполнению функций цензуры. 1726–1730.) MK. 1974. Tom. 90. No. 1–2. pp. 40–51.

SAKÁLY FERENC: *Ali, koppányi bég sarca. Adalékok a hódoltsági magyar kereskedelem problematikájához.* (La rançon d'Ali, bey de Koppány. Données relatives aux problèmes du commerce hongrois dans le territoire asservi – Трофеи копаньского бега Али. Данные к проблематике венгерской торговли на территории, подчинённой туркам.) FoIH. 2. pp. 35–56.

SZÁNTÓ IMRE: *A végvári katonaság helytállásának eszmei alapja a XVI. század második felében.* (Le fondement idéologique du dévouement des soldats des confins hongrois dans la seconde moitié du XVI^e siècle – Идеологические основы сохранения воинов пограничных крепостей во второй половине XVI в.) HK. 1974. Tom. 21. No. 3. pp. 438–462.

VÁRKONYI ÁGNES, R.: *A török kiűzésének eszméje a magyar politikai gondolkozásban a XVII. század közepén.* (L'idée de l'expulsion des Turcs dans la réflexion politique hongroise au milieu du XVII^e siècle – Идея изгнания турок в венгерской политической мысли середины XVII в.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 4. pp. 495–501.

WELLMANN IMRE: *Die neuzeitliche «landwirtschaftliche Revolution» und ihre Anfänge in Ungarn.* («Сельскохозяйственная революция» нового времени и её начало в Венгрии.) MgMuzK. 1971–1972. pp. 297–309.

ZIMÁNYI VERA: *Mouvements des prix hongrois et l'évolution européenne. XVI^e–XVII^e siècles.* (Движения цен в Венгрии и их эволюция в Европе XVI–XVII вв.) АН. 1973. Tom. 19. No. 3–4. pp. 303–333.

ZIMÁNYI VERA: *A XVII. századi gazdasági és társadalmi regresszió néhány aspektusa.* (Quelques aspects de la régression économique et sociale au XVII^e siècle – Некоторые аспекты экономического и социального упадка XVII в.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 1–2. pp. 49–60.

ZIMÁNYI VERA – HARALD PRICKLER: *Konjunktúra és depresszió a XVI–XVII. századi Magyarországon az ártörténet és a harmincadbevétel tanúságai alapján; kitekintés a XVIII. századra.* (Conjoncture et dépression en Hongrie aux XVI^e–XVII^e siècles à la base de l'histoire des prix et des revenus des trentièmes; regard sur le XVIII^e siècle – Конъюнктура и депрессия в Венгрии XVI–XVII вв. по данным истории цен и взимания тридцатины; их последствия для XVIII в.) AtSz. 1974. Tom. 16. No. 1–2. pp. 79–201.

6. Histoire de Hongrie 1791–1849 – История Венгрии в 1791–1849 гг.

BENDA KÁLMÁN: *A magyar nemesi mozgalom 1790-ben.* (Le mouvement nobiliaire en 1790 – Движение венгерского дворянства в 1790 г.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 1–2. pp. 183–210.

BORÚS JÓZSEF: *Tiszafüred – és a hozzá vezető út. A politikai és katonai vezetés viszonya 1849. február–március.* (Tiszafüred et le chemin qui y conduisit. Le rapport entre la conduite politique et militaire en février–mars 1849. – Тисафюред и путь к нему. Отношения между политическим и военным руководством в феврале–марте 1849 г.) НК. 1974. Tom. 21. No. 2. pp. 197–231.

FALLENBÜCHL ZOLTÁN: *A Magyar Kamara tisztviselői II. Józseftől a polgári forradalomig. 1780–1848.* (Les fonctionnaires de la

Chambre Hongroise à partir de Joseph II jusqu'à la révolution bourgeoise. 1780–1848. – Должностные лица Венгерской Палаты со времени правления Иосифа II до буржуазной революции, 1780–1848 гг.) LK. 1972. Tom. 43. No. 2. pp. 327–396.

GERGELY ANDRÁS: *Tudományos emlékülés az 1848-as magyar forradalom 125. évfordulójának tiszteletére. 1973. dec. 13–14.* (Séance scientifique commémorative à l'occasion du 125^e anniversaire de la révolution hongroise de 1848. 13–14 décembre 1973. – Научная сессия, посвящённая столетиям двадцатипятилетию венгерской революции 1848 года, 13–14 декабря 1973 г.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 2. pp. 553–566.

KERÉNYI FERENC: *Az első magyar hivatásos színtársulat társadalmi kapcsolatairól.* (Sur les rapports sociaux de la première troupe professionnelle en Hongrie – О социальных связях первой венгерской профессиональной театральной труппы.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 2. pp. 423–435.

KOMORÓCZY GYÖRGY: *A reformkori Debrecen.* (Debrecen à l'époque des réformes – Дебрецен в эпоху реформ.) Debrecen 1974. 355 p., 2 t.

KOVÁCS ENDRE: *A magyar szabadságharc mérlege a francia sajtóban.* (Le bilan de la guerre d'indépendance hongroise de 1848 dans la presse française – Оценка освободительной борьбы Венгрии во французской печати.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 1–2. pp. 76–109.

KOVÁCS JÓZSEF: *Teleki Sándor visszaemlékezései az aradi vértanúk kivégzéséről.* (Les mémoires de Sándor Teleki sur l'exécution des martyrs d'Arad – Воспоминания Шандора Телеки о казни арадских мучеников.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 5–6. pp. 1176–1186.

MANN MIKLÓS: *Trefort Ágoston a reformkorban.* (Ágoston Trefort à l'époque des réformes – Агоштон Трефорт в эпоху реформ.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 5–6. pp. 1110–1141.

PÁNDI PÁL: *Petőfi és a nemzetiségek.* (Petőfi et les nationalités – Петёфи и невенгерские национальности.) Kortárs, 1974. Tom. 17. No. 3. pp. 419–447.

SÁRKÖZI ZOLTÁN: *Az erdélyi szászok 1848/1849-ben.* (Les Saxons de Transylvanie en 1848/1849 – Саксы [сасы] Трансильвании в 1848/1849 г.) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 99 p., 4 t. (Értekezések a történeti tudományok köréből. U.S. 74.)

SPIRA GYÖRGY: *1848 nagyhete Pesten.* (La semaine sainte de 1848 à Pest – Страстная неделя 1848 года в Пеште.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 2. pp. 323–369.

SPIRA GYÖRGY: *A Hungarian Count in the revolution of 1848.* Transl. THOMAS LAND.

(Венгерский граф в революции 1848 г.) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 345 p., 2 t., 1 carte.

SPIRA GYÖRGY: *A magyar negyvennyolc pártjai mai szemmel.* (Les partis du '48 hongrois vus d'aujourd'hui – Венгерские партии сорок восьмого года сегодняшними глазами.) МТ. 1974. No. 7–8. pp. 427–441.

SPIRA GYÖRGY: *A magyar negyvennyolc társadalmi ellentétéről mai szemmel.* (Des antagonismes sociaux du '48 hongrois vus d'aujourd'hui – Сегодняшняя оценка социальных противоречий в Венгрии сорок восьмого года.) МТ. 1974. No. 11. pp. 709–716.

VARGA ENDRE: *A királyi Curia. 1780–1850.* (La Cour royale. 1780–1850. – Королевская курия, 1780–1850.) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 274 p.

VÖRÖS KÁROLY: *A parasztság útja a polgári forradalomhoz.* (La voie de la paysannerie menant à la révolution bourgeoise – Путь крестьянства к буржуазной революции.) ТSz. 1973. Tom. 16. No. 1–2. pp. 208–244.

7. Histoire de Hongrie 1849–1919 – История Венгрии в 1849–1919 гг.

ARANYOSSI MAGDA: *Frankel Leó.* (Léo Frankel – Лео Франкель) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 216 p., 1 t. (Életek és korok)

BELETZKY JÁNOS: *Adalékok a Salgótarjáni Kőszénbánya RT. bányászainak munka- és életkörülményeihez. Az 1870-es évek igazgatósági levelezéséből.* (Données sur les conditions de travail et de vie des mineurs de la Houillère de Salgótarján S.A. Choix de la correspondance des années 1870 de la direction – Данные об условиях жизни и труда горняков акционерного общества «Шалготарьянские угольные шахты». Из переписки дирекции семидесятих годов XIX в.) NógrádmMK. 20. pp. 185–231.

BORSÁNY GYÖRGY: *Kún Béla.* (Béla Kún – Бела Кун.) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 218 p., 1 t. (Életek és korok)

DIÓSZEGI ISTVÁN: *Die Österreichisch-Ungarische Monarchie in der neueren ungarischen Geschichtsliteratur.* (Австро-Венгерская Монархия в новейшей венгерской исторической литературе.) AUSBhist. 14. pp. 321–328.

DIÓSZEGI ISTVÁN: *Österreich-Ungarn und der französisch-preussische Krieg.* Übers. JOHANNA TILL. (Австро-Венгрия во франко-прусской войне. Перев. --.) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 311 p.

Dokumentumok a munkásmozgalom történetéhez Somogy megyében. Összeáll. T.

MÉREY KLÁRA, KANYAR JÓZSEF, KÁVÁSSY SÁNDOR, ANDRÁSSY ANTAL. (Documents relatifs à l'histoire du mouvement ouvrier au comitat Somogy. Réd. pag. --. Документы по истории рабочего движения в комитате Шомодь. Сост. --.) SomogyMM. 1870–1918. pp. 282–380.

DOLMÁNYOS ISTVÁN: *Az 1907. évi politikai sztrájk és a koalíciós kormány.* (La grève politique de 1907 et le gouvernement de coalition – Политическая стачка 1907 года и коалиционное правительство.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 2. pp. 370–404.

DOLMÁNYOS ISTVÁN: *Die Fiumaner Resolution und die Koalition der ungarischen Oppositionsparteien von 1905.* (Фиумская резолюция и коалиция венгерских оппозиционных партий 1905 г.) SSI. 1974. Tom. 20. No. 3–4. pp. 323–360.

GÁBOR SÁNDORNÉ: *Szamuely Tibor.* (Tibor Szamuely – Тибор Самуэли) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 246 p., 1 t. (Életek és korok)

GÁLÁNTAI JÓZSEF: *Magyarország az első világháborúban. 1914–1918.* (La Hongrie dans la première guerre mondiale. 1914–1918. – Венгрия в первой мировой войне, 1914–1918.) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 452 p., 4 cartes.

GLATZ FERENC: *Polgári fejlődés és nacionalizmus Magyarországon a XIX. században. Eszmetörténet és társadalomtörténet.* (Développement bourgeois et nationalisme en Hongrie au XIX^e siècle. Histoire des idées et histoire de la société – Капиталистическое развитие и национализм в Венгрии XIX века. История идеологии и история общества.) ТSz. 1974. Tom. 17. No. 1–2. pp. 248–260.

HANÁK PÉTER: *Deák húsvéti cikkének előzményei.* (Antécédents à l'article de Pâques de Deák – Предыстория пасхальных статей Деака.) ТSz. 1974. Tom. 17. No. 4. pp. 565–589.

JESZENSZKY GÉZA: *Magyarország az I. világháború előtti negyedszázad angol nyelvű kiadványaiban.* (La Hongrie dans les publications de langue anglaise du quart de siècle précédant la première guerre mondiale – Венгрия в англоязычных изданиях, вышедших в свет в течение двадцатипятилетия перед первой мировой войной.) ESzKÉvk. 1970–1971. pp. 405–432.

JÓZSA ANTAL: *Участие русских военнопленных-интернационалистов в венгерских революциях 1918–1919 гг. – (Participation des prisonniers de guerre russes – internationalistes aux révolutions hongroises en 1918–1919.)* АН. 1974. Tom. 20. No. 1–2. pp. 55–101.

KÁVÁSSY SÁNDOR: *Latinca-dokumentumok.* (Documents Latinca – Документы Латинки.) ААгт. 12. pp. 301–324.

KENDE JÁNOS: *A szakszervezetek szerepe a Tanácsköztársaság államában.* (Le rôle des syndicats dans l'État de la République des Conseils – Роль профсоюзов в государстве Венгерской Советской Республики.) PtK. 1974. Tom. 20. No. 4. pp. 65–101.

KENDE ZSIGMOND: *A Galilei Kör megalakulása.* Bev. HANÁK PÉTER. Jegyz. LITVÁN GYÖRGY. (La formation du Cercle Galilée. Préface par —. Annot. par —. — Образование кружка Галилея. Вст. ст. —. Прим. —.) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 195 p., 1 t.

KRETZOI MIKLÓSNÉ: *Az amerikai polgárháború a magyar sajtóban 1861–1865 között.* (La guerre civile américaine dans la presse hongroise entre 1861–1865. — Гражданская война в Америке в освещении венгерской печати 1861–1865 гг.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 3. pp. 680–698.

LITVÁN GYÖRGY: *Az első világháború és az 1918/19-es forradalmak magyar vonatkozású anyagai a francia levéltárakban* (Matières dans les archives françaises ayant rapport à la Hongrie et couvrant la première guerre mondiale et les révolutions de 1918–1919 – Материалы французских архивов по истории Венгрии в годы первой мировой войны и по истории революций 1918/19 гг. в Венгрии.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 1–2. pp. 265–272.

LITVÁN GYÖRGY: *Szabó Ervin.* (Ervin Szabó – Эрвин Сабо.) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 274 p. 1 t. (Életek és korok)

A Magyar Tanácsköztársaság Vörös Hadseregének hadműveleti naplója. 1919. április 21 – 1919. július 31. Összeáll. és bev. LITVAI ERVIN. (Journal des opérations militaires de l'Armée Rouge de la République Hongroise des Conseils. 21 avril 1919 – 31 juillet 1919. Réd. et préface par —. — Дневник военных операций Красной Армии Венгерской Советской Республики. 21 апреля 1919 г. – 31 июля 1919 г. Сост., вст. ст. —.) Вр. 1974, Zrínyi Kiadó. 195 p.

MAYER MÁRIA: *A ruszinok (kárpátukránok) és az 1865. évi képviselőválasztás.* (Les carpathoukrainiens et les élections législatives en 1865 – Русины (закарпатские украинцы) и парламентские выборы 1865 года.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 5–6. pp. 1142–1175.

MÉREY KLÁRA, T.: *A gazdasági és társadalmi viszonyok fejlődése Somogy megyében a dualizmus korában.* (Le développement des conditions économiques et sociales au comitat Somogy à l'époque du dualisme – Развитие экономических и социальных отношений в комитате Шомодь в эпоху дуализма.) SomogyMM. 1870–1918. pp. 5–120.

MÉSZÁROS KÁROLY: *Armeearganisatorische Tätigkeit des Oberkommandos. August – November 1919.* (Деятельность высшего ко-

мандования по организации армии, август – ноябрь 1919 г.) AUSBhist. 14. pp. 275–320.

MUCSI FERENC: *A szocialista munkásmozgalom fejlődése a dualizmus korában.* (Le développement du mouvement ouvrier socialiste à l'époque du dualisme – Развитие социалистического рабочего движения в эпоху дуализма.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 4. pp. 537–542.

NEMES DEZSŐ: *Az imperialista háború támogatásának ideológiája és taktikája az MSzDP-ben 1915 májusától 1917 februárig.* (Idéologie et tactique de l'appui de la guerre impérialiste dans le Parti Social-Démocrate de Hongrie du mai 1915 au février 1917 – Идеология и тактика поддержки империалистической войны в Венгерской социалдемократической партии с мая 1915 г. до февраля 1917 г.) PtK. 1974. Tom. 20. No. 1. pp. 100–162.

NEMES DEZSŐ: *Die Ungarländische Sozialdemokratische Partei und der erste Weltkrieg.* (Социал-демократическая партия Венгрии и первая мировая война.) АН. 1974. Tom. 20. No. 1–2. pp. 23–54.

PÁSZTOR IMRE: *A Kossuth-emigráció Bulgáriában.* (L'émigration Kossuth en Bulgarie – Кошут в болгарской эмиграции.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 1–2. pp. 144–154.

PÓK ATTILA: *Néhány dokumentum a «Huszadik Század» történetéhez.* (Quelques documents relatifs à l'histoire de la revue «Huszadik Század» (Vingtième siècle) – Несколько документов по истории журнала «Двадцатый век».) Száz. 1974. Tom. 108. No. 5–6. pp. 1187–1206.

POGÁNY MÁRIA: *A vasútépítő munkások bér- és életviszonyai a magyar vasútépítés hőskorában. 1846–1873.* (Les conditions de salaire et de vie des ouvriers constructeurs de chemins de fer à l'époque héroïque de la construction des chemins de fer hongrois. 1846–1873. — Зарплата и условия жизни рабочих, занятых на строительстве железных дорог в годы их интенсивного строительства, 1846–1873.) StSz. 1974. Tom. 16. No. 3–4. pp. 405–425.

PUSKÁS JULIA: *Kivándorlás Magyarországról az Egyesült Allamokba 1914 előtt.* (Emigration de la Hongrie aux Etats-Unis avant 1914 – Эмиграция из Венгрии в Соединённые Штаты перед 1914 г.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 1–2. pp. 32–68.

RÁNKI GYÖRGY: *A Monarchia gazdasági fejlődésének kérdései.* (Questions du développement économique de la Monarchie – Вопросы экономического развития Австро-Венгерской Монархии.) Világosság 1974. Tom. 15. No. 6. pp. 333–341.

RÉTI L. LÁSZLÓ: *A Rimamurány-Salgótarjáni Vasmű RT. az első világháborúban.* (L'Usine Sidérurgique de Rimamurány-Salgótarján S.A.

pendant la première guerre mondiale – Металлургический комбинат акционерного общества в Римамурани-Шалготарьяне в годы первой мировой войны.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 3. pp. 622–645.

SARLÓS BÉLA: *Az 1909. évi adóreform és a világháborús adótörvények.* (La réforme sur les impôts de l'an 1909 et les lois sur les impôts pendant la première guerre mondiale – Налоговая реформа 1909 г. и законы о налогах периода первой мировой войны.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 1–2. pp. 69–100.

SKLÓS ANDRÁS: *A Monarchia felbomlása és a magyarországi kormányzati válság 1918 októberében.* (La dissolution de la Monarchie et la crise gouvernementale en Hongrie en octobre 1918. – Распад Австро-Венгерской Монархии и правительственный кризис в Венгрии в октябре 1918 г.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 3. pp. 372–395.

SOÓS ISTVÁN: *Tisza és az Osztrák-Magyar Monarchia kormánya a háborús válságban.* (Tisza et le gouvernement de la Monarchie Austro-Hongroise pendant la crise de guerre – Тиса и правительство Австро-Венгерской Монархии во время военного кризиса.) BőF. pp. 229–246.

SZABÓ MIKLÓS: *Prohászka Ottokár és a katolikus egyházi reformtörekvések. 1896–1914.* (Ottokár Prohászka et les aspirations à la réforme ecclésiastique catholique. 1896–1914 – Оттокар Прохаска и попытки проведения реформ в католической церкви.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 1–2. pp. 257–264.

SZABÓ MIKLÓS: *Új vonások a századfordulói magyar konzervatív politikai gondolkodásban.* (Traits nouveaux dans la pensée politique conservative en Hongrie au tournant du siècle – Новые черты в венгерской консервативной политической мысли на рубеже XIX–XX вв.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 1. pp. 3–66.

Történelmi Olvasókönyv. 4/1. KISLAKY KÁROLY: *Forrásszemelvények az egyetemes és a magyar történelem tanításához. 1848–1914. 2. kiad.* (Chrestomatie historique. 4/1. --: Choix de sources pour l'enseignement de l'histoire universelle et hongroise. 1848–1914. 2e éd. – Хрестоматия по истории, 4/1. --: Отрывки из источников для изучения всеобщей и венгерской истории, 1848–1914. Изд. 2.) Bp. 1974, Tankönyvkiadó. 322 p.

VINCZE EDIT, S.: *Tervek és kísérletek szociáldemokrata párt létrehozására Ausztriában és Magyarországon. 1861–1871.* (Projets et essais pour constituer un parti socialdémocrate en Autriche et en Hongrie. 1861–1871. – Планы и попытки создания социал-демократической партии в Австрии и

Венгрии. 1861–1871.) PtK. 1974. Tom. 20. No. 3. pp. 3–51.

VÖRÖS KÁROLY: *«Grandeur et décadence» de Károly Francsics, barbier à Veszprém. Un petit bourgeois en Hongrie au XIXe siècle à la lumière de son journal.* («Возвышение и падение» Кароя Франчича, парикмахера из Веспрема. Мелкий буржуа в Венгрии XIX в. по данным его дневника.) АН. 1973. Tom. 19. No. 3–4. pp. 365–378.

8. Histoire de Hongrie 1919–1945 – История Венгрии в 1919–1945 гг.

BOROS ZSUZA: *Német fogságból menekült francia hadifoglyok Magyarországon a második világháború alatt.* (Prisonniers de guerre français évadés d'Allemagne en Hongrie pendant la seconde guerre mondiale – Беглые французские военнопленные в Венгрии в годы второй мировой войны.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 3–4. pp. 429–436.

BOROS ZSUZA: *Les prisonniers de guerre français évadés d'Allemagne en Hongrie pendant la seconde guerre mondiale.* – (Беглые французские военнопленные в Венгрии в годы второй мировой войны.) Néhong. 9. pp. 177–188.

CSATÁRI DÁNIEL: *Dans la tourmente. Les relations hungaro-roumaines de 1940 à 1945.* Trad. AIMÉE MARTEL. (Венгеро-румынские отношения в 1940–1945 гг.) Bp. 1974, Akadémiai Kiadó. 418 p.

CSATÁRI DÁNIEL: *1939 szeptembere és a nemzeti kérdés dilemmái.* (Septembre 1939 et les dilemmes de la question nationale – Сентябрь 1939 г. и дилеммы национального вопроса.) IT. 1974. Tom. 6. No. 4. pp. 981–998.

DIÓSZEGI ISTVÁN: *Két világháború árnyékában. Nemzetközi kapcsolatok története. 1919–1939.* (A l'ombre de deux guerres mondiales. Histoire des relations internationales. 1919–1939. – Под знаком двух мировых войн. История международных отношений 1919–1939 гг.) Bp. 1974, Gondolat. 340 p.

Dokumentumok Ságvári Endre életéből. Irga és összeáll. SÁGVÁRI ÁGNES. (Documents de la vie d'Endre Ságvári. Écr. et réd. par --. – Документы о жизни Эндре Шагвари. Сост. --.) Bp. 1974. 158 p.

ERDEI FERENC: *Magyar falu. Bp. 1940. Hasonmás kiadás.* + KULCSÁR KÁLMÁN: *Falukutatás és falupolitika a «Magyar falu»-ban.* (Le village hongrois. Bp. 1940. Éd. facsimilé. + --: Recherches et politique de village dans le «Magyar falu» (Village hongrois). – Венгерская деревня. Факсимильное изд. + --: Исследование деревни и политика

по отношению к деревне в «Венгерской деревне».) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 246 p.

ERDEI FERENC: *Magyar város. Vp. 1939. Hasonmás kiadás. Utószó: KULCSÁR KÁLMÁN.* (La ville hongroise. Vp. 1939. Ed. facsimilé. Postface par —. — Венгерский город. Факсимильное изд. Послесловие —.) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 255 p.

FÖLDES FERENC: *A munkásság kulturális helyzete Magyarországon.* (Les conditions culturelles de la classe ouvrière en Hongrie — Культура рабочего класса в Венгрии.) MMSzoc. pp. 358–372.

GLATZ FERENC: *A második világháborús historiográfiai konferencia főbb vitakérdései.* (Les principaux sujets débattus par la conférence d'historiographie de la seconde guerre mondiale — Основные вопросы дискуссии на конференции по историографии второй мировой войны.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 3–4. pp. 268–487.

GLATZ FERENC: *Les principaux sujets débattus par la conférence d'historiographie de la seconde guerre mondiale.* (Основные вопросы дискуссии на конференции по историографии второй мировой войны.) АН. 1974. Tom. 20. No. 3–4. pp. 421–445.

GUNST PÉTER: *La production agricole en Hongrie entre les deux guerres mondiales.* (Сельскохозяйственное производство в Венгрии между двумя мировыми войнами.) АН. 1974. Tom. 20. No. 1–2. pp. 103–136.

HAIPÁL GYULA: *Áralakulás a két világháború között. Mezőgazdasági termékek ára.* Kiad. a Központi Statisztikai Hivatal, Könyvtár és Dokumentációs Szolgálat. (Développement des prix pendant la période d'entre-deux-guerres. Le prix des produits agricoles. Publ. par —. — Ценообразование между двумя мировыми войнами. Цены на сельскохозяйственную продукцию. Изд. —.) Вр. 1973, Statisztikai Kiadó. Polycop. 657 p.

JUHÁSZ GYULA: *Két tárgyalás 1943 tavaszán. Feljegyzések Kállay Miklós 1943. április 1-i római és Horthy Miklós 1943. április 16/17-i klessheimi tárgyalásairól.* (Deux négociations au printemps de 1943. Notes sur les négociations de Miklós Kállay au 1^{er} avril 1943 à Rome et sur celles de Miklós Horthy les 16–17 avril 1943 à Klessheim — Переговоры весной 1943 г. Заметки о переговорах Миклоша Каллая 1 апреля 1943 г. в Риме и Миклоша Хорти 16/17 апреля 1943 г. в Клессхейме.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 3–4. pp. 488–530.

JUHÁSZ GYULA: *Politikai és diplomácia-történeti irodalom Magyarország második világháborús történetéről.* (Littérature d'histoire politique et diplomatique sur l'histoire de la Hongrie pendant la seconde guerre mondiale — Политическая и историко-

дипломатическая литература по истории Венгрии в годы второй мировой войны.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 3–4. pp. 312–329.

KANYAR JÓZSEF: *Brit diplomáciai iratok a magyarországi földreformok történetéhez. 1920–1945.* (Documents diplomatiques britanniques au sujet de l'histoire des réformes agraires en Hongrie — Британские дипломатические документы относительно аграрной реформы в Венгрии, 1920–1945.) LK. 1972. Tom. 43. No. 2. pp. 403–418.

KOROM MIHÁLY: *Horthy kísérlete a háborúból való kiválaszra és a szövetséges nagyhatalmak politikája. 1–2. rész.* (La tentative de Horthy de sortir de la guerre et la politique des puissances alliées. Parties 1–2. — Попытка Хорти выйти из войны и политика великих держав относительно союзников.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 4. pp. 836–878.; No. 5–6. pp. 1062–1109.

KOROM MIHÁLY: *Az Ideiglenes Nemzetgyűlés és Kormány létrehozásának előkészítése.* (La préparation de la convocation de l'Assemblée Nationale Provisoire et de la création du Gouvernement Provisoire — Подготовка созыва Временного Национального Собрания и создания Временного Правительства.) PtK. 1974. Tom. 20. No. 4. pp. 102–134.

KOROM MIHÁLY: *Magyar átállási lehetőségek és tervek 1944. október végén és novemberben.* (Chances et projets hongrois de passer aux Alliés à la fin d'octobre et en novembre 1944 — Возможности и проекты Венгрии перейти на сторону союзников в конце октября и в ноябре 1944 г.) НК. 1974. Tom. 21. No. 2. pp. 232–305.

LASKÓ MIKLÓS: *A Blum-tézis.* (Les thèses de Blum — Тезисы Блюма.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 3. pp. 360–371.

LASKÓ MIKLÓS: *A népi mozgalom az 1930-as évek magyar szellemi válságában.* (Le mouvement populaire dans la crise intellectuelle hongroise des années trente — Народное движение в духовном кризисе Венгрии тридцатых годов XX в.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 4. pp. 543–551.

MARKOVITS GYÖRGY: *Emigráns magyar lapok Dél-Amerikában a második világháború éveiben.* (Presse périodique des émigrés hongrois en Amérique du Sud aux années de la seconde guerre mondiale — Газеты венгерской эмиграции в Южной Америке в годы второй мировой войны.) OSzKévk. 1970–1971. pp. 433–443.

MAROSÁN GYÖRGY: *Tűzes kemence. Visz-szaemlékezések. 2. kiad.* (Four brûlant. Souvenirs. 2^e éd. — Пылающий очаг. Воспоминания. Изд. 2.) Вр. 1974, Magvető. 653 p.

MIRNIC, JOSIP: *A bácskai németek a Magyarországi Németek Népi Szövetsége keretében.* (Les Allemands de Bačka dans le cadre

du Volksbund de Hongrie – Немцы Бачки в «Фольксбунде» Венгрии.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 3–4. pp. 443–467.

MOLNÁR ERIK (PÁLFAI ISTVÁN): *A munkásarisztokrácia Magyarországon.* (L'aristocratie ouvrière en Hongrie – Рабочая аристократия в Венгрии.) MMSzoc. pp. 260–271.

MOLNÁR ERIK (SZETMIKLÓSSY LAJOS): *A magyar munkásság osztályszerkezetének változásai a kapitalizmus általános válságában.* (Les changements de la structure de la classe ouvrière hongroise dans la crise générale du capitalisme – Изменения структуры венгерского рабочего класса в период общего кризиса капитализма.) MMSzoc. pp. 272–281.

NAGY ZSUZSA, L.: *Jászi és a hazai polgári radikálisok kapcsolata a két világháború között.* (Les relations de Jászi et les bourgeois radicaux hongrois entre les deux guerres mondiales – Связь Яси с буржуазными радикалами Венгрии между двумя мировыми войнами.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 4. pp. 631–649.

NEMESKÜRTY ISTVÁN: *Requiem egy hadseregért. Dokumentumregény.* 3. kiad. (Réquiem pour une armée. Roman documentaire. 3e éd. – Реквием по одной армии. Документальный роман, изд. 3.) Вр. 1974, Magvető. 243 p.

ÖRDÖGH PIROSKA: *Törekvések antifasiszta egységfront megteremtésére Magyarországon 1934-ben.* (Efforts pour la création d'un front unique antifasciste en Hongrie en 1934 – Усилия по созданию единого антифашистского фронта в Венгрии в 1934 г.) AUSzsgos. 13. pp. 19–102.

PÖLÖSKEI FERENC: *Bethlen István törekvései az ellenforradalmi rendszer konszolidálására. 1921–1922.* (Aspirations d'István Bethlen à la consolidation du système contre-révolutionnaire. 1921–1922. – Стремления Иштвана Бетлена консолидировать контрреволюционный режим, 1921–1922 гг.) PtK. 1974. Tom. 20. No. 3. pp. 52–87.

PRITZ PÁL: *A kieli találkozó. Forráskritikai tanulmány.* (La rencontre de Kiel. Etude de critique de sources – Свидание в Киле. Критическое исследование источников.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 3. pp. 646–679.

RÁNKI GYÖRGY: *East-Central Europe and World War II. Some questions of the new literature.* (Восточная часть Центральной Европы и вторая мировая война. Некоторые вопросы, затронутые в новейшей литературе.) АН. 1974. Tom. 20. No. 1–2. pp. 191–219.

RÉTI L. LÁSZLÓ: *A Rimamurány-Salgótarjáni Vasmű RT. a második világháborúban.* (L'Usine Sidérurgique de Rimamurány-Salgótarján S.A. pendant la seconde guerre mondiale – Металлургический комбинат акционерного общества в Римамурании-

Шалготарьяне в годы второй мировой войны.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 1–2. pp. 170–187.

SZINAI MIKLÓS: *Sajtócenúra Magyarországon a második világháború alatt.* (Censure de presse en Hongrie pendant la seconde guerre mondiale – Цензура в Венгрии во время второй мировой войны.) МК. 1974. Tom. 90. No. 3–4. pp. 346–355.

TELEKI ÉVA: *Nyilas uralom Magyarországon. 1944. október 16 – 1945. április 4.* (Régime des Croix Fléchées en Hongrie. 16 octobre 1944 – 4 avril 1945. – Господство нилашистов в Венгрии, 16 октября 1944 г. – 4 апреля 1945 г.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 387 p.

TILKOVSKY LÓRÁNT: *Pál Teleki. 1879–1941. A biographical sketch.* (Пал Телеки, 1879–1941. Биографический очерк.) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 70 p. (Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae 86.)

TILKOVSKY LÓRÁNT: *SS-toborzás Magyarországon.* (Recrutement des SS en Hongrie – Набор войск СС в Венгрии.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó, 191 p.

TILKOVSKY LÓRÁNT: *Die Werbeaktionen der Waffen-SS in Ungarn.* – (Набор войск СС в Венгрии.) АН. 1974. Tom. 20. No. 1–2. pp. 339–355.

TURÓCZY KÁROLY: *Adalékok a magyar ellenforradalmi rendszer háborús készülődéséhez. 1937–1938.* (Données relatives aux préparations à la guerre du régime contre-révolutionnaire hongrois. 1937–1938. – Данные относительно военных приготовлений контрреволюционного режима, 1937–1938.) НК. 1974. Tom. 21. No. 4. pp. 647–666.

9. Histoire de Hongrie depuis 1945 – История Венгрии после 1945 г.

BALOGH SÁNDOR: *A baloldali erők küzdelme a közigazgatás demokratizálásáért. Az 1946. évi bélista végrehajtása és revíziója.* (La lutte des forces de la gauche pour la démocratisation de l'administration publique. Exécution et révision de la suppression d'emplois en 1946 – Борьба левых сил за демократизацию администрации, Сокращение штатов 1946 г. и пересмотр этой акции.) PtK. 1974. Tom. 20. No. 2. pp. 55–87.

BALOGH SÁNDOR: *Konstituierung und Programm der Tildy-Regierung.* (Конституирование и программа правительства Тильди.) AUSBhist. 14. Tom. 213–244.

BEREND T. IVÁN: *A szocialista gazdaság fejlődése Magyarországon. 1945–1968.* (Le développement de l'économie socialiste en Hongrie. 1945–1968. – Развитие социалистической экономики Венгрии, 1945–1968 гг.) Вр. 1974, Közgazdasági és Jogi Kiadó. 236 p.

Budapest statisztikai évkönyve. 1974. Kiad. a Központi Statisztikai Hivatal, Fővárosi igazgatóság. (Annuaire statistique de Budapest. Ed. par --. - Статистический ежегодник Будапешта. Изд. --.) Вр. 1974, Statisztikai Kiadó. Polycor. 408 p.

EMBER Győző: *A Magyar Országos Levéltár öt éve. 1966-1970.* (Cinq ans des Archives Nationales Hongroises. 1966-1970. - Пять лет работы Государственного Архива Венгрии: 1966-1970 гг.) LK. 1972. Tom. 43. No. 2. pp. 441-515.

Hatályos jogszabályok gyűjteménye. 1945-1972. 2. köt. Minisztertanácsi rendeletek és minisztertanácsi határozatok. Összeáll. a Minisztertanács, Titkárság; Igazságügyminisztérium stb. dolgozóiból alakult munkaközösség, vez. GÁL TIVADAR, KATONA ZOLTÁN, SZILBEREKY JENŐ. (Recueil des règles de droit en vigueur. 1945-1972. Tome 2. Décrets et arrêtés du Conseil des Ministres. Réd. par la collectivité de travail de --. - Собрание действующих правовых установлений, 1945-1972, т. 2. Распоряжения и решения Совета Министров. Сост. рабочая группа --.) Вр. 1974, Közgazdasági és Jogi Kiadó. 960 p.

Hatályos jogszabályok gyűjteménye. 1945-1972. 3. köt. Miniszteri rendeletek. 1. A belkereskedelmi miniszter rendeletei. Összeáll. a Minisztertanács, Titkárság; Igazságügyminisztérium stb. dolgozóiból alakult munkaközösség, vez. GÁL TIVADAR, KATONA ZOLTÁN, SZILBEREKY JENŐ. (Recueil des règles de droit en vigueur. 1945-1972. Tome 3. Décrets du ministre. 1. Décrets du Ministre du Commerce Intérieur. Réd. par la collectivité de travail de --. - Собрание действующих правовых установлений. 1945-1972. т. 3: Распоряжения министров; 1: Распоряжения министра внутренней торговли. Сост. рабочая группа --.) Вр. 1974, Közgazdasági és Jogi Kiadó. 935 p.

Hatályos jogszabályok gyűjteménye. 1945-1972. 3. köt. Miniszteri rendeletek. 2. A mezőgazdasági és élelmiszerügyi miniszter rendeletei. A művelődésügyi miniszter rendeletei. Összeáll. a Minisztertanács, Titkárság; Igazságügyminisztérium stb. dolgozóiból alakult munkaközösség, vez. GÁL TIVADAR, KATONA ZOLTÁN, SZILBEREKY JENŐ. (Recueil des règles de droit en vigueur. 1945-1972. Tome 3. Décrets du ministre. 2. Décrets du ministre de l'Agriculture et de l'Alimentation. Décrets du Ministre de Travail. Décrets du Ministre de la Culture. Réd. par la collectivité de travail de --. - Собрание действующих правовых установлений. 1945-1972, т. 3: Распоряжения министров, 2: Распоряжения министра сельского хозяйства и продовольствия. Распоряжения министра

труда. Распоряжения министра культуры. Сост. рабочая группа --.) Вр. 1974, Közgazdasági és Jogi Kiadó. 952-1672 p.

Hatályos jogszabályok gyűjteménye. 1945-1972. 4. köt. Miniszteri rendeletek. Összesített szám- és tárgymutató. Összeáll. a Minisztertanács, Titkárság; Igazságügyminisztérium stb. dolgozóiból alakult munkaközösség, vez. GÁL TIVADAR, KATONA ZOLTÁN, SZILBEREKY JENŐ. (Recueil des règles de droit en vigueur. 1945-1972. Tome 4. Décrets du ministre. Répertoire de cotes et de sujets. Réd. par la collectivité de travail de --. - Собрание действующих правовых установлений, 1945-1972, т. 4: Распоряжения министров. Номерной и предметный указатель. Сост. рабочая группа --.) Вр. 1974, Közgazdasági és Jogi Kiadó. 984 p.

HOLLÓS ERVIN - LAJTAI VERA: *Köztársaság-tér 1956.* (Köztársaság-tér [Place de la République à Budapest] 1956. - Площадь Республики - 1956.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 320 p., 8 t.

Internationale Konferenz für Betriebsgeschichte. 2. Org. Heimatkunde - Lokalgeschichte. Fachabteilung für Betriebsgeschichte der Ungarischen Historischen Gesellschaft. Hrg.: Heimatkundliches Komitee der Patriotischen Volksfront. Gekürztes Protokoll. Red. PÉTER SIROS. (Международная конференция по истории предприятий. Орг. --. Изд. --.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 76 p.

KADÁR JÁNOS: *For a socialist Hungary. Speeches, articles, interviews. 1968-1972.* Transl. GYULA GULYÁS, KÁROLY RAVASZ. (За социалистическую Венгрию. Речи, статьи, беседы. 1968-1972.) Вр. 1974, Corvina. 404 p.

KADÁR JÁNOS: *Válogatott beszédek és cikkek. 1957-1973.* (Discours et articles choisis. 1957-1973. - Избранные речи и статьи, 1957-1973.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 445 p.

KARSAI ELEK - TÓTH SÁNDOR: *Új ország született.* Kiad. a Magyar-Szovjet Baráti Társaság. (Un pays nouveau est né. Ed. par --. - Родилась новая страна. Изд. --.) Вр. 1974. 149 p.

KÖNYA SÁNDOR: *Az Akadémia átszervezése 1949-ben.* (La réorganisation de l'Académie en 1949 - Реорганизация Академии в 1949 г.) MT. 1974. Tom. No. 12. pp. 774-783.

Külkereskedelmi statisztikai évkönyv. Export-import. 1973. Kiad. a Központi Statisztikai Hivatal. (Annuaire statistique de commerce extérieure. Exportations-importations: 1973. Ed. par --. - Внешнеторговый статистический ежегодник. Вывоз-ввоз. 1973. Изд. --.) Вр. 1974, Statisztikai Kiadó. Polycor. 224 p.

A lakosság jövedelme és fogyasztása. 1960–1972. Kiad. a Központi Statisztikai Hivatal. (Revenus et consommation de la population. 1960–1972. Ed. par ---. — Доходы и потребление населения, 1960–1972. Изд. ---.) Вр. 1974, Statisztikai Kiadó. Polycop. 206 p.

A Magyar Népköztársaság alkotmánya. (La constitution de la République Populaire Hongroise — Конституция Венгерской Народной Республики.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 90 p.

A Magyar Szocialista Munkáspárt határozatai és dokumentumai. 1967–1970. Szerk. VASS HENRIK. Kiad. a MSZMP. Párttörténeti Intézet. (Décrets et documents du Parti Socialiste Ouvrier Hongrois. 1967–1970. Réd. par ---. Ed. par ---. — Решения и документы Венгерской Социалистической Рабочей Партии, 1967–1970. Сост. ---. Изд. ---.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 749 p.

Magyarország népeseése. Demográfiai évkönyv. 1972. Kiad. a Központi Statisztikai Hivatal. (Mouvement de la population de la Hongrie. Annuaire démographique. 1972. Ed. par ---. — Население Венгрии. Демографический ежегодник, 1972. Изд. ---.) Вр. 1973, Statisztikai Kiadó. Polycop. 569 p.

A Magyar Szocialista Munkáspárt honvédelmi politikájáról. 1956 november — 1973. Dokumentum-, beszéd- és cikkgyűjtemény. Bev. és vál. ZÁGONI ERNŐ. (Sur la politique de défense nationale du PSOH. Novembre 1956–1973. Recueil de documents, de discours et d'articles. Préface et choix par ---. — О политике Венгерской Социалистической Рабочей Партии в области национальной обороны, ноябрь 1956 г. — 1973 г. Документы, речи и статьи. Предисл., сост. ---.) Вр. 1974, Zrínyi Kiadó. 254 p.

A munkásosztály és a parasztság élet-színvonalának és életkörülményeinek alakulása. Összeáll. ZAFIR MIHÁLY. Tanulmányok. Kiad. a Központi Statisztikai Hivatal. (Le développement du niveau de vie et des conditions d'existence de la classe ouvrière et de la paysannerie. Réd. par ---. Etudes. Ed. par ---. — Формирование уровня и условий жизни рабочего класса и крестьянства. Сост. ---. Статьи. изд. ---.) Вр. 1974, Statisztikai Kiadó. Polycop. 115 p.

NEVELŐ IRÉN: *A magyar kisiparosság társadalmi-politikai arculatának néhány jellemző vonása a felszabadulás után. 1946–1948.* (Quelques traits caractéristiques de l'aspect socio-politique de l'artisanat hongrois après la libération. 1946–1948. — Некоторые характерные черты социально-политического облика венгерских мелких ремесленников после освобождения, 1946–1948.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 1–2. pp. 110–140.

PACH ZSIGMOND PÁL — RÁNKI GYÖRGY: *A Történettudományi Intézet 25 éve.* (Les 25 ans de l'Institut des Sciences — Двадцатипятилетие Института Истории.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 4. pp. 465–475.

PÁL LAJOS: *Tudományos ülésszak a Történettudományi Intézet fennállásának 25. évfordulóján.* (Session scientifique à l'occasion du 25^e anniversaire de la fondation de l'Institut des Sciences Historiques — Научная сессия, посвященная двадцатипятилетию Института Истории.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 5–6. pp. 1313–1333.

SÁGVÁRI ÁGNES: *A szocialista várospolitika problémái 1945-től napjainkig.* Hozzájárulás: UJLAKI PÉTER, NAGY LAJOS. (Problèmes de la politique urbaine socialiste depuis 1945 jusqu'à nos jours. Interventions ---. — Проблемы социалистической политики в городе с 1945 г. до наших дней. Прения ---.) TanVp. 20. pp. 187–208.

Statisztikai évkönyv. 1973. Kiad. a Központi Statisztikai Hivatal. (Annuaire statistique. 1973. Ed. par ---. — Статистический ежегодник, 1973. Изд. ---.) Вр. 1974, Statisztikai Kiadó. Polycop. XVI, 563 p.

SZABÓ BÁLINT: *The Nature of the Revolution subsequent to the Liberation in Hungary and principal Issues of the Policy of the Communist Party.* (Характер революции, последовавшей за освобождением Венгрии, и основные черты политики коммунистической партии.) АН. 1974. Tom. 20. No. 3–4. pp. 385–410.

SZABÓ BÁLINT: *Népi demokrácia és forradalomelmélet. A marxista forradalomelmélet fejlődésének néhány kérdése Magyarországon. 1935–1949.* Kiad. a MSZMP KB, Párttörténeti Intézet. 2. kiad. (Démocratie populaire et théorie révolutionnaire. Quelques questions du développement de la théorie révolutionnaire marxiste en Hongrie. 1935–1949. Ed. par ---. 2^e éd. — Народная демократия и теория революции. Некоторые вопросы развития марксистской теории революции в Венгрии, 1935–1949, изд. 2. Изд. ---.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 265 p.

Törvények és rendeletek hivatalos gyűjteménye. 1973. Közvetési az Igazságügyi Minisztérium közreműködésével a Minisztertanács. (Recueil officiel des lois et des décrets. 1973. Publ. par ---. — Официальное собрание законов и распоряжений, 1973. Изд. ---.) Вр. 1974, Közgazdasági és Jogi Kiadó. XXIX, 825 p.

VIDA ISTVÁN: *A felszabadulás utáni politika átrétegződésének kérdéséhez.* (Sur la question du changement politique des couches sociales après la libération — К вопросу о политическом изменении социальных слоев.) Tiszatáj 1974. Tom. 28. No. 6. pp. 66–76.

10. Histoire universelle – Всеобщая история

ANDRUS, BURTON, C.: *A nürnbergi huszonkettő*. Ford. TELLÉR GYULA. 2 kiad. (The Infamous of Nuremberg. Trad. par --. – Двадцать два из Нюрнберга. Перевод --.) Bp. 1974, Kossuth Kiadó. 211 p., 4 t.

BOVIKIN, V. I.: *Oroszország ipari fejlődésének társadalmi-gazdasági problémái*. (Problèmes économiques et sociaux du développement industriel de la Russie – Социально-экономические проблемы промышленного развития России.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 1–2. pp. 30–48.

BREZSNYEV, LEONID ILJICS: *A SzKP és a szovjet állam külpolitikája. Beszédék és cikkek*. Ford. GALLYAS FERENC, SZABÓ TAMÁS, ZALAI EDVIN. (Le Parti Communiste de l'Union Soviétique et la politique étrangère de l'Union Soviétique. Discours et articles. Trad. par --. – Внешняя политика КПСС и советского государства. Статьи и речи. Перевод --.) Bp. 1974, Kossuth Kiadó. 583 p., 1 t.

BROMLEY, JU. V.: *A Szovjetunió nemzetneinek mai fejlődése*. (Le développement contemporain des nations de l'Union Soviétique – Современное развитие наций в Советском Союзе.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 1. pp. 186–192.

CSONKA RÓZSA: *Agrárproblémák, parasztmozgalmak és a Kommunista Internacionálé agrárpolitikája. 1919–1929*. (Problèmes agraires, mouvements paysans et la politique agricole de l'Internationale Communiste. 1919–1929. – Аграрные проблемы, крестьянские движения и аграрная политика Коммунистического Интернационала, 1919–1929.) Bp. 1974, Akadémiai Kiadó. 256 p.

DALIN, V. M.: *Babeuf társadalmi eszméneinek kialakulása*. (Formation des idéaux sociaux de Babeuf – Формирование социальных идей Бабёфа.) Vt. 1974. No. 24. pp. 67–102.

DEGRÉ ALAJOS: *A francia levéltárak ismeretterjesztő munkája*. (Le travail de propagation des connaissances des archives françaises – Работа французских архивов по пропаганде научных знаний.) LSz. 1974. Tom. 21. No. 2–3. pp. 455–461.

DIMITROV, GEORGI: *Egységfront, népfront, szocializmus. Válogatott beszédék és írások*. Vál., szerk. és jegyz. BORSI EMIL. Ford. JUNÁSZ PÉTER, KARIG SÁRA. (Front unique, front populaire, socialisme. Discours et écrits choisis. Choix, réd. et annot. par --. Trad. par --. – Единый фронт, народный фронт, социализм. Избранные речи и статьи. Сост., ред. и прим. --. Перевод. --.) Bp. 1974, Kossuth Kiadó. 406 p.

DUCLOS, JACQUES: *Harcaim, emlékeim*. 1. r. Vál. SALGÓ LÁSZLÓ. Ford. GERGELY PÁL, JÓZSA PÉTER, DÁNIEL ANNA. (Mes luttes, mes souvenirs. 1^e partie. Choix par --. Trad. par --. – Мои бои, мои воспоминания. ч. I. Сост. --. Перевод --.) Bp. 1974, Gondolat – Kossuth Kiadó. 699 p.

DUZYNSKA ILONA: *Theodor Körner és a katonapolitikai vita a Schutzbund kérdésében. 1927–1933*. (Theodor Körner et le débat sur la politique militaire au sujet du Schutzbund. 1927–1933. – Теодор Кёрнер и военнополитическая дискуссия по вопросу о Шутцбунде. 1927–1933.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 1. pp. 91–135.

DZSIHANGIR, FEHMI: *A Török Köztársaság fél évszázada. Politikai és gazdasági áttekintés*. (Le demi-siècle de la République Turque. Revue politique et économique – Полвека Турецкой Республики. Политический и экономический обзор.) Bp. 1974, Kossuth Kiadó. 265 p.

ENDREI WALTER: *A textilipar története*. (L'histoire de l'industrie textile – История текстильной промышленности.) Bp. 1974, Tankönyvkiadó. 83 p.

ENGELS, FRIEDRICH: *Eugen Dühring ur tudomány-forradalmasítása. + A természet dialektikája*. Sajtó alá rend. A marxizmus-leninizmus klasszikusainak szerkesztősége. (Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. + Dialektik der Natur. Mis sous presse par --. – Анти-Дюринг + Дialeктика природы. Подгот. к печ. --.) Bp. 1974, Kossuth Kiadó. XII, 825 p.

FÖLDES PÁL: *Igy kezdődött. Az európai népek antifasiszta harca. 1936–1941*. (Ainsi commençait-il. La lutte antifasciste des peuples européens. 1936–1941. – Так это начиналось. Антифашистская борьба европейских народов, 1936–1941.) Bp. 1974, Kozmosz. 230 p.

FRÉDÉRIC, LOUIS: *Japán hétköznapijai a szamurájok korában. 1185–1603*. Ford. GYÁROS ERZSÉBET. (La vie quotidienne au Japon à l'époque des Samourai. 1185–1603. Trad. par --. – Повседневная жизнь в Японии в эпоху самураев. 1185–1603. Перевод --.) Bp. 1974, Gondolat. 349 p.

FRAYER, PAUL HERBERT: *Halál a tengeren. (Der Tod auf allen Meeren.) A fasiszta Németország tengeraltató-flottája a második világháborúban*. Ford. MÖLLER PÁL. 2. kiad. (La flotte sous-marine de l'Allemagne fasciste dans la seconde guerre mondiale. Trad. par --. 2^e éd. – Смерть на всех морях. Подводный флот фашистской Германии во второй мировой войне. Перевод --. 2 изд.) Bp., 1974, Zrinyi Kiadó. 339 p.

GERMANUS GYULA: *Das islamische Recht*. (Мусульманское право.) AJ. 1974. Tom. 16. No. 1–2. pp. 1–25.

GRAMSCI, ANTONIO: *Levelek a börtönből*. Vál. és bev. KOMJÁT IRÉN. Ford. GÁBOR GYÖRGY, ZSÁMBOKI ZOLTÁN. (Lettre dal carcere. Choix et intr. par --. Trad. par --. - Письма из тюрьмы. Сост., вст. ст. --. Перевод --.) Bp. 1974, Kossuth Kiadó. 406 p.

GUNST PÉTER: *Kelet-Európa gazdasági-társadalmi fejlődésének néhány kérdése*. (Quelques questions du développement économique et social de l'Europe Orientale - Некоторые вопросы социально-экономического развития Восточной Европы.) Valóság 1974. Tom. 17. No. 3. pp. 16-31.

A hadművészet középkori és újkori klaszszikusai. A szemelvényeket vál. GOTTRICH LÁSZLÓ, HONFI JÓZSEF stb. Bev. tanulmány: RÁZSÓ GYULA. (Les représentants de la stratégie classique au moyen âge et à l'âge moderne. Choix par --. Etude d'intr. par --. - Классики военного искусства средневековья и нового времени. Сост. --. Вст. ст. --.) Bp. 1974, Zrínyi Kiadó. 691 p.

HANN ISTVÁN: *Az antik rabszolgatartó társadalmak kialakulásának három útja*. (Trois voies de la formation des sociétés esclavagistes antiques - Три пути формирования античных рабовладельческих обществ.) Világosság 1974. Tom. 15. No. 10. pp. 593-602.

HANN ISTVÁN - MÁTÉ GYÖRGY: *Karthágó*. 2. kiad. (Carthage. 2^e éd. - Карфаген. Изд. 2.) Bp. 1974, Corvina. 132 p., 32 t.

HALL, GUS: *Az amerikai imperializmus ma. Kísérlet korunk főbb kérdéseinek és eseményeinek értékelésére*. Ford. SZUNAY-NAVAS ERVIN, TANDORI DEZSÓ, LISSZAUER ZOLTÁN. (L'imperialisme américain contemporain. Essai d'évaluation des questions et événements principaux de notre âge. Trad. par --. - Современный американский империализм. Опыт оценки основных вопросов и событий нашего времени. Перевод. --.) Bp. 1974, Kossuth Kiadó. 361 p.

HARASZTI ÉVA, H.: *Treaty-breakers or «Realpolitiker»? The Anglo-German Naval Agreement of June 1935*. Transl. SÁNDOR SIMON. (Нарушители договора или «реалистичные политики»? Англо-германское морское соглашение в июне 1935 года. Перевод --.) Vopparad am Rhein - Bp. 1974, Boldt Verlag - Akadémiai Kiadó. 276 p.

HECKENAST GUSZTÁV: *Iparfejlődés a Habsburg-birodalom osztrák és cseh tartományiban a XVIII. században. 1670-1790*. (Développement industriel dans les provinces autrichiennes et tchèques de l'Empire des Habsbourg au XVIII^e siècle. 1670-1790. - Развитие промышленности в австрийских и чешских провинциях Габсбургской империи, в XVIII в. 1670-1790.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 1-2. pp. 188-207.

HEYNOWSKI, WALTER - SCHEUMANN, GERHARD: *A «Hallgatás hadművelet»*. (Operation Silencio) *Chile Salvádor Allende után*. Dokumentáció: PETER HELLMICH. Ford. BOR AMBRUS. (L'«Opération Silence». Le Chili après Salvador Allende. Documentation par --. Trad. par --. - Операция «Молчание». Чили после Сальвадора Альенде. Документы. Сост. --. Перевод --.) Bp. 1974, Magvető. 237 p.

HOBBSBAWM, ERIC JOHN: *Primitív lázadók*. (Primitive rebels.) *Vázlatok a társadalmi mozgalmak archaikus formáiról a XIX. és a XX. században*. Ford. TANDORI DEZSÓ. (Rebelles primitifs. Précis des formes archaïques des mouvements sociaux [aux] XIX^e et XX^e siècles. Trad. par --. - Примитивные повстанцы. Очерки архаичных форм социальных движений в XIX и в XX вв. Перевод --.) Bp. 1974, Kossuth Kiadó. 278 p.

HONT ISTVÁN: *David Hume és a «szegény» országok növekedési stratégiája a XVIII. században*. (David Hume et la stratégie d'accroissement des pays «pauvres» au XVIII^e siècle - Давид Юм и стратегия роста «бедных» стран в XVIII в.) FeudM. pp. 211-240.

ISZRAELJAN, VIKTOR LEONOVICS: *A Hitlerellenes koalíció diplomáciája. A Szovjetunió, az Egyesült Államok és Nagy-Britannia diplomáciai együttműködése a második világháború alatt. 1941-1945*. Ford. SCHWEITZER KLÁRA. (The anti-Hitler coalition, diplomatic co-operation between the USSR, USA and Britain during the Second World War. 1941-1945. Trad. par --. Дипломатия антигитлеровской коалиции. Дипломатическое сотрудничество Советского Союза, США и Великобритании во время второй мировой войны, 1941-1945. Перевод --.) Bp. 1974, Közgazdasági és Jogi Kiadó. 537 p.

JAKOVLEV, NIKOLAJ NIKOLAEVICS: *Pearl Harbor rejtélye*. Ford. HANGAY SÁNDOR. 2. kiad. (Le mystère de Pearl Harbor. Trad. par --. 2^e éd. - Загадка Пёрл-Харбора. Перевод --. Изд. 2.) Bp. 1974, Kossuth Kiadó. 253 p., 4 t.

JEMNITZ JÁNOS: *Az Amerikai Egyesült Államok munkásmozgalma az első világháború éveiben. 1914-1917*. (Mouvement ouvrier aux Etats-Unis d'Amérique pendant les années de la première guerre mondiale. 1914-1917. - Рабочее движение в Соединённых Штатах Америки в годы первой мировой войны, 1914-1917.) PtK. 1974. Tom. 20. No. 2. pp. 88-127.

JEMNITZ JÁNOS - MUCSI FERENC: *A nemzetközi munkásmozgalom kutatóinak IX. nemzetközi konferenciája. Linz, 1973, szeptember 11-15*. (IX^e Conférence internationale des chercheurs du mouvement ouvrier international. Linz, 11-15. septembre 1973. -

IX международная конференция исследователей истории международного рабочего движения, Линц, 11-15 сентября 1973 г.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 5-6. pp. 1333-1337.

JEMNITZ JÁNOS: *Der Wiederhall der Rede Karl Liebknechts im Reichstag am 2. Dezember 1914.* (Отклики на речь Карла Либкнехта в рейхстаге 2 декабря 1914 г.) АН. 1974. Tom. 20. No. 3-4. pp. 411-419.

JÓNÁS ILONA: *A világi értelmiség központi térnyerésének történetéhez. Az intellektuális munkához kapcsolódó mesterségek a XIII. századvégi párizsi adóajlstromokon.* (Contribution à l'histoire de l'avancement médiéval des intellectuels laïcs au premier plan. Métiers liés aux travaux intellectuels aux rôles contributifs parisiens à la fin du XIII^e siècle - К истории роста светской интеллигенции в середине века. Ремесла, связанные с интеллектуальным трудом, в списке налогоплательщиков Парижа конца XIII века.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 4. pp. 879-900.

JONCA, K.: *A «völkerrechtliche Grossraumordnung» elmélete, különös tekintettel a dunai és a Balkánállamokra.* (La théorie de la «völkerrechtliche Grossraumordnung» eu égard aux Etats danubiens et balkaniques - Положение теории «порядка великого пространства народного права» относительно дунайских и балканских государств.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 3-4. pp. 372-375.

JORDÁKY LAJOS: *A Román Nemzeti Párt megalakulása.* (La formation du Parti National Roumain - Образование Румынской Национальной Партии.) Вр. 1974, Akadémiai Kiadó. 138 p. (Értekezések a történeti tudományok köréből. U.S. 72.)

KEREKES GYÖRGY: *Kubától Chiléig. Forradalmak és ellenforradalmak Latin-Amerikában.* (De Cuba au Chili. Révolutions et contre-révolutions dans l'Amérique Latine - От Кубы до Чили. Революции и контрреволюции в Латинской Америке.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 501 p.

KEREKES LAJOS: *Der Anschluss und die «Alternative» der Donaukonföderation in der Aussenpolitik Otto Bauers in den Jahren 1918-1919.* (Аншлюс и «альтернатива» дунайской конфедерации в политике Отто Бауэра в 1918-1919 гг.) АН. 1973. Tom. 19. No. 3-4. pp. 335-364.

KEREKES LAJOS: *Ausztria gazdasági és társadalmi helyzete a kettős Monarchia felbomlása után.* (La situation économique et sociale de l'Autriche après la dissolution de la Monarchie Austro-Hongroise - Экономическое и социальное положение Австрии после распада дуалистической монархии.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 1. pp. 67-90.

KLÁNICZAY GÁBOR: *Az eretnység és a szövőipar kapcsolata a XII-XIII. századi eretnekmozgalmaknál.* (Rapport entre l'hérésie et l'industrie textile aux mouvements hérétiques des XII^e-XIII^e siècles - Связь ересей с текстильным ремеслом в еретических движениях XII-XIII вв.) FeudM. pp. 9-46.

Korunk világgazdasága. 3. köt. A fejlődő országok. Szerk. NYILAS JÓZSEF: 2. átd. kiad. (L'économie mondiale contemporaine. 3^e vol. Les pays en développement. Réd, par --. 2^e éd. reman. - Мировая экономика нашего времени, т. 3: Развивающиеся страны, изд. 2. Переработ --.) Вр. 1974, Közgazdasági és Jogi Kiadó. 741 p.

A Kölcsönös Gazdasági Segítség Tanácsához tartozó tagországok népgazdasága. Statisztikai adatgyűjtemény. Kiad. a Kölcsönös Gazdasági Segítség, Titkárság. (Economie politique des pays membres du Conseil d'Assistance Economique Mutuelle. Recueil des données statistiques. Ed. par --. Народное хозяйство стран-членов Совета Экономической Взаимопомощи. Сборник статистических данных. Изд. --.) Вр. 1974, Statisztikai Kiadó. Polycop. 374 p., 32 t.

KRUPSZKAJA, NAGYEZSDA KONSZTANTINOVNA: *Visszaemlékezések Leninre.* Ford. PÁSZTOR LÁSZLÓ, Z. VIDOR EMMA. 2. bőv. kiad. (Commémorations à Lénine. Trad. par --. 2^e éd. augm. - Воспоминания о Ленине, изд. 2, расширенное. Перевод --.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 515 p.

LÁNG IMRE: *A Roosevelt-kormányzat első évének gazdaságpolitikai dilemmája.* (La dilemme de la politique économique de la première année du régime de Roosevelt - Дилемма экономической политики в первые годы президентства Рузвельта.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 1. pp. 136-185.

Lenin, Vlagyimir Iljics összes művei. 14. köt. 1906. szeptember - 1907. február. Sajtó alá rend. a marxizmus-leninizmus klasszikusainak szerkesztősége. 2. kiad. (I. V. Lénine: Œuvres complètes. Vol. 14. Septembre 1906 - février 1907. Mis sous presse par --. 2^e éd. - В. И. Ленин. Полное собрание сочинений, т. 14, сентябрь 1906 - февраль 1907 гг. Подг. к печ. --. Изд. 2.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. XIX, 525 p., 2 t.

Lenin, Vlagyimir Iljics összes művei. 40. köt. 1919. december - 1920. április. Sajtó alá rend. a marxizmus-leninizmus klasszikusainak szerkesztősége. 2. kiad. (I. V. Lénine: Œuvres complètes. Vol. 40. Décembre 1919 - avril 1920. Mis sous presse par --. 2^e éd. - В. И. Ленин. Полное собрание сочинений, т. 40, декабрь 1919 - апрель 1920 гг. Подг. к печ. --. Изд. 2.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 471 p., 2 t.

Lenin, Vlagyimir Iljics összes művei. 41. köt. 1920 május - november. Sajtó alá rend.

a marxizmus-leninizmus klasszikusainak szerkesztősége. 2. kiad. (I. V. Lénine: Œuvres complètes. Vol. 41. Mai-novembre 1920. Mis sous presse par --. 2^e éd. - В. И. Ленин: Полное собрание сочинений, т. 40. Май-ноябрь 1920 г., изд. 2.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. XXVII, 639 p., 4 t.

Lenin, Vlagyimir Iljics összes művei. 42. köt. 1920 november - 1921 március. Sajtó alá rend. a marxizmus-leninizmus klasszikusainak szerkesztősége. 2. kiad. (I. V. Lénine: Œuvres complètes. Vol. 42. Novembre 1920 - mars 1921. Mis sous presse par --. 2^e éd. - В. И. Ленин. Полное собрание сочинений, т. 42, ноябрь 1920 - март 1921 гг. Подг. к печ. --. Изд. 2.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. XVII, 581 p., 3 t.

Lenin, Vlagyimir Iljics összes művei. 43. köt. 1921 március-június. Sajtó alá rend. a marxizmus-leninizmus klasszikusainak szerkesztősége. 2. kiad. (I. V. Lénine: Œuvres complètes. Vol. 43. Mars-juin 1921. Mis sous presse par --. 2^e éd. - В. И. Ленин. Полное собрание сочинений, т. 43, март-июнь 1921 г. Подг. к печ. --. Изд. 2.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. XIX, 532 p., 1 t.

A mai monopolkapitalizmus politikai gazdaságtana. Fel. szerk. N. N. INOZEMCEV, Sz. M. MENYSIKOV stb. Ford. MIHALIK ISTVÁN, SZIGETI ENDRE. (L'économie politique du capitalisme monopolistique contemporain. réd. par --. Trad. par --. - Политическая экономия современного монополистического капитализма. Отв. ред. --. Перевод --.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 707 p.

Marx, Karl - Engels, Friedrich művei. 25. köt. MARX, KARL: A tőke. A politikai gazdaságtan bírálata. Sajtó alá rend., bev. és kieg. FRIEDRICH ENGELS. 3. köt. 3. könyv. *A tőkés termelés összfolymata.* Ford. NAGY TAMÁS. Sajtó alá rend. a marxizmus-leninizmus klasszikusainak szerkesztősége. (Œuvres de --. Vol. 25. Marx, Karl: Le capital. La critique de l'économie politique. Mis sous presse, intr. et compl. par --. Vol. 3. livre 3. Le processus total de la production capitaliste.) Trad. par --. - К. Маркс, Ф. Энгельс. Сочинения, т. 25: К. Маркс. Капитал, Критика политической экономии, Подг. к печ., вст. ст. и доп. --. Е. 3, кн. 3: Процесс капиталистического производства. Перевод --.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. V, 931 p.

Marx, Karl - Engels, Friedrich művei. 32. köt. Levelek. 1868-1870. Sajtó alá rend. a marxizmus-leninizmus klasszikusainak szerkesztősége. (Œuvres de --. Vol. 32. 1868-1870. Mis sous presse par --. - К. Маркс, Ф. Энгельс. Сочинения, т. 32: Письма, 1868-1870. Подг. к печ. --.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. XII, 885 p., 6 t.

MARX, KARL - ENGELS, FRIEDRICH: *A német ideológia. Függelék: Válogatás a szerzők egyéb írásaiból.* Ford. KISLÉGI NAGY DÉNES. (L'idéologie allemande. Appendix: Choix des autres ouvrages des auteurs. Trad. par --. Немецкая идеология. Приложение: Отрывки из других работ авторов. Перевод --.) Вр. 1974, Magyar Helikon - Európa. 796 p.

MARX, KARL - ENGELS, FRIEDRICH - LENIN, VLAGYIMIR ILJICS: *A nőkérdésről és a családról. Szemelvénygyűjtemény Függelék: ZETKIN, CLARA: Visszaemlékezések Leninre.* Közread. a Magyar Nők Országos Tanácsa. (De la question féministe et de la famille. Morceaux choisis. Appendix: --. Commémorations à Lénine. Publ. par --. - О женском вопросе и о семье. Сборник высказываний. Приложение: --. Воспоминания о Ленине. Изд. --.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 222 p., 8 t.

MARX, KARL - ENGELS, FRIEDRICH - LENIN, VLAGYIMIR ILJICS: *A sajtóról. Szemelvénygyűjtemény.* Sajtó alá rend. a marxizmus-leninizmus klasszikusainak szerkesztősége. (De la presse. Morceaux choisis. Mis sous presse par --. - О печати. Сборник высказываний. Подг. к печати --.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 430 p.

MARX, KARL: *A tőke. A politikai gazdaságtan bírálata. 1. köt. 1. könyv. A tőke termelési folymata.* Ford. RUDAS LÁSZLÓ, NAGY TAMÁS. Kiad., bev. és kieg. FRIEDRICH ENGELS. Sajtó alá rend. a marxizmus-leninizmus klasszikusainak szerkesztősége. (Le capital. La critique de l'économie politique. Tome 1., livre 1. Le processus producteur du capital. Éd., intr. et compl. par --. Trad. par --. Mis sous presse par --. - Капитал. Критика политической экономии, т. 1; кн. 1. Процесс производства капитала. Изд., вст. ст. и доп. --. Перевод --. Подг. к печ. --.) Вр. 1973, Kossuth Kiadó. V, 870 p.

MARX, KARL: *A tőke. A politikai gazdaságtan bírálata. 2. köt. 2. könyv. A tőke forgalmi folymata.* Ford. NAGY TAMÁS. Kiad., bev. és kieg. FRIEDRICH ENGELS. Sajtó alá rend. a marxizmus-leninizmus klasszikusainak szerkesztősége. (Le capital. La critique de l'économie politique. Tome 2, livre 2. Le processus de la circulation du capital. Trad. par --. Ed., intr. et compl. par --. Mis sous presse par --. - Капитал. Критика политической экономии, т. 2, кн. 2. Процесс обращения капитала. Перевод --. Изд., вст. ст. и доп. --. Подг. к печати --.) Вр. 1973, Kossuth Kiadó. 512 p.

MATHIAS, PETER: *Ki szabadította meg láncaitól Prométheusz? Természettudomány és technikai változások 1600-1800 között.* (Qui avait délié Prométhée de ses chaînes? Science de la nature et changements techniques

entre 1600 et 1800 – Кто освободил от оков Прометея? Естествознание и изменения в технике в 1600–1800 гг.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 1–2. pp. 61–75.

MOLCSANOV, NIKOLAJ NIKOLAEVICS: *De Gaulle tábornok. Eletrajz.* Ford. PIRITYI SÁNDOR. (Le général De Gaulle. Biographie. Trad. pag --. – Генерал де Голль. Биография. Перевод --.) Bp. 1974, Zrínyi Kiadó – Kossuth Kiadó. 563 p.

NAGY LÁSZLÓ: *A békés egymás mellett élés politikájának főbb történeti szakaszai.* (Les phases historiques principales de la politique de la coexistence pacifique – Основные исторические этапы политики мирного сосуществования.) PtK. 1974, Tom. 20. No. 2. pp. 3–54.

A nemzetközi munkásmozgalom története. 1830–1945. Tanulmányok. Szerk. M. CSONKA RÓZSA, HARSÁNYI IVÁN. Kiad. az MSZMP, Politikai Főiskola. (L'histoire du mouvement ouvrier international. 1830–1945. Etudes. Réd. pag --. Ed. pag --. – История международного рабочего движения, 1830–1945. Статьи. Ред. --. Изд. --.) Bp. 1974, Kossuth Kiadó. 463 p., 14 t.

Nemzetközi statisztikai évkönyv. 1974. Kiad. a Központi Statisztikai Hivatal. (Annuaire international de statistique. 1974. Ed. pag --. Международный статистический ежегодник, 1974. Изд. --.) Bp. 1974, Statisztikai Kiadó. Polycop. 365 p.

NIEDERHAUSER EMIL: *Irodalom és tudomány a kelet-európai nemzeti mozgalmakban.* (Littérature et science dans les mouvements nationaux est-européens. – Литература и наука в восточноевропейских национальных движениях.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 4. pp. 507–512.

ORMOS MÁRIA – INCZE MIKLÓS: *Az európai fasiszta mozgalmak és rendszerek eredetének és jellegének kérdéséhez.* (Sur la question de l'origine et du caractère des mouvements et systèmes fascistes européens – К вопросу о происхождении и характере фашистских движений и систем в Европе.) PtK. 1974. Tom. No. 1. pp. 49–99.

PACOR, M.: *Az olasz történetírás a második világháborúról a Duna völgyében és a Balkánon.* (L'historiographie italienne sur la seconde guerre mondiale dans la vallée du Danube et dans les Balkans – Итальянская историография второй мировой войны в бассейне Дуная и на Балканах.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 3–4. pp. 411–428.

PAIS ISTVÁN: *Ember és vallás. Adalékok a vallás kritikájához és strukturájához.* (L'homme et la religion. Données sur la critique et sur la structure de la religion – Человек и религия. Данные к критике и к определению структуры религии.) Bp. 1974, Akadémiai Kiadó. 320 p.

PÁLFY JÓZSEF – NOVÁK ZOLTÁN: *Atlanti paktum. 1949–1974.* (Le pacte atlantique. 1949–1974 – Атлантический пакт, 1949–1974.) Bp. 1974, Zrínyi Kiadó. 341 p. 18 t.

RÁNKI GYÖRGY: *Kelet-Közép-Európa világháborús történeti irodalmának kérdései.* (Les problèmes de la littérature historique de la seconde guerre mondiale de l'Europe centrale et orientale – Вопросы освещения в исторической литературе второй мировой войны в восточной части Центральной Европы.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 3–4. pp. 289–311.

RÁNKI GYÖRGY: *A második világháború története c. könyv vitája.* (Discussion du livre «L'histoire de la seconde guerre mondiale» – Дискуссия о книге Дьёрдя Ранки «История второй мировой войны».) Történelem. 13. 1974. pp. 52–84.

RÁNKI GYÖRGY: *A munkásosztály kialakulásának és fejlődésének kérdései Kelet-Európában a felszabadulásig.* (Les questions de la formation et du développement de la classe ouvrière en Europe orientale jusqu'à la libération – Вопросы формирования и развития в Восточной Европе до её освобождения.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 4. pp. 558–564.

ROMANOVSKIJ, N. V.: *A Szovjetunió megalakulásának néhány problémája a legújabb polgári történetírásban.* (Quelques problèmes de la naissance de l'Union Soviétique dans l'historiographie bourgeoise récente – Некоторые проблемы образования СССР в новейшей буржуазной историографии.) Vt. 1974. No. 24. pp. 19–38.

SARKADY JÁNOS: *Reise in das alte Athen.* Übers. HEINRICH WEISSLING. (Путешествие в древние Афины.) Bp. – Leipzig, 1974, Corvina – Prisma Verlag. 388 p.

SCHUMANN, W. – WAPPLER, A.: *A második világháborús történeti irodalom az NDK-ban.* (Littérature historique de la seconde guerre mondiale dans la RDA – Литература по истории второй мировой войны, вышедшая в ГДР.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 3–4. pp. 356–371.

SEY ISTVÁN: *A balti kormányzóságok jobbhágytörvényhozása 1765–1819 között.* (La législation sur les serfs dans les gouvernements baltes entre 1765 et 1819 – Законодательство о крепостных крестьянах в прибалтийских губерниях в 1765–1819 гг.) Száz. 1974. Tom. 108. No. 5–6. pp. 1207–1225.

SIK ENDRE: *The history of Black Afrika.* Vol. 3–4. (История Чёрной Африки, т. 3–4) Bp. 1974, Akadémiai Kiadó. 399 p., 4 t., 1 carte; 414 p., 3 t.

SOBOUL, ALBERT: *A francia forradalom története. 1789–1799.* Ford. JÓZSA PÉTER. 2 kiad. (Précis d'histoire de la révolution française.

1789–1799. Trad. par ---. 2^e éd. – История французской революции, 1789–1799. Перевод ---. Изд. 2.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 617 p., 14 t.

SZABÓ MIKLÓS: *A kontinentális Európa konzervatív ideológiája néhány új vonásának kialakulása a századfordulón.* (La formation de quelques nouveaux traits de l'idéologie conservatrice de l'Europe continentale au tournant du siècle – Формирование некоторых новых черт консервативной идеологии в континентальной Европе на рубеже веков.) TSz. 1974. Tom. 17. No. 3. pp. 326–359.

SZÉKELY GYÖRGY: *A várostörténeti kutatás eredményei és feladatai.* (Résultats et tâches de la recherche de l'histoire des villes – Достижения и задачи исследования истории городов.) TanVp. 20. pp. 15–25.

TARDY LAJOS – VÁSÁRY ISTVÁN: *Andrzej Taranowskis Bericht über seine Gesandtschaftsreise in der Tartarei. 1569.* (Отчёт Анджея Тарановского о его посольстве в Татарию.) АО. 1974. Tom. 28. No. 2. pp. 213–252.

TOGLIATTI, PALMIRO: *A demokráciáért, a békéért és a szocializmusért. Szemelvények a beszédekből és cikkekből.* Összeáll. FENCSIK LÁSZLÓ. (Pour la démocratie, la paix et le socialisme. Choix des discours et des articles. Réd. par ---. – За демократию, мир и социализм. Выдержки из речей и статей. Сост. ---.) Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 182 p.

TOLNAY GYÖRGY: *The western capitalist textile trade: the road from the protective system to liberalism in the first half of the XIX. century.* (Торговля текстильными изделиями в капиталистических странах Запада: переход от протекционизма

к свободе торговли в первой половине XIX века.) AUSBhist. 14. pp. 37–64.

A világ gazdaságtörténete a XIX. és a XX. században. IRTA JERZY' CIERPIELEWSKI, IRENA KOSTROWICZKA stb. FORD. KOVÁCS KATALIN. (L'histoire économique du monde aux XIX^e et XX^e siècles. Par ---. Trad. par ---. – Экономическая история мира в XIX и в XX вв. Авторы ---. Перевод ---. Вр. 1974, Kossuth Kiadó. 483 p., 6 cartes.

URBÁN KÁROLY: *Session scientifique sur le développement et les tâches de l'historiographie du mouvement ouvrier. Budapest, 1973.* (Научная сессия о развитии и задачах историографии рабочего движения.) АН. 1974. Tom. 20. No. 3–4. pp. 489–496.

Világtörténet képekben. 1. köt. Az őskortól 1640-ig. HAHN ISTVÁN – SZABÓ MIKLÓS: *Ős- és ókor.* + KULCSÁR ZSUZSANNA: *Középkor. 2. kiad.* (Histoire universelle par l'image. Tom. 1. De l'âge préhistorique jusqu'à 1640. ---: Préhistoire et antiquité. ---: Moyen âge. 2^e éd. – Всемирная иллюстрированная история, т. 1: С древнейших времён до 1640. ---: История древнейших времён и античность. ---: Средние века. Изд. 2.) Вр. 1974, Gondolat. 723 p., 32 t.

ZANARIA, G. – UNC, G. – ILIE, P. – IANI, B.: *A román történetírás Közép- és Délkelet-Európának a második világháború előestéjén és a háború alatt betöltött szerepéről.* (L'historiographie roumaine sur le rôle joué par l'Europe Centrale et Sud-Orientale à la veille de la seconde guerre mondiale et au cours de celle-ci – Румынская историография о роли Центральной и Юго-Восточной Европы в преддверии и в годы второй мировой войны.) TSz. 1973. Tom. 16. No. 3–4. pp. 379–393.

AUTEURS DU PRESENT NUMERO

E. Arató, membre correspondant de l'Académie, professeur à l'Université Loránd Eötvös de Budapest – *A. Bartha*, docteur ès sciences historiques, collaborateur en chef de l'Institut Ethnographique de l'Académie Hongroise – *J. Galántai*, docteur ès sciences historiques, professeur à l'Université Loránd Eötvös de Budapest – *A. Gergely*, adjoint à l'Université Loránd Eötvös de Budapest – *F. Glatz*, candidat ès sciences historiques, chef de section mandataire et collaborateur en chef de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise – *É. H. Haraszti*, candidate ès sciences historiques, collaboratrice en chef de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise – *J. Jemnitz*, docteur ès sciences historiques, collaborateur en chef de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise – *I. Kállay*, candidat ès sciences historiques, chef de section aux Archives Nationales de Hongrie – *L. Mészáros*, historien (Ecole Supérieure Gyula Juhász de Szeged) – *E. Niedehauser*, docteur ès sciences historiques, professeur à l'Université Lajos Kossuth de Debrecen, collaborateur en chef de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise – *M. Ormos*, docteur ès sciences historiques, collaboratrice en chef de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise – *L. Pál*, collaborateur scientifique de la Société Hongroise d'Histoire – *O. Paulinyi*, candidat ès sciences historiques, historien – *Gy. Ránki*, membre correspondant de l'Académie, directeur-adjoint de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise – *B. Sarlós*, docteur ès sciences historiques, collaborateur en chef de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise – *Á. Szabó*, candidate ès sciences historiques, collaboratrice en chef de l'Institut d'Histoire du Parti – *K. Szakács*, docteur ès sciences historiques, professeur à l'Université Loránd Eötvös de Budapest – *F. Szakály*, candidat ès sciences historiques, chef de section au Musée Historique du Musée National Hongrois – *Z. Szász*, collaborateur scientifique de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise – *J. Szűcs*, docteur ès sciences historiques, chef de section à l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise.

Printed in Hungary

A kiadásért felel az Akadémiai Kiadó igazgatója

Műszaki szerkesztő: Botyánszky Pál

A kézirat nyomdába érkezett: 1976. VI. 4.

Terjedelem: 23 (A/5) ív

77.33256 Akadémiai Nyomda, Budapest – Felelős vezető: Bernát György

INDEX

ETUDES

<i>O. Paulinyi</i> : Der kleine Mann und die »Handelsherren«	1
<i>О. Паулины</i> : Рабочий человек и «Хозяева».	22
<i>Е. Сюч</i> : Роль оппозиционного течения среди францисканцев в формировании идеологии крестьянской войны 1514 года и Реформации в Венгрии	25
<i>J. Szűcs</i> : Un courant d'opposition franciscain à l'arrière-plan de la guerre des paysans de Hongrie et de la Réformation	71
<i>E. Arató</i> : The Slavic Thought: its Varieties with the Slavonic Peoples in the First Half of the 19th Century	73
<i>Э. Арато</i> : Различные формы национальной идеологии у отдельных славянских народов в первой половине XIX века.	98
<i>K. Szakács</i> : Die Politik der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei (USP) vom Sieg der Gegenrevolution bis zur Stabilisierung des Systems (August 1919—1925)	99
<i>К. Сакач</i> : Политика социал-демократической партии Венгрии в период от победы контрреволюции до стабилизации контрреволюционного режима (август 1919 г. — 1925 г.)	129
<i>Gy. Ránki</i> : A Few Comments on Lenin's Work "Imperialism"	131

DOCUMENTS

Three documents concerning Great Britain's policy in East-Central Europe in the period after the Munich Agreement (<i>É. H. Haraszti</i>)	139
---	-----

COMPTE RENDU DE LIVRES

<i>G. Duby—R. Mandrou</i> : Histoire de la civilisation française (<i>M. Ormos</i>)	177
<i>W. Gutsch</i> : Aufstieg und Fall eines kaiserlichen Reichskanzlers (<i>A. Gergely</i>)	180
<i>П. П. Погзюо</i> : Маркс, Энгельс и русская революция (<i>Э. Нюедерхаузер</i>)	182
<i>J. Garcia</i> : L'Espagne au XX ^e siècle (<i>J. Jemnitz</i>)	184
<i>И. М. Майский</i> : Воспоминания советского дипломата. (<i>М. Ормош</i>)	186
<i>J. Duclos</i> : Mes luttes, mes souvenirs (<i>J. J.</i>)	191
Excerpta Historica Nordica (<i>E. N.</i>)	193
* * *	
<i>Gy. László</i> : From Vértesszőlős to Pusztaszer (<i>A. Bartha</i>)	194
<i>J. Szűcs</i> : Nation und Geschichte (<i>F. Szakály</i>)	196
<i>Gy. Káldy-Nagy</i> : Soliman (<i>L. Mészáros</i>)	202
<i>E. Varga</i> : Die Königliche Kurie zwischen 1780 und 1850 (<i>I. Kállay</i>)	205

<i>Z. Sárközy</i> : Die siebenbürgischen Sachsen in den Jahren 1848/49 (<i>Z. Szász</i>)	207
<i>E. Lőrincz</i> : Die Regelung der Arbeitsverhältnisse in Ungarn seit Beginn des Kapitalismus bis Ende des ersten Weltkriegs. 1840–1918. (<i>B. Sarlós</i>)	211
<i>И. Лендьел</i> : Мирные переговоры в Брест–Литовске (<i>Й. Галантау</i>)	212
Selected Documents of the Communist International (<i>Á. Szabó</i>)	216
Diskussion mit der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (<i>F. Glatz</i>)	219

CHRONIQUE

Compte rendu de la session scientifique organisée à l'occasion du centième anniversaire de la naissance de Mihály Károlyi (<i>L. Pál</i>)	223
---	-----

BIBLIOGRAPHIE

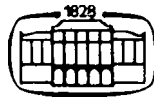
Bibliographie choisie d'ouvrages d'histoire publiées en Hongrie en 1974	229
Библиография избранных работ по истории, опубликованных в Венгрии в 1974 г.	

BASIC PROBLEMS OF STATE AND SOCIETY

by Gy. Antalfy

Making departure, by way of introduction, from the methodological questions concerning the study of the concept of state, the author presents detailed analysis on the evolution of the Marxist theory of state. He establishes that the Marxist theory has made use of what proved to be of a lasting value of the bourgeois political and legal doctrines, although in the fields of the theory of state and law it has brought about something completely new. By a complex approach, he succeeds in showing all the essential features of content, form and structure of the state. He deals with the types, functions and sovereignty of the state (including the sovereignty of the socialist state), as well as the interconnection of sovereignty and democracy.

In English · 188 pages · Cloth



AKADÉMIAI KIADÓ
Publishing House of the Hungarian
Academy of Sciences
Budapest

DECRETA REGNI HUNGARIAE 1301-1457 — DIE GESETZE UND VERORDNUNGEN UNGARNS 1301-1457

Compiled by F. DÖRY, notes by Gy. BÓNIS and VERONIKA BÁCSKAI

(Publicationes archivi nationalis Hungarici — Publikationen des ungarischen Staatsarchivs II. Fontes — Quellenpublikationen II.)

This volume is the first modern critical edition of the Hungarian statutes between 1301-1457. The introduction outlines the formation of the concept of statute, the varying methods of legislation. The introductory parts of the individual statute describe the circumstances of origin of the particular law, its exact date, short contents and structure. They also touch upon the acceptance or rejection of the particular law. The importance of the volume is increased by the fact that it furnishes little known and previously unpublished information, such as the first statutes on manorial court jurisdiction in 1328, and the series of statutes regulating the movement of serfs, since 1397. The Appendix contains a collection of legal rules from around 1300 which is debated even today, and also the so-called *Siena Registrum* which gives detailed regulations concerning warfare.

In Latin and German · Approx. 480 pages · Cloth

HUNGARIAN SOCIETY IN THE 9th AND 10th CENTURIES

by A. BARTHA

(*Studia historica Academiae Scientiarum Hungaricae 85.*)

The author examines the development of Hungarian society in relation to world history. Bartha's work, demonstrating the extremely eventful life of the 9–10th centuries, provides an answer to several questions germane to the relationship between early Hungarian society and the surrounding people, e. g. what were the consequences of the eastern-European tillers and nomadic peoples living together, on the development of the Hungarian people; what made it possible for the Hungarians to settle down permanently on the soil of our country; whether it was the failure of adventurous raids that caused the end of aimless plundering; what were the consequences of the Hungarian conquest in relation to the surrounding slavic peoples.

In English · Approx. 200 pages · Cloth · ISBN 963 05 0308 5



AKADÉMIAI KIADÓ

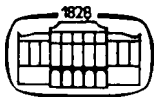
Budapest

ARMARIUM STUDIA EX HISTORIA SCRIPTURAE, LIBRORUM ET EPHEMERIDUM

Herausgegeben von **P. SZEMZŐ** und **L. MEZEY**

Die Buchgeschichtliche und Bibliographische Arbeitskommission der Ungarischen Akademie der Wissenschaften beginnt mit diesem Studienband eine interessante Ausgabenreihe. Vom Mittelalter angefangen über die Renaissance, die Barockzeit und die Aufklärung bis zur Gegenwart werden die großen geistigen Strömungen mitverfolgt, die sich im Laufe der Jahrhunderte in der Entwicklung der Schrift, der Bücher und der Zeitschriften widerspiegeln. Parallel zu den geschichtlichen, politischen und sozialen Bewegungen werden auch sonstige sehr interessante Erscheinungen aus der Geschichte der Schrift, des Buches und der Presse aufgedeckt sowie solche Teilfragen beleuchtet, die auch für die allgemeine Kulturgeschichte ungeheuer wichtig sind. Ein reiches Dokumentationsmaterial vervollständigt das Werk.

*Studien in englischer, französischer und deutscher Sprache • Etwa 350 Seiten
Ganzleinen • ISBN 963 05 1016 2*



AKADÉMIAI KIADÓ • BUDAPEST

Verlag der Ungarischen Akademie der Wissenschaften

AUS DER GESCHICHTE DER OSTMITTELEUROPÄISCHEN BAUERNBEWEGUNGEN IM 16. – 17. JAHRHUNDERT

Herausgegeben von

G. Heckenast

Im vorliegenden Sammelband werden die Vorträge der internationalen wissenschaftlichen Konferenz aus Anlaß der 500. Jahreswende der Geburt von Dózsa György, insgesamt 53 Studien, veröffentlicht: die Referate von G. Székely, L. Elekes, J. Szücs, Z. P. Pach sowie die Koreferate von Historikern aus der BRD, der DDR, Frankreich, Jugoslawien, Österreich, Polen, Rumänien, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Ungarn, schließlich die zusammenfassende Auswertung von L. Makkai.

Die Konferenz befaßte sich mit der Geschichte und den Problemen des ungarischen Bauernkrieges in breitem zeitlichen und geographischen Rahmen, bediente sich der komparativen Forschungsmethoden und widmete den spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Geschichte Ungarns und seiner Nachbarländer besonderes Interesse. Die Vorträge repräsentieren die neuesten Forschungsergebnisse über die Bauernbewegungen des 16. und 17. Jahrhunderts.

In deutscher Sprache · Etwa 350 Seiten · Ganzleinen ISBN 963 05 0990 3



Akadémiai Kiadó

Verlag der Ungarischen Akademie der Wissenschaften

Budapest

HISTOIRE DE L'AFRIQUE NOIRE

Vol. III

par

Endre Sik

Dans les deux premiers volumes de son ouvrage de synthèse, l'auteur a traité l'histoire de l'Afrique Noire jusqu'à la Seconde Guerre mondiale. Le troisième volume, et le quatrième qui lui succèdera, sont consacrés au rôle et à la situation des pays d'Afrique Noire pendant la guerre mondiale, ainsi qu'aux luttes des peuples colonisés pour leur indépendance et à la naissance des États indépendants d'Afrique Noire. L'oeuvre fournit une quantité de faits bouleversants concernant la lutte d'indépendance des peuples africains et l'horrible terreur policière, l'agression sanglante et les basses provocations que les puissance colonisatrices ont déployées afin de maintenir leur position dans le continent..

En français — 450 pages env. — 17 × 25 cm
— *En toile*



Akadémiai Kiadó

Maison d'Édition de l'Académie des Sciences de Hongrie

Budapest

P. Ransanus

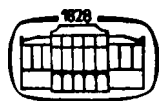
EPITHOMA RERUM HUNGARARUM

Zum Druck vorbereitet und mit Notizen versehen von
P. Kulcsár

(Bibliotheca Scriptorum Medii Recentisque Aevorum. Series Nova 2.)

Das gewaltige Werk *Annales omnium temporum* des Pietro Ransano (1428–1492; geb. in Palermo) – Bischof, Diplomat und Geschichtsschreiber – ist im ganzen noch immer unveröffentlicht. Einen Teil davon, die Epithoma rerum Hungararum schrieb er in den Jahren 1488–1490, als er am Hofe des Mathias Corvinus weilte. Dieser Teil der »Annales« wurde zwar seit 1558 sogar mehrmals ausgedruckt, doch hatten die Herausgeber nur die eine – dabei die schlechtere – der zwei erhaltenen Handschriften gekannt; jene Fassung jedoch, die in den Annales enthalten ist, nicht. Die vorliegende Ausgabe publiziert den Text gemäß den modernen textologischen Normen, unter Zugrundelegung beider Varianten, mit vollständigem kritischen Apparat, ergänzt durch akribische Analyse der Quellen des Werkes. Von hervorragender Bedeutung ist die unter den bisher unbekanntten Teilen noch zu seiner Lebzeiten (etwa 1453) geschriebene Vita des Johannes Hunyadi.

In lateinischer Sprache • Etwa 230 Seiten • Ganzleinen ISBN 963 05 0994 6



AKADÉMIAI KIADÓ
BUDAPEST

Verlag der Ungarischen Akademie der Wissenschaften

«*Acta Historica*» публикуют трактаты из области исторических наук на русском, французском, английском и немецком языках.

«*Acta Historica*» выходят отдельными выпусками разного объема. Четыре выпуска составляют один том (25–30 печатных листов) в год. Подписная цена — \$ 32.00 за том

Заказы принимает предприятие по внешней торговле книг и газет «Kultúra» (1389 Budapest 62, P.O.B. 149) или его заграничные представительства и уполномоченные.

The *Acta Historica* publish papers on history in French, English, Russian and German.

The *Acta Historica* appear in issues of various size making up volumes. One volume of 400–500 pages appears every year. The rate of subscription is \$ 32.00 a volume.

Orders may be placed with “Kultúra” Foreign Trade Company for Books and Newspapers (Budapest 62, P.O.B. 149) or with representatives abroad.

Die *Acta Historica* veröffentlichen Abhandlungen aus dem Bereiche der Geschichtswissenschaft in französischer, deutscher, russischer und englischer Sprache.

Die *Acta Historica* erscheinen in Heften wechselnden Umfangs. Vier Hefte bilden einen 25–30 Bogen starken, jährlich erscheinenden Band.

Abonnementspreis pro Band: \$ 32.00.

Bestellbar bei dem Buch- und Zeitungs-Außenhandels-Unternehmen »Kultúra« (1389 Budapest 62, P.O.B. 149) oder bei seinen Auslandsvertretungen und Kommissionären.

Reviews of the Hungarian Academy of Sciences are obtainable
at the following addresses:

AUSTRALIA

C. B. D. Library and Subscription
Service
Box 4886, G. P. O.
Sydney N. S. W. 2001
Cosmos Bookshop
145 Acland St.
St. Kilda 3182

AUSTRIA

Globus
Höchstädtplatz 3
A-1200 Wien XX

BELGIUM

Office International de Librairie
30 Avenue Marnix
1050-Bruxelles
Du Monde Entier
162 Rue du Midi
1000-Bruxelles

BULGARIA

Hemus
Bulvar Ruszki 6
Sofia

CANADA

Pannonia Books
P. O. Box 1017
Postal Station "B"
Toronto, Ont. M5T 2T8

CHINA

C N P I C O R
Periodical Department
P. O. Box 50
Peking

CZECHOSLOVAKIA

Mad'arská Kultura
Národní třída 22
115 66 Praha
PNS Dovož tisku
Vinohradská 46
Praha 2
PNS Dovož tlače
Bratislava 2

DENMARK

Ejnar Munksgaard
Nørregade 6
DK-1165 Copenhagen K

FINLAND

Akateminen Kirjakauppa
P. O. Box 128
SF-00101 Helsinki 10

FRANCE

Office International de
Documentation et Librairie
48, Rue Gay-Lussac
Paris 5
Librairie Lavoisier
11 Rue Lavoisier
Paris 8
Europériodiques S. A.
31 Avenue de Versailles
78170 La Celle St.- Cloud

GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC

Haus der Ungarischen Kultur
Karl-Liebknecht-Strasse 9
DDR-102 Berlin
Deutsche Post
Zeitungsvertriebsamt
Strasse der Pariser Kommüne 3-4
DDR-104 Berlin

GERMAN FEDERAL REPUBLIC

Kunst und Wissen
Erich Bieber
Postfach 46
7 Stuttgart 5

GREAT BRITAIN

Blackwell's Periodicals
P. O. Box 40
Hythe Bridge Street
Oxford OX1 2EU
Collet's Holdings Ltd.
Denington Estate
London Road
Wellingborough Northants NN8 2QT
Bumpus Haldane and Maxwell Ltd.
5 Fitzroy Square
London W1P 5AH
Dawson and Sons Ltd
Cannon House
Park Farm Road
Folkestone, Kent

HOLLAND

Swets and Zeitlinger
Heerweg 347b
Lisse
Martinus Nijhoff
Lange Voorhout 9
The Hague

INDIA

Hind Book House
66 Babar Road
New Delhi 1
India Book House
Subscription Agency
249 Dr. D. N. Road
Bombay 1

ITALY

Santo Vanasia
Via M. Macchi 71
20124 Milano
Libreria Commissionaria Sanson
Via Lamarmora 45
50121 Firenze

JAPAN

Kinokuniya Book-Store Co. Ltd
826 Tsunohazu 1-chome
Shinjuku-ku
Tokyo 160-91
Maruzen and Co. Ltd.
P. O. Box 5050
Tokyo International 100-31
Nauka Ltd.-Export Department
2-2 Kanda
Jinbocho
Chiyoda-ku
Tokyo 101

KOREA

Chulpanmul
Phenjan

NORWAY

Tanum-Cammermeyer
Karl Johansgatan 41-43
Oslo 1

POLAND

Wegierski Instytut Kultury
Marszałkowska 80
Warszawa
CKP 1 W
ul. Towarowa 28
00-958 Warsaw

ROUMANIA

D. E. P.
Bucureşti
Romlibri
Str. Biserica Amzei 7
Bucureşti

SWEDEN

Almqvist and Wiksell
Gamla Brogatan 26
S-101 20 Stockholm
A. B. Nordiska Bokhandeln
Kungsgatan 4
101 10 Stockholm 1 Fack

SWITZERLAND

Karger Libri AG.
Arnold-Böcklin-Str. 25
4000 Basel 11

USA

F. W. Faxon Co. Inc.
15 Southwest Park
Westwood, Mass. 02090
Stechert-Hafner Inc.
Serials Fulfillment
P. O. Box 900
Riverside N. Y. 08075
Fam Book Service
69 Fifth Avenue
New York N. Y. 1003
Maxwell Scientific International Inc.
Fairview Park
Elmsford N. Y. 10523
Read More Publications Inc
140 Cedar Street
New York N. Y. 10006

U. S. S. R.

Sojuzpechalj - Import
Moscow
and the post offices in
each town
Mezhdunarodnaya Kniga
Moscow G-200

VIETNAM

Xunhasaba
32, Hai Ba Trung
Hanoi

YUGOSLAVIA

Jugoslovenska Knjiga
Terazije 27
Beograd
Forum
Vojvode Mišića 1
21000 Novi Sad

Acta Historica

ACADEMIAE SCIENTIARUM HUNGARICAE

REVUE DE L'ACADÉMIE DES SCIENCES DE HONGRIE

ЖУРНАЛ ВЕНГЕРСКОЙ АКАДЕМИИ НАУК

JOURNAL OF THE HUNGARIAN ACADEMY OF SCIENCES

ZEITSCHRIFT DER UNGARISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

Index

ETUDES

- L. Benczédi: Historischer Hintergrund der Predigerprozesse in Ungarn in den Jahren 1673–74
- I. Nagy: Die ungarische Kammer und die Wiener zentrale Finanzverwaltung, 1686–1848
- B. Köpeczi: La guerre d'indépendance hongroise au début du XVIII^e siècle et l'Europe
- Á. R. Várkonyi: Évolution sociale et autonomie de l'État
- Gy. Rázsó: La situation militaire générale et la guerre d'indépendance de Rákóczi

VIE SCIENTIFIQUE INTERNATIONALE CHRONIQUE



AKADÉMIAI KIADÓ
BUDAPEST

1976

TOMUS XXII

Nr. 3–4

ACTA HISTORICA

ACADEMIAE SCIENTIARUM HUNGARICAE
REVUE DE L'ACADÉMIE DES SCIENCES DE HONGRIE
ЖУРНАЛ ВЕНГЕРСКОЙ АКАДЕМИИ НАУК
JOURNAL OF THE HUNGARIAN ACADEMY OF SCIENCES
ZEITSCHRIFT DER UNGARISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

ADRESSE DE LA RÉDACTION: 1014 BUDAPEST I., ÚRI U. 51—53.

Membres du Comité de la Rédaction: ZS. P. PACH (rédacteur en chef), É. II. BALÁZS, I. T. BEREND,
I. DIÓSZEGI, L. ELEKES, GY. EMBER, T. HAJDÚ, J. JEMNITZ, E. MÁLYUSZ, F. MUCSI (rédacteur),
E. NIEDERHAUSER, M. ORMOS, E. PAMLÉNYI, J. PERÉNYI, E. PÖLÖSKEI, GY. TOKODY, E. S. VINCZE,
L. ZSIGMOND Secrétaire de la Rédaction: A. PÓK

Az *Acta Historica*, az MTA történettudományi folyóirata francia, orosz, angol és német nyelven közöl értekezéseket a történettudomány köréből.

Az *Acta Historica* változó terjedelmű füzetekben jelenik meg: négy füzet alkot egy kb. 25—30 íves, évente megjelenő kötetet.

Megrendelhető a belföld számára az „Akadémiai Kiadó”-nál (1363 Budapest Pf. 24. Bankszámla 215-11448), a külföld számára pedig a „Kultúra” Külkereskedelmi Vállalatnál (1389 Budapest 62, P.O.B. 149. Bankszámla: 218-10990) vagy külföldi képviselőinél és bizományosainál.

Les *Acta Historica* paraissent en français, russe, anglais et allemand et publient des travaux du domaine des sciences historiques.

Les *Acta Historica* sont publiés sous forme de fascicules qui forment un volume à 400—500 pages par an.

Le prix de l'abonnement est de \$ 32,00 par volume.

On peut s'abonner à l'Entreprise du commerce extérieur «Kultúra» (1389 Budapest 62, P.O.B. 149) ou à l'étranger chez tous les représentants ou dépositaires.

Historischer Hintergrund der Predigerprozesse in Ungarn in den Jahren 1673—74

(Zusammenhänge der Steuer- und Religionspolitik
des Leopoldinischen Absolutismus)*

Von

L. BENCZÉDI

Die zwei großen Abtrünnigkeitsprozesse im September 1673 und März 1674, angestrengt von der ungarischen hohen katholischen Geistlichkeit, unterstützt vom Wiener Hof, arrangiert in Pozsony (Preßburg, Bratislava), in der damaligen Hauptstadt des von Türken nicht besetzten Gebiets des ungarischen Königreichs, gegen Priester der zwei großen protestantischen Konfessionen, der Lutheraner und Calvinisten, bildeten in jeder Beziehung den Höhepunkt der Gegenreformation in Ungarn. Der Verlauf der beiden Prozesse ist in seinen Hauptzügen aus der Geschichtsliteratur bekannt. Danach wurden erstmals — gleichsam versuchsweise — 33 protestantische Geistliche aus den nördlichen Landesteilen (aus den Komitaten Liptó, Turóc und Zólyom, heute in der Slowakei) nach Preßburg vorgeladen, und nachdem diese »Generalprobe« im September 1673 geglückt war, wurden bei der zweiten Gelegenheit insgesamt etwa 730 Prediger aus allen Gebieten des damals unter der Habsburger-Herrschaft stehenden Landes vor ein zu diesem Zweck extra aufgestelltes Gericht, vor das »iudicium delegatum extraordinarium« zitiert. Die belangten protestantischen Prediger wurden der Abtrünnigkeit und des Hochverrats beschuldigt: Schmähung der Lehren und Einrichtungen der katholischen Konfession zur Förderung der eigenen »ketzerischen« Ziele und — das war die schwerste Anklage — Aufwiegelung des Volkes und ein Zusammenspiel mit den gegen Wien stürmenden Rebellen (Kurutzen) und Türken. Die Absicht der Prozeßführenden geht aus dem Verlauf des Prozesses klar hervor: Straffreiheit allen denjenigen, die eingeschüchert zum katholischen Glauben übertraten (diese erhielten von der Kammer sogar eine sofortige finanzielle Unterstützung), oder solchen, die einen Revers über den Verzicht auf ihren Beruf unterschrieben oder sich bereit erklärten, ins Ausland auszu-

* In den vergangenen Jahren war die dritte Jahrhundertwende der denkwürdigen Predigerprozesse, dieses nennenswerten Gefechts zwischen Protestantismus und Gegenreformation in Ungarn. Vorliegende Arbeit, ursprünglich ein Vortrag, gehalten vor Theologie-Gelehrten der ungarischen protestantischen Kirchen, ist eines der Ergebnisse jener Reihe der Nachrufe, in denen dieser Jahreswende gedacht wurde.

wandern. Das Endziel war jedenfalls, den Widerstand der protestantischen Geistlichkeit zu brechen und einen entscheidenden Durchbruch im Bekehrungsfeldzug der Gegenreformation zu erzwingen, d. h. Tausende und Abertausende der ihrer Seelsorger beraubten Gläubigen in die »Hürde« der katholischen Kirche zurückzuführen.

Der Prozeß, dessen Oberarrangeur L. Kollonich, Bischof von Wienerneustadt und Präsident der ungarischen Preßburger Kammer, sowie Gy. Szelepcsényi, Erzbischof von Esztergom (Gran) waren, erreichte — hinsichtlich der direkten Zielsetzung — nur teilweise seine beabsichtigte Wirkung. Weniger als die Hälfte der zum zweiten Prozeß zitierten 730 Geistlichen folgten dieser gerichtlichen Vorladung und fast 100 waren es, die den verschiedensten körperlichen und seelischen Gewalttaten Trotz bietend, ihrer religiösen Überzeugung und ihrem geistlichen Beruf treu geblieben sind. Diese wurden zum Tode verurteilt, aber das Todesurteil wurde nicht vollstreckt. Dafür schickte Kollonich die bis zum Ende Widerstand leistenden Prediger — zahlenmäßig 62 — auf Galeeren in italienische Gewässer, in die Häfen von Buccari und Neapel. Das furchtbare Schicksal der Prediger-Galeerensklaven wurde von der Anteilnahme der damaligen protestantischen Länder und auch von einer in aktiver Hilfe sich offenbarenden Solidaritäts-Bewegung begleitet. Dies kam darin zum Ausdruck, daß die zusammengeschmolzene kleine Gruppe, die alle Qualen überlebte, am 12. Februar 1676 durch den berühmten holländischen Seehelden, Admiral Ruyter aus der Galeerensklaverei befreit wurde.

So sind in großen Zügen die Predigerprozesse der Jahre 1673—74 in Ungarn verlaufen, die sich — gewissermaßen als Ausklang — in die allgemeineuropäische Chronik der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Religionskriege und in die Zeit des Glaubensfanatismus einfügen lassen. Vorliegende Arbeit dient nicht der Absicht, sich mit dem Verlauf der Prozesse zu beschäftigen; sie setzt ihn — wenigstens in den Hauptzügen — als bekannt voraus. Vielmehr wünscht sie zur besseren Erkenntnis der *Vorgeschichte*, sozusagen zur Beleuchtung des *historischen Hintergrunds* dieser Prozesse durch einige Gesichtspunkte und Angaben beizutragen. Der Verfasser ist sich der Schwierigkeit seines Unterfangens voll bewußt, die sich daraus ergibt, daß in unserer Geschichtsliteratur die zeitgemäße Klarlegung dieser Prozesse eine schmerzliche Lücke bildet. Anstatt auf historiographische Einzelheiten eingehen zu wollen, weisen wir darauf hin, daß wir bis heute immer noch auf die *im Jahre 1889* herausgegebene Arbeit von K. Rác »*A pozsonyi vértörvényszék áldozatai 1674-ben*« (Die Opfer des Preßburger Blutgerichts im Jahre 1674) als »neueste« Bearbeitung dieser Frage angewiesen sind. Diese Arbeit ist zwar sehr verläßlich, gründlich und bei einer Zusammenfassung der Tatsachen unentbehrlich, doch durchaus nicht geeignet, den Predigerprozessen die reale Stelle im Gesamtbild des historischen Geschehens zuweisen zu können. Dabei ist auch diese Bearbeitung nicht frei von konfessioneller Einstellung, von einengenden

»kirchengeschichtlichen« Aspekten, die in der bisherigen Historiographie für die Behandlung des ganzen Fragekomplexes bezeichnend sind.

Wir sind uns natürlich dessen bewußt, daß die gegenwärtige Studie die einseitige, traditionelle Anschauungsweise in der Darstellung der Predigerprozesse allein nicht ausmerzen kann. Unsere Arbeit ist nur ein bescheidener Versuch, den großen erbitterten Kampf zwischen der Gegenreformation und dem Protestantismus in Ungarn in den 1670er Jahren aus der kirchengeschichtlichen Isolierung herauszuheben und als eine der organischen Komponenten in die Gesamtheit der politischen Verhältnisse des damaligen Ungarns eingebettet darzustellen. Vor allem sind die Rolle der Konfession im Gesamtquerschnitt der Leopoldinischen Politik, sowie die Beziehung der Konfessionsfrage zu dem im Jahre 1672 sich entfaltenden antihabsburgischen Kurutzenangriff die zwei großen Fragenkomplexe, die unsere Arbeit auf Grund neuerschlossener archivalischer Quellen zu erhellen sucht. Alldies übergeben wir zur Publikation in der Hoffnung, daß unsere Forschungsergebnisse in einigen Beziehungen Ausgangspunkte und Anregungen zu weiteren Forschungen geben können.

*

Zur Ausführung unseres Themas wählten wir die Methode, daß wir zuerst von einer bestimmten, engebegrenzten Ereignisreihe ausgehend das Blickfeld der Untersuchung stufenweise erweitern, unsere Aufmerksamkeit auf einen sich stets vergrößernden Sektor der historischen Realität hinlenken, um dann im Abschlußteil der Arbeit durch entsprechende Folgerungen den Versuch zur Feststellung gewisser Bewegungsgesetze, umfassender Entwicklungstendenzen unternehmen zu können. Die an sich nicht sehr bedeutungsvollen, aber hinsichtlich ihrer Folgen dennoch schwerwiegenden Ereignisse, die wir in der Einleitung unserer Arbeit kurz darzustellen versuchen, und die in ihren letzten Auswirkungen die allgemeine Hetze gegen die ungarischen Prediger entfachten, spielten sich im Januar und Februar 1673 in der damaligen Hauptstadt der oberungarischen Landesteile, in Kassa (Kaschau, Košice), und ihrer weiteren Umgebung ab. Das war der Zeitpunkt, als erst wenige Wochen vergangen waren, daß die Flut des ersten Kurutzen-Angriffs — im Herbst 1672 — von den kaiserlichen Habsburger-Truppen in die Komitate hinter der Theiß zurückgedrängt wurde, und nach den unerwartet ausgebrochenen Kriegereignissen das tägliche Leben wieder aus der Betäubung zu erwachen begann. Die Hetzjagd gegen die vom Hauptheer getrennten kleineren Kurutzen-Einheiten und örtlichen aufständischen Truppen hielt noch unverändert an, und die Stille der Wintermonate wurde immer wieder von Waffenlärm durchbrochen. Auf den Adelssitzen und Domänen begann man schon mit der Aufnahme der erlittenen Schäden und der Untersuchung, wer und wieviele von

den Leibeigenen-Haushaltungen zu den Kurutzen-»Tolpatschen« gehalten hatten. Die Hauptsorge verursachte doch in diesen Wintermonaten die Beschlagnahme der Güter der »Rebellen«, was oft mit heftigen Zusammenstößen verbunden war, da auf die konfiszierten Mobilien und Immobilien die verlusttragenden Magnaten, die über die Interessen des Ärars wachende Kammer und die über Freibeuterecht verfügenden kaiserlichen Truppen gleicherweise Anspruch erhoben.

Die Verfolgung der »Rebellen«, Inventaraufnahme von Material- und Personen-Verlusten, sowie Konfiszierung des Vermögens der Aufständischen waren aber ausnahmslos Verfügungen, die den Machthabenden vorläufig nur für den Augenblick eine Bedeutung hatten, denn die Lage drängte zu ernsteren Maßnahmen. Die Hauptsache um die Wende 1672—73 war, welche Konsequenzen die Wiener Regierung und ihre Anhänger aus dem unerwarteten Kurutzenangriff ziehen, ob sie an ihrer, in Ungarn nach 1670 eingeführten absolutistischen Politik ändern werden, und wenn ja, in welcher Richtung.

Da geschah nun etwas — unbedeutend auf den ersten Blick — »von unten ausgehend«, was im Keim schon eine Antwort von historischer Bedeutung auf die obige Frage in sich schloß. Eine Kleinigkeit, aber mit schweren historischen Folgen geschwängert. Wenden wir uns nun zu den Tatsachen!

Der zu behandelnde Fall nahm mit der Sache eines einfachen Gefangenen-tausches seinen Anfang. Den ersten Spuren desselben begegnen wir in dem Bericht, den die in Kaschau residierende Zipser Kammer am 14. Januar 1673 an die Preßburger Kammer sandte. In diesem Vortrag können wir in genauer Übersetzung aus dem lateinischen Original unter anderem lesen: »Um die von den abtrünnigen Rebellen gefangengenommenen katholischen Pfarrer, namens *B. Balogh* Jesuitenpater, Pfarrer in Tarcal, sowie den geistlichen Herrn, *J. Munkácsy*, Pfarrer in Héce, aus der Gefangenschaft zu lösen, schickten wir *A. Szentmihályi* (einstiger Prediger von Ónod) helvetischer Konfession, den wir ebenfalls in Kaschau gefangennahmen, gegen gewisse Kautio . . . zu den erwähnten Rebellen, daß er mit ihnen über die Freilassung obengenannter Pfarrer und Geistlicher verhandle.« Aus anderen Zusammenhängen dieser Angelegenheit stellt sich heraus, daß die Kammer die zwei gefangenen katholischen Geistlichen gegen einige von ihr gefangengenommenen kalvinistischen Prediger auszutauschen wünschte. Kaum war aber obiger Bericht an seinen Bestimmungsort gelangt, berichtete am 28. Januar die Zipser Kammer ihrer vorgesetzten Behörde über das Scheitern der Befreiungsaktion. Danach kehrte *A. Szentmihályi* von seiner Sendung ohne Erfolg zurück, denn — obgleich die Mehrheit der »Rebellen«, kalvinistische Gemeinde, zum Gefangenen austausch geneigt gewesen wäre — erklärten ihre lutheranischen Anführer *M. Herczeg* und *Gy. Jurikovics* »verächtlich«: »Was kümmern uns die Calvinisten und ihre uns drohende Kirche?!« Da inzwischen — so erfahren wir im weiteren

aus dem Bericht der Kammer — bei der Ausplünderung der Stadt Torna die Aufständischen wieder drei katholische Pfarrer gefangen nach Diósgyőr verschleppten, suchte der Erlauer Bischof *L. F. Szegedi* die Zipser Kammer auf und machte ihr den Vorschlag, bei Kaiser Leopold zu erwirken, daß die Kammer zur Gefangennahme der lutherischen Prediger ermächtigt werde. Angesichts dieser Gegenmaßnahme sollen nämlich die rebellischen lutherischen Anführer sehen, daß auch ihre Geistlichen nicht ungeschoren bleiben und so die gefangenen katholischen Pfarrer endlich freigegeben. Darum — teilte die Zipser Kammer der Preßburger Kammer mit — haben sie das Angebot des Bischofs angenommen, *sämtliche* Prediger von Kaschau ins Haus des älteren Geistlichen gesperrt und ihnen zur Kenntnis gebracht, daß sie solange eingesperrt gehalten werden, bis die Kurutzen die von ihnen festgenommenen katholischen Pfarrer herausgeben. Damit das baldmöglichst geschehe — berichtete weiter die Zipser Kammer —, haben sie den Prediger von Ónod erneut ins Kurutzenlager gesandt, um die Aufständischen über die Gefangennahme der lutherischen Geistlichen zu unterrichten und dadurch die Freilassung der katholischen Pfarrer zu erzwingen.¹

Soweit können wir den Spuren des Gefangenaustausches folgen, denn in diesem Punkt verlegt sich das Wesentliche an der Angelegenheit in eine andere Dimension, eine »höhere« Sphäre. Nach unseren gegenwärtigen Kenntnissen können wir soviel feststellen, daß der Austausch der gefangenen Priester in der vorgeschlagenen Form nicht erfolgte, da der Briefwechsel zwischen den verschiedenen Behörden über ihr weiteres Schicksal auch nach Monaten fortgesetzt wurde.² Der Hauptgrund für das lange Hin und Her mag — zumindest von Seiten der Kammer und des katholischen Klerus — gewesen sein, daß im Zusammenhang mit den gefangenen Geistlichen neue Gesichtspunkte und Überlegungen auftauchten. Wir wollen nun diese neue Dimension der Angelegenheit näher ins Auge fassen!

Kaum zwei Wochen nach der zweiten Absendung des Ónoder Predigers, am 13. Februar 1673, hat Pater *G. Jászberényi*, Guardian und Provinzial des Kaschauer Franziskaner-Konvents, in wort-wörtlicher Übersetzung folgendes Zertifikat ausgestellt und nach Wien gesandt: »Seitdem die ketzeri-

¹ Der angeführte Bericht vom 14. und 28. Januar 1673 der Zipser Kammer befindet sich im OL (Országos Levéltár = Nationalarchiv), Kameralisches Archiv, Litterae Camerae Scepusiensis (im weiteren: *Litt. Cam. Scep.*), Faszikel 1208. — Von den in Kaschau gefangenen kalvinistischen Predigern konnte I. SZABÓ dem Namen nach G. Kabai, den zweiten Prediger der Kaschauer Reformierten identifizieren. Vgl. *Protestáns egyháztörténelmi adatok az 1670—81 évekből a bécsi hadilevéltárból* (Protestantische kirchengeschichtliche Daten der Jahre 1670—81 aus dem Wiener Kriegsarchiv), *Egyháztörténet* (Kirchengeschichte), 1959, S. 171. — Der Wiener päpstliche Nuntius, Alberizzi berichtete am 12. Februar 1673 dem Heiligen Stuhl, daß die Prediger in Kaschau eingesperrt wurden, weil die »Rebellen« mit den katholischen Pfarrern ebenso verfahren. Siehe T. A. VANYÓ: *A bécsi nunciusok jelentései Magyarországról, 1666—83* (Berichte der Wiener Nuntien über Ungarn, 1666—83), Pannonhalma, 1935, S. 70.

² I. SZABÓ a. a. O., S. 172—173.

schen Prediger hier in Kaschau gefangengenommen worden sind, haben wir, Franziskanermönche, in anderthalb Wochen 8 Personen, und zwar 7 Männer und eine Frau bekehrt (d. h. für die katholische Konfession).« Am selbigen Tag stellten die Jesuitenpatres *A. Fugatius* und *I. Tordai* ein ähnliches Schreiben aus, in dem sie bestätigten, daß ihr Orden nach Einsperrung der Kaschauer Prediger 15 Personen, 8 Männer und 7 Frauen, darunter 4 Adelige, für die katholische Kirche gewannen.³ So unbedeutend auch diese schriftlich berichteten Begebenheiten erscheinen mögen — denn die Sache der hier erwähnten Bekehrungen, wie wir sie auch betrachten mögen, sind neben den durch die gewaltsame Gegenreformation bereits erreichten Ergebnissen verschwindend — gab dennoch gerade diese Kaschauer Bekehrung den Antrieb zur Ausarbeitung eines großangelegten und zugleich unheilvollen politischen Plans. Schon am nächsten Tag, am 14 Februar 1673, brachten — gleich einer wahren Siegesmeldung — *O. F. Volkra*, Präsident der Zipser Kammer und *Zs. Holló*, einer der Kammerräte dem Kaiser die Umstände der obigen Bekehrungen samt den daraus zu ziehenden Lehren zur Kenntnis. Es lohnt sich, dieses Schreiben eingehender zu betrachten.

Volkra und Holló begannen ihren Gedankenflug damit, daß ihrer Ansicht nach die Arretierung der lutherischen und kalvinistischen Prediger von manchem Gesichtspunkt aus beachtenswerte Erfahrungen biete. In Punkten angeführt hoben sie folgendes hervor: 1. Auf das Bekanntwerden der Gefangennahme gab es weder unter den Lutheranern noch den Calvinisten eine Spur von Unruhe. — 2. Als die festgenommenen Prediger durch die Straßen geführt wurden, erregten sie durchaus kein Mitleid bei den Gläubigen, viel eher Spott und Verlachen. — 3. Die fünf Prediger wurde insgesamt von vier Musketieren vom Haus der Kammer zum Kerker begleitet, dennoch versuchten sie keinerlei Widerstand — 4. Bezeichnend ist der Fall eines lutherischen Jünglings, eines gewissen J. Almássy, der tödlich erkrankt, einen Prediger zum Seelentrost verlangte. Als man ihm mitteilte, daß das unmöglich sei, da alle gefangengenommen worden sind, habe der junge Mann auf seinem Totenbett angeblich erleichtert ausgestoßen: Gott sei Dank, so kann ich endlich einen katholischen Pfarrer rufen! Dieser junge Mann beichtete dann dem katholischen Pfarrer und hauchte mit allen Sakramenten gestärkt am anderen Tag seine Seele aus. Ohne die Arretierung der Prediger — führen die Briefschreiber fort — wäre er in der schädlichen Ketzerei verblieben, was seine ewige Seligkeit auf Spiel gesetzt hätte. Dieser Fall — beteuerten die Briefschreiber — ist auch dafür bezeichnend, daß nach ihrer Ansicht 5. ein guter Teil der lutherischen und kalvinistischen Bevölkerung bis jetzt nur mit Rücksicht auf ihre Prediger den Übertritt verzögerte, aber nun, da sie fortgebracht

³ Die zwei Bestätigungen: Wien, Staatsarchiv, *Hungarica Specialia*, Fasz. 325/c, Folio 3—4.

waren, viele zur Änderung ihrer Konfession bereit sind und es sogar unter den arretierten Predigern einige gibt, die ihre Bereitschaft zum Übertritt erklärten. — 6. Seitdem ihre Seelsorger arretiert sind, besuchen die Lutheraner und Calvinisten in großer Anzahl die katholische Kirche, sogar einige von den Adelligen aus dem Komitat äußerten ihre Absicht zum Übertritt, was sie bisher immer verweigert haben. — 7. Seit den Verhaftungen haben bis jetzt schon 36 Personen der Ketzerei abgeschworen und täglich melden sich neue zur Bekehrung. — Im weiteren zählten Volkra und Holló die »Sünden« der Prediger auf, so unter anderem, daß sie in ihre Kanzelreden Fürbitten für den Sieg der »Rebellen« einschlossen und das Volk immer noch im geheimen aneifern, zu den Waffen zu greifen. Ihre Verstocktheit ist auch daraus zu ersehen, fuhren sie fort, daß sie, selbst gefangen, kein Mitleid für die in der Haft der Kurutzen siechenden katholischen Geistlichen zeigen, denn sie weigerten sich, einen Brief für ihre Befreiung zu schreiben. Der Punkt 10 behandelt begeistert, daß Kaschau als Hauptstadt Oberungarns den anderen Städten, Oppidien, Dörfern und Adelligen ein Beispiel dafür gab, wie sie zum Gedeihen der katholischen Kirche beitragen können. Im Punkt 11 setzten die Berichtenden auseinander, daß man Kaschau, die Hauptfeste der hiesigen Landesteile, nicht ohne die Wiederherstellung der Einheit der Seelen erhalten könne, denn die geteilte Stadt sei in gleicher Weise der drohenden Gefahr äußerer und innerer Feinde ausgeliefert. Dies erwies sich auch bei der letzten »Rebellion«, als General Spankau die lutherischen und kalvinistischen Bürger der Stadt zu entwaffnen gezwungen war. Der 12. Punkt stellte die Frage: wenn die in Munkács residierende Witwe Fürstin Rákóczi und ihr Sohn, F. Rákóczi I. aus ihren Besitzungen die protestantischen Prediger ohne jeglichen Widerspruch vertreiben durften, warum sollte dies Seiner Hoheit, dem rechtmäßigen apostolischen König nicht gestattet sein? — 13. Wenn die lutherischen und kalvinistischen Insurgenten während der vergangenen »Rebellion« die katholischen Pfarrer nicht nur aus ihren Parochien vertrieben, sondern sie in Eperjes (Prešov), Bártfa (Bardejov), Szeben (Sabinov) und Terebes (Trebíšov) auch marterten, warum sollte es kraft der einheimischen Gesetze auch Seiner Hoheit nicht erlaubt sein, die Prediger zu vertreiben und für die geschändete Ehre der Heiligen sich Genugtuung verschaffen? — Schließlich drängten im Punkt 14 Volkra und Holló Kaiser Leopold, die lutherischen und kalvinistischen Prediger nur unter der Bedingung freilassen zu wollen, wenn sie sich zum Übertritt schriftlich verpflichten oder das Land binnen 8 Tagen verlassen werden. Sie meinten, daß dies den Frieden der Seelen, die Wiederherstellung des königlichen Ansehens sowie die Zuneigung zu Ihrer Hoheit verstärken wird. Die Schlußzeilen zitieren wir in wörtlicher Übersetzung aus dem lateinischen Original: »Seine Hoheit kann in diesem Lande — noch weniger in dieser Stadt — niemals auf eine feste Regierung hoffen, solange die Ketzerei (Mutter aller Sünden und Nährboden der pestilenziali-

schen Rebellion) ihre Kraft behält; diese zu brechen ist aber nur möglich, wenn ihre Wurzeln, die Prediger, durch Proskription herausgerissen werden.«⁴

Der Eingabe der zwei Kammerräte folgte am nächsten Tag, am 15. Februar 1673 der Brief von *F. Szegedi*, Bischof von Erlau (Eger), ebenfalls an Kaiser Leopold gerichtet. Dieser Brief wiederholte in zahlreichen Punkten (z. B. die angebliche Bekehrungsgeschichte von *J. Almássy*, eine Schilderung der hervorragenden Wichtigkeit der Stadt Kaschau, Aufzählung des »Sündenregisters« der Prediger) das Fakten- und Argumenten-Material des vorherigen Briefes, enthielt jedoch in mancher Beziehung auch neue Momente. So fühlte sich der Bischof als erzpriesterlicher Würdenträger veranlaßt, seinen Vorschlag mit kirchenrechtlichen bzw. historischen Erörterungen zu ergänzen. Danach waren die ungarischen Könige stets bestrebt, die Konfession Stephans des Heiligen zu kräftigen, die Ketzerei auszurotten und mußten in den letzten vergangenen 70 Jahren nur unter dem Zwang der Kriege erdulden, daß die Ketzer sich auf fast allen Ständetagen immer mehr Rechte erwarben. Gott gab jetzt durch die Unterdrückung der Rebellion eine außerordentliche Gelegenheit zur Ausrottung der Ketzerei. Wie der heilige König Stephan — fuhr der Bischof fort — sich für die Bekehrung der heidnischen ungarischen Nation vom Heiligen Stuhl den Titel »König und Apostel« erwarb, so macht sich Leopold durch die Ausrottung der Ketzerei und durch Wiederherstellung der Glaubenseinheit nicht nur um den Namen »apostolischer König« (*Rex Apostolicus*), sondern als Anerkennung seiner außergewöhnlichen Taten auch um den Beinamen »Apostel-König« (*speciali merito Rex Apostolus*) verdient. Nach dieser eigenartigen »Weiterentwicklung« des Werks von *Gy. Bársony*, bzw. der Legende über die Sylvester-Bulle wies Bischof Szegedi im weiteren auch auf die außenpolitischen Erwägungen hin, die ein radikales Auftreten gegen die Ketzerei zum gegebenen Zeitpunkt ermöglichen. So hob er hervor: den gegen die Ketzerei zu treffenden Maßregeln kann keine Rücksicht auf die Protestanten im Reich den Weg versperren, denn — schrieb er — »kein Recht steht ihnen in den Ländern Eurer Majestät zu, denn auch sie sorgen für die Sicherheit ihrer Länder und Provinzen und dulden nicht, daß im Inneren ihres Staates aufrührerische Untertanen auf ihr Verderben hinzielen.« Man braucht aber auch auf die Gefahr eines Ottomanen-Kriegs nicht Rücksicht zu nehmen, — heißt es weiter — denn jederman weiß, daß der Türke an dem geschlossenen Frieden festhält. Um die Ausübung der ketzerischen Religion zu unterbinden, empfiehlt dieser Vortrag ebenfalls die Proskription der Prediger und fügt noch die Bemerkung hinzu: am besten wäre es, sämtliche Prediger des Landes zu verweisen, aber falls sich dies nicht verwirklichen läßt, so sollen sie wenigstens aus den königlichen Städten vertrieben werden.⁵

⁴ Der Bericht von Volkra und Holló: ebenda, Folio 12—13. Den Bericht erwähnt auch *I. SZABÓ* a. a. O., S. 171, ohne den Inhalt angegeben zu haben.

⁵ Bericht von *F. SZEGEDI*: *Hungarica, Specialia*, Fasz. 325/c. Folio 14—17.

Wenn wir nun das Wesen der beiden Vorlagen zu einer einzigen These zusammenfassen wollen, so läßt sich der Vorschlag des Kammerpräsidenten und des Bischofs wie folgt ausdrücken: Da die Arretierung der Prediger in Kaschau durch den Übertritt vieler Leute zu unerhofftem Erfolg führte, und zwar im Verlauf einiger Tage — so sei dies also Lehre und Beispiel für das ganze Land! Damit kam die *Kaschauer Affäre* zustande, die als *Modell* für die nach einem halben, dann nach einem Jahr veranstalteten großen Predigerprozesse diente. Die Aufnahme, Lenkung, Unterbreitung der ganzen Angelegenheit weisen — zumindest nach der Arretierung der Prediger — zweifelsohne auf ein überlegtes und organisiertes Verfahren, in dem die Führerrollen offenkundig der Erlauer Bischof, sowie die Leiter der Kammer unter Mitwirkung von Jesuiten, Franziskanern und Stiftspersonen gespielt haben. Die Durchdachtheit des Vorgehens zeigt übrigens auch die »*attestatio*«, die von gewissen »Stiftspersonen« noch am 13. Februar 1673 eiligst auf Anweisung der Zipser Kammer über ihre in der Kaschauer kalvinistischen Kirche abgehaltene Visitation zusammengestellt wurde. In dieser Bescheinigung bestätigten die besichtigenden Personen, B. Bágyoni und Gy. Fodor, daß anstatt des Erlöser-Bildes »die Insignien der grausamen türkischen Nation«, der Halbmond und der Stern an der Frontwand der Kirche zu sehen waren.⁶ Diese mit den anderen Schriftstücken gleichzeitig nach Wien gesandte Bescheinigung inspirierte den Lenkern am Wiener Hof schon von vornherein, daß die Sache der protestantischen Prediger nicht als eine Religions-, sondern als eine politische Frage, als Vaterlands- und Hochverrats-Angelegenheit zu behandeln sei, — wie dies in den Predigerprozessen später auch erfolgte.

Die Predigerprozesse wurden also nach dem bisherigen von »unten her« angeregt, wenn der Erlauer Bischof und die katedralischen Persönlichkeiten überhaupt als von »unten« bezeichnet werden dürfen. Die Frage ist nun, wie ihre Vorschläge in Wien aufgenommen wurden. Über die obere Entscheidungssphäre der Gegenreformation, einschließlich der Predigerprozesse, sind unsere Kenntnisse bis jetzt ziemlich mangelhaft, aber über das Reagieren des Wiener Hofes anläßlich der Kaschauer Arretierung besitzen wir zum Glück dennoch einen Anhaltspunkt. Und dieser Anhaltspunkt ist ein Brief des in Wien weilenden Preßburger Kammerpräsidenten L. Kollonich vom 19. Februar 1673 an die Preßburger Kammerräte, die mit einiger Besorgnis die Berichte über die Kaschauer Arretierungen zur Kenntnis genommen zu haben schienen. In dem erwähnten Brief beruhigte Kollonich die ihm unterstellten Kammermitglieder: was die Festnahme der fraglichen Prediger betrifft, sollten sie sich — seiner Ansicht nach — keine Sorge darüber machen, da »Seine Majestät die Arretierungen und die damit zusammenhängenden Angelegenheiten ohne Zweifel gutheißen wird, und diejenigen, die eventuell dagegen das Wort

⁶ Attestation der stiftlichen Personen: ebenda, Folio 6.

erheben sollten, von hier gewißlich zur gehörigen Ruhe ermahnt werden.«⁷ — Wir haben keinen Grund, die Verlässlichkeit dieser Mitteilung von Kollonich zu bezweifeln, der sich in den höchsten Kreisen bewegte und in allem immer gut unterrichtet war. Vorbereitung und Arrangement der Predigerprozesse ist für uns eine Bestätigung, daß der größte Angriff der totalen Gegenreformation bis zum Schluß vom Wiener Hof und der Person Leopolds gutgeheißen und unterstützt worden ist.

Nach dem bisher Beschriebenen müssen wir für die geistigen Urheber des Vorgehens gegen die Prediger den Bischof von Erlau F. Szegedi, den Kammerpräsidenten Volkra und den Kammerrat Zs. Holló halten. In dem vom Zufall gebotenen Einzelfall, nämlich in den zwecks Gefangenen-austauschs gemachten Prediger-Arretierungen, erblickten sie die zielsicherste politische Methode, die für das ganze Land als Beispiel dienen kann. Es wäre dennoch ein Irrtum, wenn wir nun glauben wollten, daß die Ausheckung und Vorbereitung der Predigerprozesse als das »persönliche« Werk dieser drei Menschen zu betrachten sei. Ihren Vorschlag hätte ja auch das Schicksal so vieler anderer Vorschläge — Vergessenheit oder spurloses Versinken im Aktenmeer der Habsburger Amtsorganisation — erreichen können. Daß es jedoch diesmal nicht so geschah, muß offenkundig tiefere historische Zusammenhänge gehabt haben. Und wahrhaftig, wenn wir nun den Kreis unserer Untersuchungen erweitern und auch die allgemeine politische Geschichte der Zeit mit einbeziehen, so müssen wir wahrnehmen, daß Szegedi, Volkra und Holló hier einer Sache Form verliehen, die schon — wie man sagt — in der Luft der Zeit lag, nämlich daß die Hauptziele ihrer Aktion sich in den Hauptstrom der damaligen Politik in Ungarn einfügten. Wir können uns davon erst wirklich überzeugen, wenn wir die besprochenen Vorlagen mit anderem Quellenmaterial der Zeit vergleichen. Blättert man z. B. in den Zeugenaussagen, die gerade um diese Zeit, nach dem 1672er Kurutzenangriff an den Glaubwürdigen Orten zu Protokoll genommen wurden, so begegnet man auf Schritt und Tritt solchen und ähnlichen Aussagen: »Hauptschuldige an der Friedensstörung waren die Prediger«, »Haupturheber des Aufruhrs waren die Prediger, die in ihren Kanzelreden die Rebellen ermutigten«, oder: »wo die Rebellen erschienen sind, spürten sie überall nach Katholiken« usw.⁸ Inhaltlich damit übereinstimmende Feststellungen, Bewertungen kommen aber reichlich auch in den zeitgenössischen Berichten der Kammer-Beamten und Akten anderer Behörden vor. »Die Erfahrungen zeigen, daß Uneinigkeit und Rebellion im Volke von Predi-

⁷ »Si vero quempiam contra murmurare contigerit, eidem hic decens silentium certius imponetur« — lautet der Schlußteil im lateinischen Original. OL. Kamarai levéltár, Litterae ad cameram exaratae (im weiteren: *Litt.*), Fasz. 57, 1673/44. — Auf diesen Brief von Kollonich wies auch kurz I. SZABÓ hin a. a. O. S. 171.

⁸ Siehe: *Egri Káptalan* hiteleshelyi levéltára (Archiv des Glaubwürdigen Orts des Erlauer Hochstifts), Protocollum Seriale, Nr. Q/186. 1., 15. und 26. Zeugenaussagen. Das angeführte Protokoll wurde am 18. Februar 1673 in Kaschau aufgenommen!

gern herrühren, die gegen das österreichische Haus böse gesinnt sind und solches Beispiel geben« — stellte z. B. der am 13. März 1673 nach Preßburg gesandte Bericht der Zipser Kammer fest.⁹ Oder wie der Kammer-Offizier von Regéc, B. Lucsánszki ebenfalls um dieselbe Zeit nicht allein von den Predigern, sondern auch von allen protestantischen Untertanen schrieb: »wieviel Ketzer, soviel Verräter; sie unterstützen die Rebellen und übermitteln ihnen alle Nachrichten«, usw.¹⁰ Es bestand also in den Monaten nach dem Aufstand des Jahres 1672 in ziemlich breiten Schichten der Bevölkerung die Forderung, daß die Protestanten, insbesondere ihre Prediger, kollektiv verantwortlich gemacht, gleichsam unter politische Anklage gestellt werden sollen, also eine Art öffentliche Meinung, »*opinio communis*«, vor allem natürlich in Kreisen der königstreuen Katholiken, aber in weiterem Sinne auch unter denjenigen, die ohne eine feste Überzeugung sich nach dem jeweiligen Wind richteten und meist eingeschüchtert vor dem Kreuzverhör der Stiftspersonen standen. Das Szegedi-Volkra-Holló-Kollektiv hatte in diesem Sinne eigentlich nichts anderes zu tun, als diese um die Wende 1672—73 verbreitete allgemeine Stimmung in ein kämpferisches, politisch-religiöses Programm zusammenzufassen.

So weit gelangt müssen wir uns aber die Frage stellen: War die oben angeführte Einstellung der Katholiken begründet, und wenn ja, in welchem Sinn und Ausmaß? Waren denn wirklich die Prediger die Hauptschuldigen, ist der 1672er Angriff der Kurutzen tatsächlich von ihnen ausgegangen? — Die Antwort darauf kann wohl nicht eindeutig verneinend lauten: die obige mutmaßliche Beurteilung besaß unzweifelhaft gewisse Grundlagen in der damaligen geschichtlichen Realität. Genauer: im damaligen politischen Leben gab es Erscheinungen, woraus *auch* Konsequenzen dieser Art gezogen werden können. — Woran denken wir dabei? — Vor allem natürlich daran, daß der Kurutzen-Angriff im Herbst 1672 an manchen Orten die Form eines religiösen *Bürgerkriegs* annahm, wo protestantische Prediger die aufständischen Truppen zum Kampf gegen die Habsburger-Politik und ihre »päpstlichen« Unterstützer begeisterten, — ja aufschürten. »Söhne, Gott sendet euch jetzt für das an ihm begangene Unrecht Rache zu üben! Seid immer auf der Hut, in der Erfüllung der göttlichen Absicht nicht zu erlahmen!« — mit diesen Worten ermutigten z. B. nach einer Zeugenaussage¹¹ die reformierten (kalvinistischen) Pfarrer die von Debrecen losziehenden Kurutzen-Truppen. Wir wissen, daß als spontane Reaktion auf die in den letzten Monaten in Gang

⁹ Litt. Cam. Scep. Fasz. 1209, Folio 40.

¹⁰ OL. *Repraesentationes, informationes, instantiae* (im weiteren: *Repr.*) Lagernummer 3227, 27. März 1673 (das Dokument liegt irrtümlich im Faszikel März 1674). Der zitierte Teil lautet im lateinischen Original: »quotquot sunt haeretici, tot proditores, illi fovent rebelles, et omnes rumores ipsis perferunt.«

¹¹ *Egri Káptalan hiteleshelyi levéltára* (Siehe Anm. 8). *Protocollum Seriale*, Nr. P/284, Geständnis des 3. Zeugen G. Kapi.

gesetzte Gewaltpolitik der Gegenreformation, religiöse Erregung und Leidenschaft — ob nun auf Anfeuerung der protestantischen Prediger oder ohne sie — in den Tagen des Aufstands mit solch elementarer Kraft hervorbrachen, daß ihnen selbst die zu einer nüchternen politischen Überlegung geneigten Kurutzenführer hilflos gegenüberstanden. Zur Schilderung der Leidenschaften wird ausreichen, wenn wir über den Höhepunkt des Angriffs ein paar herausgegriffene Zeilen von dem Truppenführer P. Szepesi vom 18. September 1672 an den siebenbürgischen Rat, M. Teleki anführen: »Wir haben keinen Führer, unser Heer mehrt sich und treibt unter dem Vorwand der Päpstischen-Verfolgung ein entsetzliches Plunderwesen, was — so helfe mir Gott — gegen unseren Willen ist . . . wir begannen sie schon hinzurichten, aber vergeblich . . . Oftmals stockt mir das Herz, daß ich alldem zuschauen muß . . .«¹²

Und dennoch, trotz aller dieser Vorkommnisse, war es ein großer Irrtum bzw. größtenteils eine bewußte Irreführung, den Kurutzen-Aufstand als religiöse Bewegung hinzustellen. Ein Irrtum und Irremachen, was auf das willkürliche Herausgreifen und die Überbetonung einzelner Elemente der verwickelten historischen Wirklichkeit und Außerachtlassung oder bewußter Übergehung anderer Motive aufgebaut war. Die allgemeine religiöse Aufregung trug zweifelsohne zur Vorbereitung des Aufstandes bei, sie war aber bei weitem nicht der alleinige Beweggrund dazu; die Prediger spielten zwar eine wichtige Rolle in der Verbreitung der habsburgerfeindlichen Bewegung, doch waren sie freilich nicht die »Haupturheber« des Angriffs. Die sich im Jahre 1672 entfaltende Bewegung der Kurutzen gründete sich von sozialem Gesichtspunkt aus auf die Anregung zweier aufeinander gegenseitig angewiesener Schichten bzw. Gruppen: nach der Niederwerfung des 1670er Ständeaufstandes schlossen sich hier die heimatlos gewordenen, einst wohlhabenden Adeligen und die aus den Grenzfestungen entlassenen Berufssoldaten gegen den durch die Habsburger neu-eingeführten Absolutismus zusammen zur — wie sie sich selbst ausdrückten — Überwindung ihrer »leiblichen und seelischen Unfreiheit«, objektiv aber zur Wiederherstellung des im Jahre 1670 gestürzten früheren Status quo zwischen der Zentralmacht und der Ständeordnung. Ihr Unternehmen konnte in bedeutendem Maße mit der Unterstützung der Bauernmassen rechnen. Diese Sympathie von Volksmassen nährte sich grundsätzlich aus zwei Quellen: teils aus Abwehr gegen die Unterhaltskosten der kaiserlichen Heere und die absolutistische Steuerpolitik, nämlich gegen die vorher nie dagewesene hohe staatliche Besteuerung, teils aus Erbitterung gegen die gewalttätige Gegenreformation, aus Protest gegen Kirchenbesetzungen und andere religiöse Schikanen. Das religiöse Motiv

¹² S. GERCELY: *Teleki Mihály levelezése* (Briefwechsel von M. Teleki), VI. Budapest, 1912, S. 302—303.

spielte also tatsächlich eine bedeutende Rolle sowohl in dem Auflodern der Unzufriedenheit im Volke, wie auch in der Ideologie der Bewegung; jede Erklärung war jedoch eine absichtliche oder unbeabsichtigte Verzerrung oder Simplifizierung, die die Religionsfeindlichkeit als einzige Ursache des 1672er Aufstands bzw. überhaupt als zentrale Frage der »Kurutz-Labantz«-Opposition (Gegner und Anhänger der Habsburger) hingestellt hatte. Als in den Kreisen der Habsburger-Anhänger und Katholiken von der Wende der Jahre 1672—73 an immer mehr diese vereinfachte Beurteilung der Lage vorherrschend wurde, um bald dann sozusagen zum Standpunkt der offiziellen Staatspolitik erhoben zu werden, erfolgte eine so eigenartige Reduktion der Tatsachen und Zusammenhänge, die letzten Endes für die herrschenden Kreise als Ausgangspunkt einer bestimmten politischen Richtung diente. Und diese Richtung war eben die Politik der in den Predigerprozessen gipfelnden totalen Gegenreformation, zu deren Beginn die besprochenen Vorlagen von Szegedi, Volkra und Holló die Posaunen bliesen.

Um aber die wahre Bedeutung der in der Handhabung der Religionsangelegenheiten Anfang 1673 erfolgten Entwicklung beurteilen zu können, muß auch das *Problem des Zeitpunkts* näher untersucht werden. Es muß nämlich die Frage gestellt werden: Gab es außer den frischen Eindrücken des 1672er Aufstands noch irgendeinen tieferen Beweggrund dafür, daß die Sache der Religion, und zwar deren extremste Handhabung, gerade Anfang 1673 in den Vordergrund der Ungarnpolitik der Habsburger gerückt wurde? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir wiederum auf die Jahre 1670—71, den Beginn der absolutistischen Politik in Ungarn zurückgreifen und neben der Religionsfrage — so überraschend dies auch sein mag — auch das *Steuerwesen* mit in die Behandlung einbeziehen. Die simultane Betrachtung der Religionsfrage und des Steuerwesens liefert uns die Gewißheit, daß zwischen den beiden Gebieten ein gewisser Zusammenhang besteht, dessen Art und Weise einen Einblick in die jeweilige Natur der absolutistischen Politik gewährt. Dieser Zusammenhang fand übrigens auch in dem zeitgenössischen Wortgebrauch: »leibliche und seelische Unfreiheit« seinen Ausdruck, wobei die leibliche Unfreiheit vor allem auf staatliche Steuerausbeutung und die seelische Knechtschaft auf gegenreformatorische Unterdrückung und Schikanen zu beziehen sind. Wenn wir also jetzt im nachfolgenden die Steuerangelegenheiten neben die Religionsfrage stellen, so geschieht eigentlich nichts anderes, als daß die zwei Hauptkomponenten der den 1672er Kurutzen-Aufstand auslösenden Ursachen und deren Beziehungen zueinander zum Gegenstand unserer Untersuchungen gemacht werden.

*

Aus der Geschichtsliteratur ist uns bekannt, daß die Steuerpolitik des Leopoldinischen Absolutismus nach der Liquidierung der sogenannten Magnaten-Verschwörung und der Niederwerfung des 1670er Adelsaufstands durch

das Patent vom 21. März 1671 eingeführt wurde, das — vorläufig ohne eine bestimmte Summe zu nennen — die Bevölkerung Ungarns zum Unterhalt des im ganzen Gebiet Ungarns sich aufhaltenden kaiserlichen Militärs verpflichtete. Angesichts der Verteidigung der Grenzfestungen gegen die Türken, sowie der nach dem unlängst niedergeschlagenen ständischen Aufstand noch immer schleichenden Unzufriedenheit — d. h. der Notwendigkeit der Niederhaltung der Bevölkerung — bedeutete dies für das Land, approximativ gerechnet, den Unterhalt von etwa 20 Tausend Mann, was in Geld umgerechnet einer Steuerlast von 870 000 Forint entspricht. Bei der seit 1647 festgestellten Anzahl von 7215 der »Porta«* wurden, wie es sich leicht ausrechnen läßt, die einzelnen Porta (Pforten) mit einer Staatssteuer von mehr als 120 Forint belastet, die vor der Steuererhöhung höchstens 1—2 Forint jährlich betrug. Zusammenfassend: der Absolutismus legte den Leibeigenen in Ungarn von einem Tag auf den anderen eine Steuerlast auf, die ungefähr das Sechzig- bis Hundertzwanzigfache der bisherigen ausmachte.¹³

Die Tatsache, daß die Regierung der Habsburger der Bevölkerung Ungarns eine erheblich höhere Steuerabgabe als bisher auferlegen wollte, halten wir *an sich* — im Gegensatz zu der versteiften staatsrechtlichen, verfassungschützenden Tendenz unserer alten Geschichtschreibung — nicht für unbegründet. Ohne auf Einzelheiten eingehen zu wollen, möchten wir hier nur kurz darauf hinweisen, daß unser Land bis zur Einführung des absolutistischen Steuersystems im Verhältnis zu den meisten Ländern Europas hinsichtlich der staatlichen Besteuerung eine Ausnahmstellung genoß, sogar zu den Verteidigungslasten der Türkenkriege nur in geringem Maße beitrug. Dessen bewußt war aber das Steuerpatent vom März 1671 dennoch ein Fehlgriff des Wiener Hofes, da neue Mißstände geschaffen wurden, die weit über die Grenzen des augenblicklich Erträglichen hinausgingen. Das fällt sogleich auf, wenn die Summe der Ungarn auferlegten Steuern mit der Steuerlast der unter das Habsburger Zepter gehörenden anderen Länder bzw. Provinzen verglichen wird: nach einer heute noch als grundlegend gültigen Bearbeitung der österreichischen Wirtschaftsgeschichte bezahlten nämlich im Jahre 1670 die zur tschechischen Krone gehörenden Länder (Böhmen, Mähren und Schlesien) 770 000 Forint Steuern gegenüber den österreichischen Erbländern, die mit insgesamt 420 000 Forint belastet wurden.¹⁴ Das bedeutet soviel, daß durch die neue Verordnung die Steuern Ungarns, das infolge der Türkenkriege ohnehin schon aus tausend Wunden blutete, die Steuern der in Frieden leben-

* Porta (die Pforte): die Einheit der Staatssteuereinhebung in Ungarn im XVI—XVII Jahrhundert, die zumeist aus vier, in einigen Fällen auch aus sechs—acht Fronhöfen bestand.

¹³ Über das obige siehe: GY. PAULER: *Wesselényi Ferencz nádor és társainak összeesküvése, 1664—1671* (Verschwörung des Palatins F. Wesselényi und seiner Genossen, 1664—1671), Budapest, 1876, II. S. 246—248.

¹⁴ H. SRBIK: *Der staatliche Exporthandel Österreichs von Leopold I. bis Maria Theresia*. Wien—Leipzig, 1907, S. 195.

den sonstigen Länder der Habsburger mit einem Mal überstieg. Ungarn mußte nämlich gegenüber den 20% der österreichischen Erbländer und etwa 38% der tschechischen Provinzen einen Anteil von über 40% der Reichslasten auf sich nehmen. Und dies geschah nicht mit irgendwelchen rationalen staatswirtschaftlichen oder gar absolutistischen staats-theoretischen Begründungen, sondern als eine für den 1670er ständischen Aufstand verhängte kollektive nationale »Strafe«, wie es in der »prinzipiellen« Einleitung der Steuerverordnung lautete: »Wir verlangen, daß ihr euch alle . . . vor der Macht beugt, die Gott uns über euch gab . . . , damit unsere Güte und Milde sich über den an uns begangenen Verrat, über Beleidigung und Verschwörung empört, gegen euch, oft zurückfallende Sünder nicht zur gerechten Strenge verwandele.«¹⁵ Das bedeutete zugleich, daß die in Böhmen vor einem halben Jahrhundert angewandte berüchtigte »Verwirkungstheorie« jetzt in Ungarn im voraus eingeläutet wurde, und dazu mit einer Verfügung verbunden, die in das Fleisch von Millionen schnitt.

Wenn wir nun die ganze politische Geschichte Ungarns schreiben wollten, mußten wir ausführlich über den Widerhall des neuen Steuererlasses bei den Ständen berichten, der ein Ausdruck verzweifelten Protestes war, nicht nur, weil die gesteigerte staatliche Belastung der Leibeigenen unvermeidlich die Ausbeutungsmöglichkeit der Gutsherren beengte, sondern auch deshalb, weil diese Steuerveranlagung durch die höchste Vollmacht den wichtigsten Trappfeiler der ständischen Vorrechte unterminierte. Von uns aus gesehen — und freilich auch vom geschichtlichen Standpunkt des Landes aus — ist aber die Wirkung des absolutistischen Steuererlasses auf das Volk bzw. seine Aufnahme bei den Hörigen und Bauern das wichtigere Moment. Zwei verschiedene Auswirkungen des Steuererlasses sind festzustellen. Einerseits erhitzte sich in wenigen Wochen die Stimmung gegen die Habsburger-Regierung, gegen die Kammer und das deutsche Militär, andererseits verschärfte sich — auf eigenartige, doch verständliche Weise — der Gegensatz zwischen Leibeigenen und Gutsherren. Im April und Mai 1671 trafen Anzeigen ein, hauptsächlich aus den östlichen Landesteilen, über Unruhen der Bauernmassen, wie sie schon seit langen Jahren, vielleicht schon seit Jahrzehnten beispiellos waren. Diese Anzeigen gipfelten in der um Mitte Mai sich verbreitenden Nachricht, daß man in der Zips auf die Spur einer neuen politischen Untergrundorganisation gekommen ist. Im Gegensatz zu der früheren ständischen Organisationen entstand sie diesmal nicht im Kreise der herrschenden Klasse, sondern unter dem Kleinadel, den Predigern, entlassenen Soldaten, ja sogar Leibeigenen. Ihre Führer — an der Spitze ein Leibeigener-Servitor der Familie Thököly, namens Bocskó — vereidigten die Unzufriedenen auf den 14jährigen, nach Siebenbürgen geflüchteten Imre Thököly, Sohn des verstorbenen Burgherrn

¹⁵ Angeführt bei PAULER a. a. O., II. S. 247.

von Árva (Orava) und knüpften dabei lebhaft politische Beziehungen mit Siebenbürgen an.¹⁶ An den Rand dieser Nachricht notierte der in der Burg Szepes (Spišský hrad) weilende Gy. Bársony, Bischof von Várad (Wardein, Oradea) am 17. Mai 1671 die vielsagende, ernste Mahnung an den Wiener Hof: »Man muß befürchten, daß etwas ähnliches geschehen wird, was Žiska in Böhmen oder P. Császár in der Gegend um Kaschau verbrochen hatten.«¹⁷ Also schon am 17. Mai 1671, kaum einige Wochen nach der Ankündigung der neuen Steuerpolitik, regte sich in der erhitzten Phantasie der ungarischen herrschenden Klasse und der Wiener Regierung die schauerliche Erinnerung an die Bauernaufstände.

Die aus Oberungarn eingelaufenen Notsignale scheinen ausreichend gewesen zu sein, den Wiener Hof stutzig zu machen und veranlaßten ihn zu versuchen, der drohenden Lavine den Weg zu versperren. Schon am 6. Juni 1671 wurde eine neue Verfügung über die Steuern erlassen, die im Vergleich zu dem ursprünglichen Plan einen entschiedenen Schritt nach rückwärts bedeutete. Das neue Steuerpatent setzte nämlich die Höhe der im März 1671 angekündigten »Repartitio« auf die Hälfte herab und verpflichtete die Gutsherren zur Erleichterung der Lasten der Leibeigenen den halben Teil der verminderten Steuer auf sich zu nehmen. Den durch die Steuerherabsetzung entstandenen Verlust suchte der Hof so zu ersetzen, daß er nach einigen Wochen, im Sommer 1671, der portalen Besteuerung noch die *accisa* (Akzise), eine Art Konsumsteuer hinzufügte. Obwohl auch diese neueren Verordnungen keine bestimmten Summen erwähnten, können wir aus späteren Aufzeichnungen dennoch erfahren, daß man in Wien nach der Herabsetzung der Steuer, sowie nach der *Accisa* mit einer Gesamteinnahme von 436 000 Forint gerechnet hatte. Die jährliche Steuerbelastung der einzelnen Pforten verminderte sich auf diese Weise auf 40 Forint, und auch davon mußte — zumindest auf dem Papier — 20 Forint der Gutsherr bezahlen. Aber außer den obigen Verfügungen enthielt der neue Steuererlaß noch ein bemerkenswertes Moment: er forderte die Leibeigenen auf, sich mit berechtigten Beschwerden gegen ihre Gutsherren an den Wiener Hof zu wenden. »Unser väterliches Wohlwollen und unsere Herrscherwürde verlangen — so lautet der Aufruf im obigen Steuererlaß —, unser apostolisch-königliches Ohr den berechtigten Klagen der unterdrückten Armen allernähdigst zu öffnen. Deshalb wird allen zur Kenntnis gebracht, die von ihren Gutsherrn übermäßige, christenunwürdige Peinigungen zu erleiden haben und sich in einer solch elenden Lage befinden, in der sie durch Fron und andere unangemessene Abgaben an der Versorgung ihrer eigenen

¹⁶ Die Organisation von Bocskó ist in unserer Geschichtsliteratur nicht bekannt. Die Quellen dazu befinden sich teils in *Repr.*-Serie des OL., teils in der *Hungarica*-Sammlung des Wiener Staatsarchivs. Zum ersten Mal berichtete davon Kammerbeamter M. Cseróczy am 12. Mai 1671. *Repr.*, Lagernummer 3217.

¹⁷ Wien, Staatsarchiv, *Hungarica, Specialia*, Fasz. 324/A, Folio 26.

Wirtschaft verhindert sind, daß ihnen — auch aus öffentlichem Interesse, wonach niemand seine Macht mißbrauchen soll — jederzeit zur Anrufung der Gerechtigkeit der Weg zum königlichen Thron offen steht, vorausgesetzt, daß sie dazu nicht durch eine vermessene Unehreerbietigkeit ihrem Gutsherrn gegenüber verleitet werden, sondern einer gerechten Sache wegen, nämlich schwere Unterdrückung, welche sie auch nach Gebühr zu beweisen imstande sind, gezwungen sind.« — Das zweifache Ziel der neuen Regelung — meinen wir — geht aus obigem klar hervor. Sie bedeutete einerseits einen Versuch, die realen finanziellen Voraussetzungen zur Erfüllung der Steueransprüche des Absolutismus zu schaffen, andererseits enthielt sie die Absicht, sich die Sympathie der Leibeigenschaft, sogar eventuell auch ihre Unterstützung zu gewinnen, das politische Rückgrat der dem absolutistischen Bestreben Widerstand leistenden Stände zu brechen. Die Wiener Regierung wollte natürlich durch diese Geste den Leibeigenen gegenüber, wie durch geschicktes Menövrieren, sich aus der Sackgasse retten, in die sie durch die vorherige Einführung der absolutistischen Steuerpolitik geraten ist.¹⁸

Über das Steuerpatent vom Juni 1671 läßt sich im großen und ganzen feststellen, daß es die Bevölkerung Ungarns im Verhältnis zu den übrigen Provinzen der Habsburger schon mehr oder weniger real und angemessen belastete, und daß in ihm — zumindest im Keim — auch die Absicht der Volkswohlfahrt, das Motiv des staatlichen Leibeigenenschutzes in der Ungarnpolitik des Habsburger Absolutismus zu erkennen ist. Die Frage ist nun, wie weit es gelungen war, diese Absicht in der politischen Praxis zu realisieren. Wir dürfen darauf antworten: aus der Anfangszeit sind manche Spuren erhalten geblieben, daß man wenigstens hier und dort bestrebt war, die Vorschriften der modifizierten Steuerverordnung ernst zu nehmen und durchzuführen. So haben wir Kenntnis über die Erklärung einer Repartitions-Besteuerung aus eigener Tasche des Gutsherren in solch voneinander fernliegenden Komitaten wie Komitat Gömör (August 1671), Komitat Sopron (Februar 1672), die Zips (Mai 1672) und Komitat Ung (Juni 1672).¹⁹ Von den aufgezählten Vorfällen beweisen gerade die Angaben aus dem Komitat Gömör, daß die Regierung dort auch Druck anzuwenden bereit war, um die Gutsherren zu besteuern. So läßt sich zumindest die Mitteilung eines Berichts über einen Komitatsbeschluß auslegen, wo es

¹⁸ Das Steuerpatent vom 6. Juni 1671 besprach D. ANGYAL in seinem bis heute als grundlegend zu beachtenden Werk: *Késmárki Thököly Imre, 1657–1705* (I. Thököly von Késmárk, 1657–1705), Budapest, 1888, I. S. 41. Der von uns angeführte Aufruf an die Leibeigenen ist jedoch bei ihm nicht erwähnt. Wir benützten das im *Pest megyei levéltár* (Archiv des Komitats Pest) verwahrte Exemplar des Erlasses, *Acta Politica, Miscellanea*, Fasz. I., 1671/1.

¹⁹ Über *Komitat Gömör* s. den Brief von M. Dóczi an M. Andrassy vom 25. August 1671, Levoča, Štatný Archiv, *Archiv der Familie Andrassy* von Krasznahorka, Fasz. 14/b. Nr. 52., Folio 40. — Über *Komitat Sopron* s. den Bericht vom 19. Februar 1672 des Kammeroffiziers G. Kövér an die Preßburger Kammer, *Litt.* Fasz. 55., 1672/42. — Über *Komitat Szepes* s. den Bericht des Kammeroffiziers K. Horváth an die Zipser Kammer, 3. Mai 1672, *Repr.* Lagernum. 3220. — Über *Komitat Ung* s. den Bericht von M. Bánóczy vom 12. Jun. 1672, *Repr.* 3220.

heißt: »Es gibt eine Order darüber, sollte ein Gutsherr die Leibeigenen zahlen lassen (nämlich die volle Summe der Repartition). so haben die Leibeigenen das den deutschen Offizieren zu melden.«²⁰ Was ferner die direkte Beziehung zwischen den ungarischen Hörigen und dem Herrscher, nämlich die Unterbreitung der Beschwerden dem Thron betrifft, darüber berichteten der Parmaer Botschafter in Wien und der päpstliche Nuntius Anfang Juli 1672 fast gleichzeitig, daß den eben nahe der ungarischen Grenze jagenden Leopold etwa 1000—1500 Hörigen der Batthyány-Besitztümer aufsuchten, weinend um Milderung ihrer unerträglichen Lasten flehten mit der Drohung, falls sie kein Gehör auf ihre Klagen finden, sie auf Gebiete unter türkischer Oberhoheit umsiedeln werden.²¹ Es wäre wohl angebracht, diese Information auf Grund heimischer Quellen zu bekräftigen und genauere Daten über den Fall zu erhalten, aber gestützt auf unsere heutigen Kenntnisse haben wir keinen besonderen Anlaß, an der Glaubwürdigkeit dieser Botschafterberichte zu zweifeln.

Und das ist im großen und ganzen alles, was wir nach dem gegenwärtigen Stand der Forschung über die neue Richtung der Wiener Steuerpolitik, die Realisierung der Gutsherrenbesteuerung, sowie über die direkte Kommunikation zwischen Hof und Leibeigenen sagen können. Dagegen ist aber keine Spur zu finden, daß in der Sache des staatlichen Hörigenschutzes — außer der oben angeführten Deklaration — eine institutionelle Regelung oder konkrete Verfügung irgendeiner Art erfolgt wäre. Was wiederum die Besteuerung des Adels betrifft, so können wir, wenn wir obige Fakten näher untersuchen, in der Funktion des neuen Steuersystems, wie auch in seiner teilweisen Durchführung, so manche »Schönheitsfehler« entdecken. So wurde z. B. der erwähnte Beschluß im Komitat Ung (Juni 1672) offenbar nur durch die außergewöhnliche Situation durchgesetzt, daß der Oberbefehlshaber der deutschen Truppen, General Spankau die Entrichtung der Hälfte des Repartitionsbetrags des Jahres einen Monat vor der Ernte (!) einforderte und der Adel des Komitats Ung in dieser Lage sich gezwungen sah, daß — mit Worten des diesbezüglichen Kammerberichts — »wenn die Hörigen eines Gutsherrn die Repartition nicht bezahlen können, der Gutsherr selbst verpflichtet sei, dieselbe für seine Hörigen zu entrichten und . . . wollte das irgendein Gutsherr nicht tun, so gehe der Stuhlrichter mit seinem Geschworenen hin, beschlagnahme die Hörigen jenes Gutsherrn und übergebe sie demjenigen, der den Betrag für sie auslegt.«²² Daraus geht eindeutig hervor, daß die Gutsherren *nur in dem Fall* die Repartition zu leisten hatten, wenn ihre Leibeigenen nicht zahlen konnten, ferner,

²⁰ Vgl. den in Anm. 19 erwähnten Brief von M. Dóczy vom 25. August 1671.

²¹ Über den Bericht des Gesandten von Parma vom 2. Juli 1672 s. I. ACSÁDY: *A magyar jobbágyosság története* (Geschichte der ungarischen Leibeigenschaft), Budapest, 1906, S. 245. — Über den Bericht des päpstlichen Nuntius Alberizzi vom 3. Juli 1672 s. VANYÓ a. a. O. S. 65.

²² Vgl. den Bericht von M. Bánóczy (Anmerkung 19).

daß auch in solchen Fällen die Gutsherren die Repartition nur *vorschußweise* und nicht *statt* ihrer Hörigen zu entrichten hatten, was soviel bedeutet (wie das an einer anderen Stelle des Berichts klar ausgedrückt ist), daß es den Gutsherren erlaubt war, von ihren Hörigen den »für sie« bezahlten Steuerbetrag nach Einbringung der neuen Ernte einzutreiben. Wenn wir dabei noch in Betracht ziehen, welchen Widerstand der Komitatsbeschluß auszulösen vermochte, wenn die sich Weigernden durch stuhlrichterliche Amtsgewalt und Wegnahme ihrer Hörigen bedroht werden mußten, so kann man zusammenfassend sagen, daß der angeführte »positive« Beschluß des Komitats Ung eher für eine negative Stellungnahme der herrschenden Klasse zur Steuerfrage als für ihre Zahlungsbereitschaft einen Beweis liefert.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen wir auch bei näherer Betrachtung des Beschlusses des Komitats Szepes, wo ebenfalls irgendeine Zwangslage die Komitats-Kongregation gezwungen haben mag, die Steuerpflicht der Gutsherren zu bekräftigen. Wie nämlich aus einem Bericht vom April 1672²³ hervorgeht, mußten die dortigen Lehenbauern innerhalb von 6 Wochen *je 4 Forint* Steuer, die Bauern mit halber Session die *Hälfte* davon und die Söllner einen *Viertelteil* bezahlen, was für viele nur dann möglich war, wenn sie ihr zur Saat und eigenen Versorgung bestimmtes Getreide verkauften, und so »existenzunfähig« geworden, ihren Wohnsitz verließen. Das war der Grund, daß nachher, am 2. Mai 1672 die Kongregation des Komitats Szepes zusammentrat und beschlußmäßig erklärte: »Da die Armen die vielen Kontributionen für die Repartition nicht bestreiten können, sollen die Prälaten, Herren, Hochadeligen, Adelligen und Plebane prästieren pronunc ex propria bursa (diesmal aus eigenem Beutel)« — und zwar nach einem Lehenbauer *50 Denar*, nach einem mit halber Session *25 Denar* und nach den Söllnern *je 12 Denar*.²⁴ — Aus der Abfassung des Beschlusses geht also hervor, daß der Zipser Adel den Steuerbeitrag als einmalig und außergewöhnlich ansah — was offenkundig nur außerordentliche Umstände begründeten — und ebenso deutlich ist, daß es sich auch diesmal nicht um *Halbierung* der Repartitionslasten handelte, sondern daß die herrschende Klasse bloß *ein Achtel* der in der letzten Zeit geforderten Steuern auf sich nahm. Die näher untersuchten Besteuerungsfragen in den Komitaten Szepes und Ung unterstützen solcherart *im wesentlichen* die am 25. Mai 1672 vom Wiener Hof angefertigte Analyse der Lage nach dem zweiten Steuerpatent, wonach der frühere Erlaß über die Besteuerung der Gutsherren — wie geschrieben wurde — »keinen, auch nicht den geringsten Erfolg brachte, man vielmehr zunehmenden Schwierigkeiten und Hindernissen begegnet«. ²⁵ Die 12–15 Monate, die nach

²³ Aus dem Bericht des Kammeroffiziers K. Horváth vom 9. Apr. 1672, Repr. 3220.

²⁴ Vgl. den Bericht von K. Horváth vom 3. Mai 1672. (s. Anmerkung 19).

²⁵ Das Faksimile des Patents von 25. Mai 1672 ist im Werk von D. ANGYAL mitgeteilt: a. a. O., I., S. 42–43.

dem Steuerpatent vom 6. Juni 1671 vergangen waren, sind in dieser Hinsicht tatsächlich nichts anderes als eine Serie von vergeblichen Versuchen des Wiener Hofes und des verstärkten und zähen Widerstands der ungarischen herrschenden Klasse, vor allem der adeligen Komitate gegen die Einführung der Adelsbesteuerung.

Der Wiener Hof wich aber vorläufig nicht von seiner im Juni 1671 verkündeten Konzeption ab, er war den Anzeichen nach sogar entschlossen, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen. So erklärte der Steuererlaß vom 25. Mai 1672 die Steuerforderung des Patents vom Juni 1671 wiederholend, diesmal aber schon ziffernmäßig bestimmt, daß je eine Porta jährlich 40 Forint Repartition zu zahlen hat, wovon 20 Forint den Gutsherrn belasten. Um »den verschiedenen Störungen und Ungleichheiten . . . ein Ende zu bereiten« — verfügte dieses neuere Patent — »sollen die Reicherer den Armen mit weniger Hab und Gut beistehen, damit alles im Sinne der Gerechtigkeit in eine bessere Ordnung gebracht wird«. Über die bloße Wiederholung der früheren Verfügungen hinaus tauchte aber im Juni 1672 auch ein neueres Motiv in der ungarischen Steuerpolitik des Absolutismus auf: zur Bekämpfung der unzähligen Wirren, Schwierigkeiten und Mißbräuche, die man auf dem Gebiet der Besteuerung erfahren mußte, wurde von Wien aus die *neue Konskription der Porta bzw. der Anwesen* verordnet. Zur Durchführung wurden — nach Vorschrift wohl unter Mitwirkung der örtlichen Komitatsbehörden — die kaiserlichen Offiziere und die Kammern eingesetzt, mit der Oberaufsicht über die ganze Aktion gleichzeitig der Oberbefehlshaber der ungarländischen kaiserlichen Heere, General Spankau, sowie der Administrator der Zipser Kammer, Baron Joaneli betraut.²⁶ Diese Verordnung, die Leopold wieder allein auf seine absolute Vollmacht gestützt, ohne Befragung der ständischen Vertretungsorgane verbreiten ließ, rief an sich schon beim Adel einen heftigen Proteststurm hervor, der sich noch steigerte, als sich herausstellte, daß bei der Durchführung der Konskription (schon im August 1672) die Kriegs- und Kammerkommissare die Komitatsbeamten einfach übergangen hatten.²⁷ Außer den erwähnten

²⁶ Das Quellenmaterial über die Zusammenschreibung der Pforten im Jahre 1672 benutzte ich selbst im *Archiv des Komitats Ung* (Берерово, Sowjetunion): S. die Verordnung Leopolds I. an den Vizegespan des Komitats Ung P. Ubrisy, 4. Juni 1672, Fond. 4., Op. 2., No. 944, sowie den Brief der Zipser Kammer an das Komitat Ung, 8. August 1672, ebenda.

²⁷ Das stellt sich wenigstens aus dem Beschwerdebrief heraus, den das Komitat Sáros am 11. August 1672 in Eperjes an die Zipser Kammer datierte: » . . . sehr beehrt nahmen wir den Brief der Löblichen Adelligen Kammer entgegen — lesen wir im ungarischen Originale —, aus dem wir erfahren, daß sowohl von der Adelligen Kammer wie auch von unserer allergnädigsten Majestät ad connumerandas portas istius Comitatus de Sáros gewisse Kommissare deputiert worden sind . . . wir ersuchen ergebenst die Löbliche Adelige Kammer, tantisper von ihrer diesbezüglichen Absicht die deputierten Personen aufhalten geruhen zu wollen, da auch das gnädige Gebot unseres allergnädigsten Herrn, Seiner Majestät vorschreibt, daß die Konnumerationen derartiger Porta non nisi ad requisitionem Comitatum gehören sollen; es erscheint uns übrigens sowohl für die Adelsfreiheit, als auch für die Landesgesetze und für die alten eingewurzelten Sitten präjudiziert zu sein, daß die Deputierten der Adelligen Komitate aus der Konnumeration derartiger Porta exkludiert werden . . . « Repr. 3221.

Geschehnissen lieferte der Wiener Absolutismus noch so manche Beweise dafür, daß er sich — besonders in finanzieller Notlage — nicht viel um die Adelsrechte kümmerte. Die Adeligen in den Komitaten Heves und Außen-Szolnok beklagten sich am 27. Juli 1672 z. B., daß die kameralischen Zehnten-einnehmer sie auch zur Entrichtung des sogenannten *Königszehnten* nötigen wollen, was sowohl dem ersten Dekret des Königs Wladislaw wie auch dem 4. Gesetzartikel vom Jahre 1613 widerspräche, wonach nur die Leibeigenen verpflichtet werden, nach ihrem Fronhof diese Steuerlast zu tragen, die Adeligen nach ihren Gütern aber nicht.²⁸ Auf Grund des Vorgetragenen ist es vielleicht nicht übertrieben zu folgern, daß im Sommer 1672 der Zorn des ungarischen Adels gegen den Wiener Hof auf den Siedepunkt erhitzt gewesen sein mochte, der nach Aufhebung der Ständeversammlung jetzt auch die materiellen Lebensgrundlagen seines großen Widerparts zu beschneiden begann und nach zahlreichen Anzeichen zu einem entscheidenden Angriff zu übergehen bereit war, um — wie vor einem halben Jahrhundert in Böhmen — auch in Ungarn die Grundlagen der ständischen Selbständigkeit zu liquidieren.

Unter solchen Umständen entwickelte sich Ende August—Anfang September 1672 in den Grenzzonen Siebenbürgens der erste sogenannte »Kurutzen«-Angriff der im Jahre 1670 zur Flucht gezwungenen Adelsherren, nachdem diese zu ihrer Aktion die stille Billigung der türkischen Pforte gewonnen, und zu ihrem Unternehmen das im Sommer 1672 aus kaiserlichem Sold entlassene Soldatenvolk der Grenzfestungen angeworben haben. Abgesehen von dem polnischen Kriegszug der Türken, der zu dieser Zeit im Gange war und von außenpolitischem Gesichtspunkt gesehen ihr Unternehmen begünstigte, weist die Wahl des Zeitpunkts auch vom Standpunkt der innenpolitischen Lage auf eine bewußte Überlegung, gewisse Tempierung hin. Daß die Adeligen in Ungarn auf die gegen ihre ständischen Vorrechte jüngst gerichteten Anordnungen des Habsburger-Absolutismus das Kommen ihrer landflüchtigen Genossen *selbst* wünschten, ja darauf drängten, macht die Mitteilung eines in Nagykaroly (Carei) am 24. August 1672 datierten Kameralberichts wahrscheinlich, wonach »Briefe mancher Herren kommen und gehen, sie werden von Bauern im geheimen gebracht und geschickt, sie (nämlich die Kurutzen) kommen offensichtlich hierher, um hier — so weit es geht — ihr Unwesen zu treiben, aber es scheint niemand zu geben, der sich ihnen in den Weg stellt.«²⁹ Eine ganze Reihe der Kameralberichte beweist, daß den Angriffen der Flüchtlinge tatsächlich niemand von seiten des Komitats-Adels Widerstand leistete, sie wurden vielmehr — was uns nach dem Vorgetragenen nicht überrascht — fast überall angeeifert und unterstützt. Als Beispiel sei hier ein Bericht des Dreißigstzöllners M. Pásztóhy von Nagyszöllös (Vinogra-

²⁸ Repr. 3221.

²⁹ Der Schreiber des Berichts: I. Jeney (alias Görögh), Repr. 3221. (Original in ungarischer Sprache)

dov) vom 18. August 1672 über einen der ersten Einfälle aufständischer Truppen ins Komitat Ugocsa herausgegriffen: »Das Komitat hätte diesem Einfall widerstehen können, wenn man gewollt hätte, denn sie drückten sich auch nach dem Kravall noch hier herum, aber niemand will etwas tun, man freut sich vielmehr und ist ausgelassen über unsere Not.«³⁰

Diese Ereignisse, dann der Kurutzenangriff des Jahres 1672, der sich in den ersten Wochen mit gewaltiger Schlagkraft entfaltete, stellte die Wiener Regierung vor ein überaus schweres Dilemma. Im Anfang genoß nämlich der Aufstand gleichmäßig die Unterstützung der Bauern und des Adels, und die Lehre davon für die Steuerpolitik war, daß das vom Juni 1671 angewandte Steuersystem auf den Widerstand beider grundlegender Klassen der ungarischen Gesellschaft stieß. Die Erkenntnis des aus dieser Steuerpolitik entstandenen gemeinsamen Interesses der ungarischen Leibeigenen und Gutsherren und ihr Zusammenspiel gegen Wien kam unter anderem in der Zuschrift zum Ausdruck, die der Hofkriegsrat am 2. Oktober 1672 in dieser Angelegenheit an die ungarische Kanzlei gerichtet hatte: »Da sich herausgestellt hat, daß die ungarischen Gutsherren darum die Unzufriedenheit und Aufstände ihrer Untertanen unterstützen oder erdulden, um sich darauf berufend auch selbst keine Repartition zahlen zu brauchen, befahl seine Majestät gnädigst die Ermahnung sämtlicher Komitate: jeder Gutsherr hat auf entsprechende Weise seine widerstehenden und rebellierenden Untertanen in Zaum zu halten und zu bestrafen.«³¹ Im ganzen genommen hat sich also erwiesen, daß die neue Wiener Steuerpolitik hinsichtlich der grundlegenden Klassen-Kraftverhältnisse in eine Art »luftleeren Raum«, ein gesellschaftliches »Niemandland« geraten ist: die Forcierung der staatlichen Besteuerung der Gutsherren setzte das politische Zusammenwirken mit dem Adel aufs Spiel ohne dabei durch wirklichen Hörigenschutz das Bauerntum gewonnen zu haben. Aus diesem erneuten und schon zweiten Fiasko ihres Steuersystems, das im Grunde genommen eine Folge des ungebrochenen zähen Widerstands des ungarischen Adels war, suchte jetzt die Habsburger Regierung wieder einen Ausweg. Sie meinte, ihn um die Wende 1672—73 darin gefunden zu haben, daß sie gleichzeitig mit Verzicht auf eine Besteuerung der Gutsherren für lange Zeit mit dem Versuch Schluß machte, den Adel durch die »Einkreisungs«-Politik von Seiten der Hörigen kleinzukriegen, das heißt kurzgefaßt: die Wiener Regierung entschloß sich energisch und bestimmt zur Zusammenarbeit mit den ständischen Kräften, zur Alternative des gesellschaftlichen »Konservativismus«.

Der Wiener Hof kann samt seiner absolutistischen Politik nur für einen oberflächlichen Betrachter als ein ungegliedertes, statisches Gebilde erscheinen;

³⁰ Ebenda. (Ursprünglich in Ungarisch)

³¹ OL. Magyar Kancellária Levéltára (Archiv der ungarischen Kanzlei), *Insinuata Consilii Bellici*, No. 338.

im Lichte näherer Betrachtung läßt sich dort deutlich das Spiel einander gegenüberstehender politischer Kräfte erkennen. Die Einführung des Absolutismus in Ungarn war z. B. allen Anzeichen nach schon seit Beginn des Herbstes 1670 von heftigen Zusammenstößen der verschiedenen Standpunkte, Tendenzen und Interessengruppen begleitet. Diese Meinungsverschiedenheiten, Parteikämpfe — nach den oben Dargestellten wohl zu verstehen — verschärften sich besonders im Herbst 1672. Wie es sich aus den zeitgenössischen Berichten des in Wien akkreditierten päpstlichen Nuntius leicht verfolgen läßt, standen am Hof in Frage der Hauptrichtung in der Ungarn-Politik zwei Parteien einander gegenüber. Die eine Partei schloß die prominenten Vertreter des katholischen Klerus mit dem Fürstprimas Gy. Szelepcsényi an der Spitze in sich, den Nuntius im Rücken und den Heiligen Stuhl im Hintergrund. Diese Partei, die immer mit der Gunst des Kaisers samt der ihn umgebenden kirchlichen Persönlichkeiten, vorzugsweise der Jesuiten rechnen durfte, drängte von Anfang an auf gegenreformatorische Maßregeln, vor allem auf die Beschlagnahme der protestantischen Kirchen, blickte mit scheelen Augen auf die Anwendung der Verwirkungspolitik, sowie die absolutistischen Steuermaßregeln. Die andere Richtung nannte der Nuntius die Partei der »Politiker« und »Minister« ohne — leider — die Personen mit Namen genannt zu haben. Auf Grund anderer Quellen dürfen wir hier in erster Linie an Lobkowitz und Montecuccoli denken. Diese Partei trat für eine möglichst radikale Anwendung des Absolutismus und der Verwirkungspolitik ein und empfahl dabei entsprechende Vorsicht und Bedachtsamkeit bei der Durchführung der Gegenreformation. Beide Richtungen hielten sich etwa bis zum Spätherbst 1672 die Waage, was zur Folge hatte, daß im Grunde beide in einer Art Kompromiß ihren Willen durchsetzten und so der Wiener Hof das absolutistische Programm, Kirchenbeschlagnahme, Entrechtung und rigorose Besteuerung gleichzeitig in Angriff nehmen konnte. Dieses Gleichgewicht wurde dann auf Wirkung des Kurutzenaufstands im Herbst 1672 gründlich gestört, und zwar eindeutig zugunsten des katholischen Klerus.³²

Es liegt in der Natur der Politik, daß wenn eine kritische Lage entsteht, jede der einander gegenüberstehenden Parteien gezwungenerweise den Willen hat, ihren Weg fortzusetzen, ihr eigenes Wesen noch entschiedener herauszukehren, da sie sich nur auf diese Weise behaupten, ihr Fortbestehen den alternativen Standpunkten gegenüber sichern können. Diese Dynamik des politischen Kampfes zeigte sich darin, daß gerade um die Wende 1672—73 bei beiden Parteien die radikalsten Forderungen über die zukünftige Gestaltung der Politik in Ungarn laut wurden. Was z. B. das Lager der Absolutismus-Anhänger betrifft, gab es in den Wiener Hofkreisen schon früher einzelne Berater, die die Einmischung in das ungarische Leibeigener-Gutsherr-Verhältnis, die

³² Über Debatte der zwei Richtungen s. VANYÓ a. a. O., hauptsächlich S. 60., 61., 62., 63. und 67.

zentrale Regelung und Mäßigung der Hörigenausbeutung empfahlen, freilich immer mit dem Ziel, daß die Arbeit der Untertanen dem Staat einen gesteigerten Nutzen abwerfen möge.³³ Im Dezember 1672 aber, gleichsam als Reflex des Kurutzenaufstandes, wurden zur »Beschwichtigung und Sicherung« des ungarischen Königreichs Stimmen laut, die über eine zentrale Regelung der gutsherrlichen Arbeits-, Geld- und Getreiderenten hinaus die Brechung der politischen Basis des Adels, die Aufhebung der Komitats-Autonomie vorschlugen.³⁴ Und daß es so geschah, war kein Zufall, es folgte organisch aus der besprochenen Vorgeschichte. Wenn nämlich die Besteuerung der Gutsherren — wie wir sahen — vor allem an dem Widerstand der Adelskomitate gescheitert war,³⁵ konnte man, von einem konsequenten absolutistischen Standpunkt aus betrachtet, folgerichtig nur eine Kriegserklärung gegen die Autonomie der Komitate erwarten. Genauer ausgedrückt: eine solche Antwort wäre *logisch gewesen*. Eine solche Kriegserklärung wurde jedoch nicht weitergeleitet, sie blieb in Form eines Vorschlags stecken und tauchte im Aktenmeer der Wiener Behörden unter. Der kurze, anderthalb Jahre dauernde Versuch einer sozialen Reformvariante des Absolutismus — richtiger noch die Tendenz dazu — wurde aus dem Programm des Absolutismus für lange Zeit gestrichen, um — abgesehen von einzelnen kurzatmigen, mißglückten Versuchen — wahrhaftig erst nach mehr als einem Jahrhundert, im aufgeklärten Absolutismus von Joseph II. wieder aufzutauchen.

³³ Hier verdient eine — leider ohne Namen und Datum, doch zweifellos noch aus den Jahren 1671–72 stammende — Ratsvorlage beachtet zu werden, welche die Hindernisse in der Erhöhung der ärarischen Einkünfte untersuchend mit scharfen Worten die Mißstände der sozialen Verhältnisse in Ungarn geißelt. Im lateinischen Original dieser Vorlage können wir unter anderem lesen: es wäre nützlich, »den armen Bauern Hilfe zu bieten, daß die despotischen Gutsherren nicht mehr von ihnen fordern können, als ihnen das Urbarium vorschreibt. Niemand würde glauben — setzt die Vorlage fort —, wie niederträchtig sie mit ihnen umgehen! Wird in der Familie des Gutsherrn eine Hochzeit gefeiert, erscheint sogleich die neue Steuer, wird ein Trauer- oder Tauffest gehalten, legt man ihnen wiederum Lasten auf in Form von Pflichtgeschenken und Abgaben. Würde alldies eingestellt werden, so könnte der arme Leibeigene leicht Steuern für die Gemeinschaft zahlen« — folgerte der Antragsteller. — Siehe Wien, Staatsarchiv, *Hungarica, Specialia*, Fasz. 325/a, Folio 163–164.

³⁴ Einer der Antragsteller war (am 27. Dezember 1672) der Präsident der Zipser Kammer, der bereits erwähnte Graf Volkra, der, nachdem sein Vorschlag abgelehnt worden war, zu den Anhängern der extremen Gegenreformation übergetreten sein mag. Das Wesentliche für ihn scheint auf alle Fälle eine radikale Vergeltung gewesen zu sein, gleich ob in der Art seines Auftretens gegen die Ständeordnung, oder in der Form der Gegenreformation. Vgl. A. WOLF: *Fürst Wenzel Lobkowitz, 1609–1677*, Wien, 1869, S. 353–354 und ACSÁDY a. a. O., S. 245.

³⁵ Dafür ist nebst obenerwähntem auch der Fall des Komitats Sopron ein gutes Beispiel, wo die Generalversammlung, mehreren anderen Komitaten ähnlich, im Februar 1672 noch einen Beschluß faßte, daß die Repartition von den »Grafen, Baronen, Kirchlichen und Weltlichen, Adeligen und Bauern ohne jegliche Begünstigung, in gleichmäßig gerechter Verteilung entrichtet werden soll« (s. *Litt. Fasz.* 55., 1672/42, Bericht des Kammeroffizials G. Kövér am 19. Februar 1672), wo aber der große Eifer nicht lange währte, weil im November 1672, als der königliche Erlaß über die Halbierung der Steuerquote zwischen Gutsherren und Bauern eingetroffen war, die Komitats-Kongregation einfach erklärte: »Wir sind nicht bereit das Mandat Seiner Majestät anzunehmen, die ganze Last der von den Pforten zu zahlenden Steuern wird den Leibeigenen auferlegt.« (s. *Litt. Fasz.* 56, 1672/285, Bericht von I. Rakolupski am 15. November 1672.)

Anstatt einer fortschrittlichen Entwicklung erfolgte in der ungarischen Steuerpolitik des Wiener Hofes ein — nach unserer Meinung — regelrechter Rückschritt. In seinem Erlaß vom 5. Oktober 1672 sanktionierte zwar Leopold noch einmal die Halbierung der Repartition zwischen Hörigen und Gutsherren, wie auch vom November desselben Jahres noch Spuren erhalten geblieben sind, daß er auf die Einhaltung dieser Quote drängte,³⁶ aber dann finden wir Jahre hindurch überhaupt nichts mehr über eine Besteuerung der Gutsherren. Erst viel später, aus den Jahren 1676—77 (als in einzelnen Landesteilen außergewöhnliche Steuereintreibungen erfolgten) sind wieder Angaben darüber erhalten geblieben, daß in einzelnen Komitaten (so in Zemplén und Sáros) die Kongregationen zur Linderung des außerordentlichen Elends im Volk (aber jetzt im Grunde schon *nicht* mehr auf Druck der Wiener Regierungsorgane) die Hälfte des Repartitionsbetrags den Gutsherren auferlegt hatten. Und nun wiederholten sich mit frappierender Genauigkeit die Szenen der Jahre 1671—72: die Adelligen boten nur bis zur Einbringung der Ernte »als Darlehen« ihren Leibeigenen Hilfe an, und auch diesmal nur aus Furcht vor »Verringerung« ihres Hab und Guts, d. h. davor, daß ihre Hörigen sie verlassen.³⁷ Daß diese Form der Besteuerung — ohnehin schon in vorsichtigen Grenzen und nur hier und dort angewandt — im ganzen Lande niemals allgemein geworden ist, beweist eindeutig ein Brief von Ilona Zrinyi (damals schon Witwe von F. Rákóczi I.) vom Januar 1678, in dem sie die sich auf den Leopoldinischen Erlaß vom Jahre 1671 stützende Aufforderung des Komitats Szabolcs, sie soll nach ihrem Gut in Vencsellő Steuer bezahlen, folgenderweise zurückwies (bzw. zurückweisen konnte): »Da niemals bis jetzt in unserer ungarischen Heimat die Hochgeborenen, Adelligen und Magnaten *gelten ließen*, daß sie die Hälfte der portalis contributio selbst zu prästieren hätten, und da *niemals jemand so handelte*, daß er nach seinem Edelhof portalis contributio gezahlt hätte, sollen Euere Gnaden danach selbst wohlweislich beurteilen, wie wir in einer solchen neuen Sache den ersten Schritt tun könnten.« (Hervorhebung von mir. —L. B.)³⁸

³⁶ Leopolds Patent vom 5. Oktober 1672 s. OL., Thököly-szabadságharc levéltára (Archiv des Thökölyschen Freiheitskampfes), (TSzL), XIII/2, Folio 4. — Der Hinweis auf November bezieht sich auf den Bericht vom 15. November 1672 des Kammeroffizials Rakolupski, s. Anmerkung 35.

³⁷ Über die 1676—77er »Zwangbesteuerung« der Gutsherren findet man beachtenswerte Hinweise in den aus Kaschau, Eperjes, Homonna (Humenné) und Csicsva (Čičva) gesandten Berichten des Verwalters M. Szentiványi an die Gutsherrin B. Batthyány. OL. *Batthyány-levéltár. Missiles*, Nr. 47.216, 47.225, 47.232, 47.237—239, 47.246.

³⁸ Die Aufforderung des Komitats Szabolcs zur Steuerentrichtung s. TSzL. VIII/2, Folio 104, 17. Januar 1678. — Antwort von Ilona Zrinyi: OL. *Lybhus Series I.*, Fasz. 24., Folio 26, 24. Januar 1678. — In ähnlichem Sinne sträubte sich gegen den gutsherrlichen Steuerzwang auch die in der vorherstehenden Anmerkung erwähnte Borbála Batthyány, die auf die Rückseite des Berichts ihres Verwalters (5. Juni 1677) vermerkte: »Ich kann gar nicht verstehen, wie das Komitat die Repartition den Gutsherren aufhalsen will, obwohl das nie die Intention Seiner Majestät gewesen ist.« (Batthyány-levéltár, Missiles, Nr. 47.238.) Das entsprach — wie wir wissen — nicht den Tatsachen, aber es drückte genau aus, daß die ungarische feudale herrschende Klasse jegliche Steuerpflicht von sich abwies.

Nach unseren Angaben hat also der Wiener Hof seit der Wende des Jahres 1672—73 im Grunde genommen aufgehört, die Besteuerung der Gutsherren zu forcieren, und wenn er im Verordnungswege seine früheren Patente auch nicht widerrufen hatte (mit Rücksicht auf das Ansehen der Habsburger Politik), fügte er sich schweigend in die bestehende Lage. Der unausgesprochene Verzicht auf eine Besteuerung der Gutsherren hatte natürlich zur Folge, daß die dem Land auferlegten repartitionellen Steuern nach 1672 fast ausschließlich die Leibeigenen belasteten. Zur selben Zeit unterließ der Wiener Hof auch für lange Zeit — wohl wegen des Schockes, den der erste Kurutzenaufstand verursachte — von sozialer Billigkeit zu sprechen und zu versuchen, die Sympathien der Untertanen zu gewinnen. Dagegen reduzierte die Wiener Regierung — wohl aus finanziellen Überlegungen, um die Voraussetzungen für das tatsächliche Einfließen der Steuern sicher zu stellen — wieder den Betrag der Repartition und gab sich vom 1. Januar 1673 anstatt der bisherigen 40 Forint mit 28 Forint im Jahr nach je Porta zufrieden. Diese Steuerherabsetzung mag *indirekt* ebenfalls in Zusammenhang mit dem Verzicht auf die Besteuerung der Gutsherren gestanden haben, denn man wollte die bis jetzt jährlich mit 20 Forint belasteten Pforten nicht mit der *ganzen* Quote der Gutsherren weiter belasten und hat nur 40% davon den Leibeigenen aufgebürdet. Diese um 30% verminderte Steuerveranlagung blieb dann bis zum Frühjahr 1678 gültig, als die Summe der portalen Steuer neuerdings um 16% herabgesetzt wurde. In dieser Veranlagung waren aber auch die mittlerweile abnehmenden städtischen Akzisen-Einkünfte miteingerechnet, so daß der Gesamtbetrag beider Steuerarten im Verhältnis zu den früheren Berechnungen sich um mehr als 50% ermäßigte. Als dann auf dem 1681er Ständetag in Sopron (Ödenburg) die ganze Steuerpolitik der »ersten Ausgabe« des Leopoldinischen Absolutismus annulliert wurde, blieben nur noch 19,5% des im März 1671 ursprünglich veranlagten Betrags von etwa 870 000 Forint bestehen, der insgesamt auch bloß 39% der im Juni 1671 auf die Hälfte herabgesetzten Steuer ausmachte.³⁹

Das Zurückweichen des Leopoldinischen Absolutismus in der Steuerpolitik kam nicht allein in dem Verzicht auf die gutsherrliche Besteuerung und in der Verminderung der Beträge zum Ausdruck, sondern zeigte sich auch darin, daß von einer Planmäßigkeit, von der Absicht, eine Art Konzeption in der absolutistischen Steuerpolitik durchzuführen, nur in einem Zeitraum von ein

³⁹ Das königliche Patent vom 1. Januar 1673 über die Herabsetzung der Steuern kam mir während meiner bisherigen Forschungstätigkeit leider nicht in die Hand. Die Tatsache der Steuerermäßigung ist dagegen aus einer ganzen Reihe von indirekten Quellen festzustellen. Hier möchte ich von diesen nur auf den Brief von M. Draskovich (30. Mai 1673) an die Preßburger Kammer hinweisen, *Litt. Fasz.* 57, 1673/120. — Was wiederum die 1678er Steuerherabsetzung betrifft, s. den Brief von T. Pálffy (2. Mai 1678) an I. Zichy, *OL. Zichy-Ievéltár*, Fasz. 84. NB. Nr. 15.433, ferner Leopolds Mandat (16. Juli 1678) an den Obergespan des Komitats Pozsony, *Egyetemi Könyvtár* (Universitätsbibliothek), *Kézirattár* (Handschriftenarchiv), *Pray-gyűjtemény* (Sammlung Pray), XIX/11.

bis anderthalb Jahren nach deren Einführung (denken wir z. B. an die im Sommer 1672 verordnete Zusammenschreibung der Porta) gesprochen werden kann. Nach 1673 war davon keine Spur mehr zu finden. Studieren wir z. B. die Quellen von der Mitte der 1670er Jahre an, so fällt uns die totale Unordnung auf, eine *Steueranarchie* in engstem Sinne des Wortes, wo schon die hemmunglose Gier der einzelnen kaiserlichen Befehlshaber und ihrer Untergeordneten zur Bereicherung oder zur Befriedigung momentaner Bedürfnisse eine primäre Rolle spielte, ohne jede Spur einer zentralen Regelung. Man hat manchmal fast den Eindruck, als ob der Wiener Hof vom Ende des Jahres 1672 an die Zügel gewollt dem kaiserlichen Militär überlassen hätte mit der unverhüllten Absicht: es möge — auf seine Waffen gestützt — für sich selbst sorgen. Was also das Volk unseres Landes auf der einen Seite durch die wiederholte, stufenweise Herabsetzung der staatlichen Steuern gewann, scheint es auf der anderen Seite reichlich durch die Freibeuterei der kaiserlichen Söldner eingebüßt zu haben. Wenn wir auch bei dem heutigen Stand der Forschung nicht unternehmen möchten, alle die Einwohner belastenden Steuer- und Militäraufgaben abzuschätzen, soviel ist schon auf Grund des bisherigen verständlich, daß das Zurückweichen des Leopoldinischen Absolutismus letzten Endes in einer einzigen Beziehung sich als »erfolgreich« erwies: die *Belästigung* des Adels durch Heranziehung zu staatlichen Abgaben hatte ein Ende, oder hatte wenigstens wesentlich nachgelassen. Damit mäßigte der Wiener Hof für lange Zeit seine heftigen Angriffe gegen eines der wichtigsten ständischen Vorrechte des Adels, gegen die Steuerfreiheit.

Nach dem obigen braucht nicht länger nachgewiesen zu werden, daß all dies für die katholische Tendenz, die zugleich auch die ständischen Interessen vertrat, das Übergewicht, sogar den Sieg in den Parteikämpfen des Wiener Hofes bedeutete. Die Verschiebung der Kräfte äußerte sich, wie schon früher einmal (z. B. im Oktober 1670),⁴⁰ in der Festigung der Position des Erzbischofs Szelepcsényi, im Wachsen seines politischen Ansehens in der Hierarchie des Wiener Hofes. Im Sommer 1672, unmittelbar in den Wochen vor dem ersten Kurutzenaufstand, war nämlich am Wiener Hof seine Position ziemlich labil. Der bejahrte geistliche Würdenträger ereiferte sich nämlich mit seiner gewohnten Offenheit wiederholt gegen die absolutistischen Maßregeln, vor allem gegen die Errichtung des damals schon geplanten Regierungsorgans, des Guberniums, worauf die Gegenpartei die Zeit für gekommen sah, das Gerücht über die »rebellische« Vergangenheit des Erzbischofs, nämlich über seine Teilnahme an der Wesselényischen Verschwörung erneut zu verbreiten, was mit dem Entzug der höchsten Priesterwürde der ungari-

⁴⁰ Siehe dafür meine Arbeit: »Szelepcsényi érsek ügye és a lipóti abszolútizmus megalapozása 1670 őszén« (Die Angelegenheit des Erzbischofs Szelepcsényi und die Grundlegung des Leopoldinischen Absolutismus im Herbst 1670). Történelmi Szemle (Geschichtliche Rundschau), Heft 1975/3, S. 489—502.

schen katholischen Kirche, oder gar mit seinem Sturz hätte enden können. Die Wende bedeutete in dieser Angelegenheit das Testimonium, das am 12. Oktober 1672 Leopold selbst über die Makellosigkeit des Erzbischofs ausstellte.⁴¹ Aber diese Entscheidung des Kaisers — sein persönliches Eintreten für Szelepcsénys Verlässlichkeit — geschah in der Zeit, als schon der Streit, der Parteikampf um die Ursachen und lehrreichen Folgerungen des Aufstands in Ungarn in vollem Gange war. Der Wiener Nuntius berichtete am 25. September, die »Politiker« behaupteten, die Wegnahme der Kirchen sei die Hauptursache der Wirren in Ungarn, während er selbst die neue Besteuerung und die Verwirkungstheorie dafür verantwortlich mache. Am 9. Oktober meldete er dann, daß in dieser Angelegenheit auch der Erzbischof Szelepcsényi seine Meinung äußerte und erklärte, seiner Ansicht nach wäre die Ursache der Wirren nicht die Religion, sondern die absolutistische Unterdrückung und Besteuerung.⁴² Das von Leopold drei Tage darauf ausgestellte Attest mag also in dieser Beziehung als eine nachdrückliche herrscherliche Stellungnahme im Streit zwischen den beiden Parteien betrachtet werden, und bekräftigt eindeutig die offizielle kirchliche Auffassung und Bewertung.

Und tatsächlich! Bald nach der Erledigung der Angelegenheit des Erzbischofs Szelepcsényi folgte der Antrag zu seiner Ernennung zum Kardinal, und zwar zuerst durch Umgehung des Nuntius, mit persönlicher Unterschrift Leopolds. Als deshalb die römische Kurie Einspruch erhob, und am 8. Januar 1673 auf Wunsch des Kaisers auch der Nuntius selbst sich mit der Ernennung von Szelepcsényi zum Kardinal einverstanden erklärte,⁴³ wurde durch diesen Akt dann auch symbolisch ausgedrückt, daß die Reformtendenz in jeder Beziehung den »siegreichen« ständisch-kirchlichen Interessen unterlag.

*

Geschichtlich gesehen, war dies also der Augenblick, als anlässlich des Kaschauer Gefangenen austausches Szegedi, Volkra und Holló ihren am Anfang besprochenen Plan zum Beginn einer Hetzjagd gegen alle Prediger des Landes einreichten. Der katholische Klerus war offensichtlich ähnlicher Ansicht wie der Landrichter J. Bársony, der im April 1672 dem obersten Ratgeber des Wiener Hofes in ungarischen Angelegenheiten, J. Rottal über seine Erfahrun-

⁴¹ Über den Protest und die Anschuldigung von Szelepcsényi im August 1672 siehe: Á. KÁROLYI: *A magyar alkotmány felfüggesztése 1673-ban* (Aufhebung der ungarischen Verfassung im Jahre 1673), *Akadémiai értekezések a történettudományok köréből* (Akademische Abhandlungen auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaften), 1883, S. 44—46. — Leopolds Testimonium vom 12. Oktober 1672: *Egyetemi Könyvtár* (Universitätsbibliothek), *Kézirattár* (Handschriftenarchiv), *Hevenessi-gyűjtemény* (Sammlung Hevenessi), L/22.

⁴² VANYÓ, a. a. O., S. 67.

⁴³ Ebenda, S. 69.

gen um die Besetzung der protestantischen Kirchen in der Gegend von Szakolca (Skalica) referierte: »Gewöhnlich schmerzt die Leute nur die Repartition, mehr als die Reformation (gemeint ist: Gegenreformation), so weit, daß wenn die Repartition abgeschafft würde, man auf die generelle Reformation gute Hoffnungen setzen könnte.«⁴⁴ Eine totale Abschaffung der Repartition konnte die Kirchen-Partei zwar nicht durchsetzen, aber auf Druck des Kuruzenaufstands erreichte sie jedenfalls, daß die Behelligung des Adels eingestellt und die staatlichen Steuern ermäßigt wurden. Dadurch sahen sie ihrer Meinung nach den günstigen Augenblick für gekommen, auch auf dem Gebiet der Religion einen Frontdurchbruch zu erzwingen. Wenn also — wie erwähnt — die behandelte Krise im Herbst 1672, das »wie weiter?« beide Tendenzen zu einer »tiefgreifenderen« Aufschließung des eigenen Wesens antrieb, so mögen die Vorlagen von Volkra, Holló und Szegedi im Februar 1673 für die kirchliche Partei »wie gerufen« gekommen sein, denn die dortigen Vorschläge waren zu einer »radikalen« Weiterentwicklung sehr geeignet, dazu nämlich, daß nach der verhältnismäßig »milderer« Methode der Kirchenbesetzungen die katholische Kirche sich jetzt die totale Liquidierung der protestantischen Prediger zum Ziel setze. Daß dabei die Argumentation der katholischen Kirche sich in unlösbare Widersprüche verwickelte — zuerst erklärte sie nämlich zur Verteidigung der ständischen Interessen dem Wiener Hof gegenüber, die Hauptursache des Aufstands sei die absolutistische Besteuerung, dann machte sie zur Rechtfertigung des großangelegten Angriffs der Gegenreformation vor allem die *protestantischen Geistlichen* für den Aufstand der Kurutzen verantwortlich —, darüber darf man sich nicht wundern. In beiden Fällen handelte es sich ja um eine ideelle Rechtfertigung desselben Machtinteresses, die immer nach Zeitpunkt, Gelegenheit und Person des Gegners gewählt werden konnte. Ob nun aus diesem oder jenem Grund, jedenfalls sah jetzt der Generalstab der katholischen Kirche den Augenblick gekommen, ihren großen Traum verwirklichen zu können: das ganze Land zum einstigen alleinigen Glauben, dem Katholizismus zurückzuführen.

Auf diese Weise erfolgte also die Wendung im Wiener Absolutismus von anfänglichen Reformversuchen zur dauernden Überhandnahme des konservativen gegenreformatorischen Radikalismus. Nach anfänglicher »Lockerung« schlossen sich also — da sie aufeinander angewiesen waren — der Wiener Hof, die ungarische Großgrundbesitzer-Aristokratie, die katholische Ständeordnung im Leopoldinischen Absolutismus wieder zu einem engen Interessensbund zusammen. Und daß die politische Entwicklung schließlich diese Richtung eingeschlagen hat, und nicht eine andere, kann — unserer Ansicht nach — nicht als Spiel des Zufalls angesehen werden. Für irgendwelchen, auf »Volkswohl-

⁴⁴ OL. P. 507., *Nádasdy-levéltár* (Nádasdy-Archiv), Fasz. 18, Nr. 619, Folio 83—84, 11. April 1672.

fahrt« und Hörigenschutz eingestellten Reformabsolutismus schienen die Voraussetzungen in diesem Raum Europas noch nicht herangereift zu sein. In Ungarn, wie überhaupt in den breiteren Regionen Ost-Mitteleuropas fehlte es noch am Minimum eines städtischen Bürgertums, an Industrie- und Handelskapital, das in den klassischen westeuropäischen Monarchien die notwendige wirtschaftlich-soziale und politische Basis zur Brechung der partikularen Macht des Adels schuf. Als Ersatz für das fehlende Bürgertum konnte weder in Ungarn noch anderswo die Leibeigenschaft als gesellschaftliche Basis des Absolutismus dienen, denn die absolute Monarchie war ihrem Wesen nach eine feudale Staatsordnung, die selbst den ständischen Partikularismus zwecks Verlängerung und Modernisierung der Adelherrschaft bekämpfte. Und was den programmäßigen Leibeigenenschutz betrifft, dazu fehlten ebenfalls die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen. Daß Maria Theresia und Joseph II. ein Jahrhundert später die staatliche Regelung des Verhältnisses zwischen Leibeigenen und Gutsherren in ihrem Absolutismus auf die Tagesordnung setzen, während sie auf dem Gebiet der Religion eine Toleranzpolitik betreiben, also gerade das Entgegengesetzte der Leopoldinischen Politik ausüben konnten, dazu waren die inzwischen verflossenen Jahrzehnte, die Zeit der Entwicklung der protektionistischen Industrieförderung und des merkantilistischen Handels in der Gesamtmonarchie, der Durchbruch zeitgemäßer Bedürfnisse, Erkenntnisse und Ideen notwendig, von denen Leopolds Österreich noch weit entfernt stand. Der Absolutismus war imstande, eine positive Sendung zu erfüllen und er tat es auch in anderen, entwickelteren Ländern Europas, aber in unserem Lande stand — nach unserem Dafürhalten — im 17. Jahrhundert noch nicht der Absolutismus, sondern die staatliche Zentralisierung auf der Tagesordnung, denn die Geschichte hatte noch keine Alternative geboten, die — im institutionellen Rahmen des ständischen Dualismus — über das Zusammenwirken der zentralen Macht und des Ständewesens hinausgewiesen hätte. Jegliches Streben also, das über die Maßregelung des Ständewesens hinaus dessen totale Abschaffung zum Ziel hatte, mußte an der Unzulänglichkeit der historischen Voraussetzungen scheitern.

All dies entschuldigt jedoch — unserer Ansicht nach — das gegenreformatorische »Ablenken« des Leopoldinischen Absolutismus nicht; im Gegenteil: es läßt den unreifen und verführten Charakter des ganzen absolutistischen Experiments erkennen. Wir können auf Grund des obigen feststellen: die absolutistische Politik, die in den 1670er Jahren in Ungarn unverhüllt in Aktion trat, konnte bei den gegebenen gesellschaftlichen und machtpolitischen Voraussetzungen keine fortschrittlichen, realen oder dauerhaften Lösungen hinsichtlich der perspektivischen Bedürfnisse der ungarischen Gesellschaft enthalten.

Die absolutistische Politik der Habsburger blieb aber in Ungarn nicht nur vom Standpunkt des geschichtlichen Fortschritts fruchtlos; sie blieb letzten

Endes auch hinsichtlich der von der Gegenreformation gesteckten Ziele erfolglos. Nach der auffallenden Schlappe in der Steuerpolitik erfolgte nämlich im stillen auch das Fiasko in der Bekehrungspolitik: Kirchenbeschlagnahmungen, Auflösen von Gemeinden, Vertreibung oder Belangung und Verurteilung von Predigern, offene und raffinierte Anwendung leiblicher und seelischer Gewalt, alle vereinten Anstrengungen der Wiener Regierung, der Oberhirten, Mönchsorden, Kammern und des kaiserlichen Militärs reichten nicht aus, den Widerstand des Protestantismus in Ungarn zu brechen. Kaum daß in Preßburg die zwei großen Schauprozesse, die gewaltige Wellen der Bestürzung im ganzen Lande erregt hatten, mit großer Aufmachung beendet worden waren, liefen um die Wende 1675–76 aus den verschiedenen Landesteilen schon wieder Anzeigen über das Wiederaufleben des protestantischen Gemeindelebens ein. Der katholische Pfarrer von Jolsva berichtete z. B. bereits am 20. November 1675 nach Kaschau, daß der vertriebene Prediger in die Stadt zurückgekehrt sei und nachts die »lutherische Seuche« verbreite. Ebenfalls er berichtete, daß in der Domäne von Balog die protestantischen »Wölfe« ihr Leben ebenso ruhig führen, wie vor 20 Jahren.⁴⁵ Nicht anders war die Lage in den an Siebenbürgen grenzenden Landesteilen: I. Csáki, Oberkapitän von Szatmár (Satu Mare) informierte von hier den namhaften Siebenbürger Politiker M. Teleki in einem Brief, geschrieben im Jahre 1676, daß im Gebiet der Komitate Szatmár, Szabolcs und Bereg schon wieder etwa 200 (!) Prediger im geheimen ihre Seelsorger-Tätigkeit ausüben.⁴⁶ Über die ins Komitat Ung zurückgesickerten Prediger empörte sich noch im gleichen Jahr der kampflustige Erlauer Bischof Gy. Bársony und drängte auf ihre strenge Bestrafung.⁴⁷ Schließlich ist auch noch erwähnenswert der lateinsprachige Bericht von J. Ónody, dem Provisor der Fiskalgüter im Komitat Bereg an die Kammer im Januar 1677: »... in diese Gebiete im Theißbrücken sind fast alle akatholischen Prediger zurückgekehrt und alle versorgen ihr Amt in der eigenen Kirche nach eigenen Zeremonien.«⁴⁸

In diesem lautlosen, fast unbemerkten Wiederaufleben der verfolgten protestantischen Kirchen spielten natürlich mehrere Faktoren mit, so nicht zuletzt der Umstand, daß die mit allen Mitteln der Staatsmacht unterstützte katholische Kirche wegen Mangel an Geistlichen die Aufgaben der Seelsorge nicht erfüllen konnte,⁴⁹ d. h. sie war einfach nicht genügend vorbereitet auf die

⁴⁵ Brief vom Kaplan J. Linguay an die Zipser Kammer: Repr. 3234, Folio 203.

⁴⁶ OL. P. 1288, *Teleki Mihály-gyűjtemény* (Sammlung M. Teleki), Schachtel 2, 13. Januar 1676.

⁴⁷ Repr. 3237, Folio 40, 12. Dezember 1676.

⁴⁸ Repr. 3238, Folio 55, 6 Januar 1677.

⁴⁹ Bezeichnend ist dafür auch der vorher erwähnte Brief (Anmerkung 48) von J. Ónody, in dem er unter anderem der Kammer mitteilte: »commissioni Inclytæ Camerae non ita pridem transmissæ ratione nimirum subditorum colonialium ad divina officia peragenda cogendorum nequaquam respondere possumus, cum nec sacerdotem catholicum his in partibus habeamus.«

Verrichtung ihrer durch die Bekehrung vermehrten Aufgaben. An dem Wesen und Endergebnis ändert aber all dies nichts: die gegenreformatorische Variante der absolutistischen Politik scheiterte in Ungarn in jeder Beziehung.

Der 1672er Kurutzenangriff spielte — wie oben auseinandergesetzt wurde — ohne Zweifel dabei mit, daß der Wiener Hof in seiner Politik in Ungarn seine anfänglichen Reformversuche hinausschiebend sich letzten Endes für die gegenreformatorische, konservative Variante des Absolutismus entschied. Doch die Wahrheit zu gestehen, sprechen viele Anzeichen und Überlegungen dafür, daß die Wiener Politik auch ohne die Kurutzen-Bewegung, zumindest in der Hauptlinie, denselben Weg eingeschlagen hätte. Und gerade dieses Moment, nämlich die ausschlaggebende Rolle der Gegenreformation verleiht trotz Adelsinteressen und türkischer Bündnisbeziehungen eine im historischen Sinn relative Berechtigung den antihabsburgischen Bewegungen in Ungarn in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Das Studium der Vorgeschichte und des Hintergrunds der Predigerprozesse in Ungarn in den Jahren 1673—74 gestattet auf diese Weise in die verwickelten, widersprechenden Verhältnisse der geschichtlichen Entwicklung einen interessanten und lehrreichen Einblick für den Forscher unserer Zeit.

Übers. von Z. Jókay

Исторический фон судебных процессов проповедников в Венгрии в 1673—1674 гг.

(Взаимоотношения налоговой и религиозной политики абсолютизма во время Леопольда I-го)

Л. БЕНЦЕДИ

Резюме

Во вступительной части статьи автор излагает обстоятельства происхождения и содержание тех двух предтавлений, которые явились непосредственными предшествующими событиями устроенных двух крупных судебных процессов проповедников в Венгрии в 1673—1674 гг. Эти представления были предложены 14—15-го февраля 1673 г. с одной стороны председателем Сепешской (Спишской) палаты Отто Фердинандом Фолкра и одним из советников палаты Жигмондом Холла, с другой — Ференцем Сегеди, эгерским епископом, из столицы тогдашней Верхней Венгрии, города Кашша (Kassa) венскому двору. Оба представления в одинаковой мере доложили о том, какая значительная волна перехода с одной конфессии в другую движения рекаатолизации была вызвана в кругах протестантского населения города Кашша в течении краткого времени арестами протестантских проповедников, осуществленными во время войны между куруцами и лабанцами (в ходе борьбы между венгерскими повстанцами и силами Габсбургов), и ставили этот случай достойным подражания примером перед всей Габсбургской политикой в Венгрии. Статья показывает, что представления, предложенные из города Кашша встретили одобрительный прием у венского правительства, в первую очередь при посредстве Винер-Нейштадтского епископа, тогдашнего председателя венгерской палаты, находящейся в городе

Пожонь (Братислава) Липота Коллонича, и нити двух крупных судебных процессов проповедников, устроенных осенью 1673 г., вернее весной 1674 г. в ходе событий в конце концов восходят к двум упомянутым представлениям, вернее к их заднему плану.

В дальнейшем автор статьи старается поставить кампанию в более широкие взаимосвязи против протестантских проповедников политики Габсбургов в Венгрии и в первую очередь он ищет ответ на тот вопрос, какие более глубокие политические мотивы и необходимости дали актуальность в данное время предложению против проповедников. На основе более углубленного исследования фона политики венского двора в Венгрии с 1670—71 г. выступают из статьи две главные тенденции: с одной стороны — тенденция абсолютистских реформ, а первую очередь усиленного налогообложения (в рамках обложения дворянства налогами) а с другой стороны направление насильной контрреформации, политика, направленная на добивание гегемонии католической церкви. Пока первая тенденция содержала и мотивы, шедшие в направлении социально-политического прогресса, то другая, без сомнения, выражала компромисс на ретроградных социальных основах между венским двором и венгерским католическим клиром, землевладельческой аристократией, вернее всем сословным строем Венгрии. Главные выводы хода мыслей, вернее анализов данной статьи заключаются в том, что уже в введении изложенные два представления могли получить историческое значение (стали исходным пунктом самого большого приступа контрреформации в Венгрии) потому, что они возникли в тот момент, когда они удовлетворили известные объективные политические необходимости. Значит, в конце 1673 г. — в начале 1674 г. борьба двух тенденций, отчасти и под влиянием восстания куруцев осенью 1672 г. в Венгрии, решилась в пользу группы контрреформации, то есть, так как запасы тенденции реформ исчерпались и перед её продолжением возвышались непреодолимые преграды, то по необходимости другая тенденция, насильное религиозное обращение в другую конфессию — даже в ее крайнем варианте — была поставлена во главе абсолютистской политики в Венгрии.

Die ungarische Kammer und die Wiener zentrale Finanzverwaltung

1686—1848

Von

I. NAGY

Die ungarische Kammer wurde 1528 von Ferdinand I. in Ofen (Buda), der damaligen Hauptstadt Ungarns errichtet und 1531 infolge der türkischen Eroberung in Preßburg (Pozsony, Bratislava) neuorganisiert. Zur Aufgabe der neuen Behörde in den Gebieten der ungarischen Krone gehörte die Verwaltung der königlichen und der damit mehr oder weniger eng verbundenen staatlichen Finanzen, des Staatshaushaltes.¹

Die Verwaltung der königlichen Einkünfte in Ungarn lag bis 1526 in den Händen des königlichen Schatzmeisters. Aber schon in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts entstand um diesen Würdenträger nach und nach ein Schatzamt nicht mehr ganz familiären Charakters. Einige von den Beamten des Schatzmeisteramtes (Thesaurariat) wurden dann auch bei der ungarischen Kammer angestellt, zu deren Einrichtung Ferdinand I. auch die Organisation dieses Amtes in Betracht zog. Der weitere Ausbau der Kammerorganisation gibt aber schon nach österreichischem Muster vor sich. Der Ausbau einer der neuen Zeit entsprechenden Regierung in den österreichischen und böhmischen Ländern der Habsburger begann um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts. Als erster errichtete 1498 Kaiser Maximilian I. zur Verwaltung seiner Einkünfte eine Hofkammer, und organisierte in den einzelnen Ländern Länderkammern. Ferdinand I. rief 1527 nach Auflösung der Maximilianischen eine neue Hofkammer ins Leben, und stellte sie über die schon vorhandenen Provinzkammern.²

Abkürzungen: MOL = Magyar Országos Levéltár (Ungarisches Staatsarchiv)

MK = Magyar Kamara (Ungarische Kammer)

¹ Gy. EMBER: *Az újkori magyar közigazgatás története Mohácstól a török kiűzéséig* (Geschichte der ungarischen öffentlichen Verwaltung von Mohács bis zur Vertreibung der Türken. Im weiteren: Die ung. Verwaltung). Bp. 1946, 119—120.

² Gy. EMBER: *Die ung. Verwaltung*. 119. — A. Kubinyi: *A kir. kincstartók oklevéladó működése Mátyástól Mohácsig* (Urkunden-Ausfertigung der königlichen Schatzmeister von König Matthias bis Mohács). *Levéltári Közlemények* (Archivmitteilungen), 1958, 49, 58. — Th. FELLNER—H. KRETSCHMAYR: *Die österreichische Zentralverwaltung. Von Maximilian I. bis zur Vereinigung der österreichischen und böhmischen Hofkanzlei*. I. Abt. 1. Band. Wien 1907, 11—12, 68—69.

Die Ofner, bzw. die Preßburger ungarische Kammer, also die ungarländische Finanzkammer von Ferdinand I., übernahm Organisation und Verwaltungsmethode von den Kammern der österreichischen Erbländer,³ sie wurde zu einer kollegial organisierten, die Angelegenheiten auf Ratssitzungen kollegial erledigenden Behörde. Systematische schriftliche Amtsführung, die Ausbildung der dreifachen Funktion: Verwaltung, Geldgebarung und Finanzkontrolle und damit auch die Tätigkeit von Hilfsämtern (Kanzlei, Kasse, Buchhaltung) bildeten ihre Arbeit. Die ungarische Kammer überwachte die im ganzen Lande tätigen königlichen Wirtschafts- und Finanzbeamten, bzw. Ämter.⁴ Die Wiener Hofkammer hielt bereits in den 1530er Jahren die Tätigkeit der ungarischen Kammer unter Kontrolle.

Bei der Festlegung des Wirkungsbereichs der ungarischen Kammer sind ebenfalls die Eigenarten der allgemein-europäischen Entwicklung wahrzunehmen. Als ihre Aufgabe wurde anfangs bloß die Verwaltung sämtlicher Einkünfte des Königs bezeichnet (Erträge der Gold-, Silber- und anderen Metallgruben, Salzgruben, des als Grenzzoll erhobenen Dreißigstzolles im Außenhandel, Einkünfte aus den königlichen und unbesetzten erzpriesterlichen Grundbesitzen usw.). Sie mußte sich um die Abfindung der verpachteten oder verpfändeten ärarischen Besitzungen sorgen, die Münzprägung und das entsprechende Gewicht der Münzen überwachen. Nach der Instruktion vom Jahre 1531 gehörte die Verwaltung der Kriegssteuern (*dica*, *subsidium*, Kontribution = Staatseinkünfte ständischen Ursprungs) noch nicht zu den Aufgaben der Kammer.⁵ Infolge des ständigen Krieges gegen die Türken fiel ihr bald auch bei Verwaltung und Einhebung der Steuern eine wichtige Rolle zu, obwohl dies ursprünglich nicht zum Wirkungskreis der ungarischen Kammer gehörte. Die Adelsstände waren aus Mangel einer entsprechenden Organisation für Steuerverwaltung außerstande, für schnelle Einhebung und zweckdienliche Verwendung der durch den Landtag bewilligten Steuern zu sorgen. Deshalb waren sie damit einverstanden, daß an der Steuereinhebung auch das Amtspersonal der Kammer teilnehme und die in die Kammerkasse eingelaufenen Steuern der Kammer für Kriegsausgaben zur Verfügung stehen. Die Stände sicherten sich jedoch das Recht, die Steuerverrechnungen ebenfalls zu kontrollieren. Bei der Abwicklung der Steuerangelegenheiten gingen bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts die ungarische Kammer mit den Ständen — unter Zustimmung des Landtags — mehr oder weniger gemeinsam vor.⁶ Der Wirkungsbereich der ungarischen Kammer wurde in gewisser Hinsicht auch durch den Umstand erweitert, daß die ungarische Kammer zusammen mit der ihr unter-

³ Z. KÉRÉSZY: *Adalékok a magyar kamarai pénzügyigazgatás történetéhez* (Beiträge zur Geschichte der ungarischen kameralischen Finanzverwaltung). Bp. 1916, 33., 36.

⁴ Gy. EMBER: *Die ung. Verwaltung*. 121.

⁵ Ebenda, 36—38., 40.

⁶ Ebenda, 127—128.

stellten Zipser Kammer (*szepesi kamara*) im 16. und 17. Jahrhundert außer der Finanzverwaltung auch die Aufgaben der allgemeinen Verwaltung erfüllen mußte.⁷ Zu dieser Zeit waren nämlich in Ungarn dazu berufene Regierungsbehörden noch nicht entstanden.

Die Errichtung der ungarischen Kammer war also hinsichtlich der Verwaltung der königlichen Einkünfte, der besseren Organisation der ärarischen Wirtschaft, der Einführung neuartiger behördlicher Geschäftsführung von positiver Bedeutung. Ungünstiger erscheint jedoch das Resultat, wenn ihre Tätigkeit vom Standpunkt der Selbständigkeit Ungarns und seiner finanziellen Unabhängigkeit beurteilt wird.

Es ist wohl bekannt, daß nach 1526, zur Zeit der Türkenherrschaft, die Regierung des unter den Habsburgern verbliebenen, geschwächten königlichen Ungarns, das nur einen peripheren Teil des Habsburgerreichs ausmachte und deshalb an Bedeutung verlor, unter den Einfluß der Wiener Regierungsorgane geriet. Die Wiener Zentralbehörden waren bestrebt, ihren Einfluß vor allem in den zwei entscheidend wichtigen Zweigen des Staatslebens, im Kriegs- und Finanzwesen geltend zu machen. Dies war nicht zuletzt damit verbunden, daß das Land bei seiner Verteidigung gegen die Türkenmacht auf die militärische und finanzielle Hilfe der Habsburger-Provinzen angewiesen war. Darum erhielten die Wiener Hofkammer, dann der Kriegsrat schon im 16. Jahrhundert im ungarischen Finanz- und Kriegswesen eine kontrollierende und leitende Rolle. Die Wiener Hofkammer sicherte sich also von Anfang an ihren Einfluß auf die Tätigkeit der ungarischen Kammer.

Die Türkenherrschaft, die Ursache dieser politischen Lage, schuf außerdem auch sehr ungünstige Verhältnisse in bezug auf die Gebietszuständigkeit der ungarischen Kammer. Infolge der Zerspaltung Ungarns in drei Teile (Königreich Ungarn, Gebiet der Türkenherrschaft, Siebenbürgen) konnte die ungarische Kammer, deren Wirkungsbereich sich theoretisch auf das ganze Land und auf die angeschlossenen Gebiete erstreckte, ihre Macht im mittleren Teil des Landes und in Siebenbürgen nicht geltend machen. Wegen der stets bestehenden Türkengefahr wurden sogar die Gebiete im Norden und Nordosten ihrem Wirkungsbereich entzogen, und zur schnellen Erledigung der dortigen kameranischen Angelegenheiten errichteten die Habsburger-Herrscher die Zipser Kammer. (Ihr wurden die Landesgebiete von der Westgrenze der Komitate Borsod, Gömör und Szepes bis Siebenbürgen unterstellt.)

Die ein engebegrenztes Gebiet verwaltende und deshalb über geringe Einkünfte verfügende ungarische Kammer erhob sich in ihrer Bedeutung keineswegs über die anderen »Länderkammern« des Habsburgerreichs, (z. B. über die böhmische oder schlesische Kammer). Dies machte es der Wiener Hofkammer unter Ferdinand I. leicht, ihre Oberhoheit auch auf die Kammer

⁷ Ebenda, 143.

von Preßburg auszubreiten. Die ungarischen Stände erhoben gegen dieses Vorgehen der Wiener Hofkammer — offensichtlich wegen der durch die Türkenangriffe verursachten Zwangslage — keinen Widerspruch. Es war für die Finanzpolitik des Wiener Hofes von großem Vorteil, daß die Verwaltung der ungarischen Staatseinkünfte (damals identisch mit den Einkünften des Königs) noch tief in der staatsrechtlichen Auffassung des Mittelalters verwurzelt, ausschließlich in den Händen des Königs lag. Die ungarischen Stände respektierten zwar — wohl auch unter dem Druck der Türkengefahr — bereitwillig dieses Recht der Habsburger Herrscher,⁸ aber bei der Auslegung der Rechtsphäre des Königs und der Rolle der Wiener Hofkammer, die von diesem Recht Gebrauch machte, zeigten sich wesentliche Abweichungen zwischen den ungarischen Ständen und dem Hof.

Nach Auffassung der ungarischen Stände und nach den ungarischen Gesetzen stand das Verfügungsrecht über die königlichen Einkünfte nur der Person des Herrschers zu, keineswegs aber nicht-ungarischen Behörden, in gegebenem Fall den Zentralbehörden des Herrschers in Wien. Das führte zu dem Schluß, daß die ungarische Kammer rechtmäßig nur als eine dem König unterstellte Behörde gelten durfte, der Wiener Hofkammer, dem zentralen Finanzamt der Habsburger Länder nur gleichgestellt, nicht aber subordiniert sein konnte. (War also die Tätigkeit der Wiener Hofkammer wegen der schweren politischen Verhältnisse durch die Türkenherrschaft in den Finanzangelegenheiten nicht auszuschließen, so hätte sie in der Form durchgeführt werden müssen, daß beide Behörden gleichrangig gewesen wären.) Diesen Standpunkt vertrat auch die Instruktion der ungarischen Kammer vom Jahre 1528 und der Erlaß vom 3. März 1549, der ebenfalls das Verhältnis zum König regelte. Zwischen der Auffassung der ungarischen Stände und dem Wiener Hof gab es also bis jetzt prinzipiell noch keinen wesentlichen Unterschied. Eine merkbare Differenz zwischen der Auffassung der Stände und des Wiener Hofes erfolgte nach 1569. Im 38. Gesetzartikel vom Jahre 1569 hat nämlich der ungarische Ständetag anerkannt, daß die Kriegs- und Finanzangelegenheiten nicht als rein ungarische, sondern als gemischte (österreichisch-ungarische) Angelegenheiten betrachtet werden sollen, und für ihre Erledigung als höchste Instanz auch der Wiener Hofkriegsrat bzw. die Wiener Hofkammer zuständig sei. Auf Grund dieses Gesetzartikels hielt der Wiener Hof im weiteren die lenkende und kontrollierende Rolle der Wiener Hofkammer nicht für inkompetent. Das bedeutete praktisch die Beschneidung der Selbständigkeit der ungarischen Kammer und des ungarischen Finanzwesens. Nach diesem Wandendwerden der ungarischen Stände im Jahre 1569, das den Bestrebungen der Habsburger eine Rechtswaffe in die Hände gab, traten die ungarischen Stände

⁸ HÓMAN—SZEKŰ: *Magyar történet* (Die Geschichte Ungarns), Band III, Bp. 1935, 83—84. — über die Zipser Kammer: GY. EMBER: a. a. O., 126—27.

mehrmals für die Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der ungarischen Kammer ein und setzten durch, daß ihr Standpunkt in zahlreichen Gesetzartikeln des Landtags (1608 : 5., 1609 : 21., 1618 : 15., 1622 : 18., 1647 : 146., 1655 : 11.) betont zum Ausdruck kam. In Wirklichkeit entsprach aber die Ausübung der königlichen Rechtssphäre in der ungarischen ärarischen Verwaltung, das Verhältnis der ungarischen Kammer und der Wiener Hofkammer den angeführten Gesetzen nicht.⁹

Wie war nun in Wirklichkeit das Rechtsverhältnis, das zwischen dem Wiener Hof und der ungarischen Kammer bestand? Die Geschäftsführung zeigt, daß die Vorträge der ungarischen Kammer, gleich ob sie an den König oder an die Wiener Hofkammer adressiert waren, die Wiener Hofkammer übernahm, besprach und die königliche Entscheidung vorbereitete. Die königlichen Verordnungen wurden meist von der Wiener Hofkammer erlassen, jedoch vom König unterschrieben. (Es sei bemerkt, daß auch die ungarische Hofkanzlei königliche Verordnungen für die ungarische Kammer erlassen hat.) Sowohl die Adressierung an den König, wie auch die königliche Unterschrift wollten demonstrieren, daß rechtlich die ungarische Kammer nur dem König untergeordnet sei. In Wirklichkeit konnte die Wiener Hofkammer, trotz formaler Bewahrung der rechtlichen Unabhängigkeit, in die Angelegenheiten der ungarischen Kammer ernstlich dreinreden. Außer der Vorbereitung und Abfassung der königlichen Verordnungen (dazu gehörten auch die königlichen Verfügungen über Geldenweisungen) kontrollierte die Wiener Hofkammer die Verrechnungen der ungarischen Kammer, arbeitete den Haushaltsplan aus, begutachtete die Geldanweisungen und äußerte in sämtlichen ungarischen finanziellen und politischen Fragen dem Herrscher ihren Standpunkt.

Den beträchtlichen Einfluß der Wiener Hofkammer verstärkte außerdem noch der Umstand, daß sie gewisse, der ungarischen Kammer unterstellte Gebiete, Ämter, wie z. B. in der Österreich benachbarten westlichen Grenzzone Ungarns befindliche Herrschaftsgüter, Dreißigstzollämter, ferner äußerst wichtige Zweige der ungarischen kameralischen Einkünfte (Gruben, Salzmonopol) ausschließlich der eigenen Verwaltung bzw. der mit ihr vereinigten niederösterreichischen Kammer unterstellte.¹⁰

Die hier umrissenen Faktoren charakterisierten die Tätigkeit der ungarischen Kammer bis zum Ende des 17. Jahrhunderts, solange also die Türkenherrschaft in Ungarn dauerte. Die ungarische Kammer arbeitete also im 16. und 17. Jahrhundert infolge der türkischen Besetzung als eine in ihrem Wirkungskreis stark eingeeengte Finanzbehörde. Ihre Wirkungssphäre wurde durch den Umstand beschnitten, daß der Herrscher gewisse Kammerorgane

⁹ Vgl. Kérészy: a. a. O., 66—67., 78—81., 110—113., 116.

¹⁰ Über Geschäftsordnung, Verrechnungskontrolle, Zahlungsanweisungen vgl. Gy. EMBER: *Die ung. Verwaltung*, 145—46. — Über die enteigneten Einkünfte: HÓMAN—SZEKŰ: a. a. O., Bd III, 86—87.

und Einkunftzweige der ungarischen Kammer entzog und sie der Wiener Hofkammer unterordnete. Die politischen Verhältnisse, wie auch die schon damals fühlbaren zentralisierenden Bestrebungen der Habsburger-Herrscher in der Finanzverwaltung, ergaben, daß die ungarische Kammer in einer Form, die nicht gerade als Unterordnung bezeichnet werden kann, dienstlich unter Kontrolle der Wiener Hofkammer geriet, was durch die ungarisch-königliche Rechtssphäre der Habsburger-Herrscher staatsrechtlich unterstützt war.

Mit dem Ende der Türkenherrschaft veränderten sich grundsätzlich die historischen Voraussetzungen, unter denen die ungarische Kammer bis jetzt arbeitete. Ihrer Entwicklung boten sich nun neue Perspektiven, denn durch die Befreiung eines großen Teils von Ungarn konnte die ungarische Kammer mit einer beträchtlichen Vergrößerung ihrer Gebietssphäre und Einkünfte, sogar mit der Zunahme ihrer Selbständigkeit rechnen. Die ungarische staatliche Finanzverwaltung wurde auf diese Weise für den Wiener Hof und ebenso auch für die ungarischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu einem politisch akuten Faktor, einem der wichtigsten Probleme der erforderlichen Neuorganisation nach der Türkenherrschaft. In der Geschichte der ungarischen Kammer begann also mit dem Jahr 1686 (das Jahr der Rückeroberung von Ofen), das symbolisch das Ende der Türkenherrschaft bedeutet, ein neuer historischer Abschnitt.

*

Vorliegende Arbeit wünscht die Entwicklungsgeschichte der nach der Türkenherrschaft an Bedeutung gewonnenen ungarischen Kammer in ihren wesentlichen Zügen darzulegen. Außer den bisher behandelten Problemen (Selbständigkeit, Gebietszuständigkeit und Tätigkeitssphäre der ungarischen Kammer, ihr Verhältnis zu der Wiener Hofkammer) erstreckt sie ihre Untersuchungen auch auf die Fragen über die kameralischen Einkünfte, deren Verwendung und auf die Entwicklung der Geschäftsführung und Organisation der ungarischen Kammer. Die Arbeit stützt sich in erster Linie auf die Forschungsergebnisse, die der Verfasser in seiner 1971 erschienenen Monographie über die Geschichte der ungarischen Kammer nach 1686 darlegte.¹¹

Sie möchte — nebst Besprechung der Geschichte der Finanzverwaltung in der ungarischen Kammer — auch zur Klarlegung der wichtigen Fragen-Gruppe beitragen: wie war die Lage des ungarischen staatlichen Finanzwesens im Habsburgerreich nach der Türkenherrschaft, wie waren die Beziehungen zwischen der ungarischen und der Wiener zentralen Reichs-Finanzverwaltung, und welche politischen Spannungen sind daraus entstanden? Die bisherige Geschichtsliteratur, sowohl die ungarische wie auch die österreichische be-

¹¹ I. NAGY: *A magyar kamara 1686–1848* (Die ungarische Kammer 1686–1848). Bp. 1971.

handelten nur eine, wohl wichtige Frage dieser Problematik, nämlich das staatsrechtliche Verhältnis zwischen der Wiener Hofkammer und der ungarischen Kammer, d. h. wie weit die ungarische Kammer dienstlich der Wiener Hofkammer untergeordnet war. Über die Frage des staatsrechtlichen Verhältnisses der beiden Kammern entstand zur Zeit des österreichisch—ungarischen Ausgleichs im Jahre 1867 zwischen den ungarischen und österreichischen Schriftstellern und Juristen, dann auch zwischen den Historikern eine weitläufige Diskussion. Von seiten Österreichs war man bestrebt, den Beweis zu erbringen, daß der Einfluß der Wiener Hofkammer auf die Finanzangelegenheiten der ungarischen Kammer rechtmäßig gewesen ist. Dagegen behaupteten die ungarischen Verfasser, daß die ungarischen Gesetze ganz eindeutig die Unabhängigkeit der ungarischen Kammer betonten, und so der Einfluß der Wiener Hofkammer auf die Finanzangelegenheiten der ungarischen Kammer verfassungswidrig war. Vor dem ersten Weltkrieg gelang es dem österreichischen Historiker Theodor Mayer, diese zwei sich widersprechenden Meinungen einander näher zu bringen.¹² Er stellte fest, daß in den verschiedenen, sich scheinbar wiederlegenden ungarischen Gesetzen eigentlich kein Widerspruch bei der Regelung des Einflusses der Wiener Hofkammer in Sachen Ungarns bestehe. Diese Gesetze erklärten, daß die ungarische Kammer dem Habsburger Herrscher nur in seiner Person, als König von Ungarn, untergeordnet ist, und wiesen eine Bevormundung durch die Wiener Hofkammer entschieden zurück. Dies bedeutete jedoch nicht, daß die Wiener Hofkammer von der Erledigung ungarischer kameralischer Angelegenheiten ausgeschlossen gewesen wäre, ihr Einflußbereich in ungarischen Angelegenheiten ist sogar anerkannt worden (Gesetzartikel 1569 : 38.).¹³

Die Forschungen, die sich mit der Entwicklung der ungarischen Kammer nach 1686 befaßten, ergaben aber, daß das Verhältnis zwischen der ungarischen staatlichen Finanzverwaltung und der Wiener Zentral-Finanzverwaltung viel verwickelter war, als daß es allein nur durch das staatsrechtliche Verhältnis der beiden Finanzbehörden, nämlich der Wiener Hofkammer und der ungarischen Kammer zu erklären wäre. Diese verwickelten Beziehungen können gründlicher beleuchtet werden, wenn wir bei der Untersuchung außer des staatsrechtlichen Verhältnisses noch folgende wichtige Faktoren berücksichtigen: das Verhältnis zwischen der Wiener Hofkammer und der ungarischen Kammer in bezug auf Gebietszuständigkeit und Wirkungsbereich der ungarischen Finanzverwaltung; die Rolle der beiden Finanzbehörden bei der Verwendung der Einkünfte; die Beziehungen der ungarischen Kammer und

¹² TH. MAYER: *Das Verhältnis der Hofkammer zur ungarischen Kammer bis zur Regierung Maria Theresias*. Sonderabdruck aus den »Mitteilungen des Instituts für österr. Geschichtsforschung«. IX. Erg.-Band, 1. Heft. Th. Mayer faßt am Anfang seiner Studie die Meinung der österreichischen und ungarischen Verfasser über diese Frage zusammen (S. 1—17).

¹³ TH. MAYER: a. a. O., 55—57.

der Wiener zentralen Finanzverwaltung hinsichtlich der Entwicklung von Amtsgearbung und Organisation, und schließlich: die Wirkung der Finanzangelegenheiten und der Staatswirtschaft des gesamten Habsburgerreichs auf die eben erwähnten Faktoren.

Frage der Unterordnung bzw. Gleichstellung der ungarischen Kammer von 1686 bis 1848

Im einleitenden Teil befaßten wir uns mit dem Problem des Dientsverhältnisses, der Unterordnung bzw. Gleichstellung, wie es sich im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts zwischen der Wiener Hofkammer und der ungarischen Kammer gestaltete. Es wurde auch erwähnt, daß sich die bisherige Geschichtsliteratur vorwiegend von diesem Gesichtspunkt aus mit den Beziehungen zwischen der österreichischen und ungarischen Finanzverwaltung beschäftigte. Deshalb scheint es begründet zu sein, daß auch hier zuerst diese Frage behandelt werde.

Das Problem der Unterordnung bzw. Gleichstellung der ungarischen Kammer dünkt im ersten Augenblick von grundlegender Bedeutung zu sein sowohl vom Standpunkt der Änderungen der Gebietszuständigkeit und des Wirkungsbereichs der ungarischen Kammer, als auch hinsichtlich der Verwendung ihrer Einkünfte. Die intensivere Kontrolle der ungarischen Kammer durch die Wiener Hofkammer scheint im allgemeinen mit der Einschränkung des Wirkungskreises der ungarischen Kammer einherzugehen. Diese Relation war aber in Wirklichkeit nicht so konsequent. Die Bestrebungen um eine größere Unabhängigkeit und Ausdehnung des Wirkungskreises laufen miteinander parallel, und eine ist nicht unbedingt die Folge der anderen. Die Frage des Dienstverhältnisses der beiden Kammern fällt also nicht schwerer ins Gewicht als das Problem der Erweiterung des Wirkungskreises oder der Verwendung der Einkünfte. Interessant und bezeichnend sind dagegen — vom Standpunkt des politischen Kampfes zwischen dem Wiener Hof und der ungarischen Stände — die Gefechte auf dem Landtag um die staatsrechtliche Unabhängigkeit der ungarischen Kammer.

Am Ende der Türkenherrschaft (um 1686) war die Lage der ungarischen Kammer hinsichtlich ihrer Selbständigkeit sehr ungünstig. Der nach den 1670er Jahren eingeführte offene Absolutismus des Wiener Hofes degradierte die ungarische Kammer praktisch zu einer der Wiener Hofkammer unterstellten Behörde.

In den 1690er Jahren steigerte sich das absolutistische Bestreben erneut: ein Erlaß von Leopold I. erklärte unverhüllt, die ungarische Kammer sei eine der Wiener Hofkammer subordinierte Behörde.¹⁴ Nach dem Dafürhalten

¹⁴ TH. MAYER: a. a. O. 36—38. — MOL. MK Ben. res 27. August 1696.

der Wiener Hofkammer war die tatsächliche Lage immer schon so, trotz der in den Gesetzartikeln wiederholt festgelegten Unabhängigkeitserklärungen des ungarischen Ständetags. Die ungarischen Ständetage, sogar auch die ungarische Kammer wehrten sich jedoch dauernd gegen diesen Standpunkt.

Nach dem Freiheitskrieg von Rákóczi (1703—1711) hat sich die Situation auch in dieser Beziehung geändert. Auf dem Landtag 1712—15 spielte die Unabhängigkeitsfrage der ungarischen Kammer eine wichtige Rolle. Der die Landtagsdebatten abschließende Gesetzartikel (1715 : 18) erklärte als neuere Errungenschaft, daß die ungarische Kammer zu der Wiener Kammer in beigeordnetem Verhältnis (*correspondentia*) zu stehen habe und nicht von ihr abhängig sei. Die Tätigkeit der Wiener Hofkammer sei lediglich, die Vorlagen der ungarischen Kammer dem König zu unterbreiten und die Entscheidungen des Königs, die er auf Grund der Vorschläge der ungarischen Kammer getroffen hat, der ungarischen Kammer mitzuteilen. Die Erteilung der Kammerinstruktionen bleibt weiterhin das Recht des Königs, wenn auch bei der Ausarbeitung der Instruktionen die ungarischen Räte des Königs mit herangezogen werden müssen.

In der Praxis verwirklichte sich diese Anordnung nicht. Der Präsident der ungarischen Kammer, Graf S. Erdődy war 1717 der Meinung, daß die gesetzwidrig untergeordnete Stellung der ungarischen Kammer mit dem Gesetzartikel 18 vom Jahre 1715 unvereinbar sei, ferner daß der Entzug ihrer Kassenbefugnisse (eine Folge der Errichtung der Wiener Bankalität) eine entsprechende Finanzwirtschaft unmöglich mache.¹⁵

Die ungarischen Stände haben auf dem Landtag 1722—23 erneut gebeten, daß solange die Wiener Hofkammer die Rolle des Vermittlers zwischen der ungarischen Kammer und dem Herrscher spielt, bei den Entscheidungen des Königs der Vorschlag der ungarischen Kammer maßgebend sei. Zu ihren Forderungen gehörte wiederum, daß der König die Instruktion der ungarischen Kammer den Ständen und dem Ständetag bekanntgebe. Aber die Versuche der Stände mißlangen auch diesmal, der Erfolg blieb aus. Der Wiener Hof nahm hauptsächlich in der Sache der Mitteilung der Kommerinstruktionen weiterhin einen steif abweisenden Standpunkt ein. Der die Landtag-Verhandlungen abschließende Gesetzartikel 16 des Jahres 1723 hat schließlich erklärt, daß die Erteilung der Kammerinstruktionen — im Sinne der Gesetzartikel 1569 : 38, und 1715 : 18 — weiterhin in der Rechtssphäre des Königs verbleibt, und die ungarische Kammer weiterhin der Wiener Hofkammer beigeordnet sei. Die staatsrechtliche Lage änderte sich also nicht, die ungarische Kammer bewahrte zwar ihre formale Unabhängigkeit, aber die Berufung in dem neuen Gesetzartikel auf den Artikel 38 des

¹⁵ Über die Meinung des Grafen S. Erdődy ungarischer Kammerpräsident: Hofkammerarchiv, Wien, Hoffinanz Ungarn. Rote N^o 511. 1. Sept. 1718 (im Referat vom 18. Juli).

Jahres 1569 war selbst eine verneinende Antwort auf die Bitte der ungarischen Stände, daß der König seine Entscheidungen nur auf Grund der Vorschläge der ungarischen Kammer treffen soll. Der 38. Gesetzartikel vom Jahre 1569 qualifizierte nämlich die Finanzangelegenheiten als gemischte Angelegenheiten, bei deren Erledigung auch die Wiener Hofkammer zuständig ist.¹⁶

Durch Verhandlungen und Bemühungen nach dem Szatmárer Frieden (1711) gelang es der ungarischen Kammer, im Falle der Selbständigkeit ungefähr dieselbe Lage wiederherzustellen, die vor 1670 bestand, also eine formale, nicht tatsächliche Selbständigkeit der ungarischen Kammer, wobei die Gleichstellung (*correspondentia*) zur Wiener Hofkammer betont wurde. Das Kontrollrecht der Wiener Hofkammer wurde aber auch im Punkt 56 der Kammerinstruktion vom Jahre 1720 hervorgehoben, indem vorgeschrieben wurde, daß die ungarische Kammer ihre Vorträge an den Herrscher über die Wiener Hofkammer erledigen soll.

Nach dem Frieden von Szatmár wurde die Regelung des Verhältnisses zwischen Ungarn und der Wiener Regierung auf allen Gebieten der Staatsverwaltung vollzogen. Die Gesetze wurden vom Herrscher und den Ständen gemeinsam auf den Preßburger Landtagen festgelegt, hier wurden auch die nötigen Steuern für den Unterhalt des Militärs votiert. Das Heer wurde im Sinne des Gesetzes auch in bezug auf Ungarn ein Teil der gemeinsamen Reichsarmee. Die ungarischen Stände verzichteten auf die Beratung in meritorischen Fragen über Heer und kameralische Finanzangelegenheiten, diese Regierungszweige blieben weiterhin ausschließlich im königlichen Kompetenzbereich. Probleme dieser Art gelangten auf den Landtagen — meist nur in Form von *Gravamina* — auf die Tagesordnung, wenn Adelsvorrechte oder die damalige relative Selbständigkeit des Landes verletzt wurden. Die Tätigkeit der ungarischen Kammer war in dieser Hinsicht fortwährend die Ursache für Stände-Beschwerden.

In der Hierarchie der Staatsverwaltung besaßen unter den damals in Ungarn wichtigsten Verwaltungszweigen (politische Verwaltung, Finanzverwaltung, Heeresverwaltung und Justiz) die politische Verwaltung und die Justiz die größte Selbständigkeit gegenüber der Wiener zentralen Regierung. An der Spitze der politischen Verwaltung stand in Ungarn seit 1724 der Statthaltereirat. Er kontrollierte die Komitate, Städte und andere Verwaltungsdistrikte, seine Tätigkeit war durch Gesetzschriften geregelt. Seine Unterbreitungen an den Herrscher reichte er bei der ungarischen Zentralbehörde, der ungarischen Hofkanzlei in Wien ein; von hier erhielt er auch die königlichen Verordnungen. Der Statthaltereirat war also — über die ungarische

¹⁶ Vgl. TH. MAYER a. a. O. 49—51. Eine Übertreibung von Th. Mayer, daß die ungarischen Stände im 16. Gesetzartikel 1723 mit Berufung auf den Gesetzartikel 1569 : 38 auch in bezug auf Ungarn die Wiener Hofkammer als zentrale Reichsfinanzbehörde anerkannt hätten.

Hofkanzlei — nur dem König unterstellt, die ungarische Hofkanzlei war keine ihm übergeordnete Behörde. Die Kontrolle der ungarischen Justiz versorgte als höchste Instanz ebenfalls die ungarische Hofkanzlei.

Die geringste Selbständigkeit läßt sich bei der Heeresorganisation beobachten. Die in Ungarn stationierten Militärorgane und Truppenkörper waren dem Wiener Hofkriegsrat untergeordnet. Allerdings leitete und kontrollierte in den Komitaten und Städten die Angelegenheiten der Kontribution-Einhebung und Soldaten-Einquartierung bei der Einwohnerschaft der Statthaltereirat. Bei der Verwendung der einlaufenden Kontribution hatte er aber kein Mitbestimmungsrecht.

Der Selbständigkeitsgrad der kameralischen Finanzorganisation bei der Verwaltung der königlichen und Majestätseinkünfte in Ungarn lag zwischen den zwei oben erwähnten Verwaltungszweigen. Die Angelegenheiten der kameralischen Finanzverwaltung wurden durch ungarische Organe (Dreißigstzollämter, ärarische Güter, Salzämter) unter Leitung der ungarischen Kammer erledigt; die ungarische Kammer war aber nicht über die ungarische Hofkanzlei, sondern vorwiegend über die Wiener Hofkammer, also über ein Reichs-Hofbehörde dem Habsburger Herrscher unterstellt, und zwar in der Form, daß in manchen Fällen der Wiener Hofkammer der ungarischen Kammer gegenüber Befugnisse zugesichert waren, die fast einer Überordnung gleichkamen. (Es muß bemerkt werden, daß die ungarische Kammer in Sachen städtischer Beamtenneuwahlen, Donationen auch über die ungarische Hofkanzlei königliche Verfügung erhielt.) Die Selbständigkeit des Statthaltereirats war also von einem höheren Grad als die der ungarischen Kammer, geschweige, daß seine Unterbreitungen am Hof von einer ungarischen Behörde behandelt wurden.

Der geheime Wunsch der ungarischen Stände war zweifellos, daß die Berufungsinstanz auch im Falle der ungarischen Kammer eine ungarische Hofbehörde, eventuell die Wiener ungarische Hofkanzlei sei. Diese Aspiration ließ sich aber unter den politischen Verhältnissen des 18. Jahrhunderts nicht realisieren. Die Stände mußten sich damit zufrieden geben, daß sie den Einfluß der Wiener Hofkammer auf die ungarischen kameralischen Angelegenheiten zu dämpfen suchten. Die Atmosphäre für dieses Bestreben wurde zur Zeit des österreichischen Erbfolgekriegs günstig. Es ist bekannt, daß die Unterstützung der ungarischen Stände in den ersten Jahren des österreichischen Erbfolgekriegs für das in eine außerordentlich schwere Situation geratene Habsburgerreich sehr wichtig war. Als Gegenleistung gelang es dem ungarischen Adel auf dem Preßburger Landtag von Maria Theresia nicht nur die Gesetzartikel über die Adelsvorrechte wieder bekräftigen zu lassen, sondern auch mehrere Gesetzartikel durchzusetzen, die mit der staatlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Landes in Zusammenhang standen. Diese Erfolge berührten auch die Rechtsstellung der ungarischen Kammer.

Unter diesen Umständen wurde auf dem 1741er Landtag die Abhängigkeitsfrage der ungarischen Kammer wieder unter die Beschwerden aufgenommen und diesmal nicht ohne Erfolg. Der Gesetzartikel 14 vom Jahre 1741 hat diese Frage erneut geregelt, indem er verordnete, daß die ungarische Kammer ihre Angelegenheiten unmittelbar »Seiner Majestät« unterbreiten und Erlasse nur vom königlichen Hof erhalten soll. Auf Grund des Landtagsbeschlusses verständigte der königliche Erlaß vom 16. Okt. 1741 die ungarische Kammer, daß sie ihre Berichte und Vorschläge von nun an — ebenso wie der Statthaltereirat — in direkt an den König adressierten und an ihn gerichteten Briefen dem Hof zukommen lassen soll.¹⁷ Die unmittelbare Abhängigkeit vom König war demnach formell, aber in der Hauptsache nur formell, verwirklicht. Die Adressierung an den König änderte im weiteren Verlauf der Geschäftsführung nichts. Die an Seine Majestät adressierten Berichte, Unterbreitungen, Vorschläge gelangten weiterhin zur Wiener Kammer, wo sie ähnlich den Angelegenheiten der Erbländer behandelt wurden; zur Erledigung der ungarischen und siebenbürgischen Angelegenheiten wurden — z. B. im Jahre 1745 — besondere Departements errichtet. Der Herrscher entschied über die Eingaben der ungarischen Kammer nach Begutachtung der Wiener Hofkammer. Allerdings zogen bei seinen Entscheidungen sowohl die Vorschläge der ungarischen wie auch der Wiener Kammer in Betracht und hat auch manchmal eine dem Vorschlag der Wiener Hofkammer entgegengesetzte Entscheidung getroffen. Die unmittelbare Abhängigkeit der ungarischen Kammer vom Habsburger Herrscher hatte also auch ihre positive Seite: es gab eine Möglichkeit, daß der König sich zu Gunsten des ungarischen Vorschlags gegen den Willen der Wiener Kammer entscheiden konnte. Dies schloß freilich den großen Einfluß der Wiener Hofkammer in ungarischen Angelegenheiten durchaus nicht aus, verhinderte aber, daß die ungarische Kammer tatsächlich zu einer der Wiener Hofkammer untergeordneten Behörde herabsinke. An dem tatsächlichen Verhältnis der ungarischen Kammer zur Wiener Hofkammer änderte auch das nicht viel, daß ab 1742 der ungarische Kammervorstand statt des bisherigen Praefektentitels den höheren Titel Praeses erhielt, und die ungarische Kammer im Jahre 1748 den Hofkammer-Titulus verliehen bekam.¹⁸

Ein bezeichnender Zug der Instruktion der ungarischen Kammer vom 14. November 1772 ist, daß sie — im Gegensatz zu den früheren Kammerinstruktionen — die Frage des Verhältnisses der Wiener und der ungarischen Hofkammer gar nicht berührt. Die Instruktion von 1772 übergeht, bzw. vermeidet es so, daß sie bei den Vorträgen der ungarischen kameralischen Angele-

¹⁷ TH. MAYER: a. a. O. 52. — MOL. MK. Ben. res. 16. Okt. 1741.

¹⁸ Hofkammerarchiv, Wien, Hoffinanz Ungarn. Rote N^o. 766. 31. März 1742., MOL. MK. Ben. res. 14. Juli 1749.

genheiten an den Hof, bei der Zustellung der die ungarische Kammer betreffenden höheren (königlichen) Verfügungen ausschließlich den Herrscher, den Wirkungskreis des Herrschers erwähnt. Die Instruktion erkennt damit stillschweigend die staatsrechtliche Lage an, daß die ungarische Hofkammer ausschließlich dem Herrscher unterstellt ist. Die Unabhängigkeit der ungarischen Hofkammer von der Wiener Hofkammer war jedoch weiterhin nur eine »de iure«, nicht aber »de facto« existierende Selbständigkeit.

An der Frage des Verhältnisses der beiden Kammern wurde, nachdem auch der Hof den Schein der Unabhängigkeit der ungarischen Kammer zu wahren suchte, bis zu den 1780er Jahren nicht mehr gerührt. Unter solchen Umständen war die Entscheidung von Joseph II. förmlich überraschend, als er in den ersten Jahren seiner Herrschaft die Wiener Kontrolle der ungarischen kameralischen Finanzverwaltung mit einem Schlag wesentlich veränderte. Der Herrscher teilte nämlich in seinem Handschreiben vom 2. April 1782 dem ungarischen Hofkanzler mit, daß er die Kontrolle der ungarischen kameralischen Angelegenheiten, der Wirkungssphäre der Wiener Hofkammer entziehend, der ungarischen Hofkanzlei anvertraut.¹⁹

Mit diesem Schritt wollte Joseph II. nicht die jahrhundertalten ungarischen Forderungen befriedigen, obwohl das Ergebnis scheinbar dafür spricht. Die grundlegenden Beweggründe seines Entschlusses müssen wir in seinen Staatsverwaltung-Reformen suchen. Das Hauptziel seiner Reformen war, sowohl in der Reichs- wie auch in der Länderverwaltung die Zentralisierung und Rationalisierung. Deshalb setzte sich der Herrscher vor allem die Vereinigung der Finanz- und der allgemeinen (politischen) Verwaltung zum Ziel.²⁰ In der ungarischen Staatsverwaltung bedeutete dieser Schritt die Zusammenlegung der ungarischen Kammer und des Statthaltereirats. Zu diesem Zweck mußte die ungarische Kanzlei, als Hof-Aufsichtsbehörde des mit der ungarischen Kammer vereinten Statthaltereirats, die Kontrolle der ungarischen kameralischen Angelegenheiten von der Wiener Hofkammer übernehmen.

Es ist nicht leicht zu beurteilen, wie weit die eben erwähnte Verfügung von Joseph II. die Selbständigkeit der ungarischen staatlichen Finanzverwaltung förderte. Infolge dieser Reform vereinte jedenfalls die ungarische Kanzlei in sich die Kontrolle aller Staatseinkünfte in Ungarn. Von diesen Einkünften befaßten sich ja bisher als Zivilbehörde mit der Verwaltung der Kontribution der Statthaltereirat, mit der Verwaltung der ärarischen und auch der Stiftungseinkünfte die ungarische Kammer. Zielbewußte Verordnungen machten es dem Hof dennoch möglich, das staatliche Finanzwesen der Gesamtmonarchie auf höchster Stufe zusammenzufassen und zu kontrollieren. Von diesen

¹⁹ MOL. Magyar Kancellária (Ungarische Kanzlei). Acta gen. 1782 : 1683, 2389.

²⁰ H. MARCZALI: *Magyarország története II. József korában* (Geschichte Ungarns während der Regierungszeit Joseph's II) Bd. II. 336–37.

muß in erster Linie die zur Regierungszeit von Joseph II. bei der Hofrechnungskammer durchgeführte weitgehende Zentralisierung der Reichsrechnungsführung erwähnt werden.

Die Zusammenfassung der staatlichen Finanzwirtschaft auf höchster Stufe, die entsprechende Anwendung der ungarischen Staatseinkünfte für finanzielle Zielsetzungen des Reichs wurden durch das Reichsbudget und durch die Art und Weise seiner Ausarbeitung gefördert. Die Zusammenstellung des Reichshaushaltsplans verblieb auch im Sinne der grundlegenden Entscheidung Josephs II. vom April 1782 im Wirkungsbereich der Hoffinanzzentrale (Wiener Hofkammer und Wiener Hofrechnungskammer).²¹

Die Reform Josephs II. brachte für die Ungarn im wesentlichen nicht den Erfolg, den man sich von der Beseitigung des Einflusses der Wiener Hofkammer für Ungarn erhofft hatte. In dem ausgeprägt absolutistischen System von Joseph II. war die von seinem persönlichen Willen stark abhängige ungarische Hofkanzlei für die Vertretung der ungarischen finanziellen Unabhängigkeitsbestrebungen nicht geeignet. Der Herrscher konnte seine Konzeptionen in bezug auf die ungarischen Finanzen ebenso zur Geltung bringen, wie über die Wiener Hofkammer. Darauf weist auch der Umstand hin, daß in der Verwendung der ungarischen kameralischen Einkünfte von 1782 bis 1790 im Vergleich zum vorangehenden Zeitabschnitt keine wesentliche Änderung eintrat.²²

Nach dem Zusammenbruch des Josephinischen Systems wollten die ungarischen Stände von der Finanzverwaltungs-Reforms des Herrschers wenigstens soviel retten, daß die ungarische Kammer nicht wieder unter die Kontrolle der Wiener Hofkammer gelange. Auf dem Landtag 1790/91 versuchten sie durchzusetzen, daß die Tätigkeit der ungarischen Kammer vom Landtag kontrolliert, bzw. vom Palatin (Präsident des die Landesverwaltung verrichtenden Statthaltereirats, Stellvertreter des Königs) gelenkt werde. Der Wiener Hof war aber damit nicht einverstanden und nach zähem politischem Kampf wurde im Februar 1791 die Einflußsphäre der Wiener Hofkammer in den ungarischen kameralischen Angelegenheiten gemäß der 1780er staatsrechtlichen Lage wieder hergestellt.²³ Zur Beruhigung der Stände versprach Leopold II., daß die ungarische Kammer nur dem Herrscher unterstellt, mit der Wiener Hofkammer gleichgestellt sein wird, ferner, daß die ungarischen kameralischen Angelegenheiten bei der Wiener Hofkammer von ungarischen Beamten erledigt werden. An die Spitze der bei der Wiener Hofkammer dienst-

²¹ Siehe: MOL. Magyar Kancellária (Ungarische Kanzlei) Acta gen. 1782 : 2389.

²² Vgl. das Kapitel: Verwendung der kameralischen Einkünfte.

²³ FR. WALTER: *Die Zeit Josephs II. und Leopolds II. 1780—1792. Die österreichische Zentralverwaltung*. II. Abt. 1. Band. 2. Halbband. Teil 1. Wien 1950, 78—80. — *Sándor Lipót főherceg iratai* (Schriften des Palatins Erzherzog Alexander Leopold). Herausgegeben von E. MÁLYUSZ. Bp. 1926. 345—346. — MOL. MK. Ben. res. 1791, April. N^o 22. (Hier der königliche Erlaß vom 19. April 1791 über die Wiederherstellung des Zustands von 1780.)

tuenden ungarischen Beamten wurde ein Ungar als Vizepräsident gestellt.²⁴

Die ungarische Kammer war auch unter solchen Umständen wiederholt gezwungen, Schritte zu unternehmen, um ihre formale Unabhängigkeit zu bewahren. Die vereinten Zentralbehörden in Wien, zu denen auch die Wiener Hofkammer gehörte, haben z. B. in den Jahren 1792, 1797 und 1801, die staatsrechtliche Unabhängigkeit der ungarischen Kammer außer acht lassend, dieselbe zur Durchführung ihrer Verfügungen angewiesen. Als man deswegen Beschwerde erhob, wurde der ungarischen Kammer die formale Unabhängigkeit bzw. ihre ausschließliche Abhängigkeit vom Habsburger König in königlichen Resolutionen erneut zugesichert.²⁵

Trotz der Zusicherung der formalen Selbständigkeit erkannte man in Ungarn klar, besonders in den Oppositionskreisen der Landtage der Reformzeit (erste Hälfte des 19. Jahrhunderts), daß die Unabhängigkeit der ungarischen Kammer zwar durch Gesetze gesichert sei, aber in der Tat nicht existiere.²⁶ Diese faktische Abhängigkeit der ungarischen Kammer von der Wiener Hofkammer war weiterhin auf den Landtagen eine Beschwerde der Nation, aber der Wiener Hof führte unter Sicherung einer formalen Unabhängigkeit der ungarischen Kammer ruhig seine Politik der Nachgiebigkeit gegenüber den ungarischen Ständen weiter.

*

Wie bereits erwähnt, umfaßte das zwischen der Wiener Hofkammer und der ungarischen Kammer entstandene Dienstverhältnis, d. h. das Maß der Unter- bzw. Beiordnung der ungarischen Kammer, lange nicht all das, was für die Beziehungen der Wiener zentralen Finanzverwaltung zur ungarischen kameralischen Finanzverwaltung bezeichnend war. Diese Beziehungen hatten auch andere, politisch sehr bedeutsame Relationen: 1. Frage der Gebietszuständigkeit, d. h. wie das Land hinsichtlich der kameralischen Finanzverwaltung zwischen der Wiener Hofkammer und der ungarischen Kammer verteilt war; 2. Frage des Tätigkeitsfelds, d. h. wie die einzelnen kameralischen Aufgaben zwischen der Wiener Hofkammer und der ungarischen Kammer verteilt waren; 3. Frage der Verwendung der Einkünfte; und 4. die Beziehungen der beiden Kammern im Laufe der Entwicklung der Organisation und Geschäftsführung. Diese letzte Frage ist deshalb wichtig, weil die ungarische Kammer auch diesbezüglich mit der Finanzverwaltung des ganzen Habsburgerreichs eng verflochten war.

*

²⁴ *Sándor Lipót főherceg iratai* (Schriften des Palatins Erzherzog Alexander Leopold). 409, 426—27. Protokoll der Hofkonferenz vom 7. März 1791. Über Entscheidung des Herrschers siehe Anmerkung 1 und 2. — FR. WALTER: a. a. O. 80.

²⁵ MOL. MK. Ben. res. Nov. 1792. N^o 53, Gremialia 1797 fons 22, 1801 fons 15. pos. 6.

²⁶ L. KOSSUTH: *Országgyűlési Tudósítások* (Landtagsberichte) Bd. IV. Bp. 1959 (Hrsg. I. Barta) 291—92, Bd. V. 1961, 291.

Frage der Gebietszuständigkeit

Da nach Vertreibung der Türken der Wiener Hof den Großteil der ungarischen kameralischen Einkünfte zur Deckung der stets zunehmenden Staatsschulden für den Reichshaushalt in Anspruch nehmen wollte, verhinderte er die Ausbreitung der Zuständigkeit der ungarischen Kammer in der Finanzverwaltung auf die von den Türken befreiten Gebiete. Die ungarischen Unabhängigkeitsbestrebungen kämpften dagegen für die kameralische Gebiets-Integrität, die Erweiterung des finanziellen und wirtschaftlichen Wirkungsbereichs. All dies führte zu einer heftigen politischen Fehde zwischen dem Hof und den ungarischen Ständen und spielte sogar eine wichtige Rolle bei dem Entstehen des von 1703 bis 1711 dauernden Freiheitskampfes unter der Führung von Rákóczi. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts beeinflusste der politische Kampf zwischen den ungarischen Ständen und dem Wiener Hof die Vergrößerung der Gebiets- und Wirkungssphäre der ungarischen Kammer wesentlich, aber er spielte auch bei der Gestaltung des politischen Verhältnisses zwischen dem Hause Habsburger und den ungarischen Ständen eine Rolle.

Die von den Türken zurückeroberten Gebiete (*neoacquistica*) hat der Wiener Hof nicht der ungarischen Kammer untergeordnet, er schuf auch die Sonderstellung der Zipser Kammer (mit anderen Namen: Kaschauer Kameraladministration) nicht ab. Zur kameralischen Verwaltung der sogenannten *neoacquistica* errichtete er schon im Jahre 1684 die Ofner Kameraladministration, die allein der Wiener Hofkammer unterstellt war, und in deren Angelegenheiten sich die ungarische (Preßburger) Kammer nicht einmischen konnte. Zur Verwaltung der ebenfalls befreiten östlichen kroatisch-slawonischen Gebiete errichtete der Hof um das Jahr 1700 die Slawonische Kameraladministration, die ebenfalls von der Wiener Hofkammer geleitet wurde.²⁷ Bei der ungarischen Kammer blieb weiterhin nur Ungarns westlicher Gebietsstreifen, der Landesteil, der auch während der Türkenzeit unter der Regierung der Habsburger stand.

Die schwere Verletzung der Gebietsintegrität der ungarischen Kammer wurde noch dadurch gekrönt, daß der ungarische Adel keinerlei Einfluß bei der Gestaltung der adeligen Güterverhältnisse und der Wirtschaftsstruktur gewann, was natürlich seine grundlegenden Klasseninteressen beeinträchtigte. Auf den hohen Grad dieser nationalen Kränkung weist der Umstand, daß selbst die königstreue ungarische Kammer und die royalistische Gruppe der Stände diese Einengung des territorialen Wirkungskreises nicht ohne Einspruch zur Kenntnis nahmen. Die ungarische Kammer protestierte in ihrer Unterbreitung vom

²⁷ I. H. PÁLFY: *A kamarai igazgatás bevezetése a töröktől visszafoglalt területeken* (Einführung der kameralischen Verwaltung in den von den Türken zurückeroberten Gebieten). *Domanovszky-emlékkönyv* (Domanovszky-Gedenkbuch). Bp. 1937, 474—78, 486—87, und TH. MAYER: *Verwaltungsreform in Ungarn nach der Türkenzeit*. Wien und Leipzig, 1911, 17—19. — Über die Kameraladministration in Csáktornya: MOL. MK. Cameral Administration zu Ofen. Hofbefehle. 3. Mai 1689.

7. November 1704 an den Herrscher gegen die Einschränkung ihrer territorialen Zuständigkeit.²⁸ Ähnlich lauteten in dieser Frage auch die Preßburger Postulate der königstreuen Stände vom Jahre 1708. Sie reihten unter ihre Forderungen die Regelung der kameralischen Verwaltung nach ungarischen Gesetzen, den Anschluß der Ofner und slawonischen Administration, des kameralischen Inspektorats von Arad und Eszék (Esseg) an die ungarische (Preßburger) Kammer und die Unterordnung der Zipser Kammer unter die Preßburger Kammer.²⁹

Einer Revision der Gebietszuständigkeit der ungarischen Kammer konnte sich der Hof nicht verschließen, nachdem im Jahre 1708 sich auch die loyalen Stände den Forderungen anschlossen. Auch finanzielle Überlegungen widersprachen der Rückgliederung nicht mehr, da der Hof die Einkünfte, die aus den wiedereroberten Gebieten zu erwerben waren (Waffenrechts-Ablösung, Verwertung der Grundbesitze), ohnehin schon für seine eigenen Zwecke verwendet hatte. Politisch hielt er die Rückgliederung sogar für vorteilhaft, denn damit konnte dem »vielen Lärm« um die neuerworbenen Gebiete ein Ende gesetzt werden.³⁰ In seiner Resolution vom 7. Juni 1709 hat der König — offensichtlich aus der politischen Überlegung dem Rákóczischen Freiheitskampf den Wind aus den Segeln zu nehmen — die Ofner Kameraladministration, die den größten Teil der von den Türken zurückeroberten Gebiete leitete, aufgehoben und der »so sehr erheischten« Rückgliederung dieser Gebiete an die ungarische Kammer zugestimmt.³¹ Ein gewisser Teil der neuerworbenen Gebiete, so das slawonische Kameralinspektorat, die Gebiete der Szegeder, Arader und Szerémer Inspektorate blieben weiterhin unter der Oberhoheit der Wiener Kammer mit der Begründung, daß die Wiener Behörden die Einkünfte dieser Gebiete zwecks Heeresversorgung benötigen.

Die partielle Herstellung der Gebietszuständigkeit der ungarischen Kammer, die eine Folge des Rákóczischen Freiheitskampfes war, befriedigte natürlich die ungarischen Stände und den Landtag nicht. Die politische Lage war aber vorläufig nicht günstig für weitere Forderungen. Am Anfang der Herrschaft von Maria Theresia, zur Zeit des Ausbruchs des Erbfolgekriegs, gestalteten sich die politischen Verhältnisse für die ungarischen Stände günstig, um Zugeständnisse zu erringen, und so gelang es auch in Frage der Selbständigkeit der ungarischen Kammer bedeutende Erfolge zu erzielen.³²

Die schon erwähnten Gesetzartikel des 1741er Landtags brachten auch in Frage der Gebietszuständigkeit der ungarischen Kammer wesentliche Änderungen. Die Durchführung der Gesetzartikel 1741: 14, 18, und 50 ermöglichte

²⁸ MOL. MK. Ben. res. 7. Nov. 1704.

²⁹ Ebenda, Ben. res. 29. Aug. 1708.

³⁰ Hofkammerarchiv, Wien. Hoffinanz Ungarn. Rote N° 433, 7. Juni 1709. 79—83. Vorschlag der Wiener Hofkammer zur Aufhebung der Ofner Kameraladministration.

³¹ MOL. MK. Ben. res. 7. Juni 1709.

³² *Corpus juris Hungarici*. Gesetzartikel 11, 14, 18, 50 vom Jahre 1741.

die Vergrößerung der Gebietszuständigkeit. Im Sinne des königlichen Dekrets vom 10. März 1742 (teilweise Durchführung des Artikels 1741: 18) geriet zuerst der Szegeder Kameralbezirk (Szegeder Inspektorat, Szegeder Provisorat) unter die Oberhoheit der ungarischen Kammer.³³ Das Szegeder Inspektorat wurde bisher von der Wiener Hofkammer verwaltet. Der Wirkungsbereich dieses Inspektorats erstreckte sich auf die kameralische Wirtschaftsführung der Komitate Csongrád, Csanád, Arad, Bács-Bodrog und teilweise auch des Komitats Zaránd. Nach der Übergabe, in den Jahren 1743—44, wurde auch die Militärgrenze an der Theiß (Tisza) und an der Mieresch (Maros) abgeschafft und der ungarischen kameralischen Verwaltung angeschlossen.³⁴ Im Gebiet des Szegeder Inspektorats lag der größte Besitzkomplex im Komitat Bács-Bodrog, zu dessen Verwaltung eine besondere Administration aufgestellt worden war, die jetzt — zusammen mit dem Szegeder Inspektorat — ebenfalls dem unter der ungarischen Kammer stehenden Gebiet angeschlossen wurde.³⁵

Einige Jahre später, im Jahre 1746, wurde (auf Grund des Gesetzartikels 1741: 50) Unterslawonien der ungarischen Kammer unterstellt und im rückgegliederten Gebiet organisierte man drei Komitate (Szerém, Verőce, Pozsega).³⁶ Diese drei Komitate gehörten zu Kroatien. Die kameralischen Finanz-Angelegenheiten Kroatiens wurden nämlich von der ungarischen Kammer verwaltet.

Durch die Rückgliederung des Szegeder Inspektorats, der Administration der Batschka und Slawoniens und durch die totale Unterstellung der Zipser Administration samt ihrer ausgedehnten Gebietszuständigkeit³⁷ erreichte nach 1740 das zur Oberhoheit der ungarischen Kammer gehörige Gebiet annähernd die Ausdehnung, wie sie in den ungarischen Gesetzen festgelegt war. Auch weiterhin gehörte nicht zur Zuständigkeit der ungarischen Kammer das Temescher Banat, dessen Rückgliederung, obwohl dies im Gesetzartikel 1741: 18 ebenfalls vorgeschrieben war, erst im Jahre 1778 vollzogen wurde, ferner die kroatische Küste, die samt Fiume im Jahre 1752 der Triester Hauptintendantur unterstellt und der österreichischen Küstenprovinz angeschlossen wurde. Die totale Wiederherstellung der Gebietszuständigkeit der ungarischen Kammer, die weiterhin eine nationale Forderung geblieben ist, wurde dadurch vorwärtsgetrieben, daß der Wiener Hof — zwecks einer rationaleren und rentableren Finanzverwaltung und ärarischen Wirtschaft — in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts den Grundsatz der Aufgliederung der ungarischen kameralischen Wirtschaft verwarf. Im Interesse der Förderung des Wirtschaftslebens im Lande, der Erzielung höherer Staatseinkünfte trat Joseph II. schon als Mitregent für die volle Herstellung der Gebietszuständigkeit der

³³ MOL. MK. Ben. res. 10. März 1742.

³⁴ Ebenda, Ben. res. 15. Dezember 1745.

³⁵ Ebenda, Ben. res. 4. April 1744 und 18. Januar 1746.

³⁶ Ebenda, Ben. res. 18. Mai 1746.

³⁷ Ebenda, Ben. res. 5. Februar 1748, Expeditiones camerales. April 1748. Aug. N^o 27.

ungarischen Kammer ein. Unter solchen politischen Umständen wurden die an Polen verpfändeten und im Jahre 1772 rückgegliederten Bezirke der 16 Zipser-Städte,³⁸ das Gouvernement Fiume³⁹ und das Temescher Banat⁴⁰ hinsichtlich Verwaltung und Finanzwesen der ungarischen Kammer unterstellt.

In der Sache der Gebietsintegrität der ungarischen Kammer erreichten somit die ungarischen Stände in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts einen vollen Erfolg, und auf diesem Gebiet hatten die Gegensätze zwischen dem Hof und dem Landtag ein Ende.

Wirkungsbereich der ungarischen Kammer

Durch den — entgegen den gesetzlichen Vorschriften — stark verringerten Wirkungsbereich der ungarischen Kammer entstanden Ende des 17. Jahrhunderts ebenfalls einschneidende Gegensätze und entfachten einen politischen Kampf zwischen dem Wiener Hof und den ungarischen Ständen. Der Absolutismus Leopolds I. änderte auch nach Vertreibung der Türken nichts an dem im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts entstandenen Wirkungsbereich der ungarischen kameralischen Finanzverwaltung. Von den kameralischen Wirtschaftszweigen blieben weiterhin die zwei einträglichsten, der ärarische Bergbau und die Münzprägung, ferner das Regale der Salzbergwerke und der Salzverwertung⁴¹ in der Hand der Wiener Hofkammer, und die Einkünfte aus diesen Wirtschaftszweigen flossen unmittelbar in ihre Kasse (bzw. von 1714 bis 1744 in die Preßburger Filialkasse der Wiener Universalbankalität). Es ist klar, daß der Wiener Hof vor allem von finanziellen Gründen geleitet wurde: er wollte aus den Einkünften der einträglichsten kameralischen Zweige Summen für die Staatsschulden und die gewaltigen Kriegsausgaben des Reichs sicherstellen.

Die Beschwerden über den verringerten Wirkungskreis der ungarischen Kammer waren vor 1740 nicht übermäßig laut, die Stände befaßten sich eher mit der Frage der Gebietszuständigkeit. Zu Beginn des österreichischen Erbfolgekriegs stellten aber auf dem 1741er Landtag die das Herrscherhaus unterstützenden Stände neben der Gebietszuständigkeit auch diese Frage in den Mittelpunkt ihrer Forderungen. Den Ständen gelang es, dem Wiener Hof gegenüber einen großen Erfolg zu erringen, vielleicht den größten seit dem Bestehen der ungarischen Kammer. Den Erfolg bedeutete der Gesetzartikel 1741: 14,

³⁸ Ebenda, Ben. res. Oktober 1774. N° 36.

³⁹ A. FEST: *Fiume Magyarországhoz való kapcsolásának előzményeiről és hatásairól* (Vorgeschichte und Auswirkung des Anschlusses von Fiume an Ungarn). *Századok* (Jahrbuch). 1916. 239—43, 251, 258—59 — MOL. MK. Fluminensia. *Libér resolutionum* . . . Abschriften der königlichen Erlasse vom 31. Aug. 1776 und 1. Oktober 1777.

⁴⁰ J. SZENTKLÁRAY: *Száz év Dél-Magyarország újabb történetéből* (Hundert Jahre aus der neueren Geschichte Südungarns). Temesvár, 1879. 54, 282, 288, 343, 399.

⁴¹ Über das Salzmonopol in Ungarn siehe: I. J. BAKÁCS: *A sómonopólium Magyarországon III. Károly korában* (Das Salzmonopol in Ungarn zur Regierungzeit von Karl III.). *Századok*, 1933. 611—12.

der unter anderem die Zurückstellung der Salz- und Bergbauangelegenheiten unter die Zuständigkeit der ungarischen Kammer erklärte (es handelte sich genauer um Salzbergbau, Salzverwertung, Abbau von Edelmetallen und deren ärarische Einlösung). Maria Theresia hatte diesen Gesetzartikel in bezug auf Salzbergbau und Salzverwertung (Salzmonopol) schon durchgeführt, in bezug auf das Bergbauwesen jedoch nicht. Die Übergabe des Salzabbaus und der Salzamt-Organisation wurde 1743 durchgeführt.⁴² Das war für die ungarische Kammer von großer Bedeutung, da ihre Einnahmen dadurch etwa um Zweidrittel stiegen. Salzabbau und Salzverkauf blieben immer unter Verwaltung der ungarischen Kammer. Nur unter der Herrschaft Josephs II., im Jahre 1785 wurde der Salzabbau unter die Wiener Kammer für Münz- und Bergwesen gestellt,⁴³ über den Salzverkauf und die Salzeinkünfte verfügte weiterhin die ungarische Kammer bzw. der mit der ungarischen Kammer vereinte Statthaltereirat. Das Salinenwesen gehörte nach dem Tode Josephs II., im Jahre 1794 wieder zur Wirkungssphäre der ungarischen Kammer.⁴⁴

Um eine Angliederung der Edelmetall-Bergbau-Leitung an die ungarische Kammer zu erreichen, machten die ungarischen Stände wiederholt Versuche, doch mit sehr magerem Erfolg. Die zum Gebiet der ungarischen Kammer gehörende sogenannte niederungarische Bergbaugegend (die Bezirke der zur Schemnitzer Oberbergwerksgrafschaft gehörenden sieben Städte) unterstanden schon seit dem 16. Jahrhundert der niederösterreichischen Kammer, bzw. seit dem ersten Drittel des 17. Jahrhunderts der die niederösterreichische Kammer einverleibenden Wiener Kammer. Mit den Angelegenheiten der im Gebiet der Zipser Kammer liegenden sogenannten oberungarischen Bergbaugegend (Gebiet des späteren Schmölnitzer Bergwerk-Inspektorats, Komitat Szepes) und der Bergwerkgegend von Nagybánya (Komitat Szatmár) befaßte sich zwar die Zipser Kammer, aber sie war hierin von der Wiener Hofkammer abhängig. So war die Lage noch in den 1740er Jahren, als zur Neuorganisation der Bergwerksverwaltung im Habsburgerreich im Jahre 1745 in Wien das Bergwerksconsilium, dann als dessen Nachfolger das Münz- und Bergwesens-Directions-Hof-Collegium gegründet wurde.⁴⁵ Aufgabe dieser Institution war, das Bergbauwesen durch Zentralisierung zu fördern. Daraus entwickelte sich die spätere Hofkammer in Münz- und Bergwesen.

Das ungarische ärarische Münz- und Bergbauwesen geriet im Jahre 1747 ebenfalls unter die Obrigkeit des Wiener Bergwerk-Collegiums. Ihm wurden auch der Leiter des ungarischen Bergwesens, der Oberkammergraf von Schem-

⁴² Akten über die Rückgabe des Salzwesens: MOL. MK. Ben. res. 15. März 1743. — Hofkammerarchiv Wien, Hoffinanz Ungarn. Rote N^o 772. 24. November 1742.

⁴³ MOL. MK. Salinaria. 1785/86. Salis product. N^o 3. pos. 7.

⁴⁴ Ebenda, Salinaria. 1794. 2. fons. 569. pos.

⁴⁵ Fr. WALTER: *Die Geschichte der österreichischen Zentralverwaltung in der Zeit Maria Theresias. Die österreichische Zentralverwaltung*. II. Abt. 1. Band. 1. Halbband. Wien, 1938. 68—69.

nitz, ferner auch der Berginspektor von Schmöllnitz (Szomolnok, Smolnik) und Nagybánya untergeordnet. Freilich widersprach dies dem 14. Gesetzartikel vom Jahre 1741, der samt Salzwirtschaft und Salzabbau auch den Edelmetall-Bergbau der ungarischen Kammer untergeordnet hatte. Der damalige Präsident der ungarischen Kammer, A. Grassalkovich versuchte im Jahre 1749 für die ungarische Kammer wenigstens jene Bergwerke zu sichern, die früher von der Zipser Kammer verwaltet worden waren. Indem er hervorhob, wieweit es der ungarischen Kammer gelungen ist, durch Bezahlung der Hofquote und Zinsen die ärarischen Schulden zu vermindern, bat er um die Übergabe der Verwaltung der Kupferbergwerke von Schmöllnitz, sowie der Gold- und Silberbergwerke von Nagybánya. Er verbürgte sich, von diesen Bergwerken größere Erträge herauszubringen als bisher. Der Hof wies das Ersuchen des ungarischen Kammerpräsidenten mit der Begründung ab, daß die das Bergwesen belastenden enormen Staatsschulden die Zusammenfassung des Bergwesens im ganzen Reich erfordern. Von der Zentralisierung des Bergwesens im Habsburgerreich blieb also auch Ungarn nicht verschont.⁴⁶ Im Wirkungsbereich der ungarischen Kammer blieben nur die Angelegenheiten der verbotenen Ausfuhr von Edelmetallen, die Verfolgung von Geldfälschungen und weiterhin auch die Bergwerksverwaltung der Domänen.

Auf dem Gebiet des Bergbauwesens erfolgte auch im weiteren keine Änderung. Selbst nach Instruktion der ungarischen Kammer vom 14. November 1772 leitet das Bergbauwesen der unter Obrigkeit der Wiener Hofkammer (bzw. deren Bergbau-Departement) stehende Oberkammergraf von Schemnitz.⁴⁷ Die ungarische Kammer war nur befugt, die Tätigkeit der Oberkammergrafschaft zu unterstützen.

Nach Zusammenbruch des Josephinischen Systems leiteten die ungarischen Stände auf dem Landtag 1790/92 wieder eine energische Aktion zur Erwerbung der Zuständigkeit im Bergbauwesen ein. Und wiederum kam auf dem Landtag ein Gesetzartikel (1790: 22⁴⁸) zustande, in welchem der König den Ständen versicherte, er wünsche nach dem Landtag das Bergbauwesen der ungarischen Kammer zu unterordnen, die Bergbau-Gesetzgebung, die Organisation der Bergbaugerichte in Zukunft mit den Ständen gemeinsam zu erledigen und nur die Wirtschaftsregelung des Bergbauwesens in der königlichen Rechtssphäre zu belassen. Dieser Nachsatz verringerte erheblich den Wert der Bergbau-Rückgliederung, denn das Wesentliche, die Verwaltung der Einkünfte blieb dadurch weiterhin in der Hand des Hofes.

Die Inkraftsetzung des 22. Gesetzartikels vom Jahre 1790 ging aber sehr langsam vor sich, und wurde erst nach mehrmaligem Drängen der Landtage

⁴⁶ MOL. MK. Ben. res. 12. Juni 1747 — Hofkammerarchiv Wien, Hoffinanz Ungarn. Rote N° 816. 6. Februar 1749. 14—15.

⁴⁷ 54. Kapitel der Instruktion der ungarischen Kammer vom 14. Nov. 1772. MOL. MK. Ben. res. 14. November 1772.

⁴⁸ *Corpus juris Hungarici*. Aus dem Text des Gesetzartikels 22 vom Jahre 1790.

verwirklicht. Noch auf dem Landtag im Jahre 1807 stand die Sache des Bergwesens unter den Beschwerden der Stände. Endlich — nach langem Hin und Her — wurde in der königlichen Verordnung vom 9. September 1807 die Übergabe geregelt. Die Verordnung führte den kompromißartigen Gesetzartikel 22 durch. Sie stellte vier Bergbaubezirke (Schemnitz, Schmöllnitz, Nagybánya und Oravica im Komitat Krassó-Szörény) nur »in publico politicis«, also nur die Bergbau-Administration betreffenden Rechts- und Verwaltungs-Angelegenheiten unter die Obrigkeit der ungarischen Kammer. Die Bergbauämter gehörten, was technische, wirtschaftliche und Rechnungs-Angelegenheiten betraf, weiterhin zur Wiener Hofkammer in Münz- und Bergwesen bzw. unter die diese Kammer in sich schließende allgemeine Hofkammer. Dahin flossen auch die Einkünfte aus den Bergwerken.⁴⁹ Dazu sei bemerkt, daß der Hof zu den obigen Zugeständnissen durch die schweren politischen Verhältnisse während der französischen Kriege gezwungen war (die Zustimmung des Landtags zur Steuereinhebung und zur Stellung von Soldaten war notwendig).

Im Zusammenhang mit den übrigen Zweigen der kameralischen Finanzverwaltung kam es zwischen den ungarischen Unabhängigkeits- und den Wiener Zentralisierungs-Bestrebungen nicht mehr zu politischen Kämpfen. In der Administration der ärarischen Domänen und der Güter unbesetzter kirchlicher Würden, in der Verwaltung des im Außenhandel erhobenen Dreißigstzolls und in der Kontrolle der königlichen Freistädte usw. konnte die ungarische Kammer mehr oder weniger ihren festgelegten Wirkungsbereich bewahren. Es kam wohl vor, daß man auch in diesen Wirtschaftszweigen den Wirkungsbereich der ungarischen Kammer verminderte. So wurde z. B. von 1734 bis 1739 die Handhabung des Dreißigstzolls teilweise der ungarischen Kammer entzogen.⁵⁰ Auch Joseph II. entzog die Verwaltung des Dreißigstzolls dem Kompetenzkreis der ungarischen Kammer, bzw. des mit der Kammer vereinten Statthaltereirats und unterstellte sie im Jahre 1786 der Wiener Bankal und Dreißigst Gefällen Direction. Zur Verwaltung der Zollangelegenheiten in Ungarn errichtete er in Pest eine eigene Dreißigst-Gefällen-Administration, die von der Wiener Dreißigst Gefällen Direction abhing.⁵¹ Diese Wirkungskreis-Einschränkungen ließen aber die Dreißigstzoll- und Salzeinkünfte der ungarischen Kammer unberührt, diese flossen weiterhin in die ungarische kameralische Kasse, so daß die ungarischen politischen Kreise darauf nicht so empfindlich reagierten wie in der Sache des Bergbauwesens.⁵²

⁴⁹ MOL. MK. Gremialia. 1807. 3. fons. 211. pos.

⁵⁰ MOL. MK. Ben. res. 16. Okt. 1733. — Ebenda, Acta Hungarica, Tom. I. Trices. Tom. I., Beilage C.

⁵¹ MOL. Magyar Kancellária (Ungarische Kanzlei) Acta generalia 1785: 10 838, 12 826 — MK. Ben. res. Januar 1786, N° 107, März 1786, N° 104.

⁵² Vgl. die Kostenvoranschläge über die ungarischen kameralischen Einkünfte. MOL. Magyar Kancellária (Ungarische Kanzlei) Acta generalia. 1786 : 7065, 1787 : 1892, 1789 : 7413.

Interessant ist es, die Änderungen des Wirkungskreises der ungarischen Kammer während der Regierungszeit Josephs II. zu beobachten. Das Wirkungsfeld wurde zu dieser Zeit durch eine besondere Aufgabe erweitert, nämlich durch die Wirtschaftsangelegenheiten des aus dem konfiszierten Vermögen der Mönchsorden gewonnenen Universitäts- und Studienfonds bzw. Religionsfonds. Die Verwaltung dieser Fonds versorgte bisher der Statthaltereirat, die Regierungsbehörde der Landesverwaltung. Aber diese Erweiterung des Wirkungskreises gefiel den ungarischen Ständen, die bis jetzt eher gegen die Verengung des Wirkungskreises kämpften, nicht besonders. Nach dem ungarischen Staatsrecht zählten nämlich die öffentlichen Stiftungen zu den Landeseinkünften (*proventus regni*) und galten nicht als königliche Einkünfte (*proventus regis*). Zur Verwaltung der Landeseinkünfte war die nur königliche und Majestätseinkünfte behandelnde und dem Herrscher unterstellte ungarische Kammer juristisch nicht zuständig. Joseph II. setzte sich jedoch über diese Bindungen der ungarischen Ständeversammlung hinweg. Er sagte, die Leitung des Unterrichtswesens sei Sache des Staates und so sei auch die Verwaltung des zur Förderung des Unterrichtswesens dienenden Fonds Sache der Staatskasse. Mit dieser Begründung übergab er die erwähnten Stiftungen, und zwar den Universitäts- und Studienfonds im Jahre 1781,⁵³ den Religionsfonds im Jahre 1782 der ungarischen Kammer, die auch die königlichen Einkünfte verwaltete.⁵⁴ (In den Besitz der Fonds gehörten Herrschaftsgüter, andere Immobilien, Kapitale und Wertgegenstände.) Diese Verfügung über öffentliche Stiftungen, besonders im Falle des Studienfonds, löste in den Komitaten und auch im Statthaltereirat lebhaften Widerspruch aus. Die Komitate erklärten die kameratealische Verwaltung des Studienfonds als »nationales Vermögen« für widerrechtlich und forderten die Zurückgabe des Fonds unter die Verwaltung des Statthaltereirats. Offensichtlich befürchteten die ungarischen Stände, daß der Hof auch die Einkünfte des Studienfonds, wie die kameratealischen Einkünfte, für reichshaushaltliche Zwecke verwenden wird. Joseph II., beraten vom ungarischen Hofkanzler, antwortete den Komitaten, daß er den Studienfonds auch im Falle kameratealischer Verwaltung seiner Bestimmung entsprechend nur für Studienzwecke verwenden wird, ebenso wie wenn er vom Statthaltereirat verwaltet wäre.⁵⁵ Mit dieser Begründung überließ er die Administration der Studien- und anderer Fonds weiterhin der ungarischen Kammer. Dies konnte er schon deshalb tun, weil er die ungarische Kammer im Jahre 1786 mit dem

⁵³ H. MARCZALI: *Magyarország története II. József korában* (Geschichte Ungarns während der Regierungszeit Joseph II.) Bd. II. Bp. 1885, 293—95. — MOL. MK. Ben. res. Okt. 1779. N° 27. MOL. MK. Jesuitica seu fundi studiorum. Dez. 1781, N° 175, März 1783, N° 262. — MOL. Magyar Kancellária (Ungarische Kanzlei). Acta generalia. 1782 : 6909.

⁵⁴ H. MARCZALI: a. a. O. Bd. II, 130—31, 163—65. — MOL. MK. Ben. res. Februar 1782. N° 1, April 1782. N° 7, Nov. 1782. N° 4, Mai 1783. N° 4.

⁵⁵ Zum Protest der Komitate: MOL. Magyar Kancellária (Ungarische Kanzlei). Acta generalia. 1782 : 627, 1316, 1729. — Zum Vorschlag des ungarischen Kanzlers vgl. Acta gen. 1782 : 501, 879, 953 et A. — Zur beruhigenden Antwort an die Stände: Acta gen. 1782 : 1316.

Statthaltereirat vereinte, und so ein Streit über die Zuständigkeit keinen Sinn mehr gehabt hätte.

Nach dem Tod Josephs II. trennte man die ungarische Kammer wieder vom Statthaltereirat, und in Ungarn wurde der Zustand der kameralischen Finanzverwaltung, wie er im Jahre 1780 war, wiederhergestellt. Als Ergebnis der politischen Unterhandlungen kam zwischen dem Hof und den ungarischen Ständen der bezeichnende Kompromiß wieder zur Geltung, daß die ungarische Kammer nur zur Verwaltung der königlichen und Majestätsbenefizien zuständig ist, während die Landeseinkünfte (Steuern, Fonds) zum Wirkungsbereich des die politischen und Landes- (regnicolaren) Angelegenheiten verwaltenden königlichen Statthaltereirats gehören. Auf Grund dieses Kompromisses übernahm nach 1790 der Statthaltereirat die Verwaltung der öffentlichen Fonds aus den Händen der ungarischen Kammer.⁵⁶

Es ist also ersichtlich, daß die ungarischen Selbstständigkeitsbestrebungen, welche den Wirkungsbereich der ungarischen Kammer auch auf die Finanzverwaltung auszubreiten bestrebt waren, nennenswerte Erfolge gegenüber der Reichszentralisierungstendenz erreicht haben. Dieser Erfolg war jedoch geringer als im Falle der Gebietszuständigkeit, da Wirtschaftsangelegenheiten des Bergwesens, Bergbaueinkünfte und Münzprägung bis 1848 in den Händen der Wiener Hofkammer blieben. Die ganze Zeit hindurch blieb der starke Einfluß des Hofes auch in den kameralischen Kreditangelegenheiten bestehen.

Verwendung der kameralischen Einkünfte

Die Veränderungen hinsichtlich Gebietszuständigkeit und Wirkungsbereich in der Finanzverwaltung der ungarischen Kammer waren selbstverständlich mit den Kasseneinkünften eng verknüpft, und das war auch in der staatshaushaltlichen Tätigkeit der Kammer stark fühlbar. Im Zeitraum vom Ende der Türkenherrschaft bis zur Thronbesteigung Maria Theresias (1686—1740) besaß die ungarische Kammer durch die zusammengeschrumpfte Gebietszuständigkeit und den verringerten Wirkungsbereich in der Finanzverwaltung nur ein Einkommen von einigen hunderttausend Gulden jährlich (im Jahre 1740 z. B. 359 894 Gulden).⁵⁷ Diesen Betrag verwendete die Kammer zur Aufrechterhaltung der Regierungsstühle (ungarische Hofkanzlei, Statthaltereirat), der höheren Gerichtsbehörden (Kurie, Bezirks-Gerichtstafeln), zur Bezahlung ihres Personalstands, zur Verwaltung der ärarischen Gebäude und zu kleineren militärischen und kirchlichen Ausgaben. Mehr konnte sie nicht leisten. Zu den gemeinsamen Reichsausgaben trug zu dieser Zeit die ungarländische kamera-

⁵⁶ MOL. MK. Ben. res. Okt. 1791. N° 101, Jul. 1793. N° 30 et a. — Zur Übergabe der Stiftungskassen: MOL. MK. Gremialia. 1793. fons. 17. pos 1.

⁵⁷ MOL. MK. Praes. Erdödy. Extraser. N° 195. Kostenanschlag über Einnahmen und Ausgaben der ungarischen Kammer im Jahre 1740.

liche Wirtschaftsführung auf die Weise bei, daß einzelne kameralische Einkommensquellen (Salz- und Bergwesen) bzw. die ärarischen Einkünfte einzelner ungarischer Gebiete, die ja von der Wiener Hofkammer verwaltet wurden, ohnehin in die Wiener kameralische Hauptkasse flossen. Die meisten Einkünfte stammten aus den Salzgruben; sie betragen am Anfang der 1740er Jahre etwa andert-halb Millionen Gulden, also fast das Vierfache des damaligen Einkommens der ungarischen Kammer.⁵⁸ Die ungarische Kammer vermochte vor 1740 wegen ihres geringen Einkommens offenkundig keine ernstlichere staatswirtschaftliche Tätigkeit zu entfalten. (Es sei erwähnt, daß das Einkommen der unter der Kontrolle der ungarischen Kammer stehenden Zipser Kammer zu dieser Zeit ebenfalls nur einige hunderttausend Gulden ausmachte.) Die Finanzverwaltung der ungarischen Kammer befand sich damals in einer sehr ungünstigen Lage, denn die kameralischen Gesamteinkünfte in Ungarn (Einkommen der ungarischen, Zipser und der Wiener Kammer) überstiegen ja jährlich — ziffernmäßig schwerlich genau bestimmbar — etwa drei Millionen Gulden.

Eine radikale Wendung erfolgte in der Frage der Einnahmen gleich nach der Thronbesteigung Maria Theresias infolge der Vergrößerung der Gebietszuständigkeit der Kammer und der Übergabe des Salzmonopols. Während die ungarische Kammer im Jahre 1740 nur über 359 894 Gulden (ohne die Einnahmen der Zipser Kammer) verfügte, stieg diese Summe bis 1743 nach Übernahme der Salzeinkünfte samt den Einkünften der Zipser kameralischen Administration, der rückgliederten Szegeder und Batschkaer Bezirke auf 2 469 213 Gulden.⁵⁹ Die Einkünfte wurden — wie ersichtlich — vor allem durch das Salzeinkommen erhöht. Die weiterhin zunehmenden Einnahmen der ungarischen Kammer waren bis 1790 — nach den von einigen Jahren erhalten gebliebenen Kostenvoranschlägen, Kassenverrechnungen — folgende:⁶⁰

Jahr	Einnahmen	Davon die Salzeinnahmen
1749	2 567 868 Fl.	1 537 563 Fl.
1759	2 691 452 „	1 585 163 „
1766—71 im Jahresdurchschnitt	3 659 972 „	2 141 360 „
1772—77 im Jahresdurchschnitt	3 807 239 „	2 393 870 „
1785	4 419 930 „	2 480 000 „
1789	6 015 507 „	3 553 798 „

⁵⁸ Ebenda, N° 194. Ausweis über Salzämter und Salzeinnahmen in Ungarn. S. 1.

⁵⁹ Zur Einnahme im Jahre 1743: MOL. MOK. Archivum Familiae Koller. N° 171.

⁶⁰ Zur Einnahme im Jahre 1749: Hofkammerarchiv Wien, Hoffinanz Ungarn, Rote N° 816. 16. Jan. 1749. 685. — Über die Einnahmen der Jahre 1759, 1766—71 siehe J. HERZOG: *A magyar kincstár háborús hitelműveletei Grassalkovich kamaraelnöksége idején* (Kriegsanleihe-Aktionen des ungarischen Fiskus zur Zeit der Präsidentschaft von Grassalkovich). Századok (Jahrhunderte) 1923—24. 462—63. — Über die Einnahmen der Jahre 1772—77: MOL. MK. Praes. Erdödy. Extraser. N° 73. — Über die Einnahme des Jahres 1785: MOL. Magyar cancellária. Acta generalia. 1784: 14 432. — Über die des Jahres 1789: ebenda, Acta generalia. 1789: 7413. Beilagen N° 1, 6, 7.

Neben der Salzeinnahme flossen die Einnahmen der ungarischen Kammer auch fernerhin größtenteils aus den ärarischen Besitztümern und dem Dreißigstzoll. Von den kleineren Einkünften seien erwähnt die jüdische Toleranztaxe, der Zensus der königlichen Freistädte, die Kanzleitaxen der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden, die nach den Kircheneinkünften erhobenem sogenannten Fortifikations-Subsidien, Einkünfte der Fiskalgüter und seit der Zeit Josephs II. auch die Post- und Lottoeinnahmen.

Die so bedeutende Zunahme der ungarischen kameralischen Einkünfte hätte in der ungarischen kameralischen Finanzwirtschaft eine neue Ära eröffnen können, wenn diese Einkünfte tatsächlich in erheblichem Maße von den früheren Verpflichtungen, dem Beitrag zu gemeinsamen Reichsausgaben befreit worden wären. Davon war aber keine Rede. Der fortwährend mit schweren Schulden kämpfende, durch große Kriegskosten belastete Reichshaushalt erhob nach wie vor Anspruch auf einen bedeutenden Teil der ungarischen kameralischen Einkünfte. Gegen Ende des österreichischen Erbfolgekriegs sah der Wiener Hof die Zeit für gekommen, von der ungarischen Kammer als Entgelt für die überlassenen Gebiete und Salzeinkünfte eine ernstere Rekompensation zu beanspruchen. Da die im Jahre 1743 erteilten Begünstigungen aus politischen Gründen, aus Rücksicht auf die freundschaftlichen Beziehungen zu den ungarischen Ständen nicht rückgängig gemacht werden konnten, wurde in Form einer von der ungarischen Kammer zu entrichtenden sogenannten Hofquote eine neue Besteuerungsart zu den gemeinsamen Reichsausgaben eingeführt.

Maria Theresia veranlagte im Jahre 1747 die ungarische Kammer zu der erheblichen Hofquote von 1 487 000 Fl., und zwar — laut des königlichen Erlasses — zur Deckung der Ausgaben des Hofes und der zentralen Reichsbehörden.⁶¹ Die Quote war von da an ein jährlich regelmäßig wiederkehrender Posten in den kameralischen Verrechnungen bzw. Kostenvoranschlägen und darüber hinausgehend kleinere Beträge ähnlicher Bestimmung. Im folgenden wollen wir zur besseren Übersicht die Ausgaben der ungarischen Kammer und die Summe der Hofquote einiger Jahre angeben:⁶²

Jahr	Ausgaben	Davon die Hofquote
1754	2 679 073 Fl	1 485 000 Fl
1756	2 828 281 „	1 600 000 „
1759	2 676 452 „	1 500 000 „
1766—71 im Jahresdurchschnitt	3 628 504 „	1 905 363 „
1785	4 419 930 „	2 281 000 „

⁶¹ MOL. MK. Ben. res. 1. Juli 1747.

⁶² Über Ausgaben und Hofquoten der Jahre 1754, 1756, 1766—71 siehe die Arbeit von J. HERZOG, Anm. 60. — Zur Quote des Jahres 1785: MOL. Magyar Kancellária. Acta gen. 1784 : 14 432.

Die Wiener Finanzkreise waren über die Hofquote nicht erfreut, denn sie bedeutete ihrer Meinung nach eine Begünstigung für die ungarische Kammer. Die Kammern der Erbländer führten nämlich nicht eine Jahresquote an die Wiener kameralische Hauptkasse ab, sondern immer den jährlichen Kassenrest, den Überschuß. Der die Kammerinstruktion von 1772 für die ungarische Kammer vorbereitende Hofausschuß eröffnete einen Angriff auf das Quotensystem. Der ungarischen Kammer gelang es jedoch, diesen Angriff abzuwehren.⁶³ Zur Regierungszeit Josephs II. wurde die Hofquote dennoch abgeschafft. Der Anlaß dazu war, daß die ungarische Kammer bei den großen Ausgaben der unter Joseph II. begonnenen Landvermessungen, Steuerkonskription und Ansiedlungen die ihr auferlegte übliche Quote nicht bezahlen konnte, und so wurde angeordnet, daß statt der Quote zukünftig der Kassenüberschuß nach Wien zu schicken sei.⁶⁴ Diese Methode blieb auch nach 1790 bestehen.

Die ungarische Kammer verwendete den nach der Überweisung der Hofquote und Amortisierung gewisser ärarischer Schulden und Zinsen verbliebenen Betrag auch in Zeiten größerer Einkünfte, neben der Finanzierung der kameralischen Wirtschaftsführung vorwiegend für die Bezahlung der ungarischen zentralen Regierungsorgane und höheren Instanzen, für Administrationsspesen und für Begleichung ziviler und militärischer Pensionen. Zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes vermochte die Kammer höchstens soviel beizutragen, daß die von ihr bezahlte Direktion für Bauwesen und Wasserregulierung (*directio in hydraulicis et aedilibus*) und deren Personal außer den kameralischen technischen Obliegenheiten auch die technischen Aufgaben im Lande (Straßenbau, Flußregulierung) versah. Günstig wirkten auf die wirtschaftliche Entwicklung die auf ärarischen Gütern im Interesse der Förderung der Landwirtschaft und Industrie gemachten Anstrengungen, Investitionen, obwohl die Förderung der Industrie durch die für Ungarn nachteilige Industriepolitik des Hofes beschränkt war. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die hauptsächlich in den ärarischen Domänen des Banats und der Batschka durchgeführten Kanalisierungen, Straßen- und Dammbauten dem wirtschaftlichen Fortschritt des ganzen Landes dienten. Darüber hinaus wendete die ungarische Kammer keine bedeutenderen Summen für Investitionen auf, die der wirtschaftlichen Entwicklung des ganzen Landes gedient hätten. Dazu reichte es bei dem besprochenen Staatshaushaltssystem (große Kriegsausgaben, Deckung von Staatsschulden) nicht aus.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fällt ein stets größer werdender Teil der Kammer-Einkünfte auf die gemeinsamen Reichsausgaben. Einer der

⁶³ J. HERZOG: *A m. kir. hitelfőpénztár megszervezése és működése Mária Terézia korában* (Organisation und Tätigkeit der ung. königl. Kredithauptkasse zur Zeit Maria Theresias). Századok (Jahrhunderte). 1925–26, 161–65.

⁶⁴ Über Auflassung der Hofquote: MOL. Magyar Kancellária. Acta gen. 1786 : 9680, 1787 : 861.

Gründe dafür war die weitere Ausgabenvermehrung des Reichshaushalts und der Staatsschulden infolge der französischen Kriege. Die Steuerleistungen waren in den Erbländern von größerem Ausmaß als in Ungarn, wo die Steuerfreiheit des Adels nach wie vor bestand. Dadurch erhöhte sich der Anspruch des Hofes auf eine größere Belastung der kameralischen Einkünfte in Ungarn.

Die Einnahmen der ungarischen Kammer während einiger Jahre nach 1790 dienen uns als Zeugen für die Verteilung der einheimischen Ausgaben und der gemeinsamen Reichsausgaben:⁶⁵

Jahr	Gesamteinnahmen	Gesamtausgaben	Rest für gemeinsame Ausgaben
1803	11 193 780 Fl.	3 969 055 Fl.	7 224 725 Fl.
1827	7 894 541 Konv. Fl.	1 304 598 Konv. Fl.	6 589 943 Konv. Fl.
1837	9 694 872 Fl.	1 302 571 Fl.	8 392 300 Fl.
1847	9 916 951 Fl.	1 494 421 Fl.	8 422 530 Fl.

Zu den ungarischen Staatseinkünften gehörten nach dem damaligen Finanzsystem außer den kameralischen Einkünften die Kontribution samt Gebühren und die Bergwerk-Einnahmen. (Die Kontribution wurde, wie erwähnt, nicht von der ungarischen Kammer verwaltet.) Beide der letztgenannten Einnahmen verbrauchte restlos der gemeinsame Reichshaushalt. Das reine Einkommen in Ungarn und Siebenbürgen aus obigen Quellen, wovon die einheimischen Verwaltungskosten, die Hofhaltungskosten bestritten wurden und der verbleibende Rest, mit dem die gemeinsamen Ausgaben bezahlt wurden, verteilten sich wie folgt:⁶⁶

	1803	1827
Gesamteinnahmen	30 269 346 Fl.	14 855 145 Konv. Fl.
Ausgaben	4 448 524 Fl.	1 611 284 Konv. Fl.
Rest für die gemeinsamen Ausgaben	25 820 822 Fl.	13 224 761 Konv. Fl.
	1837	1847
Gesamteinnahmen	20 229 645 Konv. Fl.	22 071 880 Konv. Fl.
Ausgaben	3 097 464 Konv. Fl.	2 947 052 Konv. Fl.
Rest für die gemeinsamen Ausgaben	17 132 181 Konv. Fl.	19 126 828 Konv. Fl.

⁶⁵ I. NAGY: *A magyar kamara* (Die ungarische Kammer). Bp. 1971. Übersichtstabellen auf S. 332–337. Das archivalische Dokumentenmaterial über Einkünfte und Ausgaben der ungarischen Kammer nach 1790 wurde ausgemustert. Angaben über die Einnahmen bei I. NAGY auf Grund der Studie von V. WENINGER: *Az osztrák-magyar monarchia államháztartása a század első felében és Magyarország állása e háztartásban* (Staatshaushalt der österreichisch-ungarischen Monarchie in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts und Ungarns Rolle in diesem Haushalt). Statisztikai és Nemzetgazdasági Közlemények (Statistische und Volkswirtschaftliche Mitteilungen), Bd. VI. 1869, Bd. VII. 1870.

⁶⁶ I. NAGY: *A magyar kamara* (Die ungarische Kammer). Bp. 1971, 340–41.

(Es muß beachtet werden, daß das ziffernmäßig hohe Einkommen des Jahres 1803 teils mit der damaligen Inflation zu erklären ist. Das Einkommen wurde nach 1827 in Hartgeld, in Konventionsgulden von bleibendem Wert angegeben. Ein Konventionsgulden war gleich 2,6 Wechselgulden, d. h. Banknotengeld.)

Die gemeinsamen Reichsausgaben machten im Jahre 1803 62 824 793 Fl. aus. Ungarn trug dazu mit einer Summe von 25 820 822 Fl., also 41,1% bei. Dieser Beitrag war im Jahre 1804 29,5%. Im Jahre 1827 trugen zu den gemeinsamen Ausgaben die Erbländer 47 076 071 Fl., Ungarn 13 224 761 Fl. bei, was einen Anteil von 22% bedeutet (unter Berücksichtigung der Provinzen Lombardo-Venezians war Ungarns Anteil 20,6%). Im Jahre 1837 deckte der ungarische Überschuß 26,1% der gemeinsamen Ausgaben. (Genauer: vom Überschuß der ungarischen Länder, nachdem davon 1/3 der Ausgaben der zentralen Hofhaltung zugute kam, konnten — nach Abzug des Einnahmen-Überschusses des Königtums Lombardo-Venezien — 30% der Ausgaben der zentralen Reichsregierung und 24% der Staatsschuldenspesen (Zinsen, Amortisation) gedeckt werden. (Im Jahre 1847 trug Ungarn zu den gemeinsamen Ausgaben 19 126 828 Fl. bei und die Erbländer 64 691 863 Fl. Dazu ist aber zu bemerken, daß die österreichischen Länder von diesem Betrag 24 Millionen für den Ankauf von Eisenbahn-Aktien verwendet haben, was nicht als gemeinsame Ausgabe betrachtet werden kann. Wenn man das in Betracht zieht, so trug Ungarn im Jahre 1847 ungefähr 1/3 der gemeinsamen Ausgaben, Österreich über 2/3. Nach dem 1867er Ausgleich nahm Ungarn 24% der Staatsschulden, 30% der gemeinsamen Ausgaben auf sich. Vergleicht man diese Quote mit dem Beitrag vor 1848, so kann man feststellen, daß Ungarn — nach den Jahresausweisen des Wiener Rechnungshofs, die Ungarn bestimmt nicht begünstigten — zu den gemeinsamen Reichsausgaben ungefähr im gleichen Verhältnis beigesteuert hat, wie nach 1867.⁶⁷

Selbst aus den ziemlich niedrig hingestellten Angaben der Staatseinkünfte Ungarns können unmißverständlich zwei Folgerungen von grundlegender Wichtigkeit gezogen werden. Die eine, daß mindestens 4/5 der Reineinnahmen des ungarischen Staatshaushalts vor 1848 die gemeinsamen Reichskassen übernommen haben. Die zweite, daß es vor 1848 bezüglich der Verwendung der Staatseinkünfte tatsächlich keine selbständige ungarische Finanzverwaltung gab. Der geringe Betrag von etwa 1—1,5 Millionen, den Ungarn vorwiegend zum Unterhalt der ungarischen Kammer und der übrigen Regierungsstellen, der höchsten Gerichtsinstanzen erhielt, war aus den Einkünften der ungarischen Kammer sichergestellt.

Der österreichische und der ungarische Standpunkt in Sachen der Staatseinkünfte und des staatlichen Finanzwesens standen zueinander vor 1848 in

⁶⁷ Ebenda, 341.

krassem Gegensatz, der gegen 1848 zu immer schärfer wurde. Der ungarische Standpunkt erhob das Wort für die Selbständigkeit im Finanzwesen und gegen die Enteignung der staatlichen Einkünfte, was die Verarmung des Landes zur Folge hatte. Nach österreichischem Standpunkt trug Ungarn im Verhältnis zu den Erbländern auffallend wenig zu den gemeinsamen Ausgaben der Monarchie bei, die Lasten des Heeres, des Reichs als Großmachtstellung mußten statt Ungarn die Erbländer tragen. Nach den Wortführern des Wiener Hofes überbot das Staatseinkommen von 60—80 Millionen im Jahr, das aus den Erbländern floß (ohne die italienischen Provinzen) weit die 17—20 Millionen, die Ungarn zur Erhaltung des Reichs sicherstellte.

Die Argumentation der Wiener Wortführer ließ aber mehrere wesentliche Umstände außer acht. Sie beachteten z. B. nicht den wesentlichen Unterschied zwischen dem ungarischen und dem österreichischen Finanzverwaltungssystem. In den Erbländern wurden aus den Staatseinkünften die ganze Verwaltung finanziert, Straßen gebaut, größtenteils das Unterrichtswesen unterhalten, die meisten Pensionisten bezahlt. Das staatliche Gesamteinkommen der Erbländer belief sich im Jahre 1827 auf 68 Millionen, davon wurden 21 Millionen für innere, 47 Millionen für gemeinsame Ausgaben verwendet; im Jahre 1837 betragen die Gesamteinnahmen etwa 83 Millionen, davon wurden 32 Millionen für innere, 1,5 Millionen für die Hofhaltung verwendet, und 49 Millionen blieben für die gemeinsamen Ausgaben.⁶⁸

Wie war dagegen die Lage in Ungarn? Die Komitatsverwaltung wurde hier nicht vom Staatseinkommen, also von den kameralischen Einkünften und Steuern (Kontribution) bestritten, sondern von den eigenen Steuern des Komitats (Haussteuer). Die Auslagen des Unterrichtswesens wurden von den öffentlichen Fonds (Studien- und Religionsfonds), von den großen Vermögen der Mönchsorden bzw. in Dörfern von den Gemeindeeinkünften bestritten. Die Einwohner der Erbländer zahlten wohl mehr, bekamen aber auch mehr, sie zahlten somit für sich selbst Steuern. Ungarns Bevölkerung zahlte gewiß wesentlich weniger, hauptsächlich infolge der Steuerfreiheit des Adels, aber dieses Wenigere, d. h. das kameralische Einkommen und die Kontribution, entrichtete sie beinahe restlos für die gemeinsamen Kosten der Monarchie, und kam nicht der Entwicklung des eigenen Landes zugute.

Die eben beschriebene Verwendung des ungarischen kameralischen und Kontributionsfonds beraubte das Land der wichtigsten Faktoren, der Grundlagen einer selbständigen Finanzverwaltung. Ohne diese Geldquellen konnte kein Geldfonds zur Entwicklung des Landes geschaffen werden. Im System der Finanzverwaltung vor 1848 bedeutete aber das größere Übel vielleicht nicht so sehr die Sache der Finanzen, sondern das Wirtschaftsleben des Landes überhaupt. Durch die Besteuerung zu den gemeinsamen Ausgaben floß der

⁶⁸ Ebenda, 343.

vorwiegende Teil der ungarischen Staatseinkünfte aus dem Lande, und bereicherte den wirtschaftlichen Kreislauf der Erbländer.

Die ungarischen Stände, die auf dem Landtag einen ernstlichen Druck auf den Hof in Sachen der Zuständigkeit und des Wirkungsbereichs der Finanzverwaltung auszuüben vermochten, waren nicht imstande die starke Position des Wiener Hofes zu erschüttern, wenn es um Verwendung der kameralischen Einkünfte ging. Der Wiener Hof, der in der Erweiterung des territorialen und finanziellen Wirkungskreises der ungarischen Kammer ernstliche Zugeständnisse gewährte, war in Sachen der Verwendung der Einkünfte zu keinem Zugeständnis bereit. Durch geschickte Politik gelang es ihm immer wieder — auf verschiedene Art und Weise — den Großteil der ungarischen kameralischen Einkünfte für den Reichshaushalt sicherzustellen. Da bei der Tätigkeit der ungarischen Kammer das Wesentlichste immer die Verwendung der Einkünfte war, kann man wohl sagen, daß auf diesem Gebiet das Haus Habsburg bis 1848 — oft durch staatsrechtliche Kniffe — seine Stellung den Forderungen der Stände gegenüber zu behaupten vermochte. Die Stände wagten nur selten an der Frage zu rühren, wozu die Habsburger die ungarischen kameralischen Einkünfte verwenden. Die Habsburger Herrscher betonten bezüglich der Verwendung dieser Einkünfte, als königlicher Einkünfte, immer schroff ihr ausschließliches Verfügungsrecht.

Entwicklung der kameralischen Geschäftsführung und Organisation

Die Entwicklung der kameralischen Amtsverwaltung und Organisation hing — ähnlich wie Änderungen von Gebietszuständigkeit und Wirkungsbereich in der Finanzverwaltung — ebenfalls eng mit den Verhältnissen des Haushalts der Monarchie und den Problemen der Staatsschulden zusammen. Im Unterschied dazu spielten aber bei der Entwicklung der Geschäftsführung und Organisation die ungarischen Selbstständigkeitsbestrebungen nur eine geringe Rolle.

Es ist wohl bekannt, daß die Umorganisation, die Reform der österreichischen Verwaltung und damit der Finanzverwaltung in einem Zeitabschnitt erfolgte, als die großmachtpolitischen Bestrebungen der Monarchie einen erhöhten Einflußbereich des Staatsapparats, eine Vermehrung der staatlichen Einkünfte notwendig machten. Die wichtigeren Verwaltungsreformen der ungarischen Kammer folgten — zumindest im 18. Jahrhundert — ziemlich bald ähnlichen Umorganisationen in der zentralen Reichsfinanzverwaltung bzw. der Wiener Hofkammer, ihres führenden Organs. Im folgenden behandeln wir nur die wichtigeren Reformen in der Geschäftsgebarung.

Die Reformen waren in der, nur über eigenen kleinen Wirkungskreis verfügenden ungarischen Kammer vor 1740 noch unbedeutend. Zur Regelung der

staatlichen Finanzen, zur Belebung des Kreditlebens ist im Jahre 1714 in Wien unter dem Namen »Universalbancaalität« eine zentrale Staatsbank errichtet worden, die von der Wiener Hofkammer die Kassennobliegenheiten übernahm. Diese Umorganisation wirkte sich auch auf die ungarische Kammer aus, da die Preßburger kameralische Kasse im Jahre 1717 aus der Mutterinstitution ausschied und Filiale (Bancalrepräsentanz) der Universalbancaalität wurde.⁶⁹ Dieses Geldverwaltungssystem hörte 1745 auf zu existieren.

1713—14 und 1732 wurden bei der Wiener Hofkammer bedeutende Verwaltungsreformen durchgeführt. Die Reform der Jahre 1713—14 zwecks Ausdehnung der Amtsführung auf Geschäftsgruppen und Einführung fachgemäßer Arbeit errichtete je nach Wirtschaftszweigen Oberkommissionen und beschränkte den Wirkungsbereich des Ratsplenums. Das Kommissionssystem wurde 1717 zurückgedrängt, und 1732 in noch gesteigertem Maße, als man im Sinne der Reform das Referentensystem einzuführen versuchte. Aber in der Praxis bewährte sich dies nicht, und die Angelegenheiten wurden fernerhin von Kommissionen erledigt.⁷⁰ Bei der ungarischen Kammer begann zur gleichen Zeit durch Aufstellung von zwei ständigen Kommissionen (für städtische und Dreißigstzoll-Angelegenheiten) sich ebenfalls die Geschäftsführung nach Kommissionen anzubahnen.⁷¹

Bedeutender und enger waren die Beziehungen zwischen der Entwicklung der österreichischen und ungarischen Finanzverwaltung während der Regierung von Maria Theresia. Zwei grundlegende Geschäftsführung-Reformen wurden zu dieser Zeit eingeführt: die Geschäftsführung durch Kommissionen und das Departement-System. Diese Reformen waren auch im Falle der ungarischen Kammer eng mit der großen Umorganisation der Staatsverwaltung nach dem österreichischen Erbfolge- und dem siebenjährigen Krieg verbunden.

Die kommissionelle Geschäftsführung wurde bei der ungarischen Kammer durch die Aufstellung ständiger Kommissionen im Jahre 1747 eingeführt, nachdem sich 1740 ihr Wirkungsbereich erheblich vergrößert hatte. Die Reform diente demselben Zweck wie bei der Wiener Hofkammer.⁷² Mit kleiner Abänderung des Wiener Konzepts — sie wollte bei der ungarischen Kammer gleich das Departement-System einführen — betätigten sich hier bei Erledigung wichtiger Angelegenheiten ständige Kommissionen. Die Kommissionen unterbrei-

⁶⁹ FELLNER—KRETSCHMAYR: *Die österreichische Zentralverwaltung*. I. Abt. 1. Bd. 110—111. — Über Errichtung der Preßburger Bancalrepräsentanz: MOL. MK. Ben. res. 22. Nov. 1717, 25. Aug., 12. Sept. 1718.

⁷⁰ Über die 1713—14er Reform der Wiener Hofkammer siehe FELLNER—KRETSCHMAYR: *Die österreichische Zentralverwaltung*. I. Abt. 1. Bd. 125—26; zur 1717er Reform: ebenda, 131—133, zur Reform 1732, ebenda, 136—37, und FR. WALTER: *Die Geschichte der österreichischen Zentralverwaltung in der Zeit Maria Theresias*. *Die österreichische Zentralverwaltung*. II. Abt. Bd. I, 1. Halbband. Wien, 1938, 59—60.

⁷¹ Vgl. O. PAULINYI: *A magyar kamara városi bizottsága. 1733—1772* (Stadtkommission der ung. Kammer. 1733—1772). *Levéltári Közlemények* (Archivmitteilungen). 1963, 33—46, zur Dreißigstkommission: MOL. MK. Ben. res. 1. Juli 1734.

⁷² Siehe die Arbeit von FR. WALTER, angeführt in der Anmerkung 70.

teten aber nur Vorschläge, das Entscheidungsrecht hatte weiterhin die Ratsitzung.⁷³ Parallel mit der Schaffung des Kommissions-Systems bildete sich bei der ungarischen Kammer auch das sogenannte Direktoren-System heraus, wonach an die Spitze wichtigerer Geschäftsbereiche und kameralischer Ämter Direktoren gestellt wurden.⁷⁴

Die größtangelegte Verwaltungsreform der ungarischen Kammer des Jahres 1772 (mit der Instruktion vom 14. November 1772) gehört zu den Umorganisationen der Staatsverwaltung nach dem siebenjährigen Krieg. Die große Umorganisation von 1765—68 führte bei der Wiener Hofkammer durch Aufstellung von Kommissionen mit selbständiger Wirkungssphäre eine entwickelte, nach Departements gegliederte Geschäftsführung ein.⁷⁵ Die Reform von 1772—73 führte bei der ungarischen Kammer ebenfalls das Departement-System ein.⁷⁶

Zu Maria Therasias Zeit entstanden bei der ungarischen Kammer Einrichtungen, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes vorteilhaft beeinflussten. Die im Jahre 1773 errichtete kameralische Kredit-Hauptkasse war eigentlich Ungarns erste Kreditanstalt, die gegen Zinszahlung zur Finanzierung staatlicher Geldangelegenheiten Geldeinlagen von Privatpersonen entgegennahm.⁷⁷ Zur Erledigung technischer Angelegenheiten entstand am Anfang der 1780er Jahre das kameralische Departement für Bau- und Wasserwesen. Daraus wurde 1788 die Direktion für Bau- und Wasserwesen organisiert.⁷⁸ Damit nahmen in Ungarn innerhalb der kameralischen Verwaltung der Ausbau des Straßennetzes und die Flußregulierung ihren Anfang.

Im Jahre 1786 vereinte Joseph II. die ungarische Kammer mit dem ungarischen Statthaltereirat und schuf so eine Zentralbehörde, nämlich den Statthaltereirat, für die politische und finanzielle Verwaltung zuständig. Anlässlich der Vereinigung wurde das Sektions- (departementale) System der ungarischen Kammer dem im Jahre 1783 eingeführten Sektionssystem des Statthaltereirats angepaßt.⁷⁹ Bei diesem System blieb die Kammer auch nach

⁷³ MOL. MK. Ben. res. 5. Dez. 1745 und 26. Jan. 1747. Vgl. O. PAULINYI: *A bizottsági ügyvitel rendszeresítése a magyar udvari kamaránál* (Einführung der Kommissionsamtsführung bei der ung. Hofkammer). *Levéltári Közlemények* (Archivmitteilungen), 1962, 16—26.

⁷⁴ Über die Tätigkeit der Kameraldirektoren z. B. im Salzwesen: MOL. MK. Arch. Fam. Koller. N^o 292; in Wirtschaftsangelegenheiten: ebenda, N^o 30, 64, 339, 347; über die Tätigkeit des Kassendirektors: MOL. MK. Div. Instr. Fasc. 10. Irreg. Cassale 23.

⁷⁵ FR. WALTER: a. a. O. (s. Anmerkung 70) 289, 407—408, 463—64, 476—481.

⁷⁶ Die 1772er Instruktion siehe: MOL. MK. Ben. res. 14. Nov. 1772. — A. BEER: *Die Finanzverwaltung Österreichs. 1749—1816*. Mitteilungen des Instituts für öster. Geschichtsforschung. Innsbruck, Bd. XV, 297—98.

⁷⁷ J. HERZOG: a. a. O. (Anm. 63), S. 165—67. — G. MENNYEI: *A hitelpénztár* (Die Kreditkasse). *Magyar Gazdák Szemléje* (Rundschau der Ungarischen Landwirte). Jahrgang 44, 1939, 331.

⁷⁸ GY. EMBER: *A magyarországi építészeti igazgatóság történetének vázlata* (Grundriß der Geschichte der Baudirektion in Ungarn). *Levéltári Közlemények* (Archivmitteilungen). 1942, Jg. 45, 347—48.

⁷⁹ GY. EMBER: *A m. kir. helytartótanács ügyintézésének története* (Geschichte der Geschäftsführung des ung. königl. Statthaltereirats. Bp. 1940, 87—89. — I. NAGY: *A magyar kamara* (Die ungarische Kammer). Bp. 1971, 246, 288.

1790, als sie wieder zu einer selbständigen Behörde wurde, bis zum Jahre 1848, von kleineren Änderungen abgesehen. Der Einfluß der Wiener zentralen Finanzverwaltung auf die Amtsführung der ungarischen Kammer hatte sich nach 1800 verringert, er ist eher nur an der Arbeit der kameralischen Kasse und der Buchhalterei zu merken.

Die Regelung von Organisation und Geschäftsführung der ungarischen Kammer gehörte in den Wirkungsbereich des Königs, die Stände konnten sich hier nicht einmischen. Die unter starkem Einfluß der Wiener Hofkammer ausgebaute kameralische Organisation spielte — wenn auch oft von nationalem Widerwillen begleitet — in der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns die ganze Zeit eine bedeutende Rolle. Die Errichtung eines ziemlich zeitgemäßen Finanzverwaltungsapparats ist schon an sich ein positiver Faktor. Die Kammer erwarb sich im Laufe des 18. Jahrhunderts viele Verdienste um die Realisierung der wirtschaftlichen Zielsetzungen des aufgeklärten Absolutismus (Regelung der Fronpflichten, Entwicklung der Landwirtschaft und Viehzucht), ferner um die wirtschaftliche Unterstützung seiner Kultur- und Schulpolitik. Die Tätigkeit der Kammer auf dem Gebiet der Flußregulierung, der Entwicklung des Straßennetzes und des Ausbaus der staatlichen technischen Organisation ist bereits hervorgehoben worden.

*

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die ungarische kameralische Finanzverwaltung nach der Türkenherrschaft in einer eigenartigen, widerspruchsvollen Beziehung zu der zentralen Reichsfinanzverwaltung stand, und zwar nicht nur in der Frage des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen der Wiener Hofkammer und der ungarischen Kammer, sondern auch in bezug auf die Regelung des territorialen und wirtschaftlichen Wirkungskreises der kameralischen Finanzverwaltung, auf die Verwendung der kameralischen Einkünfte und auf die Entwicklung der kameralischen Geschäftsführung und Organisation. Bei allen diesen Beziehungen ist die Tendenz des sich ein zentralisiertes staatliches Finanzwesen bemühenden Wiener Hofes zu erkennen, die mit der nach finanzieller Unabhängigkeit strebenden adelig-ständischen Tendenz Ungarns ständig im Kampfe lag.

Diese beiden, die ganze politische Tätigkeit der Habsburger Monarchie beeinflussenden Tendenzen bestimmten auf eigenartige Weise die Entwicklung der ungarischen Staatsfinanzen und das ganze ungarische wirtschaftliche Leben. Der um die kameralische Selbständigkeit kämpfenden ungarischen ständischen Tendenz gelang es, die Gebietszuständigkeit der ungarischen Kammer und ihren Wirkungskreis auf Kosten der Wiener Hofkammer zu vergrößern, es gelang ihr ferner zu erreichen, daß die ungarische Kammer nur dem Herrscher untergeordnet und staatsrechtlich von der Wiener Hofkammer unab-

hängig sei, wenn auch diese Unabhängigkeit eher nur formal war. Es gelang ihr jedoch nicht, auf dem Gebiet der Verwendung der kameralischen Einkünfte die absolute Macht des Herrschers zu beschränken. So verblieb die Verwendung der Einkünfte, dieser sehr wichtige Teil der Finanzverwaltung, in der Hand des Hofes. Der Wiener Hof konnte auf diese Weise den überwiegenden Teil der ungarischen kameralischen Einkünfte nach den wirtschaftlichen Gesichtspunkten des Gesamtreiches verwenden, und die ungarischen kameralischen Einkünfte dienten als ein Teil der Reichseinkünfte auch zur Deckung der im Laufe der Jahrhunderte angeschwollenen Staatsschulden.

Vom Standpunkt der Entwicklung des ungarischen Wirtschaftslebens war in erster Linie nicht die Tatsache ein Negativum, daß bestimmte Summen, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Verhältnis zu dem Gesamteinkommen des Reichs nicht übertrieben hoch waren, in den Haushalt des Gesamtreiches geflossen sind, sondern daß die Ausbildung eines unabhängigen ungarischen Haushalts vereitelt wurde, und daß diese Summen nicht in den Kreislauf des ungarischen Wirtschaftslebens zurückflossen. Die Habsburger Monarchie legte den Schwerpunkt nicht nur im Wirtschaftsleben, sondern auch bezüglich der Verwendung der Staatseinkünfte auf die Erbländer.

Die starke Zentralisierung der Finanzverwaltung der Monarchie brachte aber auch Vorteile für das ungarische Finanzwesen und Wirtschaftsleben. Parallel mit der zentralen Verwaltungsorganisation des Reichs entwickelte sich die ungarische kameralische Finanzorganisation und Geschäftsführung und die zur Durchführung der Umorganisation notwendig gewordenen Reformen kamen auch in Ungarn zur Geltung. Dadurch entstand auch in Ungarn unter anderem eine zeitgemäße Finanzverwaltung und staatliche technische Organisation. Diese Organisation förderte auch in Ungarn die Wirtschafts- und Kulturpolitik des Absolutismus und des aufgeklärten Absolutismus. Der Kammer wurde somit die Erhaltung einer finanziell entwickelteren zentralen Staatsverwaltungsorganisation ermöglicht.

Obwohl der Wiener Hof um die Nutznießung der kameralischen Einkünfte mit den ungarischen Landtagen einen harten Kampf ausfechten mußte, machte ihm letzten Endes doch die eigenartige Auslegung der ständischen staatsrechtlichen Verhältnisse den Besitz dieser Einkünfte möglich. Die ungarischen Stände respektierten nämlich gleichsam als Antwort für die Achtung der ständischen Adelsrechte seitens des Herrschers die königlichen Rechte, die den ausschließlichen Besitz der kameralischen Einkünfte den Habsburger Herrschern ermöglichten. Es ist interessant, daß der Wiener Absolutismus, der in mancher Beziehung mit Recht und erfolgreich die ungarische Ständeversammlung angegriffen hat, sich noch fester an die ständischen Gesetze klammerte, die dem König diese Einkünfte sicherten als die ungarischen Stände selbst.

Die Revolution 1848—49 bereitete der Wiener Lenkung und Kontrolle der ungarischen kameralischen Finanzverwaltung ein Ende. Die Unabhängig-

keits-Bestrebungen trug einen vollen Sieg davon, und die ungarischen kameralschen Einkünfte samt den sonstigen staatlichen Einnahmen standen dem selbständigen ungarischen Staatshaushalt zur Verfügung. Neben anderem spielten auch finanzielle Hintergründe eine grundlegende Rolle beim Ausbruch des Freiheitskampfes 1848—49, des größten Zusammenstoßes zwischen der Habsburger-Dynastie und Ungarn. Die Wichtigkeit des staatlichen Finanzwesens wurde dadurch unterstrichen, daß in der neuen Regierung das Finanzminister-Portefeuille der Führer des Freiheitskrieges, Lajos Kossuth übernahm.

Übers. von Z. Jókay

Венгерская палата и венское центральное финансовое управление (от 1686-го года до 1848-го года)

И. НАДЬ

Резюме

Венгерская палата являлась центральным государственным органом финансового управления в Венгрии с 1528-го года до 1848-го года, до прекращения сословного феодального политического режима. Венгрия в данное время, — как это известно —, входила в состав Габсбургской империи. Центральные государственные органы всей империи находились в Вене, здесь же действовал центральный орган финансового управления — венская придворная палата. В данной статье исследуется то, что какая связь была между венской имперской придворной палатой и венгерской палатой, отдельно стоящим органом финансового управления Венгрии.

После соглашения между Австрией и Венгрией в 1867-ом году, венгерская и австрийская историческая и юридическая литература довольно много занималась вопросами связи двух палат. Но исследования охватывали только служебные отношения между двумя палатами, а именно венгерская палата функционировала как подведомственный орган, или была равноправна с венской придворной палатой. Статья изучает этот вопрос на более широкой основе, то есть, кроме проблемы подведомственности и равноправия останавливается на том, каким образом обе палаты разделили территориальную подведомственность и функциональную компетенцию финансового управления венгерской палаты и как использовали доходы палат на венгерские и имперские цели. Исследование этих вопросов очень важно с точки зрения самостоятельности венгерского денежного дела до 1848-го года, одного из основных политических вопросов австро-венгерских отношений.

Служебные отношения между венской придворной палатой и венгерской палатой в статье характеризуются тем, что венгерская палата формально и с точки зрения государственного права, была независима от венской придворной палаты так как она зависела только от императора. Однако, практически Габсбургский император руководил венгерской палатой через венскую придворную палату.

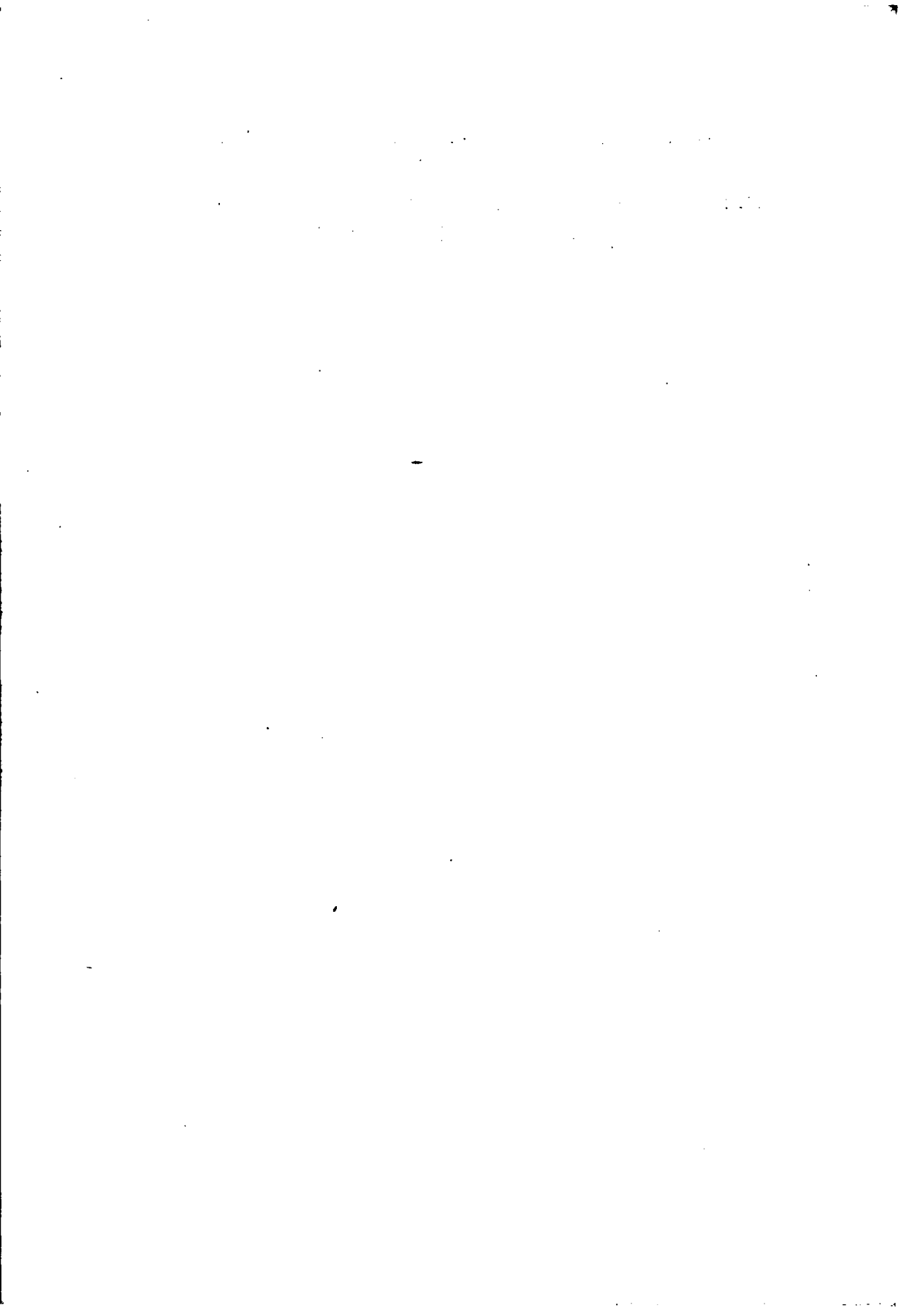
Венская придворная палата обеспечивала свою большую власть над финансами венгерского государства также тем, что после 1686-го года финансовое управление на территории отвоёванной у турков, непосредственно подчинила себе, а не венгерской палате. Важные отрасли управления палаты, как например соляная монополия и горное дело управлялись непосредственно венской придворной палатой. В середине XVIII-го века венгерским дворянам удалось распространить территориальную подведомственность венгерской палаты на всю страну и вернуть соляную монополию венгерской палате. Но, в отношении горного промысла венский двор оказал упорное сопротивление и никогда не доверял венгерской палате технических и экономических дел горного промысла, а только юридические дела, начиная с первой половины XIX-го века. Доходы венгерской палаты большей частью состояли из государственной соляной монополии, тридцатой доли внеш-

неторговой пошлины и из крупных казённых поместий. (Военным налогом, собранным для содержания армии, так называемой «contributio» после 1686-го года, распоряжалась не палата.)

Венгерская палата должна была передавать большую часть доходов центральной кассе венской придворной палаты, которая использовалась на имперские расходы (армия, придворный штат, государственный долг). Использование доходов венгерской палаты очень ярко показывает, что до 1848-го года государственное финансовое дело в Венгрии сильно зависело от венского центрального финансового управления. Одним из важнейших завоеваний революции и освободительной борьбы 1848—1849-ых годов было то, что оно обеспечило независимость государственных финансовых дел Венгрии по отношению к Австрии. Ведение финансовых дел взяло на себя Венгерское Министерство финансов от этого время упразднённых венской и венгерской палат. После подавления освободительной борьбы венгерское государственное финансовое управление опять же утратило свою самостоятельность.

Политическая борьба, развернувшаяся за венгерское государственное финансовое управление, произошла между представителями венского абсолютизма, выступившими за централизацию и сословием венгерских дворян, боровшихся за самостоятельность Венгрии. Роль венской централизации с той точки зрения, что она внедрила более современный режим финансового управления в Венгрии, была позитивной. Вместе с тем имперская централизация, представлявшая в первую очередь интересы австро-чешских провинций, была невыгодна Венгрии. Несомненно, позитивной стороной венгерских независимых устремлений являлось то, что они способствовали за финансовую самостоятельность страны. Однако в большинстве случаев в связи с этим венгерские дворяне хотели возродить устарелые сословные институты (например казну) и часто выступали против деятельности венгерской палаты только с той точки зрения, насколько она ущемляла интересы и привилегии дворянства. В интересах обеспечения своих привилегий (например освобождение от налога) венгерские дворяне согласились на то, чтобы венский двор признавал только формальную самостоятельность венгерской палаты, но мало заботились о том, на что используют в Вене венгерские государственные доходы.

**LA GUERRE D'INDÉPENDANCE DE RÁKÓCZI ET
L'EUROPE
SESSION SCIENTIFIQUE INTERNATIONALE A
SÁROSPATAK (24-28 MAI 1976)**



La guerre d'indépendance hongroise au début du XVIII^e siècle et l'Europe

Par

B. KÖPECZI

La guerre d'indépendance hongroise au début du XVIII^e siècle n'est pas un événement local, elle a influencé, à son époque, les rapports de forces dans toute l'Europe et elle a déterminé dans une large mesure l'avenir de l'Europe Centrale et Orientale. Son rôle doit être examiné non seulement sur le plan de l'histoire militaire ou diplomatique, mais aussi dans le contexte du développement des conditions économiques, sociales et politiques, c'est-à-dire dans l'ensemble de l'évolution historique de l'Europe et de la région où elle s'est déroulée.

1.

Au début du XVIII^e siècle nous pouvons distinguer deux grandes régions en Europe d'après les critères¹ du développement économique et social:

1. A l'Ouest de l'Elbe, à partir du XVI^e siècle, le capitalisme connaît un développement plus au moins rapide selon les pays, mettant en péril les fondements du féodalisme. En Hollande et en Angleterre, déjà au XVII^e siècle, la nouvelle formation sociale s'est imposée. En France, grâce à la monarchie absolue, le féodalisme s'est modernisé et par là il s'est maintenu. Cette stabilisation et modernisation du système féodal a — malgré toutes les crises du XVII^e siècle² — exercé un attrait considérable sur l'Europe Centrale et Orientale.

2. Dans l'Europe située à l'Est de l'Elbe, la conjoncture agricole au XVI^e siècle a favorisé l'introduction de ce qu'on appelle le «deuxième servage», qui permet à la noblesse d'augmenter sa production marchande par l'attachement à la glèbe des paysans et par le renforcement de son exploitation. Les «camera-listes» autrichiens, désirant imiter la politique économique de la monarchie absolue française, proposaient à la fin du XVII^e siècle l'introduction de diffé-

¹ Sur l'histoire européenne de cette période voir les chapitres respectifs de *l'Histoire Universelle* de l'Académie des Sciences de l'Union Soviétique, ainsi que ceux de *Cambridge Modern History*, de *Historia Mundi* et de *Peuples et Civilisations*.

² P. CHAUNU: *La civilisation de l'Europe classique*. Paris, 1966, p. 394.

rentes réformes,³ non pas pour changer, mais pour moderniser ce féodalisme arriéré. Cependant la cour de Vienne n'osait pas affronter la noblesse, pas même dans les pays dits héréditaires et elle se contenta d'imposer une certaine centralisation militaire, administrative et idéologique. La Hongrie, à l'intérieur de l'Empire des Habsbourg, a conservé une forme de féodalisme de type ancien, travaillé par des contradictions profondes qui résultèrent non seulement de la situation économique et sociale, mais aussi de la position internationale particulière du pays.⁴ Ces particularités ont freiné le développement urbain, mais dans les villes de type agricole, en premier lieu dans les *oppida* de la Hongrie Orientale, l'artisanat s'est renforcé et le commerce (surtout du bétail et du vin) s'est développé. Une couche assez importante de la paysannerie réussit, elle aussi, à améliorer sa situation économique. La noblesse a augmenté sa production marchande dans les parties occidentales et nordiques du pays, mais elle s'est trouvée en conflit non seulement avec les serfs, mais aussi avec le pouvoir central.

De vives discussions se poursuivent encore aujourd'hui au sujet de l'absolutisme autrichien.⁵ Si par absolutisme, nous entendons non seulement centralisation, mais aussi politique économique et sociale qui permet un développement limité du capitalisme, nous devons dire que les Habsbourg ne peuvent y être associés qu'à partir de la deuxième moitié du XVIII^e siècle. Cependant si nous attribuons un sens plus restreint à l'absolutisme, nous ne pouvons pas nier qu'à partir de Léopold I^{er} certains éléments de cette forme de gouvernement se manifestent. En Hongrie, à partir du milieu du XVII^e siècle, Vienne a essayé de renforcer son pouvoir par des moyens militaires et idéologiques, dirigés non seulement contre la noblesse, mais aussi contre les autres couches de la société. Cette forme primitive de l'absolutisme ne pouvait pas contribuer à la modernisation de la société, particulièrement dans un pays où le pouvoir central était considéré comme étranger et non seulement par la noblesse mais aussi par la majorité des bourgeois et des masses paysannes.

Après 1526, une partie de la classe dirigeante hongroise espérait pouvoir restaurer la Hongrie du moyen âge avec l'appui des Habsbourg. Jusqu'en 1683 cependant, ces derniers s'avéraient incapables de mobiliser des forces suffisantes contre l'Empire Ottoman. Ils ne pouvaient se maintenir que dans la partie occidentale et septentrionale du pays, ceci d'ailleurs au prix de luttes

³ A. KLIMA—J. MAČUREK: *Transition du féodalisme au capitalisme en Europe centrale*, Actes du XI. C. I. S. H. vol. IV. Stockholm, 1960.

I. WELLMANN: *Merkantilistische Vorstellungen im 17. Jht. und Ungarn*, Nouvelles Etudes Historiques Bp. 1965. et Á. VÁRKONYI: *Hapsburg Absolutism and Serfdom in Hungary at the Turn of the 17th and 18th Centuries*; dans le même volume.

⁴ P. Zs. PACH: *Nyugateurópai és magyarországi agrárfejlődés a XV.—XVII. században* (Le développement agraire en Europe Occidentale et en Hongrie aux XV^e—XVII^e siècles), Budapest, 1963.

⁵ Dernièrement cf. J. BÉRENGER: *Finances et absolutisme autrichien dans la seconde moitié du XVII^e siècle*, 1—2, Paris, 1975.

continues se déroulant sur les confins et dévastant de larges régions de la Hongrie. De cette manière, ce pays a joué le rôle d'état-tampon entre l'Autriche et l'Empire Ottoman qui dès 1541 occupa sa partie centrale.

Dès le début du XVI^e siècle, une partie de la classe dirigeante hostile aux Habsbourg et convaincue de la supériorité de l'Empire Ottoman s'est mise sous la protection des Turcs. Ces derniers ont soutenu le prince de Transylvanie dans ses luttes contre l'Empereur, mais ils ne pensaient aucunement à la restauration d'une Hongrie indépendante.

2.

Après l'expulsion des Turcs, le choix entre les Habsbourg et l'Empire Ottoman ne se pose plus. François II Rákóczi, descendant des princes de Transylvanie, se trouvait devant une situation nouvelle: pour obtenir l'indépendance du pays, il fallait lutter uniquement contre le pouvoir des Habsbourg. C'est dans ces conditions que les dirigeants *kuruc* élaborent leur programme maximum et minimum. Le programme maximum comporte la détronisation des Habsbourg, l'élection d'un nouveau roi pour la Hongrie, le rétablissement d'une Transylvanie indépendante. Le programme minimum prévoit le rétablissement des anciens privilèges et lois de la noblesse; l'abolition des mesures portant préjudice aux intérêts économiques, politiques et religieux des diverses couches de la société; la reconnaissance de Rákóczi en tant que prince de Transylvanie et l'acceptation de la part de l'Empereur des garants étrangers. Dans l'élaboration de ces variantes, Rákóczi prenait en considération les circonstances intérieures et extérieures et il tenait surtout compte des changements possibles qui pouvaient survenir dans la guerre de la succession d'Espagne.

La défaite des Français et des Bavares en 1704 à Höchstädt et la politique de compromis d'une partie de la noblesse incita Rákóczi à proclamer en 1705 la Confédération des Etats et des Ordres du Royaume de Hongrie en tant que forme de gouvernement provisoire, dans le cadre du programme minimum. La Confédération avait pour tâche le rétablissement des «lois et des libertés» (de la noblesse), cependant Rákóczi en tant que duc de cette formation pouvait exercer un pouvoir souverain non seulement dans «les questions militaires» mais aussi dans les «choses relevant de la religion, de la politique et de l'économie».

La Confédération comme forme d'organisation de résistance nobiliaire est connue de l'histoire de la Pologne, où elle représente en général l'association d'un certain groupe de la classe dirigeante contre d'autres groupes et particulièrement contre le pouvoir central. L'analogie avec la confédération hongroise est formelle: cette dernière est également une organisation des Etats, cependant ici l'ennemi, en premier lieu, n'est pas un autre groupe de la noblesse, mais un pouvoir considéré comme étranger, qui se comporte en oppresseur de toute la

population, sans aucune distinction sociale. Parlant de la Confédération, Rákóczi et ses contemporains se réfèrent plutôt à l'exemple de la Suisse et des Pays-Bas, fait qui prouve qu'ils ont bien vu la différence qui sépare la confédération hongroise de la polonaise.

— Ajoutons encore une chose. Bien que la confédération hongroise — en ce qui concerne sa forme et sa composition — ait été de caractère nobiliaire —, dans la pratique elle pouvait devenir un moyen de centralisation.⁶

Aussi le nouvel Etat était-il capable — d'ailleurs pour une période très courte — d'appliquer une politique d'union: de rassembler les différentes forces sociales et politiques du pays.⁷ La guerre d'indépendance fut déclenchée sur l'initiative des serfs, c'est à leur demande que Rákóczi est revenu de Pologne où il s'était réfugié après son évasion spectaculaire de la prison de Wiener-Neustadt. Cependant la force dirigeante de la lutte, dans les conditions de la société féodale, ne pouvait être autre que la noblesse, et le prince s'efforçait — avec succès — de la gagner à sa cause. L'adoption du programme nobiliaire ne l'empêche pas de commencer l'application de réformes importantes, même si de temps en temps, dans des questions essentielles, elles sont considérées préjudiciables aux intérêts de la classe dirigeante. Ainsi, il exempte des redevances seigneuriales les serfs qui s'enrôlent dans son armée, de même que les membres de leur famille. Pour pouvoir assurer les frais de la guerre, il n'hésite pas — surtout après 1705 — à faire payer un impôt par les privilégiés. Cela ne veut pas dire qu'il n'assure pas le rôle dirigeant de la noblesse dans l'appareil d'Etat et dans l'armée.

C'est sur cette base qu'il entreprend l'organisation de l'armée régulière et bien que cette entreprise n'ait pas complètement réussi, les troupes mal équipées et indisciplinées ont été capables, pendant huit ans, de tenir en échec l'armée régulière des Habsbourg.

La politique d'union présidait à la solution du conflit religieux. En rendant justice aux protestants et en expulsant les jésuites, Rákóczi pose les fondements de la paix religieuse *relative* et de la coopération des hommes de différentes religions.

Une partie de la noblesse s'est opposée aux efforts de centralisation de Rákóczi. Lors de la Diète d'Ónod en 1707, l'opposition se présenta ouvertement défendant les privilèges nobiliaires et non pas les droits de telle ou telle nation, comme certains historiens le prétendent. Après 1708, dans une situation économique de plus en plus précaire, après les échecs militaires et diplomatiques et au milieu des ravages de la peste, la noblesse dans sa majorité s'est détachée de Rákóczi et a cherché un compromis avec les Habsbourg. A la même époque, la

⁶ Sur le caractère de l'Etat: B. KŐPECZI—Á. VÁRKONYI: *II. Rákóczi Ferenc* (2^e édition), Bp. 1976. et l'article de B. KŐPECZI *in* *Tiszatáj*, N° 6, 1976.

⁷ P. ZS. PACH: *La question de l'unité de la nation au cours de la guerre d'indépendance de Rákóczi*, *Acta Historica*, N° 2, 1954.

paysannerie, opprimée de plus en plus par la noblesse, a perdu l'espérance de pouvoir améliorer son sort et elle a abandonné une cause pour laquelle elle a apporté tant de sacrifices.

Malgré les solutions de compromis dans la forme du gouvernement et dans sa politique, nous ne pouvons pas dire que la guerre d'indépendance ait été une simple rébellion des Etats et des Ordres. Cette guerre fut menée en vue de la fondation d'un Etat indépendant qui devait servir la modernisation de la société féodale.

3.

Tout en tenant compte des discussions anciennes et nouvelles, il nous faut examiner les rapports de cet Etat non seulement avec les différentes classes sociales, mais aussi avec les divers peuples de la Hongrie ancienne.

Au XVII^e siècle, le développement des nations au sens bourgeois du mot s'intensifie, non seulement en Europe Occidentale, mais aussi en Europe Orientale, où par des mesures prises d'en haut, — comme c'était le cas du tsar Pierre I^{er} — on a pu renforcer et accélérer ce processus, malgré le manque d'une bourgeoisie importante. A cause du retard dans le développement social, en Europe Centrale et Orientale la noblesse a joué un rôle primordial dans la formation de la nation et jusqu'au XIX^e siècle elle a rempli certaines fonctions de la bourgeoisie.⁸

A partir du XVI^e siècle, dans la lutte menée contre l'envahisseur, la conscience nationale de la noblesse se renforce et de temps à autre, elle se révèle capable de refléter les intérêts de la population tout entière. La lutte contre l'ennemi extérieur développe dans les couches opprimées, chez les bourgeois et chez les serfs aussi, un sentiment de patriotisme plébéien. Dans les périodes de crise une alliance *provisoire* des différentes forces sociales peut s'imposer, alliance qui contribue à la formation d'une idéologie politique commune. Il serait faux d'absolutiser l'unité de cette idéologie et de ne pas voir les contradictions internes, mais il serait tout aussi faux de ne pas tenir compte de cette particularité du développement national en Europe Centrale et Orientale.⁹

Réaliser l'indépendance de la Hongrie est dans l'intérêt de tous les peuples qui habitent le territoire de l'ancienne Hongrie. Dans les couches sociales privilégiées des peuples non hongrois on retrouve le sentiment d'appartenance à l'ancienne *Hungaria*, qui pendant des siècles était une réalité politique et non seulement l'idée d'un Etat imposée par la noblesse. A cette époque existaient déjà les germes d'une conscience nationale spécifique de chaque peuple non

⁸ Cf. les articles de Marx et Engels publiés surtout dans la *Neue Rheinische Zeitung*.

⁹ Á. VÁRKONYI: *A nemzetfogalom a feudalizmusban* (La notion de la nation à l'époque du féodalisme), *A Magyar Tudományos Akadémia Társadalmi és Történelmi Tudományok osztályának Közleményei*, 1963. t. 13.

hongrois, et Rákóczi favorisant les Eglises protestantes et gréco-orientale et leurs institutions culturelles, a contribué à son renforcement.¹⁰ Il a réussi à obtenir le soutien des serfs ruthènes, slovaques et roumains, celui de la bourgeoisie allemande et de la majorité des intellectuels des peuples non hongrois. Ce ne sont que les Slaves du Sud (les soi-disant « Rasciens ») qui refusèrent toute coopération, malgré la médiation de Pierre I^{er} et des voïvodes roumains.¹¹

D'ailleurs à cette époque on ne peut pas encore parler de conflits nationaux — dans le sens bourgeois du terme — ce sont les aspects sociaux ou religieux des conflits qui prédominent.

La guerre d'indépendance de Rákóczi représente dans l'évolution des sociétés et des nations en Europe Centrale et Orientale une alternative de développement, alternative qui n'était pas sans promesses.

Au cours du XVIII^e siècle, nous sommes témoins d'une évolution économique et culturelle importante du pays. Tout cela ne peut pas faire oublier que la conservation du féodalisme, due au compromis de la Cour de Vienne et de la noblesse hongroise, a mené à de graves contradictions sociales et nationales en Europe Centrale et Orientale, que les grandes puissances ont cherché à exploiter.

4.

Il est intéressant d'analyser dans le contexte européen, la pensée politique de Rákóczi qui est beaucoup plus moderne que l'idéologie de la noblesse hongroise de son temps. Le Prince connaissait non seulement la situation de la Hongrie, mais aussi celle des provinces héréditaires ou de l'Italie et il eut l'occasion en Pologne de se rendre compte personnellement des conséquences de l'anarchie féodale. Ses expériences personnelles et ses lectures l'amènent à considérer comme son idéal politique la monarchie absolue de Louis XIV, dont il applique certains éléments, tout en tenant compte des particularités de la situation hongroise. C'est surtout dans sa tentative de modernisation de l'armée et de l'Etat qu'il s'inspire de cet exemple, sans accepter tous les aspects de la politique du Roi-Soleil. Ainsi il rejette sa politique religieuse, et il fonde la sienne sur l'idée de la tolérance. Pour s'en convaincre, il suffit de mentionner l'expulsion des jésuites. Dans un écrit intitulé *Responsio* (1706), il condamne non seulement le rôle

¹⁰ Une vue d'ensemble chez S. MÁRKI: *II. Rákóczi Ferenc*, 1—3, Budapest, 1907. Cf. encore: N. Jorga: *Fr. Rakoczy al II^e, invietorul conștiinței naționale ungurești și Români*. Annale Acad. Rom. XXXIII, Série Hist., A. GAȘPARIKOVA: *Povstanie Rakocziho za Slovania*, Bratislava, 1930; A. HODINKA: *II. Rákóczi Ferenc és a gens fidelissima*, Pécs, 1937, K. BENDA: *Rákóczi és a szerbek* [Rákóczi et les Serbes] *Élet és Tudomány*, 1966, N° 27 et *A Rákóczi-kori kutatások újabb eredményei* [Nouveaux résultats dans les recherches sur l'époque de R.] Pécs, 1974. Les résultats des nouvelles recherches ont été exposés dans le cadre du colloque international de Sárospatak en 1976.

¹¹ E. ARATÓ: *A feudális nemzetiségtől a polgári nemzetig* (De la nationalité féodale à la nation bourgeoise), Bp. 1975.

politique, mais aussi l'enseignement désuet de ces derniers. Il préconise la diffusion des sciences naturelles et techniques et une éducation civique, basée sur les principes d'une morale et d'une religion intime et interconfessionnelle.¹² Ce n'est pas l'effet du hasard si cet écrit lui a valu à la fin du XVIII^e siècle l'éloge des jacobins hongrois.

Un autre aspect de sa conception qui la distingue de celle de l'absolutisme, c'est la façon paternaliste dont il veut exercer le pouvoir. Tout en cherchant à renforcer le pouvoir central, il n'est pas disposé à accepter la tyrannie. Dans son *Traité de la puissance*, écrit dans l'émigration, il se déclare — sous l'influence de la *Politique tirée de l'Écriture sainte* de Bossuet, — pour la monarchie absolue, mais tenant compte des traditions hongroises et des enseignements de Fénelon, il se fait le défenseur de l'empire paternel, qui reconnaît le droit de résistance au tyran.¹³ Il ne voit d'ailleurs aucune contradiction entre ce paternalisme et l'absolutisme et pendant la guerre d'indépendance il est particulièrement fier d'avoir obtenu en Transylvanie le titre de *pater patriae*.

5.

Nous croyons avoir prouvé que Rákóczi s'est efforcé à créer un Etat séparé de l'Empire des Habsbourg, apte à moderniser la société féodale. La question qui reste à éclaircir est la suivante: quelle est l'aide étrangère sur laquelle il comptait pour réaliser ses projets et comment l'Europe contemporaine a-t-elle réagi à la guerre d'indépendance hongroise?

Le prince a entrepris la guerre dans l'espoir que la France, ennemie des Habsbourg, lui fournirait une aide importante aussi bien du point de vue militaire que financier et diplomatique. En ce qui concerne l'aide matérielle, Louis XIV, du novembre 1703 au 15 mai 1705, lui fait tenir 30 000 livres, puis à partir de cette dernière date jusqu'en octobre 1708, 50 000 livres par mois. C'est dans la période la plus difficile de la lutte, que le roi interrompt le paiement des subsides. (Cette somme, selon l'envoyé de Louis XIV, le marquis Des Alleurs, suffisait à l'entretien de 4 000 soldats, cependant l'armée *kuruc* comptait parfois 70 000 hommes, ce qui donne une idée de la modestie des subsides.)

Rákóczi demande qu'on lui envoie des officiers français pour régulariser l'armée et des troupes pour l'aider. Ce n'est que 1000—1500 Français, qui pendant la guerre se trouvaient en Hongrie, et les expériences à leur sujet ont

¹² T. ESZE: *Rákóczi Responsiója in Irodalom és felvilágosodás*, Bp., 1974.; B. KÖPECZI: *A francia irodalom szerepe a Rákóczi-szabadságharc politikai ideológiájának kialakulásában* (Le rôle de la littérature politique française dans l'idéologie de la lutte d'indépendance de Rákóczi) idem.

¹³ B. KÖPECZI: *Rákóczi entre Bossuet et Fénelon*, Mélanges Tapié, Etudes Européennes, Paris, 1975.

été fort différentes. Il y eut parmi eux des aventuriers que sont entrés en conflit avec les *kuruc*, mais aussi de bons officiers qui devaient combattre le conservatisme, l'anarchie et la xénophobie des Hongrois.

Pour Rákóczi, la plus grande aide aurait été l'acceptation de la couronne de Hongrie par Maximilien Emmanuel ou par un autre candidat occidental et l'envoi des troupes, des armes et des munitions par le nouveau roi. Malgré certaines tentatives faites par le prince et par la diplomatie française et malgré la publication de l'interrègne, ce projet s'est avéré irréalisable.

Pour le Prince, il était important, aussi bien du point de vue de la politique extérieure que pour sa politique intérieure, que Louis XIV signe avec lui et avec les Etats et les Ordres des traités d'alliance. Le roi a reconnu en 1705 Rákóczi pour prince de Transylvanie, mais pendant longtemps il ne voulait pas signer des traités en bonne et due forme. Lorsque en 1708 les textes ont déjà été approuvés, la détérioration de la situation internationale et hongroise a empêché leur signature.

A partir de 1703 Louis XIV a assuré plusieurs fois Rákóczi «qu'il ne l'abandonnera pas» et que la question de la Hongrie et de la Transylvanie sera incluse dans la paix générale. Lors des négociations de Rastadt, le maréchal Villars posa la question de la Transylvanie, mais il n'insista pas lorsque Eugène de Savoie commença à parler des revendications des Catalans.

L'ancienne historiographie prétendait que Louis XIV, en tant que représentant de la monarchie absolue, ne voulait pas signer un accord avec les sujets rebelles d'un autre souverain. Or, la cour de France a minutieusement analysé les motifs historiques et juridiques du soulèvement des Hongrois et elle est arrivée en 1704 à la conclusion suivante: «Sa Majesté est bien éloignée de regarder ce Prince comme rebelle à l'Empereur. Elle le considère comme le légitime héritier du Prince Ragotzi, son grand-père, souverain de Transylvanie, autrefois allié de la France et de la Suède. Elle regarde avec raison cette Principauté comme usurpée par l'Empereur, et le Prince Ragotzi combattant pour ses droits à la tête d'une nation libre, unie à ses intérêts par les justes sujets que les Hongrois ont de demander le rétablissement de leurs privilèges violés et anéantis par la Maison d'Autriche.»¹⁴ Louis XIV reconnut donc le caractère légal du soulèvement, et s'il n'a pas aidé suffisamment Rákóczi, ceci est dû non pas à des raisons idéologiques, mais surtout au manque de confiance dans la réussite de la guerre d'indépendance et à l'affaiblissement de la France.

Un autre thème de discussion, qui est lui aussi très ancien, c'est l'affirmation selon laquelle Rákóczi aurait été la marionnette de la cour de France ou la victime de ses intrigues. Nous avons prouvé que c'est le Prince lui-même qui a pris l'initiative de s'adresser à la France, qu'il n'a pas cessé d'exiger l'augmentation des subsides et la signature d'un traité, qu'il voyait clairement les difficultés

¹⁴ Min. Aff. Etr. Corr. pol. Turquie, tom. 9. fol. 135—139.

de ces relations avec la diplomatie française. Malgré ses déceptions, il ne pouvait renoncer à ses liens avec la France, s'il ne voulait pas s'isoler complètement. Ainsi la France était un allié indispensable, mais difficile et peu prévoyant.¹⁵

6.

La cour de Versailles était prête à accorder un appui diplomatique à Rákóczi dans le cadre de son système traditionnel d'alliances. Mais ni la Pologne, ni la Suède,¹⁶ ni la Turquie ne pouvaient ou ne voulaient satisfaire à ses demandes. La diplomatie française, par contre, était très méfiante à l'égard des initiatives de Rákóczi en matière de politique extérieure et elle a surtout condamné ses rapports avec la Russie. Au début de 1707 Pierre I^{er} pensa profiter des relations que Rákóczi entretenait avec la France, en vue d'une médiation dans la guerre du Nord. Il eut même l'idée de le faire élire au trône de Pologne, discuté par Auguste II et par Stanislas Leszczyński.

Le tsar fit des propositions dans ce sens, et Rákóczi offrit de gagner Louis XIV à la médiation entre le tsar et Charles XII, et à la conclusion d'un traité entre la France et la Russie. Il s'est déclaré prêt à accepter la couronne polonaise à certaines conditions. Il demanda au tsar de fournir une aide militaire à la guerre d'indépendance hongroise, de faciliter l'avènement au trône de la Hongrie de Maximilien Emmanuel et de lui assurer la principauté de Transylvanie.

C'est sur cette base que fut signé en septembre 1707, le traité de Varsovie que les partenaires ne pouvaient pas réaliser. Les progrès des Suédois, puis après Poltava, le retour d'Auguste II en Pologne firent échouer le projet de l'élection. Versailles repoussa les propositions de Rákóczi au sujet d'une médiation dans la guerre du Nord.¹⁵ Dans ces circonstances Pierre I^{er} ne pouvait offrir que sa médiation entre Vienne et les Hongrois, ce que la cour impériale refusa catégoriquement. C'est ainsi que la seule alliance conclue entre une puissance étrangère et Rákóczi s'est avérée inefficace.¹⁷

7.

En 1704 la Hollande et l'Angleterre avaient proposé la médiation entre la Cour de Vienne et les Hongrois, parce que la guerre d'indépendance retenait des troupes impériales en Europe Centrale et le poids de la guerre en Occident

¹⁵ B. KÖPECZI: *La France et la Hongrie au début du XVIII^e siècle*, Bp. 1971.

¹⁶ K. BENDA: *Le projet d'alliance hungaro-suédois-prussienne de 1704*. Etudes historiques, I. Bp. 1960.

¹⁷ J. V. STERNBERG: *Az 1707-es orosz—magyar tárgyalások előzményei* (Les antécédents des entretiens hungaro-russes), A Szegedi Tanárképző Főiskola Tudományos Közleményei, 1965. No. 1.

J. PERÉNYI: *II. Rákóczi Ferenc és I. Péter diplomáciai kapcsolatainak kezdetei*. (Les débuts des relations diplomatiques de Rákóczi et de Pierre I^{er}) in *Magyar—orosz történelmi kapcsolatok*, Bp. 1956.

pesait avant tout sur les puissances maritimes.¹⁸ La sympathie pour les protestants de Hongrie jouait elle aussi un certain rôle dans cette offre sans qu'elle ait pu influencer d'une façon particulière l'attitude des médiateurs. Rákóczi considérait comme une pierre de touche de tout compromis la garantie de l'indépendance de la principauté de Transylvanie. Au mois de mars 1706, la diète de Transylvanie proclama solennellement la déchéance des Habsbourg en soutenant que «le détachement de la principauté de Transylvanie du régiment d'Autriche est nécessaire pour le bonheur des deux patries (c'est-à-dire de la Transylvanie et de la Hongrie)».¹⁹

Les médiateurs savaient que la cour impériale n'accepterait jamais de céder la Transylvanie à Rákóczi, mais ils ne se laissaient pas bernier par les arguments juridiques et historiques de la propagande autrichienne. Comme écrit l'ambassadeur anglais George Stepney: «La véritable maxime sur laquelle est fondée cette exigence (c'est-à-dire le maintien de la Transylvanie sous la domination des Habsbourg) est le principe de Hobbes, selon lequel tout droit est basé sur la force.»²⁰

En août 1706 les négociations de paix sont interrompues et lorsqu'elles reprennent, la médiation n'intervient plus, c'est la noblesse hongroise qui traite directement avec la cour.²¹

Dans l'exil Rákóczi espère qu'au cours des négociations générales de paix, les puissances maritimes soutiendront sa revendication sur la Transylvanie. Dans l'écrit intitulé *Déduction des droits de la Principauté de Transylvanie* publié en 1712 par son envoyé auprès de Louis XIV, D. Brenner, il déclare que l'intérêt, le droit des gens, la tranquillité de l'Europe exigent la restitution de cette principauté à son légitime souverain. «Je dis que cette paix générale ne sera jamais stable tandis que les prétentions justes du Prince Rakóczi sur la Transylvanie n'y seraient pas ajustées et que la Cour de Vienne ne satisfera point les justes griefs de la Confédération, dont il est duc.» La balance de l'Europe ne sera pas périlée par cette restitution, car «la Hongrie étant ainsi sûre de l'observation de ses libertés spirituelles et temporelles et étant gouvernée selon les lois, contribuera infiniment plus et emploiera toutes ses richesses à soutenir tous les besoins de l'Empereur, au lieu que ci devant les richesses de Hongrie ne seraient qu'à rassasier l'avarice des courtisans avides.» Par contre, si l'Empereur reste en possession de la Transylvanie, sa puissance deviendra «formidable»: «elle pourrait bien tôt tendre au renversement de la liberté de l'Empire et ensuite de l'Europe.»

A cette époque les puissances européennes n'étaient pas encore intéressées

¹⁸ Sur les négociations de paix les chapitres y relatifs de l'ouvrage de MÁRKI. Cf. E. SIMONYI réd.: *Angol diplomatikai iratok* (Documents diplomatiques anglais), Archivum Rákócziánium, II. 1—3, Pest 1871—77.

¹⁹ S. MÁRKI: *II. Rákóczi Ferenc*, Bp. 1907, I. 508.

²⁰ Archivum Rákócziánium. II. vol. III. 158.

²¹ I. LUKINICH, réd.: *A szatmári béke okirattára* (La paix de Szatmár et ses documents), Bp. 1925. Le même: *Histoire de la paix de Szatmár*, Revue des Etudes Hongroises, 1935.

par la balance des forces dans cette partie de l'Europe, elles ont accepté le rôle de grande puissance de l'Empire des Habsbourg pour une longue durée, jusqu'au début du XX^e siècle.

8.

Rákóczi écrit dans ses Mémoires: « Combien de productions d'esprit et de prévoyance humaine, la postérité ne trouvera-t-elle pas dans mes négociations au dehors, qu'elle regardera la plupart comme trop vagues et trop étendues, si elle n'examine pas avec attention les circonstances des temps et le génie des princes et des cours avec qui il a fallu traiter ! »²² Si l'on veut juger de cette diplomatie, il faut effectivement prendre en considération les conditions objectives, mais aussi les facteurs subjectifs. Et si nous le faisons, nous sommes à même de déclarer que ce n'était pas les projets qui étaient fondamentalement erronés, mais que c'était la force qui manquait à leur réalisation.

Le manque de forces intérieures s'explique par la situation arriérée de la Hongrie du point de vue économique et social et par l'aiguïsement de la lutte des classes au cours de la guerre d'indépendance. En ce qui concerne le manque de forces extérieures, c'est l'affaiblissement de la France et le peu d'intérêt des autres puissances qui en donnent une explication.

Certains accusent les dirigeants de la guerre d'indépendance hongroise d'être tombés dans l'illusionnisme. Mais est-ce la victoire seule qui peut servir de mesure pour apprécier le réalisme d'une politique dans la longue durée? La guerre d'indépendance de Rákóczi est un chaînon dans la chaîne des mouvements qui ont commencé avec le soulèvement tchèque au début du XVII^e siècle et qui ont mené à la création d'Etats nationaux dans cette région de l'Europe au XX^e siècle. C'est de ce point de vue qu'il faut apprécier sa fonction nationale et sociale à la fois.

Au point de vue idéologique elle a contribué à la formation de la conscience nationale. Les jacobins hongrois au XVIII^e siècle, Petőfi et les radicaux de 1848, Ady et les adeptes du socialisme au XX^e siècle n'ont pas dissocié l'aspect national et social de la lutte et ils ont puisé à cette tradition pour alimenter leur propre conception. Les rétrogrades de tout poil ont essayé de s'en servir pour leur nationalisme chauvin exacerbé, surtout à partir de 1867.

L'historiographie marxiste continue la tradition progressiste tout en cherchant à examiner d'une façon approfondie les problèmes économiques, sociaux, politiques et culturels de la guerre d'indépendance.

Je pense que le temps est arrivé où, sur la base des recherches nouvelles, dans le cadre d'une conception historique objective, l'historiographie hongroise et étrangère peut découvrir les véritables caractéristiques de la guerre d'indépendance et de l'activité de Rákóczi.

²² *Mémoires du Prince François Rakoczy in Histoire des Révolutions de Hongrie*, t. 5., La Haye, 1739, 9. Une nouvelle édition est sous presse.

Évolution sociale et autonomie de l'État

(L'absolutisme des Habsbourg et l'indépendance de la Hongrie)

Par

Á. R. VÁRKONYI

Dans une de ses lettres à Louis XIV, François II Rákóczi a écrit: « Je veux conquérir le bonheur complet de ma patrie. » On ne pourrait guère résumer d'une manière plus succincte le fait que non seulement il a lutté avec des armes contre les Habsbourg pour la liberté du pays, mais qu'il a organisé un nouvel État hongrois.

Au début du XVIII^e siècle la Hongrie avait deux chemins devant elle: celui de l'autonomie de l'État et celui de son intégration dans le système monarchique de la dynastie des Habsbourg. Au premier, l'histoire n'a donné qu'à peine sept ans (de 1703 à 1711), tandis que la part de l'autre était, même dans les conditions du féodalisme, de plus de cent ans (de 1711 à 1848). Mais chacun d'eux a une longue préhistoire, leurs conséquences sont d'une importance séculaire, et de plus, ils ont pris naissance dans la période de la formation, en Europe Occidentale, des antécédents du capitalisme, du commerce mondial, de l'industrie manufacturière et des bases des États nationaux bourgeois. C'est la même période où, en Europe centrale de l'Est, surviennent les changements qui détermineront pour les deux siècles suivants le caractère des conditions dominantes.

Or, la question se pose: sur quel chemin la monarchie des Habsbourg a-t-elle mené la Hongrie à ce « moment historique » décisif, et dans quelle direction l'État de Rákóczi a-t-il orienté la société hongroise?

Cependant, dans le cadre restreint de cet exposé nous nous bornons à esquisser certains rapports entre les tendances de l'évolution sociale et les deux formations du pouvoir d'État, — tout en laissant à l'écart, ou effleurant seulement, plusieurs questions très importantes de cette vaste matière, et ne parlant même pas des grandes difficultés méthodologiques.

*

1. La Hongrie était-elle riche ou pauvre? était-ce une période de déclin ou de progrès, ces six décennies où, les Turcs expulsés, les parties du pays séparées pendant 150 ans par des dominations différentes s'unissent, d'abord dans la monarchie des Habsbourg, puis dans la principauté de Rákóczi.

« Ce pays est si riche qu'il peut être pour toujours la base du Trésor de Votre Majesté », constatent unanimement les préparateurs des plans de l'installation en Hongrie de l'État Habsbourg. On y lit en même temps que la Hongrie est un pays misérable, semblable à « la bougie qui s'éteint », son peuple meurt de faim, et les images de la ruine et de la prospérité alternent également dans une multitude d'adresses départementales, de rapports de Chambre et de mémoires. Les examens confirment la dualité d'opinion des contemporains. C'est une époque de puissants contrastes: de grandes fortunes se créent et de grandes masses s'appauvrissent, immense est le luxe et indescriptibles la misère et la destruction, et les réalisations du travail humain sont grandioses.

De 1648 à 1711 les armes ne cessent de retentir quelque part en Hongrie. Des masses anonymes meurent sur les champs de bataille, au pied des remparts, pendant que des épidémies, des famines et des atrocités militaires sans pareilles déciment la population: du point de vue démographique c'est l'époque la plus critique de l'histoire hongroise. Les sources nous informent de semis écrasés, de vergers abattus, de villes endettées, de métiers disparaissant et de la croissance de la corvée des serfs. En même temps, elles parlent aussi d'événements importants de la vie économique. C'est à ce moment-là qu'apparaissent les exigences de la production agricole modernisée, qu'on adopte une manière plus économique de l'élevage et la culture de plantes en serre, c'est le moment où l'on commence à cultiver le houblon et le tabac dans une quantité plus importante, et c'est aussi le commencement de l'organisation coordonnée de l'industrie et de l'agriculture, entre autres celui du brassage manufacturier. On voit augmenter le nombre des moulins, seules installations mécaniques transformant l'énergie naturelle, en même temps que dans l'exploitation minière l'extraction du fer et du cuivre gagne du terrain par rapport à celle des métaux précieux; c'est également à ce moment-là qu'on crée les premiers établissements organisés de l'industrie, les officines, et qu'on construit le premier haut-fourneau (1692) et les premières manufactures de draps. Même d'après une appréciation très prudente, on doit constater le développement des branches industrielles relatives à l'alimentation, au transport et à l'habillement, ainsi que celui du travail des métaux et de l'industrie de guerre. Travaux de régularisation fluviale sur le Danube entre Győr et Presbourg, transporteur-élévateur au château fort de Munkács, essais techniques dans les mines, construction d'églises, de châteaux, de forteresses, de dépôts, équipement, armement, manutention, transport des armées . . . Jusqu'ici on n'a pas encore évalué les réalisations matérielles de cette époque dans leur système d'ensemble.

Pourtant, l'importance réelle de tout cela ne nous apparaît que dans son interaction avec les conditions sociales. A notre savoir, la première officine de fer a été fondée par Miklós Zrinyi. Les fonderies, les verreries, les moulins à scie et à foulon, les brasseries, installés sur les manses domaniaux des Pálffy, des Batthyány, des Thököly, des Bercsényi, des Rákóczi et d'autres, attestent que

les seigneurs, ayant construit auparavant des métairies, et s'étant emparés ensuite du commerce, complètent par conséquent leur économie, au cours de ce demi-siècle d'industrialisation. Il est certain que des 33 moulins à papier de l'époque 8 ont été fondés par des seigneurs.

Là où les ressources énergétiques, les matières premières et même la main d'œuvre sont propriété féodale, ce phénomène a ses reflets dans d'autres domaines aussi. La grande propriété industrialisante comportait deux possibilités de progrès. D'une part, en termes très simplifiés, elle renforçait les tendances du deuxième servage, étant donné que par exemple les travaux auxiliaires industriels — chargement, transport, chauffage, etc. — étaient effectués en grande partie en corvée, par des serfs. D'autre part elle impliquait une tendance vers le dégageement des liens du servage et, partant, vers le progrès bourgeois. Dans la structure de revenus des propriétés des Zrinyi le commerce de sel et le trafic de quincaillerie provoque un tel changement que le sommage cède la place au charriage payé, le nombre des francs-servants s'accroît, la situation de la paysannerie travaillant effectivement dans l'agriculture s'améliore, et la division du travail brise le système clos de la grande propriété terrienne. En outre, malgré toute défaite précédente, les tendances sociales antiféodales sont fortes. La population paysanne, les soldats des confins militaires, les habitants des bourgs de la Transdanubie, de la région du Vág et de la Tisza et des comitats frontaliers vivent de commerce, de même que les paysans embourgeoisés de la Grande Plaine hongroise ou les habitants de Hegyalja. Au début des années 1650 les ruraux immigrant à Besztercebánya y établissent 70 brasseries, on y voit déjà apparaître des bourgeois, propriétaires de fonderies de fer et de cuivre, des entreprises de petit capital, et on est témoin d'un événement qui reste isolé en Hongrie jusqu'à la fin du XVIII^e siècle, à savoir qu'un simple artisan papetier — donc non pas la ville, le Trésor, un commerçant ou un seigneur — construit deux moulins à papier (1686-1692) dont les produits parviennent même au-delà des frontières du pays. Enfin, il convient de mentionner ici l'exemple bien connu des habitants du bourg Tarpa qui vivaient d'industrie de bois et de commerce de sel et de fruits. Il est à remarquer par exemple que sur les propriétés des Rákóczi on afferme des terres aux serfs précisément quand on installe telle forge ou brasserie; François II Rákóczi introduit dans son exploitation viticole le travail salarié à dures exigences au moment où à l'aide d'un emprunt considérable il fonde une officine de verre et en invitant des spécialistes étrangers il réorganise sa brasserie. Sur la grande propriété en voie de l'industrialisation apparaissent des entrepreneurs travaillant selon le système Verlag, et c'est là qu'à côté des serfs astreints à la corvée se renforcent les différentes couches plus ou moins libres de la paysannerie, ce qui s'explique entre autres par le fait qu'en retour de prêts plus ou moins grands le seigneur cède à ses serfs des champs et des vignes.

L'ensemble des conditions économiques et sociales de l'époque présente

donc également les antécédents immédiats de l'époque des manufactures, et on y retrouve les deux tendances caractéristiques de la situation centre-est-européenne. Cependant, les chances sont faibles et les difficultés énormes. Il n'y a pas de capital solide, de système unitaire de mesures, de bonne monnaie, de réseau routier convenable, il manque toute sorte de sécurité, ainsi celle de la vie, du crédit et de la fortune. L'agriculture, l'exploitation minière et l'industrie sont également aux prises avec des soucis de main-d'œuvre, la part du lion de la production est toujours basée sur la corvée. Les liens féodaux, le pouvoir des seigneurs, des comitats et des corporations sont forts, et les paysans, les marchands, les artisans sont à la merci de seigneurs, de magistrats, de soldats. En même temps il y a un fractionnement marqué de religion et de langue et des différences énormes dans la situation matérielle, à l'intérieur même des classes sociales.

Il n'est possible de briser ce cercle magique qu'à l'aide de deux facteurs: l'un, c'est le capital commercial; l'autre, le pouvoir solide de l'État centralisé.

Du point de vue de la formation des capitaux commerciaux ce demi-siècle est caractérisé d'une bonne conjoncture. Étant donné le développement occidental de l'industrie manufacturière et la naissance du commerce mondial, malgré des oscillations locales et provisoires, les matières premières industrielles (cuivre, mercure, bois, peau brute, etc.) et les produits agricoles (vin, bétail, miel) de la Hongrie et de la Transylvanie ont devant eux des débouchés d'une capacité d'absorption pratiquement illimitée, et, en principe, même la guerre favorise la conjoncture. Mais, comme partout dans les sociétés d'avant le capitalisme, la productivité agricole est accidentelle, et l'équilibre du rythme de l'approvisionnement et de la consommation est inconnu. Profiter de la bonne conjoncture n'est possible donc que dans certaines conditions fondamentales. Ces conditions — c'est à dire, en simplifiant beaucoup, la sécurité extérieure et intérieure, la paix du pays, l'équilibre relatif des conditions de vie et des contradictions sociales — ne peuvent être assurées, dans le cadre du féodalisme, que par la force du pouvoir de l'État centralisé.

Le retard de la Hongrie dans l'organisation de l'État, dans le système de gouvernement, n'est guère mesurable. Le mode de gouvernement centralisé aussi bien dans son organisation que dans sa force militaire et dans son système de revenus, avait toutefois de fortes traditions dans la Principauté de Transylvanie et d'illustres exemples en Europe qui trouvaient de l'écho dans les milieux des penseurs méditant sur l'avenir de la Hongrie.

A ce moment-là, en Europe, les expériences de la nouvelle méthode de la direction politique ont été déjà systématisées, voire résumées sur un plan théorique. Car les principes classiques de l'organisation du pouvoir centralisé, formulés par Machiavel, se sont intégrés aussi bien dans la théorie de l'absolutisme féodal que dans les doctrines de confédération des États bourgeois en voie de consolidation. Réfléchissons-y: Machiavel, ayant été mis à l'Index au concile de

Trente, est réhabilité par Richelieu, François II Rákóczi le lit déjà dans une nouvelle édition française, et je me demande ce qui caractérise mieux le succès du grand Florentin: le fait qu'à la fin du XVII^e siècle des marchands de livres rédigent déjà des pamphlets d'un de ses adversaires jésuites, ou bien cet autre fait que Miklós Zrinyi, tout comme l'empereur Léopold I^{er}, prend pour argument contre l'immunité fiscale des Ordres hongrois justement sa phrase, formulant avec concision l'interdépendance de la fiscalité, du pouvoir d'État et de l'armée, principe fondamental repris même par le théoricien des Pays-Bas, Justus Lipsius: «pas de paix des nations sans armée, pas d'armée sans solde, pas de solde sans impôts». Or, Justus Lipsius est tellement populaire dans les milieux de la haute et petite noblesse de la Hongrie qu'on le traduit en hongrois aussi. Richelieu exige la protection du pouvoir d'État pour les serfs, d'après lui il est à conseiller que le souverain veille avec la plus grande sévérité à ce que «les faibles de ses sujets, qui sont sans aucune défense, jouissent de la même sécurité que ceux qui ont des armes à la main». Justus Lipsius approuve également le principe que le pouvoir d'État doit protéger le peuple contre l'arbitraire des seigneurs, des magistrats et des soldats. Non pas par bienveillance philanthropique mais dans l'intérêt du pays: car ce n'est que de cette manière que la paysannerie peut produire les biens. Enfin, la fusion des principes de la direction politique représentant des tendances féodales d'une part et des tendances bourgeoises de l'autre, est attestée également par le fait que le principe de base mercantiliste du livre de Thomas Mun, qui a connu quatre éditions à l'époque considérée, et celui incarné dans l'exemple de l'Angleterre, à savoir l'opinion selon laquelle le gage de l'économie sont l'industrie et le commerce, était déjà une des exigences fondamentales des règles du pouvoir absolutiste.

Sans nous mêler ici aux débats nationaux et internationaux des historiens qui se poursuivent déjà depuis plusieurs décennies sur les causes de la formation du pouvoir absolutiste centralisé et sur ses bases de classe, nous nous contentons de souligner que dans les conditions féodales le niveau atteint de l'évolution économique et sociale a proprement exigé la réorganisation et la centralisation, à l'échelle nationale, de l'administration, de l'armée, des revenus de l'État, de la participation aux charges publiques et des institutions culturelles. Le développement ultérieur imposait, en effet, des problèmes d'envergure que seul le pouvoir centralisé était capable de résoudre.

*

2. Le plus grand mal des provinces des Habsbourg, écrit en 1658 un conseiller de Chambre, est qu'elles n'ont pas de manufactures, que la richesse des mines sort du pays, qu'on doit acheter des articles industriels et des armes étrangers à un prix élevé. Tandis que la plus grande partie du revenu total, apprécié à ce moment-là à 6 ou 7 millions de florins par an, est consommée par la Cour

et la diplomatie, les recettes publiques sont petites, leur maniement se poursuit selon des coutumes médiévales, puisqu'on ne sépare pas les dépenses privées de la dynastie de celles du pays, l'État est pauvre pendant que ses fonctionnaires gagnent des fortunes. L'avenir de l'empire doit être basé en premier lieu sur une administration centralisée des finances, sur une armée bien payée et bien entretenue, sur la création de nouvelles sources de revenus, et, ce qui est encore plus important, sur des droits protecteurs, des manufactures et une politique commerciale active. Dans le contexte de notre sujet nous devons passer sous silence un groupe de questions importantes, à savoir le rôle de l'industrie manufacturière tchèque comme base matérielle, et la façon dont les grands caméralistes (Becher, Schröder, Hörnigk) développent ces principes dans cette région et essaient de les réaliser dans la pratique. Par contre, nous insistons sur le fait qu'au moment où les Ordres hongrois ont élu roi l'empereur Léopold I^{er} (1655), le pouvoir des Habsbourg était loin des exigences de l'État absolutiste moderne au sens contemporain. Si l'on prend en considération la diversité du passé historique et du niveau de développement économique des pays vivant plus ou moins sous l'influence des Ordres, dont la maison d'Autriche devait organiser un État centralisé, on peut affirmer sans exagérer qu'elle avait devant elle une tâche extrêmement difficile et sans exemple dans la pratique de l'époque.

Néanmoins, il est un fait historique incontestable que l'industrie manufacturière autrichienne se constitue justement au cours de ce demi-siècle, des succès diplomatiques et militaires se succèdent, le revenu d'État se multiplie, et bien qu'il reste insuffisant et que l'Empire doit recourir à des crédits étrangers, malgré toute difficulté, tout échec et bouleversement, c'est à ce moment-là que se fonde la puissance européenne de la dynastie des Habsbourg.

Qu'est-ce que la société de la Hongrie a gagné et qu'a-t-elle perdu au cours de ce demi-siècle? C'est une question de trois cent ans, née avec François II Rákóczi et discutée encore de nos jours.

Dans l'espace d'un demi-siècle, c'est-à-dire entre 1650 et 1703, la cour des Habsbourg a mis la main sur presque toutes les ressources économiques modernes, au sens de l'époque, des pays du royaume de Hongrie.

Elle l'a fait d'une part en occupant ou mettant sous son contrôle les territoires ayant une position-clé économique: les ports de l'Adriatique et les propriétés donnant sur la mer, une partie considérable des vignes de Hegyalja, les mines de la Haute-Hongrie et de la Transylvanie, les seigneuries entourant les mines et les villes situées sur les routes commerciales les plus importantes.

D'autre part, elle encercle l'industrie et le commerce par des droits de préemption et des monopoles. On fonde l'un après l'autre des monopoles ou appales de sel, de cuivre, de mercure, de bœuf, de vin, de cuir, de salpêtre, de tabac, de textile, etc., et, d'après le témoignage d'un tract de la guerre de l'indépendance, dès le début du XVIII^e siècle le trafic d'eau minérale est également interdit. Une grande partie des verreries et des forges passe dans la pro-

priété du Trésor, puis, pour compléter son ancien droit du fondage, le pouvoir d'État s'empare également du droit d'ouvrir de nouvelles mines et officines, et après l'édit de 1696 de l'empereur Léopold on ne peut fonder une brasserie nouvelle, ou même reconstruire l'ancienne, qu'avec l'autorisation du roi.

Troisièmement, l'État se crée de nouvelles sources de revenus par des impôts. Dans l'espace de 50 ans le montant du tribut traditionnel décuple, en outre on introduit de nouvelles catégories d'impôt (impôt sur la consommation, taxe successorale, impôt sur l'entretien des soldats, impôt sur l'entretien des serfs, etc.), des couches de plus en plus profondes et larges de la vie économique sont imposées, et peu à peu on frappe d'impôt les couches sociales qui jouissaient jusque-là d'une immunité fiscale, comme les couches pauvres de la noblesse. Il faut mentionner enfin ce labyrinthe de l'augmentation des revenus qui nous mène dans le monde des emprunts forcés, des amendes, des rançons, des fondations. Parmi plusieurs milliers d'exemples, mentionnons les notes d'emprunt des fonctionnaires de mines, la délivrance effrénée des titres de noblesse, la vente totale de la partie du pays qui vient d'être libérée des Turcs et l'affaire de l'émancipation du mineur François II Rákóczi. Tout cela en soi ne caractérise pas seulement l'État des Habsbourg. L'organisation du pouvoir absolu est partout extrêmement coûteuse, comme nous le prouve entre autres exemples celui de Richelieu.

Une raison de plus pour souligner que cette méthode de l'exploitation des ressources économiques a influencé l'évolution sociale du pays entier. Elle a provoqué une secousse existentielle de toute la société hongroise. On connaît bien les scènes spectaculaires de la confiscation de domaines seigneuriaux, mais on parle peu de la foule endommagée et même dépouillée des propriétaires de mines et de forges, des paysans embourgeoisés ou possédant des vignes, des petits nobles et des groupes vivant de trafic. Ce sont en partie des entrepreneurs italiens et allemands (Carlo Miglio, Joanelli, Vichter von Grueb, Oppenheimer) qui obtiennent, en échange d'emprunts d'État, des monopoles ou des droits monopolisés. L'aristocratie de cour — les magistrats, les généraux, les seigneurs ecclésiastiques et laïcs participant au commerce des fournitures — ont non seulement des privilèges commerciaux mais, en récompense de leur paiement arriéré, ils reçoivent encore du Trésor des apanages (voir les familles Auersperg, Althan, Caprara, Gonzaga, Hocher, Volkra, Harruckern, Zinzendorf, etc.). Montecuccoli par exemple, à part le bénéfice qu'il tire du commerce des bestiaux devient aussi copropriétaire de mines. A la fin du siècle des aristocrates hongrois et transylvaniens obtiennent des monopoles au prix de concessions politiques et de prêts à donner au Trésor. La composition de la couche seigneuriale de la Hongrie subit un changement profond.

De grandes sommes et valeurs sortent du pays. (Entre 1651 et 1667 le profit tiré par Joanelli du trafic de cuivre était aux environs de 300 à 400 mille pièces d'or.) En même temps, l'investissement est de beaucoup inférieur au

bénéfice. Parallèlement au processus de la concentration des fortunes, la situation des couches inférieures de la société s'empire qualitativement. Les monopoles, les privilèges de préemption comprennent l'assistance aussi. Cela revient à dire que ce sont les comitats qui doivent assurer le chargement et le transport par des serfs, en corvée. La population des régions minières n'est pas seulement le censier de l'entrepreneur précapitaliste qui détient le trafic des provisions et des boissons, mais elle doit effectuer en plus des travaux auxiliaires industriels: aussi trouve-t-on des mines où des serfs faisaient marcher les pompes hydrauliques, en corvée de trois postes — puisqu'en 1662 l'empereur Léopold a ordonné d'introduire dans les mines de la Basse Hongrie le travail en trois services de huit heures. Les grandes entreprises du Trésor — constructions, moulins, boulangeries industrialisées, chantiers de construction navale — ont redoublé à cette époque la corvée de la population servile de plusieurs comitats. Enfin, un dernier exemple: le Trésor résout les problèmes de main-d'œuvre de sa fonderie de fer de Csik en passant un contrat avec István Apor où il s'engage à lui donner 5 quintaux de fer en échange de la corvée de ses serfs. En termes très simplifiés, la vie économique était basée essentiellement sur la corvée. L'étatisation de l'activité commerciale et industrielle avait donc pour conséquences, d'une part, l'augmentation inouïe de la corvée des serfs, et de l'autre, la restriction des bases sociales de la division du travail et de la vie commerciale. Et ceci a ébranlé les bases mêmes de la fiscalité d'un caractère d'ailleurs moderne, car les essais de la cour de faire payer des impôts par les anciens soldats des confins militaires, par la petite et la haute noblesse, restaient sans succès.

Dans ses lettres patentes du 6 juin 1672 l'empereur Léopold a ordonné que la moitié des impôts établis « devait être payée par les nobles, pour adoucir le sort des pauvres serfs ». En même temps, il promet sa protection contre les excès des soldats, et en plus une audience royale au cas où le serf serait trop chargé par son seigneur et « le cens, la corvée et la taille immesurée empêcheraient le pauvre paysan ou le serf dans son labourage ou autre travail champêtre au point que les pauvres habitants du pays et les serfs deviennent incapables de payer les impôts nécessaires pour le bien public et la défense du pays ». Nous ne savons pourtant rien de la réalisation de cette promesse. Enfin, en 1698, à la suite de longues discussions, des 4 millions de florins rhénans dont la Hongrie était frappée à titre d'impôt, le Trésor a exigé des seigneurs et des nobles en tout 250 000 florins. Mais, étant donné les conditions dominant dans le pays à cette époque, cette proportion était quasiment une insulte aux couches sociales qui exigeaient la répartition plus proportionnée des charges publiques. « Comment payer des impôts, écrivent les comitats, s'il n'y a pas moyen de gagner l'argent nécessaire. » A cause de la grande pénurie d'argent on a introduit, depuis deux ans déjà, de la monnaie de billon. Les abus des potentats sont illimités, car la répartition de la somme des contributions par territoires est la tâche des Ordres, et les propriétés de l'aristocratie de cour et des officiers de l'armée jouissent de l'immunité fis-

cale. En même temps, le recouvrement des impôts militaires, l'approvisionnement et l'entretien des régiments détruisaient les bases du vilainage. On connaît les moyens de défense du paysan: il vend ses bêtes, puis il quitte son domicile. Mais dans son édit de 1693 l'empereur Léopold a interdit la fuite des serfs et a confirmé le droit des seigneurs de ramener leurs censiers qui avaient quitté leur tenure de serf. Tout cela se réalise au cours d'un demi-siècle de luttes qui aboutissent toujours à des compromis politiques entre la dynastie et les Ordres hongrois. Une des stations politiques notables du processus de la reféodalisation est la diète de 1687. Les Ordres hongrois, comme on sait, y ont abdiqué leur droit à la royauté élective et à la résistance armée, tandis que l'empereur sanctionne, avec des lois dont quelques-unes accablent les villes, le droit de majorat des familles aristocrates, ce qui constitue un nouvel obstacle féodal à la formation du système capitaliste du crédit.

Les régions du royaume hongrois ont été intégrées dans la monarchie des Habsbourg non pas dans leur unité historique mais divisées à la base des territoires médiévaux et de nouveaux points de vue politiques. On ne peut pas encore parler de la centralisation de l'organisme gouvernemental: même les contemporains se perdaient dans le labyrinthe des offices centraux, des anciennes institutions féodales, des organes féodaux (p. ex. comitats) et des services provisoires (comités, administrations) rattachés aux offices centraux. C'était une grande charge, et de plus, très coûteuse. Certes, le système de la direction et de l'administration présentait une très forte tendance à faire valoir la volonté centrale. Par contre, les moyens de l'exécution reflétaient de nouveau la dualité de l'absolutisme et du régime des Ordres: l'armée impériale, l'autorité féodale et la force militaire du comitat tantôt se renforçaient (p. ex. dans la répression de l'insurrection de Hegyalja), tantôt se croisaient et augmentaient l'anarchie. L'exemple suivant n'était pas unique, il était même très caractéristique: à Cassovie, la femme du général impérial Spankau, «Madame la Générale» détenait une taverne de droit d'État, mais pour son profit personnel, et bien que la bourgeoisie, le palatin de la Hongrie et les Chambres eussent protesté contre le dommage causé, respectivement, à la communauté de la ville, au pays et à l'État, ceux-ci étaient tous impuissants.

Il serait sans fondement scientifique de supposer que le pouvoir Habsbourg aurait voulu consciemment fermer la voie du développement devant la Hongrie. On sait par exemple que pour les grands emprunts d'État anglais et hollandais du tournant du siècle ce ne sont pas uniquement les mines de cuivre et de mercure de la Hongrie et de la Transylvanie que la cour engage, et qu'en 1703, quand, à cause de la mort subite d'Oppenheimer, grand créancier de la cour, on aurait voulu encaisser à l'avance l'impôt de la Hongrie pour quelques années, pour acquitter les dettes d'État, toute la Monarchie des Habsbourg était au point de faire faillite. Les commerçants viennois maudissaient les monopoles tout comme leurs confrères hongrois. Même dans les pays vivant dans les con-

ditions de l'autonomie étatique et de l'unité nationale, les impôts ont provoqué une indignation générale de la société; pour citer la protestation française bien connue: «Vive le roi, mais sans gabelle». Pourtant, une multitude de faits prouvent que, en comparaison des autres pays de l'empire, la Hongrie s'est dégradée peu à peu à un état d'encerclement, voire d'assujettissement, et, au cours d'un demi-siècle, cette différence de niveau de développement s'est accrue considérablement. Pendant que les Ordres de Carinthie, par exemple, gardent leur droit de ne laisser entrer dans leur pays des monopoles commerciaux qu'avec leur autorisation, les Ordres hongrois ne pouvaient jamais bénéficier d'un tel droit. «La Hongrie ne tolérera pas qu'on l'isole du commerce mondial», dit au début de l'époque un ministre vénitien clairvoyant. «Qu'il y ait enfin un commerce hongrois», exige la Chambre hongroise qu'on ne peut guère considérer comme un organe féodal, et dans ce contexte on aurait tort de voir dans les proclamations de Rákóczi protestant contre l'expropriation du commerce le reflet de la politique étroite et anachronique des récriminations des Ordres. Quand il apparaît que les soldats des confins de Győr et de Komarno veulent occuper les agglomérations du Danube libérées des Turcs, pour s'y installer et mener une vie de bourgeois, un fonctionnaire de la Chambre propose d'y établir d'urgence des Allemands. Citons encore un autre phénomène de caractère différent de cette vaste matière. L'édit de 1702 de l'empereur Léopold concernant les douanes et les monopoles affecte gravement le développement de l'industrie hongroise, entre autres il freine le développement de l'industrie de papier, puisque l'enlèvement des matières de base — colle d'os, chiffons — devient monopole impérial.

Enfin, un coup d'œil sur un autre grand domaine de notre matière nous assure que c'est selon l'appartenance ethnique, de langue et de religion que la cour accorde des faveurs économiques et politiques (p. ex. faveur fiscale) à certains groupes de la population du pays.

En ce qui concerne la direction de la politique culturelle qui implique, dans les monarchies absolues ainsi que dans des États centralisés par la voie confédérative, une forte sécularisation, et sert aussi les buts pratiques de la culture de langue maternelle, de l'enseignement, du développement commercial, industriel et technique, elle passe ici en grande partie — y compris la propagande et la censure — aux mains de l'Église catholique, et en premier lieu aux mains des jésuites.

Pourquoi les choses ont-elles pris cette tournure? Je pense que nous avons déjà dépassé le stade où l'on cherchait la cause des collisions de grands processus historiques dans les sentiments de certaines personnes. On sait bien sur quels écueils la partialité et les expropriations du nationalisme chauvin ont mené les sciences historiques et les sociétés qui cherchaient dans le passé leur propre préfiguration. Vu que l'empire des Habsbourg se composait, au cours de ce demi-siècle, de pays de plusieurs langues et nationalités, se situant à des niveaux très différents du développement et ayant des traditions historiques différentes,

qu'à cette époque il n'avait pas une classe bourgeoise si riche et si homogène qu'en France; si l'on prend en considération que c'étaient surtout les aristocrates de cour qui, tout en livrant une lutte acharnée de concurrence les uns contre les autres, profitaient des possibilités de la situation de conjoncture au grave préjudice de l'État, pendant que l'intérêt dynastique a poussé la cour vers des compromis avec les Ordres, il se comprend que cette forme de l'absolutisme qui servait des buts dynastiques et en était réduite à la force militaire et basée sur le groupe restreint de l'aristocratie de cour, bien qu'elle eût développé l'industrie manufacturière bohémienne déjà solide et ait donné un essor à l'économie des provinces héréditaires autrichiennes, en Hongrie elle n'a pas accompli la tâche historique du pouvoir centralisé des États absolutistes, à savoir l'union du progrès social et national. Comme nous avons vu, elle a même prêté assistance à la féodalisation et a renforcé les facteurs rétrogrades.

Si en Bohême on voit les paysans révoltés, il est d'autant plus naturel qu'en Hongrie toutes les classes et couches sociales répondent par méfiance et une opposition violente au mode de gouvernement de la cour Habsbourg. Rien ne prouve mieux la rencontre des intérêts sociaux et nationaux dans ces mouvements de Hongrie que le fait que leurs scènes principales sont les positions-clef économiques: le littoral de l'Adriatique, les villes minières, les comitats frontaliers ou situés sur des routes commerciales et la région de Hegyalja. Des serfs vivant de trafic de sel, comme par exemple Tamás Esze, ceux que les impôts ont contraints à une vie de fugitif, des petits nobles possédant des vignes, d'anciens soldats des confins militaires et les pauvres des villes se révoltaient contre le pouvoir des Habsbourg et, comme ils disaient, contre les seigneurs qui servaient l'empereur et qui mettaient l'impôt du pays, les charges publiques sur le dos des pauvres gens. Au tournant des XVII^e—XVIII^e siècles leurs mouvements enlacent déjà toute la Hongrie et la Transylvanie. Toutefois, la zone des tempêtes sociales est la partie nord-est du pays, avec ses vignes, ses bourgs, ses routes menant vers la Pologne et la Transylvanie, et, non pas en dernier lieu, avec les propriétés de Rákóczi adoptant le mode moderne de l'économie.

En 1702, à la suite de l'arrestation et de la fuite de François II Rákóczi, l'empereur Léopold I^{er} dispense les serfs des terres de Rákóczi de toute redevance seigneuriale. Tout de même, c'est Rákóczi que ses serfs vont trouver en Pologne pour le rappeler, d'après un rapport de comitat de l'époque, «pour affranchir le sel et chasser la portion (impôt)».

*

3. Les contemporains hongrois essayaient de caractériser le prince François II Rákóczi avec des comparaisons historiques ou bibliques: ils l'ont comparé à la figure du roi Mathias, de Gábor Bethlen et de Moïse; la plupart d'entre eux le respectaient, l'aimaient, l'ont appelé le père du pays, d'autres le toléraient

ou s'irritaient contre lui, mais personne n'a écrit de sa personnalité de souverain. Les portraits de Rákóczi comme chef d'État sont dessinés, du premier au dernier, par des étrangers. Dans ce pays perdu, des diplomates anglais, hollandais, français découvrirent en lui avec étonnement l'idéal de souverain de l'Europe contemporaine: il est savant, d'un esprit cultivé, très bien informé sur les affaires et les conditions, il exige de l'ordre et de la discipline, et ce qui est le plus important, il tient tout, en personne, entre ses mains, il est actif et d'une capacité de travail incroyable.

Dès sa naissance, Rákóczi a été élevé pour la domination. A Sárospatak et à Munkács c'était encore dans l'esprit des traditions des principes de gouvernement des princes transylvaniens et de Miklós Zrinyi. Ensuite, ses professeurs jésuites l'ont doté du savoir nécessaire pour des aristocrates de cour assumant les fonctions supérieures de l'administration d'État. La passion cachée de sa jeunesse était l'art de gouverner. Ses lectures constituent toute une bibliothèque manuelle de princes héritiers: descriptions de pays, histoire, exploitation des mines, sciences naturelles, technique militaire, architecture, tracts politiques, commerce entre la France et les Pays-Bas. Ses écrits nous révèlent qu'il n'a pas seulement étudié les idées de Machiavel, de Richelieu, de Justus Lipsius et d'autres ouvrages de théorie politique, mais qu'il les a adoptées en les appliquant aux conditions spécifiques de la Hongrie.

«Il est difficile de créer de l'ordre où il n'y en a jamais eu», révèle Rákóczi la plus grande difficulté de son travail d'organisateur d'État. C'est que le désordre du régime féodal et le pouvoir des Habsbourg se renforçaient mutuellement: l'anarchie est devenue une manière de vivre quotidienne, la politique du pays s'est dégradée au niveau des intérêts locaux de petites communautés, les succès personnels échappant et survivant aux lois et aux ordonnances dissimulent toute perspective politique.

L'axe de la conception politique de Rákóczi est d'unir la société du pays, d'organiser en unité la population. En Hongrie, au cours de plusieurs dizaines d'années, celui qui a dénoncé quelqu'un qui injurait l'empereur ou déjouait ses règlements de douane, recevait en prime une quote-part importante des biens ou des marchandises confisqués. A un temps où l'argent était aussi rare que le merle blanc, on invitait le peuple à faire sa fortune par des prix de sang de plusieurs cent ou mille écus, et les dénonciateurs pouvaient même obtenir des apanages. Dans la lutte des religions des frères devenaient ennemis, des parents menaient des combats à mort les uns contre les autres à cause d'actions immobilières sans fin, et des rançonnements de soldats turcs, allemands, hongrois, impériaux, kouroutz et labantz nourrissaient la méfiance raisonnable des bourgeois, et dans les villes on entendait souvent parler trois langues. Mais tout ceci pâlit auprès de la haine ardente des serfs contre les seigneurs. Rákóczi en a ressenti la force élémentaire dès le premier jour de la guerre de l'indépendance. Aussi, dans les premières semaines de l'offensive, les nobles l'ont-ils outragé,

et se sont armés contre lui. A Tiszabecs il a dû disperser des armées de comitat. Rákóczi a reconnu la cause plus profonde du comportement de la noblesse: «Ainsi la Noblesse des Comitats ne sachant quel parti prendre, craignant également le peuple et les Allemands».

Celui qui voulait créer un nouvel État en Hongrie, n'avait donc d'autre choix que de réaliser l'unité intérieure du pays. Le surplus de la politique de Rákóczi n'est pas ce qu'il voulait, mais la manière dont il voulait réaliser ces buts. Tandis que la politique des Habsbourg voulait imposer les intérêts de certains groupes à des communautés plus grandes ou s'efforçait de tenir en échec les différents groupes l'un par l'autre, Rákóczi a organisé le pays en une unité d'intérêts.

Son principe ordonnateur reste jusqu'à fin «la cause publique», «l'intérêt public», la liberté du pays. C'est l'axe de sa politique visant l'unification des intérêts. Ceci signifie en premier lieu non pas une unité de sentiments mais beaucoup plus: à savoir que chacun doit renoncer à ses intérêts particuliers. Évidemment, la conciliation des intérêts implique également leur restriction. Dans les conditions féodales elle demande le moins de sacrifices de la noblesse.

Comment est-il possible tout de même de rassembler des comitats, des seigneurs, des serfs, des villes et des bourgs, des groupes sociaux de différentes langues, religions et coutumes, dans une union embrassant le pays entier?

Rákóczi a annoncé sa politique unificatrice des intérêts dans sa proclamation de Brezan (6 mai 1703). Mais il ne pouvait la réaliser qu'au prix de longues luttes, à l'aide des kouroutz du peuple, des armes des soldats serviles, du système administratif centralisé organisé de la petite noblesse, du conseil ou ministère de cour. Il l'a fait notamment, conformément à la tendance de l'évolution, en organisant les communautés traditionnelles en unité d'intérêts nationale. Citons quelques exemples, tout d'abord celui de l'affaire des soldats serviles.

A Brezan déjà, Rákóczi a conclu un accord avec Tamás Esze, chef des insurgés de la région de Tiszahát, où il s'est engagé à libérer de la domination seigneuriale et à affranchir ceux qui prennent les armes. En Hongrie et en Transylvanie la liberté gagnée par les armes, la liberté des heïduques (des soldats) s'enracine dans des traditions séculaires. Le surplus des promesses de Rákóczi est qu'il l'a proclamée pour le pays entier; comme on peut reconstituer d'après la patente du 2 avril 1704 de Bercsényi: «s'ils se soulèvent et prennent les armes, eux-mêmes et tous leurs descendants seront affranchis pour toujours de tout impôt, de toutes redevances et de la domination seigneuriale, et recevront la liberté perpétuelle, et si des communes entières se soulèvent et sont prêtes à lutter pour leur liberté, elles la gagneront également pour toujours». Nous connaissons de pareilles patentes slovaques et rasciennes, et leur écho prouve que le droit de la liberté gagnée par les armes ne dépendait ni de l'appartenance ethnique ou de langue, ni de la situation matérielle: bandits, paysans embourgeoisés, serfs perpétuels ou francs-servants, anciens soldats des confins

militaires, colons d'Église, de villes ou de propriétés allodiales, tout le monde pouvait l'obtenir. Rákóczi n'a fait qu'une seule restriction: il voulait arranger cette affaire sociale d'immense envergure, comme il disait souvent, «sans les griefs des fils de la patrie», c'est-à-dire sur la base de l'intérêt commun.

Il a commencé l'œuvre de l'arrangement dès l'été 1703. La patente de Vetés, édictée pour la première fois le 28 août 1703 et rééditée ensuite plusieurs fois en étendant sa validité pour tout le pays, est imprégnée du principe unificateur des intérêts. Les serfs ont pris les armes non pas contre les seigneurs, précise ici le prince, et il ordonne qu'ils continuent à les servir. Par contre, il déclare avec fermeté: «Nous sommes décidés à affranchir de toute redevance et à protéger tous ceux qui ont pris les armes dans le service de la cause publique pour restituer la liberté de la patrie.» Il prescrit ensuite les obligations et les droits ultérieurs des serfs qui ont pris les armes et de ceux qui sont restés à la maison, mais, ce qui est essentiel, il ordonne aussi que les seigneurs ne puissent pas augmenter les charges. A la noblesse il fait connaître sa décision par un mandement adressé aux comitats: celui qui charge la famille d'un soldat servile de services censiers, passera devant le tribunal de guerre, qu'il soit seigneur terrien, chef de district ou général. Ce n'était que la famille proprement dite des soldats serviles qui était déchargée. Mais, puisque les serfs vivant encore dans les liens de parenté étendue désiraient que l'affranchissement soit valable pour toute la parenté, ou, du droit de quelques personnes qui ont pris les armes, pour toute la commune, Rákóczi fait recenser par village ceux qui font effectivement le service militaire, pour circonscrire clairement les communes ayant droit à l'affranchissement (janvier-mai 1704). A part cela, il a organisé une armée régulière. De cette façon il a donc endigué le camp de ceux qui bénéficiaient de la liberté gagnée par les armes.

Un autre bel exemple de l'unification des intérêts se basant sur les traditions est la politique de religion. Dès les premiers mois Rákóczi a pris toutes les confessions sous sa protection. Il était conduit par le principe de la liberté de conscience et par l'intention de réconcilier les religions. Dans son premier édit sur les cultes et l'instruction (24 janvier 1704) il a déclaré égales toutes les confessions du pays, et leur a permis, et même les a encouragées de fonder des écoles. L'importance de ce fait se manifeste pleinement en comparaison avec les ordonnances de l'empereur Léopold selon lesquelles ce n'étaient que les catholiques qui pouvaient obtenir, sur les territoires reconquis, des apanages, le droit d'habiter en ville ou d'entrer dans une corporation.

Étant donné que les communautés religieuses sont en même temps, par les écoles, les chaires, les imprimeries, des centres culturels aussi, la politique de religion de Rákóczi a ouvert, en dernière analyse, la voie devant l'évolution libre des cultures de différentes langues maternelles. La langue de son État est le hongrois, mais il proclamait ses édits toujours en la langue de la population donnée des différentes localités; les patentes, les formules de serment militaire

de simple soldat et d'officier, des chants kouroutz attestent les perspectives possibles des tendances de l'évolution de l'État multilingue.

La forme de gouvernement s'enracine également dans des traditions qui remontent bien loin. Miklós Zrinyi aurait uni, pour l'action commune, les hauts dignitaires des Ordres et les pays voisins par la voie de la confédération. Mais Rákóczi et ses partisans ont pris en considération l'exemple de la Pologne, des Pays-Bas et de la Suisse aussi. La confédération, disait le prince, vaut ce que vaut son contenu. Et ceci signifie exactement que le serment confédératif oblige à s'adapter à l'intérêt commun, à accepter la volonté centrale contre le fractionnement féodal. Nous avons vu que dans la théorie de Justus Lipsius la confédération était considérée également comme le moyen de la centralisation.

La confédération hongroise s'est constituée au début de 1704; elle était l'alliance de la haute noblesse et des comitats. Au commencement Rákóczi l'a envisagée comme une solution provisoire jusqu'à ce que la diète décide du statut politique de la nouvelle Hongrie.

Pourquoi Rákóczi a-t-il convoqué des diètes? (à Szécsény en 1705, à Marosvásárhely, à Ónod en 1707, à Sárospatak en 1708). Aurait-il voulu restaurer l'ancien État féodal hongrois? Je pense qu'on ne peut donner une réponse juste à cette question qu'en la connaissance du système d'ensemble des rapports politiques et des relations de forces des classes. Au lendemain de l'éclatement de la guerre de l'indépendance la cour Habsbourg croyait pouvoir la désarmer par une diète convoquée d'urgence; l'empereur Léopold l'a mise en perspective dès le début de l'année 1704, et Joseph I^{er} l'a convoquée effectivement en février 1708. Il est incontestable que les diètes de Rákóczi avaient un but démonstratif aussi à l'égard de la noblesse et de l'étranger. Car on sait que la cour des Habsbourg considérait la guerre de l'indépendance tout simplement comme une révolte d'aristocrates poursuivant leurs intérêts privés, de seigneurs barbares, de serfs désorientés et ameutés, et pour répandre son opinion, elle menait une large propagande internationale. Et si nous prenons en considération que Rákóczi a une cour princière, mais Buda n'est que la capitale potentielle de son État, nous pouvons arriver à des conclusions supplémentaires.

Cependant, il est beaucoup plus important que Rákóczi n'a réussi à faire accepter les exigences pratiques de l'unification nationale des intérêts non seulement par les comitats mais par les aristocrates aussi, qu'en se basant sur les anciennes traditions de la politique nobiliaire. Les soldats exigeaient une loi assurant leur liberté, et de même les différentes confessions religieuses désiraient voir leurs droits scellés par la loi. Le programme des diètes a été déterminé et préparé chaque fois par Rákóczi et son entourage.

Pendant longtemps je n'ai pas compris pourquoi Rákóczi résume ainsi pour Louis XIV les résultats de la diète de Szécsény: «J'ai gagné toute la nation par ce moyen à mon intérêt, j'ai été autorisé par un consentement général et une confiance si grande que je peux dire que l'on m'a donné un pouvoir tout à fait

souverain » Quelle est la couverture réelle de cette déclaration? Car à la diète de Szécsény Rákóczi devait supporter bien des échecs aussi. Les forces féodales — aristocrates et nobles — l'ont emporté sur les partisans du pouvoir centralisé: à la place du conseil de cour on a créé le Sénat, pour limiter le pouvoir du prince, et dans le Conseil Économique la haute noblesse a également pris le dessus. La diète n'a décidé ni l'interrègne envisagé, ni l'affranchissement des soldats serviles, et le règlement de l'armée régulière n'a été promulgué non plus. Par contre, on a arrangé l'affaire des religions. En ce qui concerne le statut politique, on a réaffirmé la confédération, de plus, on en a élargi les cadres sociaux en y rattachant l'ordre noble, les bourgs, les villes franches de Hefduques, et on a déposé la direction suprême des affaires entre les mains de Rákóczi. Désormais les représentants du corps militaire sont également présents à chaque diète. Il se comprend donc que les diètes deviennent de plus en plus radicales et que les décisions prévues d'une importance capitale (p. ex. la participation égale aux charges publiques, le détronement, l'affranchissement des soldats serviles) soient ratifiées par la loi. Pour illustrer comment Rákóczi se sert ensuite de la loi pour faire valoir ses résolutions centrales, voilà un exemple très intéressant: au printemps de 1706 il rejette une décision du Consilium Oeconomicum avec les propos suivants: « il a été créé par les États Confédérés non pas pour qu'il agisse contre la loi, nous ne le permettons d'aucune manière. »

Il a considéré comme son droit de prince de décider, qui élever et à quelle dignité. « Personne ne doit imputer à péché au prince, » écrit-il, s'il n'emploie pas tout le monde à des services selon les désirs personnels. « Dans tout empire et dans toute principauté les fonctions doivent être appliquées à l'esprit ou à la capacité des gens ».

Cependant, il ne pouvait jamais réaliser ses principes d'une manière conséquente. La hiérarchie féodale est forte, il y a peu de gens cultivés, et beaucoup de tâches. Dans des affaires diplomatiques, politiques, militaires, et dans les principales affaires économiques le droit de décision est à Rákóczi, toutefois il a réussi à réaliser ses ordres moins bien qu'il aurait été nécessaire. « Je sais que vous ne lisez pas toujours les instructions, doit-il endoctriner un de ses généraux des plus fidèles et bénévoles, Antal Eszterházy, l'autorité du général ne signifie nulle part d'être un seigneur absolu mais d'exécuter les consignes. »

Il devait satisfaire les besoins de la guerre des ressources intérieures du pays. Sa politique économique était dirigée par des principes mercantilistes et protectionnistes. Il a étatisé les mines de sel et de minerai, la dîme d'Église et les propriétés des labantz. Il a monopolisé le trafic de plusieurs articles, mais le dégageant du monopole de sel démontre qu'il se conformait d'une manière souple aux exigences intérieures, et stimulait le commerce en le subordonnant généralement aux intérêts de l'économie de l'État. Il soutenait les bourgeois possédant des forges, les artisans des villes. Il a organisé l'industrie de guerre, la fabrication de munitions, d'armes, de salpêtre, il a fondé à Tiszolc une officine

de fer, à Munkacs une manufacture de draps, et soutenait le système « Verleger » comportant les germes de la production capitaliste. Au bout de quelques années, malgré les ravages de la guerre, on était témoin d'un développement manifeste de l'industrie de fer, de cuivre, de cuir et de confection, on voyait s'enrichir une couche restreinte, celle des gens vivant surtout de transport et de trafic, et des officiers profitant de la conjoncture; l'essor de la vie économique allait dépasser les cadres de l'industrie des manufactures. Ce serait une erreur cependant d'attribuer tout cela uniquement à la politique de Rákóczi, ou de le considérer comme le résultat des quelques années de la guerre de l'indépendance. Je pense qu'on assiste ici à la naissance de la possibilité du développement libre des tendances déjà existantes auparavant, que j'ai mises en relief dans l'introduction de ma conférence. Car les spécialistes économiques et les entrepreneurs de la guerre de l'indépendance sont les propriétaires de forges et de mines qui ont survécu de quelque manière à la politique économique des Habsbourg des décennies précédentes. Et les difficultés sans pareilles ne doivent pas être portées, elles non plus, uniquement au compte de la guerre de l'indépendance, même dans le cas du billon.

« Que les pauvres ne soient pas surchargés à notre insu », « que les pauvres gens puissent subsister » . . . et on pourrait encore citer beaucoup d'ordres semblables de Rákóczi. Il protégeait les serfs des excès des soldats, des seigneurs, des fonctionnaires des comitats. « Ce n'est pas le temps de capturer les serfs » — ses déclarations et ses décisions pareilles attestent qu'il était contre la questabilité perpétuelle des serfs, mais nous connaissons peu de cas où il aurait intervenu effectivement dans leur intérêt, pour pouvoir en tirer des conclusions générales, aussi aurait-on besoin encore de recherches approfondies sur ce sujet. Il est certain cependant que sa politique visant la protection de la classe servile était au niveau de son époque. Il voulait rendre la paysannerie forte et résistante pour qu'elle puisse supporter les charges de l'État. C'est le premier cas dans l'histoire hongroise que la porte d'un souverain est toujours ouverte devant le peuple. D'après le témoignage de plusieurs requêtes, toutes les doléances ont été écoutées, examinées à la chancellerie du prince, et on a secouru, selon les possibilités, tous ceux qui en avaient besoin. Mais on ne peut pas passer sous silence le fait que plusieurs fois c'était par la force des armes que Rákóczi a obligé à obéissance les serfs qui se refusaient aux services. Comment est-ce conciliable avec sa politique de protection des serfs? Richelieu écrit que le souverain doit protéger le peuple contre les puissants avides et insatiables dans l'intérêt de la cause publique, dans l'intérêt de l'État. Mais, et c'est l'essentiel, l'intérêt de l'État est qu'on paye le plus d'impôt possible et qu'on fournisse le plus de services possibles. Autrement, écrit le ministre d'État tout-puissant de Louis XIII, « si les Peuples étoient trop à leur aise, il seroit impossible de les contenir dans les Règles de leur devoir . . . La raison ne permet pas de les exempter de toutes Charges, parce que . . . s'ils étoient libres de Tributs, ils penseroient l'être de l'Obéissance.

Il les faut comparer aux Mules qui étant accoutumés à la Charge, se gâtent par un long repos plus que par le travail. » 198—199.) C'est dire que ce sont les conditions de classes du féodalisme qui règnent: l'absolutisme n'est pas un État au dessus des classes. Toutefois, dans les idées de Rákóczi nous ne trouvons aucune trace de la mentalité fermée aux soucis des couches inférieures de la société. Il était plutôt caractérisé d'un humanisme et d'une compréhension rares. Et quand les contradictions sociales du pays l'ont placé à une croisée de chemins, il a pris la voie sur laquelle il s'était engagé dans l'alliance de Brezan.

Au cours de 1706, à l'intérieur du camp kouroutz s'est développé un mouvement des Ordres nobles. Le mouvement d'opposition des comitats a violemment critiqué les méthodes de gouvernement de Rákóczi. Le chef du mouvement, le comte et général Simon Forgách était d'avis que Rákóczi était encore plus tyrannique que l'empereur lui-même, et à l'opposé de son gouvernement absolu il a proposé un système politique qui aurait assuré le pouvoir illimité de l'aristocratie. En même temps des luttes sociales ont éclaté partout dans le pays. La population des villages et des seigneuries non seulement ne voulait, mais ne pouvait plus supporter les charges accrues à la suite de l'absence des paysans partis pour la guerre et à cause de l'obligation d'approvisionner les soldats. Le peuple de Tarpa s'est insurgé parce qu'on exigeait de lui, en dehors de la levée de soldats, de faucheurs, de moissonneurs, de faire encore des travaux industriels. A Munkács, dans la draperie de Rákóczi les artisans grondaient pour les mêmes raisons que les mineurs de sel de Máramaros, les bineurs ou les brasseurs de Tokaj, ou les mineurs de Selmec et de Szolnok: le salaire qu'on leur donnait en monnaie de billon ne valait rien, en plus, il ne pouvaient pas acheter les provisions nécessaires parce qu'il n'y en avait pas. Mais la protestation de l'Ordre militaire dépasse toute autre, puisque c'est lui qui est le plus accablé de toutes les conséquences de la crise générale: les seigneurs, à l'encontre de l'accord de Brezan et de la patente de Vetés, par le droit féodal de la propriété terrienne, contraignaient leurs parents aux services censiers, ou les expulsaient de leurs tenures. Les soldats touchaient leur solde en monnaie de billon, et à beaucoup d'endroits on faisait des abus révoltants de leur approvisionnement. Le comitat imposait des charges publiques à leurs familles, ils n'avaient pas confiance en les officiers subalternes, et dans les régiments on entendait dire tout haut qu'ils avaient beau répandre leur sang, les nobles ne veulent pas la liberté du pays. Les soldats occupaient des terres, des vignes, et les partageaient entre eux: ils voulaient se fixer en dehors du régime censier. Ils exigeaient une loi assurant leur liberté et un nouvel ordre dans la répartition des charges et des biens.

La lutte de classe des serfs, des soldats, des artisans, des mineurs avait les mêmes racines et démontrait le même fait: dans l'ancien régime féodal il n'était pas possible d'édifier un État autonome, l'indépendance nationale exigeait des réformes sociales.

Rákóczi a pris le chemin des réformes: il a brisé l'opposition des Ordres, et à la diète d'Ónod on a déclaré la participation égale aux charges publiques. Après des préparatifs nécessaires, c'était à ce moment-là que les communes Gönc et Tarpa obtenaient les droits de villes franches de heïduques, ensuite la diète de Sárospatak établit une législation sur l'affranchissement des soldats serviles; les serfs ayant lutté avec des armes pourront s'établir, à la fin de la guerre, sur une terre ou dans un village libre. Les habitants de Tarpa obtenaient en plus le droit du libre commerce. « Depuis le moment où nous avons pris les armes, nous avons toujours l'intention première d'accorder une récompense aux Ordres militaires sans le grief des habitants de la Patrie », a écrit Rákóczi. Il n'a pas renoncé à la politique unificatrice des intérêts: Gönc a été affranchi au prix d'une récompense que le Trésor d'État a payée aux seigneurs pour leurs serfs perdus. Cette solution a représenté un tel principe de l'unification nationale des intérêts qui a montré d'ores et déjà un certain caractère bourgeois et qu'on verra se développer dans toute son importance historique en 1848: l'affranchissement des serfs a été effectué avec une indemnisation de la part de l'État.

De longues discussions se poursuivaient et se poursuivent de nos jours sur la question de savoir si la transformation des soldats serviles en paysans libres comportait ou pouvait comporter dans la Hongrie féodale des tendances réelles du progrès. La participation égale aux charges publiques, la protection des serfs, la politique commerciale et industrielle s'intégrant dans les cadres de l'unité nationale des intérêts, tout cela préparait déjà la voie des tendances du progrès qui feront bientôt éclater le régime du deuxième servage.

En 1710, quand les ressources de la guerre étaient déjà en train de s'épuiser en Hongrie tout comme en Europe, Rákóczi croyait pouvoir sauvegarder les résultats de son travail d'édification nationale par l'autorité diplomatique du nouvel État hongrois. Il estimait qu'en réussissant à tenir jusqu'à la paix européenne générale, la Hongrie pourra s'accorder avec la Monarchie des Habsbourg sur la base de conditions favorables, au niveau d'une convention interétatique. Ces conditions ont été résumées par la diplomatie de son allié, Pierre I^{er}, de la manière suivante: que la Hongrie soit égale aux autres pays de l'empire des Habsbourg à l'égard des impôts, du commerce et de l'industrie.

Mais les politiciens doués de la cour impériale ont reconnu que l'arrangement de la cause de la Hongrie par la paix européenne générale entraînerait des conséquences immesurables pour la dynastie. Ils ont tout fait pour mettre fin à la guerre de Hongrie avant les négociations de paix internationales. Pendant que Rákóczi était en Pologne pour y négocier avec Pierre I^{er}, en Hongrie János Pálffy, général en chef des troupes impériales et Sándor Károlyi, commandant en chef de la Confédération hongroise se sont mis d'accord: le 30 avril 1711 ils ont signé la paix de Szatmár.

Le nouveau compromis de la dynastie Habsbourg et des Ordres hongrois a lié le destin de la Hongrie à l'empire pour presque 150 ans encore. Les tendances

de l'évolution dont les germes ont apparu en Hongrie à l'époque de l'expulsion des Turcs se sont intensifiées au cours du XVIII^e siècle, mais dans le cadre du régime consolidé du deuxième servage, dans les conditions de l'absence de l'indépendance d'État, dans une situation aggravée par l'immunité fiscale de la noblesse, le pouvoir illimité des seigneurs terriens, le commerce subordonné aux intérêts de l'empire, par l'industrie manufacturière se développant sur les propriétés du Trésor et des seigneurs et basée principalement sur la corvée et l'achat forcé, aggravée encore par la discrimination de religion et par une politique culturelle appropriée à celle-ci, et tout ceci sous le signe de la constitution des Ordres. Une couche restreinte de la haute noblesse voyait s'agrandir les possibilités de l'élargissement de son économie, mais ces mêmes possibilités affaiblissaient les chances des couches inférieures de la société et portaient en elles leurs propres limites.

En 1722, à l'année de la Pragmatica Sanctio, dans l'officine de verre de Sándor Károlyi à Száldobágy, par exemple, ce fut la corvée, la main-d'œuvre gratuite qui, d'après le compte des frais, fit pencher la balance en faveur des recettes.

D'après Le Noble, premier biographe de Rákóczi (1707), quand le courrier fut arrivé à Madrid avec la nouvelle du détronement d'Ónod, on vit reparaître l'exemple de Cromwell. On sait que Rákóczi n'était pas révolutionnaire. Il était le parent spirituel des grands souverains absolutistes, de Louis XIV et de Pierre le Grand, qui s'est engagé, dans les conditions graves de la Hongrie, sur la voie spécifique, propre à l'Europe centrale de l'Est, de la centralisation de l'État, de l'absolutisme.

Il n'a pas eu le temps de réaliser ses projets, de les faire mûrir. Mais c'est de ses forges que se sont développés les premiers hauts-fourneaux hongrois, — l'usine sidérurgique de Tiszolc, modernisée, fonctionne encore de nos jours — et la liberté a libéré de telles énergies sociales qui, même opprimées, nourrissaient des mouvements antiféodaux et des luttes pour l'indépendance nationale. L'œuvre de Rákóczi, l'idéal de l'État hongrois indépendant, s'est intégrée dans son importance politique dans l'histoire de la Hongrie. Il est certain que, si l'histoire du pays s'était poursuivie dans les cadres d'un État hongrois indépendant, la société hongroise aurait pu prendre la voie des nations bourgeoises, plus préparée, plus endurante.

A l'état actuel de nos recherches il serait encore prématuré de tirer des conclusions théoriques en ce qui concerne les rapports de toute nécessité entre l'absolutisme, l'indépendance de l'État et le progrès social. En tous cas, ce n'est que dans ce contexte qu'on peut comprendre la constatation de József Eötvös (politicien et sociologue, 1813-1871) sur le rapport entre l'absolutisme et l'histoire hongroise: la dure école de l'absolutisme a manqué à l'évolution historique de la Hongrie, et c'est précisément pour cette raison, écrit-il à J. St. Mill aux années 1850, qu'il éprouve une profonde angoisse à l'égard de l'époque bourgeoise de la Hongrie.

Littérature et sources

La vaste littérature du débat international sur le caractère de l'évolution du XVII^e siècle est résumée par H. LANGER: *Eine neue »Krise des Feudalismus«* (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1971. XIX Jhg. H : 7.) Les prises de position soulignant l'évolution et la stagnation sont résumées par R. VÁRKONYI: *Historical Personality, Crisis and Progress in 17th Century Hungary* EH. 1970. 270 sqq.

Sur l'importance de l'époque dans l'évolution de l'Europe centrale de l'Est du point de vue du développement ultérieur cf. Zs. P. PACH: *The Shifting of International Trade Routes in the 15th—17th Centuries* (Acta Historica, 1968); GIEROWSKI, J. A.: *L'Europe centrale au XVII^e siècle et ses principales tendances politiques* (XIII ICHS, Moscow, 1970.): voir encore les études de HROCH, POLISENSKY, TOPOLSKI, J.

Sur les traits fondamentaux du caractère centre-est-européen de l'évolution de la Hongrie: Zs. P. PACH: *Die ungarische Agraentwicklung im 16—17. Jahrhundert. Abbiegung vom westeuropäischen Entwicklungsgang* (Studia Historica 54., Budapest, 1964.). Sur les conditions démographiques: Z. DÁVID: *Magyarország népessége a 17—18. század fordulóján* (La population de la Hongrie au tournant du XVII^e et du XVIII^e siècle). (Történeti Statisztikai Évkönyv 1961—62. Budapest, 1962.) É. VERESS: *A 16—17. századi demográfiai kutatás problémái Magyarországon* (Les problèmes des recherches démographiques de la Hongrie couvrant les XVI^e—XVII^e siècles). (Manuscrit.) Sur la formation du système du métayage seigneurial et de la corvée: Zs. P. PACH: *Nyugateurópai és magyarországi agrárfejlődés a XV—XVII. században* (Évolution agraire en Europe occidentale et en Hongrie au cours des XV^e—XVII^e siècles). Budapest, 1963. Zs. P. PACH: *A Kelet-európai »Gutswirtschaft« problematikájához: robotmunka és bérmunka a földesúri majorságokon a XVI—XVII. századi Magyarországon* (A la question de la »Gutswirtschaft« est-européenne: corvée et travail salarié dans les métairies seigneuriales de la Hongrie des XVI^e—XVII^e siècles). (Agrártörténeti Szemle, 1971.). Sur le servage perpétuel et le franc-servage: L. MAKKAI: *Robot—summe—taxa* (Corvée—somme—taxe). (Történelmi Szemle, 1964, n° 2). J. VARGA: *Jobbágyrendszer Magyarországon a feudalizmus kései századaiban* (Le servage en Hongrie au cours des derniers siècles du féodalisme). Budapest, 1969. Sur les conditions commerciales: S. TAKÁCS: *Két világherkedelmi cikkiünk a XVII. században* (Deux articles hongrois du commerce mondial dans le XVII^e siècle). (Magyar Gazdaságtörténeti Szemle, 1903.) Une synthèse monographique de l'extraction et du commerce de cuivre, des monopoles de cuivre et des marchés internationaux: J. VLACHOVIC: *Slovenská med v. 16. a 17. storiči*. Bratislava, 1964. Sur les effets des marchés européens: Zs. P. PACH: *The Role of East-Central Europe in International Trade (16th and 17th Centuries)*. EH (1970). Sur les mouvements commerciaux animés malgré les difficultés: Á. VÁRKONYI: *Handelswesen und Politik in Ungarn des XVII—XVIII. Jahrhunderts. Theorien, Monopole und Schmuggelbewegungen 1600—1711*. (Acta Historica 17, 1971.) A la base des données des tarifs douaniers la dépression est soulignée par V. ZIMÁNYI—PRICKLER: *Konjunktúra és depresszió a XVI—XVII. századi Magyarországon az ártörténet és a harmincadbevételek tanúságai alapján és kitekintés a XVIII. századra* (Conjoncture et dépression en Hongrie au cours des XVI^e—XVII^e siècles, d'après le témoignage de l'histoire des prix et des rentrées du trentième; coup d'œil sur le XVIII^e siècle). (Agrártörténeti Szemle, 1974.).

Sur l'importance de la formation des officines, apportant un changement qualitatif dans le développement: HECKENAST: *A vaskohászat története Magyarországon a honfoglalástól a kiegyezésig* (L'histoire de la sidérurgie en Hongrie depuis la Conquête du pays jusqu'au Compromis austro-hongrois). (Bányászati és Kohászati Lapok. 1973)

Un résumé sur les usines industrielles des propriétés seigneuriales hongroises: Á. VÁRKONYI: *Magyarország társadalom- és gazdaságtörténete a XVII. század második felében* (L'histoire sociale et économique de la Hongrie à la seconde moitié du XVII^e siècle). (1975, manuscrit, dans le tome III de la synthèse *Histoire de la Hongrie*). Sur l'activité commerciale et industrielle des propriétés des Zrinyi, sur la transformation de la structure des revenus: LASZOWSKI: *Grada za gospodersku povijest hrvatske u XVI. — i. XVII. stoljeću*. Zagreb, 1951, et l'introduction de M. MIRKOVIC, Cf. encore: J. ADAMCEK: *A Zrinyi és a Frangepán birtokok a XVII. században* (Les propriétés des Zrinyi et des Frangepán au XVII^e siècle). (Rodovi 2., Zagreb, 1972). I. N. KISS: *Nagybirtokok árutermelése és külkereskedelme a XVII. századi Magyarországon* (La production marchande et le commerce extérieur des grandes propriétés dans la Hongrie du XVII^e siècle). Budapest, 1968. Sur le filage en corvée dans l'industrie textile ayant d'ailleurs une situation exceptionnelle, et sur les antécédents au XVII^e siècle: W. ENDREI: *Magyarországi textilmanufaktúrák a 18. században* (Manufactures de textile en Hongrie au XVIII^e siècle). Budapest, 1969. 94, 85. Sur les questions de l'exploitation minière, à l'égard surtout du changement des rapports de propriété et de la situation de la population

servile des domaines de mines: A. PÉCH: *A selmeci bányavállalatok története 1650—1750.* (L'histoire des entreprises minières de Selmec de 1650 à 1750). S. a. D. Kosáry Budapest, 1967. et A. PÉCH: *Alsómagyarország bányaművelésének története 1650—1750.* (L'histoire de l'exploitation minière de la Basse-Hongrie de 1650 à 1750). S. a. D. Kosáry Budapest, 1967. Sur l'artisanat des villes: M. SUCHY: *Vyvoj majetkovej diferenciacie levoškeho obyvateľstva od polovice 16. do konca 17. Storočí* La différenciation des biens de la population de Lőcse au 16^e et 17^e s. (Historicky Casopis 1969, 17, 1.) ST KAZIMIR.: *Vývoj ekonomicko sociálnej štruktúry mesta Trnavy v poslednej tretine 16. stor. a v 17. str.* (Historicky Casopis 1970, 18.) GY. GRANASZTÓI: *Sopron XVI—XVII. századi lélekszáma* (Le nombre des habitants de Sopron aux XVI^e—XVII^e siècles). (Történelmi Szemle, 19). L. RUZSÁS: *A Dunántúli védelmi vonal és a parasztpolgári fejlődés a XVI—XVII. században* (La ligne de défense transdanubienne et le développement de l'embourgeoisement des paysans aux XVI^e—XVII^e siècles). (Budapest, 1968, tiré à part de Értkezések: 1967—1968; Dunántúli Tudományos Gyűjtemény 87.). I. OROSZ: *A hegyaljai mezővárosok társadalma a XVII. században* (La société des bourgs de la région de Hegyalja au XVII^e siècle). (Agrártörténeti Tanulmányok (réd. I. SZABÓ), Budapest, 1960. Sur les corporations villageoises: G. EPERJESSY: *Mezővárosi és falusi céhek az Alföldön és a Dunántúlon* (Les corporations des bourgs et des villages de l'Alföld et de la Transdanubie). Budapest, 1967. L. RUZSÁS: *Városi fejlődés a Dunántúlon a XVI—XVII. században* (Évolution urbaine dans la Transdanubie aux XVI^e—XVII^e siècles). Budapest, 1966.

Le débat international sur les rapports du pouvoir d'État centralisé et absolutiste et de l'évolution économique et sociale est résumé par E. MOLNÁR: *Az abszolutizmus gazdasági és társadalmi alapjai Európában* (Les bases économiques et sociales de l'absolutisme en Europe), et les interventions de L. ELEKES, Zs. P. PACH, M. HORVÁTH, I. SINKOVITS, I. WELLMANN, É. H. BALÁZS et Á. VÁRKONYI (MTA TTK 1965, t. XIV, n^o 3). On trouve de nouveaux points de vue sur la formation du pouvoir unique, de l'administration aristocratique, et sur la naissance du nouvel idéal du souverain cultivé qui embrasse du regard toutes les affaires de l'État, chez BÉRENGER: Le problème du Ministerrat au XVII^e siècle (Annales 1974).

La base des références comparatives: l'étude de MOLNÁR (concernant la gabelle); V. L. TAPIÉ: *La France de Richelieu et de Louis XIII.* Paris, 2^e éd. 1967. (avec de nouveaux points de vue dans l'appréciation du rôle de Richelieu); LEMARCHAND: *Crises économiques et atmosphère sociale dans le milieu urbain sous Louis XIV.* (Revue d'histoire moderne et contemporaine, 1967) (sur le corps dirigeant et la bourgeoisie riche des villes prenant le parti du pouvoir d'État à l'opposé des protestations contre les monopoles et les impôts et des mouvements sociaux des pauvres.)

Sur la littérature de théorie politique: A. BALACI: *Niccolo Machiavelli.* București, 1969. (En hongrois: éd. Gondolat et Albatrosz, Budapest—Bukarest 1969; trad. par Gy. JÁNOS-HÁZY (T. WITTMAN: A magyarországi államelméleti tudományosság XVII. sz. eleji alapvetésének németalföldi forrásaihoz (J. Lipsius). (Les sources néerlandaises des commencements de la science de théorie politique hongroise du début du XVII^e siècle [J. Lipsius]). Filológiai Közölny, 1957.) G. OESTERICH: *Justus Lipsius als Theoretiker des neuzeitlichen Machtstaates.* (Historische Zeitschrift 1956. 181. sqq.)

Sur la théorie politique hongroise du XVI^e siècle, exigeant la centralisation et des réformes sociales et militaires, et sur l'influence des idées bourgeoises européennes: T. KLANICZAY: *Zrinyi Miklós.* Budapest, 1964. KÖPECZI: *La politique des Cartésiens en Hongrie et en Transylvanie au XVII^e siècle et au début du XVIII^e siècle* (EHH 1975). R. VÁRKONYI: *La coalition internationale contre les Turcs et la politique étrangère hongroise en 1663—1664* (EHH 1975).

Sur les sources de la théorie politique de Rákóczi: KÖPECZI—R. VÁRKONYI: *II. Rákóczi Ferenc.* Budapest, 1976. Cf. encore: KÖPECZI: *Rákóczi Bossuet és Fénelon között* (Rákóczi entre Bossuet et Fénelon). (In: *Tanulmányok a magyar-francia irodalmi kapcsolatok történetéből.* Budapest, 1970.) G. HECKENAST: *II. Rákóczi Ferenc könyvtára, 1701* (La bibliothèque de François II. Rákóczi, 1701). (ITK 1958) (l'auteur souligne que le jeune Rákóczi étudiait les manuels les plus populaires de l'absolutisme). B. ZOLNAI: *II. Rákóczi Ferenc olvasmányai óbécésúj helyibörtönében* (Les lectures de François II Rákóczi dans sa prison de Wiener-Neustadt).

Sur l'absolutisme des Habsbourg: les opinions formulées par les différentes tendances de l'ancienne historiographie hongroise sont résumées par R. VÁRKONYI: *A Habsburg abszolutizmus a XVII. század második felében és Magyarország* (L'absolutisme des Habsbourg dans la seconde moitié du XVII^e siècle et la Hongrie) (débat de 1961, in: TSz. 1965). Sur sa base sociale: L. MARKAI: *Az abszolutizmus társadalmi bázisának kialakulása az osztrák Habsburg országokban* (La formation de la base sociale de l'absolutisme dans les pays des Habsbourg autrichiens) (TSz. 1960, n^o 2—3). Sur les rapports entre la politique de commerce et de crédit et l'évolution économique: H. HASSINGER: *Johann Joachim Becher 1635—1682.* Wien 1951. G. OTRUBA: *Die Bedeutung englischer Subsidien und Antizipationen für die Finanzen Oesterreichs 1701 bis 1748* (Vierteljahrschrift für Social-und Wirtschaftsgeschichte, 1964,

51). I. WELLMANN: *Merkantilistische Vorstellungen in 17. Jht. und Ungarn* (NÉM, Budapest, 1965). Á. R. VÁRKONYI: *Hapsburg absolutism and serfdom in Hungary at the turn of the 17th and 18th centuries* (NEH 1965).

Sur les conditions financières de l'empire basées sur le crédit: F. SZAKÁLY: *Oppenheimer Sámuel működése, különös tekintettel magyarországi kihatásaira* (L'activité de Sámuel Oppenheimer du point de vue de son influence en Hongrie). (Magyar Zsidó Oklevéltár, t. XIV., Budapest, 1971). L'accent est mis sur le développement de l'industrie manufacturière autrichienne dans G. M. DICKSON: *War Finance 1689—1714*. (The New Cambridge Modern History, 1970. 602—603.) La littérature sur le développement de l'industrie manufacturière des provinces héréditaires de l'Autriche est résumée, en mettant l'accent sur l'importance du développement industriel autrichien en rapport avec l'activité des caméralistes, par G. HECKENAST: *Az új-kori iparfejlődés kezdetei a Habsburg birodalomban* (Les débuts du développement industriel à l'âge moderne dans l'empire des Habsbourg). (TSz.) Sur l'évolution de la Bohême: A. KLIMA: *Manufakturi období v Cechach*. Praha, 1955.

Sur la relation de l'absolutisme Habsbourg et des Ordres: K. BENDA: *L'absolutisme et la résistance des Ordres au XVI^e siècle dans les États de la Maison d'Autriche* (EHH 1975). De nouveaux points de vue concernant le portrait de souverain de l'empereur Léopold et le changement, après la mort de Portia, du mode de gouvernement de l'absolutisme des Habsbourg: BÉRENGER, op. cit. Sur la politique sociale et économique de la Hongrie, à part les données publiées dans les études de 1965 et 1970 de VÁRKONYI, cf. l'édit sur le servage de 1672 de l'empereur Léopold I^{er}, imprimé en langue hongroise: Département des manuscrits de l'Académie des Sciences de Hongrie, collection de Károly Ráth. Sur les conditions douanières de la Hongrie, sur les revenus perdus à cause des monopoles, des dispenses et de la contrebande, et sur les privilèges de la noblesse hongroise et des Autrichiens: OL, NRA. Fasc. 90 (1667). Sur les aspects nationalitaires de la politique de colonisation des Habsbourg: D. KOSÁRY: *Pest megye a kuruc korban* (Le département de Pest à l'époque kouroutz). (In: *Pest megye múltjából*, 1965.) Sur les relations de l'absolutisme des Habsbourg et la contre-réforme hongroise une nouvelle matière est découverte par L. BENCZÉDI: *A prédikátorperek történeti háttere* (Le dessous historique des procès de prédicateurs). (Theológiai Szemle, 1975). Sur la politique culturelle de l'empereur Léopold I^{er}: O. SASHEGYI: *Allami könyvcenzúra kezdetei Magyarországon* (1673—1705) (Les débuts de la censure d'État des livres en Hongrie (1673—1705). (Magyar Könyvszemle, 1968.) R. VÁRKONYI: *Művelődés és államhatalom a Rákóczi szabadságharc idején Magyarországon* (Culture et pouvoir d'État en Hongrie à l'époque de la guerre de l'indépendance de Rákóczi). (Colloque de Rákóczi, Vaja, 1975.)

Sur l'État de la guerre de l'indépendance de Rákóczi: cf. KÖPECZI—VÁRKONYI, et les conférences de KÖPECZI., L. HOPP., G. HECKENAST., K. BENDA, I. WELLMANN au colloque de Szécsény (1975).

Sur les rapports de Rákóczi et des serfs cf. parmi les ouvrages de pionnier d'une importance primordiale de T. ESZE: *A tiszaháti felkelés* (L'insurrection de Tiszahát) (1951), *II. Rákóczi Ferenc brezáni kiáltványa* (La proclamation de Brezan de François II Rákóczi) (Sz. 1954), *II. Rákóczi Ferenc tiszántúli hadjárata* (La campagne transstibiscienne de François II Rákóczi) (Századok, 1951), *Tarpa és Esze Tamás* (Tarpa et Tamás Esze) (Nyíregyháza, 1966), *Kuruc vitézek folyamodványai* (Les requêtes des soldats kouroutz) (Budapest, 1955). Cf. encore: I. RÁCZ: *A hajdúk a XVII. században* (Les hetduques au XVII^e siècle). Debrecen, 1969. I. SZENDREY: *Göncz hajdúszabadságlevele 1706-ból és Rákóczi Ferenc és a jobbágykérdés* (La charte des libérés hetduques de Göncz de 1706 et François Rákóczi et la question du servage) (Alföld, 1976, n° 5). Sur la politique d'économie: G. HECKENAST: *Fegyver és lőszergyártás a Rákóczi szabadságharcban* (Fabrication d'armes et de munitions au cours de la guerre de l'indépendance de Rákóczi) (Budapest, 1959) et G. HECKENAST: *Lányi Pál. A magyarországi kora kapitalizmus történetéhez* (Pál Lányi. Contribution à l'histoire du précapitalisme en Hongrie) (TSz 1962). L'activité de Rákóczi dans l'organisation de la vie économique est analysée par I. BÁNKUTI: *A Rákóczi-szabadságharc gazdasági problémái* (Les problèmes économiques de la guerre de l'indépendance de Rákóczi) (Thèse de candidature). Du même auteur: *Die Bedeutung des Bergbauwesens und die Bergarbeiterbewegung während des Rákóczi-Freiheitskrieges 1703 bis 1711* (Freiburger Forschungshefte 1964), et: *Egy görög kereskedő tevékenysége Kecskeméten és a Dél-Alföldön* (L'activité d'un commerçant grec à Kecskemét et dans la région sud de l'Alföld).

La situation militaire générale et la guerre d'indépendance de Rákóczi

Par

Gy. RÁZSÓ

Nous pouvons dire, sans aucune exagération, que le succès de la guerre d'indépendance de Rákóczi dépendait de la situation militaire générale européenne et, de plus près, était fonction du résultat de la guerre de succession espagnole.

Ceci est clair pour la plupart des contemporains, du moins pour Rákóczi qui le voyait clairement, c'est pourquoi il s'efforce de coordonner ses plans avec ses alliés français comme le démontre si bien Árpád Markó dans son étude fort intéressante.¹ Non seulement le gouvernement des Pays-Bas, celui de Grande-Bretagne, mais aussi le Président du Conseil de Guerre de la cour impériale, le Prince Eugène de Savoie, jusqu'en 1708, à toutes les occasions, protestent lorsque les Autrichiens renvoient leurs troupes des champs militaires importants, pour les rejeter vers la Hongrie.²

En 1705, donc, au cours de l'épanouissement de la guerre d'indépendance des Kouroutz, il y avait relativement peu de soldats autrichiens de l'empereur qui combattaient en Hongrie. Selon certaines statistiques, la grandeur de la solde des soldats de l'armée autrichienne engagés dans les combats sur les territoires différents aurait été répartie comme suit: Italie 800.000, au bord du Rhin 400.000, en Hongrie 300.000 écus étaient nécessaires pour assurer l'entretien des troupes.³

Ici nous ne voyons pas figurer les troupes de l'empereur qui siègent en Espagne, car elles sont payées surtout par l'argent espagnol, plutôt catalan et anglais.

Il n'est pourtant pas possible de considérer la guerre de Rákóczi comme une question autrichienne intestine, ne dépendant directement de la situation militaire générale et représentant un cas de rébellion sans importance. Il faut la considérer comme une partie intégrante de la guerre de succession espagnole

¹ Á. MARKÓ II. *Rákóczi Ferenc haditervei és a spanyol örökösödési háború.* (Les plans militaires de François II Rákóczi et la guerre de succession espagnole.) Bp. 1937. 19. Béla Köpeczi arrive lui aussi à la même conclusion: B. KÖPECZI: *La France.* 50. p.

² H. BRAUBACH: *Prinz Eugen von Savoyen.* Wien 1964. Bd. 2. 91., 97., 187. p.

³ idem 106. p.

qui, pendant une certaine période, surtout en 1703-1704, a sérieusement influencé l'issue de la guerre, fixant de manière permanente d'importantes troupes autrichiennes, les empêchant, ainsi que les alliés de prendre un avantage sérieux sur les autres champs de bataille. Afin de prouver notre thèse, il est important tout d'abord de dresser les caractéristiques et les particularités de la guerre de succession espagnole.

Comme il est connu, la lutte armée a commencé dès le printemps de l'année 1701 en Italie, la guerre n'ayant été déclarée par les alliés que le 15 mai 1702. Les Puissances Alliées étaient l'Autriche, l'Empire Germanique, les Pays-Bas et l'Angleterre. La guerre a été commencée sous le signe de la plus grande puissance militaire, par le signe du prestige militaire de la France. La France était aidée d'une part par le prestige de son armée imbattable et bien organisée, d'autre part par l'avantage de lignes militaires intérieures et le fait que ses alliés, Rákóczi, l'Espagnole sous le règne d'un Bourbon, la Bavière et les Principautés de Cologne acceptaient sa supériorité dans la direction des combats.

Les alliés, par contre, n'avaient pas de buts unifiés et leur position était compliquée par une situation financière catastrophique de l'Autriche.⁴

La cour de Vienne, tenant compte de ses intérêts dynastiques, concentrait ses efforts pour occuper la Lombardie et Naples, terres appartenant à l'Espagne, mais situées en Italie, soutenir le Prince Charles en Espagne, vaincre la guerre d'indépendance hongroise et négligeait de la sorte le front du Rhin. « Les Puissances maritimes », l'Empire Germanique et la Grande-Bretagne par contre luttaient pour contrecarrer la puissance trop grande de la France sur la mer, contre son hégémonie sur la mer pour assurer la leur et aussi pour se procurer les colonies de la France. La divergence des objectifs stratégiques et politiques ont tendu les rapports des alliés à chaque instant dont le résultat a été d'abord le relâchement systématique, enfin après 1711 la dissolution définitive de l'alliance.

La partie la plus vulnérable de l'alliance, comme nous l'avons déjà mentionné, était l'Autriche, empire mal géré, dont les finances étaient au bord de la banqueroute et qui ne pouvait pas répondre même à ses obligations militaires, car bien qu'en 1702 l'empire autrichien eût promis de donner 82.000 soldats contre les Français, il ne réussit à fournir que 50—55.000 militaires dans les premières années de la guerre.⁵ Plus tard, grâce à l'aide de réformes financières aussi, elle arrivait à élever cet effectif à 120.000 personnes.

La France a été aidée d'un hasard pour pouvoir arriver à attaquer l'Autriche. Maximilien Emmanuel de Bavière se tourna non ouvertement,

⁴ idem 28—29. p. M. L. FREY: *Austria's role as an ally of the Maritime Powers*. Ann Harbor 1971. 52—61. p.

⁵ FREY: o. c. 6—7. p. JANGUT-BERSOVLAV: *Die österreichische Gesandtschaft in London während des Spanischen Erbfolgekrieges*. (1701—1711) Bonn, 1972. 23—26. p.

puis l'année suivante tout à fait ouvertement en faveur de la France, et comme nous le savons, l'année suivante, en 1703, la guerre d'indépendance de Rákóczi éclata aux confins de l'empire autrichien.

Le Maréchal Villars reconnut avec grande sagesse qu'une prompte et écrasante victoire de la France ne pouvait être obtenue qu'en combattant l'Autriche, c'est pourquoi, au printemps 1703, il obtint de son roi la permission d'envoyer une armée en Allemagne.⁶

Le plan était inhabituel et plein de risques. Il était basé sur les stocks d'alimentation, car les armées dont le mouvement était fort difficile ne s'aventuraient que très rarement à une distance de plusieurs centaines de kilomètres hors de leurs frontières, s'exposant ainsi aux attaques des ennemis, puis à des difficultés d'approvisionnement.

Le plan du maréchal français était pourtant pour la France et ses alliés la seule possibilité de vaincre. Le système de fortifications de l'Allemagne et de l'Alsace-Lorraine rendaient impossible à qui que ce soit des deux parties d'obtenir un avantage sérieux. En même temps, les campagnes d'Italie et d'Espagne, malgré leur importance, n'étaient pas aptes à décider du sort de toute la guerre.

Selon l'idée de Villars, des corps d'armée importants venant de la région du Rhin et de l'armée italienne de Vendôme envahiraient l'Allemagne, se joignant aux troupes bavaroises de Maximilien Emmanuel et suivant le Danube se tourneraient contre Vienne pour « Porter la terreur dans l'Empire, forcer l'Empereur à la paix. »⁷

Le chef militaire français avait reconnu l'importance militaire de la lutte de Rákóczi et pensait aussi à se joindre aux Hongrois rebelles.⁸

L'avance française mit Vienne dans une situation catastrophique et aussi bien les dirigeants de Vienne que ceux de l'alliance avaient peur que la pression venant de deux côtés, franco-bavaroise d'une part, hongroise de l'autre ne fasse effondrer l'empire croulant. Selon Hamel Bruyninx, délégué de la Hollande « les choses sont très critiques ici et il semble que la Maison (des Habsbourg) touche à sa fin, tout le système militaire s'écroulera à moins qu'il ne se passe un miracle divin. »⁹ Le miracle cependant se produit, en premier lieu par la faute de Maximilien Emmanuel. Le Prince Electeur de Bavière en 1703 n'utilisa pas l'avantage qu'aurait pu lui donner la faiblesse chronique de l'empire et au lieu d'envahir la Haute Autriche, il entra dans le Tyrol. Au mois de janvier de l'année suivante, il occupa, il est vrai, Passau, mais ne se sentant pas assez fort avec ses armées de 25.000 soldats, au lieu de continuer

⁶ C-L. H. VILLARS: *Mémoires*. Paris, 1887. T. 2. p. 48—56.

⁷ Lettre de Villars au ministre français de la Défense Chamillart le 30 mai 1703. Villars o. c. T. 2 p. 295.

⁸ idem 87—88., 318. p. COURCY, de: *La coalition de 1701 contre la France*. Paris 1886. T. 1 p. 27—28.

⁹ O. REDLICH: *Das Werden einer Grossmacht, Österreich von 1700 bis 1740*. Wien 1942. 40. p.

sa marche, il se retira. Pourtant, à l'époque, Rákóczi a déjà entrepris la libération de la Transdanubie et fixait un nombre considérable de forces autrichiennes, de la sorte que si les troupes unifiées de Bavière avaient été renforcées, ce qui le plus simplement aurait pu être fait à partir de l'Italie où les troupes de Vendôme montant à près de 80.000 personnes en armes étaient disponibles, la possibilité de vaincre l'Autriche aurait été réelle et la guerre aurait pu être gagnée!¹⁰

La possibilité de gagner la guerre fut ainsi lâchée par les Français; ils ne réussirent plus jamais à la reprendre. L'année suivante, le Maréchal Tallard et ses troupes ont pénétré en Allemagne, mais c'était déjà trop tard; les troupes françaises ont été suivies par les troupes anglaises de Marlborough; ainsi les forces se sont égalisées. Les Français ont de nouveau commis une série d'erreurs stratégiques et tactiques, les troupes de Tallard comptaient seulement 30.000 soldats, alors que Villeroy et Vendôme avec respectivement 45.000 et 80.000 soldats attendaient passivement au bord du Rhin et en Italie, sans qu'ils eussent aidé ni l'un ni l'autre le Maréchal Tallard. Tallard, lui aussi commit une faute, car il fut incapable de défendre Donauwörth, et ainsi le 13 août 1704, il se vit obligé à Höchstädt d'accepter la bataille.¹¹

Après la défaite de Höchstädt, la guerre changea de direction; les armées de France et de Bavière quittèrent l'Allemagne, l'initiative des Français devint inexistante, ils se retirèrent de plus en plus sur la défensive. La possibilité de coopérer avec les troupes de plus en plus fortes de Rákóczi n'exista plus. Les Français ont entrepris un projet audacieux quelque peu risqué, mais ils n'ont pas saisi la possibilité qui se présentait et n'ont pas renforcé les troupes dont ils pouvaient attendre de droit qu'elles décident du sort de la campagne militaire. L'Electeur de Bavière, Maximilien n'avait d'autre objectif que d'annexer de nouveaux territoires à son royaume, et il ne s'occupait que fort peu de la situation générale militaire.

Rákóczi, lui, n'était nullement responsable de l'échec. Les troupes armées hongroises n'étaient pas encore assez fortes pour pouvoir s'engager dans une lutte armée ouverte avec les armées de l'empereur, elles ont cependant fixé une grande partie des forces impériales et Rákóczi se montrait toujours prêt à se joindre aux armées franco-bavaroises si elles désiraient se tourner vers Vienne.

Plus tard, Rákóczi se considéra partisan de la coopération militaire, en 1705 il proposa aux armées de Vendôme de se tourner vers la Croatie et de traverser ce pays pour se joindre aux armées de Rákóczi en Transdanubie,

¹⁰ La critique de Villars, voir VILLARS œuvre citée T; 2, p. 318. W. CHURCHILL dit la même chose dans *Marlborough, his life and times*. London 1947. Vol. 1. p. 689—690.

¹¹ Villars, déjà avant la bataille avait acte de l'importance de la perte de Donauwörth. (VILLARS, œuvre citée 69.), G. PERJÉS: *A höchstädti csata*. (La bataille de Höchstädt). HK. 1958. 3—4. n. p. 165—167.

en menaçant Vienne de ce côté. Les chefs militaires français cependant ne prirent pas au sérieux ce plan qui comportait véritablement beaucoup de difficultés.¹²

Les années qui succédèrent à Höchstädt, apportèrent une série de défaites aux Français. Eugène de Savoie, après la victoire de Turin en 1706, le 7 septembre repoussa les Français de l'Italie. Les alliés entrèrent en territoire français et en 1707, il est vrai sans succès, mirent le siège à Toulon. Aux Pays-Bas, la victoire de Ramillies, obtenue par Marlborough le 13 mai 1706, donna la possibilité de l'initiative aux alliés.

La guerre d'indépendance hongroise resta donc isolée. L'aide militaire française s'élevait seulement à 200.000 écus d'or par an, à 80—100 officiers-conseillers pour assurer la formation militaire, à 2000—3000 grenadiers et cavaliers français.¹³ La cour de Vienne par contre, s'efforça d'obtenir une solution par les armes en Hongrie. L'entreprise d'Herbeville servit en 1705 cet objectif, puis en 1707, au printemps, les campagnes de Stahremberg, de Rabutin et de Pálffy menées de trois directions en Transdanubie. Les deux campagnes n'eurent aucun succès, et l'armée kouroutz au sommet de sa force, comprenant presque 100.000 hommes — bien que les armées en Hongrie eussent été renforcées plusieurs fois, malgré l'opinion contraire des alliés — cette armée n'a pas été battue par les forces de 30—32.000 soldats de l'empereur.¹⁴ Il est possible de juger de l'importance du front hongrois par le fait qu'en 1705 les alliés mécontents du chef des armées, Louis de Baden, de son activité car il était déjà âgé et malade, désiraient l'écarter de la direction des armées du Rhin, le Conseil de Guerre de la Cour d'Autriche cependant protesta contre le désir que l'on envoie ce chef impuissant à la tête des troupes d'Italie ou de Hongrie.¹⁵

Rákóczi se rendit fort bien compte qu'il fut incapable, se basant seulement sur les forces militaires qu'il possédait en Hongrie, de remporter une victoire sur l'armée excellente, bien qu'en proie à de nombreuses difficultés, de l'empereur. C'était pour cette raison qu'il s'efforçait de trouver de nouveaux alliés. Il fit en sorte, soutenu par la diplomatie française, pour que le roi de Suède Charles XII, ayant occupé la Saxe, se tournât contre Vienne avec ses armées. Cependant les gouvernements anglais et autrichien déjouèrent ce projet par d'adroites manœuvres, et le roi de Suède, à la grande satisfaction des Autri-

¹² S. MÁRKI: *Rákóczi adriai tervei*. (Les plans de Rákóczi sur l'Adriatique). Bp. 1915. 17—18. p. Á. MARKÓ: *II. Rákóczi Ferenc a hadvezér*. (François II Rákóczi, chef militaire). Bp. 1934. 176—177. p.

¹³ Á. MARKÓ: *Rákóczi, a hadvezér*. (Rákóczi, chef militaire). 125—129. p. KÖPECZI: *La France*. 262. p.

¹⁴ Ainsi par exemple, le fait que les armées impériales en 1706, aient envoyé quatre bataillons du front du Rhin pour les jeter en Hongrie, a provoqué une grande protestation. (FREY, o. c. 194—198. p.)

¹⁵ FREY, o. c. 172. p.

chiens et au dépens de la guerre d'indépendance hongroise, au lieu de se tourner contre Vienne, choisit la guerre de Russie, aventure qui pour lui devint désastreuse.¹³

Après la défaite de l'alliance suédoise, Rákóczi cherchait l'appui du Tsar Pierre le Grand, avec qui, comme on le sait, en septembre 1707, il signa le traité de Varsovie qui dans la dernière phase de la guerre d'indépendance représente la dernière lueur d'espoir pour les dirigeants de la rébellion. Cet espoir cependant, comme il est connu, je ne désire pas entrer dans ses détails, ne s'est jamais réalisé militairement. Après la défaite de Trencsény (3 août 1707), la guerre d'indépendance entra dans sa dernière phase de régression. Les difficultés augmentèrent après les défaites de Audenarde et de Malplaquet, qui menèrent la France à une situation désastreuse, le système de défense du nord de la France s'écroula, la perte de Lille, Béthune, Douai, puis en 1711 de Bouchain ouvrit aux alliés la voie conduisant au cœur de la France. Louis XIV, déjà en 1709, demanda la paix, les conditions de la paix étaient pourtant si dures qu'il se vit obligé de poursuivre la lutte qui sembla sans issue.

En même temps, la guerre d'indépendance hongroise touchait à sa dernière étape. La défaite de Vadkert, la perte de Érsekújvár, la peste décimait le peuple et l'armée et rendaient la continuation de la lutte armée militairement insensée. La classe dirigeante de la Hongrie, dans une situation critique accepta ainsi la proposition favorable et inattendue de la cour et le premier mai de l'an 1711, les restes de l'armée kouroutz déposèrent les armes devant l'adversaire disposant d'une force plus grande, et se rendirent aux armées de l'empereur. Les conditions relativement favorables proposées par les Autrichiens, en dehors des raisons politiques que je ne veux pas détailler, étaient aussi les résultats de causes militaires. L'alimentation et la paye de leur armée continuait à monter à des sommes importantes, d'autre part la cour pouvait de droit compter sur la résistance des troupes kouroutz dont le nombre s'élevait à 22.000—25.000 soldats, et il faut surtout mentionner le fait que la prise des forteresses du nord de la Hongrie aurait — pour les troupes de l'empereur — représenté une tâche nécessitant beaucoup d'efforts et de temps. De plus, bien que nous n'ayons pas de sources à ce sujet, il est possible aussi de penser que la cour de Vienne comptait sur le fait qu'en cas de conditions trop dures, le reste des troupes kouroutz serait capable de mener, s'il le faut, pendant des années une lutte de guérilla contre les troupes d'occupation. Pour éviter tout cela, il semblait que la cour impériale ait jugé plus utile de trouver un accord qui pourrait être conclu avec les chefs de la guerre d'indépendance hongroise. Les mois qui précédèrent l'accord de Szatmár révélaient aux dirigeants de la lutte d'indépendance hongroise une situation désespérée aussi bien du point de vue de la situation générale militaire que

¹³ JARGUT—BERSOLAV, o. c. 175—178. p. KÖPECZI: *La France*. 161—165. p.

du point de vue de la situation nationale. La question est simplement de savoir si Rákóczi avait raison de protester contre l'accord de Szatmár, et il nous faut trancher la question si la résistance intérieure aurait eu du sens ou non. Jugeant avec le recul de 250 ans, nous pouvons affirmer avec certitude que les restes de l'armée kouroutz, jusqu'à la paix de Rastatt, conclu le 6 mars 1714, n'auraient aucunement été capables de lutter contre les forces impériales trois fois plus nombreuses, d'autant plus que l'armée autrichienne pouvait ultérieurement compter sur du renfort supplémentaire. Il n'est cependant aucunement dit que les Autrichiens, à l'avenir, aient jugé important de remporter une victoire militaire. Au cours des entretiens, et surtout plus tard, en 1712, des événements ont profondément changé la constellation politique en Europe. Il suffit de mentionner peut être la victoire de Vendôme à Villaviciosa, le 9 décembre 1710, mettant les Habsbourg dans l'impossibilité de se tenir militairement en Espagne. Il faut aussi parler de la mort de l'empereur Joseph, le 17 avril 1711, menant à la fin de la « Grande Alliance » et à la victoire de Denain, remportée par Villars, changeant toute la situation militaire à l'avantage des Français. Les Pays-Bas et l'Angleterre jugeaient que la force trop puissante des Habsbourg était tout aussi dangereuse que celle de Louis XIV, ils se sont donc, au cours de l'automne 1712, retirés de la guerre, laissant l'Autriche seule face à la France. Dans ces circonstances il n'est pas très probable que les Autrichiens eussent voulu procéder à une solution militaire du problème hongrois, il est possible même de supposer que des conditions plus favorables que celles de la Paix de Szatmár fussent proposées aux dirigeants du mouvement kouroutz.

Tout cela n'est cependant qu'une hypothèse et cela ne sert qu'à démontrer purement et simplement que dans le cas où la guerre d'indépendance avait duré encore un an, un an et demi, dans les conditions existantes alors, la situation militaire et politique en général eût été plus favorable pour le peuple hongrois que dans les mois qui précédèrent l'accord de Szatmár.

En résumé, nous aimerions attirer en premier lieu l'attention sur l'asynchronisation tragique qui se manifestait entre le dynamisme de la guerre d'indépendance de Rákóczi et la situation militaire européenne. Dans la phase qui commençait la guerre, l'armée kouroutz ne pouvait pas s'intégrer aux luttes d'importance vitale, qui se déroulaient alors non loin de la guerre d'indépendance hongroise. Plus tard, dans la période la plus glorieuse de la guerre d'indépendance, la France se trouvait déjà sur la défensive et elle ne se bornait qu'à soutenir indirectement les armées kouroutz. Dans la dernière étape, l'État hongrois — sous le poids des coups divers — se voyait incapable de tenir jusqu'à ce que la situation politique et militaire se redresse et devienne de nouveau favorable.

Pour terminer, nous pouvons aussi mentionner que la coopération politique et militaire entre la France et la Hongrie, bien qu'elle n'eût comporté

aucun avantage décisif ou primordial, s'est révélé utile pour les deux parties. Toute la guerre d'indépendance kouroutz a été marquée par le fait que les armées de base impériales ont été jusqu'au bout occupées sur d'autres champs de bataille et ce n'est qu'après 1709 qu'elles ont été capables de se tourner avec tout leur poids contre notre patrie. Les conditions relativement favorables de l'accord de Szatmár sont les résultats de cette situation générale, politique et militaire. Il est d'autre part évident que l'aide financière et militaire française, offerte pendant la guerre, avait, elle aussi, prêté une assistance substantielle à la cause de la guerre d'indépendance.

La France a, peut être, profité encore davantage de l'aide offerte à la lutte d'indépendance hongroise. Parmi les contemporains, ce fut le marquis de Bonnac, ambassadeur de France en Pologne à l'époque et promoteur enthousiaste de la cause de la Hongrie qui formula ainsi: «La grande campagne de détournement (c'est à dire la lutte d'indépendance de Rákóczi — Gy. R.) qui a placé tout un royaume contre l'empereur, et qui lui enlève chaque année et le prive de 16 millions de recettes et l'oblige à mettre en campagne une armée de plus de 20.000 hommes pour lutter contre ses propres sujets . . . est importante d'autant plus que . . . elle n'a pas coûté au roi plus de 200.000 écus par an, . . . et que sa Majesté au prix de cette somme modeste et à l'aide de la coopération de quelques-uns de ces sujets a pu mettre dans le chemin de ses ennemis une entrave sérieuse.»¹⁷

Sources et littérature

L'historiographie militaire hongroise et mondiale s'est relativement rarement penchée sur l'histoire militaire de la guerre de Succession d'Espagne — part rapport à son importance. Les sources ne sont encore ni suffisamment mises au jour, ni suffisamment exploitées; une synthèse d'histoire militaire de niveau requis fait encore également défaut.

Cela est très particulier dans le cas de l'une des parties belligérantes principales, la France, où un nombre élevé de documents sont toujours à dépouiller aux Archives de Ministère des Affaires Étrangères et de l'Armée, et — non en dernier lieu — aux Archives Nationales aussi.

Parmi les publications françaises de sources mentionnons, avant tout, le *Recueil des instructions données aux ambassadeurs et ministres de France* . . . Éd. par L. Farges. Paris 1888. Vol. 4—5, 7, 28 et 29, ouvrage qui nous réserve beaucoup de données précieuses dans le domaine militaire aussi.

Parmi les souvenirs des personnalités militaires et politiques marquantes, nous devons mettre tout d'abord en avant l'autobiographie du maréchal de Villars. (CL. L. H. DE VILLARS: *Mémoires*. Paris 1887. Vol. 2—3.) Des compléments fort utiles sont relevables dans les rapports et notes de Bonnac, La Saussure, Le Maire et Des Alleurs.

Parmi les travaux de synthèse, nous rappellerons le plus volontiers les panoramas d'histoire militaire de Weygand et de Quarré du Verneuil; les ouvrages sur l'histoire diplomatique de Legrelle, Tapié et de Coucy; le tome III de l'*Histoire des relations internationales* (éditée par Renouvin); enfin les études de Piliás et de Bérenger. Nous avons pu mettre à profit tous ces ouvrages.

Pour ce qui est de l'appréciation de la situation de l'Autriche, nous nous trouvons dans une situation plus confortable. Le fonds Feldakten de la Kriegsarchiv a été, pour l'essentiel

¹⁷ *Rákóczi tükör* p. 71.

rendu public dans l'édition de sources d'une inappréciable valeur: *Feldzüge des Prinzen Eugen von Savoyen*. I. Serie 1—9. Bd., II Serie 1—11. Bd. Wien 1876—1892; de plus, la vie et la carrière du prince Eugène de Savoie, le plus grand capitaine autrichien ont intéressé nombre d'historiens autrichiens. De cette littérature qui fournirait, à elle seule, une riche bibliothèque, il nous suffira de renvoyer à la biographie désormais classique, par Alfred von Arneth (Wien, 1858. 1864) et à la meilleure synthèse de la question, les tomes I—IV du monumental ouvrage de Max Braubach (Wien 1964).

L'ouvrage de Frey et Jangut-Bersolav a révélé d'abondantes sources d'archives anglaises et hollandaises sur le rôle diplomatique et militaire tenu par l'Autriche, sur les différends de plus en plus profonds entre les alliés.

C'est surtout à propos des activités militaires de Malborough que l'historiographie anglaise a donné plusieurs livres de qualité, mais qui, malheureusement, pour ce qui est des rapports hongrois, ne nous sont que modérément utiles; cependant, j'ai pu consulter à mon profit la grosse biographie de Malborough par Churchill (London 1947) et l'excellente étude de R. E. SCOLLER: *The Armies of Queen Anne* (London 1966).

L'historiographie hongroise nous est aussi redevable encore d'un traitement des aspects militaires de la question, bien que la plupart des sources de caractère diplomatique ou militaire de la guerre d'indépendance de François II Rákóczi fussent déjà publiées. Parmi celles-ci, soulignons la portée de l'autobiographie du prince; des compilations de l'*Archivum Rákócziánium* et de la Collection Rákóczi; de l'ouvrage de K. THALY: *A székesi gróf Beresényi család* (La famille comtale Beresényi de Székes — Budapest 1887—1892); du *Tábori leveleskönyv* (Livre de correspondance de campagne) de Antal Eszterházy; enfin, des recueils de sources *A Rákóczi szabadságharc és Európa* (La guerre d'indépendance de Rákóczi et l'Europe) et *Rákóczi tükkör* (Miroir Rákóczi) Faisons toutefois remarquer que tout cela ne nous offre pas des matières suffisantes pour procéder à une analyse plus en profondeur des relations militaires franco-hongroises il nous reste également peu d'espoir que les documents de provenance hongroise dans les archives ou les cabinets de manuscrits et encore cachées nous permettent d'accroître nos connaissances par un certain nombre de données essentielles.

L'histoire des relations diplomatiques hungaro-françaises a été intégralement traitée dans l'excellente œuvre de B. KÖPECZI: *A Rákóczi szabadságharc és Franciaország* (La guerre d'indépendance de Rákóczi et la France — Budapest 1966) et plusieurs études de haute valeur se rapportent aussi à l'histoire des contacts russes, suédois et polonais de Rákóczi. (Nous désirons renvoyer, à cet endroit, aux travaux sur ces sujets de Kálmán Benda, Antal Hodinka, Sándor Márki et Lajos Hopp.) Sur toutes ces pages, ainsi que dans les synthèses plus vastes et de notoriété générale — les monographies de Sándor Márki, de Bela Köpeczi et M^{me} Ágnes Várkonyi, d'Árpád Markó, de Miklós Asztalos; certaines études de *Rákóczi emlékkönyv* (Mélange Rákóczi — sous la direction de Imre Lukinich. Budapest 1935); etc. — nous avons relevé beaucoup de données précieuses et d'idées en relation avec l'art militaire.

Il nous est aisé d'énumérer les travaux dont le caractère relève par excellence de l'histoire militaire: Á. MARKÓ: *II. Rákóczi Ferenc haditervei és azok kapcsolata a spanyol örökösödési háborúval* (Les plans de campagne de François II Rákóczi et leurs rapports avec la guerre de Succession d'Espagne) — in *Századok* 1936; — idem: *II Rákóczi Ferenc a hadvezér* (François II Rákóczi, le chef de guerre) — Budapest 1934; S. MÁRKI: *Rákóczi adriai tervei* (Les projets de Rákóczi relatifs à l'Adriatique) — Budapest 1915; — G. PERJÉS: *A höchstädti csata, 1704 augusztus 13.* (La bataille de Höchstädt, le 13 août 1704) — in *Hadtörténeti Közlemények* 1958; — I. BÁNKUTI: *A kurucok első dunántúli hadjárata (1704. január—április)* [La première campagne kouroutz en Transdanubie (janvier-avril 1704)] — Budapest 1975.

Notre bref résumé ne s'est proposé que d'insister sur la portée du problème et d'encourager les recherches à venir.

La guerre d'indépendance de Rákóczi et l'Europe

Compte rendu de la session scientifique internationale à
Sárospatak

Un événement marquant de l'Année Commémorative Rákóczi, cette grande personnalité de l'histoire hongroise, s'est déroulée, du 24 au 28 mai 1976, entre les murs fraîchement restaurés du château des Rákóczi à Sárospatak. Une session scientifique y a été, en effet, organisée par la Société Historique Hongroise à l'occasion du 300^e anniversaire de la naissance de François II Rákóczi; le Comité Commémoratif Rákóczi, le Conseil National du Front Populaire Patriotique, l'Académie des Sciences de Hongrie, le Ministère de l'Enseignement, le département de Borsod-Abaúj-Zemplén et la Ville de Sárospatak ont soutenu cette entreprise, ainsi que le team du XVIII^e siècle de l'Institut des Sciences Littéraires près l'Académie des Sciences de Hongrie. Y ont participé environ 150 représentants de notre vie scientifique — historiens, historiens de la littérature, historiens de la civilisation, historiens des cultes, linguistes —, 60 étudiants d'université ou d'école supérieure, 25 chercheurs étrangers se consacrant à l'époque en question, et venus d'Autriche, de Bulgarie, du Canada, de France, de Pologne, de la République Démocratique Allemande, de la République Fédérale d'Allemagne, de Roumanie, de Suède, de Turquie et de l'Union Soviétique. Malgré leur participation annoncée, nous n'avons pu saluer parmi nous les chercheurs tchèques et slovaques.

A la cérémonie inaugurale en présence de nombreuses personnalités du parti, de l'État et de la vie publique, *I. Sinkovics*, candidat, professeur d'Université, vice-président de la Société Historique Hongroise a salué les participants et a brossé une esquisse de la situation en Hongrie à la fin du XVII^e siècle, le pays étant à nouveau unifié après l'occupation osmane de 150 années; il a parlé des rapports entre les Ordres hongrois et la dynastie des Habsbourg; des traditions familiales de François Rákóczi, héritées des princes de Transylvanie et des Zrinyi; de l'exceptionnelle personnalité qui prit conscience des tâches historiques dans le développement du pays — la création d'un État autonome et la modernisation de la société féodale — et qui les endossa sans compromis dans la guerre d'indépendance de 1703-1711. Pour terminer, il a insisté sur l'importance de l'étude de ces années de lutte dans le cadre

européen — étude prévue justement comme l'objectif de la session. Au nom du département de Borsod-Abaúj-Zemplén et de la Ville de Sárospatak, c'est *J. Ladányi*, président du Conseil départemental qui a salué les participants à cette réunion internationale; il a exalté les traditions progressistes de la guerre d'indépendance de Rákóczi pour se débarrasser du pouvoir Habsbourg et la portée des multiples activités communautaires du prince dans la diffusion du patriotisme socialiste et des idéaux de l'internationalisme.

L'académicien *B. Kőpeczi*, vice-secrétaire général de l'Académie des Sciences de Hongrie a présenté sa communication sous le titre: *La Guerre d'indépendance de Rákóczi et l'Europe* (voir p. 331). Les co-rapports de cet exposé ont étayé ses constatations sur la portée européenne des événements de l'époque en Hongrie.

Sous le titre *Les relations internationales et la guerre d'indépendance hongroise*, *L. A. Nikiforov*, docteur ès sciences historiques, collaborateur scientifique en chef à Moscou a établi un parallèle historique entre la personnalité, ainsi que les activités de François II Rákóczi et de Pierre le Grand. Il a mis en évidence les traits similaires entre les deux hommes d'État, pour constater que tous les deux ont été les représentants des milieux dirigeants de la société féodale, mais se sont haussés au-dessus de leur époque pour tâcher, en grands politiques, de concentrer toutes les énergies de leur pays respectif à la solution des problèmes nationaux, à l'encouragement de l'évolution. Ce faisant, aussi bien Pierre le Grand que Rákóczi ont été contraints de chercher des alliés pour mener une longue guerre dans laquelle leurs possibilités s'avèrent différentes; mais les activités de ces deux souverains se sont révélées également cruciales pour ce qui fut de l'avenir de leurs peuples.

Le professeur d'université *G. Jonasson* (Stockholm) a présenté un rapport: *Les relations de Charles XII et de François II Rákóczi*. Sur la base des sources suédoises, il a analysé la tentative de Rákóczi, au sein de conjonctures favorables en politique étrangère, pour établir les contacts. En mars 1704, le chancelier Pál Ráday vint en ambassade au camp suédois en Pologne pour proposer un ralliement à l'alliance suédo-prussienne, mais le comportement suédois fut décourageant. Puis il a parlé en détail de la seconde mission de Ráday, en mai 1705, de cette nouvelle tentative de rapprochement de Rákóczi qui désirait sortir de l'isolement au sein de la tournure défavorable prise par la situation européenne. Au grand quartier général suédois, Ráday plaida, cette fois-ci, la cause d'une alliance entre la Suède, la Pologne et la Hongrie, plus précisément celle d'une médiation de la paix par le souverain suédois; mais la cour de celui-ci ne porta nul intérêt à ces conceptions. En 1706, l'entrée de la Suède en Saxe aviva encore une fois les espoirs, mais on ne tint pas compte des intérêts hongrois lors du traité de paix. Rákóczi, tirant les conséquences de cet état des choses, entra en contact, en 1707, avec le tsar.

Le candidat *P. A. Artamonov*, collaborateur scientifique à Moscou a parlé dans son co-rapport, de *L'alliance russo-polonaise et la Hongrie de 1707 à 1712*. Puisant à des sources en partie inédites, il a présenté les événements, les tournants de la guerre du Nord, l'intérêt de la Russie à l'égard de la confédération polonaise et de la guerre d'indépendance, dans sa quête d'alliés pouvant dissuader la Suède. Les trônes de Pologne et de Hongrie ayant été décrétés libres par les Ordres, la signature du pacte à compromis russo-hongrois en 1707 se trouva facilitée. Le rapporteur a ensuite analysé les obstacles à la réalisation de ce pacte, en insistant sur la force militaire suédoise. Après la crise, en 1708 de l'alliance russo-polonaise, après l'échec, en 1709, de la médiation russe entre Rákóczi et Vienne, la question hongroise fut reportée à l'arrière-plan dans les considérations de la Russie. Toutefois, en 1710, aussi bien la diplomatie russe que celle hongroise tentèrent de régler le conflit russo-turc par l'entremise des Français, cela dans l'optique d'une collaboration à venir. La diplomatie russe resta sensible à la question hongroise jusqu'en 1712, date à laquelle, par suite du rapprochement sous l'effet de la contrainte de la Russie et de l'Autriche, la cour moscovite rejeta même la demande d'asile politique de Rákóczi.

Le professeur d'université *P. Miatev* (Sofia) a dépeint les relations d'époque entre les Bulgares et les Hongrois sous le titre: *La Guerre d'indépendance de Rákóczi et la Bulgarie*. Il a établi le parallèle entre le mouvement des heïduques dans les deux pays, puis il a parlé du respect, en Bulgarie, de la mémoire des combattants hongrois; ainsi, des chartes relatives à Rákóczi ont été retrouvées au département des archives turques de la Bibliothèque Nationale de Sofia, et elles ont été publiées, de même que les chapitres relatifs à la Bulgarie de voyageurs hongrois, y compris les lettres de Kelemen Mikes.

J. Váradi-Sternberg, docteur ès sciences historiques, professeur d'université (Oujgorod, URSS) a donné à son co-rapport le titre de *Prise de contacts diplomatiques entre Pierre I^{er} et Rákóczi*. Il s'est attaché à la personnalité d'un diplomate de Valachie — un Roumain originaire de la Transylvanie —, Corbea qui se mit au service du tsar. Il vint, en mai 1707, en ambassade à Szerencs pour offrir, au nom de celui-ci, le trône polonais, alors sans titulaire, à Rákóczi. Après une réponse évasive, Corbea revint en ambassade, en juillet 1707, à Ungvár (Oujgorod). Cette fois-ci, au nom de Pierre, il demanda une prise de position nette dans l'affaire de la couronne polonaise; d'autre part, il offrit l'entremise du tsar entre Rákóczi et les Serbes de Hongrie, et proposa la signature d'une alliance tout en promettant une aide militaire après la fin des hostilités russo-suédoises. Ces pourparlers se poursuivirent et menèrent au pacte de Varsovie, mais alors Corbea n'était plus de ce monde. Pour terminer, ce chercheur a parlé de la personnalité de l'ambassadeur permanent russe, Ukraïntzev dont le décès interrompit les activités après quelques semaines.

J. Stasewski, chargé de cours à l'Université de Toruń a présenté un co-rapport intitulé *la Pologne et La guerre d'indépendance hongroise*. De 1703 à

1706, l'aide à celle-ci a été un élément tout autant de la politique extérieure française que polonaise. Il a abordé en détail les vives relations diplomatiques, l'entremise pour emporter le soutien de la France, l'aide active d'Auguste II, le Fort. Dans la période de 1707 à 1709, des changements décisifs survinrent: abdication du souverain polonais, alliance de Louis XIV et de Charles XII, promotion de Leszczyński au trône de Pologne, ralliement de l'opposition antisuédoise de ce pays à Pierre le Grand. Puis il a parlé en détail de l'échec de Rákóczi dans son rapprochement avec Charles XII, du peu d'espoir qu'il lui restait du côté de l'alliance française, tout cela le poussant, à cette époque, à une coopération avec la Russie et l'opposition polonaise hostile à la Suède. La candidature de Rákóczi au trône de Pologne, puis un nouveau rebondissement de la situation, le retour, en 1709, d'Auguste II rendirent impossible les engagements précédents. Un rapprochement ne se fit qu'à la fin de la guerre d'indépendance, mais ne put conduire qu'au libre séjour en Pologne de l'émigration hongroise.

Le professeur d'université T. *Gökbilgin* (Istanbul) a insisté, dans *La Porte osmane et la question hongroise*, sur le fait qu'au début les Turcs n'avaient pas compris le caractère et les objectifs de la guerre d'indépendance de François II Rákóczi. Ce fut en août 1706 que celui-ci adressa une lettre au nouveau grand vizir, s'y référant au bon voisinage respecté, aux affaires touchant les deux parties et réglées par voies d'ambassade, et requérant toute l'aide possible dans la lutte contre le pouvoir Habsbourg. Mais le gouvernement osman était préoccupé par d'autres questions et problèmes; toutefois, les ambassadeurs hongrois gardèrent leurs coudées franches. Du point de vue de la Porte, un changement en politique extérieure ne survint qu'après 1711. Une fois la guerre déclarée, en 1716, contre les Habsbourg, les rapports avec Rákóczi se firent plus actifs, ce qui eut pour résultat l'engagement de Rákóczi et de l'émigration hongroise, l'année suivante, du côté de l'empire turc. Pour terminer, le professeur turc a développé en détail la manière dont, après la défaite, la Porte assura l'asile de Rákóczi et de l'émigration hongroise.

P. *Cernovodeanu*, collaborateur scientifique en chef (Bucarest) a présenté *Les relations diplomatiques entre les voïvodats roumains et Rákóczi*; il a souligné que les événements de la guerre d'indépendance ont suscité des échos justifiés en Valachie et Moldavie et ont éminemment retenu l'attention des milieux dirigeants des deux principautés. Par suite de l'esprit de tolérance du catholique Rákóczi, celles-ci témoignaient de la bienveillance à la guerre d'indépendance des Hongrois; mais elles étaient divisées et impuissantes, si bien que — malgré leur virulente hostilité aux Habsbourg — elles s'efforcèrent de se maintenir dans une stricte neutralité, évitèrent de lui fournir un soutien ouvert et ne se risquèrent pas à se mêler au conflit armé. Toutefois, l'échange régulier de missives, le libre passage des agents politiques assurant les liaisons avec la Porte, l'asile offert aux réfugiés de Transylvanie signifiaient autant de marques

de la sympathie, de la solidarité des principautés de Valachie et de Moldavie. Les chroniques roumaines d'époque démontrent que les aspirations, le caractère positif et l'importance de la guerre d'indépendance hongroise furent parfaitement compris des Roumains qui y voyaient un exemple.

Le professeur d'université S. Bastav (Istanbul) a souligné l'importance des recherches menées, dans les archives turques, sur la vie et les activités des émigrés hongrois dans le pays (*Les proscrits sur terre turque*). Il a présenté les dossiers du Sultan relatifs à l'invitation de Rákóczi, les ordres étayant la participation hongroise à la guerre de 1717-1718 contre les Habsbourg, puis les papiers touchant la réception et les finances de l'émigration hongroise, les comptes rendus de la vie de celle-ci, isolée qu'elle était du reste du monde, enfin les décrets du Sultan, reflets des projets politiques de Rákóczi. Il a rappelé que les procès-verbaux des conseils du Sultan comportent également de riches et importants détails sur l'émigration hongroise. De nombreuses matières peuvent encore se trouver cachées dans les archives de Turquie, si bien que la recherche systématique reste éminemment nécessaire.

Se ralliant aux invités étrangers, le collaborateur scientifique en chef, Gy. Rázsó (Institut d'Histoire Militaire) a analysé la situation militaire générale de la Hongrie à l'époque de la guerre d'indépendance. *Les rapports des forces militaires*. (Voir p. 367.)

M^{me} Á. R. Várkonyi, docteur ès sciences historiques, chef de section à l'Institut des Sciences Historiques près l'Académie de Hongrie a présenté un rapport sous le titre: *Absolutisme des Habsbourg et Hongrie autonome*. (Voir p. 343.)

Se ralliant à cet exposé, H. Haselsteiner, collaborateur scientifique en chef (Vienne) a étudié la situation des Ordres dans les provinces héréditaires: *Absolutisme et système des Ordres dans la monarchie des Habsbourg*. Il a abordé le développement, le fonctionnement, puis la crise du dualisme fondé sur les Ordres, les démarches visant à établir l'absolutisme, le maintien de l'influence des Ordres. En analysant les facteurs ayant fait obstacle à l'implantation intégrale de l'absolutisme, il a établi que, à la suite de la Contre-Réforme et de la bataille de la Montagne Blanche, le pouvoir de souverain s'était accru, mais simultanément, par suite des pressions extérieures et de la situation de politique intérieure, la conscience des Ordres aussi; ainsi, ceux-ci restaient fermement ancrés au renforcement de leurs prérogatives; parallèlement aux difficultés financières de la cour, les Ordres se manifestaient en tant que parténaires directs du souverain; la tentative de Léopold I^{er} pour instaurer en Hongrie un pouvoir absolu allant de pair avec le refoulement de l'influence des Ordres présupposait le compromis avec ceux des provinces héréditaires dans le domaine des impôts et du recrutement; or, la personnalité même de Léopold I^{er} ne convenait guère à la prise de mesures centralistes et absolutistes appropriées; le simple fait de la variété des provinces contrariait l'État

absolu, grippait sa machinerie; de plus, les Ordres défendaient jalousement les particularités de leur province et rechignaient à participer aux *landtag* interprovinciaux; en somme, les Ordres restaient imperméables aux visées politiques du pouvoir dynastique qui leur était toujours étranger.

Dans son co-rapport *Les conditions minoritaires et sociales de la guerre d'indépendance de Rákóczi*, le docteur ès sciences historiques *T. M. Islamov*, collaborateur scientifique en chef (Moscou) a développé qu'au cours de ces luttes progressistes il s'agissait du rétablissement de l'État hongrois dans les conditions du féodalisme et sur des bases sociales et politiques nouvelles. Ce processus présupposait l'assurance des possibilités d'évolution de la paysannerie et de la population citadine, une limitation de l'arbitraire seigneurial, la mise en harmonie des intérêts contradictoires de la noblesse terrienne et des serfs. Or, la grandeur de Rákóczi a précisément consisté dans la compréhension de ce complexe: dès sa lettre patente de septembre 1703, il libérait de leurs charges les serfs enrôlés et interdisait aux seigneurs de frapper leurs serfs de redevances exagérées. Le fondement de la conception politique de Rákóczi était l'instauration de l'impôt général, la fin de l'hégémonie politique des comitats — même s'il n'a pu donner de suites pratiques à ces idées. La question des minorités nationales se présentait dans le cadre de la question religieuse. La tolérance témoignée par Rákóczi fit que les Slovaques de la Haute-Hongrie, les Ukranienis de la Subcarpatie et les Roumains de la Transylvanie trouvèrent aussi leurs rangs dans les armées de la guerre d'indépendance; ces nationalités luttèrent coude à coude avec les Magyars, voire même que la Haute-Hongrie orientale habitée par les deux premières minorités se révéla, tout au long des combats, être une véritable base vitale. Malgré des tentatives répétées, Rákóczi ne réussit cependant pas à rallier à lui les Sud-slaves de Hongrie qui accordèrent leur appui aux armées impériales.

I. Wellmann, vice-directeur général du Musée de l'Agriculture a évoqué, dans son *Tableau démographique de la Hongrie au début du XVIII^e siècle*, la diminution et la déchéance, depuis deux siècles, de la population de la Hongrie. Il a parlé de l'occupation turque et de ses séquelles militaires, des campagnes contre l'Empire osman, des prisonniers enlevés par les Turcs, des violences des troupes impériales. En conséquence, malgré l'infiltration des Sud-Slaves venant des Balkans, malgré le développement démographique défavorable dans d'autres pays aussi, la population de la Hongrie était tombée, par rapport à celle de l'Europe, de 5,8% à la fin du XV^e siècle, à 3,5% à la fin du XVII^e. Après la conclusion de la paix avec le Turc, une migration commença à partir des régions limitrophes vers les territoires intérieurs précédemment occupés par celui-ci et fortement dépeuplés; simultanément l'immigration venant de l'Est, du Nord-Est et surtout du Sud s'accrut continuellement. Cette tendance ne cessa de se manifester même dans le courant de la guerre d'indépendance; malgré cela, la population ne faisait qu'enregistrer de

pertes. La cause du phénomène était que presque tout le pays n'était plus qu'un immense champ de bataille; les pertes provenaient directement des mouvements militaires et aussi de leurs conséquences. La population civile périssait sous l'effet des massacres, des destructions, des exactions des Impériaux. A cela devaient s'ajouter l'hiver extrêmement rigoureux de 1709, la famine et l'épidémie de la peste qui firent suite à une récolte catastrophique. Si bien que la population continua à diminuer et, de 4 000 000 encore au XV^e siècle, n'atteignait plus que les 3 900 000, ce qui ne représentait que les 3,25% de la population du continent européen.

I. Orosz, chargé de cours à l'Université Lajos Kossuth de Debrecen s'est attaché aux caractéristiques du système du servage perpétuel qui avait pris forme au XVI^e siècle et qui continua à marquer les XVII^e et XVIII^e siècles aussi, ainsi qu'aux franchises individuelles des seigneurs, qui se sont manifestées dans la seconde moitié du XVII^e siècle. Le titre de sa communication: *Destin des paysans au tournant des XVII^e—XVIII^e siècles*. Il a souligné que ces exemptions ne désagrégeaient nullement la société féodale, puisque ceux qui s'arrachaient à l'état du servage désiraient accéder au moins à l'état nobiliaire collectif qui avait été accordé par Bocskai aux heïduques. Le programme de la guerre de liberté de Rákóczi comportait la franchise à une échelle sociale. Mais la promesse d'une libération éternelle ne distinguait pas la liberté personnelle et la transformation des terres servies en propriétés libres; toutefois, il est à supposer que l'allusion aux localités s'insurgeant dans leur ensemble comprenait cette dernière idée aussi. La Diète de Szécsény parle de la liberté individuelle des serfs enrôlés, tandis que la décision de la Diète de Sárospatak permet de déduire un ralliement aux privilèges collectifs selon la conception précédemment appliquée par Bocskai. Pour terminer, la communication a insisté sur l'importance du fait, dans le cadre du servage perpétuel, que plusieurs dizaines de milliers de personnes reçurent leur droit de libre migration et furent libérées de la contrainte en leur propre personne.

Le candidat I. Rác, chargé de cours à l'Université Lajos Kossuth de Debrecen a consacré son co-rapport à la *Question des libertés des heïduques dans la guerre d'indépendance*, en constatant dès l'abord que la politique à l'égard des serfs fut un facteur essentiel de l'insurrection de Rákóczi, puisque la part décisive des charges revenait aux serfs. L'aspiration sociale de ceux-ci visait en premier lieu aux libertés des heïduques qui sont aussi, de la sorte, au centre de la politique paysanne du prince qui désirait réaliser cette franchise sans porter atteinte aux intérêts des seigneurs. La lettre patente de Bercsényi (1704) promet donc aux serfs qui prenaient les armes une exemption individuelle ou de caractère collectif, mais que, de toute façon, ils l'auraient reçue dans leur propre localité. Reste à savoir, si cela leur aurait également donné la propriété de la terre. La décision de la Diète de 1705, à Szécsény prévoyait, à l'intention

des serfs soulevés et ralliés à l'armée, la création de localités libres dans les divers comitats. Il est probable que, dans ce cas, leur liberté aurait été accompagnée d'une propriété de la terre. A la Diète de Sárospatak, en 1708, ce fut l'idée suivante qui prévalut et fut codifiée: jusqu'à la victoire finale de la guerre d'indépendance si les serfs enrôlés désiraient quitter les terres seigneuriales, ils pourraient vivre, conformément à des privilèges spéciaux, dans des localités organisées selon le modèle des « villes des heđduques ». A l'arrière-plan de ce projet, il y avait la conception de l'organisation de communautés militaires permanentes fournissant soutien héréditaire au pouvoir du prince et rémunérées par des propriétés terriennes et des privilèges féodaux.

Dans son co-rapport *La paysannerie dans l'armée et dans la production*, le candidat *F. Maksay*, archiviste en chef des Archives Nationales a insisté sur le fait que la Hongrie avait accepté la lutte d'indépendance avec une population réduite, des biens matériels amoindris et des entraves dans son évolution. Sur la base des recensements, comptes et correspondances des domaines des Rákóczi, des Károlyi et des Barkóczy — en cette Haute-Hongrie qui se maintint le plus longtemps sous le contrôle des insurgés —, ainsi que sur celle de sources diverses, nous pouvons établir que la direction politique, militaire et économique de la guerre d'indépendance s'était efforcée d'assurer un équilibre entre les effectifs de l'armée et ceux de la production dans l'arrière-pays. Cependant, tandis que le complètement des troupes se heurtait à toujours plus de difficultés, la paysannerie, fut, elle, à l'exception des dernières années de lutte, toujours en mesure d'atteindre le niveau de la production en temps de paix. Cela était aidé par les contingents quittant temporairement ou définitivement l'armée et revenant travailler dans leur village, tandis que d'autres membres de famille prenaient leur relève au sein des troupes et que les couches plus aisées se faisaient régulièrement remplacer par des mercenaires; mais cela était également aidé par les mesures conciliatrices des sphères plus élevées de la direction, toujours prêtes aux compromis dans le domaine des corvées, ainsi que par la gestion traditionnelle, mécanique, des grosses propriétés.

J. Zsigmond Nagy, collaborateur scientifique de l'Institut des Sciences Historiques près l'Académie de Hongrie a abordé le thème suivant: *La situation et les aspirations politiques de la moyenne noblesse*, et nous a donné le tableau du pessimisme croissant, de la décadence à l'échelle nationale de la moyenne noblesse sous l'effet du renforcement du pouvoir central. Il a mentionné les mesures préconisées par Rákóczi pour rallier à lui cette couche importante. Bien que le prince l'ait intéressée à l'administration centrale aussi, cette couche prenant appui sur les comitats s'opposa au pouvoir centralisé, cela pour le but de conserver ses privilèges. Il est à souligner qu'aucune idéologie de la noblesse moyenne n'existait alors et que ce fut conformément au jeu d'influences diverses selon les régions du pays que les nobles propriétaires terriens arrivèrent,

par des voies et une évolution divergentes, au soutien effectif de la guerre d'indépendance, Tout autant qu'auparavant, ils continuèrent, là encore, à faire une politique d'équilibre, prenant appui sur les comitats. A l'arrière-plan de leur loyauté à l'égard du pouvoir, il y avait leur aspiration à conserver leur propre pouvoir local, ce qui explique pourquoi tant d'entre eux ont changé de camp selon les avatars des conditions politiques. Une partie seulement de la moyenne noblesse hongroise a pu s'arracher, au cours de la guerre d'indépendance, à ce cercle vicieux.

K. Kovács, docteur ès sciences juridiques, professeur à l'Université Loránd Eötvös de Budapest a présenté *L'administration publique au sein de l'État de Rákóczi*. Il a établi que l'État sous forme de confédération des Ordres qui fut celui de la guerre d'indépendance de Rákóczi n'était autre qu'une monarchie féodo-représentative à spécifique apparition et de caractère temporaire dans les limites du type d'État féodal. Dès le début, la fonction de chef d'État revint à François II Rákóczi élu prince à la Diète de Szécsény (1705) et dont le suppléant aux attributions presque identiques était le général en chef Miklós Bercsényi. En guise de gouvernement, il y eut, au début, le Conseil de Cour, puis — à partir de 1705 — le Sénat. Les affaires économiques revinrent au Conseil Économique et au Conseil Économique de Cour, tandis que le ravitaillement des troupes fut aux mains à l'Intendance Militaire Supérieure œuvrant à l'échelle nationale. Les Diètes « kouroutz » — de composition différente de celle des précédentes — disposèrent des attributions législatives. Les hautes charges nationales traditionnelles de l'État féodal hongrois ne furent point remplies. Mais les organes locaux de l'administration publique se maintinrent quasiment identiques à ce qu'ils avaient été. Ce fait gêna Rákóczi dans l'imposition de sa conception d'un solide pouvoir central. Au début de 1706, il divisa le pays en cinq capitaineries militaires principales, ce qui amena un véritable démembrement territorial et la désintégration de la direction centralisée de l'administration.

Le candidat G. Heckenast, collaborateur scientifique en chef de l'Institut des Sciences Historiques près l'Académie de Hongrie a étudié *Le mercantilisme et la politique économique de Rákóczi*. Il a développé que l'État indépendant créé par l'insurrection avait pris la relève de l'organisation étatique du royaume de Hongrie des Habsbourg, ce qui signifia, d'une part, la rupture avec les antécédents, mais aussi, de l'autre, la continuité au sein de circonstances modifiées, cela par suite des tâches *grosso modo* identiques et du maintien de l'appareil dans ses représentants. A partir des années 1660, les caméralistes avaient pris, dans la politique économique de l'Empire des Habsbourg, des mesures d'orientation mercantiliste pour pallier au retard relatif par rapport à la France. Les dirigeants de l'administration du prince connaissaient également les éléments essentiels de la théorie caméraliste et, même s'ils ne s'y référaient pas, ils les appliquaient dans leur pratique économique. Pour ce qui

est du développement de l'industrie, l'implantation en Hongrie de la fabrication des bombes, ainsi que l'établissement des maîtres turcs de la fabrication du kermès représentèrent tout autant la réalisation de suggestions caméralistes que les efforts du prince pour s'assurer le contrôle étatique du commerce extérieur, pour empêcher la sortie de la monnaie d'argent et encourager son entrée, pour établir une distinction, dans le cadre des importations, entre les articles de luxe et ceux de consommation indispensables, pour assurer le libre troc; et ce fut également sur une idée caméraliste que Rákóczi sortit sa monnaie de billon en 1704. Quelque modestes que fussent les résultats de la politique économique de la guerre d'indépendance, l'État hongrois autonome avait, tout de même donné cours aux recommandations des spécialistes. De la sorte, les huit années de luttes représentent non pas une faille, mais une continuité dans l'évolution.

Le candidat *I. Bánkuti*, chef de section du Musée National Hongrois a étudié *l'Organisme économique de l'État de la guerre d'indépendance* il a pu établir que les activités économiques de l'époque ont toujours relevé de la tournure du rapport des forces entre le pouvoir princier et les Ordres. A partir de l'été 1703 et jusqu'à l'automne de 1705 Rákóczi a assuré la régie des sources de revenus passées sous son contrôle à l'aide de ses propres créatures; il s'agissait de biens de la couronne, de villes minières, d'intendances des mines, de mines de sel. En septembre 1705, lors de la création de la confédération, la Diète de Szécsény appliqua, de fait, une restriction aux attributions du prince. Un nouvel office fut organisé pour diriger la vie économique: le Conseil Économique — il est vrai avec, à sa tête, un homme de confiance de Rákóczi; mais la majorité de ses membres étaient des nobles propriétaires terriens, si bien que le corps se fit la représentation des intérêts des Ordres, ce qui conduisit à des conflits entre le Conseil Économique et Rákóczi. En 1707, l'office fut réorganisé, ses attributions et l'intensité de son fonctionnement furent réduites, puisqu'il ne contrôlait plus ni les villes minières, ni les propriétés domaniales du comitat de Máramaros, ni les mines de sel, ni la Monnaie de Kassa et de Nagybánya. A partir de 1710, les activités du Conseil Économique cessèrent pratiquement et, au début de la même année, on créa, pour régir les biens princiers, le Conseil Économique de Cour. Le ravitaillement des troupes représenta de tout temps un domaine à part. Cependant, l'activité des intendants de l'appareil du Commissariat de Guerre fut toujours étendue à d'autres secteurs aussi, comme la Monnaie, la levée des impôts et le commerce extérieur. Pour terminer, le co-rapport a mis en évidence que l'État de la guerre d'indépendance n'a pas disposé d'un office de direction rayonnant sur l'ensemble de l'économie. Pour l'essentiel, l'appareil économique se conforma à la structure des Ordres, ce qui gêna les aspirations à une centralisation de Rákóczi.

I. N. Kiss, candidat, collaborateur scientifique en chef (Musée de l'Agriculture) a, sous le titre *Les rentrées de l'État pendant la guerre d'indépen-*

dance, confronté les charges militaires et les sources économiques de l'État hongrois autonome. Dès 1704, Rákóczi s'efforçait d'assurer une solde aux volontaires qui composaient le gros de ses troupes; les deux années suivantes, l'entretien de l'armée exigea 5 700 000 forints, auxquels nous devons ajouter les frais de ravitaillement, d'équipement, de logistique et de recrutement. En 1707, la Diète d'Ónod tenta de réduire ces dépenses, mais sans succès: l'année suivante, le maintien des soixante-trois régiments emporta 8 300 000 forints. Comme la Diète de Sárospatak confia, en novembre 1708, l'encaissement des impôts aux commandants des corps d'armée, nous ne disposons pas de relevés ultérieurs. L'état autonome mit à profit systématiquement et selon une bonne organisation les revenus du Domaine public; les premières années, il n'y eut pas de recouvrement étatique des impôts, on les remplaça par une réquisition de vivres au profit des troupes. Le niveau exceptionnellement élevé des frais de guerre et l'inflation ne permirent plus, à partir de 1706, d'éviter l'introduction d'un impôt général; les comitats furent taxés d'un impôt en espèces de 1 500 000 forints, d'une réquisition de produits industriels, de céréales et de viande de 800 000 forints. En 1707, la Diète d'Ónod codifia le système de l'impôt général qui devait se composer d'un impôt en espèces, de vivres réquisitionnés, de frais de cantonnements d'hiver et d'un impôt de recrutement — tout cela englobant l'assujettissement à la taxe des nobles aussi. En 1708, les revenus de l'État atteignirent les 8 600 000 forints, ce qui veut dire que les frais de l'entretien de l'armée étaient passés au-delà de la faculté contributive du pays. L'État de la guerre d'indépendance ne put se maintenir que parce que l'impôt rentrait en partie en nature, tandis que le poids de l'inflation pesait sur la société, en premier lieu sur la paysannerie faisant vivre toute la féodalité.

Le collaborateur scientifique en chef *G. Perjés* (Office National des Statistiques) a démontré, dans son co-rapport *L'armée kouroutz*, l'état arriéré de la stratégie hongroise, tout en rappelant le manque de temps pour établir des réformes. Une telle situation poussait Rákóczi à engager des mercenaires étrangers, mais la pénurie matérielle le gênait considérablement dans de tels desseins. L'armée kouroutz était de composition populaire avec des officiers venus d'abord du peuple, puis de la noblesse, mais ceux-ci n'étaient pas versés dans l'art militaire, les sous-officiers bien entraînés, capables de maintenir l'ordre et la discipline faisaient défaut, alors que les batailles continues rendaient impossible toute instruction militaire. De tels faits rendaient à leur tour impossible les succès face à la tactique des troupes régulières adverses qui étaient assurées de l'effet maximum des armes, de l'harmonie des mouvement et du feu, de la force de poussée, tandis que leur commandement pouvait se concentrer sur les plans et décisions. Voilà pourquoi les troupes de Rákóczi perdirent leurs batailles rangées face aux Impériaux. Mais, parce que les officiers et soldats kouroutz avaient la suprématie dans l'automatisme et les

méthodes du combat par razzias, leurs succès dans ce domaine permirent à l'insurrection de se maintenir et de se poursuivre pendant huit ans.

Le candidat *I. Käfer*, collaborateur scientifique en chef de l'Institut des Sciences Littéraires près l'Académie de Hongrie a présenté son co-rapport sous le titre: *La participation des peuples non hongrois à la guerre d'indépendance*. Il a souligné que, par suite de l'union étroite, des relations ethniques et du passé historique des deux peuples, ce furent les Hongrois et les Slovaques de la Haute-Hongrie qui réalisèrent la coopération la plus homogène; il en fut de même pour ce qui était du ralliement des Ukrainiens de Subcarpatie au camp kouroutz. En Transylvanie, l'évolution historique avait été différente, cependant une véritable union nationale se manifesta, sous l'effet de la guerre d'indépendance entre les Hongrois, les Saxons et les Roumains. Les Serbes et les Croates de la Hongrie méridionale témoignèrent, par contre, d'une prise de position négative — cela à cause de l'influence orthodoxe et autrichienne, ainsi que de la proximité des Turcs et de l'éloignement relatif de leurs territoires des champs de bataille de la guerre d'indépendance. En examinant le rôle des ethnies non hongroises, nous devons déclarer que la guerre d'indépendance n'a d'aucune façon été une cause uniquement magyare accompagnée d'une rivalité ou d'une hostilité à l'égard des diverses ethnies non hongroises. A cette époque, la notion de nation hongroise signifiait encore l'ensemble de la population du pays, la liberté de la nation hongroise englobait aussi celle des peuples non hongrois. La très grande importance de la guerre d'indépendance de Rákóczi consiste précisément en ceci: elle a su unifier les intérêts sociaux, économiques, nationaux et culturels des peuples de cette aire aspirant à un changement des circonstances défavorables, elle a su concilier les vœux des serfs, de la noblesse et de l'aristocratie.

A. Magyari, chargé de cours à l'Université de Cluj (Roumanie) a parlé de *la Coopération des Hongrois et Roumains de Transylvanie dans la guerre d'indépendance*. Le pouvoir des Habsbourg dégénéra en système tyrannique et bureaucratique avait amené en Transylvanie, déjà avant 1703, l'unité d'action de caractère antiféodal des éléments opprimés à appartenance ethnique et sociale diverse. Au moment de l'insurrection, cela facilita leur prompt ralliement. Sous la pression des forces populaires, la possibilité non seulement d'une justice sociale, mais aussi d'une libération de sous le joug étranger eut pour résultat une collaboration de la noblesse terrienne. Une fois Rákóczi élu prince de Transylvanie, une force directrice était née, ainsi qu'une possibilité de la concentration et de la centralisation des forces, si bien qu'en automne 1705 une grande partie de l'aire géographique était sous le contrôle des Kouroutz. Parallèlement aux conséquences militaires et politiques de la bataille de Zsibó perdue le 11 novembre 1705, la tension sociale crût de nouveau. En 1706—1707, l'aristocratie s'efforça de soustraire la Transylvanie à l'influence de Rákóczi et de faire rentrer au foyer les serfs et la petite noblesse enrôlés et déjà

désillusionnés; cela amena une recrudescence de la lutte antiféodale. Les forces centrifuges ayant repris le dessus, en 1708, il n'y avait plus de force armée kouroutz suffisamment combative en Transylvanie, toute résistance cessa l'année suivante et la guerre d'indépendance perdit ses bases sociales. Il faut souligner que la paysannerie et la petite noblesse hongroises et roumaines avaient fourni le gros des troupes transylvaines de Rákóczi.

I. Bán, docteur ès sciences littéraires, professeur à l'Université Lajos Kossuth de Debrecen a traité le thème suivant: *Lumières précoces et culture nationale*. La Hongrie du XVII^e siècle n'était guère un terrain propice aux Lumières surtout sous la pression toujours croissante de la Contre-Réforme. La vie intellectuelle et la culture étaient nettement et antagonistiquement divisées. Même si ce n'était que sous le couvert de la théologie, la nouvelle pensée philosophique se manifestait exclusivement du côté protestant; il y avait, toutefois, une philosophie catholique aussi. Les relations étrangères et les bases sociales de la civilisation hongroise divisée conformément aux idéologies religieuses ne pouvaient être que diverses. Les catholiques avaient des contacts autrichiens, sud-allemands et italiens; les protestants, des amitiés ouest-allemandes, hollandaises, anglaises et suisses. L'état-major catholique venait surtout de l'aristocratie, des grands seigneurs; celui des protestants, des plébéiens des villes et des villages. Les catholiques fréquentaient le Collegium Germanicum et Hungaricum de Rome; les protestants, surtout les universités hollandaises, mais aussi celles d'Angleterre. Ainsi, les idées plus modernes, les valeurs spirituelles dépassant la conscience nationale féodale s'accumulaient parmi les protestants. Il faut mentionner en premier lieu le mouvement puritain qui renforçait l'attitude spirituelle de la résistance nationale tout en luttant pour le système démocratique presbytéral et l'éducation populaire dans la langue nationale. Par contre, la conscience nationale des catholiques était conditionnée par la loyauté à la Maison des Habsbourg et par la Contre-Réforme, tout en englobant aussi certains éléments de la conscience nobiliaire hongroise et des idéaux d'indépendance, dont le cadre le plus général était la thèse du Regnum Marianum. De nombreuses et contradictoires idéologies nobiliaires et des prédicateurs que l'époque de Rákóczi avait reçus en héritage, il faut signaler les conceptions de Miklós Zrínyi, exemptes de contraintes religieuses et axées sur les hauts faits de la défense de la patrie. Donc, au XVII^e siècle, la civilisation hongroise ne disposait que des éléments préliminaires des Lumières; mais il y avait les germes d'une culture nationale dont l'épanouissement était soutenu par la conscience nationale. Rákóczi pouvait s'appuyer sur tout cela, même si les circonstances historiques étouffaient ces tendances.

Partant du troisième rapport de la session, M^{me} É. Földes, docteur ès sciences pédagogiques, chef de section de l'Institut National de Pédagogie a parlé de *La politique scolaire de Rákóczi*. Celui-ci considérait l'enseignement

et l'éducation comme une tâche nationale première: il réglementa l'égalité des cultes dans la création des écoles, il assura l'enseignement dans les langues des minorités, il évinça les Jésuites des écoles, il rétablit et soutint les célèbres collèges protestants de naguère, il encouragea l'enseignement des matières importantes pour l'État. Bref: il imposa une politique culturelle conséquente et progressiste.

G. Galavics, collaborateur scientifique en chef de l'Institut de l'Histoire d'Art près l'Académie de Hongrie a parlé de *La politique artistique de Rákóczi*. Celui-ci n'a eu à sa disposition que quelques années pour la réaliser; ainsi, il n'a guère pu rendre sensible son influence. Toutefois, ses initiatives, son mécénat représentent la mise à profit maximale des possibilités d'alors. Nous le comprenons grâce aux œuvres de Daniel Warov, le graveur de médailles et de sceaux suédois qui séjourna à sa cour, ainsi que du peintre Ádám Mányoki.

Le candidat L. Hopp, chef de section à l'Institut des Sciences Littéraires près l'Académie de Hongrie a présenté, sous le titre: *Les aspirations littéraires de la guerre d'indépendance et de l'émigration*, la politique littéraire de Rákóczi en fonction de la réalisation pratique de la restauration de l'État hongrois autonome. Il y avait un cadre organisé pour la littérature politique de cour, le journalisme politique tenait un grand rôle, les autres branches de la littérature noble se développaient également, tandis que la poésie héroïque s'imprégnait de politique. Toutes ces œuvres nous offrent un tableau authentique du prince et des combats. La littérature dramatique se maintint à son niveau précédent, mais imprégnée de contenus et de conceptions neufs. Rákóczi a été la figure littéraire de proue de cette brève, mais éminente période à laquelle s'est rattachée sur nombre de points et surtout en implantant un genre nouveau — Kelemen Mikes.

I. Szathmári, docteur ès sciences linguistiques, doyen de l'Université Eötvös de Budapest a donné à son co-rapport le titre: *La langue hongroise au temps de la guerre d'indépendance*. Celle-ci a contribué à établir plus solidement et à diffuser les normes orthographiques, phonétiques et morphologiques établies, aussi à les rendre en partie plus homogènes par suite de la modification des conditions socio-politiques et de l'accroissement de la culture dans la langue nationale, par suite encore du développement de l'écriture hongroise et des lettres. La brièveté de la période n'a permis d'enrichir ni le vocabulaire, ni la terminologie.

I. Varga, collaborateur scientifique en chef de l'Institut des Sciences Littéraires près l'Académie de Hongrie a rendu sensible *La figure de Rákóczi dans la poésie kouroutz*. Les deux classes fondamentales ont considéré le prince comme un chef les menant à leurs buts spécifiques. Ainsi dans la poésie des serfs et des proscrits, Rákóczi est l'envoyé de Dieu, le chef qui mettra fin à l'oppression étrangère et seigneuriale; comme l'extension des libertés des heïduques se faisait attendre, les poésies de ce genre devinrent plus rares, tandis que les glorifications des nobles faisaient leur apparition pour présenter le

prince en sa qualité de digne descendant de glorieux ancêtres. Dans la misère qui suivit la paix de Szatmár, la poésie folklorique évoqua de nouveau Rákóczi comme une brillante étoile de la guerre d'indépendance,

Le candidat *T. Esze*, directeur général à la retraite des Collections Scientifiques de l'Église Réformée a parlé, dans son co-rapport, de *La politique culturelle de la guerre d'indépendance*, mais sans s'étendre à l'analyse de la Transylvanie par suite du système culturel et ecclésiastique essentiellement différent de cette principauté. Pour ce qui est des éléments touchant les protestants de Hongrie dans la politique culturelle de Rákóczi, il a établi que, depuis 1608, il y avait, dans ce pays, une liberté du culte arrachée par les armes et que, dans l'esprit de la Contre-Réforme intégrale, Vienne s'efforçait d'annuler à la suite de l'affaiblissement de la Transylvanie. Une fois le Turc chassé, ces efforts redoublèrent, les protestants hongrois furent ouvertement persécutés. La Contre-Réforme sous la direction des Jésuites provoqua la résistance de la noblesse protestante, des mouvements paysans l'accompagnèrent. L'agitation religieuse tint donc un grand rôle dans l'insurrection. Rákóczi s'efforça de mettre fin à la confrontation, il se désolidarisa du catholicisme politique, condamna les violences de la Contre-Réforme. Sa conviction s'étayait de considérations militaires et politiques; son armée étant en grosse majorité protestante, il lui fallait témoigner de la tolérance. Il soutint également l'idée de l'union chrétienne qui avait échoué par suite de l'opposition de la cour et du clergé catholique. Face au Pape et aux Jésuites, il professa et imposa le principe de la souveraineté étatique. Il considéra les lois prescrivant et réitérant la liberté du culte protestant comme des règles pleinement valables, et les mesures prises par les Habsbourg comme nulles. Mais il ne supporta pas que les protestants reprennent leurs églises par la force, il renvoya la cause devant la Diète. Pour appliquer son décret de 1704, il créa une commission mixte catholico-protestante. Cela suscita une agitation parmi les protestants et Vienne tenta de la mettre à son profit en rétablissant la liberté du culte précédente. Rákóczi la confirma à son tour, permit la libre construction de temples et d'écoles en laissant les édifices qui existaient déjà aux mains de leurs propriétaires du moment; il interdit encore une fois les occupations par la force. Avec l'entremise du prince, la Diète de Szécsény (1705) statua conformément au principe du *status quo et maior pars*, tout en prenant soin de la minorité. L'application pratique souleva certaines doléances, si bien que la Diète d'Ónod (1707) dut aussi s'occuper de la question. Rákóczi a devancé son époque dans son idéal de la paix religieuse, mais les circonstances ne lui fournirent pas suffisamment de force pour l'appliquer.

A propos du quatrième rapport, *J. Borovi*, professeur de l'Académie Théologique Catholique de Budapest a présenté un co-rapport: *L'image du monde de Rákóczi et la religion*. La pensée théologique progressiste du prince catholique a trouvé sa forme d'expression dans le jansénisme; l'idée fondamen-

tale de sa philosophie était d'assurer la liberté du pays, tandis que, dans sa pratique politique, son patriotisme s'est haussé au-dessus des intérêts confessionnels, sans amener de conflit entre sa conviction patriotique et religieuse.

T. Fabinyi, professeur de l'Académie Théologique Luthérienne de Budapest a parlé des *Rapports de politique culturelle dans la diplomatie de Rákóczi*. Il a analysé les missions des représentants des Ordres protestants à la cour prussienne, suédoise et danoise pour y susciter la sympathie, pour y trouver un soutien, éventuellement une alliance; il a également parlé de la mission à Rome du prélat Domokos Brenner, ainsi que des tentatives de médiations anglaises et hollandaises.

P. Rosdy, directeur des Archives du Primat d'Esztergom a présenté *Le Jansénisme selon les lumières théologiques les plus récentes*. Il a développé l'origine, l'épanouissement, les thèses majeures de ce mouvement dogmatique, éthique et politique complexe qui exerce son influence jusqu'à nos jours.

S. Ladányi, directeur des Archives Ráday de la Province Cis-danubienne a examiné les composants de la politique culturelle du prince dans son co-rapport *L'idéal de la tolérance religieuse dans la guerre d'indépendance de Rákóczi*. Il a souligné qu'il était superflu d'adopter des théories occidentales, d'autant plus que la tolérance se manifestant dans la juridiction de la Transylvanie comme une tradition familiale des Rákóczi avait pratiquement devancé la solution des pays occidentaux, si bien que, chez nous, la liberté des Églises signifiait la liberté de leur organisation. Rákóczi alla encore plus loin en mettant fin aux droits seigneuriaux dans le domaine de la religion, en subordonnant la religion à la cause de la patrie et en réussissant dans la pratique à codifier le principe du libre exercice du culte.

Les rapports et co-rapports ont été suivis d'un débat dont les interventions ont complété de tableau des diverses faces de la guerre d'indépendance de Rákóczi, en avançant des données neuves et en mettant en évidence les questions encore controversées.

La session scientifique internationale a pris fin sur l'allocution de l'académicien *B. Köpeczi* qui a souligné que, d'une part, ces journées ont donné la somme des résultats des recherches menées au cours des deux dernières décennies et, d'autre part, délimité les tâches de l'avenir. Il est d'une extrême importance qu'on ait tendu à examiner la guerre d'indépendance de Rákóczi non pas isolément, mais dans son contexte international. Pour ce qui est de l'Europe centro-orientale, on a dégagé pour la première fois le contenu des relations dans leur intégralité. Les rapports anglais, hollandais, la question des médiations et des pourparlers de paix sont quelque peu restés à l'arrière-plan, ce tableau d'histoire diplomatique exige encore des travaux. L'histoire économique s'est enrichie de nouveaux résultats, mais l'analyse du développement de l'industrie et du commerce laisse en espérer encore d'autres. Le débat a été le plus vif dans le domaine de l'histoire sociale. La recherche nous offre nombre

de résultats inédits dans la situation des serfs, mais l'analyse plus approfondie de l'affranchissement des paysans enrôlés et, surtout, de son application pratique demandent encore des efforts. Pour ce qui est de la participation des nationalités, cette session a aussi démontré que les recherches sont menées dans l'optique de la lutte commune, il est donc regrettable que les collègues tchèques et slovaques aient été absents. Là aussi, nous avons de nouveaux résultats qui nous encouragent à un travail systématique. On a réussi à éclaircir le caractère de l'État de la guerre d'indépendance: il fut provisoire, la guerre et le manque de temps empêchèrent la création de l'État absolu, mais la centralisation absolue a prévalu à l'encontre des Ordres. La faiblesse de la session a été qu'on n'a pas réussi à traiter suffisamment le problème de la noblesse, les prises de position de ses différentes couches face à la pratique politique. L'activité des bourgeois et des intellectuels est également restée à l'arrière-plan, une synthèse aurait été nécessaire, non une présentation morcelée. Dans le domaine de l'histoire de la culture, l'accord s'est fait sur l'accumulation et l'évolution des valeurs de la civilisation nationale; mais il reste, là aussi, beaucoup de choses à mettre au jour, les publications de sources sont indispensables, en premier lieu, la traduction des monuments étrangers. L'histoire des Églises doit continuer à étudier les liens menant aux Lumières précoces et à d'autres tendances. Dans les recherches touchant l'histoire des idées, il faut établir le rapport à des modèles, mais aussi tenir compte des circonstances spécifiques. Là, de nouvelles bases pourront être fournies par l'édition critique en cours des œuvres de Rákóczi. Pour terminer, B. Köpeczi a souligné: la guerre d'indépendance de Rákóczi représente une période extrêmement riche de l'histoire hongroise et dont l'issue malheureuse n'est pas un échec par rapport au progrès social; cette période a nourri la postérité et nous devons continuer à rendre notre société consciente de ses actions exemplaires dont l'effet se fait sentir de nos jours encore. De même nous devons contribuer à fixer dans les consciences le portrait de ce prince qui a œuvré avec une incroyable activité dans nombre de domaines, qui a servi la cause de la collectivité et l'idéal du progrès, qui peut nous servir de grand exemple aujourd'hui encore.

Corollairement aux quatre séances de la session, toute une série de manifestations ont souligné l'importance de l'anniversaire. Le 24 mai 1976, les participants ont fleuri la statue de François II Rákóczi à Sárospatak. Le Musée du Château Rákóczi aux collections rénovées a été inauguré en leur présence; F. Fülöp, candidat, directeur général du Musée National Hongrois a prononcé l'allocution. Le soir, le Conseil Départemental a donné une réception en l'honneur des participants à la session. Le 26 mai a eu lieu la réception du Conseil National du Front Populaire Patriotique et de la présidence du Comité Commémoratif Rákóczi; la Municipalité de Sárospatak a organisé une soirée littéraire. Le lendemain, L. Makkai, docteur ès sciences historiques,

conseiller de l'Institut des Sciences Historiques près l'Académie de Hongrie a inauguré, au Collège Réformé, l'Exposition Rákóczi, des Collections Scientifiques de la Province Cis-tibiscine. Puis les participants ont visité l'Exposition Rákóczi de l'église catholique du Château où un concert de gala a été donné. Le 28 mai, les délégations de la Société Historique Hongroise et de l'Académie des Sciences de Hongrie ont fleuri les monuments de Rákóczi à Borša, (Tchécoslovaquie) son lieu de naissance, à Mounkatchevo (URSS), l'un des hauts-lieux de la guerre d'indépendance où le prince a passé ses années d'enfance, et à Košice (Tchécoslovaquie) où sa dépouille repose. Les autres participants hongrois et étrangers de la session ont pris congé, ce jour-là, de la Hongrie du Nord-est, en visitant les inoubliables monuments restaurés dans les environs de Sárospatak.

J. Zachar

Interventions hongroises au XIV^e Congrès International des Sciences Historiques (San Francisco 1975)

Sous la direction de l'académicien Dezső Nemes, président de la Commission Nationale des Historiens Hongrois une délégation hongroise de 18 historiens (Endre Arató, Iván T. Berend, Lajos Elekes, Győző Ember, Tibor Erényi, Éva Földes, Tibor Hajdu, János Jemnitz, Tibor Klaniczay, Gyula Mérei, Pál Zsigmond Pach, Ervin Pamlényi, József Perényi, György Ránki, György Szántó, György Székely, Henrik Vass) a participé au Congrès.

Dans ce qui suit nous publions les rapports et interventions, dont les manuscrits ont été mis à la disposition de la rédaction.

I. Major Themes of Study

1. *History and Society*

Lajos Elekes, Intervention aux rapports de A. I. Danilov, V. V. Ivanov, M. P. Kim, Ju. S. Kukushkin, A. M. Sakharov et N. V. Sivacha comme expert

«Au cours des précédentes années et décennies, surtout après la fin de la Seconde Guerre mondiale, nous avons pu de plus en plus rencontrer des opinions qui soulignent les traits nouveaux de notre époque. Laisant pour l'instant de côté la circonstance d'ailleurs primordiale de l'interprétation différente de l'essence des traits nouveaux de notre époque, contentons-nous d'insister sur la très large diffusion, nous pourrions même dire sans exagérer, sur le caractère général de cette idée. C'est également la prise de conscience des traits et besoins nouveaux, des nécessités nouvelles de nos jours qui se reflètent dans les conceptions réclamant la propagation des formes neuves et modernes de la culture, de la manière de penser, ainsi que le développement d'un système d'éducation et d'enseignements adéquats. Tout cela se répercute sur le développement des divers domaines des connaissances et des disciplines scientifiques, sur les idées relatives à celles-ci et à leur importance sociale, sur la conception, l'interprétation et l'appréciation de la valeur scientifique des divers groupes de connaissances et des procédés assurant leur acquisition,

mais aussi concernant leur rôle — ou les éventuels changements de rôle — dans l'établissement de la culture et de la manière de penser conformes à l'esprit de l'époque. Naturellement, tout cela influe de même sur la manière dont les spécialistes des tendances les plus diverses jugent les sciences et les connaissances historiques ainsi que leurs rôle et fonction antérieurs et futurs dans le fondation de la culture et de la pensée modernes.

Comme sous presque tous les rapports, la science bourgeoise de notre temps est, aussi à cet égard, caractérisée par une extrême profusion des conceptions, des opinions et des méthodes d'approche. Cependant, de cette masse s'élèvent quelques tendances qu'il nous semble possible de considérer comme caractéristiques et de valeur significative, surtout pour ce qui concerne notre sujet pris au sens plus étroit: l'analyse des formes principales, implantées en ce moment dans la science bourgeoise, de l'appréciation qu'on donne des valeurs scientifiques de la connaissance historique, appréciation des modes et formes historiquement fondés de la pensée et de la culture. Dans la plupart des cas, cette valeur scientifique et la possibilité de la greffer sur les variantes modernes de la culture et de la pensée sont contestées ou directement rejetées. Cette négation a deux sous-variantes: l'une, plus proche des formes originales de la logique et de la théorie des sciences néo-positivistes, admet que la connaissance historique dispose de certains éléments de la science, mais les juge être situés à un degré bas de la probabilité et les distingue nettement des recherches de valeur effectivement scientifique, fondées sur des lois comprises à la manière scientifique et aptes à en dégager de nouvelles; l'autre établit une délimitation moins nette entre les recherches historiques et les autres résultats scientifiques d'une valeur complète: elle reconnaît le rôle spécifique, voire éminent de la connaissance historique dans la pensée humaine et sociale — surtout au niveau quotidien de la pensée — mais, en même temps, faisant allusion à la structure narrative caractérisant l'acquisition et la communication de telles connaissances et aux difficultés méthodologiques en corrélation avec les problèmes linguistiques, conceptuels, sémantiques qui en découlent, elle met en relief les traits spéciaux de l'histoire, tout particulièrement de la connaissance historique, traits qui, en ce sens aussi, limitent fortement le degré d'authenticité scientifique de telles connaissances. Il existe d'importantes tendances qui ne contestent pas la portée et la valeur scientifique des connaissances historiques, mais les interprètent de façon subjective-idéale tout en se désolidarisant des tendances plus anciennes de cette conception. Il y a, enfin, des tendances qui reconnaissent le principe, l'importance des connaissances historiques dans les assises de la culture et de la pensée modernes; mais rappelant le poids toujours plus grand de la conception interdisciplinaire, elles font tout dépendre de la mesure dans laquelle les sciences historiques sont capables de se renouveler en adoptant et en mettant à profit des points de vue et des méthodes d'autres sciences.

Toutes ces positions ont trouvé leur expression, au cours des années et des décennies précédentes, dans les discussions et les échanges d'idées sur la problématique de la culture moderne et aussi dans les opinions des représentants d'autres disciplines sur l'histoire; ces positions ont également fait sentir leur effet dans les activités de la majorité des historiens, dans leurs prises de position générales au sujet d'une définition plus exacte du caractère et de l'importance des recherches historiques, dans leurs options théoriques ou méthodologiques. Ces éléments ont pu être suivis à la trace aussi bien dans les divers ouvrages, dans les communications des revues spécialisées que dans le programme des grandes réunions internationales d'historiens, dans les attentes que la presse et l'opinion publique y attachaient, ainsi que dans les commentaires précédant et suivant ces manifestations.

Il ne fait pas de doute qu'aux congrès mondiaux des historiens, qui ont lieu tous les cinq ans, et surtout aux trois derniers: à Stockholm (1960), à Vienne (1965) et à Moscou (1970), d'énormes différences se sont présentées quant à l'approche du problème, dans l'appréciation de sa portée et de son caractère. A notre avis les deux premiers ont encore été marqués par une interprétation pessimiste — ou permettant de tirer des conclusions pessimistes — de la problématique, tandis que le dernier a vu s'imposer une approche, un besoin d'analyse plus optimiste et, en même temps, convenant mieux aux exigences de l'objectivité scientifique. Mais cela ne veut nullement dire que le problème ait disparu de l'ordre du jour. Bien au contraire! Il s'offre comme l'objet d'une analyse encore plus minutieuse. Ce ne sont pas seulement les intérêts des historiens qui réclament une telle analyse bien fondée quant à ses points de vue et à ses méthodes, mais encore, en rapport avec la modernisation de notre système d'éducation et d'enseignement, les enquêtes qui portent sur la science moderne, qui exigent la définition des caractéristiques et des rapports de la culture moderne, qui expriment de brûlantes exigences sociales, enquêtes qui vont même au-delà de tout cela, puisqu'elles visent à éclaircir les liens entre science et manière de penser, culture et évolution sociale de notre époque.

Sur les trente ou quarante pages suivantes j'ai essayé d'analyser les phénomènes les plus caractéristiques de l'historisme, de l'ahistorisme, et de l'antihistorisme dans la science et dans la culture occidentale moderne. Je touche quelques formes et formules de ce qu'on appelle — depuis plus d'un demi-siècle — une espèce de «malaise» dans la conscience, dans le mode de penser des historiens occidentaux (éminents chercheurs d'ailleurs); j'arrive à la conclusion que — d'après les propres paroles des historiens concernés — ce «malaise» découle des changements de l'époque, des changements de la phase actuelle du courant historique, de l'histoire «vivante» dont ils ne sont pas maîtres et dont l'essence, les forces motrices restent incompréhensibles pour eux. Je continue par une revue des tentatives d'améliorations, entre-

prises surtout dans le domaine de la méthodologie. Je constate enfin que la «méthode» fut débarrée — au moins dans la plupart de ces tentatives — de sa base naturelle: la théorie, et que la recherche des problèmes fondamentaux de la théorie fut de plus en plus négligée. L'avancement de ce qu'on appelle «méthode» ne suffit pas — en telles circonstances — à résoudre le problème central de la méthodologie, et ne suffit pas à guérir la maladie (les causes du sentiment du «malaise» mentionné ci-dessus) de l'historiographie et de la pensée historique dans la science bourgeoise moderne. Et il ne suffit pas à diminuer la dépréciation pour les résultats des sciences historiques qui s'avère de la part des représentants d'autres sciences dans le monde occidental.»

Dezső Nemes, Contribution to the report of H. A. Winkler

“Professor H. A. Winkler (G. F. R.), an expert on the major theme, History and Society, stated that the power behind fascism was not that of the bourgeoisie, and that fascism — its power being in essence Bonapartistic — is not connected with capitalism. Prof. Winkler tried to support his view with Marx, mentioning Marx's work on the Bonapartist power headed by Napoleon III.

My reflections are the following:

As a Marxist I find the growing interest of non-marxist historians in marxism as symptomatic. I must remark, however, that those who want to become acquainted with genuine Marxist ideas should turn to the works of Marx, Engels and Lenin, and not to the interpretations of Marxism's enemies. I am convinced that this would greatly contribute to our scientific cooperation.

Concerning the character of the fascist power I find the view of the well-known antifascist, Georgi Dimitrov, correct. According to Dimitrov, the power behind fascism is that of the most reactionary wing of financial capital and of its adherents. Capitalism can exist without ruling in a fascist manner, but fascism cannot exist without capitalism.

As for Bonapartism, Marx did not say that it was not connected with capitalism. It was connected with, and served the interests of capitalism under specific circumstances. It served the development of capitalism until the deep crises and complete defeat of the Bonapartist power.

But if that was the case, why can I not accept the view of Mr. Winkler or the similar view of Leon Trotsky, who also posited the so-called Bonapartist character of fascist rules?

One reason for my objection is that Bonapartism was a specific feature of the classical period of free competition between private enterprises, that is, of the era before the emergence of the dominant role of monopolies. In the 20th century, however, capitalism entered a new stage, in which the main

role was played by monopolies and in which the interference of big-business circles with the state reached a very high level. The First World War was already a product of monopoly capitalism. It was prepared by both blocks of imperialist states, and launched by the Austro-Hungarian Monarchy in concert with German imperialism. At the beginning of the war the ruling classes and their establishments succeeded in arousing war enthusiasm, thus putting the peoples of different states against each other. But the war was an imperialist one for the redistribution of the world, of the colonies and of "spheres of influence."

The fascist movement, launched against the socialist and democratic forces, also succeeded in some countries in extending its influence among the people, particularly among the middle classes. But it would be incorrect to put the main responsibility of the fascist war and other crimes besides the fascist leadership upon the middle classes and not upon those most reactionary business circles and other extreme reactionary circles of the ruling classes who were behind fascism and who are now behind neofascism."

In the debate, Mr. Winkler asked Mr. Sivachev, who also reported on the theme, if he, too finds correct Dimitrov's definition of forty years ago. Winkler tried to induce a certain mood, that if a statement was made forty years ago, it must be rejected and its maintenance is dogmatism. At the same time Winkler himself has sustained the view of Trotsky which was made forty-five years ago.

Sivachev answered, that he found basically correct Dimitrov's definition, because it pointed out the essence of fascist power, which was and remained an important task.

Lajos Elekes, Response as an expert

"I only want to stress the importance of one single aspect of the problems of modern Western thinking. As it is well-known, the last century has often been mentioned by many authors as an epoch in which scientific thinking as well as culture in general were governed and controlled by a certain form of historicism or historicism. It is also well known, that this alleged preponderance of the historical method and thinking was later rejected and characterized by modern authors as a property of the cultural and scientific past. It was stated repeatedly that modern scientific thinking cannot grow on this basis. It was even stated that historical knowledge may represent a valuable part of the human spirit, but it lacks — in another formulation: it must lack — all scientific value, i.e. clarity or precision. At this point I shall not (and I cannot) go into details. I shall only mention the fact that this rejection of the methods of the past happened in an epoch when history

writing seemed to be in full *floraison*, as many prominent western researchers (of English, French, Belgian origin) have manifestly proved and remarked. Here I shall only refer to the writings of English authors from Powicke to Barraclough. But amidst millions of books and articles the main thing was lost: the aim of all this work: the belief (or assurance) of gaining results of scientific value. At the same time, the theoretical problems of historiography became more and more (and almost generally) neglected. The central notions of the social, historical, human development — as for instance the very notion of “progress” too — were questioned or abandoned. No wonder that under such circumstances many outstanding English, French and American scientists believed (and not only after World War II, but already before), that history as historiography arrived at a certain kind of impasse. It required help. To rise to the level of a real science — a science of full value — it needed to borrow the viewpoints and the methods of other sciences. This recognition led (on one side) to a certain — more or less limited — co-operation between historians and representatives of other sciences, mainly in the fields of social and economic research; on the other hand it resulted in an explicit hostility or defensiveness on the part of many historians. In my opinion it is quite clear, that history as a science can (or could) and must learn significantly from the results of other, younger sciences, but it is also quite clear, that historical problems must be analyzed and answered by the special methods of historical research. They cannot be answered otherwise that is, history must follow its own way, and this presupposes a sound methodological foundation in the first place, in the domain of theoretical thinking. This theoretical foundation will provide a clear overview of the whole historical process as a totality, and — as far as it is correct — will eliminate the main causes of that “malaise” which is hindering the research of details, and which has lamed (for more than forty years) the activities of many excellent researchers.

The feeling of “malaise” mentioned above is far from being a singular phenomenon, characteristic only of one man (one group) or one country. It is one of the main characteristics of western science since the beginning of our century. It grew in intensity and seriousness in the periods of social and political change, to say nothing of the direct effects of revolutionary movements. This feeling of “malaise” is still on the ascendant under the circumstances of our “changing World” — as it was presented by one of the most eminent Anglo-American historians, G. G. Barraclough, and as it was predicted by one of the most impressive personalities of American philosophy: J. Dewey more than forty years ago. Incredulity in the scientific value of historical research and thinking is — in my opinion, and in that of many western authors from Dewey to Barraclough, — in direct or indirect connection with a certain loss of sight, loss of perspective, and loss of optimism, not only concerning the past but, mainly, concerning the present and the future.

Historical researchers are always examining the past. But they do this in order to have a clearer view of the present and a better prospect of the future. Past, present and future are relatively separate parts of the same movement: the historical process. And we must see the whole of it, even when we restrict ourselves to examining a little and faraway part of the past.

Marxism-Leninism helps us not only to reconstruct the past, or to revive the essential parts of the totality of human development which resulted in the circumstances of our time. It helps also in the formulation of a really historical perspective which includes the present state of things and the realistic possibilities of the next phase of development, the next stage of humanity. And in consequence it excludes any kind of historical pessimism or "malaise" on the part of historians who are fond of their work and who are really for the happy future — the progress — of mankind."

2. *Les droits de l'homme*

Gyula Mérei, Intervention au rapport de R. Mousnier

«Les droits de l'homme correspondent à un développement historique qui lui-même évolue et progresse incessamment. Les droits de l'homme ne sont pas donc immuables. Il est indéniable que les droits de l'homme aient eux aussi leur propre évolution.

Le chapitre moderne des droits de l'homme a été ouvert par l'ère moderne aux XVI^e et XVII^e siècles (Grotius, Locke). Il se peut que les droits de l'homme, si nous entendons sous ce terme la liberté individuelle absolue de l'homme égoïste et capitaliste, proviennent plutôt de la France. C'est comme si les droits de l'égalité politique, c'est-à-dire les droits du citoyen provenaient plutôt des États-Unis d'Amérique. Il est incontestable que les deux sortes de droits de citoyen au cours du développement ont successivement supprimé les différences existantes quant à l'origine et au caractère de ces droits; aujourd'hui ces droits forment sous le titre de droits de l'homme une unité. Dans cette fusion un grand rôle fut joué par l'apparition des droits de l'homme sur le plan international et la voie de développement parcourue par ces derniers.

On pourrait tout de même avancer l'opinion que les droits de l'homme ont une particularité qui est caractéristique et qui, si elle ne leur assure pas une existence éternelle, leur offre tout au moins une existence durable dans une certaine mesure. Les droits de l'homme, pris au sens moderne, ont été créés à l'aube du système capitaliste et dans leur définition, on trouve beaucoup d'éléments exprimés à l'encontre du féodalisme, garantissant au début capitaliste de se déployer vers son plein épanouissement. Par la suite les constitutions du système socialiste ont également repris ces droits et assuré la sauve-

garde de leur réalisation. Enfin les droits de l'homme ont également passé au plan de la communauté internationale. De cette manière les droits de l'homme ne sont pas des droits immuables, tout de même on peut les considérer comme des droits durables.

Les droits de l'homme actuels portent sur eux la poussière des temps passés, donc ils ont un caractère fortement antiféodal. La catalogue des droits de l'homme comprend même à l'heure actuelle maints droits du passé qui sont peut-être déjà démodés.

Considérons quelques exemples, en ce qui concerne le caractère antiféodal.

Le droit de l'inviolabilité du domicile ou le droit au secret de la correspondance. Est ce que l'inviolabilité du domicile privé n'est pas renversée par le mandat de perquisition domiciliaire émis par le juge d'instruction? Est-ce qu'il existe de nos jours une police dans le monde qui ne trouverait pas les moyens de contrôler la correspondance? Est-ce que la formulation traditionnelle du droit d'association ou la protection du droit de réunion, bien encore valables de nos jours correspondent aux demandes actuelles? Peut-on maintenir un système de permis rappelant le féodalisme et les origines du capitalisme? A l'époque des organisations de masse et des associations réunissant et mobilisant des millions la pratique contredit sans cesse à ces prévisions.

Le catalogue des droits de l'homme (et ici nous pensons tant aux droits inclus aux constitutions des Etats qu'à ceux figurant dans les documents internationaux) est partiellement désuet, partiellement il ne se développe pas suffisamment, il ne s'adapte pas aux conditions concrètes de la vie contemporaine. Nous vivons dans un nouveau milieu social; au milieu de ces conditions nous devons donner aux droits de l'homme une interprétation nouvelle, respectivement ceux-ci doivent acquérir un sens nouveau. Une certaine situation économique, l'existence des conditions sociales et les droits culturels forment la base et les conditions préalables des autres droits de l'homme. C'est ce que nous pouvons appeler la grande découverte de l'époque à l'égard des droits de l'homme. En même temps nous pouvons dire que ceci correspond à la thèse de départ d'une nouvelle conception des droits de l'homme.

Le déploiement de la loi à la culture, l'introduction des droits économiques sociaux et culturels dans le système des droits de l'homme, le problème concernant les nouveaux droits à l'égard des moyens de communication de masse ne sont que des exemples qui signalent que le catalogue actuel des droits de l'homme est désuet de maints points de vue. D'où vient qu'au moins les droits économiques, sociaux et culturels (le droit à la culture, notamment à l'enseignement, à l'éducation, à la formation professionnelle) doivent être inclus dans le catalogue des droits de l'homme.»

Robert Mousnier a défendu dans sa péroraison présidentielle dans une manière abstraite et idéaliste la conception des idéaux humains et par conséquent des droits humains éternels et immuables. Il a repoussé en même temps la proposition de Gyula Mérei visant à l'attribution d'un contenu contemporain aux droits de l'homme. L'intervention a reçu un tout autre écho non seulement des délégués des pays socialistes, de plus les délégués du Liban et de la Tunisie, ainsi qu'un des historiens bourgeois de l'Italie ont exprimé après la séance leur consentement.

II. Problems of Methodology

1. Ereignis, Struktur und Entwicklung in der Geschichte

Gyula Mérei, Beitrag zum Referat von E. Engelberg

Der Beitragende lenkte die Aufmerksamkeit zuerst auf die Notwendigkeit der Einfügung der Ereignisse in die jeweiligen gesellschaftlichen Zusammenhänge, dann sprach er von der Unerläßlichkeit des Erkennens der Rolle der historischen Persönlichkeiten, um die kollektiven Erscheinungen begreifen zu können, da diese Individuen sehr oft einen entscheidenden Einfluß auf die Entscheidungen der Klassen oder Gruppen ausüben, obwohl diese letzten Endes durch die jeweiligen Gesellschafts- und Eigentumsverhältnisse bestimmt sind. Was die Beziehung zwischen Struktur und Ereignis betrifft, wies er auf die Rolle revolutionärer Ereignisse in den gesellschaftlichen Umwälzungen, als auf eine der Wahrheit entsprechenden Feststellung der Historiker hin. Andererseits entspricht aber der historischen Wahrheit auch die Betonung der Bewegung der Strukturen, als den Rhythmus der Umwandlungen bestimmender Faktoren. Der Beitragende warnte sowohl von einer drohenden Gefahr der Überschätzung der historischen Rolle der Strukturen, als von der Herabschätzung der der Ereignisse.

Es soll dem Ereignis sein Wert zurückgegeben werden. Es gibt keine Geschichte mehr von bloßen Kriegen, Fürsten und Königen, oder ausschließlich politischen Ereignissen an und für sich. Das Ereignis ist entweder Fragment oder Index »d'un champ sémantique« (Jacques Berque), das von Ort zu Ort die gegenwärtige Situation auf die permanenten Beziehungen zwischen einer geschichtlich gegebenen und entwickelten Kultur und Natur gründet. Die Ereignisse sind Zeichen, die in ihre semantischen Kettenreihen eingefügt werden sollen. Das Ereignis ist das Reflex, das Anzeichen des Funktionierens der Struktur und einer Produktionsweise. Das Ereignis kann für Anzeichen, Reflex der neu zustande gekommenen Elemente des Funktionierens der Struktur und der daraus entstandenen Klassenkämpfe dienen. Das revolutionäre Ereignis spielt eine aktive Rolle als Erzeuger neuer Strukturen. Es macht die bewußten oder unbewußten Versuche, Bestrebungen bekannt, um neue Beziehungen vollkommen oder mindestens teilweise an ihre richtige Stelle zu setzen.

Die Strukturen danken ihre Existenz den Ereignissen und ihr Verlauf geht nur in und durch den der Ereignisse vor sich. Demzufolge kann der Beitragende die Meinung der Historiker nicht teilen, die Ereignis und Struktur als auf zwei verschiedenen Zeitebenen verlaufende historische Erscheinungen einander gegenüberstellend sie als voneinander unabhängige Faktoren behandeln und voneinander getrennt analysieren.

2. *L'historiographie comme science historique*

Gyula Mérei, Intervention aux rapports de E. Sestan et P. Brezzi

«Toutes les motivations sociales et ontologiques ont été largement mises à jour par la littérature spéciale de l'histoire qui pousse les historiens au renouvellement de leur discipline. Tout en laissant intactes les bases de principes de leur conception historique, les marxistes, déjà libérés des contraintes du dogmatisme, se prononcèrent en faveur de la diffusion la plus large des moyens de recherche et de procédés les plus modernes.

La diffusion de la méthode marxiste d'histoire dont les origines — selon l'avis de notre collègue Iggers — remontent déjà aux années vingt, s'est élargie après 1945 en influant les historiens non marxistes. Ceux-ci mettent à profit les éléments toujours plus nombreux de la méthode du matérialisme historique. L'influence stimulante de la méthode du matérialisme historique s'affirme surtout dans l'historiographie de l'histoire sociale comme élément de la conception pluraliste des historiographes non marxistes. En empruntant les mots de collègue Iggers: un dialogue indirect et parfois un dialogue direct est entamé entre marxistes et non marxistes.

La modernisation qui se fait sentir dans la science historique rend probable que H. Stuart Hughes avait eu raison lorsque, au Congrès International des Historiens de 1950, il avait constaté qu'il était peut-être possible que la science historique entrât dans une étape de transition qui avait caractérisé la physique au début du XX^e siècle. Cette question nous pose immédiatement une autre, notamment celle qui a été très controversée et abordée dans la littérature spéciale et aussi dans les rapports présentés: l'historiographie est-elle une science? L'historiographie est-elle en mesure de découvrir la réalité avec la même objectivité et contrôle que les sciences exactes? Nous allons chercher, dans la suite, une réponse à ces questions.

Dans les sciences sociales la nécessité de rompre avec la manière de voir statique et de représenter le mouvement permanent s'est posée de la même manière que cette tendance s'était affirmée dans les sciences exactes à la suite des découvertes de la physique au début du XX^e siècle, en partie sous l'influence de ces dernières et avec un certain décalage de temps. Les résultats obtenus grâce à la réception des méthodes empiriques des sciences exactes dans

certaines sciences sociales sont bien connus. Cependant, il s'est avéré et cela est relaté p.ex. dans les volumes «Aujourd'hui et l'histoire» et «Faire l'histoire» ou encore dans l'étude de notre collègue Rudolf Vierhaus publiée dans le volume «Geschichte heute» en 1974, que des conclusions générales aptes à éclairer le mouvement du système très compliqué de la société n'ont pu être obtenues. Or, il appartient aux sciences historiques d'explorer et d'expliquer la nature de ce mouvement. Dans son étude parue en 1974 Gerhard Schulz soulignait qu'en reconnaissant le changement permanent du monde, l'historien est amené à une révision constante de ses conclusions et, ce faisant, à les mettre en question. Ajoutons: prise dans ce sens, la connaissance historique, comme par ailleurs toutes les connaissances scientifiques, devient à la fois absolue et relative. La connaissance et tout particulièrement la connaissance historique est absolue par rapport au progrès intellectuel et à l'ensemble de l'outillage humain de connaissances concrètes à une époque donnée. Elle est relative par rapport à ce qui n'est pas encore connu et à l'ensemble de l'outillage de connaissances encore non disponibles ou encore non créées par l'homme. Dans ce sens la connaissance peut être à la fois absolue et relative. La réalité du monde physique et celle du passé peuvent être mieux connues grâce à ces nouvelles connaissances, nouveaux outils, nouvelles méthodes, car, comme il découle de ce qui précède, le processus de connaissance lui-même est infini. D'où il s'ensuit non seulement la possibilité, mais aussi la nécessité de dépasser toutes les connaissances. Grâce à toutes celles-ci, la réalité des temps révolus est explorée toujours sous une autre face. La relativité de la connaissance ne doit cependant pas être confondue avec la relativisation du processus de connaissance, avec le relativisme, la négation de la cognoscibilité de l'essence de la réalité.

Les historiens qui refusent la possibilité à connaître les processus historiques objectifs dans leur profondeur, les facteurs bien cachés de l'histoire de l'homme et à reconnaître que même dans les millénaires qui avaient précédé les sociétés à classes, ce fut le travail créateur de l'homme — pris dans l'acception la plus large du mot — qui favorisa le progrès de l'humanité vivant organisée en société. Ce travail créateur est donc plus large que le travail producteur des biens matériels. Le travail créateur appelé à satisfaire dans les conditions historiques données à tous les besoins humains est le facteur qui encourage l'évolution de l'homme et pour la satisfaction sans entraves desquels est menée la lutte des classes dans les sociétés de classes. Les conditions sociales résultent de ce travail et ce sont elles qui déterminent toutes les activités créatrices de l'homme. C'est l'état du travail qui se reflète dans les superstitions, mythes et rites jusque dans les institutions différentes, dans toutes les créations de l'art, etc.

L'un des arguments de ceux qui nient la possibilité de l'exploration objective de la réalité historique est que l'historien ne peut être objectif, comme il appartient, lui aussi, à une classe ou couche sociale donnée. L'autre argument avance que l'historien vit dans une autre époque que celle de ses recherches et

qu'il lui est impossible de se libérer des influences des conditions historiques de sa propre époque.

Examinons un par un ces arguments. Dans son rapport, notre collègue Brezzi reconnaît que l'impartialité du savant appartient au pays des chimères, tout en considérant utile les conclusions scientifiques et les résultats de recherches. Dans son étude mentionnée Rudolf Vierhaus souligne qu'aucune des sciences sociales, donc l'histoire non plus, ne peut être l'objet des recherches si le savant observe le processus, les événements comme un étranger, car sa situation est déterminée aussi bien par le temps de son travail créateur que par son appartenance sociale. Conséquemment sa connaissance demeure toujours relative et corrélative. Notre collègue Wolfgang J. Mommsen professe des opinions semblables quoique formulées d'une autre approche.

En effet, l'impartialité est une chose impossible, mais il n'est pas impossible de reconnaître les lois et régularités, agents du passé et du présent autant qu'il est permis par le niveau d'évolution intellectuelle de l'homme et de l'ensemble de l'outillage des connaissances à l'époque donnée. Cela reste vrai même si, dans le passé ou le présent, l'accomplissement de l'historiquement actuel n'a pas eu lieu. L'historien agit convenablement s'il est capable de reconnaître les lois du mouvement historiquement actuelles et favorisant le progrès de l'humanité. Il les présente en plaçant au premier plan les activités de la classe, couche ou groupe qui fait triompher dans tous les secteurs de la vie et de la société les exigences historiques sans avoir le plus souvent conscience de ces exigences objectives. Mais l'historien ne néglige pas de présenter parallèlement les forces rétrospectives non plus.

Plusieurs historiens ont émis l'opinion que le regard dirigé sur le présent est toujours raffermi par le regard jeté à l'arrière dans le passé. Si nous voulons rester fidèles à la réalité historique, il faut examiner comment se reflètent dans le présent les diverses couches de la réalité des temps révolus. Il n'y a pas lieu de contester l'aptitude de l'historien de représenter objectivement le passé pour le seul fait qu'il vit dans une autre époque que celle dont il s'efforce de découvrir les rapports.

Au contraire: c'est précisément une telle corrélation du passé et du présent qui nous permet et parallèlement aussi nous impose la nécessité d'expliquer que les historiens, observant le monde en changement, récrivent de temps en temps l'histoire, découvrant chaque fois une nouvelle face du passé.

L'historien travaille avec des hypothèses de travail déduites des faits du passé et non pas avec des constructions spéculatives de pure logique, abstraites de la réalité. Si le modèle, l'hypothèse de travail construite de quelques facteurs caractéristiques est confirmé par le mouvement de la totalité historique, l'historien a bien saisi et compris les lois du mouvement agissant dans le processus du passé historique. Dans le cas contraire, l'hypothèse est fautive. On procède d'une façon analogue dans les sciences exactes.

Lucien Febvre a souligné, déjà en 1921, que l'historiographie devait saisir dans sa totalité la diversité de la vie des sociétés humaines. Le rapport de notre collègue Brezzi demande aussi une telle historiographie totale. La conception de l'histoire vue dans sa totalité présuppose la multidisciplinarité, la coopération à interactions entre la science historique et les autres sciences sociales. La mise en valeur mutuelle des résultats acquis par des différentes sciences sociales signifie que les sciences sociales, par une approche individuelle du même processus, forment ensemble une image totale des processus historiques et des sociétés des temps résolus. Par conséquent, nous n'avons aucune raison de craindre pour l'historiographie, ni pour l'unité de celle-ci à cause de l'intégration des résultats et des méthodes des autres sciences sociales. Cela a été mis en évidence au Congrès International des Historiens de 1950 par Colin Clark: «L'histoire est une science plus «haute» que les autres sciences humaines spécialisées, en ce sens qu'elle devrait intégrer leurs résultats.» Une opinion identique a été professée par Fernand Braudel en 1959 dans les *Annales* et par Rudolf Vierhaus en 1974.

Les historiens marxistes et non marxistes sont d'accord sur la nécessité d'utiliser les méthodes et l'outillage des autres sciences sociales adaptés aux besoins de l'historiographie. Cela est reconnu même par ceux qui s'efforcent de préserver pour l'avenir certains éléments de l'historisme et de ce point de vue principal, entrent en discussion dans quelques questions avec les représentants du cercle des *Annales*.

Mais en vue d'atteindre ce but il est absolument nécessaire d'aboutir à une interprétation uniforme des *concepts* utilisés dans toutes les sciences sociales pour appliquer leurs méthodes et l'outillage des sciences sociales voisines. On doit procéder de la même manière dans le domaine de la cybernétique. Chaque discipline sociale possède son système de concepts propre qui, certes, est identique dans certains de ses rapports de contenu aux autres systèmes, à condition que ceux-ci reposent sur une manière de voir, une idéologie identiques. Mais, même dans ce cas, ils diffèrent sous plusieurs points. Il est de l'intérêt des historiens d'aboutir à une interprétation identique tout au moins des plus importants concepts.

Qu'il nous soit permis d'énumérer dans la suite quelques exemples de l'historiographie moderne, tout en signalant les dangers de l'excès d'emploi de l'outillage ou de l'application unilatérale de celui-ci.

La conception totale de l'histoire exige et la multidisciplinarité permet de *relire et de réapprécier les sources traditionnelles et l'utilisation de nouveaux types de sources, aussi que les méthodes des sciences sociales voisines.*

En suivant les traces de Lucien Febvre, les historiens Georges Duby, Jacques le Goff et Robert Mandrou — pour ne citer que ceux-ci — ont démontré d'une façon particulièrement convaincante que par l'outillage de l'ethnographie, de l'éthologie, de la linguistique, de la psychologie, de la sémiologie alliées aux

méthodes de recherche de l'histoire, l'histoire culturelle et symbolique des couches et classes sociales des différentes formations sociales peut-être très efficacement analysée. L'exploration des civilisations des temps révolus et dans le cadre de celles-ci de la signification particulière du processus mental et symbolique ne saurait donner une image réelle dans sa complexité historique que si l'historien replace les phénomènes cultureux dans l'ensemble des rapports sociaux concrets. Ces rapports nous éclairent le fonctionnement du phénomène, la signification des éléments symboliques et mentaux, l'évolution le plus souvent compliquée et contradictoire. Pour repérer les fonctions et enjeux des idéologies, il convient en effet de ne pas oublier la place des textes, ni de l'ensemble global fait du développement inégal du lien entre les forces productives et les rapports de production, base des contradictions économiques, sociales, politiques.

La nécessité de l'*analyse structurale* est reconnue également par des historiens marxistes et non marxistes, quoique, à la suite de la différence de leur conception, ils interprètent différemment le concept et les méthodes de l'analyse structurale. Cependant dans son rapport notre collègue Sestan nous avertit, et pour cause, du danger que comporte la surévaluation de l'importance des structures aux dépens des événements, de même qu'il fait remarquer que l'exagération de l'importance de la longue durée effectivement existant des processus structuraux comporterait le risque de perdre de vue l'événement lui-même. Dans son rapport notre collègue Brezzi précise que «l'événement est toujours unité entre le rapport réel et le rapport imaginaire avec les conditions d'existence telles qu'elles sont vécues par les hommes dans une situation historique déterminée». Jacques le Goff soulignait dans une interview donnée à La Nouvelle Critique que «le rôle spécifique de l'histoire est d'étudier *le mouvement* de ses structures, leur genèse, leur passage». L'historien s'intéresse plutôt à tout ce qui modifie la structure qu'à tout ce qui la conserve, car, n'importe la longue durée d'une structure donnée, elle n'est ni éternelle, ni immuable. L'historien a donc pour mission d'étudier précisément l'origine de ce changement, déterminé par des actes conscients ou inconscients de l'homme.

Les processus historiques de longue durée trouvent leurs origines dans la relation de l'homme et de la nature lors de la durée de ces processus qui sont définis par le niveau du développement des sciences exactes et des techniques de l'époque, indissolublement lié à l'état des conditions sociales. De nos jours, on parle souvent du rythme accéléré du temps, une sorte de réaction contre la période des processus de longue durée et pour mettre en relief la discontinuité relative des processus contemporains. Nous sommes d'avis qu'au point de vue historique cette confrontation est inadéquate. Au lieu du rythme accéléré du temps il serait plus pertinent de parler de l'essor toujours montant des sciences et des techniques dont la conséquence est que les inventions deviennent vite surannées. Puis, il faudrait parler du changement accéléré des conditions socia-

les d'une tendance qui permet la mise en valeur pacifique des réalisations de l'activité humaine créatrice au profit du genre humain.

L'analyse structurale ne peut se passer des *méthodes de la sociologie*. Il est donc évident que les deux rapports et encore la littérature spéciale se penchent sur le problème des *rappports qui existent entre l'histoire et la sociologie*. La plupart des historiens sont d'avis qu'il n'y a pas d'antagonisme catégorique entre l'histoire et la sociologie et que les deux disciplines se voient obligées d'avoir recours l'une à l'autre.

L'historien peut mettre à profit certaines thèses de la sociologie générale, telles p. ex. que les lois sociales, les phases des processus objectifs s'expriment clairement dans les comportements humains. Le comportement humain se compose d'un bon nombre d'éléments. De ceux-ci, ce sera celui qui définira dans un temps donné avec la plus grande probabilité le comportement humain, dans lequel l'homme est le plus intéressé. Cette connexion ne se manifeste pas automatiquement, comme la reconnaissance de l'intérêt lié à un élément donné de la structure ne se fait pas, par ailleurs, non plus automatiquement et souvent non sans difficulté. Ces thèses de la sociologie peuvent être mises à profit p. ex. dans l'étude du comportement politique des groupes et couches sociaux.

Des tendances naissent de la situation qui se crée des processus sociaux de l'époque. Cependant, leur domination dépend aussi des facteurs subjectifs qui se développent sous l'influence des conditions sociales dominantes de l'époque. Les particularités des conditions développées au cours de l'histoire structurent d'une façon multiple les comportements humains qui créent, à leur tour, les nouvelles conditions. La structuration multiple comporte des complexités, d'où naissent les phases aléatoires sous l'effet desquelles la structure de comportement n'est pas rigoureusement déterminée. Il est incontestable qu'une telle application de la conception sociologique à l'historiographie comporte des difficultés, comme les méthodes servant au dépouillement des éléments de structuration du comportement politique ne peuvent être appliquées qu'au cas où on dispose d'une série chronologique ininterrompue de données.

Les processus qui se déroulent dans les groupes sociaux se refusent à être interprétés sans la connaissance des rapports qui les rattachent à la situation concrète socio-historique. Jamais les rapports de groupes ne se laissent détacher des particularités macrostructurales de la société, des processus, des phénomènes de la macrostructure qui s'expriment dans la situation concrète, réelle d'une époque, et d'une société donnée.

Si l'exploration de ces rapports a été négligée, les résultats des analyses de groupes ne sauraient être généralisés, les processus et phénomènes qui s'opèrent dans le groupe gagneraient plus de poids qu'ils ne l'avaient réellement et, partant, les résultats de l'analyse seraient dénaturés.

Grâce à l'*analyse quantitative*, à peu près tous les secteurs historiques ont des bases de recherche solide. Ce serait cependant une récidive aux illusions scientistes de considérer les analyses quantitatives comme étant les *seuls* critères de caractère scientifique de l'historiographie. Les rapports sociaux de la société rurale p. ex. ne sauraient être saisis par la seule analyse quantitative du produit net, comme il ne suffirait pas de comparer quantitativement les salaires et le profit pour définir le taux de la plus-value, des conditions de l'exploitation. L'historien ne peut se passer des courbes à mettre au point par des méthodes statistiques et propres à marquer certaines tendances, cependant lorsqu'il les utilise, il ne doit pas perdre de vue que ce qui a presque toujours mû les hommes, c'était précisément l'accident paroxystique et non point le *trend* séculaire. L'indispensable outil de l'analyse ne doit pas être confondu avec l'objet historique. La courbe de la longue durée est abstraite, mais c'est une abstraction de caractère méthodologique, alors que le salaire ou la plus-value sont des abstractions qui reflètent l'essence des rapports sociaux constants (Antoine Canova et Jacques Berque).

Dans les précédents une tentative a été faite pour présenter quelques exemples des problèmes sur lesquels les historiens marxistes et non marxistes ont des opinions identiques ou assez voisines. Nous sommes d'avis qu'un dialogue fructueux pourrait être entamé sur ces questions, un dialogue qui portera des fruits à l'avantage des deux parties en soumettant à une critique les opinions qu'elles professent, en reconnaissant les acquisitions des recherches comme il est d'usage aux conférences d'historiens de l'histoire du mouvement ouvrier international organisées périodiquement depuis 1954 chaque année en Autriche, ou bien aux diverses rencontres de la Commission Internationale d'histoire économique. Nous croyons que cette voie sera praticable pour d'autres terrains de recherche historique également.»

3. Edition *Zeitgeschichtlicher Quellen*

Győző Ember, Beitrag zum Referat von R. Morsey und F. Kahlenberg als Expert

»Die Grundprinzipien und die Hauptmethoden der Veröffentlichung historischer Quellen sind im allgemeinen dieselben, welche Quellen auch immer, aus welcher Zeit, für welchen Zweck und auf welche Art veröffentlicht werden sollen. Freilich gibt es auch spezielle Grundsätze ebenso wie Methoden der Veröffentlichung, je nach dem, welche Quellen, aus welcher Zeit, für welchen Zweck und auf welche Art veröffentlicht werden.

In meinem Beitrage möchte ich mich mit einigen Fragen der Veröffentlichung archivalischer Quellen der Zeitgeschichte befassen. Ich möchte die Frage beantworten, welche von den verschiedenen Arten der Veröffentlichung

archivalischer Quellen diejenigen sind, die bei Veröffentlichung archivalischer Quellen der Zeitgeschichte in erster Reihe in Betracht kommen.

Von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet können wir mehrere Arten der Veröffentlichung archivalischer Quellen unterscheiden.

Auf Grund des primären Zweckes können wir zwei Arten der Veröffentlichung archivalischer Quellen unterscheiden: die wissenschaftliche und die volkstümliche. Zwischen den beiden ist eine Mischung dieser: die wissenschaftlich-volkstümliche Veröffentlichung, wissenschaftlich wie auch volkstümlich, aber keine von beiden rein.

Der primäre Zweck der wissenschaftlichen Veröffentlichung ist, Quellen für wissenschaftliche Bearbeitungen zu liefern. Aus diesem Zweck folgt, daß sie für die Verwendung eines engeren Kreises dient. Die wissenschaftliche Veröffentlichung wird von der volkstümlichen durch eine mehr spezifische Auswahl des Themas, durch eine relative Vollständigkeit erzielende Auswahl des Quellenmaterials, und durch einen anspruchsvolleren wissenschaftlichen Apparat unterschieden.

Der primäre Zweck der volkstümlichen Veröffentlichung ist Quelldaten für die allgemeine Bildung und für den Unterricht zu liefern. Aus diesem Zweck folgt, daß sie für die Verwendung eines breiteren Kreises dient. Die volkstümliche Veröffentlichung wird von der wissenschaftlichen durch eine allgemeinere Auswahl des Themas, durch eine keine Vollständigkeit beanspruchende Auswahl des Quellenmaterials, und durch einen weniger wissenschaftlichen Apparat unterschieden.

Der primäre Zweck der wissenschaftlich-volkstümlichen Veröffentlichung ist derselbe, wie jener der volkstümlichen, sie dient aber für die Verwendung eines engeren Kreises als die volkstümliche. Was die Auswahl des Themas und des Quellenmaterials anbelangt, sieht sie der volkstümlichen gleich, hat aber keinen wissenschaftlicheren Apparat, wie jene.

Es ist vielleicht überflüssig zu bemerken, daß die wissenschaftliche Veröffentlichung sekundär auch zu der allgemeinen Bildung und im Unterricht verwendet wird, ebenso wie die volkstümliche und noch mehr die wissenschaftlich-volkstümliche Veröffentlichung auch für wissenschaftliche Zwecke dienen kann.

Die archivalischen Quellen der Zeitgeschichte — für die, nach meiner Ansicht, die Geschichte der Zeit nach dem ersten Weltkriege betrachtet werden kann — werden in wissenschaftlichen, in volkstümlichen und in wissenschaftlich-volkstümlichen Publikationen in gleicher Weise veröffentlicht. In gleicher Weise, aber nicht in gleichem Maße. Die Erfahrung, wenigstens in der Geschichtsschreibung Ungarns, zeigt, daß die archivalischen Quellen der Zeitgeschichte meistens in wissenschaftlich-volkstümlichen Publikationen veröffentlicht werden.

Diese Erscheinung kann mit zwei Ursachen erklärt werden.

Die eine ist die Schwierigkeit bei der Themenauswahl einer wissenschaftlichen zeitgeschichtlichen Quellenpublikation. Später wird darüber noch die Rede sein.

Die zweite Erklärung liegt darin, daß die für die jüngste Vergangenheit sich interessierenden Leser, natürlich nicht die Historiker, sondern die sogenannten gebildeten Schichten, sich am meisten für die wissenschaftlich-volkstümlichen Quellenpublikationen interessieren. Ja sie lesen lieber solche Quellenpublikationen als historische Bearbeitungen. Sie wollen die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, die sie meistens noch selbst erlebt hatten, lieber aus den archivalischen Quellen als aus den Bearbeitungen der Geschichtsschreiber kennen lernen. Sie beanspruchen aber den wissenschaftlichen Apparat der Veröffentlichungen, deshalb begnügen sie sich mit den einfachen volkstümlichen Quellenpublikationen nicht.

Das schwerste Problem der Veröffentlichung archivalischer Quellen der Zeitgeschichte ist die Auswahl des Gegenstands.

Auf Grund des gewählten Gegenstands können wir zwei Arten von Quellenpublikationen unterscheiden: die allgemeine und die spezifische oder thematische.

Die in einer allgemeinen Publikation veröffentlichten Quellen beziehen sich auf mehrere Gegenstände, die in einer spezifischen oder thematischen Publikation veröffentlichten dagegen nur auf einen Gegenstand oder mindestens auf einen engeren Themenkreis.

In der Geschichtsschreibung vieler Länder, besonders in der Zeitgeschichtsschreibung, wird die Tendenz stärker, solche Quellen zu veröffentlichen, die sich auf einen spezifischen Gegenstand oder auf einen solchen Themenkreis beziehen. Solche Gegenstände sind z. B. die Geschichte der Nationalitäten, des Kohlenbergbaues, eines Theaters, einer Person usw. Solche Quellenpublikationen sind meistens wissenschaftlich, es gibt aber auch volkstümliche und wissenschaftlich-volkstümliche unter ihnen.

Nach meiner Ansicht wäre es zutreffender, statt Quellen, die sich auf einen spezifischen Gegenstand, oder auf einen solchen Themenkreis beziehen, zu veröffentlichen, diese Themen oder Themenkreise zu bearbeiten, und nur einige sehr wichtige oder charakteristische Quellen im Anhang der Bearbeitung zu publizieren. Ich bin der Meinung, daß eine Quellenpublikation nur dann gerechtfertigt sei, wenn die veröffentlichten Quellen mehrere Themen oder Themenkreise betreffende Daten enthalten.

Unter solchen allgemeinen archivalischen Quellenpublikationen können drei Hauptarten unterschieden werden: jene, die sich auf einen Zeitabschnitt, jene, die sich auf eine Quellengattung, und jene, die sich auf eine archivalische Einheit gründen.

In einer chronologischen Publikation werden Quellen veröffentlicht, die einen bestimmten Zeitabschnitt betreffen, ohne irgendwelche thematische Einschränkung. Da das Quellenmaterial der Zeitgeschichte außerordentlich

reich ist, Quellen der Zeitgeschichte, selbst einer ganz kurzen Periode, können sinnvoll nur in volkstümlichen oder wissenschaftlich-volkstümlichen, nicht aber in wissenschaftlichen Publikationen veröffentlicht werden.

In einer Publikation einer Quellengattung werden Schriftstücke eines bestimmten Typs veröffentlicht. Solche sind z. B. Staatsverträge, Ministerratsprotokolle, Landtagsakten usw. Es gibt auch volkstümliche und wissenschaftlich-volkstümliche zeitgeschichtliche Quellenpublikationen dieser Art, aber die meisten solchen sind wissenschaftlichen Charakters.

Die Veröffentlichungen einzelner archivalischer Einheiten sind mit den Publikationen einer Quellengattung verwandt, da solche Einheiten oft aus Schriftstücken desselben Typs bestehen. Ministerratsprotokolle z. B. bilden meistens eine archivalische Einheit. Die Veröffentlichung einzelner archivalischer Einheiten ist die charakteristische Art der Mikrofilmpublikationen, wobei ganze solche Einheiten verfilmt, und die Kopien der Aufnahmen veröffentlicht werden. Diese Art der Veröffentlichung ist rein wissenschaftlich, auch bei Quellenpublikationen der Zeitgeschichte oft angewandt. Der wissenschaftliche Apparat der Mikrofilmpublikationen weicht von dem Apparate der gedruckten Publikationen in vielem ab.

Auf Grund der Vollständigkeit der für Veröffentlichung ausgewählten Quellen können wir zwischen vollständigen und ausgewählten Quellenpublikationen unterscheiden.

In einer vollständigen Quellenpublikation werden alle wertvollen Quellen veröffentlicht, die den Gegenstand der Publikation betreffen.

In einer ausgewählten Quellenpublikation wird von den wertvollen Quellen, die den Gegenstand der Publikation betreffen, nur ein Teil veröffentlicht.

Auch bei den Quellenpublikationen der Zeitgeschichte sind die wissenschaftlichen Veröffentlichungen vollständig, die volkstümlichen und die wissenschaftlich-volkstümlichen dagegen ausgewählt.

Auf Grund der Vollständigkeit des Textes der veröffentlichten Quellen können wir zwischen volltextlichen, teilweise und auszügig archivalischen Quellenpublikationen unterscheiden.

In einer volltextlichen Publikation wird der völlige Text der Quelle veröffentlicht, höchstens einzelne stereotype Teile bleiben weg.

In einer teilweisen Publikation wird nur ein Teil, oder werden nur einige Teile des Quellentextes veröffentlicht.

In einer auszügigen Publikation wird nur der Gegenstand oder der Inhalt des Quellentextes auszugsweise veröffentlicht. Einige Teile des Textes aber können im Rahmen des Auszuges auch wortwörtlich veröffentlicht werden.

Unter den wissenschaftlichen Quellenpublikationen findet man auch auszügige, die volkstümlichen und die wissenschaftlich-volkstümlichen Publikationen sind dagegen fast immer volltextliche oder teilweise. Das betrifft auch die Quellenpublikationen der Zeitgeschichte.

Auf Grund der förmlichen Texttreue der Veröffentlichung können wir zwischen texttreuen, umschreibenden und fotografischen archivalischen Quellenpublikationen unterscheiden.

In einer texttreuen Publikation wird der Text der Quelle ohne jede förmliche, orthographische Veränderung veröffentlicht.

In einer umschreibenden Publikation wird der Text der Quelle mit orthographischen Veränderungen des Herausgebers publiziert.

In einer fotografischen Publikation wird die Fotokopie der Quelle veröffentlicht. Diese Art der Veröffentlichung nennt man auch Facsimile-Publikation. Solcherweise werden nur Schriftstücke von großer Wichtigkeit, oder Teile derselben veröffentlicht, mit Ausnahme der Mikروفilmpublikationen, bei denen die ganze Veröffentlichung auf diese Art vorgenommen wird.

Bei der Veröffentlichung archivalischer Quellen der Zeitgeschichte ist die texttreue Publikation die allgemeine, da die Orthographie der Quelle meistens kaum von der Orthographie der Zeit der Veröffentlichung abweicht. Der Herausgeber hat aber nicht nur das Recht, sondern ist sogar verpflichtet, die orthographischen Fehler und die Inkonsequenzen der Schreibart zu berichtigen.

*

In den bisher Gesagten habe ich die Eigentümlichkeiten der Veröffentlichung archivalischer Quellen der Zeitgeschichte, betreffend die verschiedenen Arten der Publikation kurz angedeutet.

Die Veröffentlichung dieser Quellen hat natürlich auch andere Besonderheiten. Eigenartig ist auch — um nur eine zu erwähnen — der Apparat der Veröffentlichung.

Der gegebene Rahmen meines Beitrages aber läßt es nicht zu, mich mit diesen anderen Eigentümlichkeiten zu befassen.«

Ervin Pamlényi, Beitrag zum Referat von R. Morsey und F. Kahlenberg

»Es sei mir erlaubt, zum inhaltvollen und interessanten Vortrag von Professor Kahlenberg einige Randbemerkungen hinzuzufügen. Vor allem ist es höchst erfreulich, daß die Fragen der Quellenausgaben auch anläßlich dieses internationalen Kongresses diskutiert und vielfach erörtert werden. Bisher war dies ein ziemlich vernachlässigtes Gebiet der geschichtswissenschaftlichen Forschungsarbeit: nun wird es vielleicht — ich möchte es hoffen — dauerhaft in den Vordergrund des Interesses treten.

Es ist ebenfalls erfreulich, daß der Verfasser des Vortrags einen Versuch macht, die allgemeinen Regeln der Quellenausgabe zu schildern, indem er

seine Aufmerksamkeit auf die wichtigsten Aufgaben konzentriert. Dies ist umso mehr nötig, da der sorgfältige Leser in manchen heutigen Veröffentlichungen von Quellen eine Reihe von Inkonsequenzen, ja sogar Oberflächlichkeit wahrnehmen kann. Für besonders wichtig und lehrreich können jene Ausführungen betrachtet werden, die man über die gründliche Vorbereitung und Planung der Quellenpublikationen lesen kann; zahlreiche unterbrochene Publikationsserien, zahlreiche übertriebene Band-Reihen beweisen, daß eben diese Vorbereitungsphase zuweilen fehlt.

Grundsätze, beziehungsweise Richtlinien für die Quellenausgabe wurden auch in der ungarischen Fachliteratur vorgeschrieben und erfolgreich angewendet. Zum Beispiel, Anfang der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts wurden die Bände des *Fontes historiae hungaricae aevi recentioris* auf Grund solcher ausführlicher Richtlinien publiziert. In den letzten zwei Jahrzehnten wurden auch die acht Bände der großzügigen Serie — mit dem Titel: Ausgewählte Dokumente der Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung — im Sinne solcher voraus ausgearbeiteter Grundsätze veröffentlicht. Und schließlich sei es erwähnt, daß gerade im letzten Jahr eine außerordentlich sorgfältige und genaue Regelung für die neue Serie *Monumenta Comititalia Regni Hungariae* erschienen ist, deren Grundsätze eigentlich bei der Veröffentlichung des größten Teiles des Quellenmaterials vom sechzehnten bis zum achtzehnten Jahrhundert anwendbar sind.

Ich möchte nochmals betonen, daß eine solche Regelung außerordentlich wichtig ist und sich als besonders vorteilhaft erweist. Zugleich kann ich aber nicht vermeiden, den Grundsatz zu unterstreichen, dessen der Verfasser auch völlig bewußt ist, wonach das »Ziel einer theoretischen Untersuchung der methodologischen Voraussetzungen für die Ausgabe zeitgeschichtlicher Quellen naturgemäß nicht die Formulierung verbindlicher, einheitlicher Regeln für verschiedene Ausgabentypen oder für Einzelprojekte sein kann«. Es wäre wahrhaftig verfehlt, nicht anzuerkennen oder außer acht zu lassen, daß der Herausgeber der Quellenpublikation jeweils gemäß der Natur, beziehungsweise nach dem Charakter des betreffenden Materials seine Methode entwickeln muß, man könnte fast sagen, daß die Regeln durch den Charakter, also durch den Umfang, durch die Qualität, durch den Informationsgehalt usw. diktiert werden. Auf diese Weise ist es vielleicht überflüssig, darauf hinzuweisen, daß — obzwar die allgemeinsten Grundsätze dieselben sind — die Herausgabe z. B. einer Korrespondenz, oder einer Serie von Ministerratsprotokollen, oder aber von Geschäftsakten einer Großbank durchaus verschiedene Methoden erfordert.

Was aber, meines Erachtens, das wichtigste ist: man soll die bereits geschilderte und angenommene Methode mit voller Folgerichtigkeit durchführen, alle die einzelnen Elemente des Ausgabeapparats mit strenger wissenschaftlicher Disziplin bearbeiten. Es kommt nämlich nicht selten vor, daß die Ausgaben gerade in dieser Hinsicht etwas mangelhaft sind.

Der geschätzte Verfasser des Vortrags erörtert in erster Reihe die allgemeinen Probleme der Quellenausgabe, es scheint aber, daß die speziellen Fragen der Herausgabe der par excellence zeitgeschichtlichen Quellen in den Hintergrund gedrängt werden. Was diese Spezialfrage anbelangt, möchte ich diesmal nur eine einzige hervorheben, — obzwar diese vielleicht nicht die wichtigste ist. Die Probleme, die mit dem Umfang einiger höchst wichtiger Aktenreihen verbunden sind — und zwar nicht nur für die Editionsarbeit, sondern auch für die Verlagsanstalten —, sind uns allen wohlbekannt. Meines Wissens hat man bisher wenig getan, um Versuche zu machen, die die Methode der Herausgabe des zeitgeschichtlichen Quellenmaterials umreißen, eine Methode der ökonomischen, zweckmäßigen, nicht allzusehr umfangreichen, aber dennoch recht anwendbaren Veröffentlichung von zeitgeschichtlichen Quellen. Ich denke an solche Initiativen, die auf dem Gebiete der mittelalterlichen Quellenausgaben in Ungarn schon versucht worden sind, z. B. von Professor Elemér Mályusz, in seinem bisher dreibändigen Werke — *Diplomata regis Sigismundi Luxemburgensis*. Er hat nämlich eine durchaus wirtschaftliche Methode angewandt: er gab umfangreiche Regesten von einem jeden Aktenstücke, welche Regesten jeden solchen Teil der betreffenden Urkunde im Originaltext enthalten, der für die Forschung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, der politischen Geschichte und Kulturgeschichte irgendeinen Wert haben könnte. Es wäre keine unwichtige Aufgabe, die Methode einer solchen wirtschaftlichen Ausgabe auch mit Hinsicht auf die zeitgeschichtlichen Quellen herauszufinden.

Noch ein Wort über die Funktion der Quellenausgaben: Meiner Meinung nach bedeuten jene wissenschaftlichen Quellenveröffentlichungen, die an die sehr nützlichen Richtlinien von Professor Kahlenberg angepaßt sind, nicht nur Rohmaterial für die weitere Forschung (wie dies der Fall bei den umfangreichen Veröffentlichungen diplomatischer Akten ist), sondern sie stellen eine höhere Art von historischer Bearbeitung dar, indem sie die auswählende und bewertende Tätigkeit des Herausgebers widerspiegeln und dadurch eine hervorragende Eigenschaft und einen wissenschaftlichen Wert gewinnen.

Und zum Schluß noch ein einziger Gedanke. Der Vortrag von Professor Kahlenberg spricht in vielen Beziehungen auch von der wissenschaftlichen Persönlichkeit des Quellenherausgebers. Der Verfasser berührt eine Reihe von Fragen über die nötigen Studien, über die vielseitige Bildung, über die Karriere-möglichkeiten und sozialen Verhältnisse dieser Gruppe der Historiker. Ich gestatte mir zu erwähnen, daß in Ungarn während der letzten drei Jahrzehnte, im Laufe der großen gesellschaftlichen Umgestaltung, seit 1945 eine ziemlich intensive Tätigkeit im Bereich der Quellenausgaben ausgeübt wurde. Die Mitarbeiter der Archive, der geschichtswissenschaftlichen Institute und der Universitäten beteiligen sich gleicherweise an dieser Tätigkeit. Und als Anerkennung dieser Arbeit werden sie zu hohen wissenschaftlichen Würden promoviert und auch ihr gesellschaftliches Prestige zeigt eine steigende Tendenz. Dennoch erlaube

ich mir auch diesmal meine Überzeugung auszusprechen: wir sollen die Tätigkeit der Quellenherausgeber mit Dank erwidern, die Tätigkeit ihrer Kollegen, die nicht den Weg der leichten Erfolge, sondern den holprigen Weg der opferbereiten Arbeit betreten: einen Weg aber, der zu bleibenden Ergebnissen führt.«

Pál Zsigmond Pach, (President of the session) Conclusions

The program scheduled for this morning has been completed. It is not my task to sum up or evaluate the results of the discussion. Thus, in conclusion, allow me to make just a brief observation.

The issues, raised by the reporters, experts and discussants, fall — by and large — into three main categories.

The first issue is concerned with the notion or concept of contemporary history. The discussion has reflected the fact that there is no generally accepted concept of *Zeitgeschichte* among historians. Further theoretical analysis and exchange of views is needed in this respect. However, it has become clear that the postwar period, that is, the period from the end of World War II up till today does belong to the domain of the historical sciences and that it can be handled competently by historians. There was almost no discussant who questioned the right, moreover the task of historians to extend their activities to the more recent past up to the present. (The reference to the lack of the so-called historical perspective — so frequently alluded to earlier — seems to have lost its popularity.)

The second issue involved the problem of quantity and quality of sources available for research into contemporary history. It is obvious that we are faced here with a peculiar and contradictory situation. On the one hand, we encounter a real “embarrassment of riches”: a vast mass of various kinds of sources, — in far greater quality than in any previous period. On the other hand, some of the most important sources, — mainly concerning top level politics — are not yet accessible. As it has been suggested by several discussants, this peculiar situation, though increasing the difficulties, does not preclude the possibilities of scientific research on this terrain. The reference to the lack of what is called the full documentary evidence, — though it has to be taken into account seriously — seems to have lost its convincing value.

Finally, the third group of contributions related directly to the theoretical and practical problems of publication. During the meeting we had the opportunity to consider a great number of valuable statements and suggestions, concerning the principles and methods of contemporary source editions as well as the financial, social and personal problems involved. The points of view were sometimes different, the accents were divergent now and then. But there was a common agreement among other things upon the fact that public

interest in these kinds of source editions has grown, that source publications of contemporary history have a good market, that the reading public is keenly interested in these types of historical works. As it has been suggested by Professor Kahlenberg, "Edition zeitgeschichtlicher Quellen sind für die Ausbildung und Prägung eines Geschichtsbewusstseins von fundamentaler Bedeutung." Source editions of earlier historical periods are mainly offered for the use of scholars, for the use of the historians themselves, with an aim to promote further scientific elaboration. Source editions of contemporary history, on the other hand, are read, as a rule, by a far wider public. It might be worth mentioning: as far as contemporary history is concerned, source editions are almost in greater demand than monographic presentations.

As a consequence, the historian engaged in editing sources of contemporary history, has a very important task and a double responsibility. He is a man of research on the special field of historical science. And he is a person of influence in the formation of public opinion, of the historical consciousness and awareness of society.

It is probably accidental, but may be regarded as symbolic that the first major theme that appeared on the agenda of this congress was concerned with history and society, — and the last methodological section of the Congress dealt with problems of contemporary history, — a subject matter that reveals the close connections and interactions of history and society in a very distinct manner.

III. History by Chronological Periods

1. *Antiquity. Centres et périphéries de la civilisation antique*

András Mócsy, Der Limes und die Provinzen (Referat)

1. Die politischen Grenzen des Imperiums als eine Militärgrenze auszubauen, hat sich erst spät in der römischen Geschichte als notwendig erwiesen. Die Militärgrenze hatte erst das Imperium auszubauen gehabt, das dem augusteischen Prinzip des *coercendi intra fines* gemäß jahrhundertlang *defensum magis fuerat quam ampliatum* (Eutrop. VIII 2,2). Aus der knappen Schilderung bei Tacitus bzw. bei Sueton geht klar hervor, daß das *consilium coercendi* die Schlußfolgerung einer finanziellen Bilanz war, deren Soll und Haben die Kosten der Besetzung und die Einkünfte des besetzten Landes waren. Augustus hat daher wohl damit gerechnet, daß erstens die Neueroberungen ständig und stark besetzt gehalten werden müssen, und zweitens, daß die noch nicht eroberten Nachbargebiete arm sind; ein Umstand, der später z. B. von Appian (*procim.* 5. 7) wieder betont wurde. Alles in allem hat Augustus seine eigenen Neueroberungen und vor allem die europäischen Provinzen vor Auge gehabt. Unter Augustus wurden die Eroberungen nicht im Rahmen einer Reichsbilanz, sondern einzeln erwogen; jedes Land hat seine Eroberung eigens wirtschaftlich rechtfertigen müssen. Bezeichnend genug spricht Augustus im *Monumentum Ancyranum* (26; 30) nicht vom Wachstum des Reiches, sondern von der Erweiterung einzelner Provinzen. Das Reich hätte auch ein viel größeres Heer erhalten können. Selbst wenn man — wohl stark übertrieben — die jährlichen Kosten des Heeres im 1. Jh. auf Hundert Millionen Denar schätzt, wird man überrascht, daß manche stadtrömische Bauten diese Summe reichlich übertroffen hatten. In der Bilanz des Augustus wurde daher mit den Einkünften der alten und reichen Provinzen nicht gerechnet, wohl aus dem Grunde, weil diese Provinzen keine nennenswerte Besetzung notwendig hatten. Die noch nicht eroberten europäischen Länder waren im Vergleich zu den alten Mittelmeerländern arm; ihre Besitznahme wäre nur dann gerechtfertigt, wenn die Herrschaft ohne ein größeres Heer hätte gesichert werden können. Doch mußte mehr als die Hälfte des gesamten römischen Heeres in den neuen europäischen Provinzen garnisonieren, während die Einkünfte aus diesen Provinzen mit den Kosten der Besetzung kaum die Waage halten konnten. Das augusteische Expansionsverbot

war auch verkehrsgeographisch begründet. Die Truppen der Donauprovinzen hatten auf dem Wasserweg der Donau gute Verbindungen miteinander gehabt, aber vom Mittelmeer und noch weniger von Italien aus waren sie auf schiffbaren Gewässern nicht erreichbar. Der konkrete Inhalt des Expansionsverbots war der Besitz des Rheins und der Donau, die aber nicht als Grenzen, sondern als die einzig möglichen Verkehrswege im neubesetzten Europa wichtig waren. Das *mari Oceano aut omnibus longinquis saeptum imperium* (Tac. ann. I 9) war nicht deswegen geographisch gut abgeschlossen, weil es Wassergrenzen hatte, sondern weil die Wassergrenzen die einzig möglichen Verbindungen zwischen weit entfernten Ländern herstellen konnten. Das augusteische Expansionsverbot hatte als mögliche Neueroberungen nur europäische Länder vor Augen. Als Grenzen, die nicht notwendigerweise dort gezogen zu werden brauchten, wo sie vor dem Tode des Augustus gezogen worden waren, galten nur die europäischen Grenzen am Rhein und an der Donau. Am anderen Ufer waren Völker und Länder, die nicht unähnlich zu den bereits eroberten Völkern und Ländern waren, und im Rücken dieser Völker lag der sagenhafte Ozean, der die natürliche Grenze aller utopistischen Eroberungspläne der Kaiserzeit gebildet hatte.

2. Die Ausgangspunkte der augusteischen Bilanz haben sich im 1. Jh. allmählich als überholt erwiesen. Die Eroberung Britanniens ist der praktische Beweis dafür, aber es kann auch im allgemeinen behauptet werden, daß die von Augustus erworbenen neuen Provinzen zumeist wirtschaftlich fortgeschritten und innenpolitisch derart konsolidiert worden sind, daß sie das noch notwendige, aber viel kleinere Besatzungsheer leicht hätten selbst erhalten können. Daß die als Besatzungsarmee überflüssig gewordene Streitmacht nicht aufgelöst, sondern allmählich in eine Grenzarmee umgestaltet wurde, darin waren die außenpolitischen Erfahrungen, insbesondere die Grenzkrisen im Vierkaiserjahr und in der Flavierzeit entscheidend. Die augusteische Bilanz hat sich daher im Prinzip wiederum als richtig erwiesen, nur haben das Soll die Kosten einer riesigen Grenzbesatzung und das Haben eine im Verhältnis zur Besatzung immer noch nicht hoch genug entwickelte Wirtschaft der Grenzländer gebildet. Der Ausbau des Limes von Domitian bis Antoninus Pius war daher die notwendige Folge einer expansionsfeindlichen Grenzpolitik, deren Grundlage eine neue Bilanz mit neuen Posten, aber mit dem alten Fazit war. Das riesige Werk wurde von Aelius Aristides als eine fertige und endgültige Mauer gepriesen (Rom. 79—81), und nicht viel später von Appian das Gleichnis geprägt (proom. 7), das Reich sei wie ein Gutsbesitz von diesen Mauern geschützt. Das wichtigste Merkmal aller europäischen Grenzen war ihr Charakter einer sichtbaren und klaren Trennungslinie, die vor allem das unbefugte Herüberkommen der Barbaren verhindern sollte. Im allgemeinen galt der Grundsatz, den *transitus* zu verhindern. Der Ausschluß der Barbaren war bereits für Appian ein Verdienst des Limes und Tertullian ruft begeistert: *quot barbari exclusi!* (de pallio II 7). Auf die zumeist in einem geregelten Ver-

tragsverhältnis zu Rom stehenden barbarischen Nachbarvölker haben die konsolidierten Verhältnisse und der relative Reichtum der Grenzprovinzen eine Anziehungskraft ausgeübt, was einerseits zu räuberischen Einbrüchen führen konnte, andererseits aber manche Barbarenkönige veranlaßt hatte, die legale Aufnahme ins Reich erwirken zu wollen. Appian schreibt darüber eindeutig (prooim. 7). Regelrechte Kriege wollten die Römer prinzipiell nicht führen und die Barbaren erst, wenn die römisch-barbarischen Verträge wegen Völker-verschiebungen im Barbaricum nicht mehr aufrechtgehalten werden konnten. In diesen Kriegen war die Aufnahme ins Reich oft der Kriegsgrund und das Kriegsziel. Nur so kann das zunächst unverständliche Verfahren der Römer erklärt werden, indem sie die ins Reich aufgenommenen Barbarengruppen oft ohne Bedenken in der Provinz angesiedelt hatten, die mit dem betreffenden Barbarenvolk benachbart war.

3. In der Zeit, als die Reichsarmee noch eine gegen tatsächliche oder künftige Untertane gerichtete Armee war, konnte die Minimalstärke der Besatzungsarmee jeder Provinz irgendwie abgeschätzt werden. Nachdem aber das römische Heer ein gegen äußere Feinde gerichtetes und an den Grenzen konzentriertes Heer geworden war, war die notwendige Stärke der Besatzung eines bestimmten Grenzabschnittes nicht von vornherein gegeben. Die Stärke der Grenzbesatzungen erwies sich bald für überflüssig hoch, bald für katastrophal klein. So wurde die Stärke bestimmter Grenzarmeen nur ausnahmsweise herabgesetzt und die Gesamtstärke des römischen Heeres wurde allmählich durch Aufstellung von neuen Einheiten erhöht. Angesichts der prinzipiellen Unberechenbarkeit der notwendigen Heeresstärke erscheint das Problem der Rekrutierung als eines der wichtigsten sozialen Probleme. Die Vermeidung der *inopes et vagi* war von existentieller Bedeutung und ist die Richtschnur der Rekrutierung geblieben auch nachdem die Lösung des Problems gefunden wurde (vgl. Ael. Arist. Rom. 77—78). In den patriarchalen Stammesorganisationen der Antike wurde der waffenfähige und gegebenenfalls mobilisierte Teil der Gesamtbevölkerung auf ein Viertel geschätzt. Gegen Völker, die ihre Kräfte dermaßen zu konzentrieren imstande waren, stand eine römische Armee, die wohl nicht mehr als einen halben Prozent der Reichsbevölkerung ausmachte, war sie noch so überlegen in technischer Hinsicht. In der Grenzzone können wir den Anteil des Militärs vielleicht auf 20% der dortigen Gesamtbevölkerung schätzen. Das war an sich weder anomal noch ungesund. An der ständigen Einsatzfähigkeit der Grenzarmee war vor allem die Bevölkerung der Grenzprovinzen interessiert. Zwar hatte das später einen provinzial beschränkten Egoismus hervorgebracht und führte notwendigerweise zu einer Heeresreform durch die Aufstellung des beweglichen Zentralheeres, aber in der Blütezeit des Limessystems war die Lösung die politisch und sozial einzig mögliche. Das Reich hat sich vom Alpdruck einer innenpolitisch interessierten, aber sozial schwer definierbaren und ebendaher verdächtigen Armee befreit.

Die Besatzungsarmee der julisch-claudischen Zeit hatte mit der Garnisonsprovinz keine enge soziale Verbindung ausgebaut, und die Versorgung der Veteranen war aus diesen und anderen Gründen ebenfalls ein ständiges Problem. Die massenhaften Veteraneneduktionen hätten der innerlichen Konsolidation Schranken gestellt, weshalb die Deduktion von Colonien immer umsichtiger vorgenommen werden mußte. In der Colonisationspolitik Traians haben die Colonien der Grenzprovinzen bereits eine neue Rolle erhalten, insofern sie anscheinend Bürgergemeinden hätten werden sollen, auf deren Bürgerliste die zum Bürger erhobenen Legionsrekruten eingetragen wurden. Die Zahl der Colonien der Grenzprovinzen entsprach unter Traian in fast jedem Fall der Zahl der daselbst stationierten Legionen. Dieser vermutliche Lösungsversuch der Rekrutierung und der Veteranenversorgung erwies sich aber als gekünstelt und undurchführbar. Die endgültige Lösung, die den sozialen Gegebenheiten Rechnung getragen hatte, stammt von Hadrian, der eine neue munizipale Form, die *Canabae* schuf. Diese vielumstrittenen autonomen Gemeinden bildeten fortan den Rahmen für eine der beiden Komponenten der Rekrutierungsbasis. Das Reich verfügte über zwei Quellen des militärischen Nachwuchses. Einerseits wurde spätestens unter Hadrian die Lösung gefunden, die Veteranen weder durch kostspielige und innenpolitisch gefährliche Deduktionen versorgen zu müssen, noch in alle Winde verstreuen zu lassen; den mit einer *missio nummaria* entlassenen Soldaten bot sich die sicherste Existenzmöglichkeit in den *Canabae* und in den Lagerdörfern, und den Soldatensöhnen war die Aussicht auf eine militärische Karriere immer gegeben. So ist ein praktisch erblicher Soldatenstand entstanden, der mit allen Fäden an das Militär gebunden war. Andererseits wurde in der Grenzzone regelmäßig ausgehoben. Für die Bevölkerung der Grenzzone war der Soldatendienst nicht nur ein Mittel des sozialen Aufstiegs, sondern auch eine finanzielle Quelle, die auch kleinere landwirtschaftliche Betriebe konkurrenzfähig halten konnte. Die munizipale Landwirtschaft der Grenzstädte richtete sich ebenfalls danach; die Güter der Dekurionen scheinen nicht groß gewesen zu sein und der Dienst eines Dekurionensohnes in der benachbarten Legion wurde nicht für eine Herabsetzung gehalten. Dadurch, daß die Rekrutierung im wesentlichen auf diesen beiden Grundlagen beruhen konnte, konnten unbemittelte, sozial herabgekommene und politisch unzufriedene Elemente leicht vermieden werden. Die Bevölkerung der Grenzzone war am Soldatendienst interessiert, wobei die Unterschiede zwischen der Legions- und der Auxiliarrekrutierung allmählich verschwunden sind. Es kann nicht davon die Rede sein, daß die römische Militärpolitik die Rekrutierung auf eine sozial erhöhte Schicht beschränkt hatte. Im Gegenteil: es ist ihr gelungen, eine Menschengruppe zu finden, deren soziale und wirtschaftliche Vorzugstellung durch den Soldatendienst bedingt war und die zugleich zutiefst daran interessiert war, Nachschubsreserve zu werden und zu bleiben. Die beiden genannten Quellen des Nachschubs hatten in jeder Provinz einen anderen

prozentmäßigen Anteil an der Heeresergänzung. Dort, wo aus verschiedenen Gründen auf die Rekrutierung der Urbevölkerung verzichtet werden mußte, wie im größten Teil von Britannien oder in Dakien, dort war man auf die Canabenses und auf die Menschenreserve gewisser waffenloser Provinzen angewiesen. Die Bauern der thrakischen Dörfer lieferten z. B. regelmäßig Rekruten für weit entfernte Provinzheere. Unverkennbar ist die bewußte Vermeidung bestimmter Völkerschaften und die Bevorzugung von anderen. In einigen Grenzprovinzen, die im Verhältnis zu ihrer Oberfläche einen zu kurzen Limesabschnitt hatten wie z. B. Britannien, Pannonia Superior und Moesia Superior, war — wohl gerade deswegen — die Konzentration von landwirtschaftlichen Gütern bereits im 2. Jh. derart fortgeschritten, daß die zur Verfügung stehenden Freiwilligen notwendigerweise *inopes et vagi* waren. In den Provinzen mit einem langen Limesabschnitt konnte dagegen gerade der Soldatendienst der Urbevölkerung die normale Entwicklung, das heißt die Entstehung von Großgrundbesitzen verhindern. In anderen Provinzen wie Dakien und Moesia Superior war der Ausschluß der Urbevölkerung vom Soldatendienst aus einfachen Gründen der inneren Sicherheit notwendig. Wenn eine Festlandsgrenze ständig mit fremden Soldaten und mit den Soldatensöhnen der Lagerdörfer besetzt werden mußte, dann ist die betreffende Grenzzone gerade aus diesem Grund wirtschaftlich und sozial zurückgeblieben. An allen anderen Grenzen finden wir eine Prosperität, eine Konzentration von materiellen und geistigen Gütern, die im Inneren des Reiches nur bei günstigen wirtschaftlichen Gegebenheiten, bei einem wahrhaft regen Städteleben oder bei Konzentrierung von großen Vermögen möglich war.

4. Die europäischen Grenzen des Imperiums lassen sich auch nach geographischen Gesichtspunkten in zwei Typen einordnen. Die Festlandsgrenzen — die *limites* im engeren Sinn — waren beweglicher; sie ließen sich trotz des großen Aufwandes an Arbeit leichter verlegen und wurden auch leichter samt ihrem Hinterland den Barbaren preisgegeben. Man denke an die Antoninusmauer, an die *agri decumates* und an Dakien. Die Legionen der Provinzen mit einer Festlandsgrenze sind immer im Hinterland geblieben, das im Fall von Dakien noch damit erklärt werden könnte, daß eine zu lange Grenze die zentrale Position der Kerntruppe erforderte, aber in den übrigen Fällen kommt eine grundlegende Notwendigkeit zum Ausdruck: die Legionslager mußten an den Wasserwegen bleiben, weil ihre Versorgung auf Festlandswegen kaum technisch und finanziell gelöst werden konnte. Zwei Legionen Britanniens lagen am Meer und eine an der Ouse, die Legionen Obergermaniens sind am Rhein geblieben und beide Legionen Dakiens lagen an schiffbaren Gewässern. Aus denselben Gründen konnten bedeutende städtische Zentren nur an den Wassergrenzen des Reiches entstehen, nicht aber an den Festlandsgrenzen. Ebendaher war die Verlegung oder die Aufgabe einer Festlandsgrenze leichter durchführbar, obwohl die Erbauung und Instandhaltung der Mauer, Wälle, Gräben und

sonstiger Einrichtungen eine viel größere Investition erforderten als die Besetzung einer Flußgrenze. *Limites* und *ripae* waren jedoch in einer, aber in der wohl wichtigsten Hinsicht gleich: der Wohlstand, die kulturelle Blüte und die politische Aktivität waren weitgehend vom Militär, genauer vom Charakter der Grenze als einer Militärgrenze abhängig. Auf die wirtschaftliche Entwicklung hat diese Eigenart der Grenzzone eine entscheidende Wirkung ausgeübt. Trotz einer Prosperität blieb die lokale Produktion innerhalb der Rahmen der Selbstversorgung; sie steuerte der Reichswirtschaft weder industrielle noch landwirtschaftliche Produkte bei. Das war nur möglich, weil das Militär, ein treibender und zugleich hemmender Faktor, aus finanziellen Quellen außerhalb der Grenzprovinz schöpfte, und demzufolge waren die scheinbar blühende Kultur, der Luxus und die urbane Prosperität eine von den lokalen Gegebenheiten größtenteils unabhängige Folge davon, daß die Reichsgrenze eine Militärgrenze geworden war. Die politische Aktivität des Militärs wurde weitgehend dadurch bestimmt, in welchem Maß und wie die Grenzzone auf die zentralen finanziellen Mittel angewiesen war. Wenn die Hinterlandsprovinzen einer Grenzzone reich genug waren, konnte eine Interessengemeinschaft des Hinterlandes und der Grenzprovinz entstehen, während in anderen Fällen die Grenzzone in Ermangelung eines größeren oder reichen Hinterlandes daran interessiert war, an der Zentralmacht teilzunehmen. Dementsprechend sind in Europa zwei politische Richtungen während der Krise des 3. Jh. entstanden: die gallisch-germanische und die illyricianische. Die westliche Richtung hat sich gegebenenfalls isolieren können, weil ihr Militär über ein reiches und großes Hinterland verfügte, während die östliche Richtung gerade in Ermangelung eines wirtschaftlich tragfähigen Hinterlandes immer wieder versuchen mußte, die Zentralmacht zu ergreifen und ist aus diesem einen Grund Protagonist der Reichseinheit geworden.

5. Im Vergleich zur Kultur mancher waffenlosen europäischen Provinzen und auch des eigenen Hinterlandes erscheint die Kultur der Grenzzone oft sehr lebhaft und tief. Diese Kultur und dieser Wohlstand kamen jedoch früher zum Erliegen als die des Hinterlandes; die Hauptursache wird wohl in der veränderten Struktur der spätantiken Armee gesucht werden müssen. Sobald die Grenzarmee nicht mehr aus den bevorzugten Einheiten bestand, war der Konjunktur die Grundlage entzogen. Die europäischen Grenzen des Imperiums, die im 2. und 3. Jh. die politisch und kulturell aktivsten Zonen der europäischen Provinzen waren, konnten daher weder die Kerngebiete der neulateinischen Sprachen, noch die Zentren der stärksten barbarischen Staatenbildungen werden. Obwohl Rom seine Größe und den Frieden seiner reichsten Provinzen nicht zuletzt seinem technisch überlegenen Militär zu verdanken hatte, ist gerade dieses Militär am wenigsten der Faktor der Kontinuität geworden und dieses Schicksal mußten auch die Grenzgebiete teilen.

2. Middle Ages. Rencontres de civilisations en Europe vers 1300

Pál Zsigmond Pach, Contribution to J. Cesar and J. Vozár's report on Contact and Conflict between Medieval Europe and the Orient (10th—15th Centuries)

I highly appreciate the paper of Professors Cesar and Vozár and especially the ability of the authors to provide a great deal of valuable information and conclusion in a short and concise form.

I agree with most of their statements, among others with the assertion that a certain equilibrium of power between medieval Europe and the Islamic world existed from the 10th century up to the turn of the 15th and 16th centuries; during the period in question, no military conflict could ruin the stability of trade between Europe and the Orient.

I would like to make just a few remarks.

Point one relates to the question of the main Danubian route of west-eastern commerce in the early and high Middle Ages.

The authors claim that this main overland route on and along the Danube to the Black Sea was interrupted by inroads of the Magyars (that is the Hungarians) and the Pechenegs at the turn of the 9th and 10th centuries. I do not want to discuss whether or not the Hungarians, taking possession of the middle Danubian basin, really *interrupted* this trade route to the Levante. But I wonder if a main continental route on and along the Danube to the Black Sea really *existed* in the early Middle Ages. In this connection, one should not forget that as early as 1879, in his fundamental work "Die Geschichte des Levantehandels im Mittelalter", the eminent German scholar Wilhelm Heyd had refuted the thesis of the early medieval Danubian route of Levantine trade. "There is not much ground to support the widely accepted hypothesis — wrote Heyd — that until the 13th century oriental spices were transported to Germany to Central Europe from Constantinople and up the Danube." More recently, in 1918, the Hungarian historian Sándor Domanovszky, and in 1929, the German medievalist Franz Bastian completed Heyd's argumentation. The thesis of the Danubian route was considered by Bastian as "Die Legenda vom Donauhandel im Frühmittelalter": the legend of the Danubian trade in the early middle ages. As a matter of fact, research into the history of historiography has revealed that the thesis of the early and high medieval *Danubian* trade route appeared in historiography as late as the beginning of the 19th century. It was the German historians Arnold Ludwig Heeren and Karl Dietrich Hüllmann who put forward this idea, that from the 7th or 8th century on up to the middle of the 13th century the main route of eastern trade passed along the Danube or on the river itself. And, as it has already been suggested by Bastian, we can take it for granted that both to Heeren and to Hüllmann — whose works were published in the same year, 1808 — the Danubian trade route was deduced from Napoleon's continental blockade, aimed at establishing an overland connection

with the Levant, and what is more, with India against British naval power. It was Napoleon's continental blockade policy which served as a contemporary parallel and an incentive in shaping the conception of the continental route of medieval eastern commerce along or on the Danube river. Consequently, I can hardly follow up the further explanations of the authors, that later on "the route on and along the Danube had again prevailed". As a matter of fact, the only documentary proof of this so-called renewal of the Danubian trade route — the customs tariffs of the Austrian town, Stein, from the late 12th and early 13th century — turned out to give no real evidence in this respect because they do not throw light upon the direction from which the oriental spices and Levant articles had reached the riverside town Stein, in Austria.

Concerning the low reach of the Danube I find Heyd's remark fully appropriate: armies of crusaders may have fought their way through these parts but regular navigation or overland trade could hardly have developed there. This much to point one.

Point two: The fact that there was no main trade route on or along the Danube, does not mean that there was no direct connection between Hungary and the Black Sea region in the Middle Ages. The authors allude to the *sub-Carpathian* route to the Black Sea via Cracow and Lwów. Well, somewhat similarly to this, there existed a *southern-Carpathian* or *trans-Carpathian* route to the Black Sea through Transylvania and Wallachia, as well. A great number of Hungarian, Transylvanian and Roumanian sources from the second half of the 14th century and the 15th century, provide indisputable evidence that pepper, spices and other oriental goods had been imported regularly from the Black Sea coasts by an overland route through the South Carpathian border towns Brassó (Braşov), Kronstadt and Nagyszeben (Sibiu), Altermannstadt to Nagyvárad (Oradea Mare) and Kassa (Košice). This trade was transacted mainly by Transylvanian (German) merchants, and later on by Wallachian merchants as middlemen.

Point three: The existence of this *trans-Carpathian* or southern Carpathian route of commerce from Transylvania to the Black Sea coasts, to Chilia, Cetatea Alba and other Genoese colonies, — this very fact served as a real base for the attempt of the Hungarian king Sigismund to reduce the dependence of central European commerce upon Venice and to shift the supply of oriental goods to the Genoese colonies in the Black Sea region. This attempt has been alluded to by Professors Cesar and Vozár as well. But I should like to add to their explanations that Sigismund had launched this oriental policy as early as 1412, that is, in the first year of his campaign against Venice, when he sent a mission to the Genoese colony in Caffa, moreover to the Tartar Khan of Kipczak Dzselaledin, to Sarei on the Volga. (See the letter of Sigismund edited by Hermann Heimpel.) On the other hand, it is true that the town of Chilia on the mouth of the Danube was occupied by the Turks in 1420, but this occupa-

tion proved temporary. Chilia soon came back to the Roumanian principality of Moldavia, then it was under Hungarian, and later under Moldavian supremacy again, and surrendered to the Turks as late as 1484, simultaneously with Cetatea Alba, but later than Caffa, which was occupied by the Turks in 1475. There is no reason, of course, for exaggerating the significance of the oriental policy of King Sigismund, (as was done by the West German historian, Professor Strower quite recently), but it can not be denied that the Levant project of Sigismund was based upon real historical premises, and that the trans-Carpathian route to the Black Sea continued to exist throughout the 15th century, and kept on supplying oriental goods to Moldavia, Wallachia, Transylvania and Hungary.

Point four relates to the impact of the expansion of the Osman Turks on the routes of Oriental trade.

In the opinion of the authors the trade between Europe and the Orient was stable during the Middle Ages and it was not until the Osman Turks had extended their power around the Black Sea (and in the southern Mediterranean) that *most, though not all* the traditional trade contacts were interrupted.

I should like to underline somewhat more strongly (than the authors did), that the expansion of the Osman Turks did not interrupt all the traditional trade contacts with the East.

The earlier view of historiography — that Osman Turkish expansion put an end to the flourishing oriental trade of the middle ages (while interrupting or blocking the routes of commerce) — proved untenable in the light of recent research. (See for instance the investigations of Professor Musso and Professor Inalcik). The Turkish policy was not hostile towards this trade; and in fact, stimulated it, in order to increase the incomes of the Turkish state. After the capture of Constantinople in 1453, Mohamed II (even though he gained full control over the Straits) curtailed only the *political* rights of the Venetians and Genoese, but renewed their *commercial* privileges with a slight modification. As Professor Musso has recently pointed out, the commercial activities of the Genoese in Caffa were not finished by 1475, and as asserted by Professor Inalcik, the customs revenues of Caffa and other ports of the Black Sea region did not decrease in the late 15th century. (The Turkish campaigns and expansion involved only a temporary set-back and not a final interruption of trade contacts.) Anyhow, the trans-Carpathian route, leading from the Black Sea region to Transylvania was flourishing even at the turn of the 15th and into the 16th century, as witnessed by the customs books of the south-Carpathian border towns Brasso and Szeben from the years 1500 and 1503.

And, finally, *point five*. I share the opinion of the authors in that, "just at the time when *Western* European countries experienced favourable consequences of basic economic and social changes, — the states and peoples of *Eastern* Europe had to expend most of their power on a struggle with the con-

querors from the Orient, and had to pay a heavy toll for having stopped the Turks before central Europe." This statement of the authors holds true for Hungary as well. Nevertheless, it would be a restricted explanation to ascribe the retardation of the development in the Eastern European countries to their long struggles with the conquerors, coming from the *Orient*. One should add — to use the phrase of the authors — that a number of the Eastern European countries, had to pay a heavy toll to the Occident as well.

A number of Eastern European countries had to pay a heavy toll for having been involved in unfavourable economic and commercial relations with Western Europe from the 15th century onwards, in the framework of an intra-continental division of labour, which had divided Europe into two parts: a western part with an advancing capitalist industrialization and an eastern part with a predominantly backward, feudal agriculture. (In this sense, the capitalist growth of the Western European countries, based fundamentally on an *inner* dynamic of economic and social development, had been promoted by two main factors from *outside*: that is by a *colonial* background in Asia, Africa and America in other continents and by an *agrarian* background in Eastern Europe.)

György Székely, Towns and Languages in East Central Europe (Report)

The correlations of towns and languages of East Central Europe, formerly a vexed question in the historiography of various peoples, still deserves great attention. In old historiography fierce debates were conducted between the representatives of the concept insisting on the positive points of "German colonization of the east", claiming Slavs and Hungarians to be unable to develop towns, and the authors who, reduced to a defensive stand, denied and refuted these assertions. For our part we do not continue along these lines; nonetheless, we have to remark that there were also towns of Hungarian, Polish, and Czech foundation and origin in not slight numbers. Today the old concept seems out of date in the light of recent positive research. It is gratifying that obsolete views have also been given up or even contradicted by many German historians. At the same time the existence and shift of multilingual populations of towns cannot be denied. Differences between various ethnic groups arose from social conflicts, but among urban populations unity did not break up, or break down completely, even at such times. In this period tolerance, too, is striking, although ethnic demarcation was realized in parochial and town administrations. Therefore it is here that some historians see one of the beginnings of language-inspired national consciousness. Be that as it may, it is certain that one antecedent of national problems characteristic of the subsequent history of the area can be seen in the phenomena under review, justifying the analytical

study of the role played by languages and lingual consciousness in Late Medieval towns. However, when a clear distinction is drawn between developments and tensions of the Late Middle Ages on the one hand and modern national conflicts, national movements on the other, a similar turning against may be evinced by modernized historiography as also rejection of the forced modernization of processes of settlement and town development which were far from slightly characteristic features of the concept of colonization, belittling and disregarding as it did the past of other peoples.

I. Questions of Methodology

The issue may count on interest from methodological viewpoints as well. Source material being, of course, not too ample, it was all the more important to elucidate how to find for our theme in various data the starting points needed to judge the question. In this respect analytical research may also provide plenty of help, since surviving sources are of unequal quantity in various countries, chiefly because statements in narrative sources, often biased or written in the heat of social struggles, are not equivalent to the objective texts of sources having an indirect bearing on our subject, of registers, documents in the vernacular, and facts of ecclesiastical organization. The analytical method has detected in the past of Polish, Silesian, Czech and Slovak towns numerous parallels which offer support in the analysis of the medieval east of the Hungarian capital in the first place. This support is welcome, because the medieval source material of even our largest town is badly incomplete. Therefore studies concerned with the social structure of the medieval city are highly important.

In Hungary opportunities are rare for approaching this structure with lists as extensive as those that were available in connection with Bohemian or Slovak towns; hence it is still more indispensable to make the best use of documented material of fair volume. Results of outstanding importance could thus be produced by studying the social stratification and nationality composition of the medieval Hungarian capital, Buda, and of other Hungarian towns. The source basis of Hungarian research is more uniform than that of Rumanian town history where, contrary to the more plentiful material of Transylvania, only a few fragments of documentary evidence of 15th century and early 16th century Moldavian towns have come down to posterity (eleven documents in Slavic language, Latin, and German); yet conclusions may be drawn from the variety of tongues. The relative paucity of sources necessarily spurred on Hungarian historical research to improve methods of seeking for knowledge, in order to utilize by as penetrating approaches as possible also material referring to the subject indirectly. *Insight into parish life, analysis of town councils and lingual conditions of the drawing up of documents* have also been found to complete disputes rising to a nationality level in urban populations.

II. Languages and Parishes

Societies speaking *coexistent languages* lived in organized separation *within the parish*, as shown by unmistakable examples at varying points of time in larger cities. At Brno St. Peter's Church was Moravian, St. James's was German until the year 1293, whereafter discrimination by nationalities, however, disappeared. Discrimination of churches by nationalities persisted much longer in Cracow: here the bigger church, St. Mary's remained German until the year 1537, while St. Barbara's was Polish (from the 14th century to 1537), to be followed by the reverse. As may be gathered from conditions in the 14th to 16th centuries, at Buda the class of distinguished German patricians centred around the Holy Virgin's Church, while the Hungarian population formed a parish round Mary Magdalen's. For a long time the burghers of the guilds fought together without heed to lingual differences, but in parish life they followed their different ways and activities, which led to the development of a certain lingual-national consciousness. At a later stage of the social struggle the rights of guilds and their burghers were formulated in accordance with their national-lingual demands. Previous conditions were later described in the dialogue of Marton of Szepes from the second half of the 15th century which says that in the first quarter of the century it was the Germans who ruled Buda, German preachers being active in the church, while Hungarians gave their sermons in chapels. This account calls to mind the writing of Ludolf of Sagan who recorded about Prague, the bilingual city, that rectors of churches preached to their congregations *in their respective languages*.

In the Silesian town of Breslau (Wroclaw) there was also a Polish population besides the leading layer of Germans. In 1416 the Council introduced Polish services here on Sundays and holidays for the furriers; in the mid 15th century statutes of the diocesan synod were laid down in German and in Polish, in 1475 prayers were printed in German as well as in Polish. So the bilingual character of the town is mirrored by the practice of the Church.

Class interests of urban populations growing language-nationality conscious and beginning to put forward such arguments too in support of their claim to take part in the management of municipal affairs were secured partly by *separate organization of the guilds*, partly by establishing special *ecclesiastical foundations*. For instance, in Buda Germans and Hungarians had their respective weekly markets on different days. As late as in the 1480s separate German and Hungarian guilds are identifiable in a few branches. Members of the Hungarian guilds had their altar in the Hungarian parish-church. Endowments connected with parishes also implied organizational refuge to patricians and their adversaries. The economic and political role of ecclesiastical foundations in the pre-Hussite period of Bohemia is indicated by "De Theutunicis bonum dictamen". The author of the pamphlet, writing in a feudal-conservative spirit about

legacies bequeathed to fraternities, declares that in his view only part of the amounts donated were spent on covering ecclesiastical requirements, the money economized being seemingly devoted to promoting sectarian aims. A case in point may have been when the Hungarians of Buda were accused in 1438 of attacking the priority of the Holy Virgin's Church which the Hungarians were alleged to intend to convert into an affiliated place of worship of Mary Magdalen's, in order to lay hands on the Holy Virgin's rich endowments, particularly the wealth of the Corpus Christi Confraternity. Obviously this would have jeopardized the parochial and financial position of the German patricians who therefore reacted sharply. As late as in the 1470s the Corpus Christi Confraternity of Buda was still active under the authority of a council of German patricians; the court financier, John Ernuth, who had made a career under the feudal system, entrusted his chapel to this body and became one of the German patricians of Buda.

After the advent of the Reformation in Sopron the first Lutheran clergyman of the town (1565) was Simon Gerengel from Lower Austria who naturally *preached in German*. However, the town-council soon found a clergyman for the Hungarian population who, though not in every case of Hungarian origin, filled the post of *Hungarian preacher and teacher*. As far back as before the year 1584 several Hungarian teachers of Hungarian nationality had been active in Sopron. The profound social transformation which came about in the language and terminology, bringing marked progress in the Magyarization of Rozsnyo in the 16th and 17th centuries, can be reconstructed from records of parochial life. In the 16th century Rozsnyo had not only a *big German church*, but also a chapel-like Hungarian church with a *Hungarian preacher* who was subordinate to the German rector and acted as his chaplain. The authority to appoint a chaplain did not rest with the Hungarians alone but was exercised by the whole parish. Around 1630 vehement controversy was carried on in the protestant parish of Rozsnyo about the chaplain's rank and range of official functions.

III. Languages and Town Councils

Beyond the sphere of parochial activities, *rise to a position in urban administration*, the demand to share in power were in many places associated with having achievements recognized on a *lingual-national* basis. Ludolf of Sagan, who cannot be doubted to have observed as a fact the deep-rooted hatred between Germans and Czechs, presented from the negative side the concomitants of social struggle, the positive aspects of which were formulated in the royal programme of the Bohemian king as references to the prosperity of several nations living in peaceful conditions under his rule. It was this sovereign who decreed that in Beraun half of the town councillors should be Germans, the

other half Czechs. Apparently, half of the town councillors were Czechs at Pilsen in 1379. In other Bohemian towns the majority of town councils actually consisted of Czechs in the late 14th and early 15th centuries.

That one half of the council of Zsolna should be German, the other Slovak, was laid down in 1381 by the Hungarian king Louis I. At the close of the 14th century administration of the town of Buda was in the hands of German patricians: for instance in 1385 the magistrate, who had held this office for several consecutive terms was a German, and so were six of the councillors; of the rest of the latter five were Hungarian (most probably nobles and scholars), one was Slav. A revolt of the guilds in 1402—3 altered the form of the council and set up an external auxiliary council of twenty-four members. This institution was abolished by King Sigismund who dissolved the external council as one "elected of lightminded men", censure directed against Hungarian and German craftsmen alike. Perfectly similar events occurred in the year 1350 at Prague where as a result of a turn-about a town-council formed of representatives of the guilds began to govern, but it could not remain in office longer than two years. Another common feature of the two happenings was that previous conditions could not be restored in either of the two capitals. Though the old, ruling patrician families did regain power in Prague, they were unable to keep up their monopoly for long. Also in Buda the movement led to two Hungarians becoming town-councillors and of the twenty-four members of an organization to collect rates and taxes one third were Hungarians. In official records of the city the council was nevertheless referred to as the German Council. It points to another analogy that, according to information collected by a French traveller, complaints were voiced opposing the changes in the administration of Buda, while in Prague an ancient Czech annalist recorded that all men to be armed were selected from among the Germans.

At Buda it was concerted action in the year 1439 which brought about permanent modification of municipal management. From that time Germans and Hungarians held the office of magistrate alternately for yearly terms. One half of the town councillors were Germans, the other Hungarians. This does not imply that Buda was given the constitution of a city of corporation: German councillors were still mostly patricians and not all of the Hungarians represented guilds. There is incontrovertible evidence from 1441 of *two communities* having lived side by side in the organization of Buda, a Hungarian and a German community, which elected the magistrate (or mayor) and the town councillors. Indeed, it was by resort to this compromise that the Germans contrived to preserve for several decades *patrician preponderance*.

The Bohemian analogue of this development is known from 1413, when King Wenceslas decreed that the Council of the Old City of Prague should have nine Czech members in addition to the nine German ones, which meant a setback, e.g. compared to conditions in 1408 when Czech councillors were in majority.

In the large town of Transylvania such a constitution of municipal councils was established in 1458, from which year the council of Kolozsvár was half Saxon, half Hungarian. At the Transylvanian town of Alvinc, in 1510 the Hungarians demanded that German and Hungarian magistrates should alternate at yearly intervals and the council should have three Hungarian and three Slav members. Supervision of the church and the mill was to be shared with the local Saxons. Thus places inhabited by three nationalities are mentioned in sources. All these steps were milestones in the struggle between the German patricians and the local burghers. It was only by slow degrees that dominantly German patrician management gradually began to relinquish some, perhaps half, of its positions to craftsmen and to new patricians of Hungarian extraction. This *slow transformation* explains why the pace of industrial development was not very lively in the Hungarian capital and fell behind that achieved in German, Bohemian, and Silesian towns.

The *patrician-tradesman conflict was of social character in the first place, national-lingual at most in its extrapolation*. In the towns of Central Europe many craftsmen were also German and their interests did not differ from those of Czech, Polish, and Hungarian guild-masters. Hence there was not only a regular economic competition between guildsmen speaking different languages, but an antifeudal and antipatrician *solidarity* was also alive and felt consciously. Therefore various local populations speaking German and vernacular tongues were united by bonds of *friendship* during the long periods of struggle.

IV. Coexistence of Languages in Certain Towns

The invasion of towns by popular national elements went on ceaselessly, exerting an effect on municipal administration. For over a century the urban proportion of such elements had been increased in Hungarian- and Slovak-speaking areas by industrialization and the rising number of cotters. Lingual transformation was protracted, so that far-reaching changes were produced mainly in civilization in the West Hungarian towns of Sopron where settler came mostly from German-speaking regions. However, relatively early traces have been discovered of the use of *Hungarian* in municipal schools of Sopron as well as in records and written literature. In the first index of words from early 15th century Sopron Latin expressions are explained with the help of 217 Hungarian words. It belongs to this cultural sphere and bears witness to familiarity with Hungarian culture in an undeniably German circle that in the opening 1490s Janos Gugelweit, notary of Sopron, copied a two-line masterpiece of Hungarian love-lyric on the cover of a book of the city. In official records of Sopron Latin was used from 1247; besides Latin, German is encountered from 1352, and from the 15th century Yiddish as well as Hungarian. By the end of the 16th century Latin, German, and Hungarian rose to literary

standard. In late 17th century West Hungary royal decrees were proclaimed to the population in *Hungarian* and *German* at Kőszeg, in *German* alone at Kismarton.

Proceeding in a northern direction we come to Rozsnyo where German leadership is clearly discernible in official domains of town life, the most distinguished class of the city having been the Germans at the beginning. Until the year 1670 records were put down by the town-council almost exclusively in *German*. There were Hungarian entries in the Rozsnyo register of mines till the year 1737. In part of the towns, *Hungarian and Slovak streets* came into being when they were named, indicating the characteristic group of the population and its lingual structure. The Germans were reduced to special districts. Sermons to be delivered in the vernacular called for lingually adequate preachers, while contact with the multilingual population put to the test the administrative clerks' command of languages.

At Kassa it argues for an ethnically mixed population that — in the years 1492—93 — 24 per cent of those granted civic rights were Hungarians; that a *Toth utca* (Tóth Street) has been identified in preceding years (1401: Platea Sclavorum); that the preachers Prokop of Bohemia and George of Moravia were active in Kassa in 1480 (perhaps to address *Slovak* or *German* congregations); the *preacher of the Germans of Kassa* is mentioned in the year 1494. It is facts of this kind which contradict and correct the humanist writer Miklos Olah's reminiscences of Kassa in which nearly the whole population is claimed to have spoken Saxon. Studies concerned with books of the town of Kassa confirm the need of a similar correction, since they prove a marked spread of the use of Hungarian, which points to advancing Magyarization. Acts of violence were committed mostly in the course of political struggles at a rather late stage of the period in question; Lénárt Czecei, captain of Kassa under King John Szapolyai, drove out of the town German citizens to replace them by Hungarian. Hungaria burgesses of Buda and Pest fleeing from the Turks settled down in Kassa, reducing further the ratio of Germans in the population.

In the years 1475—76 the magistrate (mayor) and the majority of the council were Hungarian in Eperjes. By the end of the century this proportion diminished. The spread of Hungarian elements is noticeable in the suburbs where the *Magyar line* (linea Ungarorum, 1411), meaning a street, later a district, had been present long before; moreover, documentary proof is available of a *Slovak* and a *Hungarian* district (quartale Sclavorum, quartale Hungarorum, 1428, 1465, 1491, 1531, 1551) and a *Slovak Street* (platea Sclavorum, 1433, 1510). The workers employed at the linen bleacheries of Eperjes were Slovaks and Hungarians. In the year 1498, besides the *German preachers* a *Slovak curate* also officiated under the rector; however, in 1464 the *Hungarian curate and preacher* is mentioned as one person, while in 1508 reference is made to the *Hungarians' curate*.

Being from Silesia, the notary of Eperjes active in 1496, John Glogovita, may be assumed to have been able to deal with both Germans and Slavs, even to go into Polish business affairs. The two members of the 1521 town-council of Eperjes who were graduates were both German.

The name suggesting a *Slovak* street also crops up much earlier in the town of Bártfa. In the mid 15th century a considerable number of Slovaks and Poles settled down in Bártfa. As far back as the year 1463 the town had a Bohemian clerk, thus Czech may be taken to have been the language of *Slovak written records and literature* at the time. The letter addressed in 1516 to András Rauber, magistrate of Bártfa (known to have held that office in 1500 and also a German burgher on the evidence of this name), by Bálint Bártfai, guardian canon of Szepes, to recommend a notary for appointment to the town, sheds a revealing light on the German—Slovak character of Bártfa, on Czech—Slovak lingual relations and the requirement to know both tongues. In support of the candidate's proficiency it is alleged that for several years he had acted as clerk to the Nobiliary Court of Justice and to the Chapter of Szepes. The canon continues to explain: though his mother tongue is Czech, the candidate has sufficient knowledge of German to render the town useful services. German burghers corresponded with each other in German, as did the Buda tailor hailing from Bártfa, Agoston Schwartz, with the Bártfa tailor Peter in the year 1512.

A letter dated 1517, addressed by Miklós Kapi, commander of Szárd, to the town-council of Bártfa is also enlightening as to ways and means of advancement in an age of "feudal nationalism". In this letter Kapi requests that citizenship of Bártfa be granted to Stanislaw Staritzky, a Pole, his former officer. In the argumentation put forward — perhaps because it was written by a *Hungarian* noble whose thoughts were guided above all by feudal class solidarity — it is emphasized that this Pole is not an alien, because he has been educated from tender years in Hungary and does not diverge from Hungarian ways either in language or customs. Kapi wished to obtain advantages for his officer, therefore he had to bring his candidate for citizenship near to the members of the council, at least in words. Apparently, in Kapi's view Hungarian education, adherence to Hungarian morals made the Polish officer more acceptable to citizens in general — including German councillors. That is to say, citizens speaking different tongues felt as parts of the "country"; they understood and were aware of the significance of the notion of "mother country". At least that is how Kapi saw the matter and he *did not exclude non-Hungarian citizens* from the idea of the Hungarian mother country. At the same time his reasoning allowed for the fact, acknowledge even by more narrow-minded burghers, that command of Slavic languages as well as Hungarian was favourable for both elements of the population. The applicant was duly granted citizenship, for in 1517 Stanislaw Staritzky is referred to as a citizen of Bártfa in a letter written by the Captain of Lublo. However, the municipal administration of

Bártfa insisted on knowledge of German when it was virtually a pretext to curtail rights. In 1525 Louis II had to intervene several times in the interest of two burghers of Bártfa, Simon Hankowsky, having a Slav name (perhaps a man of Polish descent), and Lukács Kychyn (Kis) who may be held to have been a Hungarian, in order to prevent their being deprived of their licence to brew and sell beer because they did not know German, and furthermore to enforce their admission to the brewers' guild. The *German character* of the administration of Bártfa is also illustrated by Lénárd, the manager of a steam bath at Patak, having thought it necessary to apply for the post as a German (Leonardus germanus) in his letter of 1515 addressed to the town-council of Bártfa. Even after the Battle of Mohács not only the towns of Szepes but also those of Sáros County *counted as Germans* in the eyes of Lénárt Czecei, and very likely this attitude was strengthened by their hostility to Szapolyai.

In a *German environment* the street name *platea Ungarorum*, *Ungargasse*, perhaps given in Bazin by the majority as typical and indicative of the presence of a number of Hungarian burghers, conveys an idea of ethnic conditions in the first half of the 15th century. As a result of ethnical changes in the region, the king's will was proclaimed in *German* and *Slovak* in Szentgyörgy and Modor at the end of the 17th century. The population was multilingual in Pozsony; this explains how it came about that in 1436 the mayor of Pozsony and another representative of the town, presumably German (judging by their names), had talk at Buda with a good man who was to take the post of town clerk in Pozsony. This man called Mathia knew Hungarian, Czech, and German. The clerk could cope not only with German administration, correspondence and commercial relations, but also with activities which might bring him into contact with Hungarians and Slovaks, with Moravians transacting business; command of three languages guaranteed his ability to discharge these duties. It corresponded to the social as well as to the ethnical stratification of the city that at the close of the 15th century Pozsony had a college, a convent school, a municipal or parish school and a Jewish school. Ethnic-lingual conditions of the region and the town's central role in the Hungarian Hapsburg kingdom contributed to further, lasting development of multilingualism: the king's law was proclaimed to the inhabitants of Pozsony in *Hungarian and German* at the close of the 17th century.

During the few years of Hussite rule *German patricians* and their followers fled from Nagyszombat and *Slovaks* moved in to take their place. At the end of Sigismund's reign, restoration of the old municipal administration failed to bring back former conditions, the town remained Slovak in character. At all events there were some members in the town-council of Nagyszombat or in its service who could read and write Slovak and Czech. In fact, it was not only by the Bohemian town of Kroměříž (1477) or by Bohemian-born János Filipec, bishop of Várad and chancellor (1486, 1488), that letters were written in Slavic

to the town-council of Nagyszombat, but King Mathias, when staying in the town in 1483, also issued a deed addressed to the local council in the same language, and so did a few months after the king's death prelates and nobles of the Hungarian Kingdom. Miklós Oláh mentions *Hungarians, Germans, and Bohemians* who came to Nagyszombat with their merchandise and other useful commodities. These commercial relations also throw some light on the ethnic elements of the population. Seventeenth century Moravian and Silesian towns corresponded with the council of Nagyszombat in Slavic. This process led to royal edicts being proclaimed at Nagyszombat in *Hungarian and Slovak* at the close of the century. In the meantime the town administration corresponded also in Hungarian, as did resident Hungarian bankers and merchants, too. When the latter class was destroyed, the significance of the Hungarian inhabitants of Nagyszombat declined.

At Liptószentmiklós in 1508 the book of rules of the society of bootmakers' journeymen was laid down in *Slovak*. In the 14th—16th centuries Zsolna was a place inhabited by Slovaks. As mentioned before, in 1381 the Hungarian King allotted half of the seats in the town-council of Zsolna to Slovaks. The charter was changed by the Convent of Trencsén in 1431. This continuous Slovak presence explains the numerous *Czech memoranda* in the records of the town of Zsolna between the years 1380 and 1524, including longish texts prepared by clerks. Some pieces of 17th century inter-city correspondence from and to Zsolna were written in Slavic. In 1412 when complaints were voiced before King Sigismund about the grievances of Trencsén on account of the injurious conduct of royal commanders of castles the town was represented by the magistrate Iacobus Seffridi, presumably a German, and by a burgher of typical Slovak name: Iacobus Coczur. Hence this ethnic group had its position in the leading stratum. It was justified by the *Slovak* population of Trencsén that a Bohemian curate should officiate there in the years 1474—75. Paul of Choda signed his name at the end of copies he made of four Latin ecclesiastical works, inscribing an unmistakable reference to his Bohemian nationality (*nacione Boemum*) in one instance. On the testimony of the town records of Trencsén from the year 1476 written in Slovak, only four of the seventeen jurors were German, the names of the rest indicate non-German ethnics (Latin and Slovak). The Slovak character of the place is demonstrated still more conclusively by Moravian and Silesian cities having corresponded with its council in Slavic during the 17th century and at the close of the latter royal decrees were promulgated to the people of Trencsén only in Slovak. In the 17th century correspondence was carried on in Slavic between the respective councils of Moravian towns and Szakolcza. The charter of incorporation of the bootmakers of Szakolcza was written in Slovak in 1695.

A *Slovak* street was known in 1492 at Gölnicbánya in German surroundings: Windische Gasse. But another group of northern mining towns, the Lower

Hungarian mining towns, were also of similarly mixed ethnic character. Ujbánya, where Clerk Oswald composed German poetry in the 14th century, though headed by an exclusively *German* jury until the end of the Yagello Era, was a town inhabited partly by German mine-burghers, partly by Slovak mineworkers. However, in 1539 the magistrate of the town, Johann Friczthazky may be supposed to have been a Slovak in this German environment. It was under his administration that gold-mining had to be abandoned owing to always worse difficulties caused by seepage. So part of the miners left, to be replaced soon after by Slovaks. This ethnic shift makes it understandable why two streams were mentioned by Slovak names at the beating of bounds in 1570. In Kőrmöcbánya the clash between Stanko Vilhelmovits, a mine-owner, cloth whole-sale-dealer and moneylender, and the local German burghers disclosed interesting aspects of Slovak—German relations in the middle of the 15th century. Vilhelmovits also had contacts with the Court. Stubborn resistance by German patricians of Kőrmöcbánya was so persistent that as late as the year 1518 Louis II had to intervene several times on the behalf of a house-owner living in a suburb of Kőrmöcbánya who complains because the council had refused to permit the sale of his house to a Hungarian or a Bohemian and insisted on it being sold to a German, to the exclusion of all buyers of any other nationality. For nine years the owner had been unable to find a German buyer. The king, after having declared the towns' decision invalid, gave strict orders that the house could be sold to any *Hungarian, Bohemian, or German* Roman Catholic.

However, the king did not act consistently, far from it: in 1524 he affirmed the prerogative granted in the charter of Besztercebánya that only Germans or the offspring of German parents could possess houses with civic rights. Non-German elements were relegated by the king to suburbs. Of course, this was due to social reasons: most Slovaks settled down in Besztercebánya and other places as have-not mine-workers. They nevertheless changed the ethnic composition of the populations of mining-towns. In 1650 the demands of *Hungarian and Slovak ethnic groups* (nationis Hungaricae et Slavonicae) were laid down at Besztercebánya. With due consideration of this development, Miklós Oláh therefore gave a realistic description of the group of so-called Lower Hungarian mining towns, such as Kőrmöc-, Selmec-, Beszterce-, Baka-, Uj-, Béla-, and Libethbánya (notwithstanding the use of names Latinized from their German form) when he said that their respective populations spoke *Hungarian, German, and Slovak* (Slavonica). Further ethnic development is shown by royal edicts having been proclaimed in *German* and *Slovak* in Besztercebánya at the close of the 17th century.

Similar patterns of development prevailed in Transylvania. Late humanist historiography gave a generalized picture of the Saxon populations inhabiting the towns, but with emphasis on the fact that an archaic form of German

was retained. In *Saxon* Brasso the number of *Hungarian* craftsmen and *Rumanian* merchants steadily increased. In fact in 16th century Brasso the inner town was inhabited by Saxons, they alone being granted citizenship and the right to own landed- and other immovable property. In the suburb Bolonya (Blumenau) there also lived many Hungarians, while Rumanians and *Bulgarians*, too, made their homes in the northern suburb. Patricians of the Saxon town Nagyszeben showed prudence and ethnical ungenerosity when Dominican monks were permitted in 1474 to settle down in the town on the condition that the prior and the majority of the monks would be of *German origin*. In all probability the reason of this was the endeavor to give the monks opportunities to acquire ecclesiastical learning and satisfy their educational aspirations in their own language. King Matthias did not raise any objection to the enforcement of this stipulation. The number of Rumanian traders increased in Nagyszeben.

3. *Modern History*

Pál Zsigmond Pach, Contribution to L. V. Cherepnin and V. T. Pashuto's Report on the Formation of the Russian Centralized State Viewed from a Comparative-Historical Aspect

I highly appreciate the paper of Professors Cherepnin and Pashuto in general and should like to refer to three points in particular.

1. *First* of all, I want to stress the *methodological* importance of the paper. I mean the general points of view, concerning the application of a comparative method.

To be sure, comparative method can be productive when simultaneous phenomena are compared. But I agree with the authors that conclusions based on simple chronological coincidence often prove unreliable.

In this connection, allow me to remind you of a topic which had also been discussed at the last International Congress, in Moscow. Some of the papers and contributions which were presented there on the major theme "Problems of Europe in the 17th century" recalled the well-known thesis (of Merriman) on the Six Contemporaneous Revolutions, claiming that the six simultaneous uprisings in England, France, Northern Netherlands, Catalonia, Portugal and Southern Italy around the middle of the 17th century, can be traced back to the same core.

Well, this issue has been touched upon by the present paper too, — at least in part — inasmuch as the authors have alluded to the three contemporaneous uprisings in London, Paris and Moscow in the years 1648—1649. But in which sense have they explained this topic now? Professors Cherepnin and Pashuto did not exaggerate this chronological parallel and gave a real appraisal, — stating that there was no causal connection linking these three events which were quite different in character, — although all three cases were inspired by a great complexity of social structure and class struggle.

I think this is a good example to confirm the methodological principle of the authors to the effect that it is often more useful to set aside the viewpoint

of simultaneity and to compare phenomena that took place at different times but — by and large — at similar stages of development.

It is this method that makes it possible for us to disclose the main trends in historical process. And it is this approach that enables us to perceive the common tendencies in the development of centralization from the monarchy of estates to absolute monarchy.

2. And this brings me to my *second* point, that is to the two forms (or stages) of state centralization.

Monarchies, with the representation of estates on the one hand, and absolute monarchy on the other — have often been described by historians as two opposite (or contrasting) forms of state organization. True enough, they have a number of different features. But — as it has been suggested by the authors — these two forms not only differ, but also belong together, implying two subsequent stages of centralization, — as against the state of the early feudal type which involved a trend (of decentralization) of territorial and political dismemberment.

Viewed from this aspect, the monarchy of estate representation has its progressive historical role, preceding and preparing the more developed stage: that of absolutism. I share this opinion, with the following addition: There are historical examples to the effect that monarchy of estates had appeared, existed for a long time, but had not created the conditions for absolute monarchy, had not grown into absolute monarchy. There are countries in East-Central Europe — specifically Poland and Hungary, and to a certain degree Transylvania — where the struggle between the forces of estate representation and those of absolutism, though it began and went on, did not result — at least not for a long time — in the victory of the latter. In these cases, where the monarchy of estates survived for centuries, it gradually lost its (earlier) progressive role and turned from a preliminary or first stage into an obstacle to centralization and absolutism.

Consequently, in these cases, the monarchy of estates assumed (as time went on) a clear-cut retrograde character.

3. Point *three*. The paper of Professors Cherepnin and Pashuto is focused upon the 16th and 17th centuries. As it is well known, in these very centuries the differences in the economic and social development of Western Europe and Eastern Europe had deepened. Several Western European nations embarked upon the road of capitalism while serfdom (or a “second edition” of serfdom) prevailed in a number of East-Central and Eastern European countries.

But in the same period when differences in the *economic* level had increased between the Western and Eastern part of Europe, (in the same 16th and 17th centuries) it became increasingly obvious that the future *all over Europe* belonged to no other *political* system than to strong centralized states, — as it has been convincingly argued by the authors. None but centralized

states were capable of repulsing attacks from abroad, of defending their independent statehood, their independence, and consolidating their position in the international arena.

Therefore, it was a crucial question for the future destiny of the Eastern European countries which of them succeeded in creating a strong centralized state and which of them failed to attain it. It was a historical achievement that the government of the Grand Duke of Moscow proved capable of creating this form of state, — despite economic consolidation lagging behind the requirements of political centralization.

The formation of the Russian centralized state — a process in which the political factor necessarily played a major role — has been analyzed by the authors in a clear and convincing manner, taking into account all the conditions and factors.

Russia, as well as Prussia and Austria, — countries where absolute monarchies came into being — were on the rise, and obtained an important place among the great powers of Europe. Poland and Hungary, in turn, countries which remained attached to the obsolete forms of estate organization were, in their turn, pushed into the background within the European state-system.

On the other hand, it is evident that even the absolute monarchy in Eastern Europe was to be based upon those social strata which were actually existing and available for this purpose. This is why Russian centralized government confirmed and expanded the rights of the feudal landowners to their serfs (and actively strengthened the serfdom base of the centralized state). And this is why Eastern European absolutism was closely connected not only with the feudal order in general — as was also the case in Western Europe, — but with the system of serfdom in particular.

4. Finally — and this is my fourth and last point — I fully agree with the explanations of the authors, regarding *class struggle* as a factor in the development of estate monarchy and absolutism.

In this respect, the Hungarian experience has its own peculiarities, but also much in common with other European countries. (Of course I can touch upon this point now just very briefly.)

The 16th and 17th centuries are full of peasant and people's movements in the history of Hungary, too — from the peasant war headed by Dózsa in 1514 on — up to the national liberation struggle headed by Rákóczi in the early 18th century (a struggle which also originated in a peasant uprising).

During the same period — as I have mentioned above — the major part of Hungarian nobility continued to insist upon the rights of estate representation, as against the attempts at centralization (and absolutism) by the Hapsburgs, and succeeded, by and large, in retaining the institutions of estate monarchy.

But this antiquated form of state organization proved ever more incapable of defending the interests of the nobility itself, both in foreign relations and in internal affairs. Estate institutions were unable to defend the independence of the state; moreover, they were not strong enough to protect social order (that is, feudal order) within the country, against peasant movements and various forms of class struggle.

That is why Hungarian nobility felt rather contented with the compromise, which was made between Hapsburg absolutism and national estate representation after the defeat of the liberation struggle of Rákóczi (in 1711). The feudal nobility could not gain independence for Hungary from Austria by fighting, nor did they want full independence any more.

József Perényi, The Ottoman Expansion and the Rise of the East-European Centralized States (Report)

To begin with, I should like to explain the meaning of a few words, since they are given several interpretations in the pertaining literature. The word *feudalism* is used by myself in the marxist sense, that is to indicate a social-economic formation. *Centralization* refers to the creation of a form of government termed by many a "modern" state. Typical factors are the establishment of a more or less permanent army and an administration whose sphere of authority, extending over the whole country, is exercised in writing; both bodies are dependent on the monarch. With the progress of centralization (a process which takes centuries) the power of the head of state (king, czar, sultan) becomes more or less unlimited, absolute. From a certain point of time this state organization is called *absolutism*. There are no definite criteria to decide how long a state is referred to as centralized and from when absolutism sets in. On this issue practice strongly fluctuates in historiography. Finally, in accordance with the colloquial term, I refer to the European socialist countries as *Eastern Europe* which used to consist of several areas (parts) differing widely in stage of development.¹

The first problem to be treated is *the expansion of the Ottoman Empire* and definition of the character of the Turkish state in this connection. The facts of this development are well known from literature.

Only a few data are to be quoted, to give an idea of the expansion of this new state. In the mid 14th century the Turks began to occupy the Balkan Peninsula and by the end of the century its eastern half passed almost completely into their hands. In the 15th century they took possession of the rest of the Balkans, Serbia, Bosnia, Albania, and after the fall of Constantinople in

¹J. Perényi: L'Est européen dans une synthèse d'histoire universelle. Nouvelles Études Historiques publiées à l'occasion du XII^e Congrès International des Sciences Historiques Budapest, 1975. pp. 379–406. An analysis of previous views in J. Macurek: Dějepisectví evropevskeho východu. Praha 1946.

1453 all territories inhabited by Greeks. The turn of Syria, Palestine, then Egypt came in the early 16th century, followed by the other North African states. Parallel with this process, spoken of as a conquest, annexation of the Seljuk Emirates of Asia Minor was also under way, accomplished mostly by the use of arms. However, this may be denoted as unification, since the areas involved were inhabited by Turkish-speaking Mohammedan populations. It was from here that the Ottoman army received supplies and reinforcements. As a rule only Turks and Mohammedans were drafted into the Ottoman army; not more than a small number of vanquished Christians served as marauders (martaloz).

Union with the Seljuk Turks, that is the emergence of the Turkish people, does not in itself explain rapid military success and the conquest of one country after another. Reports on a powerful Turkish army are unreliable. Accurate studies have revealed that in several instances Christian armies were beaten though they were superior in numbers. The principal reason can only have lain in Turkish social organization, organization of the state in the first place, since neither economic nor technical superiority can be demonstrated.

Contemporary western observers at the close of the 15th century and in the first half of the 16th century described the Turkish system as *despotic*, marked chiefly by the sultan's unlimited power. The Turkish state and social system were recommended to more than one European sovereign as a model to be followed.² The expression "despotic" survived for several centuries and was given a scientific explanation as far back as the 18th century when the concept of *eastern despotic system* was formulated (survival of rural communities in an unaltered form, irrigation in agriculture, etc.). To convey the idea of unlimited sovereign power, evolved in Europe in the meantime, the word *absolutism* was borrowed from Roman law (*potestas legibus absoluta*) and has been retained to the present day in relation to state development in Western Europe which was the outcome of rapid economic advance, original accumulation of capital, and consolidation of the bourgeoisie. Western monarchs could establish their modern, centralized states, the basis of absolute power, by making considerable use of bourgeois wealth.³

² *H. Strumberger*: Das Problem der Vorbildhaftigkeit des türkischen Staatswesens im 16. und 17. Jahrhundert und sein Einfluss auf den europäischen Absolutismus. *Rapports du XII^e Congrès Intern. des Sciences Hist.* Vol. IV, pp. 201–209; *W. Philipp*: Ivan Peresvetov und seine Schriften zur Erneuerung des Moskauer Reiches. Königsberg—Berlin 1935; A. A. Zimin: I. S. Peresvetov i jego sovremenniki. Moscow, 1958.

³ *Fr. Hartung—R. Mousnier*: Quelques problèmes concernant la monarchie absolue. *Comitato Internazionale di Scienze Storiche. X. Congresso Internazionale di Scienze Storiche Relazioni* Vol. IV, Florence, 1955, pp. 3–55; *Erik Molnár*: Les fondements économiques et sociaux de l'absolutisme. *Comité International des Sciences Historiques. XII^e Congrès International des Sciences Historiques. Rapports* Vol. IV, Vienna (1966) pp. 155–169; *L. Elekes*: Système féodal des Ordres et centralisation dans les États féodaux. « La Renaissance et la Réformation en Pologne et en Hongrie. » *Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae*. No. 53. Budapest 1963, pp. 331–395. Other issues of centralization are discussed by the same author in studies written in Hungarian.

However, thorough investigation has shown that the Turkish system can hardly be called *eastern despotism*.

In marxist literature the Turkish social and economic system is referred to as *military feudalism*; on it was based a state apparatus whose theoretical foundations were worked out as far back as under the Abbaside dynasty. Naturally, these tenets were known in all Mohammedan countries and rulers endeavoured to realize them in practice as fully as possible. This was what happened in the Ottoman state which needed better and organized and equipped soldiers in always increasing numbers. In the second half of the 15th century the sultans contrived to make ancient Arab principles dominant, inasmuch as conquered non-moslem — territories became property of the state. The peasants who cultivated the land (re'aya) obtained right of possession. The land could be taken of them only if it was left fallow for three years without good reason. Peasants paid various rates and taxes in accordance with the size of their land and its yield.

The enforcement of these rules did not meet with great difficulties, because in the Turkish state no closed ruling class of landowners had developed, and there were yet no firmly established feudal conditions; so, contrary to European countries, there was no "nobility" or any trace of the organization of the Estates.

In Turkish society men in military and civilian service ("men of the sword and of the pen") constituted the ruling class. In principle, membership of the latter was open to any husbandman or nomad in possession of a horse-soldier's equipment. However, these men would have had to be paid, at least during the time of campaigns; this the treasury was unable to do for lack of money, since over most of the state payment in kind still prevailed. Hence during the 15th century the Turks began to build up a new army organization which was to replace the old tribal — or clan — system.

The newly organized infantry (janissaries) consisting of Christian boys, collected as tax, and sailors mostly of Greek extraction were paid in cash at three monthly intervals. Thus, these contingents of the army were made up of *mercenaries*. The upkeep and remuneration of the numerous cavalry-men were settled in a different manner. Reverting to old patterns, the Turks introduced the *timar-system*. In fact, timar was a grant of money (up to twentythousand akçes it was called timar, up to hundredthousand, ze'amet; over this amount its name was hass). In case of war the donee had to muster a light cavalry-man for every fivethousand akçes. The timar-holder (sipahi) was entitled to receive certain amounts of money from the peasants marked out for him; as a rule these peasants then paid about half of their various rates and taxes to the timar-holder, and the other half to the state. The sipahis thus came into direct contact with the peasants without acquiring the right of ownership over the land cultivated by them. The sipahis had no jurisdiction over the peasants. It was exercised

by the state through centrally appointed and paid judges, kadis. The sipahi enjoyed the timar holding, i.e. his livelihood, only as long as he discharged his duties; in the contrary case he was deprived of his right to collect taxes.

It is clear that this was a variety of the feudal system, as there was a landlord-serf relationship, though it did not flow directly from the ownership of land. In fact, the sultan's great power was secured by the majority of the ruling class being dependent on him for their existence and social rank. Both in theory and practice the sipahi was in a position to increase his timar, for instance by fighting bravely in wars. However, at the time of conquests the principal source of income was not tax from the peasants, but booty. Victorious campaigns always increased the income of members of the ruling classes. The numerous layers of sipahis and officials had material interests at stake in war.

This army was served by the offices organized in the 15th century, dealing mainly with financial affairs (tax collection). The high officials of the divan (royal council) managed the most important affairs of the empire under the presidency of the Grand Vizier and the divan chiefs, for instance the defterdar was given instructions concerning the policy to be followed in financial and military matters and judicature. This network of administrative offices is fairly well known from literature, therefore details may be omitted here. It will suffice to mention that the clerks ("men of the pen") active in the central offices and in provincial ones, organized later by the employees of the former, were appointed to their respective posts after lengthy studies. All were lettered, educated men who were paid by the Treasury. Most of them, however, juridically counted as servants (slaves) of the sultan who disposed freely over their lives and property. Often the Grand Vizier himself was of slave status.

This phenomenon, unknown in European countries but rather common in Mohammedan states, fully explains the servile humility of Turkish officials to the sultan. To stand up against the sultan's power or to rally in some form in an attempt to protect the interests of some groups of the ruling class was simply impossible under this system. The development of the Estates in a state where the social position of the ruling class did not depend on ownership of land, is utterly inconceivable.⁴

The details quoted here will, I think, be enough to compare the 15th—16th century development of the Turkish state to that of contemporary European states and to their new stage of development beginning in the 15th cen-

⁴ From the vast pertinent literature special attention is drawn to *H. A. R. Gibb—H. Rowen: Islamic Society and the West. Vol. I, Part I—II, London, 1950—1957*, which deals with the problems of interest to ourselves systematically and gives a thoroughly detailed description of certain state institutions.

ture, i.e. the centralization, followed by the appearance of absolutism. In my view the Turkish state was also centralized, at least it displayed all the external signs of centralization, while thorough investigation discloses that the sultan's power was not boundless, that is *despotic*, either, because it was limited by all the factors which restricted also absolute rulers of West Europe, except for remnants of the Estates system. It was the result of a strong monarchical power that this centralized state could maintain such huge military forces, which led to victory over neighbours living in conditions of feudal anarchy. Simultaneously it provided for "order" at home and found it relatively easy to manage Mohammedan and non-Mohammedan farmers and herds who were often in revolt against the increasingly heavy burdens imposed on them.

According to some researchers, the rapid expansion of the Ottoman Empire led in neighbouring countries to the ruling classes rallying around the monarch, which in its turn promoted the progress of centralization and reinforced the sovereign's power. This assumption appears to be logical. However, close inspection of details does not support this rather theoretical, logical concept. In Bulgaria, Serbia, and Bosnia, far from bringing on centralization, it may be said to have contributed to intensifying feudal anarchy so that some countries disintegrated into minor principalities. Nor did it come to major international joining of forces against the conquerors.

The Turkish danger did not play a decisive role among the reasons of striving for centralization at the time of Pödebrad (1458—1471) in Bohemia, under King Matthias (1458—1490) in Hungary, or in the Rumanian principalities. Later, at the time when the Hapsburg Empire was centralized (17th, 18th centuries) the Turkish threat was more of a slogan which helped to collect taxes serving to cover the maintenance of a mercenary army despite the resistance of the Estates.

In the *second* East European centralized state, *Russia*, external danger to the country (the Tartars) did play a significant role in centralization, according to Soviet historians. In the early 15th century the disintegrating Golden Horde and the united forces of Russian principalities were of roughly equal strength, as testified convincingly by military events. The principal political problem of the age was how to merge Russian forces by liquidating several dozens of principalities and setting up one united Russian state. Attempts to achieve this aim were undertaken in several centres; however, it was the reigning princes of Moscow who accomplished it with success in the second half of the 15th century. As to character, the new state may be denoted as a centralized state, since during the unifying process a large army was set up consisting chiefly of serving nobles and being entirely dependent on the reigning prince of Moscow, and, parallel, an equally dependent system of administrative offices was organized, where hundreds, then thousands, of minor clerks, headed by highly trained "d'aks" took in hand the management of central and provincial

affairs.⁵ Centralization was continued in the 16th century, during which period the power of the monarch (czar) increased to such a degree that, in my opinion, the Russia that emerged may be regarded as a state under absolute government (samoderzavie).⁶

The middle- and lower strata of the Russian ruling classes were loyal supporters of monarchical power; they served as heavily armed cavalry-men, constituting the bulk of the army, and for their military and administrative services they received from the czar landed properties of varying size along with the serfs belonging to the estate, over which the owner also exercised jurisdiction. In case of war they had to provide the number of light cavalry-men commensurate to the extent of the estate which, on the other hand, they held only as long as they rendered service. Their sons inherited part of the property on the condition of equal services. This layer of the Russian ruling classes superseded the old big landowners (boyars) who were thus relegated to the background and finally their estates were also obliged to serve the crown similarly.⁷

Since the position and material welfare of the great majority of the Russian ruling classes depended on the central power, its members practically never opposed the crown, but served it obsequiously. It was only under Ivan IV that the czar's policy met with resistance, though only from a small part of the old hereditary boyars, which led to their liquidation.

Parallel with setting up the army of the centralized state it also came to the organization of central offices (prikazes). Of these the most outstanding roles were played by the office charged with the management of foreign affairs (*posolski prikaz*), that managing the affairs of the standing army made up of men holding lands in feud (*razr'ad*), and the administration of estates rendering service (*pomestny prikaz*). Of course, all business was transacted in writing. Military- and tax policy rested on the registration of feudal holdings, on the peasants belonging to the land, and on the crops they harvested. There was a

⁵ A. V. Čerepnin: *Obrazovanie russkogo centralizovannogo gosudarstva v XIV—XV vekah*, Moscow, 1960. A. M. Saharov: *Problema obrazovania russkogo centralizovannogo gosudarstva v sovetskoj istoriografii*. «Voprosi istorii» 1961. No. 9, pp. 70—88.

⁶ As evidenced by debates in the Soviet Union, on this point opinions vary considerably. At present most Soviet historians regard the period from the mid 16th to the mid 17th century as a «Ständestaat» and put the introduction of absolutism only to the early 18th century. In my view that century saw only the beginnings of the development of the Estates which do not justify naming an era after them. Moreover, this question raises a theoretical problem as well. In Europe the rise of absolutism ensued in the centralized monarchy which superseded the «Ständestaat». It calls for an explanation why this should have happened in the reverse order in Russia. Divergent views are clearly reflected by the collection of studies in *Absolutizm v Rossii (XVII—XVIII veka)*. Moscow, 1963. The following works are very enlightening as regards this question: M. N. Tihomirov: *Rossijskoe gosudarstvo XV—XVIII. vekov* Moscow, 1973, and I. I. Polosin: *Social'no politiceskaja istorija Rossii XVI, nacala XVII. veka*. Moscow, 1973. Extensive literature is available on the subject.

⁷ S. V. Roždenstvenskij: *Služiloe zemlevladienie v Moskovskom gosudarstve XVI veka*. St. Petersburg, 1897.

separate office for settling the *streltzy* (mercenaries) who formed the infantry of the army.

Gradually a dense network of offices became active, stretching all over Russia and strongly restricting the immunity, etc. of the hereditary nobles; indeed, decisions came from the Czar's officials in the whole country. These officials were paid regular salaries in money or were granted land in feud and lived on their produce, or enjoyed both sources of income.

After this very brief and, naturally, incomplete summary it may be stated that in the period from the mid 15th to the mid 16th century, simultaneously with amalgamation of the principalities, Russia was turned a new, centralized state which gave the czar unlimited power not only over the people, but also over the ruling classes.

The *third* centralized state of Eastern-Europe, Brandenburg-Prussia, comprising German territories varying in stage of development and conditions was under the Electors of Brandenburg from the House of Hohenzollern. They merged into a uniform centralized state where electoral, then royal, power may be said to have been as good as absolute in the 17th century. Relying on his own resources of Brandenburg, the elector Frederick William (1640—1688) curtailed the influence of Estates on state affairs at a rapid rate, and the procedure was subsequently repeated in Prussia and the western provinces. These events are well known from pertinent literature, therefore only the essential points of centralization are to be dealt with.⁸

The process was the following: The Electors of Brandenburg organized a mercenary army of considerable strength. In the same time they organized centrally controlled local administration and jurisdiction by the aid of central institutions developed into more or less independent offices with staffs deployed from the electoral chancellery, whereby the influence of the provincial organizations of Estates on the state was greatly reduced. In the new offices originally non-Prussian bourgeois officials were allotted important posts and paid regular salaries. In the 18th century their places were filled with junkers who, having adapted themselves to the royal power established in the meantime, were allowed to acquire far-reaching mastery over their own serfs to make up for the political ascendancy they had lost as a result of centralization. So there was no obstacle to taking into their own hands the management and development of their farms which were cultivated by serfs and villein services.

⁸ R. Hartung: *Deutsche Verfassungsgeschichte*. Stuttgart 1964⁸, pp. 93—123; *Staatsbildende Kräfte der Neuzeit*. Gesammelte Aufsätze von Fr. Hartung. Berlin, 1961; Fr. Hartung *Studien zur Geschichte der preussischen Verwaltung*. Vol I—III. Berlin 1941—1948; Carl Hinrich: *Preussen als historisches Problem*. Gesammelte Abhandlungen Berlin, 1964; Hans Rosenberg: *Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy. The Prussian Experience, 1660—1815*. Cambridge/Mass. 1958. F. L. Carsten: *Princes and Parliaments in Germany from the Fifteenth to the Eighteenth Century*. Oxford, 1959.

The fourth East-European state where centralization and concomitant absolutism were accomplished was the *Hapsburg Empire*.⁹ Owing to stubborn resistance in the Hapsburg province (Austria) fairly successful centralization could be brought about only in the time of Ferdinand II (1619—1637) who crushed the political power of the Austrian Estates and, by extending the authority of previously organized central offices over the provinces, created a multiple and intricate organization which made monarchical power virtually absolute. Centralization against the Estates was ensured by a large mercenary army maintained by enforced exaction of rates and taxes and up to a certain degree by money coming from the bourgeoisie of the German Empire. After having put down the last revolt of the Bohemian Estates (1619—20) the new Austrian form of government was forced upon Bohemia, too. However, in Hungary the attempt failed, first on account of the Thirty Years' War, which immobilized Hapsburg forces for a long time; secondly, because the Principality of Transylvania, a Turkish vassal, supported the resistance of the Hungarian Estates also by the supply of arms. But during the war fought for the liberation of Hungary from Turkish rule (1683—1699) resistance of the Hungarian Estates crumbled, while Hapsburg power considerably increased in the second half of the 17th century as a result of the activities of the vast armies stationed on Hungarian soil. Thus it was only after having quelled the last great revolt of the Estates and beaten down the national War of Independence (1711) that Austrian absolutism could establish in Hungary the centralized state apparatus functioning already in other parts of the Empire; moreover, only in a form in which the political influence of the Hungarian Estates continued to make itself felt.

In fact, whereas the struggle for centralization ran a "regular" course corresponding to the western pattern in the Provinces of Austria, in Bohemia and particularly in Hungary the process was complicated, for it was an "alien" king who wanted to carry out centralization. Consequently resistance of the Estates often became a national fight for liberation in which the peasantry also took an extensive part.

Finally, it has to be mentioned here that in one country of Eastern Europe, in Poland, centralization failed, although several attempts were undertaken to bring about its realization; actually absolutism could not be introduced even as late as the close of the 18th century. This must be emphasized chiefly because Polish economic and social development did not differ in many respects from such happenings in neighbouring countries where centralization was achieved. From the viewpoint of methodology this means that centralization

⁹ See *Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte*. Vol. II, Stuttgart, 1970, for works quoted at the relevant places, furthermore *M. Uhlirz: Handbuch der Geschichte Österreichs und seiner Nachbarländer Böhmen und Ungarn*, Vol. I, Vienna, 1927.

and absolutism brought about as they were in Eastern European countries can not be *simply* regarded as the outcome of economic and social development, but quite a number of other factors have also to be taken into consideration.

*

The present paper on the centralization of East European states and the rise of absolutism does not contain any newly discovered data. Being familiar with literature on, and sources of the history of the countries involved in Eastern Europe, the author has confined himself to sorting out from fairly uniform aspects the material referring to centralization and the rise of absolutism, and to drawing with this support some generally valid conclusions concerning Eastern Europe.

The problems of centralization and absolutism have been studied by numerous historians and the results have been summed up many times. Viewpoints nevertheless differ significantly. On the issue of West-European centralized states a certain agreement would seem to be taking shape inasmuch as the process is held to be related by nearly everybody to manufacture production, the consolidation of commercial capital, and the accumulation of wealth in the hands of the bourgeoisie. Owing to their rapidly growing numbers and steadily increasing role in economic life, the bourgeois strata were keenly interested in putting an end to feudal disunity and anarchy. Hence monarchs wishing for more power could obtain from the bourgeoisie money, chiefly in the form of loans so substantial that with the addition of royal resources and the support of other classes of society a mercenary army could be set up under the command of the monarch from masses of the peasantry. This army was to be thrown in against all those who were hostile to sovereign power; due to the use of artillery on an ever grander scale, castles of the Estates would be unable to resist, so feudal anarchy would be wiped out.

At this point a "modern" organization of offices was set up with the aid of well trained, not infrequently, bourgeois staffs, completely dependent on the monarch. This body took over everywhere all activities denoted as *state function*, previously exercised by the feudal aristocracy. The army and the administration then safeguarded the virtually unlimited monarchical power which is termed *absolutism* in modern nomenclature.

Upon study of these concepts there seems to exist a *direct*, to put it more clearly *causal*, relationship between centralization on the one hand and economic-social development on the other. However, this theory does not apply to the whole of Europe, because centralized states and absolute sovereign power are seen in Eastern Europe where economic development was of lower standard and, what is more, contrary to the west, there was no prosperous bourgeoisie to finance centralization. In Eastern Europe centralization was carried out with

the support of the *landowners* (nobles). A clash between the landowners occurred only where the ruling class could organize itself into *Estates*, which happened only in a small part of Eastern Europe.

Insight into the *reasons* of East European centralization brings us nearer to the solution when its forms are analysed individually and ranged into types. Only then does it become feasible to generalize and to draw conclusions. In this instance let it suffice to define the types and to look into relations to social structure in the first place.

In chronological order *the Turkish state was the first to be centralized*, the process taking from the mid 15th to the mid 16th century. Little is known about its antecedents. In its time this state performed three principal functions: 1. it made extensive conquests; 2. the Turks of Minor Asia were united within a single state; 3. the social basis of centralization was evolved, notably the timar system was created which made it possible to maintain a practically permanent army and an administration. With its help also interior order could be upheld by force and movements of the oppressed masses were put down with arms. Timar, a concession to collect taxes, did not make the concessionaire a landowner. Officials and in the army the infantry were paid a regular salary in cash. The shapis and officials as well as the mercenaries depended for their livelihood on the central power and therefore served it without resistance. These classes were unable to organize themselves for any purpose, so Estates did not come into existence. Yet this system cannot be denoted as Asian despotism, since it lacks characteristic features of the latter. This type has to be conceived of as a state apparatus based on "military feudalism". The monarch's power was not *despotic* because it had his limits, as did *absolute* power of West European sovereigns.

The second East European type of centralization is found in Russia where a centralized state apparatus was introduced when the Tartar yoke had been shaken off and the minor principalities were united. Members of the army and officials alike depended for their material welfare on the ruler, because bestowing grants on the condition of well defined services made dependence continue to remain very close over several centuries. It must be stressed that the Russian pomeščik, the social basis of centralization, owned land of centralization, owned land of limited extent and exercised jurisdiction over his peasants living on his property. Therefore in this case we have to deal with a peculiar form of European feudalism in which monarchical power assumed the characteristics of absolutism at a remarkably early date, as far back as the mid 16th century (samoderžavie).

The third type of centralization is that of Brandenburg-Prussia which was produced by the fifth of the sovereign against the Estates; in this respect it resembles the "West European" type. Owing to the weakness of the bourgeoisie, the social basis of the system was finally provided by the landed nobles who had

to forfeit part of their political privileges but received ample economic compensation.

The fourth type, i. e. centralization of the Hapsburg monarchy, differs from the above described form by the wide divergences seen in the provinces. The struggle for centralization had to be fought in provinces with a non-Austrian population not simply against the Estates, but against *Bohemian-Moravian* Estates and against *Hungarian* Estates, appearing at times and in some places in the guise of "national oppression" and encountering fierce resistance from the part of wide masses of the people.

Thus centralization and subsequently resulting absolutism materialized in rather varied forms in Europe; viewed by social basis, nearly a dozen types can be distinguished. In the feudal systems of Europe centralization may be said to have been a general phenomenon, which may, however, also be regarded as an inevitable stage of development. A brief survey has been given of the different forms following from social structure, the nature of the ruling class in the first place. The fundamental economic reasons are still waiting for elucidation.

4. Contemporary History

a) *Les mouvements ouvriers au XX^e siècle devant le problème: révolution ou réforme?*

János Jemnitz, Revolution and Reform in the West European Parties of the Second International (Report)

As a preliminary let us mention shortly the problems of geographical delimitation. I should like to stress the phenomenon of eventuality. The researcher, i. e. the historian of the working-class movement may deal with two classical geographical-political regions. First, the West European region which in the given case might be confined to France, Great Britain and those minor countries where bourgeois revolution had gained victory long ago and thus feudal economic, social and even political conditions were eliminated more or less consequently. Second, the East European region, first of all Tsarist Russia, where it was most evident that the country still had to accomplish bourgeois revolution. Here feudal relations survived in many respect, and almost all groups and trends of the labour movement were forced into underground existence. However, a significant part of Europe represented a transition between these two regions.

After the short attempt at delimitation it would be most expedient to examine the problem in its historical evolution.

The first and obviously opening phase is the foundation of the First International. Let us emphasize at this point a well-known and highly important feature: the First International had been a characteristically West European phenomenon.

At the time of the coming into existence of the Second International the situation had changed already. Nevertheless, the German and the French parties were still regarded as the leading forces of the International. It was not by chance that the statutory congress elected W. Liebknecht and Paul Lafargue co-chairmen. A new motif as compared with the First International was the fact that the place of the British was taken by the Germans. And this was not due merely to the fact that — as pointed out more than once by Marx and Engels — the centre of gravity of the international working-class movement had

gradually shifted to Germany but was also a consequence of recent development: in the eighties of the last century, in spite of the efforts of the Social Democratic Federation, the Socialist League and the Fabians, the British socialist movement could not strengthen considerably and lagged far behind expectations. The Italian and first and foremost the Russian socialist parties as well as the Austrian party, shoulder to shoulder with the German party, joined the work of the International as increasingly consolidated forces.

In this phase the problem of revolution and reform did not seem such a serious dilemma in the eyes of the parties of the International as in later times. Naturally this can be stated only with reservations. As a matter of fact, the English trade union leaders, part of whom have joined the International, definitely rejected any revolutionary policy; similar was the standpoint of the Fabian Society. Though the possibilists in France did not join the International they still had a certain influence on the French labour movement offering an alternative contrary to the revolutionary policy. In these years, however, this concept did not play an important part in the life of the International.

At the time of the formation of the International, a left-wing, voluntarist trend, too, appeared as opposed to the reformist grouping rejecting revolution: that of the anarchists. Malatesta, Cornelissen and to a certain degree Nieuwenhuis, the French Allemanists, the delegates of the CGT as well as the "young" Germans were impatient, set a low value on the fight for both political and social reforms. Time and again they urged the acceptance of the method of the general strike as a means for the immediate and radical liquidation of capitalism as a whole.¹ They, too, separated revolutionary policy from achieving reforms, but similarly to the reformists the anarchists became isolated. At that time the theory and practice of the International was outlined by Bebel, Guesde, Plechanow, V. Adler who were supported by Engels. In a true Marxist spirit they did not separate but combined revolutionary policy and the fight for reforms. Naturally the historical circumstances should be taken into consideration when examining this period. Not only in East Europe was the working class deprived of all rights but the emergency law had not been withdrawn in Germany either at the time. The parties had not succeeded in achieving universal suffrage even in such countries as Belgium, Austro-Hungary or the Scandinavian states. Thus, concepts according to which socialists might reject non-parliamentarian methods could not become deeply rooted.

The situation has radically changed ten years later. Though the historical period as a whole has not changed as regards West Europe and, as Lenin observed, at the turn of the century, the working class in the West still did not

¹ The anarchists set forth their theses at several congresses of the International between 1889 and 1896. As regards the attitude of the "young" Germans, a convincing criticism can be found concerning the critique of the voluntarist standpoint in Bebel's and Liebknecht's publications as well as in Engels' reply letters in addition to the relevant debates at the 1890 Halle and the 1891 Erfurt congresses.

go beyond the phase of rallying its forces, as a consequence of a number of circumstances and because of the assertion of imperialist tendencies the problem of the revolutionary vs. the reformist way was taken up. As the most heated discussions took place in the above mentioned two countries, i. e. in Germany and France, the polemics assumed immediately "International scale". It must be added, however, that there was a strange gap between theory and practice. In the countries mentioned, contrary to Russia, there developed no revolutionary situation and thus the problems presented themselves on another plain. Problems obviously did not originate in some vacuum, otherwise they would not have caused actual worries, arguments and struggles. While in Germany at the end of the nineties the gradual gaining ground of the social democrats in the last ten years and the phenomena of imperialism induced Bernstein and the revisionist group, the trade union leaders and the members of the parliamentary groups of the small South German states to modify the general policy of the party, in France a crisis in politics, i. e. the Dreyfus affair followed by Millerand's taking office triggered off simultaneously a storm both in the labour movement and in the sphere of theory. However, the International rejected the renouncement of a revolutionary policy in principle.

Some comments are necessary at this point. According to a widespread view the rejection of the reformist policy had been achieved within the boundaries of Germany, *viz.* at the Hannover party congress in 1899 and at the Dresden one in 1903, as these decisions were merely confirmed by the Paris congress (1900) and the Amsterdam congress (1904) of the International. Though this statement contains unquestionably many elements of truth, it by no means reflects the full truth. While Bernstein has been outvoted and forced into minority primarily in Germany, his concepts were discussed everywhere in the international working-class movement and the overwhelming majorities of the socialist parties rejected his conclusions. Suffice it to say that Jaurès, too, repudiated reformism. On the other hand it does not hold good that all questions were decided within the German party caucus. Although millerandism and the block policy rejected by the German party and then by the two congresses of the International, all things considered it was defeated in France herself. As soon as the monarchist, militarist, nationalist opposition was forced back, the block lost its reason for existence and the truly socialist working-class movement came up against the bourgeois order. It was Jaurès himself who deemed the further maintenance of the block impossible.

I should like to throw light on yet another connection of events. Partly owing to their background, partly to French historical traditions Jaurès and the bulk of the French socialists never renounced in principle the resort to revolutionary methods. It happened sometimes that this took rather an awkward form. Thus, in Amsterdam where Jaurès actually defended reformist practice, he censured Bebel, holding against him that as opposed to the Ger-

mans it was the French who had really revolutionary traditions.² And this tradition exerted its influence. At various forums of the International it was stated time and again that if necessary the socialist were ready to make use of revolutionary means. It was not made clear, however, what socialists understood on this phrase and they did not even think of making preparations for a proletarian revolution in order to seize power.

The beginning of the next period can be related by and large to 1905, i. e. to the outbreak of the revolution in Russia. As it is well known, the Russian revolution exerted an immense influence on the whole of the European working-class movement, and following the revolution it became clear, as Lenin had stated, that the era of revolutions has commenced in the East.³ In the West, however, no revolutionary situation has developed even at that time. The European working-class movement had to face an entirely new problem. The whole course of classical development gave hope of the proletarian revolutions to take place in the most developed countries. As commonly known, Marx and Engels, too, held this view. The revolution of 1905, however, was a warning that the actual historical trend pointed in another direction. Let us disregard again the course of development in East Europe; I only should like to point out that the Russian revolution has given rise to considerable intellectual ferment among the Western socialists, too.

The period dividing line 1905 brought about a turn of events not only in the East. Earlier, in the period 1899—1904, the alliance of radical left-wingers and orthodox marxists prevailed in Germany, and the alternative forwarded by Bernstein was rejected by the leadership under Bebel and Kautsky, supported from the left by Luxemburg and Mehring. The alliance, however, began to break up just in these and the following years, and the left wing gradually seceded from the centrum. When speaking about the gap between words and deeds, historians used to mention first and foremost the German movement.⁴ Even later on Bebel and Kautsky were not willing to reject the revolutionary principles and perspectives, in practice, however, they did not prepare revolutionary actions. The radical left wing, in turn, urged for such actions when pressing for the acceptance of mass strikes, mass struggles and later of the method of anti-militarist struggle.⁵ Many a historian holds this to be true not only in the case of the German movement but of the International as a whole. It might be added

² Internationaler Sozialisten-Kongress zu Amsterdam, 1904. Berlin 1904. pp. 36—38.

³ V. I. Lenin: Összes Művei. Budapest, Kossuth Publ. Vol. 23. pp. 2—3.

⁴ The separation of the centrum and the left wing and in the case of the former the gap between words and deeds is mentioned frequently in recent historical works. It is illustrated convincingly in Carl Schorske: German Social Democracy, 1905—1917. Cambridge, 1955, and in the collective work of historians of the German Democratic Republic: Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin, 1966. Vol. 2.

⁵ The German left-wing radicals set forth their views at a number of party congresses and in numerous articles and pamphlets. See, the selected works of Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin and Franz Mehring.

that the majority of the researchers content themselves with emphasizing the mere fact and with stating that the social democrats had only threatened the governments with the general strike but had not thought of applying it. It is pointed out by these historians that neither would they have been strong enough to carry it into effect.

The theoretical discussions continued but none of the West European socialist parties had to face an ordeal of historical importance. Problems of minor consequence cropped up fairly often. Thus in 1911/1912, in connection with the danger of war, the internal crisis of confidence within the German party deepened beyond example. The gap between the radical revolutionaries on the one hand, and Bebel and Kautsky on the other widened even more. Yet, it is a fact that both Bebel and Kautsky viewed with increasing concern also the strengthening of the reformist, revisionist trend within the German labour movement the representatives of which demanded a *tabula rasa*, the complete rejection in principle of the revolutionary policy and sought for an alliance with the liberal bourgeoisie. (The struggle between the centrum and the right wing was no sham fight either.) Though the radical elements became stronger in the German social democratic movement, the dominant role unquestionably was gradually taken by reformists and/or the practicians.

The development in France showed in many respects different characteristics but in many respects similar features as well. The development in France was different from that in Germany: political conditions, too, were unlike those in the neighbouring country, and after a united socialist party had come into being in 1905, a political crisis of major importance first occurred only in 1913 at the time of the enactment of the law on the three-years' national service. The situation in the country, however, did not permit even to think about the possibility of a revolution. The internal structure of the French socialist party was also different. The orthodox trend within the party lost even more strength than in the German party, following the ageing of Guesde and Lafargue's retirement and later his death.⁶ True, the right wing presented its case on a lower level than Bernstein but the *Revue Socialiste* edited by Fournière, similarly to the *Sozialistische Monatshefte*, took an opposition standpoint against the party leadership and tried to revive the block policy of old. Contrary to the situation in the German party, it would be a mistake to speak about a clear-cut left wing marxist opposition in France. For a long time this opposition was identified personally with Herve and his group. From 1913 on, however, the famous author of *Leur Patrie* shifted to the right wing of the party and criticized the leaders of the party precisely for their standpoint on the questions of nationalism

⁶ In this respect the work of Claude Willard is of considerable importance. He pointed out that the increasing doctrinarianism and dogmatism of the guesdists could by no means serve as a basis for answering the problems in a revolutionary way. (Claude Willard: *Les guesdistes*. Paris, 1965.)

and war. At the same time — and once more as opposed to the situation in the German party — Jaurès exerted a tremendous influence on the French party, and he was supported on almost all issues by Vaillant at that time. As regards the policy of the French party leadership, concerning the final conclusions, this corresponded in many a respect to the earlier elaborated standpoint of the International so often propagated by Babel: a variety of immediately realizable reform objectives were set, however, revolution was not rejected either. It was Vaillant who coined the famous slogan: “better revolution than war”, and from 1907 on the party lead by Jaurès and Vaillant became one of the most resolute champions of antimilitaristic efforts. In France no such characteristic swing to the right could be observed in the socialist movement as in Germany after 1905/1907.

No clear break or clarification ensued in other countries of West Europe either. As a matter of fact, in Italy the pendulum of the movement swung out to the left in these years. The well-known and lengthy struggle between the trends hallmarked by Turati and Ferri has been going on for years on and, as regards the main criteria, the argument hardly differed from the debate between Jaurès and Guesde, or to a certain degree from that between Kautsky and Bernstein. And when exactly in this period a grave crisis broke out in Italian home politics (partly because of the Tripoli military campaign, partly connected with the portfolios offered tentatively to the socialists), the party — after an internal crisis — not only expelled the extremist reformists, i. e. Bissolati and his followers, but the Turati group, too, lost its leading positions. Following the party congresses of 1911 and 1912, the leadership fell to the nucleus around Lazzari and Serrati who held revolutionary views and at the same time were truly internationalists.

The Spanish party found itself in a strange situation. First, the economic, social and political position of Spain was in many respects similar to that of the East European States. Second, beginning with the early years of the century, the Spanish socialist party though walking in the steps of Bebel, found an increasingly powerful rival in the anarchosindicalist CNT.⁷ In the nineties of the last century when the order of the day had been rather the building up of a proletarian party organization, press, and trade unions, no serious differences of opinion had arisen. Of the “old ones” it was only Jaime Vera who tended to reformist solutions and to seeking an alliance with the bourgeois republicans.⁸ However, his views were repudiated by Iglesias and the majority of the party.

⁷ Pablo Iglesias and José Mesa, the Spanish socialist leaders made a point in the nineties to ask for Engels' advice and to concert their activities with him and with Bebel and Liebknecht. Regarding the correspondence between Iglesias, Mesa and Engels, see, János Jemnitz: Engels and the Problems of the International Labour Movement in the 1890s. (Correspondence and other data.) *Acta Historica*, Budapest 1971.

⁸ *Ciencia y proletariado*. Escritos seleccionados de Jaime Vera. Prologo y selección de Juan José Castillo. Madrid, 1973.

In the new period, here, too, as a consequence of a war and a general crisis in home politics following the "tragic week" of 1909, there began to come into being an actual alliance between the socialist party and the radicals as well as the republicans.

It is a historical fact that the Zabern crisis in 1913 foreshadowed the Weimar coalition, while the Spanish alliance forecasted that of the later 1917 even the popular front alliance. These possibilities, however, did not materialize. This was by no means the fault of only the working class or the leaders of the working class. And it was not by chance that the Weimar coalition emerged out of a lost war and eventually a revolution. In Spain, too, the lasting left-wing coalition was brought about by turbulent years, military dictatorship and years of new revolutions.

The problem of choosing between the alternatives of nonparliamentarian methods or a reformist course was by no means decided unambiguously at that time. This was illustrated tangibly by the case of the Swedish labour movement. In 1909 the Swedish party, too, had to resort to the means of the general strike — though raising but economic demands. Similarly to Belgium, not going beyond the limits of reforms for the time being, the Workers' Party called a general strike. Both in Sweden and in Belgium this strike in the early 1900's did not achieve its aims, however, the general strike led to important conclusions in both countries. First, the struggle for reforms can easily assume sharper forms under given conditions. Second, at the time of the general strikes when the struggle became more and more intensive, a radical left-wing group within the labour movement took a stand against the party leadership. The representatives of this trend reproved the social democrat leaders for not being bold enough, adding that in case of a more daring policy victory could have been achieved. This accusation was also brought against Troelstra and the group of Dutch social democrats around him; Luxemburg herself criticized Vandervelde and the Belgian leadership.⁹ Thus the revolutionary, radical criticism assumed universal scope. And such criticism was levelled against the leaderships not only by the syndicalists or syndicalistic elements within the socialist parties (Lagardelle, Pannekoek, Tom Mann).

The fact that such a radical trend made its appearance and became international in character can be traced back to two reasons: on the one hand to the general high costs of living and the sudden decrease in living standards¹⁰ (this

⁹ R. Luxemburg: *Válogatott beszédek és írások*. Budapest, Kossuth Publ. 1960. Vol. 2. pp. 327—329.

¹⁰ As it is commonly known, the Second International planned to discuss the symptoms of rising prices and the answer of the working class at the Vienna congress scheduled for 1914. The preliminary materials and reports are published in Georges Haupt: *Le congrès manqué*, Paris, 1965. The volume also throws light upon the fact that rising prices were seen to be closely connected with militarism and thus, as referred to by Bauer, the answer had to be given on a wider scope, too.

being related to the armaments race), and on the other hand to the increased danger of war and to the various local wars. The "tragic week" of 1909 in Spain, the Italian turmoil were all connected with this, moreover the sharp debates in the German party on the adoption of the means of the general strike were also related to the Morocco crisis of 1911, and in a similar way the Franco-German tension served as the background for the storm in the French party in 1913 over the introducing the three-years' national service. While it is true that an increasingly radical trend could be registered, it also holds true that leaders such as Scheidemann or V. Adler became irresolute and did not see either the necessity or even the possibility of preparing the masses for the revolution.

An entirely new situation was created by the outbreak of the World War. Of the West European parties the Belgians, the French and the Germans, too, at first fully identified themselves with the cause of national defence and national unity while the idea of a revolution formulated in the Stuttgart and Basel resolutions did not even occur to the leaders of those parties. Vandervelde and Guesde became members of their governments, and the "ultras" of the right wing in the German, French and English parties (Lensch, Haenisch, Kolb, David, Hervé, Blatchford) did not contend themselves seeking national identification in the present but buried the International and class struggle as regarded the future, too.¹¹

Naturally, there could be found exceptions even in these years in the ranks of the West European working-class movement. Some of the members of the English BSP and SLP did not reject the concept of revolution even in 1914/15. Such behaviour was even more characteristic for the Italians, while the Dutch tribunist gave voice to their revolutionary views in foreign journals too. Nevertheless, the first years of the war were characterized by the weakening of the revolutionary trend in the West European socialist parties, and no revolutionary mass movement did unfold. The truth of this statement is undisputable, notwithstanding the fact that as early as in 1915 and in the Spring of 1916 revolutionary appeals were already made at international forums in Bern, Zimmerwald and Kienthal, and spartacist leaflets as well as *Die Internationale*, the *Vorbote* and the *Jugend-Internationale*, *The Worker*, the *Nashe Slovo*, the *Letres aux abonnés de la Vie Ouvrière* and the *Avanti* were published.

In the third year of the war, by the end of 1916 and even more so early 1917, the situation has changed. By autumn-winter 1916 the "Burgfriede" and national unity was in the process of disintegration in almost every belligerent country. At the conferences of the French socialist party and the CGT the anti-war pacifist and at the same time internationalist opposition succeeded in winning over almost half of the delegates to their cause. True, the overwhelming

¹¹ Paul Lensch, Wilhelm Kolb, Konrad Haenisch, Eduard David and Ernst Heilmann as well as other "ultras" published quite a few longer and shorter polemical treatises, pamphlets and books in 1914/15 summing up their views.

majority of this opposition was not revolutionary, a group of it, however, did profess revolutionary views. Similarly, the September 1916 party conference in Germany witnessed the strengthening of the opposition.

In the long run the symptoms of disillusion with the war became more and more frequent (the famous attempt by F. Adler can be classified as such), and what is more, forces who wanted to break with the war policy began to rally. It must be pointed out that these forces were of a twofold character: partly they remained within the limits of pacifism, but partly there appeared some more radical elements who sought for a revolutionary solution. This was the general situation when the news of the Russian revolution of March 1917 exploded. The Russian revolution effected further development far beyond the boundaries of Russia or the East European countries and acted as a catalyst on the trend of events of West Europe as well.

Historians are generally well aware of the fact that the February Revolution made an immense international impact. The February Revolution and subsequent revolutionary development in Russia soon raised questions which the West European working-class movement, too, had to face as urgent tasks of the immediate future.

In the Entente-countries socialist leaders as Gompers, Henderson, Vandervelde, Guesde, Thomas or Renaudel regarded the revolution as having come to its end with the overthrow of the Tsar and the formation of the Provisional Government. They hailed the victory of bourgeois democracy and were concerned with the question — as can clearly be seen from their greetings sent to Russia after the victory of the revolution — how the eastern front could be upheld against the German junkers. Soon it turned out that their speculations were mistaken and it was at that time that delegations were sent to Russia in order to influence the Russian socialists according to the ideas mentioned above.

On the other hand, the pacifists both in France and in England were glad to receive the news of the fall of Miljukov and Gutshkov, and the strengthening of the Workers' Council. The Labour Leader, the Herald, the Populaire, the Vérité, let alone l'Union des Métaux, the leading organ of Merrheim and the French ironworkers who constituted the left-wing opposition within the CGT, all unambiguously supported the further strengthening of the Workers' Council to the detriment of the Provisional Government. At the same time they raised the question of social transformation at home — in a dual sense. Concerning the future of Russia, they did not regard the revolutionary transformation as finished, and though the spokesmen of the pacifist socialist trend (in England it was especially Philip Snowden who frequently wrote in the Labour Leader) did not want to see the bourgeois democratic frame broken through, they realized that following the February Revolution it was the working class which continued the fight for a democratic and socialist development as against the conservative

and reactionary efforts of the Russian bourgeoisie, and therefore they sympathized with this social force. Thus they were for the further growth of the influence of the Petrograd Workers' Council, but for the future they regarded an evolutionary development as desirable and rejected the idea of proletarian dictatorship.

Naturally the pacifists did not constitute a homogeneous trend either. While Snowden and the pacifists of the ILP kept aloof from the bolshevik "extremists", the Italian socialists did not follow their example in the *Avanti*. When early July that year the period of dual power came to an end and the hunt for the bolsheviks commenced, *Avanti* edited by Serrati rapped the Kerenskij government, and a number of West European socialist papers, e. g. *The Call* and the organs of the smaller British socialist parties followed suit. This is the more significant as on the extreme right of the labour movement the *New Statesman* and *The Clarion* hailed the Kerenskij government for putting down the bolsheviks with a firm hand. Their standpoint was not only reformist and not revolutionary but they called for an explicitly anti-revolutionary policy.¹²

In the wake of the Russian revolution new problems cropped up also in West Europe. At the time when English pacifists and radicals held joint meetings, Lansbury and Glasier published an evaluation according to which ever since the days of the French Revolution none of the events abroad has exerted such a tremendous effect on British home politics as the revolution in Russia.¹³ And it was at the famous demonstrative joint meeting in Leeds on July 3 (the most various groupings of British pacifists and the radical left were represented from McDonald to Tom Mann and Gallacher) where it was announced that in England, too, workers' councils must be formed.¹⁴ (Here we cannot go into details why this attempt met with failure.) In Leeds, however, no clear-cut programme was elaborated, and as in the case of evaluating the perspectives

¹² *The New Statesman*, September 1, 8, 29, 1917. — *The Clarion*, August 17, 1917. — *Justice*, November 29, 1917. It should be noted that while some of the Belgian party leaders, *viz.* Vandervelde and De Brouckère wished to render extensive support to Kerenskij at the time of their visit to Russia, and tried to influence the mensheviks, among others Zereteli, in this direction (as it is pointed out in great detail by Vandervelde in his autobiography), Huysmans upset the unity of the Belgian party. In the paper *Le Socialiste Belge* as well as in his extensive correspondence he stressed his hope of a more widely founded socialist united front in Russia. In this respect, too, he approached the standpoint of the ILP and the pacifists. (*Arbetsrörelsens Arkiv. Branting Arkiv. Stockholm 1917—1918.*) As regards the camp of the Austrian pacifists, the leader of the group, Robert Danneberg wrote after the arrest of Friedrich Adler already in the spring of 1917 in a letter to Kautsky that the Russian revolution would have opened up new possibilities "for all Europe if Scheidemann and Co. would not have lost entirely their common sense". (*International Instituut voor Sociale Geschiedenis. — IISG. K. D. VI. 305.*)

¹³ *The Herald*, March 31, 1917 — *The Labour Leader*, April 5, 1917.

¹⁴ *The Labour Leader*, June 7, 1917. — *The Herald*, June 9, 1917. It should be noted that following the Leeds conference some anxiety was felt in government circles, too. The King summoned William Thorne and inquired whether "no harm may be expected as a result of the conference". Thorne assured him that "no revolution will take place in this country". (*William Thorne: My Life's Battle. London 1936(?)*, p. 195.

of the Russian development, revolutionary and evolutionary efforts mingled in the views concerning the future of Britain. In England historical conditions also favoured the mingling of contradictory elements. A considerable part of the membership of the Labour Party simply did not understand that the movement was going to face an entirely novel situation. As a matter of fact, in 1917 a bellicose reformist trend and an even more radical underlying current grew in strength parallelly. Both of these clashed not only with Lloyd George's coalition war government as a whole. Suffice to say it was Sidney Webb who awakened the leaders of the Labour Party and the trade unions to the fact that a long-term policy has to be worked out, otherwise the workers would be burdened with all the hardships of the transition from war to peace conditions.¹⁵ In the autumn of 1917, the German, the Austrian and the French party congresses were also compelled to deal with these longterm problems. Sidney Webb and Scheidemann undoubtedly sought the solution within the reformist limits of the established social system although the defence of the workers was stressed more resolutely in their formulations as two years ago. In the spring of 1917, following the strike movement which has gained considerable impetus in many countries, the concept of "Burgfriede" was rejected almost everywhere.

In 1917, however, new forces were released, too, pointing to a farther distance. In this respect it would be insufficient to enumerate only the purely left-wing groupings such as the BSP or the SLP in Britain, the spartakists and the Bremen group in Germany, the left-wing zimmerwaldists in France, etc. It would be insufficient just to list the press organs of these groupings or the new mass movements such as that of the shop-stewards or the Obleute, to analyse their influence or to scrutinize the papers, speeches and attitudes of rather isolated revolutionary theoreticians. Actually there existed a deep underlying current of much greater importance. There appeared a great number of uncertain elements which pointed beyond the reformist limitations even in the West European countries. It was not for nothing that the French military attaché in London who attentively followed the development of the British labour movement repeatedly emphasized in his reports dated from 1917 that the mood of the workers has changed, and it was not Barnes, the Labour member of the cabinet but the left-wing trade union leaders Smillie and Williams and the shop-stewards who were the real representatives of the working class.¹⁶

While the French diplomats were greatly worried by the spectre of a revolution in Britain, English diplomats were likewise disturbed by such a perspective in Italy, Spain, Sweden and Norway. It was an exceptional year when the most unexpected events could have come to pass. The views of Hardinge,

¹⁵ Sidney Webb's letter to Beatrice Webb on his London talks. The Passfield Papers II/3. London School of Economics.

¹⁶ The report by General Panousse, French military attaché in London. *Archiv Affaires Etrangères* (hereinafter: AAE). *Guerre 1914—1918. Grande Bretagne*, p. 542.

British ambassador in Madrid, on the revolutionary ferment in Spain were by and large identical with those of King Alfonse XIII, and strange enough, the king in this southwestern corner of Europe made complaints to the British ambassador about the fact that the Russian February Revolution had a frightful effect on his country.¹⁷ His worries were not mere phantasmagories as it was dramatically illustrated by the general strike in Spain in August 1917. (It would be of considerable interest to ponder over the fact that even prior to the strike diplomats had weighed seriously the chances of a revolution.¹⁸) And Spain was no isolated phenomenon. In Italy the clashes in Milan and Torino in May 1917 indicated a loaded atmosphere. There were quite a few conscious symptoms, too, pointing towards a revolutionary situation. Thus, the French ambassador in Rome tried to influence the Italian government (supporting within the cabinet Sonnino even against Orlando) to deal more harshly with the socialists — although at times even he himself felt worried whether e. g. the arrest of Lazzari would not lead to an increasingly revolutionary situation.¹⁹

In effect, it could be felt all over Europe: something came to an end irrevocably with 1917 — the pre-war stability has ceased. And this could be felt even far from the front lines in the neutral countries as well. We have mentioned Spain already; let us examine now another corner of Europe — Sweden. Here partly high prices and financial difficulties, unemployment and food shortage resulted in stormy mass movements in 1917 (in the same way as in Norway), but in this case social discontent was coupled with political unrest. The masses demanded universal suffrage, and all of a sudden all the feudal vestiges still existent in Sweden were threatened. In addition to universal suffrage Branting demanded the abolition of the Upper House, and even the institution of kingdom was in jeopardy.²⁰ After a stormy period of time an “English solution” was reached: the conservatives were forced to give way to a liberal-social democratic coalition.

In November 1917 the Socialist Revolution in Russia brought about a new situation in the history of wars and above all in that of the working-class movement. Another re-orientation took place, and in a number of countries the radical, revolutionary trend strengthened still further. In Finland the fight flared up between those demanding a socialist development and the reactionary

¹⁷ Public Record Office. Foreign Office. 371. (160866)

¹⁸ British and French diplomats had sent detailed reports on the revolutionary ferment in Spain some time prior to the general strike. Public Record Office. Foreign Office. 371. 3034/14880; 14556; AAE Guerre 1914—18. Espagne, Vol. 479—480.

¹⁹ Sir R. Rodd, the British ambassador in Rome wrote in his report at the time of the arrest of Lazzari that it might lead “to unpleasant revolutions . . . and may do more harm than good”. (Public Record Office. Foreign Office. 371. 2945/186618). — At the same time, French ambassador Berrère while also feeling anxious about the consequences, urged even more resolutely the adoption of a policy of “the mailed fist”. (AAE Guerre 1914—18. Socialisme, Vol. 1203—1204.

²⁰ Public Record Office. Foreign Office. 371. 3057) 96342; 3352/89967.

conservative camp. When the conflict sharpened in Finland in 1917/18, the reformist way proved unviable. The general strikes in the Austro-Hungarian Monarchy in January 1918 and in Germany in March also indicated a revolutionary situation which could erupt any minute. All over Europe the news dealing with the first days of Soviet Russia were followed with unprecedented interest. True, the process of radicalization was more confined and slower in West Europe (taken in the strict sense of the term) as a result of various reasons. There did not emerge a truly revolutionary situation, yet the process of radicalization was clearly indicated.

When all is said and done it can be stated that in 1917/18 the pre-war social order underwent a crisis, and against the almost universal social and political crisis part of the working-class movement sought for a reformist, part of it for a revolutionary solution. Though a social and political crisis developed almost everywhere, in many places it did not lead to a revolutionary crisis neither "below" nor "above". As regards Britain, it was, among others, Litvinov who bore witness to this fact. In his letter to Balabanova written in October 1917 he explained that on the one hand in England poverty, unemployment, high prices have not assumed proportions as on the Continent, and on the other hand the conscious revolutionary groups have not developed to such an extent as in East and Central Europe.²¹

Finally I should like to point out that often it was the success of the revolution or the mere danger or, possibility of a revolutionary process (be it far away abroad or at home) that has eventually resulted in a reformist solution preserving the established social order in a number of Western countries. This was often facilitated by the fact that the revolution was dreaded not only by the beneficiaries of the old order but by the leaders of the social democrat parties as well. By the end of the war one group was weakened while the other strengthened, and as a consequence of various deliberations and often counteracting effects, the reformist solutions manifested themselves in the long run mostly, to quote Engels, with a result desired by nobody. Though a revolution was not accomplished, it turned out that the reformist course has not led to the liquidation of capitalist social conditions and to the emergence of a socialist society.

²¹ Tsentralnij Partijnij Archiv Instituta Marxisma—Leninisma. (CPA IML) f. op. 1. e. hr. 37712.

*b) Idées et réalités politiques au XX^e siècle***Endre Arató, Contribution to R. Fanning's Report on Leadership and Transition from the Politics of Revolution to the Politics of Party: the Example of Ireland 1914—1939**

(Due to shortage of time these comments could not be presented at the conference.)

R. Fanning's report contains interesting information, especially about the conceptions of the Irish republicans between 1918—1922. Its basic idea, the rigid contrasting of the revolutionary and the bourgeois-democratic party policy, or rather, the rejection of the former and the reinforcing of the latter, is partly disputable and partly in need of decisive additions. First of all, it must be emphasized, that under revolution the author does not understand the transformation of society, but rather the use of radical methods, and the proclaiming of a more assertive national program. So, in his report he talks about the differentiation within the bourgeois camp, but he leaves completely unconsidered the real revolutionary efforts for the transformation of society. True, these efforts were of smaller scale in Ireland than among similar movements in Eastern Europe. The basic difference was in the unparalleled sharpening national differences in Ireland where social contrasts loomed large behind the conflicts: the English were the landlords and the well-to-do bourgeois, while the Irish were the landless people, the workers, and the homeless. Therefore, the break with Great Britain was a social and democratic as well as a national act. There were such coincidences in Eastern-Europe also, but they were much less significant, so that even if the national question stood in the foreground, the idea of social transformation forced its way through more than in Ireland. One must also bear in mind that the unsolved national question stirs up nationalism, which greatly hinders the realisation of a socialist revolution. The other important difference was that the Irish state, in getting her independence was standing against a winning great power, in contrast with Eastern Europe where the four multi-national empires suffered defeat, and this made it easier for them to achieve national independence.

Still, there evolved in Ireland, as well, a socialist revolutionary movement which cannot be left out of consideration when studying the subject. The bourgeois republican politicians of the Irish national movement who came to power could not ignore it either. They could not do so mainly because of the role played by James Connolly the towering figure of the Irish working-class movement in the very significant 1916, Easter uprising at Dublin. Connolly, who led the workers' troops, had been fighting for the creation of the Irish worker's republic for some time. The military power of the working-class was the Irish Citizen Army, which is also called the first Red Army of Europe. Connolly, with six of

his companions, signed the proclamation of the Irish Republic (April 24, 1916). In reprisal, the seven were executed by the English authorities. His memory is preserved with honour also by present day Ireland: his shirt and other memorabilia can be found in the Irish National Museum. The bourgeois work of T. W. Moody and F. W. Martin, (*The Course of Irish History*) which saw seven editions, does not forget about Connolly's great merits, either.

In this short contribution I do not have the opportunity to acquaint the audience with the steps by which the labour movement developed Connolly's legacy. Instead, I shall consider the relation of several Irish republicans to the labour- and peasant-movement, from which it should be evident that the socialist labour-movement was a significant force which had to be taken into consideration by contemporaries, and which the historian cannot afford to neglect without serious distortion. In 1917, in the high council of Sin Fein, De Valera said the following:

"Our Labour policy is a policy of the free country, and we ask Labour to join with us to free the country. We recognise that we can never free it without Labour. And we say, when Labour frees this country—helps to free it—Labour can look for its share of the patrimony. In a free Ireland with the social conditions that obtained in Ireland, Labour has a far better chance than it would have in a capitalist England." (B. Berresford Ellis: *A History of the Irish Working Class*. London 1972. p. 246.)

In 1919, at a labour-meeting praising Connolly, he said:

"In the Labour world the Irish Patriot James Connolly . . . was known as a Socialist. There was nothing inconsistent with his economic idea to his life and fight and death as an Irish republican . . . His position is very much our position." (Ibid.)

In the same year a resolution was placed before the parliament of the new state by the wife of the Polish count Markiewicz, who played a significant role in the Irish movement, and also by Alasdair MacCabe:

"That this Assembly pledges itself to a fair and full redistribution of the vacant lands and ranches of Ireland among the uneconomic holders and landless men . . . That this resolution be taken as conveying a warning to those who have recently availed themselves of the crisis in national affairs to annex large tracts of land against the will and interests of the people." (Ibid. pp. 249—250.)

And although the Dail, the parliament, did not accept the proposal, the proposition showed that the people's movement took up the question of land-reform, and this was clearly seen by the best republicans. The biggest seizures of land broke out in Western-Ireland.

Especially worthy of mention is the standpoint of the republican Liam Mellows; he was one of these who did not accept the treaty between England and Ireland of the 6th of December 1921. Mellows was convinced that without the support of the working-class the republic would fail:

“We should keep Irish Labour for the Republic; it will probably be the biggest factor on our side . . . The Free State Government’s attitude towards striking postal workers makes clear what its attitude towards workers generally will be. The situation created by all these must be utilised for the republic. The position must be defined. Free State-Capitalism and Industrialism-Empire. Republic Workers-Labour.” (Ibid. p. 262.)

However, the Irish Labour Party at its conference of April 1922, tried to reconcile the two parties already engaged in armed conflict.

Thereafter the gradual swing to the right ensued in opposition to the revolutionary people-movement. The petit-bourgeois lost their interest in the socialist worker’s movement, and in the alliance, and followed the way of capitalist consolidation. This was expressed in 1929 by the act of Fianna Fail, De Valera’s party of opposition. The party, which did not join the Dail before, now shared in its work, and in 1932 at the general elections gained a victory. R. Fanning was right about the fact, that this event of 1922 was significant in the history of the Irish Free State, but this swing can hardly be understood without reference to the really revolutionary movements, which were not mentioned in the report.

And precisely here can we observe the comparison with Eastern-Europe. There, of course, the swing to the right, or as R. Fanning calls it, the employment of the politics of party, happened as a result of the forcing back of the socialist movements, which were more significant than in Ireland. The significant difference was due to the already mentioned fact, the sharpness of the national question in Ireland, which explains why there this process happened later. This also explains why the civil war broke out over the nationality question and not because of a conscious demand for social transformation; the fight went on among the bourgeois-national tendencies.

The report also needs to be corrected in several important details. It can not be accepted that the republicans — as the author called them the revolutioners-professed antidemocratic ideas, and that they became democrats only when they turned to the politics of party. The different documents, published between 1916—1919 are inconsistent with this view. Just a few examples: we can read this in the proclamation (24 April, 1915) already mentioned:

“The republic guarantees religious and civil liberty, equal rights and equal opportunities to all its citizens . . .”. (Irish Historical Documents 1172—1921.) Edited by E. Curtis and R. B. McDowell (New York—London 1968. p. 317.) And the program of the parliament of the 21st of January, 1919 states:

“We declare that we desire our country to be ruled in accordance with the principles of liberty, equality, and justice for all, which alone can secure permanence of government in the willing adhesion of the people”. (Ibid. p. 319.)

We find it regrettable that R. Fanning underrates the traditions of the Irish petit-bourgeoisie. He calls these republican theology, biblical, apocalyptic

views. But it is enough to go to the National Museum of Dublin, or read even the bourgeois historical syntheses of our days to judge: the opinions of R. Fanning create little stir in today's Irish Republic.

c) Le problème de la démocratie dans la structure interne des partis et mouvements politiques au XX^e siècle

Tibor Erényi, Sozialistische Revolution und bürgerlich-demokratische Reform in der Arbeiterbewegung der zerfallenden Österreich-Ungarischen Monarchie (Referat)

»Ich möchte zuerst an die wertvollen Darlegungen, die im Laufe dieses Kongresses vorgetragen wurden, einige Bemerkungen hinzufügen. Eine zu klärende Frage ist vor allem der Begriff der Revolution. Oft werden die gewaltsam, mit Waffen durchgeführten — und im Gegensatz zu den Staatsstreich — große Massen mobilisierenden radikalen politischen Veränderungen (Regierungswechsel) Revolutionen genannt. Nach der marxistischen Auslegung besteht das Wesen der Revolution (gleichgültig, ob sie mit friedlichen Mitteln oder unter Anwendung von Waffen durchgeführt wird) darin, daß die Herrschaft einer Klasse durch einer anderen sozialen Klasse abgelöst wird. Dieser Prozeß führt dann — durch die Machtergreifung der Arbeiterklasse — zur Schaffung der klassenlosen Gesellschaft. Freilich handelt es sich um einen langen Prozeß, voll mit Abstechern und Widersprüchen, in dem die wirtschaftliche und gesellschaftliche Notwendigkeit sowie die revolutionäre, politische Aktivität der Volksmassen gleichermaßen eine Rolle spielen.

Der Begriff der Reform bedarf ebenfalls der Klärung. Im Hinblick auf die herrschenden Klassen ist die Reform nicht durch reine Einsicht, Überzeugung, sondern — in erster Linie — durch irgendeine Form des (wirtschaftlichen, politischen) Zwanges motiviert. Derartige Zwangsmittel werden auch von den reformistischen Bewegungen angewendet. Streitige Feststellungen wurden über die Frage der Demokratie gemacht. Es handelt sich um einen politischen Begriff, nicht um die mechanische Durchsetzung des Mehrheitsprinzips. Man kann also nicht ausschliesslich vom Mehrheitsprinzip ausgehen, das — im Laufe der Geschichte — in »chemisch reiner« Form nirgends zur Geltung kam. Natürlich bedeutet das nicht, dass der quantitative Faktor keine Rolle spiele. Die qualitativen Veränderungen übergehen in quantitative Veränderungen. In diesem Prozess bilden das politische Bewusstsein und die politische Aktivität einen wesentlichen Faktor.

Im Zusammenhang mit der hier gemachten, diskutablen Feststellungen bemerke ich: Das Leninsche Prinzip des demokratischen Zentralismus bedarf einer tiefgehenderen Erörterung. Ohne dieses Prinzip zu kennen und zu begreifen, lässt sich das innere Leben und die politische Tätigkeit der einzelnen

kommunistischen Parteien kaum verstehen. Innerhalb der Organisation kommt also das Mehrheitsprinzip zur Geltung, dem sich die Minderheit pflichtmässig unterwerfen muss, sie hat dagegen das Recht, an die höheren Organe zu appellieren. Dieses Prinzip schliesst anarchistische Erscheinungen aus und sichert eine einheitliche Lenkung. Freilich sind die Formen der praktischen Anwendung auch in dieser Beziehung komplizierter.«

*

»Den Text meines Vortrages haben Sie zuvor erhalten. Deshalb beschränke ich mich hier nur auf die Anschneidung einiger Gedanken.

Vor allem: Oft begegnet man der Fragestellung »Reform *oder* Revolution«. Nach der marxistischen Auffassung lautet die richtige Fragestellung: »Reform *und* Revolution«. Nach Marx kann nämlich die eine nicht die andere ersetzen; die Reformen bereiten — darüber hinaus, dass sie in der Lage der Arbeiterschaft, des Volkes zu einer unmittelbaren Verbesserung führen — die revolutionäre Umgestaltung vor. Es handelt sich also um einen Prozess. Dies halte ich für eine sehr wichtige Frage.

Ich bemühte mich, die grosse Wirkung hervorzuheben, die die Arbeiterbewegung Deutschlands auf die im Entstehen begriffene sozialistische Bewegung in der Österreich-Ungarischen Monarchie ausgeübt hatte. Freilich bedeutet diese Wirkung nicht, dass die sozialistische Bewegung des Donaureiches im späteren in vieler Hinsicht keine eigenartigen Züge aufgewiesen hätte. (Siehe: Austromarxismus, Folgen des multinationalen Charakters in der Sozialdemokratie.) Ich hob auch hervor, dass bereits in der Entwicklungsstufe mehrere Strömungen zur Geltung kamen. (Der Lassalleanismus, die Wirkung der Eisenacher Partei.) Ich wies auf die Gegensätze zwischen den »Gemässigten« und den »Radikalen« in den achtziger Jahren; auf Marxens und Engels' Einfluss, auf den Hainfelder Kongress von 1889 bzw. auf die Entstehung der Parteieinheit hin. Ich betone, dass die wichtigeren Richtungen ausnahmslos sozialdemokratischen Charakters waren. Sie kämpften für die Sozialisierung der Produktionsmittel, für eine gerechte Gesellschaft, also waren sie sozialistische, auf demokratischer Grundlage stehende, demokratische Richtungen. Während aber die »Gemässigten« — im Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie — ausschliesslich friedliche Mittel anwandten, das sozialistische Ziel für entfernt hielten, drängten die »Radikalen« auf kräftige Kampfmittel und hielten die grosse sozialistische Umgestaltung für bevorstehend.

Es lohnt sich, einige Worte über die soziale Basis der Sozialdemokratie zu sagen. Obwohl sich die diesbezüglichen Forschungen erst im Anfangsstadium befinden, scheint die relativ wohlqualifizierte Facharbeiterschaft die gesellschaftliche Basis der Bewegung gewesen zu sein. Das war natürlich, da — innerhalb der Arbeiterklasse — diese Schicht in der Lage gewesen war, sich fortzubilden, sich zu organisieren und zu politisieren. Das innere Leben der einzelnen

sozialdemokratischen Vereine und Parteien sowie der im Entstehen begriffenen Gewerkschaften war in der Anfangsperiode verhältnismässig demokratisch: bei der Entscheidung der Fragen war die Meinung der Mehrheit der Mitgliedschaft ausschlaggebend. (Im späteren zeigte sich schon die Wirkung der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie.) Die sozialdemokratischen Parteien haben auch im Leben der einzelnen Länder die Anwendung dieses Mehrheitsprinzips gefordert. All das hängt mit der innenpolitischen Lage der Österreich-Ungarischen Monarchie zusammen. Ich betone, dass das politische System des Donaureiches niemals das bürgerlich-demokratische Niveau erreicht hat; für dieses Niveau musste zwischen 1867 und 1918 stets gekämpft werden und dieser Kampf brachte nur sehr mässige, aber nicht unwesentliche Ergebnisse. (Siehe die österreichische Wahlrechtsreform von 1907.) Aber das starke Übergewicht der Exekutive (hierher muss man auch die Dynastie zählen) blieb bis zum Ende bestehen. All das hängt mit dem Umstand zusammen, dass die bürgerlich-demokratischen Reformforderungen von der sozialistischen Bewegung von Anfang an in den Vordergrund gestellt worden sind. Besonders bezieht sich das auf die Forderung nach allgemeinem und geheimem Wahlrecht, auf das somit zu erschaffende »Volksparlament«, ferner auf die Förderung der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, der Presse- und Glaubensfreiheit.

Jeder, der sich mit der Geschichte der Österreich-Ungarischen Monarchie, dieses multinationalen Reiches beschäftigt, findet die Bedeutung der nationalen Frage heraus. Eine ganze Reihe ausgezeichnete Werke wurde schon über diesen Gegenstand veröffentlicht. Man muss darauf hinweisen, dass die Forderung der Gleichberechtigung der Nationen bereits in den ersten Wiener, Budapest, Prager usw. sozialdemokratischen Programmen stand. Das hat wohl eine grosse Bedeutung. Die Sozialdemokraten kämpften gegen den Chauvinismus. Zur Zeit der Jahrhundertwende wurden auch Versuche zur theoretischen Lösung der nationalen Frage unternommen. (Siehe Bauers und Renners Theorie über die kulturelle Autonomie.) In der Praxis gelang aber die Lösung nicht: die nationale Zergliederung begann bereits nach dem Brünner Kongress, zur Zeit der Jahrhundertwende, und im Herbst 1918 gerieten die sozialdemokratischen Parteien der Österreich-Ungarischen Monarchie — im Laufe des Zerfalls des Reiches — auf nationaler Basis in Konflikt miteinander.

Während der Prüfung der nationalen Frage gelangt man zu den mit der Revolution und der Reform zusammenhängenden theoretischen Fragen. Zur Zeit der Jahrhundertwende hat die von Karl Kautsky unterstützte und von Victor Adlers Namen geprägte sozialdemokratische Führung die sozialistischen Ziele als maximale Endforderungen beibehalten; dennoch meinte sie, dass diese erst in der fernen Zukunft real sein werden. Die sozialdemokratischen Parteien der Monarchie — besser gesagt die Leitungen dieser Parteien — haben sich in der politischen Praxis immer mehr auf eine allgemein demokratische, bürgerlich-demokratische Position verlegt. Zugleich zeigte sich ein Widerspruch

zwischen Prinzipien und Praxis. Dieser Prozess ermöglichte — schon nach 1918 — die Bildung bürgerlich-sozialdemokratischer Regierungskoalitionen in Österreich, in Ungarn, in der Tschechoslowakei usw. Die sozialdemokratischen Parteiführungen verliessen also die Klassengrundlage und gerieten mit den in den Reihen der Arbeiterklasse zur Geltung kommenden revolutionären Bestrebungen immer mehr in Konflikt: in den einzelnen Parteien entstanden bzw. erstarkten verschiedene linksoppositionelle Gruppen.

Ich betone, die Jahre 1914—1918 sind von besonderer Bedeutung. In Sommer 1914 haben sich die sozialdemokratischen Parteiführungen der Österreich-Ungarischen Monarchie sozusagen als erste dem Sozialchauvinismus unterworfen. Diese Unterwerfung war mit der Auffassung verbunden, dass die Verteidigung der territorialen Integrität des Reiches im Interesse der Arbeiterklasse, des Volkes liege. An den negativen Folgen dieser Auffassung ändert auch die Tatsache nichts, dass die sozialdemokratischen Führer auf die Aufrechterhaltung eines »reformierten« und hauptsächlich durch das allgemeine, geheime Wahlrecht »demokratisierten« Donaureiches hofften, wobei sie der Meinung waren, dass der Kampf für die bürgerlich-demokratischen Freiheitsrechte, ferner der notwendige Gang der geschichtlichen Entwicklung aus dem Habsburger Reich — wir zitieren die Beschlüsse des Brüner Kongresses — »einen demokratischen Bundesstaat der Nationen« zustande bringen werden. Diese reformistische Konzeption erwies sich im Herbst 1918, nach der Niederlage im Kriege, in der Periode der bürgerlich-demokratischen Revolution als endgültig unreal.

Ende 1918 verstärkte sich innerhalb der sozialistischen Bewegung der Differenzierungsprozess. Darauf deutet die Gründung der kommunistischen Parteien in Wien und Budapest hin. Die revolutionäre Gärung schritt hauptsächlich im östlichen Teil der Österreich-Ungarischen Monarchie, das heisst vor allem in Ungarn voran. In erster Linie deshalb hier, weil auf diesem Gebiet die Massen des Industrieproletariats und der besitzlosen Bauernschaft wegen der schlechteren Lebens- und Arbeitsbedingungen radikaler und die sozialen Gegensätze schärfer waren. Indes kam es auch in den westlichen Gebieten zu bedeutenden Arbeiteraktionen. Im Zusammenhang mit all diesen Erscheinungen muss man die Wirkung der russischen sozialistischen Oktoberrevolution hervorheben. Unter dem Einfluss der Kriegskrise forderten die Arbeitermassen, die sich dessen bewusst wurden, dass die bürgerlich-demokratische Umgestaltung in ihrem Leben nur wenig Veränderung brachte, die Weiterentwicklung der Revolution und die Sozialisierung der Produktionsmittel. Die Forderung der besitzlosen Bauernmassen richtete sich auf die revolutionäre Verteilung der gutsherrlichen Grossgrundbesitze.

Im Herbst 1918 und Anfang 1919 gerieten die reformistische und die revolutionäre Richtung in Österreich, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und anderswo — der revolutionären Lage zufolge — in einen scharfen Konflikt

miteinander. Ziel der W. I. Lenin folgenden Kommunisten war es, die bürgerlich-demokratische Revolution in eine sozialistische Revolution weiterzuentwickeln. Die Kommunisten stellten der bürgerlich-demokratischen Republik die Konzeption der sozialistischen Republik, der Arbeitermacht entgegen. In Ungarn konnte diese Konzeption — dank verschiedenen Faktoren — realisiert werden: es kam eine echte Arbeitermacht, eine sozialistische und im späteren als föderalistisch aufgefasste Republik zustande. Die Ungarische Räterepublik wurde mit der bewaffneten Intervention der Entente-Mächte gestürzt.

Im Gegensatz zu den Kommunisten strebten die sozialdemokratischen Parteien nach Stabilisierung der bürgerlich-demokratischen Koalitionsverhältnisse. Dies gelang ihnen aber nur vorübergehend. (Denke man nur an den Rechtsruck, der sich in Österreich schon in den zwanziger Jahren vollzog; an 1927, 1934 und dann an 1938.) Am längsten hielt sich das bürgerlich-demokratische System in der Tschechoslowakei aufrecht. Am Vorabend des Ausbruches des zweiten Weltkrieges gewann im ganzen Donautal der von Hitler geförderte und direkt unterstützte Faschismus die Oberhand. Diese Ereignisse bedeuteten das Fiasko der reformistisch-bürgerlich-demokratischen Konzeptionen; dabei hielten diejenigen Recht, die sich die Reorganisierung in Donautal auf revolutionär-sozialistischer Grundlage vorgestellt haben.«

Schlusswort

»Ich danke für die Diskussionsbeiträge von Prof. Apostolov und Prof. Unc, in welchen ich zahlreiche interessante Probleme fand. Ich hatte nicht die Absicht, die Tätigkeit der sozialdemokratischen Bewegung zu bagatellisieren. Ich stelle auch nicht in Abrede, dass einige Parteien nach Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung strebten. Ich bin dessen bewusst, dass die Austro-Marxisten die Konzeption der Arbeitermacht nicht abgelehnt haben, obwohl sie sich diese auf strikter Mehrheitsgrundlage, auf fast parlamentarischer Weise vorstellten. Die historische Entwicklung bestätigte, dass es 1918—1919 nicht gelang, im Donautal eine dauerhafte sozialistische Macht zu errichten. Die Ursache davon lag in objektiven und subjektiven Faktoren, die hier kaum erörtert werden können. Zu diesen Faktoren gehört jedoch auch die Politik — und die Verantwortung — der sozialdemokratischen Führer, die gegen die sozialistische Revolution auftraten.

Wie bekannt, stellte sich W. I. Lenin an der Stelle der Österreich-Ungarischen Monarchie eine sozialistische Konföderation, eine zu Sowjetrußland freundschaftliche Beziehungen unterhaltende sozialistische Konföderation vor. Die Kommunisten kämpften für eine solche Staatsformation, aber — inmitten der ungünstig gewordenen internationalen Kräfteverhältnisse — waren sie nicht genug stark, diese zu verwirklichen. Der Grund der ungünstigen internationalen

Kräfteverhältnisse lag im wesentlichen darin, dass es in Mitteleuropa — vor allem in Deutschland — trotz der Hoffnungen der Kommunisten, zu keiner sozialistischen Revolution kam. Aber die Erörterung dieser Fragen gehört — meines Erachtens — zu einem anderen Themenkomplex. Es wurden auch einige andere Fragen aufgeworfen, die unsere Aufmerksamkeit auf spätere Forschungsaufgaben — von welchen wir noch sprechen müssen — lenken.

Ich danke für Ihre Diskussionsbeiträge und für Ihre Aufmerksamkeit.«

György Szántó, Contribution to E. A. Bagramov and S. S. Salychev's Report on Democratic Aims and Purposes in the Activities of Communist Parties

In agreement with the basic statement that there is a close connection between civil rights and social progress, I wish to make the following remarks.

In Hungary, between the two world wars, civil rights were extremely narrow and formal. Under the circumstances of the Horthy regime economic inequalities did not permit, or only formally permitted the exercise of certain civil rights the working masses. This refers not only to the case of political elections, but also, in a broader sense to the fact that neither those who lived on wages and salaries, nor the large masses of the peasantry had more than a minimum say in the affairs that concerned their lives and work. The economic foundations which would have permitted the exercise of democratic rights (e. g. in the sphere of freedom of the press) for the masses, or for their progressive organizations, were missing. This in itself made the existence of democratic rights formal. The freedom of organization for the democratic forces was limited (the communist party was placed outside the law).

Parallel with the strengthening of the antifascist bourgeois and working class resistance, the various aspects and inter-relations of the struggle for civil rights came to the fore. In fact, the assertion of bourgeois democratic rights could have provided a favourable terrain for the struggle against fascism and for the closely related struggles for social reform and revolution. The popular national committees, inspired from below and from above, were born of the resistance. These aimed to establish an independent and democratic Hungary. In this, the most active role was played by the Hungarian Communist Party, the Hungarian Social Democratic Party, and other democratically directed bourgeois forces (for example, Endre Bajcsy Zsilinszky and his companions).

The left-wing working class forces, particularly the communists and the left-wing socialists did not consider the accomplishment of bourgeois democratic rights — for this was still to be obtained in Hungary — as a final aim, but connected it with the construction of a progressive socialist society. This is indicated by the following documents, or certain statements in the documents of the Hungarian Communist Party between 1945 and 1948.

1. "The political and economic organizations of the working class (party and trade union organizations, factory committees) rapidly increased, and covered the whole country within a few weeks or months. Millions awoke for the first time to political awareness. With the help of the working class, the landless and poor peasantry took in hand six million acres of land formerly owned by the gentry and carried out the historic task for which a number of Hungarian peasant generations had struggled in vain. Later, at the beginning of 1946, Hungarian democracy proclaimed the Republic. (From the minutes of the 3rd Congress of the Hungarian Communist Party, 1946. Szikra Publishing House, Budapest, 1946 p. 327).

2. The people's democracy is built on democratic parliamentarism. Based on the people's sovereignty, it ensures democratic rights." (From the minutes of the Unification Congress, 1948. Szikra Publishing House, Budapest, 1948 p. 349.)

In other words the revolutionary left-wing forces in Hungary did not want to conserve a bourgeois democracy or within this, the bourgeois democratic rights. Rather, wanted to further improve democracy in the interests of a higher form of social organization.

The victory of the socialist revolution rapidly expanded the democratic freedoms and, as their dialectic continuation, opened the path towards a new type of democracy, towards a socialist democracy. This was reflected by the Constitution of the Hungarian People's Republic introduced in 1949. The Constitution declared and fixed in writing — *among others* — the following.

§ 2

(1) The Hungarian People's Republic is the state of the workers and of the working peasants.

(2) In the Hungarian People's Republic all power belongs to the working people. The workers of the towns and villages exercise their power through their elected representatives who are responsible to the people.

§ 5

The economic life of the Hungarian People's Republic is determined by the state's national economic plan. Relying on the enterprises in social ownership, on the state bank system, and on the agricultural machine stations, the state power directs and controls the national economy in order to develop the productive forces, to extend social property, to systematically improve the material and cultural standards of the citizens and to strengthen the defensive force of the country.

With regard to the basic rights
and obligations of the citizens:

§ 54

(1) The Hungarian People's Republic respects human rights.

(2) In the Hungarian People's Republic, civic rights have to be exercised in harmony with the interests of the socialist society; the exercise of rights is inseparable from the performance of civic duties.

(3) In the Hungarian People's Republic an Act of Parliament establishes the rules applying to the fundamental rights and duties of the citizens.

§ 55

(1) The Hungarian People's Republic guarantees the right of its citizens to work, as well as their remuneration according to the quantity and quality of work performed.

(2) The Hungarian People's Republic enforces this right by a planned development of the productive forces of the national economy, and by manpower economy, based on the national economic plan.

§ 59

(1) The Hungarian People's Republic ensures the right to education for every citizen.

(2) The Hungarian People's Republic enforces this right by extending and making general public education, by means of free and obligatory primary, secondary and higher education, extension courses for adults, and financial support for those receiving education.

§ 60

The Hungarian People's Republic guarantees the freedom of scientific and artistic creative activity.

Without wishing to impose the pattern of our development in this field to the analysis of any other country or movement and with due consideration to particular national historic features, we can undoubtedly discover many similarities with the democratic movements in other socialist countries. We can also discover similarities with capitalist countries, with the efforts of democratic movements in several countries where, in the past, bourgeois democratic revolutions won (e. g. in France), or for example in Italy, where the democratic revolutionary process was halted and where the second phase of the democratic revolutionary process is unfolding just now (also in the opinion of the Italian Communist Party).

II.

In Western Europe, although capitalism is the prevailing social system, the struggle for the democratic freedoms, for national independence and for social progress has been enriched with several new features.

It is not a coincidence that the programmes of the left-wing forces (communist, socialist, and even left-wing radical democratic lines and parties) are centred around the struggle for democracy.

This is expressed in various ways. For example, in Italy it is said that a "new type of democracy" has to be established, or in France one hears demands for the so-called "progressive democracy". These are destined to implement the economic and political rights of the working masses in the broadest sense and can serve as a step towards the creation of a democratic social order which leads to a socialist society.

Thus, the Western progressive forces — similarly to our development — do not want to conserve bourgeois democracy, but wish to create a genuine democracy on a higher social level. All this requires struggle of the progressive forces against monopoly, the broad alliance of the antimonopolist forces, and the united action of a pluralist character by every democratic force and party.

The rejection of authoritative trends should be another starting point for the further development of democracy. This was mentioned earlier (it does not only refer to the defensive).

It is no coincidence that the left-wing parties, primarily the communist parties made the development of democracies of a new type an organic part of their strategy. A good example is the joint government programme of the French Communist Party and the French Socialist Party. Although there are differences in this question between the two parties, basically — as it will be proved below — they agree on the main issue, the necessity for the establishment of a progressive, modern democracy of an increasingly socialist character.

When the Socialist Party and the French Communist Party present their joint government programme, they are aware of the fact that they carry out a political act of great importance. They jointly declare their wish to put an end to the injustices and inconsequences of the present rule. In order to attain this, and open up the road towards socialism, thorough changes are necessary in the political, economic and social life of France. (Joint Government Programme approved by the communist and socialist delegations on June 26, 1972. *L'Humanité*, June 28, 1972, p. 1)

It follows from this document: these attempts cannot remain within the framework of general theoretical agreements, but have to be concretized in the various sectors of the economy, politics, culture, ideology and foreign policy (and this refers not only to France).

In the economic sphere, the nationalization or the democratic control (from above or from below) of the decisive key industrial branches and financial groups is necessary for the laying of this broad-scale democracy. The transformation of the economy is not only the basic condition for the extension of the worker's rights, but the condition for national independence, and for a new socialist society.

In the political sphere, sharp struggles are going on in a number of countries for the restoration of bourgeois parliamentarism, to say nothing of the struggle for the genuine democratization of other organs of the state or of the accomplishment of direct democracy simultaneously with the implementation of representative democracy. The achievement of direct democracy is closely connected with the implementation of democracy in workplaces, and with the improvement of "communal autonomies".

It should again be emphasized that all this — and we are in complete agreement here — should happen on the basis of the plurality of the democratic parties and opinions in Western Europe, where the democratic parties — including the communist parties — have deep historic roots and traditions.

From the point of view of the new generation, the democratization of public education and culture the accomplishment of the rights of learning for the working masses — on a new socio-economic basis — and the liquidation of educational monopolies in order to make culture the possession of everyone is particularly important in Western Europe.

Without wishing to further expand on this theme it has to be stated that the development of democracy is becoming more rapid, both in the capitalist and in the socialist countries, under the circumstances of peaceful co-existence and co-operation of the two differing social systems. It is no coincidence that the democratic forces of the world — primarily the revolutionary movements — persistently fight for the prevention of a new world war, and for the implementation of peaceful co-existence in the economic, political, diplomatic and cultural fields. The increased possibility of peaceful co-existence does not exclude, but presumes the ideological struggle, and the ideological confrontation, ensuring an ever broadening outside soil for the implementation of democracy, in connection with the enfolding of a new, more just society. (See the documents of the European Security System.)

Commission internationale d'histoire économique

Pál Zsigmond Pach, Contribution at the session organized by K. Glamann

I should like to draw your attention just for a short while to an intriguing question of late-medieval and early modern copper production, namely, the technology of copper metallurgy, or more accurately, the different stages of copper refinement.

Let us take a short look at the process of copper refinement in those times.

First, the copper ore was smelted. Thus what is called the *black* or *crude* copper was obtained. Black copper also contained metals of lower value, and often considerable amounts of silver as well. This was the case generally with the North-Hungarian, or Slovakian copper for instance, and particularly with the copper mined at Besztercebánya (in Slovak Banská Bystrica, in German Neusohl).

At further stages of refining, *red* copper and *fine* copper were obtained. Red copper served as a second rate raw material for industrial processing. *Fine* copper (in other words: rich copper, Reichkupfer) still contained silver.

Finally, silver was isolated from copper. Thus, on the one hand, *pure* copper (Garkupfer) was produced fit for industrial use and pure silver was gained on the other. The technology of this last phase of copper refinement consisted of separating silver and copper by smelting, with the addition of lead. This rather sophisticated operation was called "Saigern" in German.

Well, it is obviously a relevant question, both from the viewpoints of copper and silver production, and of trade, at what time the Saigern operation was introduced in the various mining and metallurgical centres of Europe.

As far as the North-Hungarian (or Slovakian) conditions are concerned, the question is not yet definitively decided.

Until quite recently, it was a generally accepted view that before the establishment of the Thurzó-Fugger enterprise in Besztercebánya, (Neusohl, Banská Bystrica) that is before 1496, Hungarian metallurgy was incapable of carrying out the last operation of refinement, that is of separating the rich

copper into silver and pure copper. This statement is based first of all on the fact that documentary evidence for the existence of Saigerhütten, that is, of foundries in which Saigern treatment could be effected, is extant only from the Thurzó-Fugger period. As a matter of fact, the big Company of the Thurzós and Fuggers set up foundries of this type not only near the Carinthian town Villach, at Fuggeran, — and near the Thuringian town Georgenthal at Hohenkirchen, but also at the Slovakian village Mostyenička, not far from Banská Bystrica, at the very end of the 15th century.

Another argument to support this opinion that the so-called Saigern treatment was introduced by the Thurzó-Fugger enterprise in Hungary, lies in the fact that all the data concerning copper exports from Hungary before the Thurzó-Fugger period, relate to black copper or to red copper, but by no means to pure copper. Let me mention just one example. A significant source of Hungarian foreign trade around the middle of the 15th century is the customsbook of the town of Pozsony (in slovak Bratislava, in German Pressburg) from the fiscal year 1457—1458. Among the exports, that passed through this important west-border town of medieval Hungary, there figured only one sort of copper, — the second rate *red* copper. This red copper was exported by the biggest commercial firm of Pozsony of that time: Albert Galsam and Company, which had close business relations with Nuremburg. The South German centre of copper and brass industry, Nuremburg was one of the outlets of Hungarian copper.

Another, and still more important foreign market for medieval Hungarian copper production was Venice. We can take it for granted that the method of gaining silver and pure copper from rich copper was known in Venice as early as the latter part of the 14th century. (The first documentary evidence for the so-called *getum*, that is the copper and silver foundry in Venice, dates back to 1368. That is why the attention of Venice was drawn to Hungarian copper mining at about the same time.

What kind of copper was exported from Hungary to Venice before the Thurzó-Fugger period? According to Hungarian research, primarily the investigations of the Hungarian scholar, Oskar Paulinyi, copper was supplied to Venice in crude or in rich form, according to the contents of silver, and the last phase of refinement, that is the isolation of silver and copper was only effected in the *getum* of Venice. But as it has been suggested by the Slovak historian Peter Ratkos quite recently, — the so-called *nova-fuxina* set up in Banská Bystrica as early as the 1380's with the assistance of Venetians and Florentines — was not a new *mining* plant (as Paulinyi had thought), but a new *foundry*, which was capable of performing all the operations of refinement. This interesting suggestion needs, of course, further examination.

The third important export route of the Hungarian copper prior to the Thurzó-Fugger period led in a northern direction, through the Carpathians

to Cracow. From Cracow copper consignments were taken further north on the Visztula to Danzig (Gdansk), to reach the Flemish market by the Baltic-North Sea route. The copper exported to Cracow was crude copper. There arises, however, the question whether only crude copper was transported from Cracow to Gdansk and further on to Flanders (prior to the Thurzó-Fugger period), or whether pure copper fit for industrial processing was also supplied? As it has been suggested recently by the West German historian, Wolfgang von Stromer, the above mentioned technology of refining copper was established in the region of Cracow as early as the turn of the 14th and 15th centuries, — with the cooperation of South German merchants who held interests in precious metal and copper production. At this point, it is worth mentioning that in the neighbourhood of Cracow, at Olkusz and Trzebinia, important mines of lead were available, and as it has been mentioned above, lead was an indispensable ingredient of copper refinement. Consequently, the possibility that *pure* copper had been transported from Cracow to Gdansk and to Flanders as early as the 15th century, cannot be precluded.

On these recent and interesting suggestions, further research is needed. But concerning the methodology of research, we may draw the conclusion right now, that problems of copper *production* and copper *trade* are to be studied at any rate in close connection with the technological problems of copper refinement, and that is in close connection with technological innovation.

International Commission for Slavic Studies

Emil Niederhauser, Social Shifts and the National Movement in Hungary on the Eve of World War I.

(In absence of the author read by József Perényi)

In historic Hungary (including Croatia-Slavonia) the quarter century preceding the First World War was a period of considerable economic growth. The rise of capitalism accelerated after the Austro-Hungarian Compromise of 1867, and went on still further. This development led to important shifts in the social structure of the whole country.

The population numbered 15 642 102 in 1880, and rose to 20 886 487 by 1910. Between 1900 and 1910 the proportion of the agricultural population dropped from 75% to 64%, while population employed in industry and crafts, trade and transport rose from 10% to 23,3%. This number was still below that of the Austrian part of the empire (and still more inferior when compared with the data concerning Austria proper or Bohemia) but it still meant an impressive change. The number of white collar employees and members of the liberal professions rose from 230,000 in 1900 to 310,000 in 1910. Among them, State employees represented 38% and 35% respectively, private employees 28% and 34%, liberal professionals 34% and 31% respectively. The industrial working class amounted to 1,000,000 workers in 1910 (plus about 250 000 employed in trade and transport), together with family members 2,500,000 in all, from which one million (about 60%) were working in large-scale industry in 1913. Altogether the society of Hungary closely resembled the social structures of leading capitalist countries, but, of course, lagged still far behind them in development.

These data and still others which could have been produced refer to the whole of historic Hungary. But this Hungary was a multinational state where Hungarians were slightly in the minority as against the combined population of several other nations or nationalities as they were called in contemporary language. And the social structure of Hungarian society and of Romanian, Slovak etc. society was not comparable with average data. To give a real picture of the social background of national movements, it is necessary to break down the data mentioned according to nationalities.

But before doing this, a word must be said about Hungarian statistics,

especially records of censuses. Census figures, especially those of the 1910 census, were immediately and have often since been vehemently repudiated as unreliable and biased in favour of the Hungarian nationality. There is certainly some truth in these reproaches. But even if there are marginal falsifications (or only errors) in much of the data, a certain trend is nevertheless noticeable. A certain trend which, as will be shown in this paper, is not always favourable to what may have been the goal of the Hungarian government. And as there are no other data, except tentative and equally biased estimations, we must content ourselves with those available.

We shall still refer to the political situation of the various nationalities, but here we must point out that Croatia-Slavonia had some sort of autonomy with own statistics. Official statistics always distinguished between Hungary proper (i.e. the whole of historic Hungary excepting Croatia-Slavonia) and the kingdom of Hungary which included this autonomous territory as well. In the following we shall first consider the social structure of the nationalities of Hungary proper and then of Croatia-Slavonia.

As to Hungary proper, ethnically Hungarian society representing about 50% of the whole population in 1910, consisted of the following classes and strata: great landowners and capitalist tenants (above 100 holds, a hold being approximately 0.56 ha) 0.39%, minor landowners and upper strata of peasantry owning or renting 50—100 holds 0.7%, peasants owning 20—50 holds 3.9%, peasants owning 5—20 holds 13.8%, and small peasants owning less than 5 holds 9.7%. That means that peasant proprietors made up 28.2% of the population. The proportion of independent businessmen, craftsmen, shopkeepers etc. was 12.1%, that of employees and members of the liberal professions 7.5%, that of pensioners or rentiers 2%. 25.5% of Magyar society was composed of agrarian proletarians, 16.5 of industrial workers, 5% of day labourers and servants. Thus 47% was the proportion of the rural or urban proletariat. Hungarian society showed the greatest proportion of big landowners with a few hundred aristocratic families at the top, concentrating in their hands the main posts of political and administrative power. On the other side were a considerable number of industrial working-men (in 1900 already 50% of the industrial proletariat was of Magyar origin) and a huge proportion of landless peasants. That presents a social structure developing towards a modern society, but with considerable feudal remnants (more than 30% of the land being the property of big landowners including the Churches).

It must be added to this picture of Magyar society that in several important professions the proportion of Hungarians by far outreached that of the members of other nationalities. This trend went on increasing during the whole era under consideration. Among State employees, the proportion of Hungarians amounted to 80% in 1900 and to 84% in 1910, among men of the liberal professions the respective figures were 64% and 76%. And even

within this the proportions were rather different. Among priests the proportion of the nationalities was 42%, among teachers 20%, but among engineers only 15% and among physicians and lawyers only 12%. A certain factor of this development consisted of the assimilation process which will be treated later.

There was only one nationality whose social structure was very similar to that of Hungarian society, or in some respects, even more advanced, and this was the German. Here we must differentiate between the urban German strata, largely being on the way to assimilation, the Saxon middle-class of Transylvania, strongly self-conscious in national relations, and the German peasantry throughout Hungary, but mainly in the southern parts, who were for the most part nationally not conscious. The proportion of big landowners and rentiers (above 100 holds) was the same as among Magyars, 0.39%. The proportion of middle-size landowners and rentiers even exceeded that of Hungarians, being 1.2%. Peasant landowners represented 35.7% of the Germans (6.5% owning between 20—50 holds, 17.2% between 5—20 holds and 10.7% less than 5 holds). 17.8% were business-men, craftsmen, traders etc., (far more than Hungarians), 4.9% employees and members of liberal professions, 3.7% lived on rents and pensions. The proportion of the German agrarian proletariat was less than that of Hungarians, 13.1%. 18% were industrial workers and 4.6% day labourers and servants.

As for the other nationalities, from the Slovaks to the Carpatho-Ukrainians, their social structure becomes more and more backward. Among Slovaks, the proportion of big landowners and rentiers was only 0.11%, that of medium-size landowners 0.5%. But peasants represented 48.1% of the entire population (4.5% owning between 20—50 holds, 25.5% between 5—20 holds and 17.6% less than 5 holds). Business-men, or mostly craftsmen etc. made up 7.1%, employees and the liberal professions 1.2% (the second smallest among all ethnic groups), those living on rents and pensions 1.2%. The proportion of agrarian proletarians was again rather high, 22.3%, as also that of the industrial workers, 12.9%. 5.5% were day labourers and servants. Thus, Slovak society also developed towards a capitalist structure, due to the fact that the portion of Hungary inhabited by Slovaks was quite developed in industry and mining.

In a somewhat different sense the Serbs too, represented a more advanced pattern of social development. We must here distinguish the situation of the Serbs in Hungary proper, where they inhabited mainly the Southern parts (Banat and Vojvodina), but were dispersed about the rest of the territory also, mainly in the towns and that in Croatia-Slavonia, where they were settled mostly in Slavonia, this being a geographical continuation of the Banat. In the following, we shall give the appropriate proportions concerning the different strata first of Serbs in Hungary proper, then of those in Croatia-

Slavonia. Great landowners and capitalist tenants counted for 0.59% (0.12%), medium-size landowners for 1.8% (0.8%). Peasants with between 20—50 holds were 9.8% (10.7%), between 5—20 holds 24.8% (51.8%), and with less than 5 holds 11% (16.5%). Craftsmen etc. made up 8.3% (2.9%), employees and intellectuals 3% (1.9%), pensioners and rentiers 1.4% (0.68%). The proportion of agrarian proletarians was extremely high in Hungary proper, 28.2%, whereas in Croatia-Slavonia only 6.9%. Industrial workers represented 5.9% and 6.1% respectively, day labourers 3.2% and 1.6%. Obviously the Serb agrarian society in Hungary proper was more differentiated than in Croatia-Slavonia, where the bulk of agrarian population came from among the peasants (79%).

Croatian society settled mainly in Croatia-Slavonia, but there were some Croatian settlements in Hungary proper as well. So we shall give again both numbers, but this time the proportion concerning Croatia-Slavonia first. Great landowners represented 0.09% (0.06%), medium-size landowners 0.43% (0.4%). The proportion of peasants was higher in Croatia, 5.5% with 20—50 holds (2.8%), 38% with 5—20 holds (26.3%), and 31.9% with less than 5 holds (26%). Craftsmen etc. represented 5.8% (8%), employees and intellectuals 2.7% (1.9%), pensioners and rentiers 0.9% (1.2%). The more conservative pattern of society in Croatia-Slavonia may be seen from the fact that agrarian proletarians counted for 4.68% (whereas 13.9% in Hungary proper), industrial workers made 7.7% (13%), day labourers and servants 2.3% (4.5%). On the whole, the picture of Croatian society seems more favourable in Hungary proper, i.e. more advanced, but it should not be forgotten that Croats in Hungary were only a small minority, thus proportions given for Croatia-Slavonia are more representative.

Rumanian society represented, like the Croatian, a more backward type. Great landowners (0.12%) and medium-size landowners (0.5%) were followed in the agrarian sector by 5% of peasants with 20—50 holds, 31.9% with 5—20 holds and 23.1 with less than 5 holds. The proportion of craftsmen etc. amounted to only 3.3%, that of employees and liberal professionals to 1.6%, pensioners and rentiers to 0.8%. The agrarian proletariat ran to 25%, industrial workers to 4.5%, day-labourers and servants to 2.9%. Most striking here is the low proportion of industrial workers and the high one of peasantry (60.5% in the whole). The reason for this situation must be sought mainly in the fact that Rumanians inhabited Transylvania and the south-eastern parts of Hungary, by far less developed industrially than the western and northern parts, some important mining districts in Southern Transylvania notwithstanding.

The most desperate was the situation of Carpatho-Ukrainians, inhabiting the north-eastern part of Hungary, which was by far the most backward in every economic sense. This fact makes it understandable that great landowners

represented only 0.06%, medium-size landowners 0.4%, against 66.8% peasants (4.2% with 20—50 holds, 35.1% with 5—20 holds and 27.2% with less than 5 holds). Very low were the proportions of craftsmen (1.7%), of employees and intellectuals (0.5%), and pensioners (0.3%). Only the proportion of agrarian proletarians was significant (21.7%), but industrial workers made up only 3% and day-labourers and servants 4%.

To this rather static picture of social structure there must be added still some further considerations, however. If there would be enough space for statistical data prior to 1910 (which is nonetheless the most exhaustive and modern national census), it would be clearer that in general, the structure of the different nationalities became more developed just about the turn of the century, which was the most striking for the Slovaks and the Serbs. But even for the others, one important fact is out-standing: within the societies of the nationalities, the proportion of big landlords of feudal origin was far less, so that their structure on the whole had a less semifeudal character, although a more agrarian one than that of the Magyar society. The middle-class of the nationalities had a more bourgeois character, not being influenced by the gentry. The high proportion of land-owning peasants was not only a sign of lesser development, but at the same time the main source of capital-accumulation. And it must be added still that land in the property of peasants among the nationalities went on increasing; in the last decades prior to 1914 about 0.5 Million holds of Magyar landowners were sold to Rumanian, Serbian etc. peasants. This strengthened the agrarian character of the nationalities. On the other hand, however, it was not altogether unimportant as a sure social basis of the national movement.

The proportion of nationalities in crafts, mining and industry was far below their share in the population, being 18% in Hungary proper (in 1910), and half of them Slovaks. But among industrial workers, the proportion of the nationalities amounted to 23% (among 106,000 working-men coming from the nationalities, 61,000 were Slovaks and 33,000 Rumanians).

Another aspect must be mentioned still: emigration. Between 1899 and 1913 about 1.4 million Hungarian citizens emigrated: mostly to overseas countries.

Emigration became very important in Austria-Hungary at the turn of the century, in Hungary it reached its peak just after 1900. 50% of the emigrants came from agrarian proletarians and day-labourers, 20% from urban working-men. The share of nationalities in the emigration was high, exceeding their proportion and causing heavy losses to them. During the whole period of dualism, 25% of the Slovaks emigrated (mostly to the USA), and about 10% of the Carpatho-Ukrainians. So, emigration diminished the absolute number of the nationalities by far more than did assimilation. Forced Magyarisation bore only meager fruits and had almost no lasting consequences. The real

threat to nationalities was natural assimilation, quite known in larger communities as a natural consequence of social mobility, provoked by capitalist evolution. Before World War I, the number of those assimilated to the Hungarian nation is estimated at about 300—400 000. The largest proportion among them consisted of Germans and Jews, inhabiting cities and being busy in industry, trade and other modern professions. But even among Germans, rural strata resisted natural assimilation, as did those of the other nationalities.

With regard to national movements, two more considerations are in place here. Firstly, the middle-classes of neither the Slovak nationality consisting mainly of owners of medium-size industrial plants or mastershops nor of the Serbs or Rumanians (mainly shopkeepers or medium-size landowners not belonging to the gentry) reached the ranks of the upper bourgeoisie, which in Hungary consisted mainly of people of German or Jewish origin. Thus social antagonism, provoked by capitalism, was directed principally against the bourgeoisie of another nationality, mostly Magyarized. Likewise, the social hatred of the peasantry was also and by tradition concentrated on Magyar landowners. These facts lessened the importance of social division within the various nationalities and allowed the emergence of a united national front against foreign oppressors, being at the same time oppressors in a social context.

Secondly, perhaps the most important phenomenon in the whole social development of these decades was the emergence of new type of intellectuals, leaders of the national movements. The traditional type of leading intellectuals, the parish priest, teacher or lawyer had to cede in importance to a new generation of laicized intellectuals, principally of juridical education, but employed in the growing network of local banks and other institutions of credit (co-operatives etc.) in the hands of the nationalities. This new intelligentsia was a major force in the national movements.

But before we turn to these movements, let us add still one more word on the political situation of the different nationalities. Only the Croats were in a somewhat favourable situation. Croatia-Slavonia possessed a large measure of autonomy within Hungary, according to the Hungarian-Croatian Compromise of 1868, with a sort of government and an elected parliament, the Sabor, having, like the government, a restricted, but none the less functioning authority. But none of the other nationalities possessed similar institutions or a delimited territory of their own. According to Law 44 of 1868, they were all members of the one Hungarian political nation, with — at least formally — equal rights. In fact, restricted franchise and “electoral geography” narrowed down the possibilities for members of the nationalities to become elected representatives to parliament (some high ecclesiastical dignitaries were *ex offio* members of the Upper House). However, some such possibilities still existed. But in protest against the disadvantageous situation created by the

law on nationalities, the leaders of the nationalities chose passive resistance and did not participate in the work of Parliament, even if elected.

The emergence of a new intelligentsia as mentioned above fundamentally altered the situation, activity instead of passivity became the watchword, and growing social mobility and transformations increased the number of people, interested and participating in national politics. The transformation was more fundamental in Hungary proper, given the different political situation in Croatia. But let us first see the main lines of the national movement in Croatia. (Of course, here and in the following we do not intend to give an account of events or of party politics, we must concentrate on some major features of political life.)

In Croatia-Slavonia, after 1903 political life intensified. In addition to the traditional bourgeois parties there developed new ones, some of them as parties of the Serbs in Croatia-Slavonia. Being in opposition, they sought some sort of common action with the Hungarian opposition parties. Independently from the political parties, there also started a movement for greater independence in financial affairs, a movement which soon agitated against signs of Hungarian sovereignty. The larger portion of the political leadership aimed at a trialist solution of the nationality problem in the whole of the Empire, i.e. at a centralization of South Slavs within the Empire, independently from Hungary. But even the traditional national Croat parties, which formerly concentrated almost exclusively on national demands, began to raise the question of democratic reform and social rights, of developing towards a really democratic political system. This was the case to an even larger extent with the newly formed parties, which were under the influence of Prof. Masaryk and his radical bourgeois programme. At the same time, the two Serbian parties in Croatia rejected (although not openly) the trialist programme of the Croat parties with their adherence to Hapsburg rule and envisaged in the distant future the formation of an independent Southern-Slav state under the leadership of the Serbian kingdom. As they were not interested in a genuine reform of the Hapsburg-empire, because they estimated their actual situation as transitional, on short-term, they proved to be more viable partners for the Hungarian government.

The Croats of Hungary proper were too small a nationality to have a national programme of their own. But the Serbs were numerous enough. The traditional Liberal party, bent to political passivity, split up into several other parties, the original party continuing to raise national demands only. But the radical, people's and democratic parties respectively turned to social questions, especially the Radical party backed by intellectuals, peasants and petty-bourgeois strata. They stressed the importance of co-operatives. All of the Serbian parties made their politics within the framework of Hungary, some of them even explicitly stating that a far-going democratization

of the political life in Hungary would satisfy their demands. The Democratic party, an essentially intelligentsia-party, went even closer to the so-called Hungarian bourgeois radicals.

In Rumanian political life, protest against the policy of passivity became loud from 1896 on, and in 1905 a meeting of leading party-figures in Sibiu agreed on a programme of political activity, stressing the fact of Rumanians being one of the nationalities, constituting the state. Like the Serbians, Rumanian leaders too raised questions of social progress, of extending political rights (reform of the franchise system) and democratization of the political life. The most left-wing of the leaders left Hungary some years before the war, but the majority continued this policy of basic loyalty to the Hungarian state.

The influence of Masaryk's "realist" party was strong among the Slovak political leaders too. This influence led to a shift towards social and democratic demands and the adoption of political activity as among the other nationalities. To counterbalance the radical and anticlerical influence of Masaryk and his Slovak pupils and generally to influence catholic Slovak peasantry and keep it under the leadership of the Church, the People's Party organized Slovak sections, under the leadership of Father Hlinka, which turned into a separate Slovak party in 1913. But even before, The People's Party, that is the Slovak section developed a programme, also strongly oriented towards social questions, mainly interested in the protection of peasants and craftsmen against Big Capital. As to the national demands, neither of the Slovak political parties and tendencies went beyond the existing political framework.

Carpatho-Ukrainians with their backward peasantry and almost equally backward clergy having come already very close to complete Magyarization, were not able to develop a national movement of their own in modern political forms. Russian orthodox influence was largely accepted by Carpatho-Ukrainian peasants, their hopes in the Orthodox Tsar also represented one form of a national movement, which, however, was essentially a class movement of the peasantry.

Among the Germans, as already mentioned, capitalist development was very fast, but precisely this deprived them of their intelligentsia, which became rapidly magyarized. So, after the turn of the century, there were only the first attempts of organizing a German national political party, sponsored by some intellectuals, very few in number. Only the Saxons of Southern Transylvania, with their tradition of local self-government, reaching as far back as the XIIth century, opposed Magyarization, so common with other urban strata among the Germans, and continued a policy of separation, but still supporting the government (Transylvanian Saxons had their representatives in the Parliament during the whole period of dualism). Being essentially a party of the urban patriciate, they did not care much for social questions. Given their situation, geographically (far from Germany) and politically

(under a king of Hungary who happened to be a Hapsburg) their national aims, too, remained inside Hungary. A German People's Party of Hungary, organized in 1906 at least, did the same, raising the question of certain democratization.

Thus, with the exception of the Serbo-Croatian coalition in Croatia, speculating on seceding from the Hapsburg monarchy, the nationalities of Hungary demanded at most of strict adherence to the Nationality Law in nationality questions and preached (at least officially) loyalty to the Hungarian state. To understand this, we must emphasize the fact that neither the Hungarian government nor public opinion could even conceive of an alternative solution to the maintenance of the territorial integrity of the lands belonging to the St. Stephen's Crown. And even those among the leaders of the nationalities who did not accept this situation, hoped for a federal transformation of the whole Hapsburg-empire along ethnic (or ethno-historical) frontiers.

At the same time while generally moderating their national aims, political parties and leaders of the nationalities raised progressive demands: general franchise, a minimum-landed property for peasants ("homestead" as it was called by contemporaries), progressive taxation, a partial land reform (concerned with State property, but not touching private property of land), free development (or even promotion) of industry, some system of more effective social insurance. They compensated for moderation in national goals by far-reaching democratic demands. Demands, which, however, constituted part of a national programme and must be mentioned here: a national programme, directed against the state which appeared Hungarian (or rather Magyar). And in this sense, these national programmes were signs of a national movement, initiated by intellectuals, political leaders, but shared by an ever growing part of the whole nation.

Was there a comparable Hungarian (or rather Magyar) national movement on the eve of the World War? Contemporaries were convinced of an affirmative answer. In retrospect, it needs some qualification.

It is not our task here to solve or even to raise the hotly debated question of the situation of Hungary (and the Magyars) in the Dual Monarchy. Controversies about this question are vivid even today among Hungarian Marxist historians, not to mention others. Therefore let us start from the conviction of the contemporaries. Among the Hungarian ruling classes, there existed roughly two conceptions (and political tendencies) as to the situation of Hungary within the framework of the Hapsburg-empire. The first, adopted by the Liberal party, which had ruled for a number of decades (the so-called 67-ers), was convinced of the necessity for Hungary to remain part of the Dual Monarchy; without this the maintenance of the territorial integrity of Hungary seemed impossible (and in this they were quite correct). Consequently, they

adhered to the system, created by the Austro-Hungarian Compromise of 1867 (hence their name) and accepted some restrictions on the total sovereignty of the state (common army and finances and so on). The other conception, backed by large parts of the gentry, saw in these restrictions a heavy offense to Hungarian independence and consequently strived for their abolition, aiming at a merely personal union with Austria. This conception or rather political tendency was complicated by confessional controversies, adherents of this latter being mainly protestants. This oppositional tendency also had the backing of large strata of the Hungarian peasantry of the Great Plain.

After the electoral defeat of the Liberal party in 1905 and the appointment of a non-parliamentary government by the king, there emerged a large campaign of civil disobedience, led by the oppositional parties under nationalist slogans. This movement, which led in fact to the appointment of a coalition government composed of the oppositional parties, may be qualified as a vehement form of national movement. Large strata of the population, mainly petty-bourgeois and peasants, but even industrial workers took part in the campaign, sincerely believing in the political slogans, raised at this time.

But disillusion came soon thereafter. The coalition government could not attain any of its former political demands, actually, the governing politicians did not even pose them earnestly, knowing the consequences and implications. But the government also did nothing to move in the direction of democratization although their leaders often hinted at it when in opposition. So their national fervour could be lanced only in one direction, against the nationalities. Even more forced Magyarization, as the Apponyi Law of public education among others, was the result of this national movement. (Besides, the main goal of this Law was to teach all citizens of Hungary the Magyar language, i.e. the language of the state, a policy quite accepted by our contemporary standards). In 1910, the reorganized Liberal Party won the elections and came to government. Its leading exponent, count István Tisza as premier sought understanding with the nationalities, of course, on the ground of territorial integrity again, and without any move in direction of democratization.

This moderate national policy (moderate concerning the Austro-Hungarian relations, of course) had some backing not only among the ruling classes, but among middle-class strata, state officials, even intellectuals as well.

National aims were formulated in these years by still another tendency in political life, the so-called bourgeois radicalism (of which Oscar Jászi is the most known representative outside Hungary). In a certain sense, their programme showed the same pattern as the political demands of the nationalities. Instead of concentrating on national (or rather nationalistic) issues, they demanded a radical democratization of political life, far-reaching social reforms, and similarly far-reaching concessions to the nationalities. Certainly,

even they could not break with the conception of territorial integrity, they did not even envisage territorial autonomy, referring to the mixed population (which was a sound reason). Backed by a portion of the intelligentsia and some middle-class circles in Budapest, the bourgeois radicals had no great influence on the masses and could not produce a mass movement on the scale of the "national resistance" of 1904—5. Nevertheless, their programme coincided in many aspects with that of the nationalities, aiming at democratization and social reforms. Thus, growing capitalist development and consequent social shifts led to similar changes in national aims at least among several strata of the nationalities, inhabiting Hungary (the Magyars included), tending towards bourgeois democracy. But the outbreak of the World War completely changed the situation.

International Commission for the History of the Second World War

Henrik Vass, Ungarns Stellung und Rolle innerhalb der Strategie Nazi-Deutschlands (Beitrag)

Bezüglich der Verbindungen zwischen den deutschen strategischen Zielen und Ungarn möchte ich mich an die Auseinandersetzung knüpfen, die sich neulich im Kreise bekannter westdeutscher Professoren über die Frage entspann: haben denn die strategischen, politischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen Hitler-Deutschlands in der Geschichte des deutschen Imperialismus vom 20. Jahrhundert etwas qualitativ Neues bedeutet oder kann und muss man die Kontinuität, den Zusammenhang, die Tradition hervorheben, die diese Ziele mehr oder weniger schon von der Zeit der Jahrhundertwende an determiniert haben? Hitlers Machtantritt und die faschistische Staatseinrichtung haben zwar hinsichtlich der Mittel, der Methoden und des ideologischen Gehalts zu einer besonders scharfen Wendung geführt, doch kann man — meines Erachtens — die Kontinuität des Strebens nach Expansion, nach wirtschaftlicher und politischer Hegemonie in Deutschlands Geschichte vom 20. Jahrhundert kaum in Abrede stellen.

1. Ohne mich in diesem kurzen Diskussionsbeitrag in Detailfragen einzulassen bzw. ohne auf die verschiedenen inneren Widersprüche und äusseren Determinationen der Frage einzugehen, sei es mir gestattet, von dem Grundsatzabkommen auszugehen, das zwischen Deutschland und der Österreich-Ungarischen Monarchie über die wirtschaftliche Zusammenarbeit am 12. Mai 1918 zustande kam. Dieses Abkommen, das im letzten Kriegsabschnitt als eine Variante des Mitteleuropaplanes unterzeichnet wurde, *enthielt und drückte nachweisbar den Anspruch auf Hegemonie aus, der — zwar nicht immer mit der gleichen Intensität und in der gleichen Form — die deutsche Politik mehr oder weniger schon in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen geprägt hatte.*

2. Prüft man die deutschen strategischen Ziele nur auf Hitler-Deutschland und insbesondere auf dessen Kriegsperiode beschränkt, dann lassen sich die Tendenzen der Wirtschaftshegemonie in den dreissiger Jahren schon klar umreissen. Aber die Dialektik der Kontinuität und Diskontinuität ist auch hier merklich. Die verschiedenen paneuropäischen Pläne und die anderen, sich eher unter französischer Hegemonie vollziehenden mitteleuropäischen

Zusammenschlüsse scheiterten bereits zur Zeit der Brüning-Regierung, nicht zu allerletzt an der deutschen Aussenpolitik. In das somit in Südosteuropa entstandene oder dadurch grösser gewordene Vakuum drang dagegen Hitler-Deutschland ein, und zwar mit dem eindeutigen Ziel, Ungarn — und im allgemeinen Südosteuropa — zu einer der wichtigsten (Rohstoff- und Landwirtschafts-) Reserven der erstarkenden deutschen Wirtschaft sowie zum Absatzmarkt deutscher Industrieprodukte zu machen. *Die dreissiger Jahre waren in der deutschen wirtschaftlichen Strategie praktisch die Jahre der Erwerbung der wirtschaftlichen Hegemonie über Südosteuropa.*

Die deutsche wirtschaftliche Überlegenheit, die wirtschaftliche Schwäche der Länder Südosteuropas sowie die Aggressivität der Nazipartei und der faschistischen Macht haben zusammen die Grundlage für den Erfolg der deutschen strategischen Ziele geboten: 1938 vermochte Hitler-Deutschland seinen wirtschaftlichen Einfluss durch die Münchner Politik, die Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei und teils durch die traditionelle Abhängigkeit der betreffenden Länder vom Aussenhandel mit Deutschland, ferner durch die direkte Interessiertheit der herrschenden Klassen dieser Länder schon mehr oder minder zu sichern.

Hitler-Deutschland setzte seinen Willen ausser den traditionellen wirtschaftlichen Beziehungen auch durch die innerhalb der ungarischen Industrie eine immer bedeutendere Rolle spielenden deutschen Kapitalinteressen durch. Es ist charakteristisch, dass während die deutsche Kapitalbeteiligung an der ungarischen Industrie und den ungarischen Handel vor 1914 minimal gewesen ist, sie 1939 schon 15% betrug, nach dem Anschluss und der Okkupation anderer Länder mehr als 30% erreichte und sprunghaft an die erste Stelle verrückte. Mehr als 30% des deutschen Kapitaleinflusses kam gerade in den entscheidenden Industriezweigen zur Geltung und wirkte, den deutschen Interessen entsprechend, auf die Produktion der ungarischen Industrie ein.

3. Im Rahmen der deutschen Strategie kann man vom Frühjahr 1940 jede Periode datieren, in der man die wirtschaftliche Hegemonie — nun schon über die Annexion der Tschechoslowakei und Österreichs hinaus — neben der früheren indirekten Methoden *auch mit der direkten und aggressiven politischen Hegemonie paaren wollte.* Vom 13. Mai 1940 datiert Manfred Killingers Aufzeichnung, die klar formulierte, dass es die westlichen Erfolge Deutschland ermöglichten, *gegenüber Ungarn und anderen südosteuropäischen, balkanischen Staaten mit konkreten politischen Forderungen aufzutreten.* Diese politischen Forderungen gingen bereits über den Rahmen der aussenpolitischen »Anpassung« hinaus. In der Praxis sahen sie das Gleichschalten des innenpolitischen Lebens der betroffenen Länder, ihre Eingliederung in irgendeiner Form in das System des deutschen Reiches vor.

4. *Was Ungarn betrifft,* ist das ungarische konterrevolutionäre Regime vom Augenblick seiner Entstehung an ein böser Feind nicht nur des inneren

gesellschaftlichen Fortschritte, sondern auch des Aufeinanderfindens der Völker Mitteleuropas gewesen. Die Aussenpolitik des Regimes war nach Trianon von einem einzigen Ziel geleitet: die verlorenen Gebiete völlig, aber zumindest grossenteils um jeden Preis zurückzuerobern. Um dieses Ziel zu erreichen, war es gewillt, sich mit wem auch immer, wer ihm dabei Unterstützung gewährte, zu alliieren. Die ungarische Aussenpolitik war sich bereits um die Mitte der zwanziger Jahre dessen bewusst, dass sie für ihre revisionistischen Aspirationen nur im erstarkenden deutschen Imperialismus, der ähnliche Forderungen hatte wie das ungarische konterrevolutionäre Regime, eine berufene Stütze zu finden vermag. Es ist also kein Zufall, dass die ungarischen herrschenden Klassen dem Ringen zwischen der Weimarer Republik und dem Nazismus mit Argusaugen zusahen und den zur Macht gelangten Hitler als Erste begrüßten.

In der ersten Hälfte der dreissiger Jahre, als Nazi-Deutschland allein noch nicht genug stark gewesen wäre, um mit dem wirtschaftlichen und politischen Eindringen in Mittel- und Südosteuropa zu beginnen, half ihm Ungarn dabei, indem es jegliche Zusammenarbeit der Donauvölker verhinderte, vor der die nazistische Aussenpolitik damals starke Furcht hatte.

5. Hitler erkannte, dass man Ungarn gerade wegen seiner revisionistischen Bestrebungen nicht nur »fest in der Hand halten«, sondern ihm auch bei der Verwirklichung des »Südostraums« eine besondere Rolle zuerteilen kann. Deshalb stellte das deutsche Aussenministerium bereits im September 1935 — vor dem Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös in Berlin — fest, dass bei den Unterredungen zwischen Hitler und Gömbös »als allgemeiner Gesichtspunkt im Auge zu behalten ist, dass im Laufe der politischen Zusammenarbeit mit Ungarn das Primat der deutschen Führung unbedingt und ohne Zweifel zur Geltung kommen muss«. Horthy-Ungarn wurde ausser dem wirtschaftlichen Zwang auch wegen seiner innenpolitischen Staatseinrichtung und seiner aussenpolitischen Ziele schon von den dreissiger Jahren an *aus freien Stücken* immer mehr zu Deutschlands Verbündeten, es unterstützte Deutschlands strategische Zielsetzung, das Versailler Friedensvertragswerk umzustossen.

6. Vom Ende der dreissiger Jahre und besonders von 1940 an haben wir mit einer wesentlich anderen, mit einer neuen Lage zu tun. Die Aggressivität der Aussenpolitik Nazi-Deutschlands spitzte sich zu 1938 und danach wurde es der ungarischen Reaktion stets klarer — und wenn es nötig war, so hat man davon deutscherseits die zuständigen ungarischen Verantwortlichen auch in Kenntnis gesetzt —, dass sie ihre revisionistischen Ambitionen — zumindest teils — nur dann verwirklichen kann, wenn sie sich den nazistischen Interessen unterwirft. Gleichzeitig hat es gerade diese Gebietsforderung Hitler ermöglicht, »im Interesse« der Nachbarländer die ungarischen Ansprüche zu bremsen, als »unparteilicher« Schiedsrichter aufzutreten und auch Ungarns

Gegner ans deutsche Reich zu fesseln. (Siehe den ersten und den zweiten Wiener Entschied von 1938 bzw. 1940.) Horthy-Ungarn hat die wichtigsten Forderungen des »grossen Verbündeten« erfüllt. Nach dem Anschluss erhöhte sich seine Angst und es unterordnete alles seinen imperialistischen Bestrebungen: 1939 schloss es sich dem Antikominternpakt an, dann trat es aus dem Volksbund aus: 1940 unterzeichnete es als erste das Dreimächteabkommen; 1941 folgte es »seinem Vorbild« — indem es den Vertrag über ewige Freundschaft umstieg — zunächst im Feldzug gegen Jugoslawien, dann in der Aggression gegen die Sowjetunion.

Ungarn erwies sich auch in der Innenpolitik als ein getreuer Untertan. Die 1938/39 verabschiedeten beiden Judengesetze — die für das jüdische Grosskapital Hinterpfortchen vorsahen — haben das ungarische Judentum praktisch all ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt, das 1939 angenommene Landesverteidigungsgesetz militarisierte die ganze Nationalwirtschaft ermöglichte, dass die schlecht ausgebildeten, über veraltete Waffen verfügenden, eilende aufgestellten ungarischen Armeen in den Dienst fremder Interessen gestellt wurden.

Die ungarische Aussenpolitik hat also die deutschen strategischen Zielsetzungen solange unterstützt, bis diese die Einschränkung des Einflusses jener Grossmächte, die die Versailler Friedensordnung ins Leben riefen sowie die Beseitigung der im Donaulal bestehenden Friedensordnung bedeuteten. Da die direkten Ziele der deutschen Strategie bzw. Taktik Ungarns Einverleibung nicht vorsahen, war der Zusammenstoss auch dann nicht allzu scharf, als es bereits klar wurde, dass sich das Umstossen der Versailler Friedensordnung ausschliesslich nach der Konzeption Nazi-Deutschlands vollziehen kann und dass die ungarische Aussenpolitik daraus nicht nur einen Nutzen, sondern auf längere Sicht auch einen Schaden haben kann.

7. In Anbetracht des Obigen, durfte sich der Zusammenstoss zwischen den auf die Hegemonie übers Donaulal gerichteten deutschen strategischen Zielsetzungen und den *aussenpolitischen Zielsetzungen* Horthy-Ungarns im Jahre 1940 verschärft haben. Trotzdem haben sich die Zusammenstösse in 1941—1942 nicht zugespitzt. Die Ursachen davon waren: die Gebietsansprüche der Horthy-Clique waren bereits grösserenteils befriedigt, sie verpflichtete sich Hitler; Deutschland war damals mit anderen Angelegenheiten beschäftigt und Ungarns Position innerhalb des Satellitensystems durch irgendeine gewaltige Intervention nicht ändern wollte und auch nicht ändern hätte können. Ferner spielten dabei auch die Anfangserfolge der deutschen Armee eine Rolle. Was die ungarischen strategischen Zielsetzungen anbelangt, hatte es — trotz der dem Lande lauernnden Gefahr — den Anschein, dass diese Erfolge auch eine weitere Möglichkeit, eine Garantie für die Revision in sich bergen.

Das widerspiegelt sich auch in den wirtschaftlichen Beziehungen. 1941—1942 hat die ungarische Regierung die wirtschaftlichen und militärischen

Kraftquellen des Landes in dem von den Deutschen diktierten Tempo und in stets grösserem Masse in den Dienst des gegen die Sowjetunion geführten Krieges gestellt. Mehrere Millionen Zentner betrug der Export von landwirtschaftlichen Produkten, hauptsächlich von Getreidesorten nach Deutschland. Die ungarische Industrie diente in vollen Touren der deutschen Kriegsmaschinerie. Die strategisch wichtigen Rohstoffe — mehr als die Hälfte der Erdölproduktion, 90% des mächtigen Bauxitvermögens — wurden nach Deutschland geliefert. Gleichzeitig weigerte sich die deutsche Regierung — indem sie sich auf die gemeinsame Kriegsführung berief — immer mehr, ihre Schulden zu begleichen. Wenn sie zahlte, so tat sie dies mit wertlosen Waren.

8. Zu einem eindeutigen Zusammenstoss zwischen den deutschen strategischen Zielsetzungen und den Konzeptionen Horthy-Ungarns kam es *nach der Niederlage der deutschen Armee bei Stalingrad, infolge der in Kriegsverlauf eingetretenen entscheidenden Wendung*. Das deutsche strategische Ziel war — wie dies zahlreiche, in der DDR aufbewahrte Dokumentenbände beweisen — auch damals die Bewahrung der Hegemonie über dem Donaul. Die ungarischen herrschenden Klassen sahen bereits, dass sich die Niederlage Nazi-Deutschlands vermutlich nähert und wollten vom »sinkenden Schiff« fliehen. Sie hatten jedoch Angst davor, dass die militärische Niederlage der Deutschen sie nicht nur vom deutschen Druck befreien, sondern im Lande auch eine radikale Veränderung der gesellschafts-politischen Ordnung herbeiführen würde. Um diese zu vermeiden, wollten sie von Krieg abspringen, sich den Deutschen widersetzen oder sich von ihnen lostrennen.

Während der Suche nach einem Ausweg wollte aber die ungarische Regierung den Kampf gegen die Sowjetunion nach wie vor fortsetzen und sich Deutschland erst dann widersetzen, wenn die angelsächsischen Truppen schon an Balkan bzw. an Ungarns Grenzen erscheinen. Eine Vorbedingung des Absprungs wäre ferner gewesen, dass die Westmächte die ungarischen Grenzen von 1943 nicht für definitiv betrachten und des Hinüberretten der bestehenden Gesellschaftsordnung in die Nachkriegszeit unterstützen. *Dieser Plan*, der auf den Gegensätzen der antifaschistischen Grossmächte basierte, *machte nach Teheran ein totales Fiasko*. Die infolge der Aussichtslosigkeit des Krieges sowie der wachsenden deutschen wirtschaftlichen und militärischen Forderungen entstandene deutsch-ungarische Spannung hielt Hitler einerseits mit politischem Druck, andererseits mit den antiungarischen Ausfällen der Nachbarländer im Gegengewicht. Rumänien, die Slowakei und Kroatien, die ebenfalls ins deutsche Joch gespannt waren, zeigten — wegen ihrer gleichen Gebietsprobleme — eine Interessengemeinschaft und näherten sich in ihrer gegen Ungarn gerichteten Politik immer mehr einander. Dazu erhielten sie von Hitler entsprechende Hilfe. Gegenüber diesem Plan einer »neuen kleinen Entente« hatte wiederum Ungarn keine andere Alternative, als das Gegengewicht in Deutschland zu suchen. Somit geriet Ungarn durch seine revisio-

nistische Politik in eine Falle, aus der es innerhalb der faschistischen Koalition keinen Ausweg gab. Dagegen haben sich die deutschen strategischen Zielsetzungen — aus wirtschaftlichen und militärischen Gründen — auf die Vorsperrung des Ausweges gerichtet, *und der Konflikt mündete am 19. März 1944 in die deutsche Besetzung des Landes.*

9. Nach der Okkupation diente Ungarn im Rahmen der deutschen strategischen Pläne einem einzigen Ziel: *der Verzögerung der totalen Niederlage der Nazis.* Im Sommer 1944 stand das ganze wirtschaftliche und militärische Potential des Landes im Dienste deutscher Interessen. Und als Ungarn zu einem Kriegsschauplatz wurde, hat man einerseits alle bewegbaren Werte nach Deutschland geliefert, andererseits durch die Verteidigung jeden Fussbreit Landes, wobei man das Land in einen Trümmerhaufen verwandelte, die Sowjettruppen an der Betretung deutschen Bodens gehindert. So wurde Ungarn als Teil der nazistischen Pläne mehr als ein halbes Jahr lang zum Kriegsschauplatz.

Die deutsche Okkupation des Landes — die eine gewisse Selbständigkeit der Verwaltung auch weiterhin beließ — hat sich also den augenblicklichen Bedürfnissen der deutschen strategischen Zielsetzungen angepasst. Doch haben sich in der Kontrolle der wichtigsten politischen Positionen bzw. in der Besetzung dieser Posten durch ihre eigenen Leute; in der maximalen Anpassung der Wirtschaft des Landes an die Bedürfnisse der Deutschen; in der völligen Beseitigung der politischen Rechte sowie in der »Legalisierung« der extremsten faschistischen Diktatur jene Pläne wiedergespiegelt, die Ungarns Rolle in den deutschen strategischen Vorstellungen von Anfang an determinierten und in der letzten Etappe des Krieges auch zur Geltung kamen. Diese Vorstellungen wurden durch die Befreiungskämpfe der Sowjetarmee ein für alle Mal zunichte gemacht.

**Études Historiques Hongroises 1975 publiées à l'occasion du XIV^e Congrès
International des Sciences Historiques
par la Commission Nationale des Historiens Hongrois**

Budapest, 1975. Akadémiai Kiadó T. I—II, 663 et 639 pp.

Les historiens hongrois ont publié ce recueil d'études en deux volumes à l'occasion du XIV^e congrès international de la discipline, organisé à San Francisco au cours de l'été 1975. Il s'agit là, d'un procédé qui commence à prendre figure de tradition: ce fut d'abord en 1955, à l'occasion de la X^e conférence, puis en 1960, 1965 et 1970 que nos historiens menèrent à bien une telle entreprise. L'ouvrage sorti en l'honneur de la rencontre de San Francisco a plus de 1 200 pages et quelques-unes des communications qu'il rassemble s'adaptent étroitement à la thématique du congrès, plus précisément, elles y ont été présentées comme rapports ou rapports annexes. Un autre groupe des études reflète les résultats des recherches menées, depuis 1969, par les historiens hongrois, ou fournit de nouvelles approches de questions notoires: la plupart de ces travaux ont paru, séparément aussi, dans la collection *Studia Historica*. Les deux tomes ont été réalisés sous la direction de nombreux et éminents représentants de notre discipline. Les auteurs du gros des trente-sept études parues en français, anglais, allemand ou russe sont des spécialistes de l'histoire politique, économique et diplomatique, mais nous trouvons également des travaux relevant de l'historiographie, de l'histoire des idées ou universelle.

Les *Études Historiques Hongroises 1975* s'ouvrent sur l'introduction — en français et en russe — de *P. Zs. Pach*, membre de l'Académie des Sciences de Hongrie, et de *E. Pamlényi*, ex-directeur de la revue *Századok*, introduction qui présente le développement de l'historiographie hongroise depuis ses débuts — la *Gesta Hungarorum* et Anonymus — jusqu'à nos jours, cela d'une façon tellement concise et axée sur l'essentiel qu'elle s'avère apte à diriger l'attention sur notre historiographie et ses succès, tout en facilitant l'orientation de l'initié. L'ouvrage se termine sur la bibliographie historique choisie des années 1969—1973; celle-ci est due à une équipe spéciale de l'Institut des Sciences Historiques.

Le premier groupe thématique du tome I rassemble des communications d'*historiographie* et de *méthodologie*. Dans ce volume, les études touchent quasiment tous les problèmes qui ont été soulevés au congrès. L'académicien

L. Elekes aborde l'historisme, le caractère ahistorique et antihistorique de l'historiographie bourgeoise de notre temps, il caractérise les nouvelles particularités de celle-ci dans la période faisant suite à la Seconde Guerre mondiale, particularités marquées par ces changements aussi qui sont survenus dans l'enseignement. Ce n'est certainement pas le fait du hasard, si l'historiographie de ces années et leurs riches matières ont été traitées, à un haut niveau théorique, par un pédagogue-chercheur, un professeur-historien. Son travail et ses conclusions ont été rendus plus ardues par les innombrables variantes de l'historiographie bourgeoise à affronter, prolifération due aux grandes transformations techniques, à l'atmosphère de la guerre froide, puis à la période lui succédant, alors que — dans le cadre d'un seul pays déjà — les conceptions sur la tâche de l'historiographe se présentent comme diffuses et nuancées à l'extrême. L'auteur souligne l'importance des recherches interdisciplinaires, la nécessité grâce à des études concrètes d'exprimer par les moyens propres à l'historiographie le rythme de l'époque et sa ligne de *trend*, d'élaborer le tableau de l'évolution socio-humaine en se conformant aux grandes traditions des Lumières. Le contenu théorique fondamental de l'étude de L. Elekes prend une forme concrète dans la communication d'intonation critique de l'académicien G. Mérei sur une certaine tendance historiographique — le structuralisme — d'un pays donné, la République Fédérale d'Allemagne. L'auteur place aux alentours de 1955 le développement de cette école ouest-allemande et, à travers ses meilleurs représentants, il analyse jusqu'à la génération de nos jours son évolution, ses objectifs et l'élaboration de sa méthode. E. Niederauser, collaborateur en chef de l'Institut des Sciences Historiques analyse la présence de l'Europe de l'Est en tant qu'unité territoriale et historique dans les recherches contemporaines hongroises d'histoire, d'histoire du droit et d'historiographie, ainsi que les forums des recherches et de la vulgarisation de leurs résultats. (Par exemple: les *Annales* de la chaire d'histoire est-européenne de l'Université de Budapest, les rencontres de Mátrafüred organisées annuellement sur les Lumières; etc.) Dans son étude *Le Mouvement ouvrier dans l'historiographie hongroise (1945—1970)*, c'est la personnalité la plus compétente, H. Vass, directeur de l'Institut de l'Histoire du Parti, qui aborde cette tranche de la recherche sur le présent. Dans notre pays, l'analyse systématique, bien élaborée, fidèle à un plan bien défini, du mouvement ouvrier a commencé avec 1948 — «l'année du tournant» — et ne s'est jamais dissociée de l'étude de l'ensemble de la vie nationale. H. Vass examine également les problèmes de la publication de sources dans ce domaine, problèmes spécifiques, nouveaux dans leur méthodes, mais aussi riches en traditions — tout comme le mouvement ouvrier même. C'est l'Institut de l'Histoire du Parti qui conserve ces traditions, ainsi que les matières d'archives comprenant, entre autres, plus de 4 000 témoignages-souvenirs de militants. Dans son tableau d'ensemble, H. Vass parle également des écrits relatifs à la situation de la classe

ouvrière, des publications d'histoire locale, des meilleurs pages de l'histoire des entreprises, du *Munkásmozgalomtörténeti Lexikon* (Dictionnaire de l'Histoire du Mouvement ouvrier) sorti en 1972, de nombre d'autres ouvrages touchant la problématique du mouvement ouvrier hongrois et international. Gy. Ember, académicien, directeur des Archives Nationales développe le fil conducteur classique de la méthodologie de la publication des sources d'archives; il éclaire les notions fondamentales: quelle est l'étendue de l'archéographie, du principe de la publication des sources? qu'est-ce que la source historique? qu'est-ce que la source d'archives? Puis, passant en revue les éléments des sources, il règle la modalité de leur communication; il présente également les diverses sortes de notes et d'analyses, pour terminer par une somme de la littérature spéciale du XX^e siècle.

Les dix-sept études suivantes du tome I se rattachent aux thèmes *chronologiques* du congrès. La première est *Plebeians and Clan Society* du professeur I. Hahn: elle met au net les résultats des recherches à ce jour sur la société primitive de Rome, affine nos connaissances sur les groupes sociaux, sur les privilégiés, précise les véritables répartitions sociales — légales ou illégales — dans les différentes périodes (celle «latine», celle «étrusque», celle de la royauté et de la république) et à l'arrière-plan des notions reçues: *populus romanus*, *plebs*. La collaborateur en chef de l'Institut des Sciences Historiques, Gy. Györffy étudie, dans *Autour de l'État des semi-nomades*, l'origine, plus précisément le mode de vie nomade des Magyars à la conquête de la patrie, et les replace dans le cadre des autres peuplades nomades. Il se penche également sur les conditions institutionnelles et familiales du passage à la chrétienté. J. Szűcs, chef de section de l'Institut des Sciences Historiques, éminent spécialiste de l'histoire de l'idéologie publie *Theoretical elements in Master Simon of Géza's Gesta Hungarorum (1282—1285 A.D.)*; il présente non seulement la préparation, la méthode, la théorie constitutionnelle de l'historien de la *Gesta Hungarorum*, mais aussi l'optique sur les Hongrois de ce moine rentré de l'étranger, cette image nationale placée dans l'universalité chrétienne qui exprimait aussi bien l'esprit médiéval du XIII^e siècle que l'assimilation aux idées supranationales. L'académicien P. Zs. Pach nous offre une communication vigoureusement critique, accompagnée de riches matières de sources: *Levantine Trade and Hungary in the Middle Ages (Theses, Controversies, Arguments)*; il y soulève trois questions majeures pour en dégager la réponse: quelle est l'origine de cette conception de l'historiographie du XIX^e siècle, qui voulait que la route commerciale médiévale du Levant eût passé par la Hongrie et la Transylvanie? Pourquoi et comment cette conception a-t-elle été rejetée à la fin du siècle? Quelle est la théorie qu'étaient les recherches présentes? Sur la base de sources roumaines, latines et slaves, l'académicien Pach établit qu'à côté de la route méditerranéenne considérée comme monopolisée du commerce levantin, il existait, aux XIV^e—XV^e siècles, un itinéraire

de volume plus réduit par la Mer Noire, qui portait les marchandises non seulement en Pologne, mais aussi en Transylvanie et Hongrie. L'académicien Gy. Székely communique son étude *Le Passage à l'économie basée sur la corvée et l'année 1514*; il brosse un arrière-plan d'histoire économique et historiographique à larges perspectives pour permettre d'étudier la question et en tire des conclusions qui peuvent être rapportées à l'évolution d'autres États centro-européens aussi. C'est à juste titre qu'il constate dans ses dernières lignes: «Voici les perspectives de l'évolution de la production marchande de la noblesse de Hongrie (et d'Europe Centrale et Orientale). Aussi, malgré son rôle dans la production marchande, il est impossible de considérer la couche moyenne et inférieure de la noblesse comme une nouvelle noblesse représentant une tendance progressiste. Sa voie historique à l'époque correspondait exactement à la tendance du développement en Europe Centrale et Orientale. Ainsi, la loi promulguée par la longue diète de 1514, n'est pas uniquement le fruit de la vengeance irréfléchie, mais aussi le résultat mûri au cours de longs concilia-bules, d'une conception qui exprime les intérêts sociaux objectifs de la classe féodale victorieuse. «Le professeur L. Makkai conseiller de l'Institut des Sciences Historiques, le professeur I. Sinkovics, de l'Université de Budapest et K. Benda, collaborateur en chef de l'Institut ont traité des thèmes du XVI^e siècle. La communication de Makkai — *État des Ordres et Théocratie Calviniste au XVI^e siècle dans l'Europe Centro-orientale* — présente surtout les caractéristiques de la question en Pologne et en Hongrie, en lui brossant un vaste arrière-plan d'histoire de l'économie et des idées; elle examine, dans les deux pays, l'influence de la théocratie calviniste sur la classe féodale dominante, sur les conflits de classes et les tendances à opprimer la paysannerie. La communication suivante est d'un tout autre caractère: *Der Angriff der Osmanen in Donaul im 16. Jahrhundert und der Ausbau der Abwehr* est, selon les traditions classiques de l'historiographie, un tableau richement documenté des événements relatifs aux déplacements des troupes turques attaquant le Bassin du Danube, ainsi que du système de défense qui leur était opposé. Les chiffres et constatations précises de Sinkovics, de même que la carte accompagnant le texte seront utiles, dans nombre de questions, à l'histoire militaire de cette période aussi. *L'Absolutisme et la Résistance des Ordres au XVI^e siècle dans les États de la Maison d'Autriche*, la communication de Benda est à l'opposé de la question généralement soulevée: peut-on parler d'un absolutisme, au XVI^e siècle, du gouvernement de l'Autriche des Habsbourg? L'auteur s'est en effet proposé de démontrer «comment les États et les Ordres de la monarchie des Habsbourg réagirent aux ambitions absolutistes, comment les souverains réussirent à les exclure de l'exercice du pouvoir.» Ces analyses sont bien délimitées et différenciées quant aux conditions du début et de la fin du siècle. Sous le titre *La Coalition internationale contre les Turcs et la politique étrangère hongroise en 1663—1664*, M^{me} Á. R. Várkonyi, chef de section de l'Institut des Sciences

Historiques étudie non seulement les changements internationaux survenus en Europe, en rapport avec la coalition antiturque, mais rend aussi sensible que, dans la pensée politique de la Hongrie de ces années, cette possibilité s'est constamment manifestée accompagnée d'une revue des conditions de force continentales. La partie historiographique de cette communication doit être qualifiée d'exemplaire. Dans *La Politique des Cartésiens en Hongrie et en Transylvanie au XVII^e siècle et au début du XVIII^e*, l'académicien B. Köpeczi, secrétaire général adjoint de l'Académie des Sciences de Hongrie évoque avant tout la question qui fait l'objet d'une controverse dans les milieux spécialisés français aussi, à savoir s'il est possible et permis de parler d'une politique cartésienne, de dégager de nettes déclarations de Descartes à ce sujet. L'opinion de l'auteur est que l'ordre d'idées du penseur français est contradictoire, ce qui a rendu possible les interprétations les plus diverses. Cependant, on ne saurait étudier les idées de Descartes en les détachant de leur temps. Le début de leur adoption en Hongrie se situe vers le milieu du XVII^e siècle et, à la fin de celui-ci, elles s'étaient déjà élevées au niveau de philosophie « officielle » de nos collègues calvinistes. Köpeczi évoque la vie et les activités du politicien transylvain qui peut être considéré comme plus profondément cartésien: le chancelier Miklós Bethlen, dont la philosophie est caractérisée par cette pensée. Les traits marquants du cartésianisme politique de Hongrie doivent être détectés dans l'intérêt croissant à l'égard des réformes.

Nous avons, ensuite, trois études de professeurs de la Faculté des Lettres de Budapest, touchant les réactions relatives à leur époque de quelques personnalités marquantes de l'histoire de l'ère moderne. M^{me} É. H. Balázs parle de *Karl von Zinzendorf et ses relations avec la Hongrie à l'époque de l'absolutisme éclairé*; M^{me} E. Andics de *Széchenyi et Metternich*; Gy. Szabad de *Kossuth on the Political System of The United States of America*. Chacune de ces trois études déborde le cadre de l'histoire de la Hongrie, ou plutôt la considère de l'extérieur, ce qui permet une confrontation avec la situation européenne et américaine. Le protagoniste de la première communication est Karl von Zinzendorf, l'un des ministres du gouvernement absolutiste éclairé des Habsbourg qui de 1752 à 1813 n'a cessé de tenir son journal, y relatant nombre de ses voyages, conceptions, etc. de l'âge mûr. Après avoir visité la Belgique, l'Angleterre, la France et encore bien d'autres pays, il accomplit une mission en Hongrie en 1772. Ce dix-septième cahier de son journal qui nous est parvenu représente une source majeure de notre histoire. La deuxième communication fait revivre, à partir de 1825 et pendant un quart de siècle, les antagonismes humains et politiques dans les rapports de Széchenyi et de Metternich. C'est à cette époque que le programme social et politique de chacun d'eux s'affirma dans toute sa netteté, que la faille entre ces programmes s'avéra également et s'avéra insurmountable. Gy. Szabad a mis en épigraphe ces paroles de R. W. Emerson à Lajos Kossuth: «You have achieved your right to interpret

our Washington»; la communication suit fidèlement, à partir des auteurs des Lumières hongroises, le tableau du Nouveau Monde qui s'est dégagé en Hongrie. Elle démontre en détail comment et sur la base de quelles sources et impressions l'opinion de Kossuth s'est forgée sur la constitution et la pratique politique américaines, conception qui, tout en soulevant des critiques surtout à propos de la politique extérieure, se résumait en deux mots: «successful example».

Les deux éminents spécialistes de la révolution et guerre de liberté hongroises, ainsi que du compromis, Gy. Spira et P. Hanák, respectivement collaborateur principal et chef de section de l'Institut des Sciences Historiques nous livrent des études concises, à structures bien établies et de style excellent sur les journées critiques de Septembre 1848 et sur la première tentative de compromis en 1860. La communication de P. Hanák est, en même temps qu'un document méthodologique, une confession exemplaire d'historien. M^{me} E. Siklós-Vincze, collaboratrice en chef de l'Institut de l'Histoire du Parti nous fournit, avec sa précision habituelle, un panorama du thème: *Versuche zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in Österreich und Ungarn (1868—1872)*. Le professeur L. Salgó brosse un tableau analytique de la politique coloniale française de 1871 à nos jours en amalgamant avec bonheur les exposés les plus modernes et ses propres recherches et idées.

Les communications du second volume s'adaptent à certains événements et tournants de l'histoire récente et la plus récente depuis la Commune de Paris jusqu'à la fondation des partis hongrois à la suite de la libération. Il ne fait pas de doute que le plus de nouveautés et d'idées fertiles se trouvent dans l'étude de l'académicien L. Zsigmond sur *La Place de la Commune de Paris dans l'histoire de la pensée politique française*. Il ne vise nullement à épuiser le sujet, il est extrêmement riche en idées sur la place, la portée historique de la Commune, ainsi que sur l'influence qu'elle a exercée sur la pensée politique hongroise. Cet ouvrage est exemplaire, il pousse les historiens à aborder des thèmes semblables.

Nous avons une intéressante dissertation relevant du domaine de l'histoire des idées dans la communication du professeur M^{me} E. Lederer sur la conception historique des radicaux dans le miroir des articles de Pál Szende; elle illustre parfaitement la possibilité de bien saisir, grâce à une approche marxiste, les traits à leur époque progressistes et fertiles du radicalisme. Nous jugeons tout aussi instructif, au même point de vue, l'étude du professeur J. Galántai sur la tournure prise par la théorie d'une confédération danubienne que Oszkár Jászi avait élaborée pendant la Grande Guerre.

Quatre études se consacrent aux problèmes du mouvement ouvrier jusqu'à la fin de celle-ci. Deux d'entre elles offrent une analyse historique concrète de faits et de possibilités: *Die Kämpfe für die organisatorische Reform der Sozialdemokratischen Partei Ungarns (1900—1918)* de F. Mucsi, vice-direc-

teur de l'Institut des Sciences Historiques qui est un tableau d'ensemble développé sous de multiples angles, imprégné d'un parfait esprit politique qui renvoie, entre autres à l'analogie autrichienne et, qui, par l'examen des activités idéologiques de Ervin Szabó, démontre également les aspirations du mouvement hongrois pour prendre ses distances par rapport à ses racines: la social-démocratie allemande. La seconde étude est de l'académicien D. Nemes: bien compartimentée, elle parle de la lutte du Parti Social-démocrate de Hongrie pour la réforme électorale dans ces années de crise gouvernementale de portée historique que furent 1905 et 1906. T. Erényi, chef de section de l'Institut de l'Histoire du Parti éclaircit le caractère révolutionnaire ou réformiste du mouvement ouvrier du siècle et souligne pertinemment que la critique de Lénine et d'autres révolutionnaires russes à ce sujet se fondaient aussi sur de riches expériences personnelles. J. Jemnitz, collaborateur en chef de l'Institut des Sciences Historiques a endossé la tâche ardue de présenter le tableau du mouvement ouvrier européen dans l'année 1917. En brassant une telle masse de faits, il est difficile de dégager corollairement des constatations de principe fondamentales; cependant, cela a dans une grande mesure réussi à l'auteur qui est, depuis de longues années le spécialiste le plus actif et le plus assidu de la question. Rappelons aussi, dans le cadre de la même thématique, la communication du professeur Gy. Tokody: *Der Preussisch-Deutsche Konservatismus und die Frage der Bürgerlichen Republik im Jahre 1916—1919* qui offre, à l'auteur, l'occasion de développer une excellente analyse du caractère hétérogène des cercles dirigeants allemands.

Nous tenons une étude d'un niveau exceptionnel, analytique et étayée de bonnes données statistiques dans celle de M^{me} J. Puskás, collaboratrice en chef de l'Institut des Sciences Historiques, sur l'émigration hongroise dirigée, avant 1914, sur les États-Unis d'Amérique. L'auteur procède à de multiples approches du thème, nous rend compte des motifs de l'émigration, de sa composition ethnique, de son *trend* et intensité, ainsi que de l'émigration venant d'autres pays et des résultats des confrontations de tableaux statistiques. M^{me} Zs. L. Nagy a aussi traité un sujet d'actualité sur les rapports hungaro-américains: *The United States and the Danubian Basin (1919—1939)*. Endossant la tâche de fournir une somme de la littérature spécialisée dans ce domaine, elle a — de plus — incorporé à sa communication les résultats de ses recherches menées aux États-Unis même, par exemple le dépouillage des papiers de Montgomery.

L'étude du professeur I. Diószegi touche nombre de rapports de la politique intérieure et extérieure: *The Independence Opposition and the Monarchy's Foreign Policy (1900—1914)* témoigne de la grande richesse des matières du profond sens de l'analyse auxquels Diószegi nous a accoutumés. Les recherches d'histoire universelle en Hongrie sont représentées par la communication de M^{me} M. Ormos, collaboratrice en chef de l'Institut des Sciences Historiques,

spécialiste de la politique de sécurité européenne dans les années 1930: *La Sécurité et l'Anschluss*; ces pages se voient conférer une actualité et une importance particulières en corrélation avec la politique de sécurité de nos jours. L'académicien *E. Arató* a choisi un problème que la littérature spécialisée hongroise est encore loin d'avoir épuisé: la différenciation politique, la vie politique de la population de langue hongroise en Tchécoslovaquie, dans les difficiles années après la Grande Guerre. Dans le cadre des possibilités effectives, nous avons un excellent tableau d'ensemble de la question des minorités dans l'étude de *L. Tilkovszky*, collaborateur en chef de l'Institut des Sciences Historiques sur les tendances et les courants politiques dans ce domaine sous le règne de l'amiral Horthy. Ainsi, son exposé ne se limite pas à la politique minoritaire officielle du gouvernement, ce qui lui ouvre des horizons plus vastes et lui permet aussi de procéder à des mises en comparaison. La dernière étude du tome II est *Fragen der Demokratie in der Organisation politischer Parteien in Ungarn nach dem zweiten Weltkrieg* du professeur *S. Balogh*: nous saluons avec joie ce produit de haute valeur et intéressant de l'étude du présent en Hongrie; signalons que l'auteur a mis consciencieusement à profit une partie des riches matières relatives à la question et conservées à l'Institut de l'Histoire du Parti.

Après avoir brièvement passé en revue les deux volumes de *Études Historiques Hongroises 1975*, nous pouvons établir avec un intense sentiment de satisfaction que les sciences historiques hongroises sont arrivées à de riches résultats aussi bien dans le choix des thèmes que dans leur traitement. Nos chercheurs ont pu mettre amplement à profit des archives américaines, ouest- et est-européennes. Dans ces études, aucune trace de ce que nous pouvions établir, par le passé, d'un esprit autocritique: plus de conclusions simplifiées ou hâtives; la majorité des thèmes relatifs à la Hongrie sont traités dans la ligne des phénomènes historiques universels en tant que parties ou manifestations spécifiques de ceux-ci. Il va de soi que la méthode de présentation des événements et des idées varie d'une communication à l'autre: nous avons des études annotées amplement, en détail et nous avons des essais; nous avons des pages au style touffu, aux périodes presque baroques et des formulations lapidaires, exactes. Il est juste que les directeurs de la publication n'aient pas jugé nécessaire de réaliser une quelconque homogénéité de ces extrêmes, témoignages de méthodes, de styles, de personnalités différents. Une question se pose cependant: est-il pertinent de publier les matières alternativement en quatre langues et ne devait-on pas mieux adapter les thèmes à ceux du congrès, aux exigences théoriques et présentes de l'historiographie? Peut-être sera-t-il utile d'y réfléchir en composant les volumes dédiés au congrès suivant.

É. H. Haraszi

CHRONIQUE

International Conference on Prehistory in Novosibirsk

Organized by the Institute of History Philology and Philosophy belonging to the Siberian Department of the Soviet Academy of Sciences, the conference on prehistory under the title „The Correlation of Prehistoric Cultures in Siberia and the Neighbouring Territories” met from 20 to 24 October 1975. Besides Soviet scholars, the conference had participants from America (Alaska), Canada, Japan and Hungary. The fact that the participants belonged to various branches of science, i.e. archaeology, paleontology, physics, geology, mathematics and chemistry, ensured a many-sided approach to all subjects. The participation of linguists, primarily of those dealing with the history of the language in growing numbers will, no doubt, promote a still better discussion in the future.

The lectures to be delivered at the Conference appeared in a volume amounting to twenty printed sheets beforehand, making substantial debate possible. In spite of the great number of the contributions, there was enough time and possibility for thorough analyses and for the seminar-like discussion of the most important subjects. It is worth noting that the latest results were also spoken of. Factual information was well complemented by theoretical and methodological comments.

From the three questions on the agenda the first to be discussed was entitled “The Chronology of Prehistory in Siberia and the Correlation of Prehistoric Cultures”. This subject had to be talked over here because of

the belief that the original inhabitants of the arctic regions of Siberia and America are similar not only in their forms of living but are also related by a common origin. Archaeological finds from these arctic territories in America seem to have their ancestors in Asia, meaning perhaps that these early inhabitants of America must have come from Asia. This migration is generally accepted by scholars, but its process and details are judged in many different ways. The characteristic common features can be traced back as far as Central Asia, the Gobi desert, research has thus to take large territories into account. In territories neighbouring Eastern and North-Eastern Siberia the common features may only partly be due to migration. It comes from this that direct connections are not a full explanation for correlation, which underlines the theoretical and methodological importance of the subject. W. S. Laughlin and A. P. Okladnikov’s lecture entitled “Joint Excavation of American and Soviet Archaeologists on the Anan-gula Island, Aleut Isles, Alaska” was followed by genuine debate. Interest centred around the relations between Asian and Alaskan prehistory and the peopling of Alaska through where the Bering Straits are now. Beringia, as it is called, has a double meaning. First, it means the passage which presumably connected Asia with America some thirty or thirty-five thousand years ago; secondly it denotes the archipelago and the coastal regions both in Asia and America which lay along the Straits, i.e. the shortest dis-

tance between the continents. Instead of generalizations the discussion resulted detailed analysis. The earlier phase of settlement in Anangu came into being 8500 years ago, while the younger period is 4500 years old. The first settlers of the island brought with them archaic stone implements of a Siberian and Central Asian (Gobi desert) type. According to one view, they came, however, not directly from Siberia, but from the Alaskan mainland, where there existed a population in the coastal region much earlier. They retained their archaic technology in shaping stone, the memory of their original homeland, but gradually developed an economy based on sea-fishery and hunting. They also well knew the means and ways of seafaring, i.e. the kayak, while on the land they rarely hunted or caught fish. According to this view, we have to look for the traces of a migration to Alaska through the so called Beringia not on the Aleut Isles, but in the interior of the mainland and on the coastal stretch. The more so, because the archipelago got rid of the sheet of ice covering the islands only as late as 10,000 years ago, at the beginning of the Holocene period. The vegetation and fauna of the islands seem to support this together with other archaeological finds, reflecting a developed Mesolithic stone industry and economy. No anthropological finds have come to light so far, but it is a well-known fact that the Kamchadals, the Chukchi, the Koryaks and the Eskimos all belong to the arctic Bering Sea Mongoloid type. Naturally there are great differences among these peoples. Ethnographic evidence also shows a common origin, the differences being due to their separation through migration. We can find among the implements found on Anangu some characteristically Aleutian ones, even recently used, which are results of an autochthonous development there. The independent development of these implements is proved by undisturbed layers. This makes it probable that the Neolithic inhabitants of Anangu were the ancestors of the present-day Aleutians.

Professor Laughlin suggested that the Neolithic population of Anangu might have

come directly from Asia on its own sea route, and not along the Alaskan one farther north. According to this view, the stone implements of Anangu are in a straight genetic line with the Asian ones. The absolute chronology of finds from Japan found recently puts this technology to the period between the upper phase of the Pleistocene and the early phase of the Holocene periods, i.e. between 17,000 and 12,000 or 10,000 years before our days. During the debate the opposing opinions did not come closer as regards the details of the process, but scholars agree on points like the Asian origin of the Alaskan prehistoric culture and population, and that the finds from Anangu are the first well described and documented relics of a characteristically Aleut culture unknown so far. Side by side with the results, however, we can also find unexpected problems, as it is usual with nearly all significant scientific achievements.

The first lecture within the subject "Problems in Defining the Periods and Connections of Prehistoric Cultures Along the Coasts of the Pacific" was that of T. I. Alexeyeva under the title "Direction, Character and Results of Adaptation Processes in the Biology of Prehistoric Arctic Settlers". Later prehistoric finds in Chukotka, Kamchatka and Yakutia prove a transitional population in the arctic zone. The immigrants were probably from Central Asia and from the territories along the Amur River. According to the different territories where they settled, they led a life of fishing and hunting at sea along the coasts, or of doing the same in a nomadic way on land, on the tundra. The severe weather of the territory, an air poor in oxygen, food poor in vitamins and rich in animal fat, combined with the stationary, "sitting" way of life in the long, rigorous winter, all caused certain physiological changes, the so called arctic adaptation. This process was not a steady one, as proved by the paleoanthropological finds, and the development of arctic cultures was also quite a long process ranging from the transitional Neolithic period about 6500 years ago to about the start of our era, when the culture of the Eskimos took form.

In the composite woods of the temperate zone between the Amur and the arctic region there developed two types of fishing-hunting groups, one nomadic and another settled along rivers. In the coastal region a specialized, settled hunting-fishing population prospered better adapted to the circumstances than its arctic counterpart.

The Amur region became a centre of cultures coming from Central Asia and the southern, sometimes very far-off regions of the Pacific. These cultures mixed and mediated one another's influence there. This was the function also of Korea and Southern Manchuria, these three territories forming a unit in cultural history. The connections of this unit with Australia via Central Asia becomes obvious from the Neolithic era.

A. P. Okladnikov and his colleagues have discovered some cultic drawings on rocks in the Lower Amur region. They are symbols of fertility cults with analogies reaching as far as the Pacific coasts and archipelago, and Australia. The similarities are so marked that the theory of convergence is not a sufficient explanation any more. This discovery opened up great but still obscure vistas to the idea of correlation. Owing to the novelty of the discovery there were no conflicting view on it at the Conference.

However, startling it is, we cannot leave the possibility of migration out of consideration. Similar to this problem is that of the Hokkaido, Sakhalin and Kurili Isles, and the Ainu problem connected with it. The latter is becoming more and more mystical, as there are very few Ainus left. Legends of the Ainus, Nivhs and other coastal peoples speak of life-long wanderings of wonderful heroes. The Ainus sailed their light boats up the Amur coming either from Hokkaido or Sakhalin, and the Amur peoples returned these visits. The comparative study of the Ainu and Nivh languages found a common vocabulary. If the Ainus are of southern origin, their ancestors wandering to the north and settling there must have taken these words over from the ancestors of the local Nivhs together with certain elements of their culture. The early phase

of this relationship was not at all peaceful, as the legends say. The people with a culture based on fishing in the river settled down along the Lower Amur, and led a specialized way of life. Part-time hunting and food-collecting continued, which would explain also a migratory way of life. The contrary is, however, explained by the great amount of fish coming up the Amur from the Pacific. They could catch an amount enough for the whole year during one week. The stationary settlements were thus the results of the certainty of existence.

The great discovery of the Neolithic era were agriculture and stock-breeding, i.e. the food producing economy. Along the Amur food-production spread about the late 4th millennium B. C. Certain elements of this new economy came from Korea and Manchuria, but in the course of the 3rd millennium B. C. there came influences of agriculture and stock-breeding also from the direction of the western steppes of Siberia. In the cases of the Central and Upper Amur, the coastal region, the Ussuri region, North-Manchuria and Korea we can suppose that these territories might have been centres of plant domestication: we can find soya-bean, lentils, beans, water-rice, millet and Indian-millet grow wild there today. From the early 3rd millennium B. C. up to the beginning of the first, agriculture is proved by finds like local chipped rough stone hoes (or stone heads of sticks used for loosening the soil), ploughs of stone, harvesting knives grinding stones and fired clay vessels for keeping grain. In the Soviet Far East Bronze implements are lacking with a very few exceptions. At the beginning of the 1st millennium B. C. iron began to be used for agricultural and other implements of very high quality suddenly, without any transition. It opens up for discussion how far Chinese agriculture influenced this territory in this respect. The earliest agricultural communities of China along the Yang-tse, Yansao and Huayho rivers came about in in the 3rd millennium B. C. The connections of the two ancient centres is not quite clear yet in all respects. Generally speaking,

the limits of Chinese influence extend no further than the Great Wall. Although the cultures of Soviet Far East and China could establish contacts through Manchuria, polished stone implements were used in China, but the stone plough was presumably not known. In Soviet Far East, Manchuria and Korea chipped, retouched stone implements and ploughs were characteristic of the area. It is interesting that the recently found stone hoes (heads) from the beginning of the 3rd millennium B. C. are remarkably similar to the ones in Northern Iraq (the Hassuna culture) from the 6th millennium. In this case, however, we cannot think of any other factor than convergence.

On the other side of the ocean, in Central America, the Neolithic transformation to production took place around 10,000—9,000 B. C. parallel with the Neolithic revolution of the Near East and Asia Minor. Only in the light of a universal view taking into account all the data in world history can we feel the significance of the formation and spread of productive economy. Central American agriculture had remained on the level of spade-sticks (hoes), a vegetable-garden economy. Owing to the breeding of few sorts of animals, there were no walking-ploughs, animal-drawn vehicles. In opposition to the Near East and Asia Minor, the Central American centres of agriculture did not become of world historic importance. It is evident also from the comparison of the Neolithic economic transformation in America and Eurasia that direct contacts do not totally explain correlation.

The third subject ("Some Historical Aspects of the Siberian Population in the Metal Using Eras") was introduced by a lecture by A. Bartha under the title "A Modell of Correlation of Food Producing Economy in Southern Siberia". Food producing economy and metals changed the life of the Siberian peoples fundamentally. From the Early Iron Age we know the names and history of many of them, their number increasing as we come nearer in time to our era. There are two contradicting views making the full evaluation of Siberian prehistory and its signifi-

cance more difficult: one of them considers it a symbol of backwardness, the other thinks it to be the homeland of sublime art. The weather is generally severe in Siberia, still there is an important difference between the taiga and the steppe. Food producing economy arrived there in the early 3rd millennium B. C., both agriculture and stock-breeding. Southern Siberia belongs to the secondary territories as regards the domestication of animals, where the domestication of the cattle and presumably the sheep went on using the local wild species for further breeding, while in the case of the horse and the camel it actually began there. The conditions of nature favoured nomadic stock-breeding, which came about in the first half of the 2nd millennium B. C. The nomadic hunters' way of life served as a basis for the culture of the people, moving seasonably from one place to the other. This nomadic economy presumably brought with it the significant advance of the Mongoloid race, but it would be a mistake to take all Siberia for the territory of the Mongoloid type. In South-Western Siberia the transition to food-production can be connected to European types. In the Minusinsk Basin, along the middle reaches of the Irtysh there developed a high-quality bronze and iron industry, exerting great influence also on the territories west of the Urals. The changes in the means of life and the use of raw materials were connected also with ethnogenetic processes. The transition of collecting communities to productive ones first resulted in conflicts. It took two or three, sometimes even four generations to adapt to the new way of life. Hunting, fishing, and food-collecting did not disappear for good, but their significance decreased: they were no more the sole sources of food. The cults and beliefs connected to the maintenance of life got enriched with those of agriculture and stock-breeding. The rules of coexistence and work changed, too. As to the linguistic results of the change we have to rely on suppositions only. The peoples spreading the food producing economy were immigrants from the south, and presumably used dialects

of the Indo-European family of languages. At the same time we hardly know anything of the language of those living in the interior of the continent. Mingling within the archetypes of the European and Mongoloid brought about variations of the two, and from the amalgamation of the two archetypes and their variants several integrate forms developed. Serological analysis used in paleoanthropology shows changes in the blood-groups of the various types: the borders between the blood-groups characteristic of an area became gradually fixed.

In this ethnogenetic process during the centuries of the Late Bronze and the Early Iron Ages the organs of rule exercised in these territories, i.e. the chieftains, the groups of armed men were able to organize relatively large communities settled on a relatively large territory. The peoples and their societies were apt to disintegrate and find other forms, which made life in the metal age vivid. History became more colourful, thus we can introduce only some of the more important features. The Saka-Scythian groups played a significant role not only in the history of Siberia, but also in that of Europe, and took part — as far as we know — in the ethnogenesis of nearly all East-European peoples, and in the formation of their cultures.

The world-famous ornamental pieces in Scythian style representing the characteristic fight of animals mark the world-historic significance of Siberian prehistory around the middle of the first millennium B. C. The rich jewels, wood carvings, imitations of jewels made of wood, golden platings, and various textiles excavated from common Scythian graves on the plateaus and hidden valleys of the Altai testify that Scythian culture is much more than the articles of luxury captured by a few tribal chiefs. Excavation at the surprisingly magnificent tumuli is continued by M. P. Gryaznow. In the fierce canyon of the Upper Yenisey A. D. Grats discovered the so called Aldi culture, flourishing in the seventh and sixth centuries B. C. preceding the Scythian one. It existed even parallel with the Scythians,

which means that besides the Scythians there were other peoples, too, who could create highly developed cultures. The tumuli of the Aldi chieftains are not less luxurious than those at Pazirik. The Aldi people stood in close regular connections with India and the Near East. It is, however, not certain yet that these links might reflect the origin of this people. The wonderful textiles from the Near East are from a much earlier period than their counterparts at Pazirik.

The migration of the Huns is an old problem not only in Siberia but also in Europe. A. M. Mandelstam pointed out that the archaeological relics of the Huns in Chinese sources from the third and second centuries B. C. and those of the Huns appearing in Eastern Europe in the third and fourth centuries A. D. cannot be identical, i.e. coming from the same population. The connections with other ethnic groups in the course of the migration changed the ethnic features of the Huns, while the cultural aspects of these connections changed the Hun culture of Central Asia. There are only some traditional Central Asian instruments and some ornaments that remained in the usage or memory of the Huns in Eastern Europe. This observation provides us with a deep theoretical and methodological warning: the ethnic identity of peoples creating and changing cultures is a very important thing to know, still the identification is an unsettled problem for scholars. The common feature in different cultures reflect that the objects were belongings of people connected not only by similar modes of life owing to similar geographic conditions, but also by several other links. The traditional form of the objects or instruments, the fancy-work on them, the structure of the settlements, the ways of building homes, the burial rites, etc. all had an unambiguous meaning that could be put into words. The members of communities living side by side in exogamy were thus guided by the ornaments on the dresses and the jewels in finding a partner and among the various rules of society in general. Thus it would only be proper to suppose that people belonging to a culture might

have spoken a common language or at least dialects of it, though it cannot be proved as yet. The commonly understood symbols can thus be called abstract ethnic characteristics. They are abstract in the sense that without written sources and evidences of recent folklore the identification of the ethnic groups representing a culture is only hypothetic, their dumbness presenting a great obstacle. Between relics of ethnography and archaeology there are no differences in theory, this type of similarity coming from their very nature. So, if we can identify the ethnic background in the case of the ethnographic object, why should it be impossible with those of archaeology? The analogy does not seem to be unfounded, but while with ethnography we can get information as to the ethnic relations just from those preparing the objects, it is out of the question in the case of archaeological remains. It is again a serious difficulty that relics are often far from where they were originally made and used, having become property of another ethnic group. They must be identified in their place of origin, at the major stations of their migration and at the end of it.

E. V. Shavkunov spoke of relics of the Dzhurchi people from the tenth to thirteenth centuries A. D. Their territory lay partly in the southern region of the Soviet Far East. They may be of Thunguz origin, their writing is not deciphered as yet. They played a significant role in the field of military history, politics, and, as the lecture demonstrated for the first time, also in cultural history. On their well-organized large settlements they did not practice a Chinese-type agriculture using plough. Their culture was based on the horse, and in it we can find all achievements of the similar cultures of the Eurasian steppe mingled. Archaeological data throw light on the components of their culture, and maybe also on their ethnic components.

Space provided, we should speak in detail also of lectures on dating archaeological finds with the methods of the exact sciences, on archaeological typology based on mathematics, on a distinct and unified terminology

in prehistory, and on the regular examination of finds with the methods of physics and chemistry. There arose a heated debate on the paleontology of the Holocene period, too. Our knowledge is rather poor on the biocenosis of this era so important from the point of view of the history of the earth: the reliable data are missing, so comprehensive generalizations are actually impossible to formulate. Pollen analysis is not sufficient to give an overall picture in itself. We have here a methodological lesson: we usually apply the method of biogeography in identifying the original home of a people, which looks for the common names of plants or animals in the spoken language of the cognate peoples and relate them to the present-day biogeographic conditions of the territory in question. It is well known from the very beginning that the results we get in this way are far from being reliable. We should take into consideration also the changes in meaning these common words have gone through, and, in the case of the animal names, also that some of them might have been forgotten because of the taboos to mention them or applied to other objects or animals. And there is the still more important difference in the conditions of the earlier Holocene period and our days. Thus the pollen analysis results cannot provide sufficient ground for a better understanding of biogeographic conditions in the early Holocene. We could apply the methods of biogeography also in connection with Finno-Ugrian and Hungarian prehistory. But as there are no means for comparing the results got in this way with those of the paleontology of the Holocene period, we can get only loose suppositions as regards our own prehistory as well. The ethnogenetic processes, however, began in the Holocene era, still we have to do without generalizations for a long time. The Soviet Academy of Sciences has recently set up a committee for the research of the biocenosis of the Holocene, the task of which is to examine the history of Holocene paleontology. The work has started by surveying the available scientific capacities, the results obtained so far,

and by working out the most promising methods.

Students of prehistory are partly pleased and partly anxious about the sentiments people cherish in connection with human past. The biased opinions in the historiography of some nations are very regrettable. They look for more and more glorious and mighty ancestors and this becomes a principle with them. The totally unscholarly speculations derive from misunderstanding prehistory or sometimes even from misinterpreting it. This was why it was stressed at the Conference that students of prehistory must in all circumstances and at all occasions consider it a scientific and ethical task to call the attention to the reliability, limits or inaccuracy of that particular piece of knowledge on prehistory. The professional solidarity and pride of the students of prehistory is justified, because these people are exploring depths of human history, where they are no more guided by written sources. Their responsibility for the results and the interpretations is very great: if they disregard the brakes of methodology they might easily make mistakes and give rise to popular misbeliefs. We must therefore separate the well-founded statements from the suppositions, and these from ideas respectively. All the three categories are useful and indispensable, but we have to take care when to use which.

The cordial relationship between the humanistic and natural studies was expressed in that the Conference was opened by Academician G. I. Marchuk, mathematician, chairman of the Siberian Department of the Soviet Academy of Sciences. He discussed the significance of the conference in merit. The Siberian Department carries out a great work of organization in the humanistic sciences. We have to mention here the activity of Academician A. P

Okladnikow, Director of the Institute of History, Philology and Philosophy in Novosibirsk, who — besides his work as a scholar — takes great care of the overall organization of research on this large territory and personally of the scholars working in the network. In this organizatory work unparalleled as regards territory he can rely on the members of his institute. From among them A. P. Derevyanko, the outstanding archaeologist and politician, a secretary of the Central Committee and the Executive Body of the YCL has to be mentioned, as well as V. E. Larichew, an outstanding student of oriental archaeology. Scholars coming from the distant towns of Siberia, such as Chita, Khabarovsk, Yakutsk and the Far Eastern Vladivostok and Sakhalinsk reported on large-scale practical and theoretical activity. Even those working in distant places stand in a close connection with the outside world and the novelties of the Okladnikow school. The well-organized inter-library loan system gives preference to scholars on the far-away regions. The Siberian centres of knowledge do not lag behind their older, renowned counterparts in the European territories of the Soviet Union any more. The centre at Novosibirsk works hand in hand with researchers in the ever growing network of institutes in exploring Siberia's prehistory and its connections with the neighbouring territories. Finally we have to mention that the Far Eastern Department of the Soviet Academy of Sciences has been set up in Vladivostok, where there is also a comprehensive institute for the social sciences. It was the members of this institute who provided us with the knowledge about the Far Eastern agricultural zone and the Dzhurchi culture in the most part. Their representatives at the Conference contributed much to its success.

A. Bartha



INDEX

ETUDES

<i>L. Benczédi</i> : Historischer Hintergrund der Predigerprozesse in Ungarn in den Jahren 1673—74	257
<i>Л. Бенцеди</i> : Исторический фон судебных процессов проповедников в Венгрии в 1673—1674 г. (Взаимоотношения налоговой и религиозной политики абсолютизма во время Леопольда 1-го) Резюме	288
<i>I. Nagy</i> : Die ungarische Kammer und die Wiener zentrale Finanzverwaltung. 1686—1848	291
<i>И. Надь</i> : Венгерская палата и венское центральное финансовое управление (от 1686-го года до 1848-го года) Резюме	326
La guerre d'indépendance de Rákóczi et l'Europe (Session scientifique internationale à Sárospatak, les 24—28 mai 1976.)	329
<i>B. Kőpeczi</i> : La guerre d'indépendance hongroise au début du XVIII ^e siècle et l'Europe	331
<i>А. Р. Вárkonyi</i> : Évolution sociale et autonomie de l'État	343
<i>Gy. Rázzó</i> : La situation militaire générale et la guerre d'indépendance de Rákóczi	367
Compte rendu de la session scientifique internationale à Sárospatak (<i>J. Zachar</i>)	377

VIE SCIENTIFIQUE INTERNATIONALE

Interventions hongroises au Congrès international des historiens à San Francisco	395
Études Historiques Hongroises 1975 publiées à l'occasion du XIV ^e Congrès International des Sciences Historiques	501

CHRONIQUE

International Conference on Prehistory in Novosibirsk (<i>A. Bartha</i>)	509
--	-----

Printed in Hungary

A kiadásért felel az Akadémiai Kiadó igazgatója.

Műszaki szerkesztő: Botyánszky Pál

A kézirat nyomdába érkezett: 1977. III. 14. — Terjedelem: 17 (A/5) fv

77.4309 Akadémiai Nyomda, Budapest — Felelős vezető: Bernát György

Verfall der Kaiserreiche in Mitteleuropa

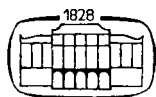
Der Zweibund in den letzten Kriegsjahren (1916–1918)

von I. Gonda

Das umfassende Material über die außerordentlich komplizierten Probleme gliedert der Verfasser in drei Hauptteile. Die zwei ersten Teile enthalten eine Analyse der inneren Probleme und Krisen Deutschlands und Österreichs, entstanden infolge der verspäteten bürgerlichen Entwicklung sowie der Freiheitsbestrebungen der Nationalitäten in der Doppelmonarchie Österreich–Ungarn. Im dritten Teil werden die Beziehungen zwischen den beiden Mächten in den Jahren des Weltkrieges beleuchtet. Das reichhaltige, z. T. erstmalig veröffentlichte Archivmaterial trägt zum Verständnis der aufgeworfenen Probleme bei.

In deutscher Sprache · Etwa 600 Seiten · Ganzleinen

ISBN 963 05 1084 7



AKADÉMIAI KIADÓ

Verlag der Ungarischen Akademie der Wissenschaften
Budapest

AUTEURS DU PRÉSENT NUMÉRO

A. Bartha, docteur ès sciences historiques, collaborateur en chef de l'Institut Ethnographique de l'Académie Hongroise — *S. Balogh*, docteur ès sciences historiques, professeur à l'Université Loránd Eötvös de Budapest — *L. Benczédi*, candidat ès sciences historiques, collaborateur en chef de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise — *F. Glatz*, candidat ès sciences historiques, chef de section de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise — *É. H. Haraszi*, candidate ès sciences historiques, collaboratrice en chef de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise — *G. Heckenast*, candidat ès sciences historiques, collaborateur en chef de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise — *J. Jemnitz*, docteur ès sciences historiques, collaborateur en chef de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise — *E. Kovács*, docteur ès sciences historiques, conseiller scientifique de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise — *B. Kőpeczi*, académicien, secrétaire général adjoint de l'Académie Hongroise — *L. Kővágó*, candidat ès sciences historiques, collaborateur en chef de l'Institut d'Histoire du Parti — *I. Nagy*, candidat ès sciences, historiques, archiviste en chef adjoint aux Archives Nationales — *E. Niederhauser*, docteur ès sciences historiques, collaborateur en chef de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise — *G. Perjés*, collaborateur scientifique de l'Office Central de Statistique — *Gy. Rázsó*, collaborateur scientifique de l'Institut d'Histoire Militaire — *P. Sándor*, candidat ès sciences historiques, collaborateur en chef de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise — *E. Strassenreiter*, collaboratrice scientifique de l'Institut d'Histoire du Parti — *L. Tilkovszky*, docteur ès sciences historiques, collaborateur en chef de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise — *A. R. Vákonyi*, docteur ès sciences historiques, collaboratrice en chef de l'Institut des Sciences Historiques de l'Académie Hongroise — *J. Zahar*, collaborateur scientifique de l'Institut d'Histoire Militaire.

«*Acta Historica*» публикуют трактаты из области исторических наук на русском французском, английском и немецком языках.

«*Acta Historica*» выходят отдельными выпусками разного объема. Четыре выпуска составляют один том (25—30 печатных листов) в год. Подписная цена — \$ 32.00 за том.

Заказы принимает предприятие по внешней торговле «Kultúra» (1389 Budapest 62, POB. 149) или его заграничные представительства и уполномоченные.

The *Acta Historica* publish papers on history in French, English, Russian and German.

The *Acta Historica* appear in issues of various size making up volumes. One volume of 400—500 pages appears every year. The rate of subscription is \$ 32.00 a volume.

Orders may be placed with “Kultúra” Foreign Trade Company (Budapest 62, POB. 149) or with representatives abroad.

Die *Acta Historica* veröffentlichen Abhandlungen aus dem Bereiche der Geschichtswissenschaft in französischer, deutscher, russischer und englischer Sprache.

Die *Acta Historica* erscheinen in Hefen wechselnden Umfanges. Vier Hefte bilden einen 25—30 Bogen starken, jährlich erscheinenden Band.

Abonnementspreis pro Band: \$ 32.00.

Bestellbar bei dem Außenhandels-Unternehmen «Kultúra» (1389 Budapest 62, POB. 149) oder bei seinen Auslandsvertretungen und Kommissionären.

Reviews of the Hungarian Academy of Sciences are obtainable
at the following addresses:

AUSTRALIA

C. B. D. Library and Subscription
Service
Box 4886, G. P. O.
Sydney N. S. W. 2001
Cosmos Bookshop
145 Acland St.
St. Kilda 3182

AUSTRIA

Globus
Höchstädtplatz 3
A-1200 Wien XX

BELGIUM

Office International de Librairie
30 Avenue Marnix
1050-Bruxelles
Du Monde Entier
162 Rue du Midi
1000-Bruxelles

BULGARIA

Hemus
Bulvar Ruszki 6
Sofia

CANADA

Pannonia Books
P. O. Box 1017
Postal Station "B"
Toronto, Ont. M5T 2T8

CHINA

C N P I C O R
Periodical Department
P. O. Box 50
Peking

CZECHOSLOVAKIA

Mad'arská Kultura
Národní třída 22
115 66 Praha
PNS Dovož tisku
Vínohradská 46
Praha 2
PNS Dovož tlače
Bratislava 2

DENMARK

Einar Munksgaard
Nørregade 6
DK-1165 Copenhagen K

FINLAND

Akateeminen Kirjakauppa
P. O. Box 128
SF-00101 Helsinki 10

FRANCE

Office International de
Documentation et Librairie
48, Rue Gay-Lussac
Paris 5
Librairie Lavoisier
11 Rue Lavoisier
Paris 8
Europériodiques S. A.
31 Avenue de Versailles
78170 La Celle St.-Cloud

GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC

Haus der Ungarischen Kultur
Karl-Liebknecht-Strasse 9
DDR-102 Berlin
Deutsche Post
Zeitungsvertriebsamt
Strasse der Pariser Kommune 3-4
DDR-104 Berlin

GERMAN FEDERAL REPUBLIC

Kunst und Wissen
Erich Bieber
Postfach 46
7 Stuttgart 5

GREAT BRITAIN

Blackwell's Periodicals
P. O. Box 40
Hythe Bridge Street
Oxford OX1 2EU
Collet's Holdings Ltd.
Denington Estate
London Road
Wellingborough Northants NN8 2QT
Bumpus Haldane and Maxwell Ltd.
5 Fitzroy Square
London W1P 5AH
Dawson and Sons Ltd.
Cannon House
Park Farm Road
Folkestone, Kent

HOLLAND

Swets and Zeitlinger
Heereweg 347b
Lisse
Martinus Nijhoff
Lange Voorhout 9
The Hague

INDIA

Hind Book House
66 Babar Road
New Delhi 1
India Book House
Subscription Agency
249 Dr. D. N. Road
Bombay 1

ITALY

Santo Vanasia
Via M. Macchi 71
20124 Milano
Libreria Commissionaria Sansoni
Via Lamarmora 45
50121 Firenze

JAPAN

Kinokuniya Book-Store Co. Ltd.
826 Tsunohazu 1-chome
Shinjuku-ku
Tokyo 160-91
Maruzen and Co. Ltd.
P. O. Box 5050
Tokyo International 100-31
Nauka Ltd.-Export Department
2-2 Kanda
Jinbocho
Chiyoda-ku
Tokyo 101

KOREA

Chulpanmul
Phenjan

NORWAY

Tanum-Cammermayer
Karl Johansgatan 41-43
Oslo 1

POLAND

Węgierski Instytut Kultury
Marszałkowska 80
Warszawa
CKP I W
ul. Towarowa 28
00-958 Warsaw

ROUMANIA

D. E. P.
București
Romlibri
Str. Biserica Amzei 7
București

SOVIET UNION

Sojuzpechatj - Import
Moscow
and the post offices in
each town
Mezhdunarodnaya Kniga
Moscow G-200

SWEDEN

Almqvist and Wiksell
Gamla Brogatan 26
S-101 20 Stockholm
A. B. Nordiska Bokhandeln
Kungsgatan 4
101 10 Stockholm 1 Fack

SWITZERLAND

Karger Libri AG.
Arnold-Böcklin-Str. 25
4000 Basel 11

USA

F. W. Faxon Co. Inc.
15 Southwest Park
Westwood, Mass. 02090
Stechert-Hafner Inc.
Serials Fulfillment
P. O. Box 900
Riverside N. J. 08075
Fam Book Service
69 Fifth Avenue
New York N. Y. 1003
Maxwell Scientific International Inc.
Fairview Park
Elmsford N. Y. 10523

Read More Publications Inc.
140 Cedar Street
New York N. Y. 10006

VIETNAM

Xunhasaba
32, Hai Ba Trung
Hanoi

YUGOSLAVIA

Jugoslavenska Knjiga
Terazije 27
Beograd
Forum
Vojvode Mišića 1
21000 Novi Sad

ACTA HISTORICA

REVUE DE L'ACADÉMIE DES SCIENCES DE HONGRIE
ЖУРНАЛ ВЕНГЕРСКОЙ АКАДЕМИИ НАУК
JOURNAL OF THE HUNGARIAN ACADEMY OF SCIENCES
ZEITSCHRIFT DER UNGARISCHEN AKADEMIE
DER WISSENSCHAFTEN

TOMUS XXII



AKADÉMIAI KIADÓ, BUDAPEST
1976

INDEX

ÉTUDES

<i>E. Arató</i> : The Slavic Thought: its Varieties with the Slavonic Peoples in the First Half of the 19th Century	73
<i>Э. Арато</i> : Различные формы национальной идеологии у отдельных славянских народов в первой половине XIX века	73
<i>L. Benczédi</i> : Historischer Hintergrund der Predigerprozesse in Ungarn in den Jahren 1673—74	257
<i>Л. Бенцеди</i> : Исторический фон судебных процессов проповедников в Венгрии в 1673—1674 гг.	257
<i>La guerre d'indépendance de Rákóczi et l'Europe</i> (Session scientifique internationale à Sárospatak, les 24—28 mai 1976.)	329
<i>B. Kőpeczi</i> : La guerre d'indépendance hongroise au début du VXIII ^e siècle et l'Europe	331
<i>I. Nagy</i> : Die Ungarische Kammer und die Wiener zentrale Finanzverwaltung. 1686—1848	291
<i>И. Набь</i> : Венгерская палата и венское центральное финансовое управление от 1686-го года до 1848-го года	291
<i>O. Paulinyi</i> : Der Kleine Mann und die »Handelsherren«	1
<i>О. Паулиньи</i> : Рабочий человек и «Хозяева»	1
<i>Gy. Ránki</i> : A Few Comments on Lenin's Work "Imperialism"	131
<i>Gy. Rázsó</i> : La situation militaire générale et la guerre d'indépendance de Rákóczi	367
<i>K. Szakács</i> : Die Politik der Ungarländischen Sozialdemokratischen Partei (USP) vom Sieg der Gegenrevolution bis zur Stabilisierung des Systems (August 1919—1925)	11
<i>К. Сакач</i> : Политика социал-демократической партии Венгрии в период от победы контрреволюции до стабилизации контрреволюционного режима (август 1919 г. —1925 г.)	99
<i>J. Szűcs</i> : Un courant d'opposition franciscain à l'arrière-plan de la guerre des paysans de Hongrie et de la Réformation	71
<i>Е. Сюч</i> : Роль оппозиционного течения среди францисканцев в формировании идеологии крестьянской войны 1514 года и Реформации в Венгрии	71
<i>Á. R. Várkonyi</i> : Évolution sociale et autonomie de l'État	343

DOCUMENTS

Three documents concerning Great Britain's policy in East-Central Europe in the period after the Munich Agreement (<i>É. H. Haraszi</i>)	139
--	-----

VIE SCIENTIFIQUE INTERNATIONALE

Interventions hongroises au Congrès international des historiens à San Francisco	395
Études Historiques Hongroises 1975 publiées à l'occasion du XIV ^e Congrès International des Sciences Historiques (<i>É. H. Haraszi</i>)	501

COMPTE RENDU DE LIVRES

*

<i>G. Duby—R. Mandrou</i> : Histoire de la civilisation française (<i>M. Ormos</i>)	177
<i>J. Duclos</i> : Mes luttes, mes souvenirs (<i>J. J.</i>)	191
Excerpta Historica Nordica (<i>E. N.</i>)	193
<i>J. Garcia</i> : L'Espagne au XX ^e siècle (<i>J. Jemnitz</i>)	184
<i>W. Gutsche</i> : Aufstieg und Fall eines kaiserlichen Reichkanzlers (<i>A. Gergely</i>)	180

*

Diskussion mit der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (<i>F. Glatz</i>)	219
<i>Gy. Káldy-Nagy</i> : Solima (<i>L. Mészáros</i>)	202
<i>Gy. László</i> : From Vértesszőlős to Pusztaszér (<i>A. Bartha</i>):	194

<i>E. Lőrincz</i> : Die Regelung der Arbeitsverhältnisse in Ungarn seit Beginn des Kapitalismus bis Ende des ersten Weltkriegs 1840—1918. (<i>B. Sarlós</i>)	211
<i>Z. Sárközy</i> : Die siebenbürgischen Sachsen in den Jahren 1848/49 (<i>Z. Szász</i>)	207
Selected Documents of the Communist International (<i>A. Szabó</i>)	216
<i>J. Szűcs</i> : Nation und Geschichte (<i>F. Szakály</i>)	196
<i>E. Varga</i> : Die Königliche Kurie zwischen 1780 und 1850 (<i>I. Kállay</i>)	205

CHRONIQUE

Compte rendu de la session scientifique organisée à l'occasion du centième anniversaire de la naissance de Mihály Károlyi (<i>L. Pál</i>)	223
Compte rendu de la session scientifique internationale à Sárospatak (<i>J. Zachar</i>)	377
International Conference on Prehistory in Novosibirsk (<i>A. Bartha</i>)	509

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie choisie d'ouvrages d'histoire publiées en Hongrie en 1974	229
---	-----